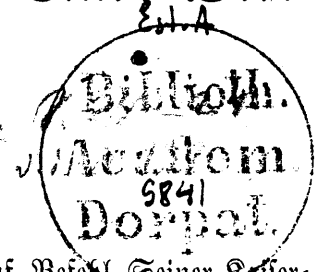


# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

25-32, 5-A

1862

1895



**Nr. 1.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 1945, in welchem er um eine Entscheidung darüber nachsucht, ob von den Acten, durch welche Loskaufsscheine (выкупные свидетельства) übertragen werden, die Kanzelleigebühr beigetrieben werden soll, da in dem am 20. April 1864 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths, nach welchem, wenn von den Gouvernements-Sessionen in Bauer Sachen zur Bezahlung von Schulden der Gutsbesitzer, in Folge gegenseitiger Uebereinkunft dieser mit ihren Gläubigern Loskaufsscheine übertragen werden, statt der Kaufbriefe Besitzurkunden (данные) auszufertigen sind, — unter Anderem zwar bestimmt ist, daß der Civilgerichtshof nach Empfang der Requisition der Gouvernements-Session, sofort die Besitzurkunde ohne Erhebung der Krepoststeuer vollziehen soll, jedoch darüber, ob dabei in Grundlage des Art. 442 des Steuer-Reglements die Kanzelleigebühr von 3 Rbl. erhoben werden soll, in dem bezeichneten Allerhöchsten Befehle nichts erwähnt ist. Geseze: Cod. der Reichsgeseze, Ausg. v. J. 1857 Bd. V, Steuer-Reglement Art. 442 und die Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths: a) vom 24. Juni 1863, publicirt am 10. Juli desselben Jahres, betreffend die Erlaubniß, Loskaufsscheine vermittelt Acten, die bloß angemeldet werden (по явочнымъ актамъ), zu übertragen; b) vom 20. April 1864, publicirt am 12. Mai desselben Jahres, in Betreff dessen, daß wenn von der Gouvernements-Session in Bauer Sachen zur Bezahlung von Schulden der Gutsbesitzer, in Folge gegenseitiger Uebereinkunft dieser mit ihren Gläubigern Loskaufsscheine übertragen werden, statt der Kaufbriefe Besitzurkunden (данные) auszufertigen sind; und c) vom 25. Mai 1864, publicirt am 12. Juni desselben Jahres, betreffend die Ordnung für die Anmeldung von Acten, durch welche Loskaufsscheine und 5 1/2 % tragende perpetuirliche Rentenscheine übertragen werden. Befohlen: Bei Vergleichung der vom Minister des Innern Einem Dirigirenden Senate zur Entscheidung vorgestellten Frage mit den angeführten Gesezen, befindet Ein Dirigirender Senat: 1) daß nach dem Art. 442 des Steuer-Reglements die Kanzelleigebühr mit 3 Rbl. von jedem Act erhoben wird: von den Acten, welche bei den Krepost-Expeditionen kraft des Gesezes auszufertigt und angemeldet werden, wie auch von denjenigen Acten, welche auf Wunsch der dieselben abschließenden Personen ebenfalls bei den Krepost-Expeditionen angemeldet werden, statt der Anmeldung dieser Acten bei den Maklern und Notairen, oder wo diese nicht vorhanden sind, bei denjenigen Behörden oder Personen, denen die Verpflichtungen der Makler und Notaire übertragen sind; 2) daß in Grundlage des am 24. Juni 1863 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths die Uebertragung der Loskaufsscheine in andere Hände vermittelt Schenkungsurkunden und Eheverträge, Testamente und anderer Verschreibungen oder Acte, sowohl durch solche, welche

im Krepostwege, als auch durch solche, welche im Wege der öffentlichen Beglaubigung (явочнымъ порядкомъ) vollzogen werden, ohne Erhebung von Krepostposchlinen und Abgaben zum Besten der Stadt-Einnahmen gestattet ist, und 3) daß durch das am 25. Mai 1864 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths verordnet ist: Pft. 1. Die Acten, durch welche Loskaufsscheine und 5 1/2 % tragende Perpetuirliche Rentenscheine übertragen werden, müssen in besondere Bücher eingetragen werden, mit welchen die Behörden und Personen, welche angemeldete Acten vollziehen, in allgemeiner Grundlage zu versehen sind, und Pft. 3. Der Act, durch welchen die Scheine übertragen werden, ist auf gewöhnliches Stempelpapier vierter Sorte zu einem Rubel, wie groß auch der Betrag des Scheins sein mag, zu schreiben. In der Erwägung: a) daß durch die Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths vom 24. Juni 1863 und vom 25. Mai 1864 es gestattet ist, die Acten, durch welche Loskaufsscheine übertragen werden, nicht nur im Krepostwege, sondern auch im Wege der öffentlichen Beglaubigung (явочнымъ порядкомъ) zu vollziehen, und daß durch das Gesetz nicht vorgeschrieben ist, daß von den Acten, welche bei den Maklern und Notairen und bei denjenigen Behörden oder Personen, denen die Verpflichtungen der Makler und Notaire übertragen sind, angemeldet werden, die Kanzelleigebühr erhoben werden soll, und b) daß die gedachten Gutachten des Reichsraths augenscheinlich den Zweck haben, bei der Uebertragung von Loskaufsscheinen Erleichterungen in der Zahlung der Abgaben zur Kronskasse zu gewähren, denn außerdem, daß es gestattet ist, die Acten, durch welche eine solche Uebertragung stattfindet, wie groß auch der Betrag des Scheins sein mag, nicht auf einen Acten-Stempelbogen, der jenem Betrage entspricht, sondern auf gewöhnliches Stempelpapier zu einem Rubel zu schreiben, sind diese Acten auch, sowohl wenn sie im Krepostwege, als auch wenn sie im Wege der öffentlichen Beglaubigung vollzogen werden, von der Zahlung der Krepoststeuern und der Abgaben zum Besten der Stadt-Einnahmen befreit, welche Steuern und Abgaben eine bedeutendere Summe ausmachen, als die Kanzelleigebühr. Erachtet Ein Dirigirender Senat in Uebereinstimmung mit dem Sentiment der Herren Minister der Finanzen und des Innern, daß von allen Acten, durch welche Loskaufsscheine übertragen werden, sowohl von denen, welche im Krepostwege, als auch von denen, welche im Wege der öffentlichen Beglaubigung vollzogen werden, die Kanzelleigebühr nicht zu erheben ist; und verfügt deshalb: Ueber solche Erklärung des am 25. Mai 1864 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths zur Wissenschaft und erforderlichen Falls zur schuldigen Erfüllung Ukase zu erlassen.

In Betreff dessen, daß von den Acten, durch welche Loskaufsscheine übertragen werden, die Kanzelleigebühr nicht beigetrieben werden soll.

Aus dem 1. Departement vom 29. Nov. 1866, Nr. 77808.

**Nr. 2.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: I. den Bericht des Ministers der Wegecommunication vom 12. November 1866 sub Nr. 463 folgenden Inhalts: der Herr und Kaiser habe auf seine, des Ministers der Wege-

communication, allerunterthänigste Unterlegung am 10. November Allergnädigst zu befehlen geruht: die im Militairressort an dem feierlichen Tage der Vermählung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Thronfolgers, Cäsarewitsch Allerhöchst verliehenen nachstehenden Gnaden auf die Militairs des Ressorts der Wegecommunication auszudehnen: 1) Denjenigen, welche sich von ihren Commandos entfernt oder den Urlaubstermin überschritten haben, oder auf die Einberufung zum Dienst aus ihrem temporären und unbestimmten Urlaub nicht erschienen sind, wird Verzeihung gewährt, wenn sie im Laufe dreier Monate vom Empfange dieses Tagesbefehls an ihrem Aufenthaltsorte, freiwillig selbst bei ihrer Obrigkeit erscheinen und wenn sie während der Zeit ihrer Abwesenheit kein anderes Verbrechen begangen haben, das eine Criminal- oder Correctionsstrafe nach sich zieht, mit welcher Verlust aller besonderen, persönlich und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge, oder aber Verlust einiger, im Art. 50 des Gesetzbuchs der Criminal- und Correctionsstrafen (Ausg. v. 1866) angegebenen persönlichen Rechte und Vorzüge verbunden ist. 2) Der Obrigkeit ist es anheimgestellt, mit Vorstellungen einzukommen: a) wegen Erlass der Strafen, ohne sich an die im Gesetze festgestellten Fristen zu binden, für diejenigen Untermilitairs, die laut Urtheil Strafen mit Eintragung in die Strafrubrik der Dienstlisten sich zugezogen, ihre Vergehen aber durch eifrigen Dienst und gute Führung wieder gut gemacht haben, denjenigen Unteroffizieren aber, welche, nachdem sie zu Gemeinen degradirt worden, sich wieder zu ihrem früheren Range aufgedient haben, gegenwärtig das Dienstalter im Unteroffiziers-Range wieder vom Tage ihrer ersten Beförderung zu demselben zu rechnen; b) wegen Erleichterung des Schicksals derjenigen Personen, welche bei den Commandos dienen und bis jetzt die Folgen von Bestrafungen für Vergehen und Verbrechen tragen, wenn sie durch ihre Führung, ihre Sinnesart und ihren Dienstesifer oder durch besondere Thaten einer Nachsicht mit ihrer Lage würdig erachtet werden, und ist es auf dieser Grundlage gestattet, Fürsprache dafür zu thun, daß die Strafen nicht als Hinderniß für Belohnungen und Vorzüge im Dienst denjenigen Personen angerechnet werden mögen, welche einer Bestrafung laut Urtheil oder ohne Urtheil, mit Eintragung in die Strafrubrik der Dienstlisten unterzogen worden sind, wenn auch die für solche Vorstellungen festgesetzte Zeit noch nicht abgelaufen ist und 3) die Zeit des activen Dienstes den Soldatensöhnen, welche in der Periode vom 5. April 1837 bis zum 26. August 1856 in den Dienst eingetreten sind, nicht vom 20. sondern vom 18. Lebensjahre zu rechnen. Indem er, der Minister der Wegecommunication, über solchen Allerhöchsten Befehl Einem Dirigirenden Senat berichtet, fügt er hinzu, daß in Betreff der Publication desselben zur schuldigen Erfüllung und Nichtschonur im Ressort der Wegecommunication Anordnung getroffen worden sei, — und II. Die Sprawka, nach welcher sich ergab, daß der Bericht des Kriegsministers sub Nr. 6774, bei welchem ein Exemplar des gedruckten Tagesbefehls im Militairressort über die den Untermilitairs dieses Ressorts Allerhöchst verliehenen Gnaden vorgestellt worden, durch Senatsaufse vom 22. November 1866 publicirt worden. Befohlen: Ueber den im gegenwärtigen Bericht des Ministers der Wegecommunication enthaltenen Allerhöchsten Befehl, betreffend die Ausdehnung der im Militairressort an dem feierlichen Tage der Vermählung Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Thronfolgers, Cäsarewitsch verliehenen Gnaden

auf die Militairs des Ressorts der Wegecommunication, — zur schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

In Betreff dessen, daß die im Militairressort an dem feierlichen Tage der Vermählung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Thronfolgers, Casarewitsch verliehenen Gnaden auf die Militairs des Ressorts der Wegecommunication ausgedehnt werden.

Aus dem 1. Departement vom  
29. Nov. 1866, Nr. 70284.

**Nr. 3.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 19463 folgenden Inhalts: der Comité für die Ostsee-Angelegenheiten habe nach Beprüfung der Vorstellung in Sachen betreffend den Verkauf von Bauerländereien auf den Pfandgütern des Livländischen und Kurländischen Gouvernements, in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers des Innern, Sentiment verfügt, bis zur Beprüfung der Frage hinsichtlich des Pfandbesitzes in den Ostsee-Gouvernements, als zeitweilige Maßregel, die Allerhöchste Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät zur Einführung folgender Regeln im Livländischen und Kurländischen Gouvernement zu erbitten: 1) Es wird den Pfandbesitzern nur mit Genehmigung des Eigenthümers des Gutes gestattet, Gesinde, welche zu Gütern gehören, die nach dem früheren oder neuen Rechte in Pfandbesitz abgegeben sind, zu veräußern. Diese Genehmigung kann entweder in dem Pfandcontract oder durch einen besonderen Act erteilt werden. 2) Wenn zwischen dem Eigenthümer des Gutes und dem Pfandbesitzer weder im Pfandcontract noch in einem besonderen Act eine Abmachung darüber getroffen worden, ob letzterer das Recht habe, Bauerländereien des gedachten Gutes zu verkaufen, so steht es dem Pfandbesitzer, welcher Bauerländereien zu verkaufen wünscht, frei, im Livländischen Gouvernement bei dem Livländischen Hofgericht, und im Kurländischen bei dem betreffenden Oberhauptmannsgericht darum nachzusuchen, daß der Eigenthümer des Gutes durch dreimalige Publication in der Gouvernements-Zeitung zur Verlautbarung seiner Einwendungen gegen den Verkauf aufgefordert werde, und wenn der Eigenthümer im Laufe von vier Monaten a dato der letzten Publication keinerlei Einwendungen macht, so gestatten die gedachten Gerichtsbehörden dem Pfandbesitzer, nach seinem Ermessen und auf seine eigene Verantwortung, die zum Pfandgute gehörigen Bauerländereien zu verkaufen. 3) Wenn der Pfandgeber und der Pfandbesitzer keine Vereinbarung über die Größe der dem letzteren für die Einlösung desjenigen Theils des Gutes zukommenden Summe getroffen haben, welcher im Pfandbesitz verblieben ist, nachdem der Pfandbesitzer, entweder mit Genehmigung des Pfandgebers oder, nach Punkt 2 dieser Regeln, mit Genehmigung der betreffenden Gerichtsbehörde ein Bauerlandsstück oder einige oder auch alle Bauerländereien verkauft hat, — so verliert der Pfandgeber das Recht sowohl auf die Einlösung des übriggebliebenen Theils des Pfandguts, als auch auf den Empfang des Mehrbetrages, um welchen die, nach Ablauf der Zeit des Pfandbesitzes, aus dem Verkauf des übriggebliebenen Theils des Gutes durch öffentliches Meistgebot gelöste Summe die Pfandsumme übersteigt. 4) Der



Pfandbesitzer hat nicht das Recht, Entschädigung für die Ausgaben zu verlangen, welche während des Pfandbesitzes von ihm zum Besten der verkauften Ländereien gemacht worden sind, wenn diese Ausgaben auch zur Erhaltung oder Erhöhung des Werthes dieser Ländereien gebient haben. Der Herr und Kaiser hat auf dem Journal des Comités am 5. November Eigenhändig zu schreiben geruht: „Zu erfüllen“. Ueber solchen Allerhöchsten Willen berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senate zur betreffenden Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung aller derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend den Verkauf von Bauerländereien auf Pfandgütern im Livländischen und Kurländischen Gouvernement.

Aus dem 1. Departement vom 25. Nov. 1866, Nr. 73150.

**Nr. 4.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst der Namentliche Allerhöchste Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät publicirt wird, welcher am 26. October 1866 unter Seiner Majestät Eigenhändiger Unterschrift dem Dirigirenden Senate ertheilt worden und in welchem es heißt: „Durch das von Uns am 18. Januar 1866 bestätigte Reichs-Budget für das Jahr 1866 ist bestimmt worden, zur Deckung der Ausgaben des Reichsschatzes drei Serien von Reichsschatzbilletsen zu emittiren. Gegenwärtig haben Wir für nöthig erachtet, gemäß der im Reichsrath beprüften Vorstellung des Finanzministers, die Emission der besagten drei Serien von Reichsschatzbilletsen und zwar der CXXV., CXXVI. und CXXVII., eine jede zu drei Millionen Rubel, zusammen für neun Millionen Rubel, nach dem von Uns am 16. September 1866 bestätigten Muster, in Grundlage des angeschlossenen Reglements zu genehmigen und den Termin des Rentenlaufs bei der CXXV vom 1. October und bei der CXXVI. und CXXVII. vom 1. November 1866 an zu bestimmen. Demgemäß befehlen Wir dem Dirigirenden Senat zur Ausführung dessen die erforderliche Anordnung zu treffen“

Betreffend die Emission von drei neuen Serien Reichsschatzbillets, der CXXV., CXXVI. und CXXVII., eine jede zu drei Millionen Rubel.

Aus dem 1. Departement vom 28. Nov. 1866, Nr. 71310.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:

„Dem sei also“

St. Petersburg, den 26. October 1866.

## R e g l e m e n t

über die neuen drei Serien Reichsschatzbillets von CXXV bis CXXVII incl.

1) Diese Serien, eine jede zu drei Millionen Rubel Silber, werden für die Zeit von acht Jahren emittirt.

2) Der Werth dieser Billets wird wie früher auf 50 Rubel festgesetzt, der Betrag der Renten aber auf  $4\frac{32}{100}$  Procent jährlich oder 18 Kop. monatlich.

3) Diese Billete werden nach dem am 16. September 1866 Allerhöchst bestätigten Muster emittirt. Die Unterschrift derselben bleibt dieselbe, wie bei den Billeten der vorhergehenden Emissionen.

4) Diese Billete werden von der Krone wie früher bei allen Zahlungen aus- gegeben und angenommen.

5) Die Tilgung der Billete der neuen Serien ist im Laufe von acht Jahren nach dem Ermessen der Staatsregierung zu bewerkstelligen, welche es sich vorbe- hält, diejenigen Billete, welche im Laufe dieser Zeit nicht für Kronszahlungen eingehen, gegen neue umzutauschen, wenn solches nach dem Gange der Geldope- rationen für nützlich erachtet werden sollte.

6) Der Rentenlauf für die Billete der CXXV Serie wird vom 1. October und der CXXVI. und CXXVII. Serie vom 1. November 1866 an bestimmt. Dieser Termin wird durch besondere Stempel auf der Rückseite des Billets mit Buchstaben bezeich- net.

7) Die Zahlung der Renten an die Vorzeiger der Billete erfolgt in der Hauptrentei und in den Gouvernements-Renteien auf die um jedes Billet befind- lichen Coupons, wobei die Rentmeister die Coupons in der Ordnung, wie die auf denselben bezeichneten Jahre auf einander folgen, abschneiden.

8) Die Renten werden bei Vorweisung der Billete nach Ablauf eines oder mehrer Jahre, aber immer für volle verflossene Jahre, ausgezahlt.

9) Die Renten werden in folgender Weise berechnet:

- a) unter Privatpersonen ist die Berechnung derselben dem gegenseitigen Ueber- einkommen überlassen;
- b) bei Zahlungen, die in Billeten an die Renteien erfolgen, werden die Renten der leichteren Berechnung wegen nur für volle verflossene Monate ange- rechnet, für den laufenden Monat aber nicht berechnet. In dieser Grund- lage werden die Renten auch bei Zahlungen, welche die Rentei an Privat- personen und Kronsbehörden in Billeten macht, berechnet und machen diese letztern diese Berechnung nach derselben Ordnung;
- c) hinsichtlich der Berechnung des Reichsschatzes mit den Kronsbehörden in Betreff der Renten, welche von der Zeit des Einganges bis zur wirklichen Verausgabung der Summen zu ihrem Besten anwachsen können, wird die gegenwärtig bestehende Ordnung beobachtet.

10) Die Billete werden nur in den Fällen als Zahlung in den Renteien angenommen, wenn die zu zahlende Summe nicht geringer ist, als die Summe des Billets mit den aufgelaufenen Renten; denn die Renteien sollen, um ver- wickelte Rechnungen zu vermeiden, sich nicht darauf einlassen, auf die Billete etwas herauszugeben oder dieselben zu wechseln.

Unterscriben: Vorsitzender des Reichsraths C o n s t a n t i n.

**Nr. 5.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Herrn Justizministers vom 8. November 1866 sub. Nr. 13,959 folgenden Inhalts: Mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Kaiserlichen Majestät sei am 27 Oct. (8. Nov.)

dieses Jahres in St. Petersburg von Sr. Erlaucht dem Herrn Vice-Kanzler und dem Italienischen Gesandten am Allerhöchsten Hofe, Grafen de Launay eine Declaration darüber unterzeichnet und ausgetauscht worden, daß gegenseitig in Rußland den italienischen und in Italien den russischen Actien- (anonymen) Gesellschaften und anderen mit Erlaubniß der Staatsregierung gegründeten Handels-, industriellen und finanziellen Compagnien, mit Ausnahme der Affecuranz-Compagnien, freigestellt wird, alle ihre Rechte, darunter auch das Recht des gerichtlichen Schutzes zu genießen, insoweit sie den Gesetzen entsprechen. Eine Abschrift der gedachten, ihm vom Minister des Auswärtigen mitgetheilten Declaration, nebst russischer Uebersetzung, lege er, der Justizminister, dem Dirigirenden Senate vor. Hierbei wurde auch die Abschrift selbst der Declaration vorgetragen.

Und die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß in dem mittelst Senats-ukase vom 13. December 1865 publicirten, am 8. November desselben Jahres Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths, betreffend die den Belgischen Actien- (anonymen) Compagnien gewährte Vergünstigung, unter der Bedingung der Reciprocität für die Russischen Gesellschaften in Belgien, alle ihre Rechte in Rußland genießen zu dürfen, im 2. Punkte bestimmt worden, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu autorisiren, im Einvernehmen mit dem Finanzminister eben solche Bedingungen auch mit andern auswärtigen Mächten zu vereinbaren, ohne jedesmal durch den Reichsrath eine besondere Genehmigung einzuholen.

Befohlen: Die nöthige Anzahl von Exemplaren gedachter Declaration abzudrucken und solche zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung Derer, die es betrifft, mittelst Ukase zu versenden.

Betreffend die in Rußland den italienischen und in Italien den russischen Actien-Gesellschaften und anderen Compagnien gewährte Vergünstigung, alle ihre Rechte zu genießen.

Aus dem 1. Departement vom  
2. December 1866, Nr. 72,094.

## Declaration,

ausgetauscht zwischen Rußland und Italien in Betreff der Rechte der Actien-Gesellschaften und anderen Handels-, industriellen u. finanziellen Compagnien.

Nachdem die Kaiserlich-Russische und die Königlich-Italienische Regierung den Wunsch geäußert, die Stellung der Actien- (anonymen) Gesellschaften und anderen Handels-, industriellen und finanziellen Compagnien zu regeln, haben die Unterzeichneten, in Grundlage der ihnen erteilten Vollmachten, sich über Nachstehendes vereinbart:

Den Actien- (anonymen) Gesellschaften und anderen Handels-, industriellen und finanziellen Compagnien, — mit Ausnahme jedoch der Affecuranz-Gesellschaften, die in Italien mit Genehmigung der Italienischen Regierung gegründet sind, wird die Vergünstigung gewährt, in Rußland alle ihre Rechte, darunter auch das Recht des gerichtlichen Schutzes zu genießen, insoweit sie den Gesetzen des Reichs entsprechen, wofern nur ähnliche in Rußland gesetzlich gegründete Gesellschaften

und Compagnien gleiche Rechte in Italien genießen, insoweit sie den Gesetzen des Königreichs entsprechen.

Gegeben in St. Petersburg den 27 Oct. (8. Nov.) 1866.

(Unterz.) Gortschakow.  
(L. S.)

(Unterz.) Launay.  
(L. S.)

**Art. 6.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst folgendes am 14. November Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Abänderung der Ordnung für die Umschreibung von Bürgern (мѣщанъ) zu anderen Gemeinden und Ständen, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Bepriüfung der Vorstellung des Collegen des Finanzministers Betreffs der Abänderung der Ordnung für die Umschreibung von Bürgern (мѣщанъ) zu anderen Gemeinden und Ständen, für gut erachtet: an Stelle und in Ergänzung der bezüglichen Artikel des Codex der Reichsgesetze zu verordnen: I. Wenn ein Bürger (мѣщанинъ) aus einer Gemeinde in eine andere, sowie in andere abgabepflichtige Stände überzutreten wünscht, so ist er verpflichtet, von seiner Gemeinde zu diesem Behuf einen Entlassungsbeschluß (увольнительный приговоръ) zu erbitten, in welchem angegeben sein muß: a) daß Derjenige, welcher in eine andere Gemeinde überzugehen wünscht, nicht in der Reihenfolge zur Rekrutenaushebung steht oder der Einberufung zur Rekrutenloosung unterliegt; b) daß auf ihm weder Rückstände noch Privatschulden lasten und daß er alle Kronsabgaben bis zum 1. Januar des folgenden Jahres entrichtet hat; c) daß Derjenige, welcher in eine andere Gemeinde überzugehen wünscht, nicht unter Gericht und in Untersuchung steht und nicht zu den im Art. 464 Bd. IX der Gesetze über die Stände bezeichneten Rasfolsniken-Secten gehört; d) daß die Aeltern des zu Entlassenden, wenn er minderjährig ist, ihre Zustimmung zu seiner Umschreibung erteilt haben, oder daß seine Aeltern nicht mehr am Leben sind; e) daß, wenn ein Theil der Familie in der Gemeinde bleibt, sich darunter keine Minderjährigen oder solche befinden, die ohne Existenzmittel zurückbleiben. II. Daß der Entlassungsbeschluß ordnungsmäßig zu Stande gekommen ist und die in demselben enthaltenen Angaben richtig sind, muß von den Stadträthen (Dumen) oder den diese ersetzenden Institutionen bescheinigt werden. III. Den in der im vorhergehenden Artikel vorgeschriebenen Ordnung bescheinigten Entlassungsbeschluß stellt der zu Entlassende von sich aus selbst dem örtlichen Kameralhose vor, welcher diesen Beschluß als ausschließliche Grundlage in dieser Sache annimmt, ohne noch irgend welche weitere Auskünfte einzuziehen. IV Wenn Jemand, der aus einer Bürgergemeinde in Grundlage unrichtiger Angaben im Entlassungsbeschluß übergeführt worden ist, sich als in der Reihenfolge zur Rekrutenaushebung stehend oder der Einberufung zur Rekrutenloosung unterliegend erweist, so wird ein Solcher bei der Rekrutenaushebung nicht durch ein anderes Glied der Bürgergemeinde ersetzt, und sind in diesem Falle diejenigen Glieder der Bürgergemeinde, wie auch der Stadträthe (Dumen) oder der diese ersetzenden Institutionen, welche den unrichtigen Entlassungsbeschluß unterschrieben

und bescheinigt haben, verpflichtet, unverzüglich für das gedachte Individuum die Rekrutenprästation durch Anmietbung eines Freiwilligen oder durch Vorstellung einer Rekruten-Abrechnungsquittung zu erfüllen.

Betreffend die Abänderung der Ordnung für die Umschreibung von Bürgern (мѣщанъ) zu anderen Gemeinden und Ständen.

Aus dem 1. Departement vom  
7. Dec. 1866, Nr. 78425.

**Nr. 7.** Ulaß Eines Dirigirenden Senats, desmittelst nachstehendes, am 21. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Beschränkung der Anzahl der Etablissemens, die auf Scheine zum Kleinhandel gehalten werden können, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers in Betreff der Beschränkung der Anzahl der Etablissemens, die auf Scheine zum Kleinhandel gehalten werden können, für gut erachtet: die gegenwärtige Vorstellung zu bestätigen und in Gemäßheit dessen die Art. 16 und 40 des am 9. Februar 1865 Allerhöchst bestätigten Handels- und Gewerbesteuer-Reglements folgendermaßen zu fassen: Art. 16. Auf einen Kaufmannscheine 1. oder 2. Gilde ist es gestattet, an dem Orte, auf welchen sich seine Gültigkeit erstreckt (Art. 32 und 33) eine unbeschränkte Zahl von diesem Scheine entsprechenden Handels- und Gewerbeanstalten zu halten, nur ist für jede derselben ein besonderes Billet zu lösen, wenn die resp. Anstalt nicht gesetzlich von der Billetsteuer eximirt ist. Zugleich mit dem Kaufmannscheine 1. oder 2. Gilde ist gegen die festgesetzte Zahlung mindestens ein Billet auf eine Handels- oder Gewerbeanstalt zu lösen. Von dieser Verpflichtung sind die Personen ausgenommen, welche einen Kaufmannscheine lösen: a) zur Uebernahme eines Podrads, wenn derselbe nicht das Halten von Handels- oder Gewerbeanstalten voraussetzt, und b) zum Halten von Handels- und Gewerbeanstalten, welche nach dem Art. 9 dieses Reglements von der Billetsteuer eximirt sind. Auf einen Scheine zum Kleinhandel ist es gestattet, eine solche Anzahl von Handels- und Gewerbeanstalten, die auf diesen Scheine zulässig sind, darunter auch nach dem Art. 9 von der Billetsteuer eximirte, zu halten, als vier Billeten entspricht. Wer eine größere Anzahl von Anstalten zu halten wünscht, ist verpflichtet, einen Scheine 2. Gilde und für die Anstalten die diesem Scheine entsprechenden Billete zu lösen. Auf dieser Grundlage kann man auf einen Scheine zum Kleinhandel nicht mehr als 4 Billete erhalten. Art. 40. Ein Scheine zum Kleinhandel gewährt das Recht, in dem Kreise, für welchen der Scheine gelöst ist: 1) Buden in Kaufhöfen, Budenhallen und anderen öffentlichen Localen zu haben, zum Verkauf der in dem diesem Artikel angeschlossenen Verzeichnisse Lit. F benannten Waaren: ferner sogenannte Kramläden zum Verkauf der Waaren, die in dem diesem selben Artikel angeschlossenen Verzeichnisse Lit. G aufgeführt sind; öffentliche Badestuben, Fischbehälter, Tracturanstalten (die zum Besten der Stadtcasse weniger als 200 Rbl. zahlen), sowie Fabriken und Gewerbe- (Handwerks-) Anstalten oder Werkstätten, auf den in dem Art. 41 angegebenen Grundlagen zu halten, wobei die Anzahl der Handels- und Gewerbeanstalten auf einen Scheine zum Kleinhandel gemäß dem Art. 16 der Zahl der Billete, nicht mehr als 4, entsprechen muß, und

2) Podráde, Lieferungen und Pachten u. s. w. ohne Abänderung, -- zu übernehmen.

Betreffend die Beschränkung der Anzahl der Etablissements, welche auf einen Schein zum Kleinhandel gehalten werden können.

Aus dem 1. Departement vom  
5. Dec. 1866, Nr. 74199.

**Nr. 8.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft nachstehendes, am 6. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths in Betreff der Abänderung der im Codex der Reichsgesetze enthaltenen Bestimmungen hinsichtlich der Waaren, welche das Recht des russischen Ursprungs ohne Beidrückung eines Stempels genießen -- publicirt wird. Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Abänderung der im Codex der Reichsgesetze enthaltenen Bestimmungen hinsichtlich der Waaren, welche das Recht des russischen Ursprungs ohne Beidrückung eines Stempels genießen und in Anbetracht dessen, daß die in derselben vorgeschlagene Maßregel zum Zweck hat, die gegenwärtig in der Praxis bei der Bestimmung, welche nach Rußland eingeführte ungestempelte Waaren namentlich als Fabrikate ausschließlich russischen Ursprungs anerkannt werden können, vorkommenden Zweifel zu beseitigen und zur Vergewisserung darüber, ob die Waaren in der That russischen Ursprungs sind, eine solche Ordnung festzustellen, welche den gleichzeitigen Bedingungen der Industrie, sowohl in Rußland, als auch im Auslande entspricht -- kein Hinderniß gefunden, diesen Vorschlag in Ausführung zu bringen und demgemäß für gut erachtet: I. den Art. 79 des Gewerbe-Reglements (Codex der Reichsges. Band XI, Ausg. von 1857) und Art. 1128 des Zoll-Reglements (Codex der Reichsges. Bd. VI, Ausg. von 1857), folgendermaßen zu fassen: Art. 79 des Gewerbe-Reglements. „Russische Waaren, welche nicht mit den gehörigen Stempeln versehen sind, genießen, wenn sie aus dem Auslande in die Grenzen des Kaiserreichs zurückgeführt werden, nur in dem Falle das Recht des ungehinderten und zollfreien Durchlasses, wenn der Eigenthümer der Waaren den Original-Zollschein über die wirkliche Ausfuhr derselben aus Rußland vorzeigt.“ Art. 1128 des Zoll-Reglements. „Wenn russische, mit dem gehörigen Stempel versehene Waaren, welche in's Ausland geführt, dort aber nicht verkauft worden sind, wieder in das Reich zurückgeführt werden, so genießen sie einen ungehinderten und zollfreien Durchlaß; mit Waaren ohne Stempel aber wird wie mit ausländischen verfahren, mit Ausnahme nur derjenigen unter ihnen, deren Eigenthümer einen Original-Zollschein über die wirkliche Ausfuhr derselben aus Rußland vorzeigt (Art. 79 des Gewerbe-Reglements); II. das dem Art. 79 des Industrie-Reglements beigefügte Verzeichniß der Waaren und den Art. 1129 des Zoll-Reglements aufzuheben.

Betreffend die Abänderung der im Codex der Reichsgesetze enthaltenen Bestimmungen hinsichtlich der Waaren, welche das Recht des russischen Ursprungs ohne Beidrückung eines Stempels genießen.

Aus dem 1. Departement vom  
5. Dec. 1866, Nr. 74,464.

**Nr. 9.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Ministers des Innern vom 17. November 1866 sub Nr. 10337 folgenden Inhalts: in Veranlassung dessen, daß in der Ordnung der Anwendung des Punkts 3 des am 21. Februar 1864 Allerhöchst bestätigten und in der Sammlung der Gesetze und Verord. der Reg. (Nr. 26 des Jahres 1864) publicirten Beschlusses des Minister-Comités, betreffend den als provisorische Maßregel zu gestattenden Transport aller verschickten Verbrecher aus den privilegierten Classen auf Schießfuhren, sich Schwierigkeiten ergeben haben, sei er, der Minister des Innern, im Einvernehmen mit dem Kriegs- und Finanzminister, bei dem Comité der Herren Minister mit einer Vorstellung eingekommen und habe in Vorschlag gebracht, den gedachten Punkt des Allerhöchsten Befehls folgendermaßen zu fassen: „daß die Progongelde zum Transport derjenigen Verbrecher, welche sich als mittellos erwiesen haben, aus den betreffenden Classen des Finanzministeriums, unter Vorstellung von Auskünften über die Mittellosigkeit der Arrestanten, zu fordern sind, und zwar in den Kreisstädten von den örtlichen Polizei-Verwaltungen und in den Gouvernementsstädten von den Gouvernements-Regierungen“. Der Minister-Comité habe nach geschehenem Vortrage dieser Sache beschlossen: das Sentiment des Ministers des Innern zu bestätigen, und der Herr und Kaiser habe am 4. November 1866 den Beschluß des Comité's Allerhöchst zu genehmigen geruht. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl, welcher ihm, dem Minister des Innern, mittheilt Extractes aus den Journälen des Minister-Comité's vom 25. October und 8. November 1866 mitgetheilt worden, berichtet er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senate, in Ergänzung zu seinem Bericht vom 6. März 1864 sub Nr. 1495, behufs der Publication. Und die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Ordnung für die Forderung von Vorspanngeldern für Personen privilegierten Standes, welche nach Sibirien und in andere entfernte Gouvernements versandt werden.

Aus dem 1. Departement vom 1. Dec. 1866, Nr. 71824

**Nr. 10.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 14. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriifung der Vorstellung des Finanzministers in Bezug auf die Frage betreffend die Ausdehnung der den Personen, welche auf administrativem Wege zum Wohnen nach Sibirien übergesiedelt werden, gewährten Abgabefreiheit auf Personen, welche freiwillig ihren Familien nach Sibirien folgen, — und in Uebereinstimmung mit dem Sentiment des Ministers für gut erachtet: in Ergänzung der bezüglichen Artikel des Codex der Reichsgesetze zu verordnen: die für Personen, welche auf administrativem Wege zum Wohnen nach Sibirien übergesiedelt werden, im Art. 891 nebst Anmerkung und im Art. 892 der Verordnung über die Verschickten Bd. XIV in der Forts. v. J. 1863 festgesetzten Regeln hinsichtlich der Ordnung der Zuzählung zu Gemeinden, der Abgabenzahlung und der

Ausschließung aus dem Oklad, erstrecken sich in gleichem Grade auf die Personen abgabepflichtigen Standes, welche freiwillig ihren Familien nach Sibirien folgen. Diese Personen werden aus dem Oklad ihres früheren Aufenthaltsortes in genauer Grundlage des Art. 427 Bd. V Abgabenreglement ausgeschlossen.

Betreffend die Ausdehnung der den Personen, welche auf administrativem Wege zum Wohnen nach Sibirien übergesiedelt werden, gewährten Abgabenfreiheit auf Personen abgabepflichtigen Standes, welche freiwillig ihren Familien nach Sibirien folgen.

Aus dem 1. Departement vom  
9. Dec. 1866, Nr. 79307.

**Nr. 11.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst nachstehendes, am 20. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Einstellung der Auszahlung der Krankheits halber für eine kürzere Dienstzeit bewilligten Pensionen, sobald die Pensionaire wiederum in den Dienst treten, für gut erachtet: in Ergänzung der Art. 12 und 14 des Pensions-Reglements Codex der Reichsgeseze Bd. III zu verordnen: Anmerkung zum Art. 12: Von der in den Punkten 5, 6, 7 und 8 dieses Artikels angeführten Regel über die Pensionszahlung außer dem Dienstgehalte sind die Pensionen ausgenommen, welche Krankheits halber für eine kürzere Dienstzeit bewilligt werden. Die Auszahlung dieser Pensionen wird sogar dann eingestellt, wenn die Pensionaire in die in diesen Punkten bezeichneten Aemter eingetreten sind und nach ihrem Austritte aus dem Dienst werden die Pensionen nicht anders wieder erneuert, als nach abermaliger Prüfung der Rechte dieser Personen auf eine Pension. Anmerkung zum Art. 14. Dieser Regel unterliegen nicht die Krankheits halber für eine kürzere Dienstzeit bewilligten Pensionen, welche nach dem Wiedereintritt der Pensionaire in den Dienst in jedem Falle aufhören und demnächst bei abermaligem Austritt aus dem Dienst nur nach einer neuen Prüfung der Rechte dieser Personen auf eine Pension bewilligt werden können.

Betreffend die Einstellung der Krankheits halber für eine kürzere Dienstzeit bewilligten Pensionen, sobald die Pensionaire wiederum in den Dienst treten.

Aus dem 1. Departement vom  
5. Dec. 1866, Nr. 76396.

**Nr. 12.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Oberprocureurs des 1. Departements Eines Dirigirenden Senats vom 5. Decbr. 1866 in Betreff dessen, daß in Grundlage der Artt. 295, 296 und 726 der Civil-Proceßordnung vom 20. Nov. 1864 der Justizminister vor dem Beginn jeden Jahres bestimme, in welchen von den in Rußland erscheinenden fremden Zeitungen, — einer französischen und einer deutschen, — im nächsten Jahre gedruckt werden sollen: a) die Publicationen über die Vorladung vor Gericht und



b) die Resolutionen der in Abwesenheit des Beklagten gefällten Erkenntnisse gegen denselben, wenn dessen Wohnort von dem Kläger nicht angegeben war. In Folge dessen habe der Justizminister zum Abdruck der obervähnten Publicationen und der Resolutionen der in Abwesenheit des Beklagten gefällten Erkenntnisses für das künftige Jahr 1867 die in St. Petersburg erscheinenden Zeitungen: „Journal de Saint Petersbourg“ und „St. Petersburger Zeitung“ mit der Bedingung erwählt, daß diese Publicationen und Resolutionen in den genannten Zeitungen ohne Aufenthalt in russischer Sprache mit buchstäblicher Genauigkeit, ohne jegliche Abänderung des Inhalts der an die Redactionen dieser Zeitungen eingesandten Publicationen und Resolutionen abgedruckt werden. Befohlen: Ueber solche Anordnung des Justizministers zur gehörigen Erfüllung dem St. Petersburger und Moskauer Gerichtshofe, den Gouvernements-, Provinzial- und Heeres-Regierungen mittelst Ukase zu wissen zu geben und zur Wissenschaft Se. Kaiserliche Hoheit den Statthalter des Kaukasus, die Minister und Ober-Dirigirenden der abgetheilten Zweige, die Einen — durch Ukase, und die Anderen — durch Uebergabe von Abschriften der Senats-Verfügung zu den Acten des Ober-Procureurs des 1. Departements Cines Dirigirenden Senats zu benachrichtigen; desgleichen mittelst Ukase allen General-Gouverneuren, Kriegs-Gouverneuren und Gouverneuren zu wissen zu geben; dem Heiligst Dirigirenden Synod, allen Departements Cines Dirigirenden Senats und deren allgemeinen Versammlungen Nachricht und dem Departement des Justiz-Ministeriums eine Abschrift der Verfügung zu communiciren und in der festgesetzten Ordnung einen Abdruck zu veranstalten.

Betreffend den Druck: 1) von Publicationen über die Vorladung vor Gericht und 2) von Resolutionen der in Abwesenheit des Beklagten gefällten Erkenntnisse. Aus dem 1. Departement vom 5. Dec. 1866, Nr. 77,136.

**Nr. 13.** Ukas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Ober-procureurs des 1. Departements Cines Dirigirenden Senats vom 5. December in Betreff dessen, daß in Grundlage des Art. 79 des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths betreffend die Abänderung und Ergänzung der Artikel des Codex der Reichsgesetze, welche sich auf das Gerichtsverfahren und die Geschäftsführung in den gegenwärtigen Justizbehörden beziehen, die Publication wegen Vorladung vor Gericht drei Mal in drei auf einander folgenden Nummern der Senats-Bekanntmachungen, welche eine Beilage zu der St. Petersburgschen Senats-Zeitung bilden, sowie auch in den in Rußland erscheinenden Zeitungen — einer französischen und einer deutschen, nach Bestimmung des Justizministers, statfinde. In Folge dessen und gemäß dem von den Redacturen der in St. Petersburg erscheinenden Zeitungen: „Journal de Saint-Petersbourg“ und „St. Petersburger Zeitung“ ausgesprochenen Wunsche habe der Justizminister diese Zeitungen für den Abdruck der besagten Publicationen im künftigen Jahre 1867 bestimmt, mit der Bedingung, daß die von den Justizbehörden an diese Redactionen einzusendenden Publicationen in den obervähnten Zeitungen ohne allen Aufenthalt, in russischer Sprache, mit buchstäblicher Genauigkeit und unter Verantwortung der Redaction für jegliche Abänderung des Inhalts oder der Form der Originalpublication abgedruckt werden. Befohlen:

Solche Anordnung des Justizministers behufs der erforderlichen Erfüllung in der festgesetzten Ordnung zu publiciren, wobei: 1) den Justizbehörden 1. und 2. Instanz zur unausbleiblichen Pflicht zu machen ist, daß sie die Publicationen wegen Vorladung vor Gericht und das Geld, in Grundlage des Art. 81 des bezogenen Allerhöchsten Befehls, an die Redactionen der oben angegebenen Zeitungen zu senden haben und bei Abfassung der Publicationen keinerlei Abweichungen von den gesetzlich verordneten Regeln und Formen zulassen dürfen und 2) die Justizbehörden zu verwarnen, daß für alle Schreibfehler oder Unrichtigkeiten in der Fassung der Publicationen die Justizbehörden selbst verantwortlich bleiben. Ueber Obiges an die Justizbehörden 2. Instanz Ukase zu erlassen, und mittelst ebemäßiger Ukase behufs den Justizbehörden 1. Instanz zu ertheilender Vorschrift den Gouvernements-Regierungen und der Bessarabischen Provinzial-Regierung zu wissen zu geben.

Betreffend den Druck der Publicationen über die Vorladung vor Gericht. Aus dem 1. Departement vom 5. Dec. 1866, Nr. 78134.

**Nr. 14.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 21. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Überprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Befreiung der Zahnärzte von der Anwendung des Probirreglements auf ihre Fabrikate, für gut erachtet: die Zahnärzte von der Anwendung derjenigen Regeln auf ihre Fabrikate zu befreien, welche in den Artt. 84 Punkt 2, 115, 121 und 142 der dem Art. 258 des Handwerks-Reglements beigefügten Probir-Verordnung enthalten sind und in Ergänzung zum Medicinal-Reglement zu verordnen: 1) die Zahnärzte (Dentisten) sind verpflichtet, zu ihren Fabrikaten Gold mindestens von der 72. Probe und Silber mindestens von der 84. Probe zu gebrauchen, aus der Zahl der anderen Metalle und Compositionen aber nur vollständig unschädliche, nach ihrer zu solcher Benutzung erfolgten Approbation durch den Medicinal-Rath. 2) Der Zahnarzt ist verpflichtet über jedes seiner Fabrikate der Person, die dasselbe gekauft hat, auf ihren Wunsch, eine Quittung auf gewöhnlichem Papier mit Angabe der Art und der Qualität des zu diesem Fabrikat benutzten Metalls auszustellen. Das Schema zu solchen Quittungen ist von dem Medicinal-Rath festzustellen. 3) Für die Uebertretung der im Pkt. 1 vorgeschriebenen Bedingung, wie auch für eine Weigerung der Ausstellung von Quittungen, oder für die Ausstellung einer Quittung nicht nach dem festgesetzten Schema oder für ein Falsum in dem Inhalt derselben, unterliegen die Zahnärzte, in allgemeiner Grundlage, Beahndungen im administrativen oder gerichtlichen Wege. (Artt. 1214 u. 1218 der Criminal-Proceßordnung vom 20. Nov. 1864.)  
Betreffend die Befreiung der Zahnärzte von der Anwendung des Probirreglements auf ihre Fabrikate. Aus dem 1. Departement vom 9. Dec. 1866, Nr. 78,741.

**Nr. 15.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 19467 folgenden Inhalts: In Grundlage des Art. 876 Thl. II des Prov.-Rechts der Dstsee-Gouvernements können alle erblichen

Edelleute mit vollem Eigenthumsrechte Rittergüter im Livländischen Gouvernement erwerben; doch seien die indigenen Livländischen Edelleute befugt, jedes Vermögen dieser Art, welches von einem in die Local-Matrikel nicht aufgenommenen Edelmann erworben worden, im Laufe von einem Jahre, sechs Wochen und drei Tagen, von dem Tage an gerechnet, wo die gerichtliche Bekanntmachung in Betreff des Verkaufs desselben erfolgt ist, einzulösen. Im März d. J. habe der Livländische Adel beschlossen, die Allerhöchste Genehmigung dazu zu erbitten, daß in Zukunft Personen jeden Standes christlicher Confession das Recht zugestanden werde, unbewegliches Vermögen jeder Art im Livländischen Gouvernement zu vollem Eigenthum zu erwerben. Dieser dem Ministerium des Innern durch den ehemaligen General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland, General-Adjutanten Grafen Schuwalow mitgetheilte Beschluß sei dem Ostsee-Comité vorgelegt worden, welcher, in Uebereinstimmung mit dem Sentiment des Grafen Schuwalow und dem des Ministers des Innern, beschlossen habe, bis zur Beprüfung und allendlichen Entscheidung der Frage über die Aufhebung des Art. 876 Thl. II des Prov.-Rechts der Ostsee-Gouvernements für das Livländische Gouvernement in der für Gesetzgebungs-Angelegenheiten festgesetzten Ordnung, — die Allerhöchste Genehmigung Sr. Kaiserlichen Majestät dazu zu erbitten, daß unverzüglich Personen jeden Standes christlicher Confession im Livländischen Gouvernement das Recht zugestanden werde, unbewegliches Vermögen jeder Art zu vollem Eigenthum zu erwerben, nur mit den Beschränkungen, welche durch die bestehenden Gesetze bezüglich des Gehorsstandes festgestellt sind, und mit Unterdrückung auch der Wirksamkeit des bezeichneten Artikels des Provinzial-Rechts hinsichtlich des Einlösungsrechts der Livländischen indigenen Edelleute. Der Herr und Kaiser habe auf das Journal des Comité's am 5. November Eigenhändig zu schreiben geruht: „Zu erfüllen“ Ueber solchen Allerhöchsten Willen berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senate zur bezüglichen Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

In Betreff dessen, daß im Livländischen Gouvernement Personen jeden Standes christlicher Confession das Recht zugestanden ist, unbewegliches Vermögen jeder Art zu vollem Eigenthum zu erwerben.

Aus dem 1. Departement vom  
25. Nov. 1866, Nr. 74683.

**Nr. 16.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes, am 14. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Verwaltenden des Ministeriums der Volksaufklärung in Betreff des den Progymnasien zu gewährenden Rechts, Prüfungen zum Amte eines Kirchspielslehrers, zum ersten Classenrange und zum Rechte des Elementar-Unterrichts vorzunehmen, für gut erachtet: in Ergänzung des am 19. November 1864 Allerhöchst bestätigten Reglements für die Gymnasien und Progymnasien, zu verordnen: Prüfungen 1) zur Erlangung des ersten Classenranges, 2) zum Amte eines Lehrers an Kirchspiels- und Elementarschulen

und den Vorbereitungsclassen und 3) zur Berechtigung in Privathäusern den Unterricht im Lesen und Schreiben, in der russischen und in fremden Sprachen und in der Arithmetik zu ertheilen, — können sowohl bei den classischen als auch bei den Realgymnasien und Progymnasien stattfinden. Anmerkung. Durch diese Bestimmung wird das in der Verordnung über den Dienst in Folge Anstellung von Eiten der Staatsregierung (Bd. III Art. 598, 599 und Beilage zum Art. 353 Pkt. VI) festgesetzte Recht der übrigen Anstalten, Prüfungen dieser Art vorzunehmen, — nicht aufgehoben.

Betreffend das den Progymnasien gewährte Recht, Prüfungen zu dem Amte eines Kirchspielslehrers, zum ersten Classenrange und zum Rechte des Elementarunterrichts vorzunehmen.

Aus dem 1. Departement vom 9. Dec. 1866, Nr. 79093.

**Nr. 17.** Ukas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 3. December 1866 Nr. 75124, desmittelst publicirt wird, daß der Herr und Kaiser auf den auf eine Vorstellung des Finanzministers erfolgten Beschluß des Minister = Comité's am 18. November 1866 Allerhöchst zu befehlen geruht habe, die Actien der Warschau = Lerespolder Eisenbahngesellschaft sowie die vom Staate garantirten Obligationen dieser Gesellschaft als Pfand bei Kronspodräden und Lieferungen, zur Sicherstellung der Zahlung der befristeten Branntweins = Accise und der Zollgebühren von ausländischen Waaren zu dem Preise anzunehmen, welcher von dem Finanzministerium zu Anfange eines jeden Halbjahres, im Betrage von 75% des durchschnittlichen Börsenpreises dieser Papiere für die vorhergehenden 6 Monate, festgesetzt und publicirt werden wird. In Erfüllung dieses Allerhöchsten Befehls hat das Finanzministerium für die Zeit bis zum 1. Januar 1867 den Preis zur Annahme der Actien der Warschau = Lerespolder Eisenbahngesellschaft als Pfand bei Kronspodräden und Lieferungen auf 70 Rbl. für die Actie festgesetzt.

Betreffend die Annahme als Pfand bei Kronspodräden und Lieferungen der Actien der Warschau = Lerespolder Eisenbahngesellschaft.

Aus dem 1. Departement vom 3. Dec. 1866, Nr. 75124.

**Nr. 18.** Ukas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 7 December 1866 Nr. 76076, desmittelst publicirt wird, daß der Herr und Kaiser auf den Allerunterthänigsten Vortrag des Domainen = Ministers in Betreff der auf den Reichsbauern, welche die Rekrutenprästation nach dem Loosungssystem leisten, verbliebenen Rekrutenrückstände aus der Hebung im Jahre 1866, am 21. November dieses Jahres Allerhöchst zu befehlen geruht habe: die für die Hebung des Jahres 1866 auf den Cantonen der Reichsbauern wegen Mangels an jungen Leuten, welche der Einberufung zur Loosung bei jener Hebung unterlagen, rückständig verbliebenen Rekruten von den Rechnungen zu streichen.

Betreffend die Streichung von den Rechnungen der auf den Reichsbauern aus der Hebung i. J. 1866 rückständig verbliebenen Rekruten.

Aus dem 1. Departement vom 7. Dec. 1866, Nr. 76076.

Riga = Schloß, den 18. Januar 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 19.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 12. December 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Feststellung eines obligatorischen Stärkegrades des zum Verkauf kommenden Branntweins, publicirt wird, wie folgt: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Feststellung eines obligatorischen Stärkegrades des zum Verkauf kommenden Branntweins, in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: 1) In Abänderung des Art. 310 des Getränksteuer-Reglements (Cod. der Reichsgesetze Bd. V, Ausg. vom Jahre 1857 in der Fortsetzung vom Jahre 1863) und der Anmerkung zu demselben zu verordnen: Art. 310. Branntwein, feine Branntweine (Schnäpse) und andere aus Branntwein und Spiritus bereitete Getränke müssen bei ihrer Aufbewahrung in den Kellern der Betriebsanstalten und in den Engros-Niederlagen in den großrussischen, dem Stawropolschen und den Sibirischen Gouvernements eine Stärke von wenigstens vierzig Grad nach dem Tralles'schen Alkoholometer haben, beim Verkauf en detail in denselben Gouvernements aber von wenigstens acht und dreißig Grad; in den Ostsee-Gouvernements, den westlichen, kleinrussischen und neurussischen Gouvernements, in der Provinz Bessarabien und dem Lande des Donischen Heeres aber müssen die in den Kellern der Betriebsanstalten und in den Engros-Niederlagen aufbewahrten angeführten Getränke eine Stärke von wenigstens fünf und vierzig Grad haben, beim Verkauf en detail aber von wenigstens drei und vierzig Grad nach dem Tralles'schen Alkoholometer. Anmerkung: Wenn aus Engros-Niederlagen und Detail-Verkaufsstellen Getränke von einem geringeren als dem angegebenen Stärkegrade verkauft werden, so unterliegen die Inhaber der Getränke-Verkaufsstellen, bei einem derartigen Verkauf aus den Kellern der Betriebsanstalten aber die dessen Schuldigen: das erste Mal — einer Geldbuße im Betrage des vierten Theils des Preises des Patents; das zweite und dritte Mal — einer Geldbuße im Betrage der Hälfte des Preises des Patents, das vierte Mal aber — einer Geldbuße im Betrage des Preises des Patents und wird ihnen der Handel mit Getränken verboten, was in den örtlichen Gouvernements-Beitungen publicirt wird. Die Geldstrafen für den Verkauf von Getränken von einem geringeren als dem verordneten Stärkegrade, aus den Kellern der Betriebsanstalten, werden nach dem Preise des für die Engros-Niederlagen derselben Gegend verordneten Patents berechnet, und 2) In Betreff der Gegenden, in denen der obligatorische Stärkegrad des Branntweins und Spiritus zu erhöhen ist, dem Finanzminister anheimzustellen, entsprechend den örtlichen Verhältnissen die Termine für die definitive Einführung dieser Maßregel festzusetzen.

Betreffend die Festsetzung eines obligatorischen Stärkegrades des zum Verkauf kommenden Branntweins. Aus dem 1. Departement vom 16. Dec. 1866, Nr. 81420.

**Nr. 20.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 12. December 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ausschließung der Getränke-Anstalten von der durch den Art. 43 des Handels- und Gewerbesteuer-Reglements verliehenen Abgabefreiheit publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Bepriifung der Vorststellung des Finanzministers, betreffend die Ausschließung der Getränke-Anstalten von der durch den Art. 43 des Handels- und Gewerbesteuer-Reglements verliehenen Abgabefreiheit und in Uebereinstimmung mit dem in derselben enthaltenen Vorschlage des Ministers hinsichtlich der Ausschließung der Getränkehandlungen von der im Art. 43 des Steuer-Reglements bezeichneten Abgabefreiheit, die einigen Personen das Recht verleiht, ohne Lösung eines Scheins zum Kleinhandel und ohne Zahlung für ein Billet je eine Handels- und Gewerbeanstalt zu halten — für gut erachtet: diese Vorststellung zu bestätigen und in Folge dessen den Art. 43 des am 9. Februar 1865 Allerhöchst bestätigten Handels- und Gewerbesteuer-Reglements folgende-maßen zu fassen: Die im Art. 40 bezeichneten Gewerbe, ausgenommen das Halten von öffentlichen Badstuben und von Tracteuranstalten, sowie der im Art. 320 des Getränkesteuer-Reglements, Ausgabe vom Jahre 1863 genannten Getränkeanstalten, dürfen ohne Lösung eines Scheins zum Kleinhandel ausüben und haben das Recht, je eine Anstalt, ohne Zahlung für ein Billet, zu halten, folgende Personen: a) Wittwen und unverheirathete Töchter, die bei dem Tode von Geistlichen und Kirchendienern nachbleiben; b) Verabschiedete und auf unbestimmten Urlaub entlassene Untermilitairs, und c) Frauen, Wittwen und unverheirathete Töchter von Soldaten. Anmerkung. Die in diesem Artikel gewährte Vergünstigung erstreckt sich nur auf diejenigen Frauen und unverheiratheten Töchter, deren Mann oder Vater oder Mutter nicht selbst eine Anstalt zum Kleinhandel an ihrem gemeinschaftlichen Wohnort haben.

Betreffend die Ausschließung der Getränkehandlungen von der im Art. 43 des Handels- und Gewerbesteuer-Reglements gewährten Vergünstigung.

Aus dem 1. Departement vom 23. Dec. 1866, Nr. 84751.

**Nr. 21.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft publicirt wird, daß der Herr und Kaiser am 1. November 1866 ein auf eine von dem Synodalober-Procureur, gemäß der Verfügung des Heiligsten Synods vom 17. Juli 1865, ergänzte Vorststellung in Betreff der Vereinfachung des Verkehrs der geistlichen Consistorien mit den Gouvernements-Behörden erfolgtes Gutachten des Reichsraths Allerhöchst zu bestätigen geruht hat, durch welches bestimmt worden: in Ergänzung des Art. 227 der allgemeinen Gouvernements-Verordnung Bd. II Theil 1 des Codex der Reichsgesetze vom Jahre 1857 zu verordnen: 1) Die Secrétaire der geistlichen Consistorien verlangen die für das geistliche Ressort nothwendigen Auskünfte vermittelft desfalliger Relationen, nach der Hingehörigkeit, mit den Secrétairen der Gouvernements-Behörden oder Institutionen, oder mit den den Secrétairen gleichgestellten, anders benannten Kanzleileidirectoren, Geschäftsführern oder Schriftführern ein. 2) Die Secrétaire der Gouvernements-Behörden

oder Institutionen, oder die anderen Personen, die der Schriftführung in denselben vorstehen, verlangen in Sachen, die beim Eparchial-Resort verhandelt werden, die Auskünfte vermittelt Relationen mit den Secretairn der geistlichen Consistorien ein. 3) Relationen, bei denen es sich um die Einziehung von Auskünften nicht über den Stand einer Sache, sondern über das Wesen selbst irgend eines Factums handelt, finden nur von der Session oder dem Chef einer Institution statt. 4) Die Relationen der geistlichen Behörden mit den Gerichtsinstitutionen geschehen nach den in den Art. 69, 191—193 der Instit. der Gerichtsbehörden und 452—455 der Verordnung über das Civil-Verichtsverfahren vom 20. November 1864 festgestellten Regeln.

Betreffend die Vereinfachung des Verkehrs der geistlichen Consistorien mit den Gouvernements-Behörden.

Aus dem 1. Departement vom 20. Dec. 1866, Nr. 81753.

**Nr. 22.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes, am 28. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriüfung der Vorstellung des Ministers des Innern darüber, daß den niedern Medicinalbeamten, welche aus dem Militair-Resort mit dem Range eines Collegien-Registrators entlassen worden und in gleiche Functionen im Civil-Resort eingetreten sind, ihr ganzer Dienst im Militair-Medicinal-Resort in die Zeit zur Ausdienung der Pension eingerechnet werden möge, — und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: den Art. 17 des Pensions-Reglements durch folgende Anmerkung zu ergänzen: den niedern Medicinalbeamten, welche aus dem Militair-Resort mit dem Range eines Collegien-Registrators entlassen worden und in gleiche Functionen im Civil-Resort eingetreten sind, wird ihr ganzer Dienst im Militair-Medicinal-Resort bei der Zeit zur Ausdienung der Pension angerechnet.

In Betreff dessen, daß den niedern Medicinalbeamten, welche aus dem Militair-Resort mit dem Range eines Collegien-Registrators entlassen worden und in gleiche Functionen im Civil-Resort eingetreten sind, ihr ganzer Dienst im Militair-Medicinal-Resort bei der Zeit zur Ausdienung der Pension angerechnet wird.

Aus dem 1. Departement vom 19. Dec. 1866, Nr. 81105.

**Nr. 23.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft publicirt wird, daß der Herr und Kaiser auf Beschluß des Minister-Comités, in Veranlassung einer Vorstellung des Finanzministers, am 25. November 1866 Allerhöchst zu befehlen geruht habe: zu gestatten, daß die Liquidationscheine (ликвидационные листы), welche von der Liquidations-Commission im Königreich Polen auf Grundlage des Allerhöchsten Befehls vom 19. Februar (2. März) 1864 emittirt werden, als Pfand bei Krons-Rodräden und Lieferungen, sowie bei Befristungen der Branntweinsaccise im Betrage von 80 % des Nominalwerths angenommen werden.

Betreffend die Erlaubniß, Liquidationscheine des Königreichs Polen als Pfand bei Krons-Berpflichtungen anzunehmen.

Aus dem 1. Departement vom 19. Dec. 1866, Nr. 82262.

**Nr. 24.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: die Sache in Betreff der Ordnung der Bewerksstelligung von Untersuchungen wider Personen des Militairstandes. Befohlen: Eine Gouvernements-Regierung hat dem Dirigirenden Senat die Frage zur Entscheidung vorge stellt, wer die Untersuchungen über Verbrechen, die von Militairpersonen außerhalb der Kasernen und des Dienstes begangen worden sind, zu führen habe. Aus der Sprawka hat sich ergeben: 1) daß in Betreff einer ähnlichen Frage bereits im Justizministerium folgende Entscheidung getroffen worden ist: a) die Untersuchungen über Verbrechen von Personen des Militairstandes werden in allgemeiner Grundlage von den Untersuchungsrichtern (судебными следователями) geführt; b) der Bewerksstelligung der Untersuchung durch die Untersuchungsrichter wohnt ein Delegirter des Militair-Resorts in der festgesetzten Ordnung bei; c) nach Beendigung der Untersuchung stellt der Untersuchungsrichter dieselbe der Gerichtsbehörde, nach der Hingehörigkeit, in Grundlage des Reglements vor, und d) nach Beprüfung der Sache und gehöriger Vervollständigung derselben übersendet das Gericht die Thatumstände, die sich auf Personen des Militairstandes, welche dem Kriegsgerichte unterliegen, beziehen, der betreffenden Militairobrigkeit; und 2) daß in Veranlassung einer im Jahre 1863 zwischen der Militairobrigkeit und einem Criminalgerichtshofe entstandenen Meinungsverschiedenheit in Betreff dieses Gegenstandes vom Dirigirenden Senat bereits vorgeschrieben war, die obgedachte Entscheidung des Justizministeriums zur Nichtschnur zu nehmen. In der Erwägung, daß die gegenwärtig angeregte Frage keine neue Beprüfung seitens des Dirigirenden Senats erheischt und zur Verhütung der Schwierigkeiten, die in Betreff dieses Gegenstandes entstehen könnten, verfügt Ein Dirigirender Senat: Ueber obgedachte Entscheidung des Justizministeriums zur schuldigen Erfüllung in vorkommenden Fällen Ukase zu erlassen.

Betreffend die Frage, wer die Untersuchungen über Verbrechen, die von Militairpersonen außerhalb der Kasernen und des Dienstes begangen worden sind, zu führen hat.

Aus dem 1. Departement vom  
3. Januar 1867, Nr. 210.

Riga=Schloß, den 20. Januar 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältester Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 25.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 19. December 1866 Nr. 80526, desmittelft folgendes am 12. December 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Ordnung des Gerichtsverfahrens in Preß-Angelegenheiten publicirt wird:

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Ordnung des Gerichtsverfahrens in Preß-Angelegenheiten, Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterzeichnet: Vorsitz der Reichsraths Constantin.

Den 12. December 1866.

## Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journälen der vereinigten Departements der Geseze und der Civil-Angelegenheiten v. 29. October und der allgemeinen Versammlung v. 21. November 1866.

Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Civil- und geistlichen Angelegenheiten und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern betreffend die Ordnung des Gerichtsverfahrens in Preß-Angelegenheiten, für gut erachtet: in Ergänzung des am 6. April 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths (Abschnitt IV) betreffend das Gerichtsverfahren in Preß-Ange-

legenheiten, zeitweilig folgende Regeln festzustellen:

1) Uebertretungen der Verordnungen über die Presse unterliegen der gerichtlichen Verfolgung in den nach den Reglements von 1864 organisirten Gerichtsinstitutionen, in Gemäßheit der allgemeinen Regeln des Criminal-Gerichtsverfahrens, mit den in den folgenden Artikeln festgesetzten Ausnahmen.

2) Die in den Artikeln 1010 bis 1013, 1015 bis 1019, 1030 und 1032 des Strafcodex (Ausgabe von 1866) namhaft gemachten Uebertretungen unterliegen der Gerichtsbarkeit der Friedensrichter.

3) Die in den Artikeln 181, 189, 274, 1035 bis 1037 des Strafcodex (Ausgabe von 1866) bezeichneten Vergehen und Verbrechen, sowie Sachen betreffend Beleidigungen von amtlichen Personen, Behörden und Institutionen unterliegen der unmittelbaren Beprüfung des Gerichtshofs (судебной палаты). Wider die Urtheile des Gerichtshofs, wenn dieselben ohne die Theilnahme der vereidigten Beisitzer gefällt sind, werden Appellationen und Proteste an die Cassations-Departements des Dirigirenden Senats zugelassen.

4) Die Vergehen und Verbrechen dieser Art werden im Gerichte desjenigen Orts abgeurtheilt, wo das Erzeugniß, das zur Verfolgung Anlaß gegeben hat, gedruckt worden ist. Wenn das Erzeugniß aber im Auslande gedruckt worden, oder der Druckort unbekannt ist, so ressortirt es unter das Gericht derjenigen Verantwortlichkeit, woselbst es verbreitet worden ist, und wenn die Verbreitung in mehreren Gerichtsbezirken erfolgt ist, so unter das Gericht des Bezirks wo die Verfolgung zuerst angeregt worden ist.

5) Die Verpflichtung eine Verfolgung, (Verordnung über das Criminal-Gerichtsverfahren Art. 297, Punkt 2) hinsichtlich der durch die Presse verübten Vergehen und Verbrechen anzuregen, liegt der Ober-Verwaltung für Preßangelegenheiten und den Censur-Comité's ob, mit Ausnahme nur der Fälle einer Beleidigung von Behörden, Institutionen und amtlichen Personen. In diesen letzten Fällen wird die Verfolgung des Schuldigen durch den Procureur nur auf Beschwerden, Anzeigen oder Mittheilungen der Beleidigten angeregt. Sachen hinsichtlich der Beleidigung von Privatpersonen in der Presse, werden bei den Gerichten durch die Beleidigten selbst in allgemeiner Grundlage anhängig gemacht.

6) In den Mittheilungen, Beschwerden und Anzeigen muß ausführlich angegeben sein: worin namentlich das Vergehen oder Verbrechen besteht, der Name der der Verfolgung unterliegenden Personen, sowie ihr Wohnort, wenn er bekannt ist. Die Mittheilungen der Ober-Verwaltung in Preßangelegenheiten müssen alle Auskünfte, die für den Procureur zur Abfassung der Anklageschrift (обвинительный актъ) nothwendig sind, sowie auch das Gesetz, in welchem das zu verfolgende Vergehen vorgesehen worden ist, enthalten, so daß der Gerichtshof in seiner Sitzung direct zur gerichtlichen Untersuchung schreiten kann.

7) Auf die Mittheilungen der Ober-Verwaltung und der Censur-Comité's und auf die Beschwerden, Anzeigen oder Mittheilungen der Behörden, Institutionen und amtlichen Personen ist der Procureur verpflichtet, eine Untersuchung einzuleiten; falls er aber in der Mittheilung der Ober-Verwaltung oder des Censur-Comité's irgend welchen Schwierigkeiten oder Zweifeln begegnet, so muß er darüber in der festgesetzten Ordnung dem Justizminister Vorstellung machen und sich sodann, hinsichtlich der der Sache zu gebenden weiteren Richtung nach der Entscheidung richten, die er vom Minister erhalten hat.

8) Im Falle einer Verletzung der Regeln für die Anstalten, welche Druckutensilien anfertigen und verkaufen, und für den Buchhandel (am 6. April 1865 Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths, Abschnitt III. §§ II. und III.), wird die Verfolgung des Schuldigen vermittelt einer Anzeige an die Friedensrichter bewerkstelligt, die diesen zu machen ist: in den Residenzen — von den Inspectoren für die Beaufsichtigung dieser Branche, in den Gouvernementsstädten — von den zu demselben Zwecke vom Gouverneuren besonders ernannten Beamten, und an den übrigen Orten von Kreis-Polizeirichtern (уездными исправниками) und den Polizeimeistern.

9) Im Falle einer Uebertretung der Regeln über dramatische Vorstellungen (am 6. April 1865 Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths, Abschnitt V Art. II.) wird die Verfolgung der Schuldigen vermittelt einer Anzeige an den Procureur des Bezirksgerichts bewerkstelligt, die demselben zu machen ist: in den Residenzen — von dem Oberpolizeimeister und an den übrigen Orten von den Polizeimeistern und den Kreis-Polizeirichtern (уездными исправниками).

10) Das Gericht hat das Recht, bis zur Urtheilsfällung über das Wesen der Sache, gemäß den Artikeln 1045 und 1046 des Strafcodex Beschlag auf die der gerichtlichen Verfolgung unterworfenen Werke oder Ausgaben zu legen.

11) In Sachen betreffend Beleidigungen dürfen in den Fällen, wo der Beklagte nicht zur Beibringung von Beweisen für die Richtigkeit der beschimpfenden Umstände nicht zugelassen wird, die im Gericht stattgefundenen Debatten nicht gedruckt werden, auch wenn sie in Gegenwart des Publicums vor sich gegangen sind. In diesen Sachen wird nur das Urtheil des Gerichts gedruckt, und zwar mit besonderer Genehmigung desselben. Der Druck aller Einzelheiten der Gerichts- sitzung oder der ursprünglichen Klage des Klägers wird vom Vorsitz der Gerichts- nur in dem Falle gestattet, wenn der Beleidigte selbst darum nachsucht.

12) In dem Falle, daß irgend eine der in Preß-Angelegenheiten verantwort- lichen Personen (am 6. April 1865 Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichs- raths, Abschnitt IV Artikel 1.) nicht ermittelt worden ist, trifft das Gericht die ge- hörigen Anordnungen zu seiner Ermittlung und verschiebt die Aburtheilung hin- sichtlich der dem Schuldigen gebührenden Strafe bis zu seiner Ergreifung oder Ermittlung, beanstandet aber in Grundlage der allgemeinen desfallsigen Regeln (Verordnung über das Criminal-Gerichtsverfahren Art. 846 bis 852) nicht den Urtheilspruch hinsichtlich der Vernichtung des Erzeugnisses selbst oder eines Theils desselben, falls es solches für nothwendig erkannt.

13) An denjenigen Orten, wo die Gerichtsordnungen vom 20. November 1864 noch nicht eingeführt sind, unterliegen Uebertretungen der Bestimmungen des Gesetzes vom 6. April 1865 der Gerichtsbarkeit der Criminal-Gerichtshöfe (уголовныя палаты): in der Eigenschaft eines Gerichts erster Instanz, und auf Beschwerden wider ihre Erkenntnisse, der des Dirigirenden Senats. In derselben Weise und in derselben Grundlage werden an diesen Orten die Beschwerden, An- zeigen und Mittheilungen der Behörden und Institutionen, sowie der amtlichen und Privatpersonen an den Criminal-Gerichtshof gerichtet.

14) die oben in den Artikeln 4 bis 7, 11 und 12 angeführten Regeln erstrecken sich auch auf die Gerichts-Institutionen der früheren Organisation.

Das Original ist in den Journalen von den Vorsitzern und Gliedern unterzeichnet.

Betreffend die Ordnung des Gerichtsverfahrens  
in Preß-Angelegenheiten.

Aus dem 1. Departement vom  
19. December 1866, Nr. 80526.

**Nr. 26.** Ukas eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 28. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Abänderung und Ergänzung des Art. 1473 des Forstreglements hinsichtlich des Verkaufs von sequestrirten Hölzern publicirt wird: Der Reichsrath hat im Depar- tement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Domainenministers in dieser Sache, für gut erachtet: in Ergän- zung und Abänderung des Art. 1473 des Forst-Reglements zu verordnen: 1) Wenn die des eigenmächtigen Fällens von Krons-Wald Schuldigen nicht entdeckt sind, oder die dessen Verdächtigen auf die sequestrirten Forst-Materialien verzichten, so ist der örtliche Förster verpflichtet, die benachbarten Ansiedelungen durch die nächste ländliche Obrigkeit und durch die Forstwache von der Sequestration dieser Materialien unter Bezeichnung ihres Stapelplatzes in Kenntniß zu setzen und in der

Anzeige auch die Zeit für die Besichtigung und Taxation dieser Materialien zu bestimmen, damit diejenigen, die sich für die gesetzmäßigen Eigenthümer derselben halten, sich zur anberaumten Zeit am bezeichneten Orte zur Verlautbarung ihres Anspruchs einfinden. 2) Wenn bei der Sequestration der in Kronswäldern eigenmächtig gefällten Forstmaterialien oder bei der Besichtigung und Taxation derselben Niemand die Anzeige macht, daß diese Materialien irgend Jemandem gesetzmäßig gehören, so werden sie, ohne die Beendigung der Untersuchung abzuwarten, verkauft. 3) Die wegen eigenmächtigen Fällens sequestrirten Forstmaterialien werden auch in dem Falle, wenn diejenigen, die dieselben gefällt haben auf der That selbst oder beim Transport des gefälltten Holzes ergriffen worden sind, oder wenn die Schuldigen unbekannt haben, verkauft, ohne die Beendigung der Untersuchung abzuwarten. 4) Der Verkauf der Forstmaterialien, die als eigenmächtig in Kronswäldern gefällt, sequestrirt worden sind, wird in zwei Fällen bis zur Beendigung der Untersuchung beanstandet: erstens, wenn bei der Sequestration selbst dieser Materialien irgend Jemand eine schriftliche Angabe, daß dieselben ihm gesetzmäßig zugehören, einreicht mit der Erklärung, aus welchen Wäldern und von wem namentlich er sie erstanden hat; und zweitens, wenn bei der Besichtigung und Taxation dieser Materialien irgend Jemand erklärt, daß sie aus Privatwäldern beschafft sind. In diesem Falle wird vom Declaranten ebenfalls eine schriftliche Angabe darüber verlangt nebst einer Erklärung, wann und wo namentlich die Materialien gefällt oder von wem sie erstanden sind. 5) Diese schriftlichen Erklärungen, durch welche ein Rechtsanspruch auf die sequestrirten Forstmaterialien erhoben wird, werden zusammen mit dem Protocoll über die Besichtigung und Taxation derselben und mit einer Darlegung der Gründe seitens des Försters, weshalb sie ungeachtet der Erklärung, daß sie Privatpersonen zugehören, dennoch unter Sequester belassen worden sind, zu den Untersuchungsverhandlungen übergeben. 6) Die Ordnung der Besichtigung, der Taxation und des Verkaufs oder überhaupt der Entäußerung der sequestrirten Forstmaterialien wird durch den Domainenminister festgestellt. Anmerkung. Die Wirksamkeit dieses Artikels erstreckt sich in gleicherweise auf die Sequestration und den Verkauf aller Materialien überhaupt, die in Kronsförsten ungesetzlich zubereitet worden sind.

Betreffend die Abänderung und Ergänzung des Artikels 1473 des Forstreglements hinsichtlich des Verkaufs von sequestrirten Hölzern.

Aus dem 1. Departement vom 22. December 1866 Nr. 85252.

**Nr. 27.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 21. December 1866 Nr. 89447, desmittelfst folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Oberverwaltenden der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät betreffend den Entwurf von Regeln über die Besserungsanstalten für Minderjährige für gut erachtet, den Entwurf dieser Regeln folgendermaßen zu fassen: 1) Unabhängig von den von der Staatsregierung zu errichtenden Besserungsanstalten zur sittlichen Besserung Minderjähriger, die in Folge gerichtlicher Erkenntnisse dahin abgegeben worden, werden zur Errichtung solcher gottgefälligen und

gemeinnützigen Anstalten auch die Landschaft, die Gemeinden und die geistlichen Institute, wie auch die Privatpersonen aufgefordert. 2) Die Besserungsanstalten für Minderjährige ressortiren unter das Ministerium des Innern. 3) Die Besserungsanstalten, die von der Landschaft, von Gemeinden, geistlichen Instituten und Privatpersonen errichtet werden, sind folgende Vorrechte gewährt: a) das der Anstalt gehörende oder für dieselbe zu erwerbende unbewegliche Vermögen wird von allen Abgaben zum Besten der Krone befreit; b) jeder Anstalt ist es gestattet, jährlich eine Lotterie, ohne Zahlung der festgesetzten Procente, zu veranstalten, es darf jedoch die Summe der zu verkaufenden Billete dreitausend Rubel nicht übersteigen; c) wenn von den in die Anstalt Aufgenommenen landwirthschaftliche Arbeiten ausgeführt werden, so wird vom Domainenministerium der Anstalt das ihr dazu nöthige Landareal aus den daselbst vorhandenen freien Kronsländereien angewiesen; d) für jeden in der Anstalt befindlichen Minderjährigen zahlen die örtlichen Gefängniß-Fürsorge-Comités den Anstalten monatlich aus den Summen, die für den Unterhalt der Arrestanten abgelassen worden, soviel aus, als wieviel die Nahrung und Kleidung eines Arrestanten zu stehen kommt. 4) Die Aeltern der in die Anstalten, abgegebenen Kinder können zu einer Zahlung zum Unterhalte und zur Erziehung der Kinder, nach Maßgabe ihrer Mittel, verpflichtet werden (Codex der Reichsges. Band X Civ. Ges., Thl. 1 Art. 172), es darf jedoch der in dieser Grundlage zu zahlende Geldbeitrag zum Besten der Anstalt für Aeltern mit ausreichenden Mitteln nicht drei Rubel monatlich übersteigen. 5) Es darf keine Privatanstalt (worunter auch die von der Landschaft, von Gemeinden und geistlichen Instituten unterhaltenen verstanden werden) anders, als mit Genehmigung des Ministers des Innern errichtet werden, von dem auch, nach Uebereinkunft mit dem Justizminister, die Bestätigung des Reglements für eine jede solche Anstalt abhängt. Diese Reglements haben die nothwendigen Details der Organisation und Verwaltung der Anstalten zu umfassen, dürfen aber keine Bestimmungen enthalten, die nicht mit den gegenwärtigen Regeln oder überhaupt mit den bestehenden Gesetzen übereinstimmen. 6) Die Besserungsanstalten dürfen nur abgesondert für die Minderjährigen des einen und andern Geschlechts errichtet werden. 7) Die Verwaltung der Anstalten kann nur Personen von unbescholtenem Rufe, die ein Zeugniß über das Recht zum Unterrichte haben, anvertraut werden. 8) In den Besserungsanstalten wird den Minderjährigen Unterricht ertheilt: 1) in der Religion, nach den Regeln derjenigen Confession, der ein Jeder angehört; im Lesen, Schreiben und den Grundregeln der Arithmetik, und wenn es möglich ist auch in den andern Elementar-Wissenschaften; 3) in Arbeiten, die nach Ermessen der Gründer, entweder landwirthschaftliche oder Handwerker-Arbeiten, oder auch beide zusammen sein können. 9) Im Falle einer Entweichung aus der Anstalt werden die Minderjährigen wieder in dieselbe zurückgebracht und dort unter besonders strenger Aufsicht, abgesondert von den andern Minderjährigen, gehalten; doch darf diese Strafe nicht länger als einen Monat dauern. 10) Die durch gerichtliche Erkenntniß festgesetzte Zeitdauer des Verbleibs in der Anstalt kann für die Minderjährigen, welche als gebessert betrachtet werden, um den dritten Theil verkürzt werden, wird jedoch bemerkt, daß ein solcher sich nachgehends wiederum schlecht aufführt, so wird er wieder in die Anstalt bis zum Ablauf der vollen, ihm zuerkannten Zeit zurückgebracht. 11) Die aus der Anstalt entlassenen Minderjährigen müssen,

während einer festgesetzten Zeit unter dem Schutze der Anstalt stehen, welche verpflichtet ist, ihnen die möglichste Beihilfe zur Begründung ihrer Zukunft zu gewähren. 12) Jede Anstalt muß jährlich dem Minister des Innern einen Rechenschaftsbericht über ihren Zustand und ihre Wirksamkeit vorstellen und denselben zur allgemeinen Kenntniß publiciren. 13) Der Minister des Innern und die Gouvernements-Chefs haben zu jeder Zeit das Recht, persönlich oder durch abcommandirte Beamte, die Anstalten zu besichtigen und die Abstellung der in denselben bemerkten Mängel oder Abweichungen von dem nach Art. 5 bestätigten speciellen Reglement zu verlangen. 14) In besonders wichtigen Fällen einer Uebertretung der Gesetze und des erwähnten speciellen Reglements, können die Privat-Anstalten auf Vorstellung des Ministers des Innern mit Genehmigung des 1. Departements des Dirigirenden Senats geschlossen werden.

Auf diesem Gutachten steht geschrieben: Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten betreffend den Entwurf von Regeln über die Besserungsanstalten für Minderjährige Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterzeichnet: Präsident des Reichsraths C o n s t a n t i n.

den 5. December 1866.

Betreffend den Entwurf von Regeln über die Besserungsanstalten für Minderjährige.

Aus dem 1. Departement vom  
21. December 1866 Nr. 89457.

**Nr. 28.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst der unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Majestät an das Kapitel der Russischen Kaiserlichen und Königlichen Orden am 2. December 1866 erlassene Kamentliche Allerhöchste Befehl publicirt wird, wie folgt: in den Artikeln 142, 144, 147, 543. 594, im Art. 143 und in dessen Anmerkung, in der Anmerkung 2 zum Art. 136 des Ordens-Reglements (Ausg. vom Jahre 1857), im Art. 146, in den Ergänzungen zu den Artikeln 543 und 594 und in der Anmerkung 1 zum Art. 544 in der Fortsetzung sind die Regeln in Betreff der Ordnung der durch die Ritter-Damen der Orden des heiligen apostelgleichen Fürsten Wladimir und der heiligen Anna zu geschehenden Beprüfung der Vorstellungen wegen Belohnung mit diesen Orden für besondere Auszeichnung auseinandergelegt. Durch diese Artikel ist verordnet, daß über das Recht von Personen auf Belohnung mit den Orden des heiligen Wladimir vierter Classe und der heiligen Anna dritter Classe für besondere Auszeichnung, durch die Damen vermittelt geheimen Ballotements abgestimmt wird, und daß nur Diejenigen dieser Belohnung für würdig erachtet werden, welche beim Ballotement wählende Bälle von wenigstens neun Zehnteln der vollen Zahl der Glieder der Duma, die am Ballotement Theil genommen erhalten haben. In Grundlage des Statuts des Militair-Ordens des heiligen Großmartyrers und Siegers Georg aber bestimmt die Ritter-Duma dieses Ordens das Recht auf Erhalt dieses Ordens für Kriegsthaten durch eine offene Beurtheilung der Thaten und wird der, der die That vollbracht hat, dieser Belohnung gewürdigt, wenn nicht weniger als zwei drittel der Stimmen für ihn sind. Da Wir es für billig erachten, einen gleichförmigen Modus für die durch die Ritter-Damen zu gesche-

hende Beprüfung der Vorstellungen wegen Belohnung mit Orden für besondere Auszeichnung festzustellen, befehlen Wir: fortan nach Analogie der für die Duma des Militair-Ordens des heiligen Georg bestehenden Regel, die Beprüfung der Rechte auf Belohnung mit Orden für besondere Auszeichnung in den Ritter-Dumen der Orden des heiligen Vladimir und der heiligen Anna vermittelt offener Beurtheilung der Auszeichnungen zu bewerkstelligen und diejenigen der Vorgestellten dieser Belohnung für würdig zu erachten, zu deren Gunsten sich in der Duma wenigstens zwei drittel der Stimmen aussprechen; und demnach, in Abänderung der angeführten Artikel des Ordens-Reglements, dieselben folgendermaßen zu fassen: Art. 142. Die Beschreibung der Auszeichnungen in den bei den Ritter-Dumen von den Obrikeiten eingebrachten Vorstellungen wegen Belohnung mit Orden für besondere Auszeichnung, muß nicht bloß eine Wiederholung der allgemeinen, in den Ordens-Statuten zur Bezeichnung der Auszeichnungen gebrauchten Ausdrücke, sondern auch eine ausführliche, klare und bestimmte Auseinandersetzung der Handlungen selbst enthalten, welche die Auszeichnung, für welche die Vorgestellten der erbetenen Belohnung für würdig erachtet werden, bilden. Art. 143. Die Ritter-Dumen bestimmen bei der Beprüfung der Vorstellungen wegen Belohnung mit Orden für besondere Auszeichnung das Recht auf die Belohnung durch eine offene ausführliche Beurtheilung der Auszeichnungen, und würdigen den betreffenden dieser Belohnung einzig und allein für solche Auszeichnungen, die von der Duma nicht nur als unter die Regeln der Statuten fallend, sondern auch als solche anerkannt werden, die wirklich Handlungen in sich schließen, welche ein unnehmbares Recht auf die erbetene Belohnung geben. Art. 144. Aus der Zahl der zur Belohnung mit Orden, sowol für besondere Auszeichnungen, als auch für Ausdienung der festgesetzten Zeit Vorgestellten, werden nur diejenigen als von den Dumen für würdig erachtet angesehen, die in der Duma wenigstens zwei drittel der Stimmen für sich haben; die Verfügungen der Dumen über die für würdig und über die für nicht würdig Befundenen werden in den Journälen dargelegt. Art. 147. Ueber diejenigen, die von den Dumen für besondere Auszeichnungen und für Ausdienung der festgesetzten Zeit der Orden für würdig, so wie über diejenigen, die dieser Belohnung nicht würdig befunden worden sind, werden besondere Namentliche Verzeichnisse zusammengestellt und werden in letzterem Verzeichnisse die Gründe der Nichtwürdigung angeführt. Anmerkung 2 zum Art. 186. Zur Ueberwachung der regelmäßigen Verhandlung der Sachen in den Kanzelleien der Dumen ist ein Ceremonienmeister nach Bestimmung des Kanzlers der Orden zugegen. Die Artikel 543, 594, die Anmerkung zum Art. 143 im Ordens-Reglement (Ausg. vom Jahre 1857), die Ergänzungen zu den Art. 543 und 594, die Anmerkung 1 zum Art. 544 und der Art. 146 desselben Reglements in der Fortsetzung, sind gänzlich aufzuheben. Das Ordenscapitel hat zur Erfüllung dessen die gehörige Anordnung zu treffen.

Betreffend die Ordnung nach welcher die Ritter-Dumen der Orden des heil. apostelgleichen Fürsten Vladimir und der heil. Anna die Vorstellungen wegen Belohnung mit diesen Orden für besondere Auszeichnungen zu beprüfen haben.

Aus dem 1. Departement vom  
10. Januar 1867 Nr. 1486.

**Nr. 29.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 10. Januar 1867 Nr. 875, desmittelfst folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Statthalters im Kaukasus in Betreff der Abänderung des Artikels 951 des Codex der Criminal- und Corrections-Strafen hinsichtlich der Einstellung der Verschickung von Vagabunden nach Transkaukasien für gut erachtet: Die Worte „in Transkaukasien oder aber“ aus dem Art. 951 des Codex der Criminal- und Corrections-Strafen vom Jahre 1866 auszuschließen.

Betreffend die Einstellung der Verschickung von Vagabunden nach Transkaukasien. Aus dem 1. Departement vom 10. Januar 1867 Nr. 875.

**Nr. 30.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 29. December 1866 Nr. 86072, desmittelfst der Namentliche Allerhöchste Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, welcher am 22. December 1866 unter Sr. Majestät Eigenhändiger Unterschrift in Betreff der Abänderung und Verminderung des Bestandes des Ministeriums der Reichsdomainen und der unter dasselbe ressortirenden localen Institutionen in den Gouvernements an den Dirigirenden Senat erlassen worden, nebst zwei Verzeichnissen der Aemter und Ausgaben bei der Central- und der örtlichen Gouvernements-Verwaltung der Reichsdomainen — publicirt werden.

### Ukas an den Dirigirenden Senat.

In Folge der Uebergabe der Reichsbauern an die Verwaltung der allgemeinen Institutionen für Bauernangelegenheiten haben Wir für gut erachtet, den Bestand sowol des Ministeriums der Reichsdomainen, als auch der unter dasselbe ressortirenden localen Institutionen in den Gouvernements abzuändern und zu verändern und, nachdem die von diesem Ministerium vorgestellten Vorschläge im Reichsrathe beprüft worden sind, befehlen Wir:

#### I. In Betreff der Central-Verwaltung der Reichsdomainen.

1) Das erste Departement des Ministeriums der Reichsdomainen ist aufzuheben, mit Ausnahme der 4. (Colonial-) Abtheilung, welche bis zur Feststellung einer neuen Ordnung der Verwaltung für die ausländischen Colonisten und Fremden beizubehalten ist.

2) Das zweite Departement des Ministeriums der Reichsdomainen zu einer temporären Abtheilung für die Agrar-Organisation der Reichsbauern umzubenennen und sind in ihr die Angelegenheiten der Administration der freien Kronsländereien und Obroßstücke, sowie die Sachen des Ressorts des Ministeriums der Reichsdomainen in den westlichen Gouvernements zu verhandeln.

3) Das Departement der Landwirthschaft ist zu einem Departement des Ackerbau's und der ländlichen Industrie umzubenennen.

4) Die Kanzlei des Ministers ist zu einem Departement der allgemeinen Angelegenheiten umzubenennen und ist in ihm die Verhandlung der Rechtsfachen (судныхъ дѣлъ) für alle Theile des Ministeriums zu concentriren und ist mit diesem Departement auch die Colonial-Abtheilung des aufgehobenen ersten Departements zu vereinigen.



- 5) Die beim Ministerium bestehende Typographie und Lithographie ist zu schließen.  
6) Der Minister der Reichsdomainen hat sich mit dem Kriegsminister in Relation zu setzen wegen Uebergabe der beim Forst-Auditoriate anhängigen Sachen an das Kriegsministerium zur Erledigung, worauf das Forst-Auditoriat ebenfalls aufzuheben ist.

## II. In Betreff der örtlichen Verwaltung der Reichsdomainen.

7) Die gegenwärtig bestehenden Domainenhöfe, außer nur in den Ostseegouvernements und dem Gouvernement Stavropol, wo dieser Theil bis auf besondere Anordnung, in der früheren Grundlage verbleibt, sind aufzuheben; die Verwaltung der Reichsdomainen in den Gouvernements aber ist einer besonderen örtlichen Verwaltung zu übertragen, welche in ihren Beziehungen zu den übrigen Institutionen nach den Regeln, welche die gegenwärtig aufgehobenen Domainenhöfe befolgten, zu verfahren haben.

8) Die Dirigirenden der Reichsdomainen in den Gouvernements sind auf Vorstellungen des Ministers der Reichsdomainen, durch Allerhöchste Tagesbefehle, die übrigen Beamten der örtlichen Verwaltung aber in allgemeiner Grundlage zu ernennen, wobei den Dirigirenden anheimgestellt ist, die Kanzleibeamtenstellen auch miethweise zu besetzen und außerdem, zu besonderen Aufträgen und zur Vorbereitung zum Dienst, bis zu drei Personen aus der Zahl derjenigen, die überhaupt das Recht haben in den Staatsdienst einzutreten, ohne Gage der Gouvernements-Verwaltung der Reichsdomainen zuzuzählen.

9) Der Minister der Reichsdomainen hat die örtlichen Dirigirenden hinsichtlich der Art und Weise und der Ordnung ihrer Geschäfte und der Aufsicht über die ihnen untergeordneten Aemter, mit besonderen Instructionen, übereinstimmend mit der Verordnung für die Reichsdomainen in jedem Gouvernement, zu versehen.

10) Der Dirigirende hat außer seinen directen Verpflichtungen an den Sitzungen in der Gouvernements-Commission für Bauernangelegenheiten in der Gouvernements-Landesversammlung, in dem Comité und der Commission für die Landespräsidenten und in dem statistischen Comité Theil zu nehmen.

11) Die Vertheilung der Geschäfte unter die Gouvernementsbeamten des Ressorts der Reichsdomainen, die Ordnung der Geschäftsführung, die Führung der Steuer und Rechnungsbücher, der Rechenschaftsberichte und Vorschläge, sowie die Ordnung der Subordination und Verantwortlichkeit aller unter der nächsten Aufsicht des Dirigirenden stehenden Beamten sind gleichermaßen durch besondere Instructionen des Ministers der Reichsdomainen festzustellen.

12) Der Ausbot (die Torge) zum Verkauf der aus dem Krons-Ressort zu veräußernden Ländereien und Wälder hat fernerhin in einer besonderen Session stattzufinden, die, unter dem Voritze des Gouverneurs, aus dem örtlichen Dirigirenden, dem Gouvernements-Forstmeister, den Abtheilungs-Chefs der örtlichen Verwaltung und je einem Gliede des Kameralhofs und des Controlhofs zusammenge setzt wird.

13) In derselben Session hat der Ausbot (die Torge) zur Verpachtung der Obroßstücke und zum Verkauf des Forstmateri als und der überflüssigen Krons-Besitzlichkeiten stattzufinden, wenn dieser Ausbot (Torge) in der Gouvernementsstadt anberaumt ist.

### III. In Betreff des Ressorts des Ministeriums der Reichsdomainen überhaupt.

14) Die gegenwärtig für die Central- und die locale Verwaltung bestätigten Verzeichnisse der Aemter und Ausgaben sind vom 1. Januar 1867 einstweilen auf drei Jahre in Wirksamkeit zu setzen.

15) Die für die Central- und die locale Verwaltung erforderliche Summe von 1,162,702 Rubel ist auf Anordnung des Ministers der Reichsdomainen aus dem Reichsschatze während dreier Jahre, vom 1. Januar 1867 an, zu verabsoluten, unter Eintragung derselben in die betreffenden Finanzrechnungen des genannten Ministeriums.

16) Der Minister der Reichsdomainen hat, in Uebereinstimmung mit der Abänderung des Bestandes und des Wirkungskreises des ihm anvertrauten Ministeriums, die Geschäfte unter die Departements und die übrigen besonderen Theile desselben, sowohl im Ministerium selbst, als auch in den örtlichen Verwaltungen zu vertheilen und demnächst, ohne die oben festgesetzte Summe zu überschreiten, im Laufe der dreijährigen Versuchszeit, sowohl die Zahl der für jeden der gedachten Theile erforderlichen Personen, als auch den Betrag ihres Gehalts in den für jede Person in den beigelegten Verzeichnissen festgesetzten Grenzen, sowie auch den Betrag der Kosten für Kanzellei- und andere wirtschaftliche Ausgaben, zu bestimmen; im Laufe des dritten Jahres aber die Projecte für die definitiven Institutionen und Etats sowohl des Ministeriums wie auch des Ressorts desselben an den Reichsrath zur Überprüfung zu bringen.

17) Diejenigen Personen, welche in ihren früheren Aemtern verbleiben und gegenwärtig einen größeren Gehalt beziehen als der in den neuen Verzeichnissen festgesetzte beträgt, behalten den bisher bezogenen höheren Gehalt; diejenigen Beamten des Ministeriums und dessen Ressorts aber, welche nicht in Aemtern angestellt werden, verbleiben außer dem Etat in allgemeiner Grundlage.

18) Der zweiten Abtheilung unserer eigenen Kanzellei ist anheimzustellen, nach Durchsicht aller auf das Ressort der Reichsdomainen bezüglichen Gesetzesbestimmungen, aus dem Codex der Reichsgesetze diejenigen Artikel desselben auszuschließen, welche nach Abänderung des früheren Bestandes und Wirkungskreises dieser Verwaltung ihre Bedeutung verlieren, sowie auch alle diejenigen Regeln, welche in den Instructionen des Ministeriums der Reichsdomainen Platz finden sollen, und darauf im Codex die den gegenwärtigen Veränderungen entsprechenden Abänderungen zu machen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen die zur Erfüllung dessen erforderliche Anordnung zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

„Alexander.“

St. Petersburg den 22. December 1866.

In Betreff der Abänderung und Verminderung des Bestandes des Ministeriums der Reichsdomainen und der unter dasselbe ressortirenden localen Institutionen in den Gouvernements.

Aus dem 1. Departement vom 29. December 1866, Nr. 86072.

Auf dem Original steht geschrieben: „Der Herr und Kaiser hat dieses in St. Petersburg am 22. December 1866 durchzusehen geruht.“

Unterzeichnet: Reichssecretair Fürst Urussov.

## Verzeichniß

der Aemter und Ausgaben in der Central-Verwaltung der Reichsdomainen.

Benennung der Aemter.	Unterhalt jährlich.		Zusammen.	Klassen und Kategorien.		
	Gage.	Lochgelber.		Für das Amt.	Für die Uniformstiferei.	Für Pension.
Director des Departements oder Dirigirender der Abtheilung	4000	2000	6000	IV	IV	II
Vice-Director oder Gehilfe des Dirigirenden der Abtheilung	2500	1500	4000	V	V	II 1 Gr.
Inspector der Landwirthschaft (im Departement des Ackerbaues und der Industrie)	2000	1250	3250	V	V	III 1 Gr.
Glied der Lustrations- und Kataster-Commission.	1600	900	2500	V	V	III 1 Gr.
Beamte zu besonderen Aufträgen beim Minister	Nach Bestimmung des Ministers aus der Summe von 16000 R.		16000 R.	V	V	III 1 Gr.
				VI	VI	III 2 Gr.
				VIII	VIII	V
				VI	VI	III 2 Gr.
Abtheilungschef	1300	700	2000	VI	VI	III 2 Gr.
Geschäftsführer im Departement der allgemeinen Angelegenheiten	1300	700	2000	VI	VI	III 2 Gr.
Geschäftsführer (im Departement des Ackerbaues und der ländlichen Industrie)	1300	700	2000	VI	VI	III 2 Gr.
Älterer Redacteur (im Departement des Ackerbaues und der ländlichen Industrie)	1300	700	2000	VI	VI	III 2 Gr.
Beamter zu besonderen Aufträgen (bei der temporären Abtheilung und beim Departement des Ackerbaues und der ländlichen Industrie)	800	400	1200	VI	VI	III 2 Gr.
Chef des allgemeinen Archivs	1000	500	1500	VI	VI	III 2 Gr.
Chef der Zeichnkammer (der temporären Abtheilung)	1300	700	2000	VI	VI	III 2 Gr.
Chef der Zeichnkammer (des Forst-Departements)	1000	500	1500	VI	VI	III 2 Gr.
Secretair beim Director des Forst-Departements	800	400	1200	VII	VII	IV
Älterer Tischvorsteher	800	400	1200	VII	VII	IV
Älterer Buchhalter	800	400	1200	VII	VII	IV
Jüngerer Redacteur (im Departement des Ackerbaues und der ländlichen Industrie).	800	400	1200	VII	VII	IV

Benennung der Aemter.	Unterhalt jährlich.		S a m m e n.	Klassen und Kategorien.		
	G a g e.	Tafelgelde.		Für das Amt.	Für die Uniformstickerei.	Für Pension.
Ober-Journalist .	800	400	1200	VII	VII	IV
Secretair beim Minister	Unterhalt Minister von 16000	nach Bestimmung des Rubel.	Summe	VII	VII	IV
Executor (der temporairren Abtheilung -- versteht auch das Amt eines Executors im Departement der ländlichen In- dustrie -- und des Departements der allgemeinen Angelegenheiten)	800	400	1200	VII	VII	IV
Executor (des Forst-Departements)	800	200	1000	VII	VII	IV
Arzt beim Ministerium	600	—	600	VII	VII	Nach der Verordng. für Medici- nalbeamte.
Civil-Ingenieur (im Depart. des Acker- baues und der ländlichen Industrie)	1000	500	1500	VII	VII	IV
Jüngerer Tischvorsteher	600	400	1000	VIII	VIII	V
Jüngerer Buchhalter	600	400	1000	VIII	VIII	V
Allgem. Journalist (d. Forst-Dep'tmnts.)	800	400	1200	VIII	VIII	V
Allgemeiner Journalist (der temporairren Abtheilung und des Depart. des Acker- baues und der ländlichen Industrie)	600	400	1000	VIII	VIII	V
Schriftführer (der Zeichenkammer der temporairren Abtheilung)	600	400	1000	VIII	VIII	V
Gehilfe des Chefs der Zeichenkammer (des Forst-Departements)	600	400	1000	VIII	VIII	V
Älterer Topograph (der Zeichenkammer der temporairren Abtheilung)	600	400	1000	VIII	VIII	V
Aufscher der Instrumente und Pläne des Archivs (der Zeichenkammer der temporairren Abtheilung)	600	400	1000	VIII	VIII	V
Gehilfe des Tischvorstehers	450	250	700	IX	IX	VII
Gehilfe des Buchhalters	450	250	700	IX	IX	VII
Rechnungsbeamter (des Forst-Dep'tmnts.)	400	200	600	IX	IX	VII
Gehilfe d. Ober- u. allgem. Journalisten	450	250	700	IX	IX	VII
Gehilfe des Chefs des allgemeinen Archivs	450	250	700	IX	IX	VII
Jüngerer Topograph (d. tempor. Abtheil.)	500	200	700	IX	IX	VII
Zusammen für den Unterhalt der Classenbeamten der Central-Verwaltung				245,260	Rbl.	
Für Schreiber				42,800	"	
Für Kanzlei-Material und Zeichenvorräthe				21,200	"	
Für den Unterhalt von Courieren und Wächtern				8,500	"	
Für das Anmieten von Courierspferden				7,000	"	
Für den Unterhalt der Häuser und des Landguts des Ministeriums				27,082	"	
Zu außerordentlichen Ausgaben für Verabfolgung von Reiseunterstützungen an Beamte, die in Illustrations-, Cataster- und Regulirungsangelegenheiten abcom- mandirt werden, und zur Verabfolg. von Unterstützungen in verschiedenen Fällen				5,000	"	
Für das Verschreiben von Bücher für den speciellen Forst-Comité				200	"	

Unterscriben: Vorsitzer des Reichsraths C o n s t a n t i n.

Auf dem Original steht geschrieben: „Der Herr und Kaiser hat dieses in St. Petersburg am 22. December 1866 durchzusehen geruht“

Unterscriben: Reichs-Secretair Fürst Urussov.

## Verzeichniß

der Aemter und Ausgaben in der localen Gouvernements-Verwaltung der Reichsdomainen.

Benennung der Aemter.	Unterhalt jährlich			Zusammen.	Klassen und Kategorien.		
	G a g e.	Tafelgelber	Reisegelber.		Für das Amt.	Für die Uniformschärferei	Für Pension
In der Verwaltung der 1. Kategorie.							
Dirigirender	2000	1000	—	3000	V	V	III 1 Gr.
Gouvernements-Forstmeister	1500	500	500	2500	Nach dem	Etat des	Forstcorps.
Chef der Deconomie-Abtheilung	1000	500	—	1500	VI	VI	III 2 Gr.
Beamter zu besonderen Aufträgen	600	200	200	1000	VIII	VIII	V
Secretair	600	200	—	800	VIII	VIII	V
Landmesser	400	200	200	800	IX	IX	VII
Rechnungsbeamter	200	100	200	500	IX	IX	VII
Secretairsgehilfe (zugleich Archivar und Executor)	400	200	—	600	IX	IX	VII
Tischvorsteher	400	200	—	600	IX	IX	VII
Buchhalter	400	200	—	600	IX	IX	VII
Tischvorstehersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
Buchhaltersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
In der Verwaltung der 2. Kategorie.							
Dirigirender	2000	1000	—	3000	V	V	III 1 Gr.
Gouvernements-Forstmeister	1500	500	500	2500	Nach dem	Etat des	Forstcorps.
Beamter zu besonderen Aufträgen	600	200	200	1000	VIII	VIII	V
Secretair	600	200	—	800	VIII	VIII	V
Landmesser	400	200	200	800	IX	IX	VII
Rechnungsbeamter	200	100	200	500	IX	IX	VII
Secretairsgehilfe	400	200	—	600	IX	IX	VII
Tischvorsteher	400	200	—	600	IX	IX	VII
Buchhalter	400	200	—	600	IX	IX	VII
Archivar und Executor (dort wo kein dieses Amt bekleidender Secretairsgehilfe ist)	300	100	—	400	IX	IX	VII
Tischvorstehersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
Buchhaltersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX

Benennung der Aemter.	Unterhalt jährlich			Zusammen.	Klassen und Kategorien.		
	G a g e.	Tafelgelber.	Reisegelber.		Für das Amt.	Für die Uniformificirerei	Für Pension
<b>In der Verwaltung der 3. Kategorie.</b>							
Dirigirender aus den Beamten des Forst-Corps	1500	500	500	2500	Nach dem	Etat des	Forstcorps
Beamter zu besonderen Aufträgen (in einigen Verwaltungen)	600	200	200	1000	VIII	VIII	V
Landmesser	400	200	200	800	IX	IX	VII
Tischvorsteher	400	200	—	600	IX	IX	VII
Buchhalter	400	200	—	600	IX	IX	VII
Rechnungsbeamter	200	100	200	500	IX	IX	VII
Archivar und Executor	300	100	—	400	IX	IX	VII
Tischvorstehersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
Buchhaltersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
<b>In den Verwaltungen der nord- und südwestlichen Gouvernements.</b>							
Dirigirender	2000	1000	—	3000	V	V	III 1 Gr.
Gouvernements-Forstmeister	1500	500	500	2500	Nach dem	Etat des	Forstcorps
Chef der Deconomie-Abtheilung	1000	500	—	1500	VI	VI	III 2 Gr.
Beamter zu besonderen Aufträgen	600	200	200	1000	VIII	VIII	V
Secretair	600	200	—	800	VIII	VIII	V
Landmesser	400	200	200	800	IX	IX	VII
Secretairsgehilfe (zugleich Archivar und Executor)	400	200	—	600	IX	IX	VII
Tischvorsteher	400	200	—	600	IX	IX	VII
Buchhalter	400	200	—	600	IX	IX	VII
Tischvorstehersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
Buchhaltersgehilfe	300	100	—	400	X	X	IX
Zusammen für den Unterhalt der Classenbeamten der localen Gouvernements-Verwaltung						609,000	Rbl.
Für Schreiber						97,860	"
Zu Kanzelleiausgaben, zur Miethe des Locals und für Wächter, für Beheizung und dergleichen						98,800	"
Summe für die Local-Verwaltung						805,660	Rbl.

### Anmerkungen.

- 1) Zur ersten Kategorie gehören die Verwaltungen der Gouvernements: Wjatka, Perm, Samara, Ufa-Drenburg und Astrachan, in letzterem bleibt für die Verwaltung der Kalmücken-Völker der Etat zeitweilig unverändert.

- 2) Zur zweiten Kategorie gehören die Verwaltungen der Gouvernements: Kasan, Woroneß, Charkow, Tambow, Saratow, Taurien, Drel, Kursk, und Cherson mit der Provinz Bessarabien.
- 3) Zur dritten Kategorie gehören die Verwaltungen der Gouvernements: Nowgorod, Nischninowgorod, Wologda, Oloneß, Tschernigow, Njäsan, Penza, Moskau, St. Petersburg, Archangel, Wladimir, Tula, Iwer, Kaluga, Kostroma, Woltawa, Sefaterinosslaw, Jaroslaw, Pskow und Smolensk — und ist in diesen Verwaltungen das Amt des Dirigirenden mit dem Amte des Gouvernements-Forstmeisters verbunden.
- 4) Zu den nord- und südwestlichen Verwaltungen gehören die Verwaltungen in den Gouvernements: Wilna, Grodno, Kowno, Wolhynien, Kiew, Podolien, Minsk, Mohilew und Witebsk.
- 5) In der Verwaltung von Taurien wird dem Gouvernements-Forstmeister ein Unterhalt von 2000 Rbl. jährlich ausgesetzt, für die von Kursk aber wird statt des Gouvernements-Forstmeisters ein Forstrevident mit einem Gehalt von 1800 Rbl. jährlich ernannt.
- 6) In einigen Verwaltungen der 1. 2. und 3. Kategorie wird den Landmeßern, wegen der zu machenden bedeutenden Fahrten je 300 Rbl. Reisegeld bestimmt.
- 7) In den Verwaltungen von Wilna, Mohilew und Witebsk wird dem Gouvernements-Forstmeister ein Unterhalt von 2000 Rbl. jährlich bestimmt.
- 8) Außerdem werden zur Verwaltung und definitiven Organisation der confiscirten und sequestrirten Güter bei den Verwaltungen der nord- und südwestlichen Gouvernements zeitweilig bei jeder Verwaltung Beamte zu besonderen Aufträgen ernannt, für die derselbe Unterhaltsbetrag festgesetzt wird, welcher den übrigen Beamten zu besonderen Aufträgen in der Gouvernements-Verwaltung der Reichsdomainen bestimmt ist.

Unterschieden: Vorsitzer des Reichsraths C o n s t a n t i n.

**Mr. 31.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 28. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Ordnung der Anfertigung der Schemata zu den Verschlägen über Abgaben und Rückstände publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers betreffend die Ordnung für die Anfertigung der Schemata zu den Abgaben- und Restantien-Verschlägen, in Uebereinstimmung mit der gegenwärtigen Vorstellung für gut erachtet: Unter Aufhebung der dem Art. 679 des Bd. II Thl. 1 des Codex der Reichsgesetze, Gouvernements-Verfassung beigefügten Schemata zu den Abgaben- und Restantien-Verschlägen, die von den Gouverneuren bei den allerunterthänigsten Berichten vorgestellt werden, den gedachten Artikel durch folgende Anmerkung zu ergänzen: „Die Schemata zu den im Punkte 2 dieses Artikels erwähnten halbjährigen Restantien-Verschlägen werden vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Dirigirenden der 1. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät angefertigt.“

Betreffend die Ordnung für die Anfertigung der Schemata zu den Abgaben- und Restantien-Verschlägen.

Aus dem 1. Departement vom 22. December 1866 Nr. 84485

**Nr. 32.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Dirigirenden der zweiten Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät in dieser Sache und in Uebereinstimmung mit dessen Sentiment für gut erachtet: I. An Stelle und in Abänderung der betreffenden Artikel des Codez der Reichsgeseze und in Ergänzung der Civil-Proceßordnung vom 20. November 1864 folgende Regeln zu verordnen: 1) Den Bezirksgerichten (окружные суды) wird (nach dem die gegenwärtigen Kreisgerichte aufgehoben worden) die Verpflichtung auferlegt, diejenigen im Kaiserreiche ansässigen oder sich zeitweilig aufhaltenden Personen in Eid zu nehmen, welche in der Eigenschaft von Gläubigern in Concurssachen, die im Großfürstenthum Finnland verhandelt werden, oder als solche, die ihr Vermögen den Gläubigern abtreten und auf die Erbschaft zum Besten derselben verzichten wollen; oder aber in der Eigenschaft von Anordnern bei Vermögen, das den Gläubigern zu ihrer Befriedigung überwiesen wird, und bei der Inventur desselben verpflichtet sind, in Grundlage der im Großfürstenthum Finnland geltenden Bestimmungen, einen Eid zu leisten, oder wegen dienstlicher Geschäfte, oder wegen der Entfernung ihres Wohnorts, oder wegen anderer gesetzlicher Ursachen nicht persönlich bei der competenten Gerichtsbehörde im Großfürstenthum zu dem gedachten Zwecke erscheinen können. 2) Den Eid im Bezirksgerichte leisten die im vorhergehenden Punkte bezeichneten Personen, ein Jeder nach dem Ritus seiner Confession und nach dem Formular, welches die finnländischen Gerichtsbehörden in solchen Fällen durch die betreffende Obrigkeit in russischer Uebersetzung mitzutheilen verpflichtet sind. 3) Der in dieser Ordnung geleistete Eid hat die Kraft und Wirksamkeit eines im Concurssgerichte selbst geleisteten Eides, wenn das bei der Eidesleistung im Bezirksgerichte geführte Protocoll zugleich mit einer beglaubigten Uebersetzung desselben in die in den finnländischen Gerichtsbehörden gebräuchliche Sprache, dem Concurssgerichte in der Ordnung, welche in dem Concurss-Reglement für das Großfürstenthum Finnland vom 28. Juni 1798 festgesetzt oder seitens des Concurssgerichts besonders bezeichnet ist, vorgestellt wird.

Betreffend die den Bezirksgerichten (nach Aufhebung der gegenwärtigen Kreisgerichte) auferlegte Verpflichtung, die im Kaiserreiche ansässigen oder sich zeitweilig aufhaltenden Personen in Eid zu nehmen, welche in Grundlage der im Großfürstenthum Finnland geltenden Bestimmungen verpflichtet sind, in Concurssachen, welche in diesem Großfürstenthum verhandelt werden, einen Eid zu leisten.

Aus dem 1. Departement vom  
7. Januar 1867, Nr. 2041.

Riga-Schloß, den 10. März 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **P. Schöpff.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 33.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst publicirt wird, daß der Herr und Kaiser am 21. Januar 1867 Allerhöchst zu befehlen geruht habe: die Aufbewahrung bei den Kanzelleien der Gouverneure und Gouvernements-Regierungen der allgemeinen Formularlisten über die Rekruten, welche sowohl bei der Aushebung, als auch nach derselben angenommen worden sind, nebst den alphabetischen Registern ihrer Zunamen, aufzuheben, und alle über die Rekruten nothwendigen Auskünfte in den Gouvernements-Rekruten-Empfangs-Commissionen zu concentriren.

Betreffend die Aufbewahrung bei den Kanzelleien der Gouverneure und Gouvernements-Regierungen der allgemeinen Formularlisten über Rekruten.

Aus dem 1. Departement vom 14. Februar 1867, Nr. 13281.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

**Nr. 34.** Zwischen dem 30. März und 12. April 1867 sind folgende repartitionsmäßige Beiträge zur Livländischen Ritterschaftscasse zu erheben, als:

A. An Beiträgen zu den Landes-Abgaben:

a) zu denen die Kronsgüter beitragen:

1) Für die Livländischen Etappenstationen	1168 Rbl. 9½ Kop.
2) Für die Gefängnisse in den Städten Livlands, die Kosten aus dem Jahre 1866 zur Erleuchtung und Beheizung, zur Remonte und zum Unterhalte der Aufseher	7835 " 9¼ "
3) Für die Livländische Versorgungs-Commission die Kanzelleigelder pro 1866	285 " 71 "
4) Für die Kreis-Schutzblattern = Impfungs-Comitéen die Kanzelleigelder pro 1866	264 " 28 "

5) Für die Böglinge in der Bauichule der Ober-  
Verwaltung der Wege = Communication, die Kosten im  
Jahre 1866

6) Für den Chaufféebau von der Jägelbrücke  
nach Engelhardshof, die Kosten im Jahre 1866

7) Für die Chauffée-Remonte die Kosten i. J. 1866

8) Für abgegebene Grandgruben die Expropria-  
tions=Entschädigungen im Jahre 1866

9) Die Kosten bei Bestrafung von Inquisiten und  
für die Polizeidiener bei den Ordnungsgerichten i. J. 1866

10) Für den Transport der Inquisiten, aus Liv-  
land nach Sibirien, die Kosten im Jahre 1866

11) Für die Seelen = Umschreibung die Kosten  
im Jahre 1866

12) Für den Unterhalt des Livländischen stati-  
stischen Comité die Kosten im Jahre 1866

13) Die Kosten zum Unterhalt der Kanzelleien der  
Rekruten=Empfangs-Commissionen im Januar 1866

14) Die Beheizungskosten der Häuser des Liv-  
ländischen Herrn Gouvernements=Chefs pro 18<sup>66</sup>/<sub>67</sub>

15) Die Lagerkosten für das im Jahre 1866 bei  
Altona concentrirt gewesene Militair

16) Die Diäten an Beamte für deren Delegation  
ins Gouvernement in Amtsangelegenheiten i. J. 1866

17) Die Portionsgelder für das Untermilitair vom  
Corps der innern Wache in der Festung Dünamünde  
für die Jahre 1856 bis 1860 incl.

18) Die Allerhöchst anbefohlenen Unterstützungen  
für Militair=Böglinge im Jahre 1866

19) Für die Vermessung und Eintheilung der  
Wege in Livland die Kosten im Jahre 1866

20) Bei Einführung der Allerhöchst verordneten  
neuen Landgemeinde = Ordnung, die Kosten i. J. 1866

21) Für den Bau der Riga=Pleskauischen Chauffée,  
die Kosten im Jahre 1866

22) Die Wagen und Kanzelleigelder für die Ord-  
nungs=Gerichte pro 1866

23) Die Kosten für die Commission zur Abschätz-  
ung der kirchlichen Realasten im Jahre 1866

24) Das Honorar dem Arzte des Cholerahospital's  
in der Festung Dünamünde im Jahre 1866

b) zu denen die Kronsgüter nicht beitragen:

25) Die Ritterschafts=Etat- und Ladengelder, bestehend: in Landes-, Reprä-  
sentations- und Delegations=Kosten, Rekruten-Begleitungskosten, Kosten verschie-

	563 Rbl. 97	Kop.
17844	" 45 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	"
18200	" 81 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"
269	" 40	"
440	" 96	"
5157	" 92 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	"
90	" 30	"
3951	" 7	"
1128	" 57	"
1509	" 82	"
2604	" 12	"
56	" 53	"
1785	" 75	"
30	" —	"
1096	" 69	"
200	" —	"
28626	" 81	"
27117	" 50	"
777	" 90	"
225	" —	"

dener Commissionen, Quartiergeldern für Hofgerichts-Mitglieder, Kosten für's Land=Schul= und Kirchenwesen, Pensionen und Beitrag zum Ritterschaftlichen Armenfond und anderen diversen Ausgaben, und sind solchemnach zu entrichten:

I. von sämmtlichen publicken Gütern und Pastoraten ad rationem der Zahlungen sub Nr. 1 bis 24 pro Hafen 16 Rbl. 15 Kop.;

II. von sämmtlichen Privat-Pastoraten ad rationem der Zahlungen sub Nr. 1 bis 24 pro Hafen 16 Rbl. 15 Kop.;

III. von sämmtlichen Privat-Gütern und Stadtgütern pro Hafen 38 Rbl. zu obengenannten Zahlungen von Nr. 1 bis 25.

B. An Beiträgen zu den Allerhöchst festgesetzten Gehalten von 1000 Rbl. jährlich für jedes Kirchspielsgericht und zwar:

I. den vom Hofe jedes publicken Gutes, jedes Pastorats und jedes Privat- und Stadt-Gutes zu entrichtenden gleichmäßigen Beitrag vom Hafen 1 R. 79 K.

II. den von der Bauerschaft, nämlich von jeder männlichen Revisionsseele obengenannter publicken und privaten Besitzlichkeiten und Pastorate zu entrichtenden gleichmäßigen Beitrag von 4 Kop.

C. An Kreisbeiträgen zu den auf dem Landtage im März 1866 gemachten Bewilligungen, betragend von jedem Hafen der Privatgüter:

I. im Rigaschen Kreise	5 Rbl. 28 Kop.
II. im Wolmarischen Kreise	4 " 62 "
III. im Wendenschen Kreise	2 " 41 "
IV im Walkschen Kreise	3 " 36 "
V im Dorpatischen Kreise	3 " 25 "
VI. im Werroschen Kreise	2 " 34 "
VII. im Bernauschen Kreise	3 " 88 "
VIII. im Tselinschen Kreise	2 " 94 "

Solchemnach werden von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung auf Ansuchen des Livländischen Landraths-Collegii sämmtliche Güter und Pastorate zur Bezahlung ihrer Beiträge hierdurch aufgefordert und zwar dergestalt, daß solche vom lettischen Districte in Riga im Ritterhause, und vom estnischen Districte in der Stadt Dorpat an den Herrn Ritterschafts-Cassa-Deputirten von Dettingen in der bestimmten Zeit unausbleiblich zu entrichten sind, mit dem Hinzufügen, daß nach der Bestimmung des Landtages vom Jahre 1860 vom Tage des festgesetzten letzten Zahlungstermins an, die rückständigen Ritterschafts-Abgaben mit  $\frac{1}{2}$  Procent monatlich von den säumigen Gütern für die Ritterschafts-Casse zu verrenten sein werden.

Zugleich wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach dem Landtagsbeschlusse vom Juni 1839 es jedem freisteht, Beiträge zur Mehrung des ritterschaftlichen

Armenfonds zu steuern und daß solche, sowie die repartitionsmäßigen Zahlungen derjenigen Güter, welche für die eingegangenen Stationen: Kirchholm, Uerfüll, Jungfernhof, Römershof, Kokenhusen, Lips und Menzen ihre Fourage-Quantitäten und die Baulast in Geld abzulösen haben, zugleich in den Abgaben-Terminen in Riga und Dorpat empfangen werden.

Betreffend die Ritterschaftsbeiträge pro 1867.

**Nr. 35.** In Ergänzung der mittelst Patents vom 30. Dec. 1866 sub Nr. 123 publicirten **Regeln für die Erhebung der Hundesteuer** in Riga wird desmittelft von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß die Anmerkung 1 zum § 2 gedachter Regeln folgendermaßen zu lauten hat: „Die Hunde der Viehtreiber und der Nachtwächter sind von der Steuer ausgenommen. Da es aber der Controle wegen unumgänglich nothwendig ist, so sind auch die Eigenthümer solcher Hunde verpflichtet, in den für die Anmeldung anderer festgesetzten Fristen eine Anzeige über ihre Hunde beim Cassa-Collegium zu machen und um die Ertheilung von Marken nachzusuchen, welche ihnen daselbst unentgeltlich von besonderer Form auszureichen sind und die sie den Hunden an starken Halsbändern anzuhängen haben. Ueber die dergestalt ausgereichten Marken hat das Cassa-Collegium ein besonderes Register zu führen.“

Betreffend die Ergänzung der Anmerkung 1 zu  
§ 2 der Regeln für die Erhebung der Hunde-  
steuer in Riga.

Riga-Schloß, den 17. März 1867

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Enbe.**

Älterer Secretair **P. Schöpff.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 36.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. December 1866, Nr. 87039, desmittelt die im Reichsrath beprüften und am 6. December 1866 Allerhöchst bestätigten Regeln für die telegraphische Correspondenz, Bd. XII., Theil 1 Telegraphen-Reglement, zweiter Abschnitt, wie folgt publicirt werden.

Die Regeln für die telegraphische Correspondenz.

Aus dem 1. Departement vom  
24. December 1866, Nr. 87039.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:

St. Petersburg, den 6. December 1866.

„Dem sei also“

Zwölfter Band, erster Theil.

## Telegraphen-Reglement.

### Zweiter Abschnitt.

#### Regeln für die telegraphische Correspondenz.

##### Erstes Capitel.

##### Allgemeine Bestimmungen.

12. Das Recht, die Telegraphen für den Verkehr zu benutzen, ist allen Institutionen und Personen gewährt.
13. Der Inhalt der Depeschen bildet ein Geheimniß des Absenders und Empfängers und wird keinem Fremden mitgetheilt. Ebenso wenig wird offenbart, von wem und an wen eine Depesche aufgegeben worden ist.
14. Für alle Folgen einer ungenauen oder unrichtigen Adresse hat der Absender zu verantworten.
15. Die Ergänzung einer aufgegebenen Depesche ist nicht anders gestattet, als durch Aufgabe einer neuen Depesche mit Bezahlung der tarifmäßigen Gebühr für dieselbe.
16. Vom Absender einer Privatdepesche kann, im Falle eines offenbaren Zweifels an der Authenticität derselben oder an der Persönlichkeit des Absenders,

eine Bescheinigung über seine Person oder eine Beglaubigung der Unterschrift verlangt werden.

17. Für die Folgen einer unrichtigen Beförderung und einer unpünktlichen Zustellung der Depeschen übernimmt die Regierung keine Verantwortung.

18. Alle Anordnungen und Regeln, welche im Telegraphen-Ressort erlassen werden und sich auf die die Telegraphen benutzenden Personen beziehen können, müssen zur allgemeinen Wissenschaft publicirt werden.

### **Zweites Capitel.**

#### **Von den Kategorien, der Form und der Abfassung der Depeschen.**

19. Die Depeschen zerfallen in vier Kategorien.

20. Zur ersten Kategorie gehören die Depeschen des Herrn und Kaisers und der Personen der Allerhöchsten Familien.

21. Zur zweiten Kategorie gehören die Depeschen, welche in Folge Allerhöchster Befehle abgesandt werden und die Berichte an die Allerhöchsten Personen, wie auch die Dienstdepeschen, welche von den Ministern, den Oberverwaltenden, den diplomatischen Agenten und den höheren Regierungsbehörden und Personen abgefertigt werden.

22. Zur zweiten Kategorie können, nach Uebereinkunft des Ministers der Posten und Telegraphen mit den betreffenden Ministern und Oberverwaltenden, die Dienstdepeschen bestimmter amtlicher Personen und Behörden, aus der Zahl der zu ihrem Ressort gehörenden, gerechnet werden.

23. Die dritte Kategorie bilden die Dienstdepeschen des Telegraphen-Ressorts.

24. Zur vierten Kategorie gehören alle Depeschen von Privatpersonen, wie auch diejenigen Dienstdepeschen amtlicher Personen und Behörden, welche nicht den ersten drei Kategorien zugezählt worden sind.

25. Eine Depesche muß leserlich, verständlich und ohne Abkürzung geschrieben sein und in sich fassen: die Adresse der Person oder Behörde, für welche sie bestimmt ist, den Inhalt (Text) und die Unterschrift des Absenders.

26. Zwischen die Zeilen und an den Rand geschriebene Worte, Correcturen und Rasuren in der Depesche müssen erwähnt und durch die Unterschrift des Absenders beglaubigt sein.

27. Die Depeschen müssen in einer derjenigen Sprachen geschrieben sein, deren Gebrauch auf den Stationen der Aufgabe und der Bestimmung zulässig ist.

28. Eine und dieselbe Depesche kann an eine oder mehrere Personen nach verschiedenen Orten adressirt werden, gleichwie auch nach einem Orte an mehrere Personen, oder an eine Person, aber nach verschiedenen Wohnungen.

29. Die Depeschen der ersten drei Kategorien können in Chiffren geschrieben sein.

30. Privatdepeschen, welche Börsencourse und Waarenpreise enthalten, können nur in den Ziffern geschrieben sein, welche im Handel eine allgemein angenommene Bedeutung haben.

### **Drittes Capitel**

#### **Von der Annahme, Beförderung und Zustellung der Depeschen.**

31. Die Depeschen werden auf den Telegraphenstationen täglich, Sonn- und Festtage nicht ausgenommen, zu der in der tabellenmäßig bestimmten Zeit angenommen.

Anmerkung. Diese Tabellen werden vom Minister der Posten und Telegraphen bestätigt.

32. An denjenigen Punkten, wo keine Telegraphenstationen sind, wird nach dem Ermessen des Ministers der Posten und Telegraphen eine Depeschenannahme bei den Postcomptoirs zur Uebersendung der Depeschen an die nächste Telegraphenstation, eingerichtet.

33. Die Depeschen können entweder nach dem Wohnorte des Empfängers, oder an die Postcomptoire und Telegraphenstationen zur Aufbewahrung bis zur Abforderung adressirt werden.

34. Depeschen werden nicht nur nach solchen Orten befördert, an denen sich Telegraphenstationen befinden, sondern auch seitwärts, wohin die Uebersendung von der Station: a) mit der Post; b) per Estafette; c) mit Expressen, und d) durch die Telegraphen der Eisenbahnen möglich ist. Die Art und Weise über die Zustellung der Depeschen wird vom Absender bestimmt.

35. Depeschen, die zur Aufbewahrung bis zur Abforderung adressirt sind (Art. 33), wie auch diejenigen, welche wegen der Unmöglichkeit sie an ihre Bestimmung abzuliefern (Art. 42) auf die Station zurückgeliefert sind, werden sechs Wochen lang aufbewahrt. Die in dieser Zeit nicht abgeforderten werden vernichtet.

36. Wenn wegen Beschädigung der Telegraphen oder Anhäufung von Depeschen die Beförderung verzögert werden könnte, so wird solches dem Absender eröffnet. Alsdann werden Depeschen von ihm nur in dem Falle angenommen, wenn er ungeachtet der ihm gewordenen Eröffnung wünscht, daß die Depeschen befördert werden, sobald die Möglichkeit dazu eintritt.

37. Die Depeschen der ersten und zweiten Kategorie unterliegen nicht der Controle der Telegraphenstationen und können nicht nach ihrem Ermessen zurückgehalten werden.

38. Alle Privatdepeschen, die irgend etwas gegen das Gesetz, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit enthalten, werden nicht durch die Telegraphen befördert. Die Absender werden von der Beanstandung solcher Depeschen benachrichtigt.

39. Diejenigen, welche mit der Beanstandung der Depeschen unzufrieden sind, haben ihre Beschwerde beim Minister der Posten und Telegraphen anzubringen. Die Entscheidungen desselben auf diese Beschwerden sind definitiv.

Anmerkung. Die Beschwerden werden auf gewöhnlichem Papier eingereicht.

40. Die Annahme und Beförderung der Depeschen geschieht nach der Reihenfolge ihrer Aufgabe, doch haben Depeschen höherer Kategorien den Vorrang vor Depeschen niederer Kategorien, sowol in der Reihenfolge der Annahme, als auch

in der Reihenfolge ihrer Beförderung. Die Depeschen des Herrn und Kaisers und der Personen der Allerhöchsten Familien werden vor allen Regierungsdepeschen befördert, wenn diese letzteren auch früher angenommen sein sollten.

41. Im Falle einer Beschädigung des Telegraphen wird die Depesche auf den Abtheilungen, zwischen denen die Beschädigung stattgefunden hat, mit der Post oder auf eine andere raschere Weise, wenn der Station eine solche zu Gebote steht, befördert.

42. Die Depeschen werden dem Adressaten zugetragen, ohne daß dafür eine besondere Bezahlung erhoben wird. Im Falle der Abwesenheit des Adressaten wird die Depesche einem erwachsenen Gliede seiner Familie, oder der Dienerschaft, oder einem seiner Miethsleute, oder endlich dem Besitzer der Wohnung übergeben, wenn der Absender der Depesche nicht die Bestellung zu eigenen Händen verlangt hat. Im letzteren Falle wird eine Anzeige in der Wohnung des Adressaten zurückgelassen, die Depesche aber wieder auf die Station zurückgebracht, um sie dem Adressaten auf dessen Nachfrage auszuliefern.

43. Wird der Aufenthaltsort des Adressaten nicht ermittelt, so wird die Station der Aufgabe der Depesche davon zur Eröffnung an den Absender benachrichtigt.

44. Die Originaldepeschen, die Papierbänder und Journale dürfen vor Ablauf eines Jahres nicht vernichtet werden.

## **Viertes Capitel**

### **Von den Rechten der Absender und der Empfänger der Depeschen.**

45. Der Absender einer Depesche kann bei der Aufgabe derselben auch für die Antwort bezahlen, welche er von seinem Correspondenten zu erhalten wünscht.

Anmerkung. Die Antwort kann nicht nur nach dem Orte der Aufgabe der Depesche, sondern auch nach jedem andern Orte hin, nach Angabe des Absenders, befördert werden.

46. Für die Antwort (Art. 45) ist eine achttägige Frist vom Tage der Absendung der Depesche festgesetzt. Wenn im Laufe dieser Zeit keine Antwort erfolgt, so benachrichtigt die Adreßstation den Absender davon durch eine besondere Depesche. Darnach wird eine Antwort ohne Zahlung nicht angenommen.

47. Der Absender kann verlangen, daß seine Depesche, wenn der Adressat den Ort, wohin die Depesche bestimmt war, verlassen hat, an denselben weiter befördert werde. In diesem Falle wird die ergänzende Zahlung vom Adressaten erhoben.

48. Es ist dem Absender gestattet, bei der Aufgabe einer Depesche zu verlangen, daß der Text nebst einer Bescheinigung, wem und wann die Depesche abgeliefert worden ist, an ihn zurücktelegraphirt werde. Eine solche Depesche heißt eine recommandirte.

49. Die Depeschen in Chiffren müssen alle recommandirt sein.



50. Die Absender und Empfänger von Depeschen können, nachdem sie Be-  
weise über ihre Person beigebracht haben, verlangen, daß ihnen ihre Original-  
depeschen vorgewiesen und ihnen beglaubigte Copien derselben ausgereicht werden.  
Für jede Copie einer Depesche wird eine durch die Tarife bestimmte Zahlung  
erhoben.

51. Jeder Absender einer Depesche hat das Recht, nachdem er sich als  
solcher legitimirt hat, die Beförderung der von ihm aufgegebenen Depesche zu  
sistiren, wenn es noch möglich ist; die Depesche selbst aber wird ihm nicht zu-  
rückgegeben.

### **Fünftes Capitel.**

#### **Von der Zahlung für Depeschen.**

52. Die Zahlung für Depeschen wird nach den Tarifen erhoben, deren Grund-  
lagen festgestellt werden: für die inländische Correspondenz — auf legislativem  
Wege, und für die ausländische — durch die Conventionen, welche von Rußland  
mit auswärtigen Staaten abgeschlossen werden.

53. Die Tarife werden auf den im vorhergehenden Artikel 52 angegebenen  
Grundlagen vom Telegraphen-Departement angefertigt und herausgegeben.

54. Die Depeschen des Ministeriums der Posten und Telegraphen werden  
innerhalb der Grenzen Rußlands unentgeltlich befördert.

55. Die Dienstdepeschen des Telegraphen-Ressorts werden sowohl in Rußland,  
als auch im Auslande unentgeltlich befördert.

56. Es ist auch gestattet, mit Rücksicht auf die Telegraphenmittel, Depeschen,  
welche meteorologische Beobachtungen enthalten, unentgeltlich zu befördern.

57. Alle Depeschen, außer den in den Artikeln 20, 23, 54, 55 und 56  
bezeichneten, werden gegen die tarifmäßige Zahlung befördert.

58. Wenn es sich erweist, daß für die Beförderung einer Depesche, in Folge  
einer irrthümlichen Berechnung weniger erhoben worden ist, als zu zahlen war, so  
ist der Absender der Depesche das zu wenig Gezahlte zu entrichten verpflichtet, ist  
aber von ihm zu viel erhoben worden, so wird der Ueberschuß ihm zurückgezahlt.

59. Die für eine Depesche entrichtete Zahlung wird zurückerstattet:

- a) wenn die Depesche dem Adressaten durch Nachlässigkeit einer Telegraphen-  
station nicht zugestellt worden ist;
- b) wenn eine recommandirte Depesche durch Verzögerung oder wichtige, bei  
der Beförderung vorgekommene Fehler, ihre Bestimmung nicht erfüllen  
konnte.

Anmerkung 1. Eine recommandirte Depesche gilt als verspätet, wenn sie in  
keiner kürzeren Zeit zugestellt worden ist, als zu ihrer Beförderung mit  
der Post als Brief erforderlich gewesen wäre.

Anmerkung 2. Die Forderungen wegen Rückerstattung des Geldes werden auf  
gewöhnliches Papier geschrieben.

60. Wenn Depeschen auf Wunsch der Absender auf der Station zurückge-  
halten werden (Art 51), so wird diesen die für eine Depesche, deren Beförderung

noch nicht begonnen hat, entrichtete Zahlung zurückerstattet, nach Abzug der im Tarif festgesetzten Zahlung (Art. 53). In den Fällen aber, wenn eine Depesche während der Telegraphirung zurückgezogen wird, wird nur die für die Antwort des Correspondenten (Art. 45), für die Zurücktelegraphirung einer recommandirten Depesche (Art. 48) und für die Beförderung der Depesche seitab von der Telegraphenstation entrichtete Zahlung zurückerstattet, wenn dafür eine Summe eingezahlt worden war.

61. Die Berechnungen für Depeschen der internationalen Correspondenz werden vom Telegraphen-Departement auf den in den Conventionen angegebenen Grundlagen gemacht.

Unterscriben: Präsident des Reichsraths Constantin.

**Mr. 37.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 31. December 1866, Nr. 88152, dezmittelt die am 15. October 1866 Allerhöchst ratificirte Convention über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern, welche am 2. (14.) October 1866 zwischen Rußland und Dänemark abgeschlossen und deren Ratification in der festgesetzten Ordnung am 10. (22.) November 1866 zu Kopenhagen gegen die Dänische ausgewechselt worden ist, wie folgt, publicirt wird.

Die zwischen Rußland und Dänemark abgeschlossene  
Convention über die gegenseitige Auslieferung  
von Verbrechern.

Aus dem 1. Departement vom  
31. December 1866, Nr. 88152.

## **Convention**

**zur gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern,**  
abgeschlossen zwischen

**Seiner Majestät dem Kaiser aller Reussen**

und

**Seiner Majestät dem König von Dänemark**

am 2. (14.) October 1866.

# **Wir Alexander der Zweite,**

von Gottes hilfreicher Gnade

## **Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen,**

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan,  
Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien;  
Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien

und Finnland; Fürst von Estland, Livland Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Twer, Jugorien, Perm, Wiätka, Wolgarien und anderer Länder; Herr und Großfürst von Nischni=Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Pologzk, Rostow, Jaroslaw, Welosersk, Udorien, Obdorien, Kondien, Witebsk, Mstislav und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen, Grusiniischen und Kabardinischen Lande und des Armenischen Gebiets; der Tscherskischen und Berg=Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig=Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w., Thun hiedurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Könige von Dänemark Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 2. October 1866 zu Kopenhagen eine Convention abgeschlossen und unterschrieben haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Ruessen und Seine Majestät der König von Dänemark haben für nöthig erachtet, zum Zwecke einer besseren Ausübung der Justiz und zur Verhütung von Verbrechen in ihren beiderseitigen Besitzungen und Jurisdictionen, Personen, die der unten aufgezählten Verbrechen und Vergehen angeklagt oder überführt worden sind, und sich der Verfolgung der Gerechtigkeit durch die Flucht entzogen haben, gegenseitig auszuliefern und zum Abschluß einer Convention über diesen Gegenstand zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser aller Ruessen, den Baron Nicolai Nicolai, Ritter der Russischen Orden: der Heil. Anna 1. Kl., des Heil. Stanislaus 1. Klasse und des Heil. Wladimir 3. Klasse, Ritter des Großkreuzes des Dannebrog=Ordens u. s. w., Seinen Geheimrath und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige von Dänemark; und

Seine Majestät der König von Dänemark, den Grafen Christian Emil Suel=Wind=Frijs, Ritter des Großkreuzes des Dannebrog=Ordens und des Ehrenkreuzes desselben Ordens u. s. w., Seinen Präsidenten des Minister=raths und Minister der auswärtigen Angelegenheiten;

welche nach gegenseitiger Vorweisung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel festgesetzt und abgeschlossen haben:

### Artikel I.

Die Kaiserlich Russische und die Königlich Dänische Staats=Regierung verpflichten sich auf Verlangen des andern Theils diejenigen ihrer respectiven Unterthanen, welche, die Gesetze ihres Landes verlegend, eins der unten genannten Vergehen oder Verbrechen verübt haben, wie auch alle anderen Personen, die während eines temporären Aufenthalts in dem Staate, von dem die Auslieferung verlangt wird, eins derselben Vergehen oder Verbrechen verübt haben, in denjenigen Fällen gegenseitig auszuliefern, wenn besagte Unterthanen oder die im Staate sich temporair aufgehalten habenden Ausländer sich in den Besitzungen des andern Staats befinden, nachdem über sie in der festgesetzten Ordnung ein gerichtliches

Urtheil oder ein Verhaftungsbefehl oder eine Verordnung, sie dem Gerichte zu überliefern, ergangen ist.

Die Verpflichtung der Auslieferung erstreckt sich in keinem Falle auf die eigenen Unterthanen des Staates, von dem die Auslieferung geschehen soll.

## Artikel II.

Unter der Bezeichnung „Unterthanen“ werden, in Bezug auf die Anwendung gegenwärtiger Convention, nicht nur diejenigen Personen verstanden, welche durch Geburt oder auf andere Weise die Unterthanschaft erlangt und in der Folge nicht durch die in den Gesetzen festgesetzte Ordnung aus derselben ausgeschlossen worden sind, sondern auch Ausländer, die sich im Lande niedergelassen oder ihren Wohnort haben.

## Artikel III.

Die Vergehen und Verbrechen, wegen welcher nach Artikel I. die Auslieferung erfolgt, sind folgende:

- 1) Mord und Todtschlag.
- 2) Nothzucht.
- 3) Absichtliche Brandstiftung.
- 4) Anfertigung und wissentlicher Gebrauch falscher Documente.
- 5) Falschmünzerei, Nachmachung von Bankbilleten, Papiergeld, öffentlichen Papieren und der Gebrauch dieser Billete mit dem Bewußtsein, daß sie gefälscht sind.
- 6) Falsches Zeugniß vor Gericht.
- 7) Diebstahl unter erschwerenden Umständen, Betrug und unerlaubtes Nehmen von Geschenken (взяточничество — concussion) in dem Grade, daß sie eine gleich strenge Strafe nach sich ziehen.
- 8) Bestechung von Personen, die sich im Staatsdienste befinden, Unterschlagung und Entwendung von Sachen durch Personen, denen die Aufbewahrung derselben anvertraut war oder durch Kronrechnungsbeamte.
- 9) Böswilliger Banquerott.

## Artikel IV

Wenn dieselbe Handlung, wegen welcher die Auslieferung irgend einer Person verlangt wird, in gleicher Weise die gerichtliche Verfolgung in dem Staate, von welchem die Auslieferung geschehen soll, hervorruft, so wird in solchem Falle die Auslieferung so lange hinausgeschoben, bis durch die Gerichtsbehörden die Frage über das Verschulden dieser Person gegen diesen letzten Staat bepruft worden ist, und sie, im Falle sie für schuldig erkannt worden ist, die zuerkannte Strafe erlitten hat. Wenn diese Person aber vom Gerichte wegen Unzulänglichkeit der Beweise freigesprochen wird, so kann die Auslieferung für dieselbe Handlung nicht stattfinden.

Wenn die reclamirte Person wegen eines andern Vergehens oder Verbrechens gegen die Gesetze des Landes, von dem die Auslieferung geschehen soll, verfolgt wird oder arretirt ist, so wird in solchem Falle die Auslieferung so lange hinausgeschoben, bis diese Person vom Gerichte freigesprochen ist, oder die ihr zuerkannte

Strafe erlitten hat; ebenso ist zu verfahren, wenn die reclamirte Person wegen Schulden, in Folge eines vor der Requisition wegen ihrer Auslieferung ergangenen gerichtlichen Erkenntnisses oder eines anderen von der competenten Autorität ausgegangenen executiven Actes (*acte à titre exécutaire*), inhaftirt ist.

Wenn die Auslieferung irgend einer Person zu gleicher Zeit von einer der contrahirenden Mächte und einem anderen Staate, gegen welchen ebenfalls, in Grundlage einer Convention, die Verpflichtung zur Auslieferung besteht, verlangt wird, so hat in einem solchen Falle die Auslieferung an denjenigen Staat zu erfolgen, dessen Requisition nebst den betreffenden Beweisen früher eingegangen ist.

Wenn aber die reclamirte Person Unterthan (im engen und nicht in dem im Artikel III. dieser Convention bezeichneten weiten Sinne) eines der die Auslieferung verlangenden Staaten ist, und die für diese Person aus solcher Unterthanschaft entstehenden Beziehungen nicht in der nach den Gesetzen dieses Staats vorgeschriebenen Ordnung aufgehoben sind, so muß sie vorzugsweise diesem letzteren Staate ausgeliefert werden.

#### Artikel V

Die Auslieferung wird auf diplomatischem Wege verlangt und dieses Verlangen nur erfüllt auf Vorweisung des Originals oder einer beglaubigten Abschrift des Urtheils oder der die Uebergabe an das Gericht anordnenden Verfügung oder des Befehls zur gerichtlichen Verfolgung und Inhaftirung, wenn dieselben in der durch die Gesetze des die Auslieferung verlangenden Staats festgesetzten Form und unter Angabe des Vergehens oder Verbrechens, um das es sich handelt, der auf dieselben stehenden Strafe, sowie dessen, ob der Angeklagte zu der Zeit, wo die Handlung deren er angeklagt wird, verübt sein soll, Unterthan oder ein temporair sich aufhaltender Ausländer war, — erlassen sind.

#### Artikel VI.

Die Kosten der Verhaftung, des Unterhalts und des Transports des Angeklagten fallen jeder der contrahirenden Mächte in den Grenzen ihrer respectiven Territorien zu; die Ausgaben aber für den Unterhalt und den Transport durch Besigungen fremder Mächte fallen dem die Auslieferung verlangenden Staat zu. Wenn die Abfertigung der auszuliefernden Person über See bequemer sein sollte, so muß die Ueberfahrt derselben auf Rechnung der die Auslieferung verlangenden Regierung geschehen und wird besagte Person in dem von den diplomatischen oder Consular-Agenten dieser Regierung bezeichneten Hafen abgeliefert.

#### Artikel VII.

Wenn während des Verlaufs einer Criminal-Untersuchung eine der Regierungen es für nöthig erachtet, Zeugen, die in dem andern der contrahirenden Staaten leben, zu befragen, so muß dieserhalb eine schriftliche Requisition auf diplomatischem Wege ergehen, worauf die Zeugen möglichst unter Beobachtung des in der Requisition als nach den Gesetzesbestimmungen des Landes, in dem von der Zeugenaussage Gebrauch gemacht werden soll, als wünschenswerth bezeichneten Verfahrens verhört werden

Beide Regierungen verzichten gegenseitig auf jegliche Entschädigungsforderung für die daraus entstehenden Kosten.

#### Artikel VIII.

Alle Papiere und Documente, die von beiden Regierungen in Erfüllung gegenwärtiger Convention gegenseitig einander werden mitgetheilt werden, müssen unter Beifügung einer französischen oder deutschen Uebersetzung übersandt werden.

#### Artikel IX.

Wenn in irgend einer Criminalsache es für nöthig erachtet wird, daß ein Zeuge in dem anderen Staate persönlich erscheine, so theilt seine Regierung ihm das desfalls an ihn gestellte Ersuchen mit, und wenn er zu erscheinen einwilligt, so muß die, seine Gegenwart wünschende Regierung, ihn für die gehabtten Reise- und Aufenthaltskosten, sowie für die persönliche Mühe und den Zeitverlust entschädigen.

#### Artikel X.

Wenn in einer Criminalsache die Mittheilung von Beweismitteln oder Documenten, die sich in den Händen irgend einer Autorität des anderen Staats befinden, wünschenswerth sein sollte, so muß dieserhalb eine Requisition auf diplomatischem Wege ergehen, die, falls ihr nicht etwa besondere Rücksichten entgegenstehen, erfüllt werden wird, selbstverständlich unter der Bedingung der Zurücklieferung.

#### Artikel XI.

Durch obige Stipulationen willigen beide Mächte ein, die Gesetze des einen oder des anderen Staats, die sich auf die Organisation einer regelrechten Ordnung der Auslieferung von Verbrechern beziehen oder beziehen werden, zu beobachten.

#### Artikel XII.

Die Erfüllung gegenwärtiger Convention erstreckt sich auf das Königreich Polen und das Großfürstenthum Finnland.

Die gegenwärtige Convention unterliegt der Erfüllung erst nach Ablauf von zwanzig Tagen, nachdem sie in der durch die Gesetze beider Länder vorgeschriebenen Form publicirt worden ist.

Sie bleibt in Wirksamkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten, nachdem von einem der contrahirenden Staaten die Erklärung, sie aufzuheben, abgegeben worden ist.

Sie wird ratificirt werden, und die Ratificationen werden im Verlauf von drei Monaten oder, wenn möglich, früher ausgetauscht werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Convention unterschrieben mit Beidrückung des Insigniels ihres Wappens.

So geschehen zu Kopenhagen, den 2. October im Jahre nach Ch. Geb. 1866.

(L. S.) (unterz.) Baron Nicolai Nicolai.

(L. S.) (unterz.) Suel-Wind-Frijs.

Um deswillen haben Wir, nach reiflicher Beprüfung dieser Convention, dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie hiemit ihrem ganzen Inhalte nach für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserm Kaiserlichen Worte für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverklich beobachtet und erfüllt werden soll. Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichssiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu St. Petersburg, den 15. October im Jahre nach Christi Geburt 1866, Unserer Regierung aber im 12. Jahre.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig unterschrieben:

(L. S.)

(Unterz.) „Alexander.“

Contrasignirt: Vice-Kanzler Fürst A. Gortschakow.

**Art. 38.** Ufaß Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 21. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Abänderung der Ordnung für die den Sibirischen Kirgisen auszureichenden Billete zur Entfernung aus ihrem Nomadenbezirke, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Abänderung der Ordnung für die den Sibirischen Kirgisen auszureichenden Billete zur Entfernung aus ihrem Nomadenbezirke, und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit dem Sentiment des Ministers für gut erachtet: die Art. 239 und 403, Bd. II, Thl. 2 Verordnung für die Verwaltung der fremden Volksstämme folgendermaßen zu fassen: Art. 239. Den Kirgisen der äußeren Bezirke ist es verboten in das Innere der Linie zum Nomadisiren hinüber zu gehen, mit Ausnahme der Ländereien, die dem Sibirischen Kosakenheere gehören, jedoch auch in diese nur unter Zahlung einer Abgabe zum Besten der Einkünfte dieses Heeres. Wenn sie sich jedoch durchaus in der Nothwendigkeit befinden, sich nach Städten und Ansiedelungen der innern Bezirke begeben zu müssen, so werden sie auf bestimmte Fristen beurlaubt, jedoch nicht in ganzen Auß und nur auf für jede Person besonders ertheilte Billete, mit der Verpflichtung, dieselben in den Städten und Ansiedelungen der örtlichen Obrigkeit vorzuzeigen und auf Stadt- und Kronsländereien durchaus keine Furten aufzuschlagen. Anmerkung Die Fristen, auf welche die Sibirischen Kirgisen der äußeren Bezirke zur Entfernung aus ihrem Nomadenbezirke beurlaubt werden können, die Ordnung für die Ausreichung der ihnen zur Entfernung zu ertheilenden Billete und die Verantwortlichkeit der örtlichen amtlichen Personen für unrechtfertige und gesetzwidrige Handlungen bei der Ausreichung der Billete, sind dieselben, die im nachfolgenden Art. 403 dieser Verordnung festgesetzt sind. Art. 403. Die Kirgisen des Semipalatinskischen

Bezirks können sich aus ihrem Nomadenbezirke in Handels- und anderen Angelegenheiten nach allen Orten begeben, außer zum beständigen Wohnen an Orten des Berg-Resorts und zwar auf die Zeit von höchstens einem Monat mit Wissen des Ältesten des Aulz; nach Orten, die vom Nomadenbezirke weiter als 250 Werst entfernt sind und auf die Zeit von einem bis zu sechs Monaten auf Billete der Gebietsverwalter (волостных управителей); auf längere Zeit aber auf Billete vom Bezirksamte (окружного приказа). Solchen unter sie ressortirenden Kirgisen jedoch, die durch schlechte Führung bekannt sind, dürfen die Ältesten der Aulz und die Gebietsverwalter gar nicht sich zu entfernen gestatten und unterliegen bei Uebertretung dessen der Verantwortlichkeit nach dem Gesetze. Gleicher Verantwortlichkeit unterliegen die Ältesten der Aulz und die Gebietsverwalter für Bedrückung und Erpressungen bei Gewährung von Bitten der Kirgisen um die Erlaubniß, sich zu entfernen und um Ausreichung von Billeten, und sowol die Gebietsverwalter, als auch besonders deren Schriftführer für die Ausreichung von Billeten mit leer gelassenen Stellen und wenn sie nicht in der festgesetzten Ordnung über die ausgereichten Billete Buch führen. Anmerkung. Die Form der den Kirgisen auszureichenden Billete und die Regeln über die Ordnung der Anfertigung, Ausreichung und Vernichtung dieser Billete, sowie der Buchführung über dieselben wird durch den General-Gouverneur von West-Sibirien festgestellt.

Betreffend die Abänderung der Ordnung für die den Sibirischen Kirgisen auszureichenden Billete zur Entfernung aus ihrem Nomadenbezirke.

Aus dem 1. Departement vom 20. December 1866, Nr. 85012.

**Nr. 39.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 4. Januar 1867, Nr. 2808, desmittelst der am 4. Januar unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Kaiserlichen Majestät an den Dirigirenden Senat erlassene Kamentliche Allerhöchste Befehl, durch welchen in Mingrelien die russische Verwaltung für immer bestätigt wird, dabei aber dem ehemaligen Regenten dieses Landes, Fürsten Nicolai Dadian, die ihm daselbst nach dem allgemeinen Rechte des Privateigenthums zugehörenden Ländereien und Nuzungen erhalten bleiben und ihm der Familienname „Mingrelski“ und seinem Bruder, dem Fürsten Andrei, der Familienname „Dadian Mingrelski“ beigelegt wird.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Als im Jahre 1804 der regierende Fürst von Mingrelien Gregor Dadian, seiner Bitte gemäß mit seiner ganzen Nachkommenschaft und mit allen seinen Besitzungen in die ewige Unterthänigkeit Rußlands aufgenommen und seine Besitzungen mit Unserem Kaiserreiche vereinigt wurden, ließ der in Gott ruhende Kaiser Alexander I. als Zeichen besonderen Monarchischen Wohlwollens für den Fürsten Grigori, Allergnädigst demselben für sich und seine Nachkommenschaft,



nach der Majoratsfolge, die Regenten-Rechte und Prærogative bezüglich der innern Verwaltung des Landes bewahrt. In dieser Grundlage hätte die Verwaltung Mingreliens, welche mit jedesmaliger desfallsiger Allerhöchster Genehmigung auf den Ältesten des Geschlechts sich vererbte, nach dem im Jahre 1853 erfolgten Tode des Fürsten David, auf dessen Sohn, Unseren gegenwärtigen Flügel-Adjutanten, den Lieutenant Fürsten Nicolai übergehen müssen, wegen seiner Minderjährigkeit jedoch wurde sie seiner Mutter, der Fürstin Katharina Dadian, in der Eigenschaft als Erzieherin des Sohnes und Regenten Mingreliens anvertraut, wobei ihr zur Hilfe ein besonderer Rath unter ihrem Vorstehz eingesetzt wurde. Als darauf im Jahre 1857 in Mingrelien eine große Aufregung unter den Bauern entstand, und sich dabei herausstellte, daß dieselbe durch die unbefriedigende Verwaltung hervorgerufen war, erkannten Wir, in väterlicher Fürsorge für das Wohl des Mingrelischen Volkes, für nothwendig, die bis dahin bestandene Verwaltung durch eine den Bedürfnissen des Landes mehr entsprechende zu ersetzen. Demgemäß wurde damals daselbst bis zur Volljährigkeit des Fürsten Nicolai, die russische Verwaltung eingeführt, welche auch bis hiezu in Wirksamkeit ist. Gegenwärtig hat der Fürst Nicolai Dadian, nach erlangter Volljährigkeit, freiwillig sowohl für sich, als auch für seine Erben, den von Unseren Vorfahren den Regenten Mingreliens verliehenen, oben angegebenen besonderen Rechten entsagt.

Indem Wir auf solche Entsagung des Fürsten Nicolai Dadian Rücksicht nehmen und ihm als Entschädigung für die Regentenrechte einmalig 1,000,000 Rubel und außerdem seiner Mutter, der Wittve des verstorbenen Regenten Fürsten David, der Fürstin Katharina Dadian nebst ihrem anderen Sohne und ihrer Tochter lebenslängliche Pensionen verliehen haben, befehlen Wir:

1) In Mingrelien die russische Verwaltung für immer zu bestätigen mit der Festsetzung, daß die Formen der Verwaltung für diesen Theil von Transkaukasien im Detail vom Statthalter des Kaukasus zu bestimmen und seine diesbezüglichen Erwägungen von ihm in der festgesetzten Ordnung Uns zur allendlichen Bestätigung vorzustellen sind.

2) dem Fürsten Nicolai die ihm in Mingrelien nach dem allgemeinen Rechte des Privateigenthums zugehörigen Ländereien und Nuzungen in ihren gegenwärtigen Grenzen zu belassen, ohne jedoch darin die in ihrem Complex befindlichen Meeresufer und- die von der russischen Regierung erbauten Häfen einzuschließen.

Und 3) Dem Fürsten Nicolai sich hinfort Fürst Mingrelski zu nennen, mit Beibehaltung des ihm gegenwärtig zustehenden Titels Durchlaucht, wobei der Familienname „Mingrelski“ und der Titel Durchlaucht auf den Ältesten seines Geschlechts überzugehen hat; dem Bruder des Fürsten Nicolai, dem Cornet Fürsten Andrei Dadian, mit Beibehaltung seines gegenwärtigen Titels Durchlaucht, persönlich den Familiennamen „Dadian Mingrelski“ zu führen; den Nachkommen aber des Fürsten Nicolai, außer dem Ältesten des Geschlechts, sowie allen Nachkommen des Fürsten Andrei, sich Fürsten Dadian zu nennen und des Titels Er-laucht zu bedienen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen zur Erfüllung dessen die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:  
**„Alexander“.**

St. Petersburg, den 4. Januar 1867.

Betreffend die Bestätigung der russischen Verwaltung in Mingrelien und die dem ehemaligen Regenten dieses Landes Nicolai Dadian und seinen Angehörigen verbliebenen Rechte.

Aus dem 1. Departement vom  
4. Januar 1867, Nr. 2808.

**Nr. 40.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) Den Bericht des Finanzministers vom 16. December 1866 sub Nr. 3516 folgenden Inhalts: Im § 5 der Allerhöchst bestätigten und durch Ukas des Dirigirenden Senats vom 17. October 1866 publicirten Verordnung, betreffend die Erhebung der Immobiliensteuer in Städten und Flecken vom Jahre 1867 an, sei bestimmt: die Summe, welche in Grundlage des Artikels 4 für ein Gouvernement festgesetzt ist, wird auf die einzelnen Städte und Flecken desselben durch die Gouvernements-Landesversammlungen repartirt. Eine solche Repartition der gedachten Summe auf die Städte und Flecken muß von der Gouvernements-Landesversammlung in einer Sitzung des Jahres, welches demjenigen, für das die Repartition festgesetzt wird, vorhergeht, bestätigt werden. Anmerkung. In denjenigen Gouvernements, wo die Landesinstitutionen noch nicht eröffnet sind, oder wo, obgleich sie eröffnet sind, es den Gouvernements-Landesversammlungen aus irgend welchen Ursachen nicht möglich sein sollte, rechtzeitig die Repartition der für das Gouvernement festgesetzten Steuersumme auf die Städte und Flecken zu bewerkstelligen, geschieht die besagte Repartition durch die besondere Session für Landespräsidenten und wird dem Finanzminister nicht später, als einen Monat vor Beginn des Jahres, für welches die Repartition festgesetzt wird, zur Bestätigung vorgelegt. In Folge dessen hat er, der Finanzminister, nachdem er von den besonderen Sessionen für Landespräsidenten für 4 Gouvernements die desfalligen Vorstellungen erhalten, in Gemäßheit derselben den Betrag der Steuer in den Städten und Flecken dieser Gouvernements bestätigt; worüber er, der Finanzminister, Einem Dirigirenden Senate berichte und zugleich den bezüglichen Vorschlag zur Publication vorstelle, und 2) den Vorschlag selbst. Befohlen. Gedachten Vorschlag zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, den General-Gouverneuren von Wilna, Grodno, Kowno und Minsk, sowie von Liv-, Est- und Kurland, und den Gouvernements-Regierungen von Livland, Minsk, Olonez und Tula bei Ukasen zu übersenden, hiervon den Finanzminister zu benachrichtigen und in der festgesetzten Ordnung den Druck zu veranstalten.

Betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1867 für  
4 Gouvernements.

Aus dem 1. Departement vom  
2. Januar 1867, Nr. 30.

## Verschlag

über den Betrag der Steuer von den Immobilien in Städten und Flecken für das Jahr 1867 für 4 Gouvernements, bestätigt vom Finanzminister am 9. December 1866.

Benennung der Gouvernements, Städte und Flecken.

		1) Livland.	Betrag der Steuer. Rubel.
Stadt	Riga	. . . . .	33,409
"	Dorpat	. . . . .	6,248
"	Bernau	. . . . .	3,034
"	Arensburg	. . . . .	1,527
"	Wenden	. . . . .	1,050
"	Tessin	. . . . .	1,085
"	Werro	. . . . .	700
"	Wolmar	. . . . .	700
"	Lemsal	. . . . .	542
"	Walf	. . . . .	824
Flecken	Schloß	. . . . .	241
			<hr/> 49,360

Unterzeichnet: Für den Finanzminister  
College des Ministers General-Lieutenant Greigh.

**Nr. 41.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 23. December 1866, Nr. 88385, desmittlest die am 29. November 1866 Allerhöchst bestätigte Verordnung über die Verwaltung der Stadt Temir-Chan-Schura und der Etat dieser Verwaltung publicirt werden.

Betreffend die Verordnung über die Verwaltung  
der Stadt Temir-Chan-Schura.

Aus dem 1. Departement vom  
23. December 1866, Nr. 88385.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand  
geschrieben:  
„Dem sei also.“

St. Petersburg, den 29. November 1866.

## Verordnung

über die Verwaltung der Stadt Temir-Chan-Schura.

1. Die Befestigung Temir-Chan-Schura wird zu einer Stadt umbenannt, unter Hinzuzählung zu derselben, in der Ordnung der allgemeinen Verwaltung, als in den Grenzen der Provinz Dagestan belegen, zum Transkaukasischen Landstrich.

2. Alle Personen freien Standes können sich zur Stadt Temir-Chan-Schura als Kaufleute, wie auch als Bürger (мѣщане), Handwerker oder Bünstige anschreiben lassen.

Anmerkung. Von der Zahl der Personen, die das Recht haben sich zur Stadt Temir-Chan-Schura anschreiben zu lassen, sind auch Gebräer, die zu Stadt- und Landgemeinden sowol des Transkaukasischen Gebiets, als auch überhaupt aller Orte Rußlands verzeichnet sind, nicht ausgeschlossen.

3. Gesuche um Anschreibung zur Stadt Temir-Chan-Schura sind an die dortige Stadtpolizei zu richten; bei derselben muß außer der gesetzlichen Legitimation eine Bescheinigung der örtlichen Obrigkeit (des bisherigen Anschreibeorths des Bittstellers) darüber vorgelegt werden: a) daß derjenige, der übergeschrieben zu werden wünscht, nicht in der Rekrutenreihenfolge steht oder der Einberufung zur Rekrutenloosung unterliegt; b) daß auf ihm weder Rückstände noch Privatschulden lasten und daß alle Kronsabgaben von ihm bis zum 1. Januar des folgenden Jahres bezahlt sind; c) daß derjenige, der übergeschrieben zu werden wünscht, nicht unter Gericht oder in Untersuchung steht und nicht zu den, im Artikel 464, Bd. IX. der Gesetze über die Stände bezeichneten Kosaknischen-Sekten gehört; d) daß die Eltern des zu Entlassenden, wenn er minderjährig ist, ihre Einwilligung zu seiner Umschreibung erteilt haben, oder daß die Eltern nicht mehr am Leben sind; e) daß wenn ein Theil der Familie in der bisherigen Gemeinde verbleibt, unter ihnen sich keine Minderjährigen und keine solche befinden, die ohne Existenzmittel zurückbleiben.

4. Zur Umschreibung zur Stadt Temir-Chan-Schura wird weder die Zustimmung der dortigen, noch derjenigen Gemeinde verlangt, zu der derjenige, der überzusiedeln wünscht, gehört.

5. Die Umschreibung wird vom Chef der Provinz Dagestan definitiv genehmigt und auf Anordnung des Transkaukasischen Cameralhofs vollzogen.

6. Alle zur Stadt Temir-Chan-Schura zugeschriebenen Personen sind verpflichtet, sich unbedingt binnen drei Jahre, vom Tage ihrer Umschreibung daselbst, dauerhaft sesshaft zu machen. Diejenigen, die diese Verpflichtung nicht erfüllen, verlieren das Recht des Genusses der Freiheiten und Vorrechte, die den Bewohnern der Stadt Temir-Chan-Schura gewährt sind. Uebrigens kann bei vorliegenden berücksichtigungswürdigen Ursachen der Chef der Provinz Dagestan in dieser Beziehung eine Prolongation bis zu einem Jahre gewähren.

Anmerkung. Als dauerhaft sesshaft geworden werden diejenigen der zur Stadt Angehörigen angesehen, welche auf den ihnen eingewiesenen Plätzen, Bauten aufführen oder Gärten und Gemüsegärten, die ihnen Revenüen tragen, anlegen, oder die durch gesetzliche Erwerbung von früheren Ansiedlern Besitzer unbeweglichen Eigenthums geworden sind.

7. Die nach der Stadt Temir-Chan-Schura übersiedelnden fremden Kaufleute, Bürger (мѣщане), Bünstigen, Bauern und Personen der übrigen Stände, genießen hinsichtlich der Zahlung der Kronsabgaben, wie auch der persönlichen und Geldleistungen für Stadt und Reich, alle Freiheiten und Vorrechte, die auf Grundlage der bestehenden Gesetze den Bewohnern der Städte des transkaukasischen Gebiets Wladikawkas, Poti, Temrjuk, Petrowsk und Suchum gewährt sind.

8. Zur Aufführung von Häusern und anderen Bauten in Temir-Chan-Schura können alle Privatpersonen durch Kauf Parcellen der Stadtländereien erwerben, welche dazu zum Verkauf im Wege des öffentlichen Meistbots bestimmt werden.

Anmerkung. Die Grundstücke in Temir-Chan-Schura und der dabei befindlichen Vorstadt, welche schon von Privatbauten oder Gärten eingenommen sind, werden gegen Erlegung eines Fadengeldes von vier Kopeken für den Quadratfaden und unter Beitreibung der festgesetzten Abgaben zum Besten der Stadtkasse für die auf diese Grundstücke auszureichenden Besitzurkunden, denjenigen Personen zum ewigen und erblichen Besitz bestätigt, denen diese Baulichkeiten und Gärten gehören.

9. Mit Eisen, Zink oder Dachpfannen gedeckte steinerne Gebäude, als: Wohnhäuser, Magazine und Buden, die sich in gutem Zustande befinden und verassicurirt sind, können nach der gesetzlichen Abschätzung als Pfand zur Sicherstellung von Kronzpodräden und Lieferungen für örtliche Bedürfnisse des kaukasischen und transkaukasischen Gebiets auf Grund von Attestaten des Dagestanischen Provinzialgerichts, die vom Chef der Provinz unter Bescheinigung der Mäßigkeit ihres taxirten Werthes bestätigt sind, angenommen werden.

10. Die unmittelbare Verwaltung der Stadt Temir-Chan-Schura wird der örtlichen Stadtpolizei unter Oberleitung des Chefs der Provinz Dagestan übertragen.

11. Der Bestand der Stadtpolizei in der Stadt Temir-Chan-Schura wird durch den beigefügten Etat bestimmt.

12. Die Beamten und Kanzelleiofficianten der Stadtpolizei von Temir-Chan-Schura genießen bezüglich des Dienstes alle Rechte und Vorzüge, die den Beamten und Kanzelleiofficianten der allgemeinen Civil-Institutionen des transkaukasischen Gebiets gewährt sind.

Anmerkung. Der Polizeimeister, der Untersuchungspristav und die Quartalaufsicher der Stadtpolizei von Temir-Chan-Schura genießen, wenn sie im Militairrange stehen, die Vorzüge desselben.

13. Die Stadtpolizei entscheidet definitiv Civilforderungen unter Privatpersonen im Betrage bis zu hundert Rubeln, beglaubigt alle Schuldverschreibungen (außer den Hypotheken auf unbewegliches Vermögen), und überhaupt die zur öffentlichen Beglaubigung kommenden Documente und vollzieht Corroborationen über den Verkauf von in der Stadt Temir-Chan-Schura belegtem unbeweglichen Vermögen bis zum Betrage von 300 Rubel. In allen übrigen, auf die Verwaltung der Stadt bezüglichen Fällen und überhaupt in allen ihren Handlungen, richtet sich die Stadtpolizei von Temir-Chan-Schura nach den Rechten und Pflichten, die in Transkaukasien für die Polizeien in den Gouvernementsstädten und für die Kreis-Verwaltungen dort, wo keine Kreisgerichte bestehen, festgesetzt sind.

14. Diejenigen Civilsachen, deren Entscheidung die Machtvollkommenheit der Polizei übersteigt, sowie die Vollziehung aller übrigen, im Artikel 13 nicht genannten Documente, competiren dem Dagestanischen Provinzialgericht.

Anmerkung. Die in den Artikeln 13 und 14 dieses Reglements angegebene Ordnung hat so lange Geltung, bis die am 20. November 1864 Allerhöchst bestätigten Gerichtsordnungen in der Provinz Dagestan eingeführt werden.

15. In Criminalsachen, die der Beprüfung und Entscheidung der Gerichte unterliegen, werden die Bewohner der Stadt Temir-Chan-Schura, sowie die in derselben zeitweilig sich aufhaltenden Personen des Civil-Resortz vom Dagestanischen Provinzialgerichte gerichtet, dessen Erkenntnisse in allgemeiner Grundlage zur Bestätigung dem Chef der Provinz Dagestan unterlegt werden. Die Eingeborenen der Provinz Dagestan aber, die zum Ressort der Militair-Volks-Verwaltungen gehören, müssen für solche von ihnen im Weichbilde der Stadt Temir-Chan-Schura gegen einander begangene Verbrechen, welche nach dem Orte der Verübung der Uebergabe an das Dagestanische Provinzialgericht unterliegen würden, ihrem Wesen nach aber außerhalb der Grenzen der Stadt unter die Volksgerichte ressortiren, bis zur Reorganisation des Justizwesens diesen letzten Gerichten überliefert werden.

Unterscriben: Vorsitzer des Reichsraths C o n s t a n t i n.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben: „Dem sei also.“

St. Petersburg, den 29. November 1866.

## Etat der Verwaltung der Stadt Temir-Chan-Schura.

	Anzahl der Personen	Jährlicher Unterhalt in S.-Rubel.			Dienstklasse.	Kategorie der Pension.
		E i n e r		A l l e		
		Wage.	Quartier- gelde.			
I. Polizei.						
Polizeimeister	1	1200	360	1560	VII.	V.
Untersuchungspristav	1	500	150	650	IX.	VI.
Quartal-Aufscher	2	350	105	910	XII.	IX.
Schriftführer	1	350	105	455	XII.	IX.
Dessen Gehilfe (zugleich Buchhalter)	1	250	75	325	XIV.	IX.
Translateur	1	300	90	390	XIV.	IX.
Schreiber	3	150	—	450		
Niedere Polizeiofficianten	15	100	—	1500		
Zu Kanzelleiausgaben	—	—	—	200		
	25	—	—	6440		
II. Besondere Beamte, die zum Bestande der Stadt-Verwaltung gehören.						
Stadtarzt	1	600	180	780	IX.	Nach d. Verord- nung f. Ärzte.
Denselben zu Kanzelleiausgaben	—	—	—	50		
Hebammen	1	250	—	250		
Älterer Discipel des Arztes	1	200	—	200		
	3	—	—	1280		
Summa	28	—	—	7720		

Anmerkung 1. Für die Polizei der Stadt Temir-Chan-Schura ist die für die Polizeibeamten in Transkaukasien überhaupt festgesetzte Uniform bestimmt.

Anmerkung 2. Die nach diesem Etat berechnete Summe zum Unterhalt der Polizei der Stadt Temir-Chan-Schura, sowie die Summe, die zu Gehaltszulagen für die Beamten und Kanzelleiofficianten dieser Polizei, sobald sie im Kaukasus die festgesetzte Zeit ausgedient haben, erforderlich ist, wird aus den örtlichen Einnahmen des Landstrichs bestritten.

Unterschieden: Vorsitzender des Reichsraths C o n s t a n t i n.

**Nr. 42.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 6. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung nach Bepriifung des Senatsbeschlusses in Betreff der Schwierigkeit, die bei der General-Vermessung festgesetzte Zirkel- oder reihenweise Vermessung der Güter auf die Special-Vermessungen anzuwenden, für gut erachtet: 1) Die Anwendung der Zirkel- oder reihenweisen Vermessung auf die Special-Vermessungen aufzuheben. 2) Dem Verwaltenden des Meßcorps anheimzustellen, die Regeln hinsichtlich der Vertheilung der Grenzgruben durch besondere Instructionen, unter Bestätigung des Justizministers, festzustellen.

Betreffend die Aufhebung der Anwendung der Zirkel- oder reihenweisen Vermessung der Güter auf die Special-Vermessungen.

Aus dem Meß-Departement vom 2. Januar 1867, Nr. 150.

**Nr. 43.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 31. December 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriifung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Festsetzung einer Norm für das Volumen der Arrestantenbagage und in Uebereinstimmung mit dem Sentiment des Ministers für gut erachtet: 1) Den Artikel 226, Bd. XIV., Verordnung über Inhaftaten, und den Artikel 91 desselben Bandes, Verordnung über Verschiede, folgendermaßen zu fassen: Artikel 226. Zum Transporte der Kranken und gebrechlichen Arrestanten und der unterwegs erkrankten Convoisoldaten, sowie zum Transporte des den Arrestanten gehörenden Gepäcks werden von den Einwohnern zu stellende Schieffuhren ohne Zahlung von Vorspanngeldern gefordert in Grundlage der in der Verordnung über Verschiede (Art. 92—95) enthaltenen Regeln. Artikel 91. Zum Transport der Kranken und gebrechlichen Verschieden bis zur Kreis-, oder in den unten angeführten Fällen (Art. 106) auch bis zur Gouvernementsstadt, sowie für die bei den Partien sich befindenden minderjährigen Kinder, welche ihren Aeltern folgen, und für die Frauen, die Brustkinder haben, ferner für die unterwegs

erkrankten Convoisoldaten, und endlich zum Transport der Arrestanten = Fesseln (Befestigungen) bei der Rückkehr der Wache an ihren Ort, nach dem sie die Verschiedten escortirt hat, und des den Arrestanten gehörenden Gepäcks, müssen bei allen Etappen auf den Hauptstraßen, auf denen die Partien nach Sibirien gehen (Art. 81), Schießfuhren für Rechnung der Reichs-Landessteuer unterhalten werden.

2) Den Artikel 93 desselben Bandes, Verordnung über Verschiedte, durch einen 8. Punkt folgenden Inhalts zu ergänzen: Ein Verschiedter darf nicht mehr als dreißig Pfund Gepäck weder selbst, noch auf den Schießfuhren mit sich führen.

3) Die betreffenden Stellen der Regeln über den Transport von Arrestanten auf Eisenbahnen (Beilage zum Artikel 16 der Verordnung über Verschiedte in der Fortsetzung vom Jahre 1863) durch einen Artikel folgenden Inhalts zu ersetzen: „Es wird den Arrestanten gestattet, das ihnen gehörende Gepäck, wenn es nicht das Gewicht von dreißig Pfund per Person übersteigt, bei sich zu behalten,“ und

2) In gleicher Weise die Anmerkung 1 zum § 9 der Allerhöchst bestätigten Regeln für den Transport der Arrestanten auf Pferden zwischen Nishni = Nowgorod und Tjumen und zwischen Tjumen und Atschinsk zu fassen.

Betreffend die Norm für das Volumen der Arrestantenbagage.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Januar 1867, Nr. 5566.

**Berichtigung.** In dem Patente Nr. 27 v. d. Jahre betreffend den Entwurf von Regeln über die Besserungs-Anstalten für Minderjährige ist S. 26 in der Inhaltsangabe, in der letzten Zeile an Stelle der Nummer 89457 zu setzen **89447.**

Riga-Schloß, den 22. März 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

**Nr. 44.** Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelst die am 22. November 1866 Allerhöchst bestätigte Verordnung in Betreff der Zuschreibung der zur Ishewschen Gewehrfabrik verzeichneten Leute zum Civil Ressort, nebst dem am 28. November 1866 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ordnung der Ausführung dieser Verordnung publicirt wird.

Betreffend die Verordnung über die Zuschreibung der zur Ishewschen Gewehrfabrik verzeichneten Leute zum Civil-Ressort.

Aus dem 1. Departement vom 24. December 1866, Nr. 87603.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:  
„Dem sei also.“

St. Petersburg, den 22. November 1866.

## B e r o r d n u n g

über die

### Zuschreibung der zur Ishewschen Gewehrfabrik verzeichneten Leute zum Civil-Ressort.

1. Die Waffenschmiede und Handwerker der Ishewschen Kronsfabrik, sowol die bei der Fabrik selbst befindlichen, als auch die anderswohin abcommandirten, sowie die beständigen Arbeiter, die zu dieser Fabrik verzeichnet sind, werden für immer von den obligatorischen Arbeiten entlassen und aus dem Militair-Ressort aus- und zu den Landbewohnern nach den in den nachfolgenden Artikeln enthaltenen Grundlagen umgeschrieben.

1. Von den persönlichen Standes- und Vermögensrechten, welche den zur Ishewschen Fabrik verzeichneten Personen gewährt- und von den Verpflichtungen, die ihnen auferlegt werden.

2. Mit der Entlassung der Fabrikleute aus dem Militair-Ressort erhalten die Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter alle persönlichen Standes- und Vermögens-Rechte der Landbewohner und unterliegen zugleich allen Verpflichtungen dieses Standes, in Grundlage der allgemeinen Gesetze, mit den unten festgesetzten Ausnahmen und Freiheiten.

3. Diejenigen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter, welche auf Anordnung der Fabrikbrigade zu den schriftlichen Arbeiten bei der Fabrik zugelassen worden sind, sowie die Zeichner, erhalten das Recht zum Eintritt in den Civildienst als Kanzleibeamte der 3. Kategorie, wobei ihnen die Zeit, während welcher sie bei der Fabrik mit schriftlichen Arbeiten und als Zeichner beschäftigt gewesen sind, als wirklicher Dienst angerechnet wird.

4. Die von Waffenschmieden und Handwerkern abstammenden Ingenieur-Technologen und Technologen, welche ihre Bildung in Lehranstalten erlangt, wie auch solche, die sich nicht in Lehranstalten befunden, jedoch die Prüfung für die obgenannten Grade bestanden haben, erlangen alle Rechte und Vorzüge, die durch das Gesetz hinsichtlich der Erziehung gewährt werden, wobei ihnen die Zeit ihres obligatorischen Dienstes bei der Fabrik als wirklicher Dienst angerechnet wird.

5. Den Arzt- und Apotheker-Discipeln und den Feldscherern aus der Zahl der Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter wird ihr obligatorischer Dienst bei den Fabrikhospitälern als wirklicher Dienst, mit den den niederen Medicinalbeamten gewährten Rechten, angerechnet.

6. Diejenigen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter, die von ihrem 18. Lebensjahre an bei der Ishewschen Fabrik sich in Arbeit befunden haben, oder wenigstens 20 Jahre abcommandirt gewesen sind, wie auch diejenigen, welche bei dem Uebergange aus dem Militair in das Civil-Resort, als bejahrt, siech und verstümmelt zählen, werden für ihre Lebenszeit von den persönlichen Kron- und Landes-Abgaben und Prästanden, sowie von der Rekrutenpflichtigkeit befreit und solchem nach aus der Rechnung bei der Repartition dieser Abgaben und Prästanden ausgeschlossen.

7. Alle übrigen Waffenschmiede und Handwerker werden auf 6 Jahre, vom Tage der Bestätigung dieser Verordnung, von den Kron-Abgaben und Reichs-Landesprästanden, sowie von der Rekrutenpflichtigkeit befreit, und während dieser Freizeit nicht in die Rechnung für die Repartition eingeschlossen. Die beständigen Arbeiter werden in derselben Grundlage von allen Kron-Abgaben und Landesprästanden auf 3 Jahre, vom Tage der Bestätigung dieser Verordnung, befreit. Nach Ablauf dieser Freizeiten sind sie verpflichtet, die bezeichneten Abgaben und Prästanden in der allgemeinen für die Landbewohner bestehenden Grundlage zu entrichten.

Anmerkung. Hinsichtlich der Abgaben zum Volkzverpflegungs-Capital unterliegen die zu entlassenden Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter schon jetzt den allgemeinen, diesbezüglich für die Landbewohner bestehenden Verordnungen.

8. Den in dem vorstehenden Artikel 7 bezeichneten Waffenschmieden, Handwerkern und beständigen Arbeitern wird, wenn sie nach Ablauf der Freizeit bei ihrem Eintritt bei einer Rekrutenaushebung in den Militairdienst treten, ihr Dienst im Fabrik-Resort, von dem Alter von 18 Jahren an, als wirklicher Dienst gerechnet.

9. Bei Waisen, welche am Tage der Publication dieser Verordnung noch nicht das 21. Jahr erreicht haben, werden die angegebenen Freizeiten in Bezug

auf die Rekrutenpflichtigkeit, Kronz-Abgaben und die Reichs-Landesprästandten von der Zeit der erlangten Volljährigkeit gerechnet.

10. Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, welche am Tage der Publication dieser Verordnung die für die Zuerkennung von Belohnungen oder für die Bewilligung von Pensionen festgesetzte Zeit ausgedient haben, wie auch diejenigen, die wegen Schwäche oder in Folge einer Verstümmelung, wenn solches gesetzlich constatirt ist, als arbeitsunfähig anerkannt worden sind, genießen das Recht auf Erhaltung von Belohnungen oder Pensionen und lebenslänglichen Unterstützungen in Grundlage der früheren, bis hiezu bestandenen Regeln, die im 1. Capitel des 4. Buchs des 1. Theils des Militair-Codex festgesetzt sind.

Anmerkung 1. Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, wie auch deren Familien und Waisen, welche schon Pensionen und lebenslängliche oder temporaire Unterstützungen, in Grundlage der bis zur Bestätigung dieser Verordnung in Geltung gewesenen Regeln genießen, behalten ihr gegenwärtiges Recht auf den Erhalt dieser Unterstützungen von der Krone.

Anmerkung 2. Den vater- und mutterlosen Waisen, sowie den vaterlosen Kindern wird aus der Kronskasse zu ihrem Unterhalt eine Geldunterstützung verabsolgt, und zwar bis zum Alter von 7 Jahren für ein Pud, und im Alter von 7 bis 16 Jahren für zwei Pud Roggenmehl monatlich, nach den örtlichen Marktpreisen.

Anmerkung 3. Den Bejahrten und Verstümmelten, welche keine Pensionen bezogen haben, aber von der Fabrik eine Unterstützung in Geld oder Proviant aus der Armensumme erhalten, wird diese Unterstützung bis zu ihrem Tode verabsolgt; anstatt des Proviantes jedoch wird ihnen Geld nach dem örtlichen Marktpreise gezahlt.

11. Denjenigen Fabrikleuten, die bis zur Bestätigung dieser Verordnung von der Krone unentgeltlich Proviant erhielten, wird derselbe auch noch für die ersten zwei Monate, von der Zeit ihrer Entlassung, ebenfalls unentgeltlich verabsolgt.

12. Was die Waffenschmiede und Handwerker der Fabrik für Eisen, Vorräthe, Material und Proviant schulden, wird von den Rechnungen gestrichen und von ihnen nicht beigetrieben.

13. Das Gemeinde-Vermögen der Waffenschmiede und Handwerker, bestehend: in Geldcapitalien (Gemeinde-Deconomiesumme, Verpflegungscapital und Capital zur gegenseitigen Versicherung der Häuser), in Anstalten (Talgstiederei, Ziegelbrennerei und Trinthäuser) und in Gebäuden anderer Art, desgleichen das Armenhaus und die Schule wird den Waffenschmieden und Handwerkern als Gemeinde-Eigenthum überlassen.

14. Das Gemeinde-Vermögen der beständigen Arbeiter, bestehend: in Geldcapitalien (Deconomiesumme und Verpflegungscapital) in den Gemeinde-Vorrathsmagazinen, den Gemeindemühlen und Gebäuden und Anstalten anderer Art, desgleichen die Armenhäuser und Schulen, sowie die den Pferde-Arbeitern gehörenden Pferden nebst Anspann wird den beständigen Arbeitern als Gemeinde-Eigenthum überlassen.

Anmerkung. Dem Minister des Innern wird es überlassen, Maßregeln zu ergreifen, daß bei der Ueberführung der Sibirischen Fabrikleute in das Civil-Resort hinsichtlich der ihnen gehörenden Verpflegungscapitalien in genauer Grundlage der in dem am 25. April 1866 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths festgesetzten Regeln über solche Capitalien verfahren werde.

15. Das Gemeinde-Vermögen der entlassenen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter wird den aus ihnen zu bildenden Gemeinden, sobald ihre Gemeinde-Verwaltung organisiert ist, übergeben.

## II. Von der Gemeinde-Organisation.

16. Aus den entlassenen Fabrikleuten werden besondere Landgemeinden der Handwerker und Waffenschmiede und der beständigen Arbeiter gebildet; diese Gemeinden werden in Gebiete eingetheilt und wird die Gemeinde-Verwaltung in denselben in genauer Grundlage der Regeln der am 19. Februar 1861 Allerhöchst bestätigten allgemeinen Bauer-Verordnung und der Ergänzungsbestimmungen zu derselben organisiert.

Anmerkung. Diejenigen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter, welche bei ihrer Entlassung aus dem obligatorischen Verhältniß zur Fabrik den Wunsch äußern, sich zu andern Stadt- oder Landgemeinden verzeichnen zu lassen, können sich zu denselben in Grundlage der allgemeinen diesbezüglich bestehenden Regeln anschreiben lassen. Die Verhandlungen über ihre Anschreibung zu diesen Gemeinden werden auf gewöhnlichem Papier geführt, ohne Beitreibung von Stempelpapiergeldern.

17. Die Gemeinden der entlassenen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter ressortiren unter die allgemeinen Gouvernements- und Kreis-Institutionen, sowie unter die örtlichen Institutionen für Bauer-Angelegenheiten in gleicher Grundlage mit den übrigen Landbewohnern. Solchem nach behält die örtliche Fabrikobrigkeit, ohne sich in die innere Verwaltung der Gemeinden zu mischen, nur das Recht der Aufsicht über die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in der Fabrik, und wird ihr in Fällen, die keinen Aufschub leiden, überlassen, unverzüglich alle Maßregeln zur Unterdrückung von Unordnungen, die die Sicherheit der Fabrik gefährden könnten, zu ergreifen. In diesen Fällen benachrichtigt die Fabrikobrigkeit, nachdem sie die von ihr abhängigen Maßregeln getroffen hat, nach der Hingehörigkeit, den Friedensvermittler oder die Polizei behufs der seitens derselben zur Ergreifung der gesetzlichen Maßregeln zu treffenden Anordnungen.

Anmerkung 1. Die Fabrik behält die polizeiliche Autorität über die entlassenen Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter bis dahin, daß aus denselben Gemeinden gebildet worden sind und ihre Gemeinde-Verwaltung eröffnet worden ist.

Anmerkung 2. Diejenigen Sachen, betreffend von Waffenschmieden, Handwerkern und beständigen Arbeitern verübte Verbrechen, welche zur Ab-

urtheilung an die bei der Fabrik bestehenden kriegsgerichtlichen Institutionen gelangt sind, werden bis zur Entlassung dieser Leute aus dem obligatorischen Dienste, in den Kriegsgerichten, in früherer Grundlage erledigt.

### III. Von der Agrar-Organisation.

18. Die den Waffenschmieden, Handwerkern und beständigen Arbeitern gehörenden Höfe mit den Wirthschafts-Einrichtungen, sowie die Gefindes-Ländereien mit den Gemüsegärten, Gärten und dem Rechte der allgemeinen Benutzung der Tränken und Weiden, verbleiben den gegenwärtigen Besitzern als Eigenthum. Ueber solche Gefinde werden den Wirthen derselben die Besitzurkunden vom Fabrik-Resort unentgeltlich auszufertigt.

19. Den Waffenschmieden und Handwerkern, welche keine Häuser besitzen, sowie denen, deren Häuser verfallen sind und einen Umbau oder eine Ausbesserung erfordern, kann, nach Ermessen des Kriegsministeriums, Bauholz verabfolgt und ihnen eine nicht rückzahlbare Geldunterstützung zum Bau von Häusern in Ishew aus dem Fabrikcapital für die Pferde-Remonte ertheilt werden.

20. Die bis hiezu den Waffenschmieden und Handwerkern zur Benutzung überlassen gewesenen Heuschläge werden ihnen als Gemeinde-Eigenthum überlassen. Diejenigen Heuschläge aber, die sich innerhalb der Forsteien der Fabrik befinden und die die Fabrikobrigkeit, zur Erhaltung des Bestandes der Wälder, der Gemeinde der Handwerker und Waffenschmiede als Eigenthum zu übergeben nicht für möglich erachtet, können durch andere Ländereien gleicher Qualität ersetzt werden, doch darf bei diesem Austausch der Gemeinde kein Nachtheil entstehen. Ueber die in dieser Grundlage der Gemeinde der Waffenschmiede und Handwerker zum Eigenthum überlassenen Ländereien wird derselben vom Fabrik-Resort die Besitzurkunde unentgeltlich auszufertigt.

21. Den beständigen Arbeitern werden alle Ackerländereien, Heuschläge und anderweitigen Nutzungen, die sie bis jetzt besessen haben, zur bleibenden Benutzung überlassen. Wenn dieser bestehende Antheil die Quantität übersteigt, die als gesetzlicher Antheil der Reichsbauern in demselben Kreise bestimmt ist, so wird er in einen Stamm- und einen Ergänzungsantheil getheilt. Als Stamm-antheil wird die Anzahl von Dessätinen per Seele gerechnet, welche den gesetzlichen Antheil der Reichsbauern bilden, mit Einschluß der Gefindesländereien, oder weniger, wenn die bestehende Benutzung nicht die angegebene Größe erreicht. Das Quantum des die angegebene Dessätinenzahl übersteigenden Landes aber wird als Ergänzungs-antheil angesehen.

22. Für die den beständigen Arbeitern als Antheil überlassenen Ländereien sind sie verpflichtet eine Obrokabgabe zu zahlen. Der Obrok für die Dessätine des Stamm-antheils wird in der Weise bestimmt, daß die Quote der im Wjätka'schen Gouvernement für die Reichsbauern per Seele festgesetzten Obrokabgabe durch die Anzahl der Dessätinen des für diese Bauern gesetzlich verordneten Antheils dividirt wird. Der Obrok, welcher nach dieser Berechnung auf das Gefindeland kommt, das in Grundlage des Art. 18 dieser Verordnung den beständigen Arbeitern unentgeltlich zum Eigenthum überlassen wird, wird vollständig aus den Rechnungen

gestrichen. Für den Ergänzungsantheil ist ein Obrok zu zahlen, welcher der Zahlung der Reichsbauern für überschüssiges Land entspricht. Die Erhebung der Obrokbzahlung der beständigen Arbeiter für den Stamm- und den Ergänzungsantheil beginnt nach Ablauf dreier Jahre von der Bestätigung dieser Verordnung.

23. Denjenigen Waffenschmieden und Handwerkern, welche einen Antheil Ackerland zu erhalten wünschen, werden zur bleibenden Benutzung, nach Maßgabe der Mittel der Fabrik, von den disponibeln Ländereien derselben bis zu 8 Dessätinen per Seele, eingerechnet die Gesinde und Heuschläge, abgelassen. Der für solchen Antheil zu zahlende Obrok wird auf die im Art. 22 angegebene Weise bestimmt, wobei die Zahlung für die nach Art. 20 den Waffenschmieden und Handwerkern zum Eigenthum unentgeltlich zu überlassenden Heuschläge und die Gesinde aus der Rechnung ausgeschlossen wird. Die in dieser Grundlage einen Antheil Ackerland erhaltenden Handwerker und Waffenschmiede werden für die ersten sechs Jahre von der Zahlung des festgesetzten Obroks befreit.

24. Denjenigen Waffenschmieden und Handwerkern, die einen Antheil Ackerland zu erhalten wünschen und denen derselbe nicht von den disponibeln Fabrikländereien in Grundlage des Art. 23 abgelassen werden kann, wird das Recht gewährt auf Kronsländereien, nach Anweisung des Domainen-Ministeriums, mit den Freiheiten und Unterstützungen überzusiedeln, die für Uebersiedler aus der Zahl der Reichsbauern festgesetzt sind. Diese Uebersiedelung darf aber nicht anders zugelassen werden, als nachdem die vom Domainen-Ministerium bestimmte Vertlichkeit zuvor von denen, welche überzusiedeln wünschen, oder von ihren Bevollmächtigten in Augenschein genommen worden ist.

25. Für den Bedarf der Waffenschmiede, Handwerker und beständigen Arbeiter an Brennholz wird im Walde der Fabrik, nach Möglichkeit, ein besonderes Stück eingemessen, welches ihnen zur gemeinsamen Benutzung gegen dieselbe Zahlung, welche die Reichsbauern für Benutzung des Waldes zu entrichten haben, überlassen wird. Bis zur Einweisung dieses Waldstücks wird den Fabrikleuten Feuerungsmaterial in der Quantität abgelassen, die sie bis jetzt auf Anordnung der Fabrikobrigkeit erhalten haben.

26. Auf den oben angeführten Grundlagen werden von der Fabrikobrigkeit für die aus den Waffenschmieden und Handwerkern und aus den beständigen Arbeitern gebildeten Gemeinden Urbarial-Urkunden ausfertigt, welche in Gemäßheit der am 19. Februar 1861 Allerhöchst bestätigten Regeln zur Ausführung der Bauer-Verordnung und der Ergänzungs-Verordnungen zu diesen Regeln durch die Friedens-Vermittler in Gegenwart des Fabrik-Chefs oder einer von ihm abcommandirten Person verificirt und in Wirksamkeit gesetzt werden. Die dabei entstehenden Zweifel werden durch gegenseitige Verständigung der Fabrikobrigkeit mit den Friedens-Institutionen und der Gouvernements-Commission für Bauer-Angelegenheiten gelöst, Meinungsverschiedenheiten unter ihnen aber und überhaupt Fragen, die eine Entscheidung erfordern, werden nach gegenseitiger Uebereinkunft des Kriegsministers und des Ministers des Innern entschieden, welche nöthigenfalls mit Vorstellungen bei dem Ober-Comité zur Organisation des Bauernstandes einkommen.

Unterscriben: Vorsitzer des Reichsraths C o n s t a n t i n.

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten hinsichtlich des Projectes der Verordnung über die Zuschreibung der zur Ischewschen Gewehrfabrik verzeichneten Leute zum Civil-Resort Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschieden: Vorsitz der Reichsraths C o n s t a n t i n.

Den 28. November 1866.

## Gutachten des Reichsraths.

Der Reichsrath hat in der allgemeinen Versammlung, nach Überprüfung des Journals des Ober-Comités zur Organisation des Bauernstandes hinsichtlich des vom Kriegsminister eingebrachten Projectes der Verordnung über die Zuschreibung der zur Ischewschen Gewehrfabrik verzeichneten Leute zum Civil-Resort, und unter Billigung der vom Ober-Comité proponirten Verbesserungen und Abänderungen im beregten Projecte zugleich für gut erachtet: nach erfolgter Allerhöchster Bestätigung dieses Projectes, dem Kriegsminister und dem Minister des Innern anheim zu stellen, nach gegenseitiger Uebereinkunft die gehörigen Anordnungen zur unverzüglichen Inkräftigung dieser Verordnung zu treffen.

Das Original = Gutachten ist in den Journälen von den Vorsitzern und Gliedern unterschrieben.

**Nr. 45.** Ufas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Ober-Procureurs des 1. Departements Cines Dirigirenden Senats folgenden Inhalts: in Grundlage des Art. 933 des Crim.-Cod. und des Art. 815 der Civil-Proceßordnung vom 20. November 1864 werden die Entscheidungen des Senats als Richtschnur behufs gleichförmiger Erfüllung und Anwendung durch den Druck zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Demgemäß habe der Herr Justizminister die Anordnung getroffen, daß die gedruckten Exemplare der Entscheidungen der Cassations-Departements den Senatszeitungen in der für die Versendung der Sammlungen der Gesetzesbestimmungen und Anordnungen der Staats-Regierung angenommenen Ordnung beigelegt werden sollen. Der Abdruck der Entscheidungen der Cassations-Departements des Dirigirenden Senats erfordere neue Ausgaben, weshalb der Herr Justizminister für nöthig erachtet habe, den Subscriptionspreis für die Senatszeitung nebst der Sammlung der Gesetzesbestimmungen und Anordnungen der Staats-Regierung und der Sammlung der Entscheidungen der Cassations-Departements des Senats um fünfzig Kopeken zu erhöhen. In Folge hiervon und in Anbetracht dessen, daß in Grundlage des Art. 859, Tbl. 1, Bd. II. alle Gouvernements- und Kreisbehörden ohne Ausnahme verpflichtet sind, die Senats-Publicationen für den festgesetzten Preis zu halten, hat

der Herr Justizminister ihn, den Ober-Procureur beauftragt, in Betreff alles Obigen bei dem Dirigirenden Senate, behufs der desfalls zu treffenden Anordnung, einen Antrag zu stellen. Befohlen: Ueber solche Erhöhung des Subscriptionspreises für die Senatszeitung nebst den zu ihr gehörenden Beilagen, behufs der demgemäß zu treffenden gehörigen Anordnungen, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Erhöhung des Subscriptionspreises für die Senatszeitung mit den zu derselben gehörenden Beilagen.

Aus dem 1. Departement vom  
30. Januar 1867, Nr. 8257.

**Nr. 46.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft publicirt wird, daß der Herr und Kaiser auf Beschluß des Comités der Herren Minister am 30. December 1866 Allerhöchst zu befehlen geruht habe: 1) das 2. Departement der St. Petersburger Polizei-Verwaltung aufzuheben, wobei den Beamten desselben die im Art. 363, Bd. III. Verordnung über den Civildienst in der 1. Fortsetzung festgesetzten Rechte zu gewähren sind; das 1. Departement einstweilen in seinem gegenwärtigen Bestande und bei denselben Mitteln zu belassen, welche es gegenwärtig hat und außerdem zur Verstärkung der Kanzelleimittel desselben 3000 Rubel, die zu den Kanzelleiausgaben des 2. Departements abgelaufen werden, zu verwenden und 2) nach Maßgabe der Erledigung der Sachen und überhaupt der Verminderung der Geschäfts-Verhandlung bei der Polizei-Verwaltung, dem Ministerium des Innern anheimzustellen, auf desfallige Vorstellungen des St. Petersburger Ober-Polizeimeisters, allmählig einen Tisch nach dem anderen und eine Abtheilung nach der andern eingehen zu lassen, wobei den Beamten, welche über den Etat bleiben, die gesetzlich verordneten Rechte zu gewähren sind.

Betreffend die Aufhebung des 2. Departements  
der St. Petersburger Polizei-Verwaltung.

Aus dem 1. Departement vom  
24. Januar 1867, Nr. 7612.

Riga-Schloß, den 27. März 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 47.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers sub Nr. 1373 folgenden Inhalts: Kraft des Art. 51 der am 19. October 1865 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Einführung der Justiz-Organisations-Reglements vom 20. November 1864 sei es dem Justizminister überlassen, die gegenwärtigen Gerichte erster und zweiter Instanz zu vereinigen und zu schließen, und ihre Verhandlungen, falls es nothwendig ist, anderen, nächstbelegenden Gerichten gleicher Instanz zu übergeben. In Folge dessen und mit Rücksicht auf die dem Justizministerium vorliegenden Nachrichten über die Geschäftsführung in den Kreisgerichten des Pleskauschen Gouvernements habe er, der Justizminister, es für möglich erachtet, zur Aufhebung zweier Kreisgerichte dieses Gouvernements zu schreiten, nämlich des Porschowschen und des Welikolufischen, und ihre Verhandlungen dem Pleskauschen Kreisgerichte zu übertragen. Zu diesem Zweck seien in genauer Grundlage des oben angeführten Artikels 51 und der folgenden Artikel der am 19. October 1865 Allerhöchst bestätigten Verordnung, die beifolgenden Regeln über die Aufhebung einiger Kreisgerichte im Pleskauschen Gouvernement entworfen worden und trage er, der Justizminister, bei Einem Dirigirenden Senate darauf an, diese Regeln in der im Art. 53 der gedachten Verordnung festgesetzten Ordnung zu publiciren, — und 2) die obgedachten Regeln über die Aufhebung einiger Kreisgerichte im Pleskauschen Gouvernement. Befohlen: Ueber die Aufhebung einiger Kreisgerichte im Pleskauschen Gouvernement, in genauer Grundlage der vom Justizminister abgefaßten Regeln, unter Beilegung von Exemplaren derselben, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung einiger Kreisgerichte  
im Pleskauschen Gouvernement.

Aus dem 1. Departement vom  
26. Januar 1867, Nr. 9301.

## R e g e l n

über die

### Aufhebung einiger Kreisgerichte im Pleskauschen Gouvernement.

1. Im Pleskauschen Gouvernement werden zwei Kreisgerichte aufgehoben: das Porschowsche und das Welikolufische, und werden ihre Geschäftsverhandlungen dem Pleskauschen Kreisgerichte übertragen.

2. Die gegenwärtig bei den aufzuhebenden Gerichten in Verhandlung stehenden Criminal- und Civilsachen werden dem obgenannten Gerichte übergeben, welchem auch alle übrigen gegenwärtig den aufzuhebenden Kreisgerichten obliegenden Functionen übertragen werden.

3. Die Sachen, welche die Vollziehung von Documenten betreffen, werden aus den aufzuhebenden Gerichten demselben Gerichte übergeben, dem die Sachverhandlungen übertragen werden. (Pft. 1 u. 2.)

4. Die Leitung der Uebergabe und des Empfangs der Sachen und die Beendigung dieses Geschäfts zum festgesetzten Termine (Art. 8) wird den betreffenden Kreisrichtern und Fiscalen unter ihrer persönlichen Verantwortlichkeit und unter der unmittelbaren Aufsicht des Gouvernements-Procureurs auferlegt, welchem auch die Entscheidung aller etwa dabei entstehenden Zweifel, nach Uebereinkunft mit dem Gouvernements-Chef, übertragen ist.

5. Die Archive und Bücher für die verfloffenen Jahre bleiben für's Erste in dem gegenwärtig von den aufzuhebenden Kreisgerichten eingenommenen Localitäten unter unmittelbarer Aufsicht der Kreisfiscale, denen die Auswahl und das Ordnen dieser Archive, in Grundlage der vom Justizministerium im December 1866 (cf. Gerichtszeitung v. J. 1867, Nr. 6) herausgegebenen Regeln, übertragen wird.

6. Die Anordnung in Betreff der Locale, der Möbeln, der Kanzellei- und anderer Appertinentien der aufzuhebenden Gerichte wird nach Uebereinkunft des Gouvernements-Procureurs mit dem Gouverneur getroffen.

7. Die Beamten der aufzuhebenden Kreisgerichte, welche keine andere Bestimmung erhalten, verbleiben in Grundlage des Art. 54 der am 19. October 1865 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Einführung der Justiz-Organisations-Reglements über den Etat, wobei ihnen der im gedachten Artikel festgesetzte Unterhalt gezahlt wird.

Anmerkung. Den Kreisfiscalen wird es gestattet, zu ihrer Verfügung je einen Kanzelleibeamten oder Officianten der aufzuhebenden Kreisgerichte zum Sortiren der Archive, bis zur völligen Beendigung dessen, zu behalten und wird denselben ein Unterhalt von 18 Rubel S. monatlich für Jeden, aus den zum Unterhalte der Kanzelleien der Gerichtsbehörden 1. und 2. Instanz angewiesenen Summen, ausgesetzt.

8. Als allendlicher Termin für die Uebergabe der bei den aufzuhebenden Kreisgerichten anhängigen Sachen und der Papiere wird der 28. Februar 1867 festgesetzt, zu welchem Termine die obgenannten aufzuhebenden Kreisgerichte definitiv geschlossen sein müssen; der Unterhalt der gegenwärtig bei den aufzuhebenden Gerichten Dienenden aber ist bis zum 1. März 1867 zu verabsolgen.

Unterzeichnet: Justizminister D. S a m j a t n i n.

**Nr. 48.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst nachstehender vom Collegen des Finanzministers bei Einem Dirigirenden Senat eingegangener Bericht vom 18. Januar 1867, Nr. 225 publicirt wird: Actien, Obligationen

und Antheilscheine verschiedener industrieller Gesellschaften und Compagnien, sowohl die im Art. 2 der Beilage zum Art. 268 des Reglements über die Getränkesteuer, Ausgabe vom Jahre 1863, genannten, als auch andere, deren Annahme als Unterpfand bei Kronspodrádden und Lieferungen gestattet ist, werden in Grundlage des Art. 9 der Beilage zu demselben Art. 268 als Unterpfand bei Verfristung der Accisezahlung für Branntwein zu den von dem Finanzministerium festgesetzten Preisen angenommen. Behufs Bestimmung dieser Preise werde nach der Anmerkung 1 zum Art. 9 der Beilage zum Art. 268 des Getränkesteuer-Reglements der durchschnittliche mittlere Börsenpreis für das vorhergehende Halbjahr in Betracht gezogen und zugleich darauf geachtet, daß der Verpfändungspreis der Actien, Obligationen und Antheilscheine der Gesellschaften, welche die Garantie der Staats-Regierung genießen, nicht 75 pCt., der keine solche Garantie genießenden aber nicht 50 pCt. des mittlern Durchschnittspreises derselben für das vergangene Halbjahr übersteige. Das auf dieser Grundlage vom Finanzminister bestätigte Verzeichniß der Preise, zu welchen Actien, Obligationen und Antheilscheine industrieller Gesellschaften und Compagnien als Unterpfand zur Sicherstellung der befristeten Accisezahlung für Branntwein für das erste Halbjahr 1867 angenommen werden, stelle er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat mit der Bitte vor, die gehörigen Anordnungen treffen zu wollen, daß dasselbe zur allgemeinen Kenntniß publicirt werde.

Betreffend das Verzeichniß der Preise, zu welchen  
Actien und Obligationen ic. als Unterpfand  
bei Accise-Befristungen angenommen werden.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Januar 1867, Nr. 5867.

Bestätigt vom Finanzminister am 12. Januar 1867.

## Verzeichniß der Preise,

zu welchen Actien, Obligationen und Antheilscheine industrieller Gesellschaften, Vereine und Compagnien und andere zinstragende Papiere als Unterpfand zur Sicherstellung bei Befristung der Accise-Zahlung für Branntwein für das erste Halbjahr 1867 angenommen werden.

Liquidationscheine, welche von der Liquidations-Commission  
im Königreich Polen ausgegeben werden für 100 Rbl. 80 Rbl. — Kop.

### a. Von der Staatsregierung garantirte:

1) 4½ % Obligationen der Hauptgesellschaft der Russischen Eisenbahnen	347	"	—	"
2) Actien derselben Gesellschaft	92	"	—	"
3) Actien der Riga-Dünaburger Eisenbahngesellschaft	88	"	—	"
4) Actien der Wolga-Don Eisenbahngesellschaft	54	"	—	"
5) Actien der Moskau-Käsan Eisenbahngesellschaft	68	"	—	"
6) Actien der Warschau-Teraspolder Eisenbahngesellschaft	67	"	—	"

b. Nicht garantirte:

1) Pfandbriefe der Landbank des Chersonischen Gouvernements	54 Rbl.	50 Kop.
2) 5 % Obligationen des St. Petersburger städt. Creditvereins für 100 Rbl.	74	" — "
3) 5 % Obligationen des Moskauer städt. Creditvereins für 100 Rbl.	72	" 50 "
4) Actien der Russisch-Amerikanischen Compagnie	51	" — "
5) Actien der 1. Feuer-Assicuranz-Gesellschaft	210	" — "
6) Actien der 2. Feuer-Assicuranz-Gesellschaft	55	" — "
7) Actien der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in St. Petersburg	39	" — "
8) Actien der Gesellschaft der Baumwollenspinn-Manufaktur	107	" — "
9) Actien der Gesellschaft zur Versicherung lebenslänglicher Revenüen und Capitalien	45	" — "
10) Actien der Zarsko-Seloschen Eisenbahngesellschaft	28	" — "
11) Antheilscheine der Feuer-Assicuranz-Gesellschaft „Salamander“	110	" — "
12) Antheilscheine der Wolga-Dampfschiffahrt-Gesellschaft	91	" — "
13) Antheilscheine der Compagnie für See-, Fluß- und Land-Assicuranz und Waaren-Transport unter der Firma „Nadeschda“	59	" — "
14) Actien der Wolga-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Mercur“	95	" 50 "
15) Actien der Kama-Wolga-Dampfschiffahrt-Gesellschaft	77	" 50 "
16) Actien der Russischen Dampfschiffahrts- und Handels-Gesellschaft	182	" 50 "
17) Actien der St. Petersburger Feuer-Assicuranz-Gesellschaft	64	" 50 "
18) Actien der Gesellschaft zur Beleuchtung der Residenz	49	" — "
19) Actien der St. Petersburger Privat-Handelsbank	124	" — "
20) Actien der Dampfschiffahrt auf dem Don und dem Asowschen Meere	21	" — "
21) Actien der Moskau-Zaroslauer Eisenbahngesellschaft	75	" — "
22) 5½ % Obligationen der Rigaschen Stadtkasse, deren Emission durch die Allerhöchsten Befehle vom 8. März 1861 und 14. Juni 1863 gestattet worden, (Litt. A. und C.) für 1000 Rbl.	727	" — "

**Nr. 49.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: Den Bericht des Ministers des Innern vom 24. Januar 1867 sub Nr. 1485 folgenden Inhalts: Um den Codez der Criminal- und Correctionsstrafen mit den Justiz-Organisations-Reglements vom 20. November 1864 in Einklang zu bringen, sei er, der Minister des Innern, in Veranlassung eines Schreibens des Reichssecretairs, mit den örtlichen höchsten Obrigkeiten der Ostseegouvernements, des Drenburgschen Gebiets

und des westlichen Sibiriens hinsichtlich der Aufhebung der Artikel 1239 und 1245—1258 des Straf-Codex, Ausgabe vom Jahre 1857, in Relation getreten und sodann mit einer diesbezüglichen Vorstellung bei dem Reichsrathe eingebracht. Der Reichsrath habe, nach Beprüfung gedachter Vorstellung, in Uebereinstimmung mit seinem, des Minister des Innern, Sentiment, für gut erachtet: die Artikel 958 und 960—973 des Straf-Codex und den Artikel 718, Bd. XIV der Paßverordnung aufzuheben. Dieses Gutachten des Reichsraths sei am 16. Januar 1867 der Allerhöchsten Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät gewürdigt worden. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl, der ihm vom Reichssecretair mitgetheilt worden, berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senat zur betreffenden Anordnung. Befohlen: Ueber solches Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths den General-Gouverneuren von Liv-, Est- und Kurland, von Drenburg und West-Sibirien, den Gouverneuren, Gouvernements-Regierungen und Kameralhöfen von Liv-, Est- und Kurland, von Drenburg, Tomsk und Tobolsk, dem baltischen Domainenhofe, der Ufa-Drenburgschen Gouvernements-Domainenverwaltung, dem Drenburgschen Criminal- und Civilgerichtshofe, dem Tobolskschen und Tomskischen Gouvernementsgericht, dem Livländischen Hofgerichte, dem Kurländischen Oberhofgerichte und dem Estländischen Oberlandgerichte mittelst Ukase zu wissen zu geben- und mittelst ebenmäßiger Ukase die Minister des Innern und der Finanzen zu benachrichtigen; behufs Benachrichtigung des Dirigirenden der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät und des Reichssecretairs — zu den Acten des Ober-Procureurs des 1. Departements Eines Dirigirenden Senats Abschriften der Verfügung des Senats zu übergeben und solche auch dem Departement des Justizministeriums mitzutheilen; der 2. Abtheilung des 5., der 1. Abtheilung des 6. und dem Criminal-Cassations-Departement Eines Dirigirenden Senats und den allgemeinen Versammlungen der ersten 3 Departements und des Heroldie-Departements, des 4., 5. und des Meß-Departements und der Moskauschen Departements Nachricht zu communiciren und behufs des in der festgesetzten Ordnung zu veranstaltenden Drucks dem Comptoir der Senats-Typographie Nachricht zu geben.

Betreffend die Aufhebung der Artikel 958 und 960—973 des Straf-Codex und des Art. 718, Bd. XIV Paßverordnung.

Aus dem 1. Departement vom 14. Februar 1867, Nr. 12302.

**Nr. 50.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1. den Antrag des Herrn Justizministers, wirklichen Geheimraths und Ritters, Dimitri Nikolajewitsch Samjatnin vom 11. November 1866 sub Nr. 15309, desmittelst er den Allerhöchsten Befehl wegen Erfüllung des im Reichsrath erfolgten Gutachtens in Betreff dessen, daß es dem Dirigirenden des Meßcorps zu überlassen sei, durch besondere Instructionen, unter Bestätigung des Justizministers, die Ordnung für die Aufnahme kleiner Krümmungen der äußeren Grenzen von Landstücken und überhaupt alle Methoden der Bewerfstellung der Aufnahme festzustellen, — vorlegt, welches

Gutachten folgendermaßen lautet: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Senats-Verfügung in vorliegender Sache gefunden, daß dieselbe in Veranlassung dessen entstanden ist, daß im Gouvernement Kiew, bezüglich der Anwendung der im Art. 587, Bd. X., Thl. III. der Messungsgeseze enthaltenen Regeln (betreffend die Aufstellung von Grenzzeichen an allen Biegungen der Außengrenzen von Landstücken) auf die umliegenden Güter oder Landstücke, die den Bauern mit sehr kleinen Ausbiegungen angewiesen worden sind, — sich eine Schwierigkeit ergeben hat. In Folge dessen hat der Kiowsche Gouverneur sich dafür verwandt, daß die Aufnahme der kleinen Krümmungen der umgebenden Grenzen in der trockenen Ebene durch Magistral-linien mit auf die Biegungen der Grenze gezogenen Perpendicularen und mit Aufstellung von Grenzzeichen am Ende derselben gestattet werden möge; der Dirigirende des Meßcorps aber hat seinerseits sich dafür ausgesprochen, daß in solchen Fällen die Regeln über die Vermessung der Verkaufs-Ländereien auf der Krim'schen Halbinsel und der Art. 604 des Cod. der Messungsgeseze, hinsichtlich der Feststellung der Grenzen nach den natürlichen Grenzscheiden anzuwenden seien. Die gedachten Vorschläge haben nach der Ansicht des Reichsraths in gar keiner Beziehung einen legislatorischen Charakter, sondern beziehen sich nur auf die technischen Methoden der Ausführung von Vermessungen und können daher bei stufenweiser Entwicklung der Wissenschaft allen entsprechenden Aenderungen unterliegen. Gleichwol hat der Reichsrath in Folge aus verschiedenen Ressorts an ihn gelangter Vorstellungen schon mehrmals seine Aufmerksamkeit auf die allgemeine Frage hinsichtlich der Trennung der Geseze von den administrativen Anordnungen gerichtet und auf die Nothwendigkeit hingewiesen, aus ersteren alle Regeln auszuschließen, die nicht direct legislatorischer Natur sind und nur die Details der Ausführung der allgemeinen Principien derselben zum Zweck haben; insonderheit hat er darauf gedrungen, daß nicht Gegenstände mit gesetzlicher Kraft bekleidet werden, welche, als mehr der Wissenschaft angehörend, bei der Entwicklung derselben allen entsprechenden Abänderungen unterliegen. So z. B. ist auch durch das am 18. December 1861 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths bestimmt worden, daß aus den Gesezen alle Vorschriften auszuschließen seien, die sich auf Gegenstände der medicinischen Wissenschaft beziehen, und zu dem Zweck das ganze Reglement über die Medicinal-Polizei einer Revision zu unterziehen sei. Dieselbe Erwägung greift vollständig und unmittelbar auch bei dem Vermessungsgeschäft Platz, in welchem die technischen Regeln in letzter Zeit dermaßen vervollkommenet und vereinfacht sind, daß die Beobachtung der in unseren Messungsgesezen enthaltenen Formen, den Gang der Vermessung, wie bekannt, äußerst erschwert und einer weiteren Entwicklung des technischen Theils derselben hinderlich ist. Auch der vorliegende specielle Fall, der ausschließlich im Kiowschen Gouvernement, bei der Vermessung der kleinen Bauergrundstücke eingetreten ist, dient wiederum zur Bestätigung, daß es unzweckmäßig wäre, eine allgemeine Regel für diesen Gegenstand aufzustellen, die solche Details betrifft, welche, namentlich durch ihre Zufälligkeit, sich der Wirksamkeit derselben entziehen, und zeigt noch deutlicher, wie unthunlich es wäre, die gegenwärtige Regel im Geseze durch eine

neue zu ersetzen, welche wiederum in anderen Fällen und an anderen Orten ihre Schwierigkeiten haben könnte. Aus eben diesen Gründen ist in der am 29. Juni 1861 Allerhöchst bestätigten Verordnung für die Vermessung von Transkaukasien (Art. 307 und 308) bereits festgesetzt, daß „die Regeln hinsichtlich der Aufnahme und der Anfertigung der Pläne in Grundlage der Forderungen der Wissenschaft von der Messungs-Palate in Form einer besonderen Instruction aufgestellt werden. Bei der Ausarbeitung dieser Instruction muß die Messungs-Palate, gemäß den besonderen örtlichen Verhältnissen von Transkaukasien, die gehörigen Maßstäbe für die Pläne und gleichförmige Situationszeichen feststellen.“ Von denselben Erwägungen, d. h. von der Nothwendigkeit, eine Sache, deren technische Details weder genügend abgewogen und abgeschätzt, noch vollständig von der legislativen Gewalt vorausgesehen werden können, nicht durch ein Gesetz zu binden und einzuschränken, — auch im vorliegenden Falle geleitet, hat der Reichsrath für gut erachtet: 1) Unter Aufhebung der betreffenden Artikel des Bd. X., Thl. III. der Messungsgesetze, zu verordnen, daß die Aufnahme kleiner Krümmungen der umgebenden Grenzen, sowie überhaupt alle Methoden der Bewerksstelligung der Aufnahme, durch besondere Instructionen zu bestimmen sind, deren Abfassung und Abänderung, nach Maßgabe der Nothwendigkeit, dem Dirigirenden des Meßcorps unter Bestätigung des Justizministers anheimgestellt wird. 2) Hiernach dem Justizminister anheimzustellen, nach Uebereinkunft mit dem Dirigirenden des Meßcorps, bei dem Reichsrath mit einer besonderen Vorstellung wegen Ausschließung aller derjenigen Artikel aus dem X. Bde., Thl. III., Messungsgesetze, welche keinen allgemein legislatorischen Charakter haben, und sich nur auf die technischen Methoden der Ausführung von Vermessungen beziehen, wie z. B. auf die Bewerksstelligung der Aufnahme, auf die Ausfertigung der Messungsdokumente, auf die Meßstäbe und Pläne zu Karten und dergleichen, — einzukommen. Auf diesem Gutachten des Reichsraths steht geschrieben: Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten in Betreff dessen, daß es dem Dirigirenden des Meßcorps zu überlassen sei, durch besondere Instructionen, unter Bestätigung des Justizministers, die Ordnung für die Aufnahme kleiner Krümmungen der umgebenden Grenzen und überhaupt alle Methoden der Bewerksstelligung der Aufnahme festzustellen — Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen. Unterzeichnet: Vorsitz der Reichsraths Constantin. Den 6. November 1866. Und II. die Sprawa. Befohlen: Ueber solches am 6. November 1866 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

In Betreff dessen, daß dem Dirigirenden des Meßcorps anheimgestellt wird, durch besondere Instructionen, unter Bestätigung des Justizministers, die Ordnung für die Aufnahme kleiner Krümmungen der äußeren Grenzen von Landstücken und überhaupt alle Methoden der Bewerksstelligung der Aufnahme bei der Vermessung von Ländereien festzustellen.

Aus dem Messungs-Departement vom 12. December 1866, Nr. 221.

**Nr. 51.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Justizministers vom 17. Februar 1867, Nr. 2755, bei welchem derselbe dem Dirigirenden Senat das am 11. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend den Modus der Versendung der Senatszeitung folgenden Inhalts vorlegt: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der desfallsigen Vorstellung des Justizministers und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: 1) den Artikel 858 des Codex der Reichsgesetze vom Jahre 1857 Bd. II., Thl. 1. aufzuheben, und 2) dem Justizminister anheimzustellen, im administrativen Wege die erforderliche Anordnung dahin zu treffen, daß die Senatszeitung hinkünftig an die obligatorischen Pränumeranten unmittelbar aus der Senats-Typographie unter Beobachtung derjenigen Regeln versandt werde, welche zu diesem Zweck vom Minister der Posten und Telegraphen werden angegeben werden. Befohlen: Von solchem Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths allen Gouvernements-, Heeres- und Provinzial-Regierungen mittelst Ukase zu wissen zu geben mit dem Injunctum, ihrerseits unverzüglich der Senats-Kentei Vorschläge über die Anzahl der im Gouvernement zur Pränumeration auf die Senatszeitung Verpflichteten, mit der Angabe, wohin dieselbe zu adressiren ist, einzusenden und demnächst die Senats-Kentei rechtzeitig von denjenigen Veränderungen zu benachrichtigen, welche etwa im Laufe des Jahres in diesen Vorschlägen erfolgen, da die Versendung der besagten Zeitung direct an die obligatorischen Pränumeranten nur nach Maßgabe des Empfanges der gedachten Nachrichten bewerkstelligt werden kann; hierüber zur Wissenschaft auch an wen sonst gehörig, Ukase zu erlassen.

Betreffend den Modus der Versendung der  
Senatszeitung.

Aus dem 1. Departement vom  
6. März 1867, Nr. 20349.

Riga-Schloß, den 29. März 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

**Art. 52.** Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes, am 23. Januar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Ordnung für die Vorstellung der Loskaufsscheine und der Scheine über die  $5\frac{1}{2}\%$  ununterbrochene Rente als Unterpfand der pünktlichen Accisezahlung für Branntwein, publicirt wird: Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsoeconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Überprüfung der desfallsigen Vorstellung des Finanzministers befunden, daß derjenige, welcher Loskaufsscheine und Scheine über die  $5\frac{1}{2}\%$  ununterbrochene Rente als Sicherheit für die befristete Accisezahlung für Branntwein vorstellt, in Grundlage der am 2. October 1862 Allerhöchst bestätigten Verordnung (Codex der Reichsgeseze Bd. V Getränksteuer-Reglement, Beilage zu Art. 268 in der Fortsetzung vom Jahre 1863) sich dadurch auch allen Folgen, die mit der Deponirung der gedachten Werthpapiere bei der Krone als Unterpfand verbunden sind, d. h. dem Verkaufe derselben im Falle einer Nachlässigkeit in der Entrichtung der Accise, zu deren Sicherstellung sie vorgestellt sind, unterwirft, oder mit anderen Worten, der Acciseverwaltung, welche Loskaufsscheine und Scheine über die  $5\frac{1}{2}\%$  ununterbrochene Rente als Unterpfand angenommen hat, steht eo ipso das unnehmbare Recht zu, in solchen Fällen diese Scheine nach Inhalt des Art. 44 der obgedachten Verordnung ebenso zu verkaufen, wie jedes andere bewegliche und unbewegliche Vermögen, welches als Sicherheit für die Zahlung der besagten Accise angenommen worden ist. Folglich sind zum Verkauf solcher Papiere besondere Vollmachten welche in allgemeiner, im Art. 1618 Bd. X Thl. I bezeichneter Grundlage, vorgestellt werden müssen, nur dann erforderlich, wenn die besagten Scheine nicht von den Besitzern selbst, sondern von fremden Personen verpfändet werden, wie es auch in der Verordnung selbst über die Unterpfänder und Bürgschaften bei Befristung der Accisezahlung für Branntwein, und namentlich in der Anmerkung zum Punkt 3 des Art. 8 der Beilage zum Art. 268 Bd. V Getränksteuer-Reglement, in der Fortsetzung vom Jahre 1863 festgesetzt ist. Da aber in dieser Anmerkung nur auf die Artikel 1618 und 1619 Bd. X Thl. I Bezug genommen und nicht auf die Art. 1620 und 1621 desselben Bandes hingewiesen ist, nach denen bei der Vorstellung von Unterpfändern keine Vollmachten ohne Termin zugelassen werden und den Pfandgebern nicht gestattet ist, die von ihnen zur Vorstellung von Unterpfändern ausgestellten Vollmachten zu annulliren, so ist nur erforderlich, die Interessen der Krone vor der vorzeitigen Annullirung solcher Vollmachten zu wahren, d. h. auf sie die Wirksamkeit der vorangeführten Artikel 1620 und 1621 Bd. X Thl. I auszudehnen und in diesem Sinne die Anmerkung zum Punkte 3. des Art. 8 der obgedachten Beilage zum Getränksteuer-Reglement zu erläutern. Auf diesen Grundlagen hat der Reichsrath für gut erachtet: in Ergänzung des

Codex der Reichsgesetze Bd. V<sup>o</sup> Getröpfsteuer-Reglement, Beilage zum Art. 268 in der Fortsetzung vom Jahre 1863 zu verordnen: 1) Die 5<sup>o</sup>/<sub>100</sub> Loskaufsscheine, sowie die 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>o</sup>/<sub>100</sub> Scheine über die ununterbrochene Rente für den Loskauf, welche nur in Folge von Acten, die im Krepostwege oder im Wege der öffentlichen Beglaubigung vollzogen werden, einer Veräußerung unterliegen, werden als Unterpfand für die pünktliche Accisezahlung für Branntwein von den Besitzern selbst in allgemeiner Grundlage wie andere Vermögensstücke angenommen, von fremden Personen jedoch nur auf Vollmachten, die von den Besitzern in genauer Grundlage der Artikel 1618 bis 1621 der Civilgesetze ausgestellt sind. 2) Im Falle einer Nachlässigkeit in der Accisezahlung für Branntwein werden die als Sicherheit vorgestellten Scheine gedachter Art in der allgemeinen für die der Krone gestellten Unterpfänder geltenden Grundlage zum Verkauf gebracht, und werden die Acten über den Uebergang dieser Scheine auf die Käufer ohne Hinderniß auf Requisition derjenigen Gerichtsbehörde oder Institution, durch welche sie zum Verkauf gebracht werden, in dem für sie festgesetzten Krepostwege oder im Wege der öffentlichen Beglaubigung vollzogen.

Betreffend die Ordnung für die Vorstellung der Loskaufsscheine und der Scheine über die 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>o</sup>/<sub>100</sub> ununterbrochene Rente als Unterpfand der pünktlichen Accisezahlung für Branntwein.

Aus dem 1. Departement vom  
7. Februar 1867 Nr. 10551.

**Nr. 53.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes, am 11. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Anwendung des für die Bauern festgesetzten Modus des Ankaufs von Stempelpapier und Paßblankets auf die Bürger- (Mesttschanins-) Gemeinden, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Anwendung des für die Bauern festgesetzten Modus des Ankaufs von Stempelpapier und Paßblankets auf die Bürger- (Mesttschanins-) Gemeinden für gut erachtet: in Stelle des Art. 148 des Codex der Reichsgesetze Bd. XIV Paß-Reglement, zu verordnen: 1) die Blankets zu den Placatpässen für Bürger (Mesttschanins) und das Stempelpapier zu Billeten für kurze Zeit, ebenfalls für dieselben, werden den Stadt=Dumen gemäß ihren Forderungen, von den Kameralhöfen oder auf Anordnung derselben von den Kreis=Renteien gegen baares Geld verabfolgt, welches die Dumen aus den Communal-Summen der Bürger- (Mesttschanins-) Gemeinden oder wo solche nicht vorhanden sind, aus den Stadt-Einkünften leihweise zu entnehmen haben. 2) Bei der Ertheilung von Placatpässen an Bürger (Mesttschanins) haben sich die Dumen nach folgenden Regeln zu richten: a) sie verantworten sowohl für den Verbrauch der von ihnen für die Bürger (Mesttschanins) gekauften Paßblankets, als auch für die Aufbewahrung der nicht verausgabten, das für dieselben eingekommene Geld aber haben sie sofort zur Completirung derjenigen Summen zu verwenden, aus welchen die Auslagen entnommen waren; die Rechnungslegung über die verausgabten Gelder ist in derselben Ordnung zu bewerkstelligen,

die für die Rechnungslegung über die übrigen Communalausgaben festgesetzt ist; b) die Dumen dürfen nur denjenigen Bürgern (Mestschanins) Pässe ertheilen, welche zu ihrem Ressort gehören, und zwar nach beständiger jedesmaliger Vergewisserung über das Signalement dieser Personen, falls dasselbe den Gliedern nicht genau bekannt ist; c) die Dumen müssen von ihnen durchschnürte und besiegelte Bücher führen, in welche gesondert einzutragen sind: 1) die ertheilten Pässe nebst dem Signalement und das gelöste Geld, und 2) die für die Bürger (Mestschanins) verordneten Billete für kurze Zeit, mit Angabe des Signalements und des Papiers, auf welchem sie ertheilt worden sind; d) die Pässe und Billete müssen unbedingt gedruckte sein, weshalb die Stadt-Dumen bei jedesmaliger Forderung derselben eine genügende Anzahl über den gewöhnlichen Absatz als Reserve anzunehmen und die Vorstellungen wegen Uebersendung derselben zeitig zu machen haben; e) in den Pässen ist anzugeben, ob der Inhaber verheirathet oder unverheirathet, und wenn er vermittwet ist, so nach der wievielften Ehe, (послѣ котораго брака); f) das Signalement muß unfehlbar verzeichnet werden; die Zeit, für welche der Paß Gültigkeit hat, muß angegeben werden, wie auch, falls derselbe einem, einen Wahlposten bekleidenden Bürger (Mestschanin) ausgereicht wird, der Dienst oder das Amt das er verwaltet, und 3) Denjenigen Bürgern (Mestschanins), welche durch gerichtliches Urtheil der persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneten Rechte und Vorzüge beraubt worden sind, oder eine Beschränkung derselben erlitten haben, sind die Pässe in derselben Form und auf denselben Blankets, wie oben angegeben, zu ertheilen, jedoch mit folgendem schriftlichen Zusatz am Schluß des Passes: „Zugleich wird zur gebührenden Kenntniß derer, die es betrifft, hier noch angeführt, daß Vorzeiger dieses Passes durch Erkenntniß der und der Gerichtsbehörde von dem und dem Datum Monat und Jahr wegen des und des Verbrechens oder Vergehens, nach Art. 43 des Strafcodex den Verlust (oder nach Art. 50 des Strafcodex eine Beschränkung) der persönlich und dem Stande nach ihm zugeeigneten Rechte und Vorzüge erlitten hat. „При семъ дается знать для должнаго, до кого будетъ касаться, свѣдѣнія, что предъявитель сего паспорта подвергся по рѣшенію такого-то судебного мѣста, токого-то числа, мѣсяца и года и за такое то преступленіе или проступокъ, лишенію по ст. 43-й улож. о наказ. (или ограниченію по ст. 50-й улож. о наказ.) лично и по состоянію присвоенныхъ ему правъ и преимуществъ.“ Außerdem wird diesen Pässen ein besonderes Zeichen mit rother Farbe aufgedrückt, das die Form eines viereckigen Siegels hat mit den Buchstaben: Л. О. П. (В. В. Р.) d. h. Verlust besonderer Rechte, oder aber О. Н. П. (В. Е. Р.) d. h. Beschränkung einiger Rechte. 3) An denjenigen Orten, wo sich keine Dumen befinden, werden ihre Verpflichtungen in Betreff der Paß-Ertheilung den in ihrer Stelle eingerichteten, vereinfachten Communal-Verwaltungen übertragen.

Betreffend die Anwendung des für die Bauern festgesetzten Modus des Ankaufs von Stempelpapier und Paßblankets auf die Bürger (Mestschanins) Gemeinden.

Aus dem 1. Departement vom  
6. März 1867, Nr. 21664.

**Nr. 54.** Ufas Cines Dirigirenden Senats, desmittelt die in Grundlage des Art. 591 der Verordnung über allgemeine Fürsorge, Bd. XIII des Codex der Reichsgesetze, angefertigte Tabelle über die für das Jahr 1867 festgesetzte Zahlung für den täglichen Unterhalt von Untermitlairs in den unter den Collegien allgemeiner Fürsorge und den Landesinstitutionen stehenden Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen publicirt wird, nach welcher Tabelle in Livland für den täglichen Unterhalt eines solchen Kranken in den zum Ressort des Collegiums allgemeiner Fürsorge gehörenden Krankenhäusern 40 $\frac{1}{4}$  Cop. S. und für die Beerdigung eines Gestorbenen 3 Rbl. 35 Cop. zu entrichten sind.

Betreffend die Tabelle über die Zahlung für das Jahr 1867 für den Unterhalt von Untermitlairs in den Civil-Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen.

Aus dem 1. Departement vom 13. Februar 1867, Nr. 16151.

## Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Rußen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

**Nr. 55.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfalligen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs desmittelt zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht:

„daß die §§ 8 und 12 der am 11. Juni 1866 Allerhöchst bestätigten Regeln, betreffend die Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt in den Landgemeinden der Ostsee-Gouvernements (Patent der Livl. Gouvernements-Verwaltung, Nr. 77 vom 29. August 1866) von Sr. Excellenz dem Herrn General-Gouverneur dahin erläutert und ergänzt worden, daß es den Aufsichtsbehörden gestattet ist, die Revisionen der Vorraths-Magazine und Gemeinde-Cassen durch eine Delegation vorzunehmen, die nur aus einem Gliede zu bestehen braucht“

Betreffend die Erläuterung und Ergänzung der §§ 8 und 12 der am 11. Juni 1866 Allerhöchst bestätigten Regeln, (Patent Nr. 77 v. J. 1866) betreffend die Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt in den Landgemeinden der Ostsee-Gouvernements.

Riga-Schloß, den 5. April 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Befehl  
**Seiner Kaiserlichen Majestät,**  
des Selbstherrschers aller Rußen &c. &c. &c.  
aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

**Nr. 56.** Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Rußen &c. wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung das in Nr. 4 der für dieses Jahr beim Dirigirenden Senate erschienenen Sammlung der Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung sub Nr. 20 enthaltene, am 13. December 1866 Allerhöchst bestätigte Statut der Rigaer Börse zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung derer, die solches angeht, desmittelft bekannt gemacht.

**Statut  
der Rigaer Börse.**

§ 1.

Die Rigaer Börse ist der Versammlungsort zum gegenseitigen Verkehr und zu Geschäftsverabredungen in allen Umsätzen des Handels und der Industrie, wie auch zum Erhalt der für dieselben nothwendigen Nachrichten, welche deshalb auch an der Börse zur allgemeinen Kenntniß angeschlagen werden.

§ 2.

Daher ist es Jedermann erlaubt die Börse zu besuchen, sowohl um die nöthigen Auskünfte zu erhalten, als auch zur Betreibung von Handelsgeschäften in den einem Jeden durch das Handels- und Gewerbesteuer-Reglement verstatteten Grenzen, worüber die Börsen-Makler, denen persönlich alle Handelsgeschäfte untersagt sind, zu wachen haben.

§ 3.

Die Börse ist täglich geöffnet, außer an Sonntagen und den hohen Festtagen: Weihnachten, Neujahr, heil. drei Könige, Mariä Verkündigung, Charfreitag, Ostern und Pfingsten. Die Bestimmung der Zeit für die Börsenversammlungen und der Courstage hängt vom Ermessen des Börsenvereins ab, doch muß über jede in dieser Beziehung getroffene Abänderung zeitig vorher in den Localblättern eine Publication erlassen und an der Börse eine Bekanntmachung angeschlagen werden.

§ 4.

Die Personen, welche auf Scheine der 1. und 2. Gilde an der Rigaer Börse Handel treiben, bilden einen besonderen Verein, welcher der Rigaer Börsenverein oder die Rigaer Börsen-Kaufmannschaft genannt wird.

§ 5.

Zur Berathung über Vereinsangelegenheiten hat der Börsenverein seine Versammlungen, sowol allgemeine, aus allen seinen Gliedern bestehende, als auch specielle, bestehend aus den bei einer einzelnen Handelsbranche interessirten Personen. Ueber die Anberaumung solcher Versammlungen, wie auch über die Gegenstände der Berathungen werden zeitig vorher der Gouvernements-Chef, sowie auch die Personen, welche an diesen Versammlungen Theil zu nehmen berechtigt sind, in Kenntniß gesetzt.

§ 6.

Zu Anfange des Jahres finden, nach dem näheren Ermessen des Börsenvereins, zwei regelmäßige Versammlungen des Vereins statt; auf der ersten derselben wird über Einnahme und Ausgabe der Summen für das abgelaufene Jahr Rechenschaft abgelegt und das Budget für das neu angetretene Jahr bepruft, auf der zweiten aber wird, der Bericht des Börsen-Comités über die zum Nutzen des Handels getroffenen Anordnungen vorgetragen und werden die Wahlen der Glieder des Comités vollzogen. Außerordentliche Versammlungen werden nach Maßgabe des Bedürfnisses zusammenberufen.

§ 7

Auf den regelmäßigen und außerordentlichen Versammlungen des Börsenvereins müssen alle Glieder desselben zugegen sein, auf den Versammlungen in Sachen einzelner Handelsbranchen aber Alle, welche den betreffenden Handel betreiben. Die ohne triftige Gründe Ausbleibenden werden einer Pön zum Besten des Unterstützungsfonds des Vereins unterzogen. Der Betrag dieser Pön wird vom Börsenverein in den im Art. 1436 des Strafcodex (Cod. d. Crim.-Gesetze Ausg. v. J. 1866) angegebenen Grenzen festgesetzt.

§ 8.

Auf den Versammlungen des Börsenvereins und der Vertreter der einzelnen Handelsbranchen werden die Angelegenheiten durch einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Glieder entschieden, mit Ausnahme derjenigen Beschlüsse, welche die Auflage einer neuen Steuer auf die Glieder, oder die Verausgabung der Capitalien des Vereins zum Gegenstande haben; zur Giltigkeit dieser letzteren Beschlüsse ist eine Stimmenmehrheit von  $\frac{2}{3}$  erforderlich.

§ 9.

Der Repräsentant des Börsenvereins ist der Börsen-Comité, dessen Bestimmung in der Aufrechterhaltung und Entwicklung des Rigaschen Großhandels besteht.

§ 10.

Der Börsen-Comité ist berechtigt: a) auf Verlangen der competenten Autoritäten Meinungen und Gutachten in Angelegenheiten des Handels und der Handelschiffahrt abzugeben; b) Vorschläge jeder Art, welche die Erleichterung und Förderung irgend eines Zweiges des Handels oder der Fabrikindustrie zum Zweck haben, vorzustellen; c) um Abstellung von Inconvenienzen, welche aus irgend welchen Anordnungen oder Gesetzesbestimmungen in Bezug auf Handel oder Schiffahrt entspringen, wie auch von Mißbräuchen, die sich in dieser Beziehung herausstellen, zu bitten; d) die öconomischen Angelegenheiten, Summen und Institute des Börsenvereins, in Grundlage der weiter unten angegebenen Regeln, zu ver-

walten; e) die Aufsicht über den ordnungsmäßigen Handelsbetrieb im rigaschen Hafen, über die Erhaltung der in dieser Beziehung geltenden Institutionen, Verordnungen und Usancen, sowie darüber zu führen, daß an der Börse keine gesetzwidrige Maklerei zum Nachtheil des Handels getrieben werde; f) auf Ordnung und Wohlstandigkeit auf der Börse und den Versammlungen zu wachen, und auf Ersuchen der Handeltreibenden Schiedsrichter in Handelsstreitigkeiten zu sein; g) die Prüfung der Candidaten zu den Broker- und Dispatcheurstellen zu bewerkstelligen.

### § 11.

Der Börsen-Comité ist verpflichtet alle Anträge, die den Nutzen und die Erleichterung des Handels und der Handelsschifffahrt zum Zweck haben, in Berathung zu ziehen, wenn dieselben schriftlich von nicht weniger als drei kaufmännischen Firmen gemacht worden sind. Falls solche Anträge für nützlich und ausführbar erkannt werden, ergreift der Comité in festgesetzter Ordnung Maßregeln zu ihrer Realisirung; im entgegengesetzten Falle giebt er schriftlich die Gründe ihrer Ablehnung an.

### § 12.

Der Börsen-Comité ist unmittelbar dem Chef des Livländischen Gouvernements untergeordnet und wendet sich an ihn mit Vorstellungen in Betreff aller zur Competenz des Comité's gehörenden Gegenstände, unter Beobachtung der weiter unten festgesetzten Regeln.

### § 13.

In besonders wichtigen oder keinen Aufschub leidenden Fällen hat der Börsen-Comité das Recht, sich mit Vorstellungen unmittelbar an den Oberchef des Landesgebiets und sogar direct an das betreffende Ministerium zu wenden, wobei er Abschriften seiner Vorstellungen, sowol dem Gouverneur als auch dem General-Gouverneur mittheilt.

### § 14.

In allen Fällen, wo der Gegenstand der Sache die communalen städtischen Institutionen tangirt oder zu Angelegenheiten der Stadtcommune in Beziehung steht, ist der Börsen-Comité verpflichtet, sich an die competente Stadtbehörde zu wenden und kann nur bei verweigerter oder verzögerter Erfüllung darüber mit einer Vorstellung bei dem Gouvernements-Chef einkommen.

### § 15.

Der Börsen-Comité besteht aus 15 Mitgliedern, welche der Börsenverein aus seiner Mitte auf 5 Jahre aus der Zahl derjenigen Personen, welche beständig ihre Handelsangelegenheiten und Geldumsätze an der Rigaer Börse betreiben, wählt und zwar derart, daß mindestens eines von ihnen zu den zur örtlichen Kaufmannschaft verzeichneten handeltreibenden Ausländern und zwei zu den Kaufleuten gehören, welche in commerciellen Beziehungen zu den aus den inneren Gouvernements nach Riga kommenden Handelsleuten stehen.

### § 16.

Zu Gliedern des Börsen-Comité's können nicht gewählt werden Personen, welche unter einer Firma mit einem der Glieder des Comité's handeln. Das Recht, die Wahl zum Mitgliede des Börsen-Comité's abzulehnen, steht nur solchen

Personen zu, welche bereits fünf Jahre im Comité gewesen sind; die Befreiung anderer Personen hängt vom Ermessen des Börsen-Vereins ab.

§ 17.

Von den Gliedern des Börsen-Comités treten jährlich drei aus, welche bereits fünf Jahre in demselben gewesen sind; sie können indessen bei den Neuwahlen wieder gewählt werden.

§ 18.

Die Wahl geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln, wobei die Glieder des Börsen-Comités gleich den übrigen Gliedern des Börsenvereins an den Wahlen Theil nehmen.

§ 19.

Der Börsen-Comité wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Präses, einen Collegen desselben und drei Börsen-Alteste, welche den Verwaltungs-Ausschuß des Comité bilden. Der Dienst aller dieser Personen wird als städtischer Wahldienst, gleich dem Präsidenten, dem Collegen desselben und den Gliedern des Handelsgerichts, den Bürgermeistern und Rathsherren geachtet.

§ 20.

Dem Verwaltungs-Ausschuß des Comité liegt ob: die nächste Aufsicht über Ordnung und Wohlverhalten auf den Börsen- und Börsenvereins-Versammlungen, die Fürsorge für die Interessen und Bedürfnisse des Handels, die Schriftführung und die Verwaltung des öconomischen Theils der Börse, und endlich die vorläufige Durchsicht aller Sachen und Anträge, welche zur Beprüfung des Börsen-Comité und des Börsenvereins eingebracht werden, sowie die Ausführung der Beschlüsse derselben. Zur größeren Bequemlichkeit der Geschäftsführung vertheilt der Verwaltungs-Ausschuß die Geschäfte unter seine Glieder nach seinem nähern Ermessen.

§ 21.

Die den Börsenverein bildenden Personen trägt der Verwaltungs-Ausschuß in ein besonderes Buch ein und versieht sie mit einem Exemplar dieses Statuts, auf welchem ihre Buzählung zum Börsenverein bescheinigt wird.

§ 22.

In den Börsen-Versammlungen führt der Präses des Börsen-Comité den Vorsitz; bei der Wahl des Präses selbst aber vertritt sein College seine Stelle.

§ 23.

Ueber die im Bestande des Börsen-Comité eingetretenen Veränderungen berichtet der Verwaltungs-Ausschuß sofort dem Gouvernements-Chef und erläßt eine Publication in den örtlichen Zeitungen.

§ 24.

Im Verwaltungs-Ausschuß werden die Angelegenheiten mit Stimmeneinhelligkeit entschieden; bei einer Meinungsverschiedenheit gelangen sie an den Börsen-Comité, wo sie nach Stimmenmehrheit entschieden werden; kommt eine solche



nicht zu Stande, d. h. ergiebt sich für keine Meinung eine Majorität von mehr als der Hälfte der anwesenden Mitglieder, so wird der Sachverhalt dem Börsenverein zur Beurtheilung vorgestellt.

#### § 25.

Klagen über den Verwaltungs-Ausschuß werden bei dem Börsen-Comité angebracht, über den Comité und den Börsenverein aber bei dem Gouvernements-Chef.

#### § 26.

Der Börsen-Comité und der Verwaltungs-Ausschuß haben eine gemeinschaftliche Kanzlei, bestehend aus einem Secretair und einem Buchhalter, welche vom Börsen-Comité angestellt und entlassen werden, auf dessen Vorstellung vom Börsenverein sowol der Betrag des ihnen zu bewilligenden Gehalts, als auch eine Summe für Schreiber und zu Kanzlei-Ausgaben bestimmt wird.

#### § 27.

Der Börsen-Comité hat ein Siegel mit dem Wappen der Stadt Riga und der Inschrift: „Siegel des Rigaer Börsen-Comités“.

#### § 28.

Der Börsen-Comité und der Verwaltungs-Ausschuß desselben versammeln sich nach Maßgabe des Bedürfnisses, auf Anordnung des Präses, sowie auch, wenn nicht weniger als drei Comité-Glieder es verlangen.

#### § 29.

Zur Vermeidung von Hindernissen in der Entscheidung der Sachen bei dem Börsen-Comité und dem Verwaltungs-Ausschuß desselben werden für den Comité fünf und für den Ausschuß zwei Suppleanten erwählt, welche im Fall des Austritts oder der Abwesenheit irgend eines Gliedes an dessen Stelle, nach der Mehrzahl der ihnen bei der Wahl zugefallenen Stimmen, berufen werden und in alle Rechte und Pflichten desselben treten.

#### § 30.

Die Glieder des Börsen-Comités und die ihre Stelle vertretenden Suppleanten werden, wenn sie ohne triftige Gründe nicht zur Sitzung erschienen sind, einer Pön zum Besten des Unterstützungsfonds des Vereins in einem vom Börsenverein festzusetzenden Betrage unterzogen. Die Gründe, welche von der Anwesenheit in den Sitzungen des Comité liberiren, werden vom Comité selbst bestimmt.

#### § 31.

Alle diejenigen, welche die Börse in Handelsgeschäften (in eigener Person oder durch Bevollmächtigte) besuchen, sind verpflichtet bei dem Verwaltungs-Ausschuße jährlich gewisse Abgaben zum Unterhalt des Börsenhauses und zu anderen Economiebedürfnissen zu entrichten. Der Betrag dieser Abgaben wird durch Beschluß des Börsenvereins festgesetzt. Die über den Empfang des Geldes ertheilte Quittung gewährt das Recht zum Besuch der Börse.

§ 32.

Von der Entrichtung dieser Abgaben sind befreit: a) zeitweilig in Handelsgeschäften in Riga Angereiste, im Verlauf eines Monats; b) Schiffer; c) Kaufmannskinder und Brüder, Comptoirgehilfen und Commis, welche in Angelegenheiten ihrer Principale, die die Zahlung für sich bereits entrichtet haben, zur Börse kommen; ihnen wird auf Bitte des Principals eine besondere Contremarque auf den Namen eines jeden ausgereicht; d) Brauer, welche an der Börse sich nicht mit eigenen Handelsgeschäften befassen; e) Artelstschicks.

Anmerkung. Diese Personen werden zum Besuch der Börse mit auf ihren Namen lautenden Karten versehen. Die zeitweilig die Börse Besuchenden erhalten am Eingange Contremarquen gegen eine vom Börsen-Comité bestimmte Zahlung.

§ 33.

Das Börsenjahr beginnt mit dem ersten Januar; daher ist Jeder, der die Börse beständig besuchen will, verpflichtet, im Laufe des Decembers sich schriftlich bei dem Börsen-Comité unter Entrichtung der zum Unterhalt der Börse festgesetzten Summe, sowie unter Angabe seines Vor- und Familiennamens, desgleichen welcher Stadt, welcher Gilde oder welchem Stande er angehört, zu melden. Handelsfirmen legen außerdem ein Exemplar ihrer usuellen Circulaire über Firmenveränderungen bei; Personen, für welche sich schon im Laufe des Jahres die Nothwendigkeit des Börsenbesuchs ergibt, sind ebenfalls verpflichtet darüber dem Börsen-Comité, unter Beobachtung derselben Bedingungen, vorgängig Anzeige zu machen.

§ 34

Hinsichtlich der Beobachtung der Ordnung und Wohlanständigkeit auf der Rigaer Börse werden die in den Art. 2189—2194 des Handels-Reglements (Cod. der Reichsgesetze Bd. XI, Theil II, Ausg. v. J. 1857) enthaltenen Regeln beobachtet, welche auch bei dem Eingange in den Börsensaal anzuschlagen sind. Ein der Verletzung der Börsenordnung Schuldiger wird den dafür in den Art. 1275—1279 des Strafcodex (Cod. der Crim.-Ges., Ausgabe v. J. 1866) statuirten Beahndungen unterzogen und wenn er ein Mitglied des Börsenvereins ist, so kann er, auf Beschluß desselben, aus dem Verein ausgeschlossen werden, wodurch er des Rechts zum Besuch der Börsenversammlungen und zur Bekleidung von Börsenposten verlustig geht, übrigens aber alle anderen Handelsrechte behält.

§ 35.

Die Einnahmen des Börsenvereins bestehen: a) aus freiwilligen Beiträgen der Glieder, welche vom Verein beschlossen werden; b) aus den Handelsabgaben, welche auf legislativem Wege angeordnet und dem Börsenverein zur Disposition gestellt werden, und c) aus den Zinsen der dem Börsenverein gehörenden Capitalien.

Anmerkung. Die Capitalien des Vereins und die Ueberschüsse aus den Jahres-Einnahmen werden in sicheren zinstragenden Papieren angelegt.

Die Einnahmen der ersten und dritten Kategorie werden nach dem Ermessen des Börsenvereins zum Unterhalt der Börse und der Börsen-Institutionen veraus-

gabt; die Handelsabgaben werden vom Börsen-Comité zu den Hafenbauten und für andere Bedürfnisse des Handels, zu deren Befriedigung sie angeordnet sind, verwandt.

### § 36.

Ueber alle Einnahmen und Ausgaben des Börsenvereins wird für jedes Jahr ein Budget angefertigt, welches, nachdem es vom Verein in der ersten regelmäßigen Versammlung desselben bestätigt worden, dem Gouvernements-Chef vorgestellt wird, damit dieser sich davon überzeuge, ob in das Budget nicht Abgaben aufgenommen worden, welche nicht in der festgesetzten Ordnung genehmigt sind, und ob die festgesetzten Handelsabgaben ihrer Bestimmung gemäß verwandt werden. Die Antwort des Gouverneurs wird dem Verein vor der zweiten regelmäßigen Versammlung mitgetheilt, widrigenfalls das Budget als vom Gouverneur genehmigt betrachtet wird.

### § 37.

Falls der Gouvernements-Chef seinerseits irgend welche Bemerkungen zum Budget macht, trifft der Börsenverein in Betreff derselben seine allendliche Verfügung, von welcher dem Gouverneur eine Abschrift mitgetheilt wird. Sodann wird das Budget in Ausführung gebracht; der Gouverneur behält jedoch das Recht, die Erfüllung derjenigen Posten zu beanstanden, welche er für ungesetzlich hält, worüber, im Laufe einer Woche vom Tage des Empfanges der Verfügung des Vereins, denselben zu benachrichtigen und dem Dirigirenden Senat zur allendlichen Entscheidung vorzustellen verpflichtet ist.

### § 38.

Das angefertigte und in der festgesetzten Ordnung genehmigte Budget wird in den örtlichen Zeitungen in russischer und deutscher Sprache abgedruckt und vom Verwaltungs-Ausschuß, unter nächster Aufsicht des Börsen-Comités dem keinerlei Abweichungen von dem Budget gestattet sind, in Ausführung gebracht; falls Ausgaben nothwendig werden, die im Budget nicht vorhergesehen sind, wird ein Ergänzungsbudget angefertigt, bei dessen Bestätigung die hinsichtlich des Jahresbudgets festgesetzte Ordnung zu beobachten ist.

### § 39.

Zur Verzeichnung der Einnahmen und Ausgaben des Börsenvereins führt der Verwaltungs-Ausschuß des Börsen-Comités allgemeine und specielle Cassabücher nach den auf Vorstellung des Comités vom Verein genehmigten Regeln.

### § 40.

Die Baarsummen und Gelddocumente werden in der Kreisrentei oder im Gewölbe der Börse unter Siegel und Verschuß des Verwaltungs-Ausschusses aufbewahrt und in der vom Börsenverein festzusetzenden Ordnung mindestens einmal im Jahre revidirt, unabhängig von einer plötzlichen Revision derselben, die dem Gouvernements-Chef obliegt.

### § 41.

Zu Anfang des Jahres fertigt der Verwaltungs-Ausschuß einen Rechenschaftsbericht über Einnahme und Ausgabe der Summen (Art. 35) für das abgelaufene Jahr an und stellt ihn und die Cassabücher dem Börsen-Comité vor, welcher, nach

Zusammenberufung des Börsenvereins, in der ersten regelmäßigen Versammlung die Revision dieser Bücher, sowie auch des Rechenschaftsberichts über die dem Comité anvertrauten Summen, dreien besonderen Gliedern des Vereins, welche dazu vom Verein zu erwählen sind, überträgt.

§ 42.

Zur Revision der Bücher und des Rechenschaftsberichts werden 14 Tage bestimmt, nach deren Ablauf der Bericht der Glieder über die Resultate der Revision, nebst den Büchern und dem Rechenschaftsbericht, dem Börsenverein in der zweiten Versammlung desselben zur allendlichen Beprüfung vorgestellt wird. Der Rechenschaftsbericht, wie auch die Revision werden in russischer und deutscher Sprache publicirt.

§ 43.

Im Falle der Verschleuderung von Summen des Börsenvereins oder unrechtmäßiger Verausgabung derselben, werden die Glieder des Verwaltungs-Ausschusses und des Börsen-Comités der Verantwortung und der Ersatzpflichtigkeit unterzogen, auf Grundlage der Gesetzesbestimmungen, welche für Kronsummen und Communalsummen bestehen.

Unterzeichnet: Präsident des Reichsraths C o n s t a n t i n.

Riga-Schloß; den 12. April 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 57.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Herrn Justizministers vom 1. Februar dieses Jahres sub Nr. 2062 folgenden Inhalts: Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät sei am <sup>16</sup>/<sub>28</sub>. Januar 1867 in St. Petersburg von dem Vice-Kanzler eine Declaration unterzeichnet und gegen eine gleiche, vom österreichischen Minister des Auswärtigen unterzeichnete, ausgewechselt worden, darüber, daß gegenseitig in Rußland den österreichischen und in Oesterreich den russischen Actien- (anonymen) Gesellschaften und anderen, mit Erlaubniß der Staatsregierung gegründeten Handels- industriellen und finanziellen Compagnien, mit Ausnahme der Assurance-Gesellschaften, gestattet sein solle, alle ihre Rechte, darunter auch das Recht des gerichtlichen Schutzes zu genießen, insoweit sie sich den Gesetzen des Landes accommodiren. Eine Abschrift der gedachten, ihm vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilten Declaration, nebst russischer Uebersetzung, lege er, der Justizminister, dem Dirigirenden Senate vor. Hierbei wurde auch die Abschrift selbst der Declaration vorgetragen und die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß in dem durch die Senatsukase vom 13. December 1865 publicirten, am 8. November desselben Jahres Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths, nach welchem den belgischen Actien- (anonymen) Compagnien gestattet worden, in Rußland unter der Bedingung der Reciprocität für die russischen Gesellschaften in Belgien alle ihre Rechte zu genießen, im Punkt 2 bestimmt worden ist, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten autorisirt wird, im Einvernehmen mit dem Finanzminister, ebensolche Bedingungen auch mit andern auswärtigen Mächten zu vereinbaren, ohne dazu jedesmal durch den Reichsrath eine besondere Genehmigung einzuholen. Befohlen: Die nöthige Anzahl von Exemplaren gedachter Declaration abzu- drucken und solche zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, mittelst Ukase zu versenden.

In Betreff dessen, daß in Rußland den österreichischen und in Oesterreich den russischen Actien-Gesellschaften und andern Handels-, industriellen und finanziellen Compagnien, mit Ausnahme der Assurance-Gesellschaften, gestattet worden, alle ihre Rechte zu genießen.

Aus dem 1. Departement vom  
13. März 1867, Nr. 22766.

## Declaration.

Der endesunterzeichnete Reichs-Vice-Kanzler erklärt in Grundlage des am <sup>8</sup>/<sub>20</sub>. November 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths hiedurch, daß den in Oesterreich mit Erlaubniß der österreichischen Staatsregierung gegrün-

deten Actien- (anonymen) Gesellschaften und andern Handels-, industriellen und finanziellen Compagnien, mit Ausnahme jedoch der Assurance-Gesellschaften, gestattet wird, in Rußland alle ihre Rechte, darunter auch das Recht des gerichtlichen Schutzes zu genießen, wenn sie sich den Gesetzen des Kaiserreichs conformiren, wofern nur ähnliche in Rußland gesetzlich gegründete Gesellschaften und Compagnien gleiche Rechte in Oesterreich genießen werden, wenn sie sich den Gesetzen des österreichischen Kaiserthums conformiren.

Zur Urkunde dessen hat der Endesunterzeichnete unter Beidrückung seines Siegels diese Declaration unterzeichnet.

Gegeben zu St. Petersburg am 16/28. Januar 1867.

(Unterz.) A. Gortschakow.

(L. S.)

Diese Declaration ist am 16/28. Januar 1867 von dem Reichs-Vice-Kanzler gegen eine eben solche, am 4/16. Januar 1867 vom Minister des Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten Seiner Kaiserlich-Königlichen Apostolischen Majestät, Baron Beust, unterzeichnete Declaration ausgetauscht worden.

**Nr. 58.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft der Einem Dirigirenden Senat am 16. Februar 1867 unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Majestät ertheilte Namentliche Allerhöchste Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät darüber, daß die im Kaiserreiche bestehenden Verordnungen hinsichtlich der Ertheilung von Privilegien auf Entdeckungen, Erfindungen und Vervollkommnungen auch im Königreiche Polen Anwendung finden sollen, publicirt wird.

In Betreff dessen, daß die im Kaiserreiche bestehenden Verordnungen hinsichtlich der Ertheilung von Privilegien auf Entdeckungen, Erfindungen und Vervollkommnungen auch im Königreiche Polen Anwendung finden sollen.

Aus dem 1. Departement vom  
24. Februar 1867, Nr. 16897.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Nachdem Wir für die Entwicklung der Industrie für nützlich befunden haben, die gegenwärtig bestehenden Beschränkungen der Wirksamkeit der Privilegien, welche im Kaiserreiche und im Königreiche Polen Privilegien auf neue Erfindungen ertheilt werden, zu beseitigen und zu dem Zwecke die Ertheilung solcher Privilegien einer gleichförmigen Ordnung zu unterwerfen, haben Wir die im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs Polen beprüften desfalligen Vorschläge genehmigt und befehlen daher:

1) Die im Kaiserreiche bestehenden Verordnungen über Privilegien auf neue Erfindungen und Entdeckungen, wie solche in den Artikeln 125 bis 159 des Reglements über die Fabrik-Industrie (Bd. XI des Codex der Reichsgesetze, Ausgabe

vom Jahre 1857) enthalten sind, auf die Gouvernements des Königreichs Polen mit der Festsetzung auszudehnen, daß von nun an die Privilegien auf Entdeckungen, Erfindungen und Vervollkommnungen in diesen Gouvernements in der durch die angeführten Verordnungen festgesetzten Ordnung von den Ministerien der Finanzen und der Reichsdomainen, nach der Zugehörigkeit, zu ertheilen sind. Hiernach hat sich die Wirksamkeit aller in Zukunft von den Ministerien der Finanzen und der Reichsdomainen zu ertheilenden Privilegien in gleichem Maße wie auf das Kaiserreich, so auch auf die Gouvernements des Königreichs Polen zu erstrecken, unabhängig davon, wo die Erfindung, Entdeckung oder Vervollkommnung geschehen ist.

2) Die gerichtliche Untersuchung und Entscheidung der in den Gouvernements des Königreichs Polen entstehenden Streitigkeiten, welche sich auf Privilegien beziehen, ist auch in Zukunft in der gegenwärtig in jenen Gouvernements bestehenden Ordnung in Gemäßheit der örtlichen Institutionen und Regeln, im Wege des Civil- oder Criminal-Verfahrens zu bewerkstelligen, jedoch mit der Bedingung, daß die betreffenden Gerichtsbehörden dasjenige Departement des Ministeriums der Finanzen oder der Reichsdomainen, von welchem die Privilegien ertheilt worden sind, von der allendlichen Entscheidung in diesen Streitigkeiten zu benachrichtigen haben.

3) Die in Grundlage der Artikel 139, 145, 151 und 159 des Industrie-Reglements (Bd. XI des Codex der Reichsgesetze) in den öffentlichen Zeitungen beider Residenzen abzudruckenden Publicationen in Sachen, die sich auf Privilegien beziehen, auch in die Warschauer officiellen Zeitungen aufzunehmen.

4) Die sowol im Kaiserreiche als auch im Königreiche von der Publication Unseres gegenwärtigen Ukases ertheilten Privilegien haben nur innerhalb der Grenzen desjenigen Landes, in welchem sie ertheilt worden sind, Kraft. Jedem, der im Kaiserreiche oder Königreiche bereits ein Privilegium erhalten hat, steht es frei, in der im Kaiserreiche festgesetzten Ordnung um die Ausdehnung der Wirksamkeit dieses Privilegiums auch auf das andere Land für die ganze Dauer der Zeit bis zum Ablauf der Frist, auf welche das Privilegium ursprünglich ertheilt worden war, nachzusuchen.

5) Die bis hiezu im Königreiche in Geltung gewesene Verordnung des Verwaltungsraths vom 8. (20.) Juli 1837 und alle übrigen Gesetzesbestimmungen über die Ertheilung von Privilegien sind aufzuheben.

6) Alle Anordnungen in Betreff der Ausführung des gegenwärtigen Ukases, welcher unverzüglich in das Journal der Gesetze einzutragen ist, werden dem Finanzminister, nach Uebereinkunft mit Unserem Statthalter im Königreiche und dem Domainenminister, übertragen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen zur Erfüllung dessen die erforderliche Anordnung zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

**„Alexander.“**

St. Petersburg den 16. Februar 1867.

# Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Russen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

**Nr. 59.** Bei der durch eine desfallsige Unterlegung des Wolmarschen Ordnungsgerichts veranlaßten Revision der mittelst Patents vom 28. Mai 1825 für die Livländischen Landjahrmärkte in Banko-Assignation emanirten und mittelst Patents vom 13. November 1847 in Silberwährung festgestellten Standgeldertage hatte die Livländische Gouvernements-Verwaltung, davon ausgehend, daß dem Besitzer eines Gutes, welchem die Abhaltung von Jahrmärkten concedirt worden, resp. der örtlichen Gutsverwaltung, auf der gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Grundlage füglich nur das Recht zugestanden werden kann, von den, den Jahrmarkt beziehenden Personen für die Benutzung der auf dem Jahrmarktplatz hergestellten festen Buden oder Umzäunungen, sowie des dazu hergegebenen Materials eine entsprechende Miethzahlung zu beanspruchen, die Benutzung des Jahrmarktplatzes als solchen dagegen nicht etwa von der Entrichtung einer in Form einer Standgeldertage zu erhebenden Abgabe abhängig gemacht werden kann, — die Aufhebung der im Jahre 1825 publicirten Standgeldertage für zeitgemäß erachtet und Se. Excellenz den Herrn General-Gouverneur um die Genehmigung hierzu, sowie zum Erlaß einer neuen Tage ersucht, in welcher lediglich der Maximal-Betrag der Miethzahlung für die Benutzung der auf den Jahrmärkten errichteten festen Buden und Umzäunungen, desgleichen für die Anmietung des dazu erforderlichen Materials normirt werde.

In Folge dessen wird nach nunmehr erfolgter Zustimmung Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß nach geschehener Außerkraftsetzung der mittelst Patents vom 28. Mai 1825 in Banko-Assignation emanirten und mittelst Patents vom 13. November 1847 in Silberwährung festgestellten Standgeldertage für die Livländischen Landjahrmärkte, als höchster Preis für die Benutzung der auf den Jahrmarktplätzen befindlichen Einrichtungen, resp. für die Anmietung des dazu erforderlichen Materials nachstehende von den betreffenden Gutsbesitzern, resp. den örtlichen Gutsverwaltungen in Zukunft genau zur Richtschnur zu nehmende Miethbeträge festgesetzt worden sind:

1) für die Benutzung einer größeren Bude	4 Rbl. — Kop.
2) für die Anmietung des Materials zu einer solchen Bude	3 " — "
3) für die Benutzung einer fertigen kleinen Bude	2 " — "
4) für die Anmietung des Materials zu einer solchen Bude	1 " — "
5) für das Eintreiben eines Pferdes oder größern Stück Viehs in die auf dem Jahrmarktplatz errichtete Umzäunung	— " 10 "
6) für das Eintreiben von kleinerem Vieh	" 5 "

Betreffend die neue Standgeldertage für die Livländischen Landjahrmärkte.

Riga-Schloß, den 21. April 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältester Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 60.** Ukase Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst das Allerhöchst bestätigte Verzeichniß der Verkaufspreise für Salz, sowie der Accise und Zollgefälle von demselben für das Jahr 1867 publicirt wird:

Auf dem Original steht geschrieben: Der Herr und Kaiser hat dieses am 10. Januar 1867 zu St. Petersburg durchzusehen geruht.

Unterschrieben: Reichssecretair Fürst Urussow.

## Verzeichniß

der Verkaufspreise für Salz, der Accise und Zollgefälle von demselben für das Jahr 1867.

	Per Pud. Kopeken.		Per Pud. Kopeken.
<b>Im europäisch. Rußland.</b>		im Ledengischen im Wologda-	
1) Preise für den en-gros Verkauf.		schen Gouvernement .	60
<b>A. Von den Kronsalzquellen und Salzwerken:</b>		<b>B. In den Vorraths- und en-gros Verkaufsmagazinen:</b>	
im Astrachanschen Gouvernement.		Zu Nischni- } für Elton-Salz	53
in Baskuntschakf . . . . .	35	Nowgorod: } für Permisch. Salz	56
im Alagirschen und andern Häfen des Astrachanschen Gouvernements . . . . .	33	Zu Bertjal . . . . .	35
<b>in der Krim:</b>		<b>C. In den Magazinen der örtlichen Versorgung.</b>	
von den innern . . . . .	5	Aus den in den Großrussischen Gouvernmts. verbleibenden Magazinen und Verkaufsläden ist das Salz im J. 1867 zu den in dem Verzeichniß pro 1866 festgesetzten Preisen zu verkaufen.	
von den äußern . . . . .	35	Anmerkung. Alle gedachten Salzpreise können vom Finanzminister entsprechend den im Privatverkauf bestehenden Preisen ermäßigt werden.	
<b>Von den Aegzischen Salzquellen:</b>			
für feines . . . . .	24		
für grobes . . . . .	33		
<b>in den Salzwerken:</b>			
im Dedjuchinschen im Permischen Gouvernement . . . . .	45		

## In Sibirien.

### A. Im östlichen.

In den Gouvernements:

#### Seniseist:

a) In der Troikfischen Salz-  
siederei . . . . . 66

b) In den en-gros Verkaufs-  
magazinen:

Im Jakowlewischen, für gesiedetes  
Salz aus der Troikfischen Sie-  
derei . . . . . 70

Im Minussinskischen, für ange-  
schossenes Salz der Tomskischen  
Seen:

Im en-gros Verkauf . . . . . 105

Im detail Verkauf . . . . . 110

c) In den Magazinen der ört-  
lichen Versorgung:

Zu Turuchansk für gesiedetes . . . . . 85

Zu Seniseist (Salz aus der . . . . . 83

Zu Kansk Troikfischen . . . . . 80

Zu Krasnojarsk Siederei. . . . . 110

Zu Ustschinsk für angeschossenes . . . . . 84

Zu Janowsk (Salz der Tomsk-  
fischen Seen. . . . . 100

d) In den Verkaufsläden:

Zu Tassejewsk für gesiedetes . . . . . 66

Zu Zubatsk (Salz aus der . . . . . 85

Zu Dudinsk Troikfisch. Sie- . . . . . 85

Zu Ustjansk derei. . . . . 66

Zu Koschemsk für gesiedetes . . . . . 100

Zu Prospichinsk (Salz aus der . . . . . 100

Zu Pintschuga Irkutskischen . . . . . 100

Siederei. . . . . 100

e) in den Korn-Vorraths Ma-  
gazinen:

#### Im Turuchanskischen Gebiet:

Zu Blochinsk und Tolstono-  
sowsk, für gesiedetes Salz aus  
der Troikfischen Siederei . . . . . 85

#### Irkutsk:

In den Salzsiedereien:

Zu Irkutsk . . . . . 78

Per Rub.  
Kopeken.

Zu Ustjutsk, für die Goldsucher  
des Olenokischen Bezirks . . . . . 81

Im Troikfossawskischen Maga-  
zine für die örtliche Versorgung . . . . . 91

In den Magazinen:

Im en-gros Magazin zu Ir-  
kutsk . . . . . 86

In allen andern Magazinen  
und Verkaufsläden des Gouver-  
nements Irkutsk . . . . . 95

#### In der Transbaikalischen Provinz:

In den beim Borsinskischen See  
errichteten Magazinen . . . . . 51

In allen andern Magazinen  
und Verkaufsläden der Trans-  
baikalischen Provinz . . . . . 91

#### In der Provinz Jakutsk:

Bei den Kempendeschischen Salz-  
quellen im Wiljuischen Bezirk . . . . . 8

In allen Magazinen und Ver-  
kaufsläden überhaupt in der Pro-  
vinz Jakutsk . . . . . 95

#### In der Amur- und der See- Provinz:

In allen Magazinen und Ver-  
kaufsläden der Amur- und der  
See-Provinz . . . . . 91

### B. Im westlichen.

In den Gouvernements:

#### Tobolsk:

a) Aus den Korärowschen Vor-  
räthen . . . . . 35

b) In den en-gros Magazinen:

Zu Tobolsk . . . . . 48

Zu Dmsk . . . . . 46

Zu Salutorowsk . . . . . 58

In den Magazinen der örtlichen  
Versorgung:

Zu Ustj-Isschinsk . . . . . 50

Zu Tobolsk . . . . . 52

Zu Dmsk . . . . . 46

Zu Samarowsk . . . . . 58

Zu Salutorowsk . . . . . 58

Per Rub.  
Kopeken.

	Per Pud. Kopeken.		Per Pud. Kopeken.
Zu Beresowsk	65	von der Accisezahlung nicht be-	
Zu Turinsk	64	freite Salz, gleichwie für das	
Zu Belümsk	76	aus den dem Fürsten Scham-	
Zu Surgutsk.	68	chal Tarkowsky gehörenden Seen	
<b>Tomsk:</b>		gewonnene Salz bei der Ein-	
a) Aus den Seen:		fuhr desselben nach Astrachan	
Aus dem Burlinskischen	34	ist eine gleichmäßige Accise zu	
Aus dem Tawalschanskischen	30	entrichten i. Betrage pr. Pud von	30
Aus dem Petschatotschnisch. und		Mit Ausnahme des Salzes:	
Kotschkowatschen	34	a) welches aus den Privatsie-	
Aus dem großen Salzbruch-See	30	dereien des Archangelschen Gou-	
b) In den en-gros Magazinen:		vernements in den freien Verkauf	
Zu Idolow	44	gelangt, von welchem erhoben	
Zu Tomsk	60	werden per Pud	10
Zu Spirinsk	46	b) welches aus den Salzwerken	
c) In den Magazinen der ört-		des Wologdasch. Gouvernements	
lichen Versorgung:		gewonnen wird, von welchem	
Zu Ustjakamenogorsk	61	erhoben werden per Pud	20
Zu Barnaul	52	c) welches aus dem Berge Lo-	
Zu Pawlowsk	55	chapschatschei im Senotajewsch.	
Zu Sufunsk	55	Kreise im Astrachanschen Gou-	
Zu Kainsk	65	vernement gewonnen wird, von	
Zu Wosnessensk	65	welchem erhoben werden pr. Pud	25
Zu Tomsk	60	und d) von Glauber- und dem	
Zu Smeinogorsk	65	ähnlichen Salzen, von welchen	
Zu Loktemsk	65	zu erheben sind per Pud	10
Zu Mariinsk	62	Anmerkung. Von der Zah-	
Zu Buchtarminsk	85	lung der Accise sind befreit: 1)	
Zu Kusnezk	65	das Salz, welches aus den	
Zu Salairsk mit den nahege-		innern Krimischen Salzseen zum	
legenen Goldgruben	71	Verbrauch innerhalb der Krim	
Im Magazin des Tomskischen		gewonnen wird, und 2) das aus	
Salzwerks mit den Mrajschen		den Dessaschen, Krimischen und	
und Tarsminskischen Goldgruben	71	Astrachanschen Kronsalzquellen	
Zu Biisk	66	gewonnene Glauber- und Bit-	
Zu Mariinsk	78	tersalz, welches ausschließlich als	
d) In den Verkaufsläden:		Zuthat zum Viehfutter verwandt	
Zu Kolluwansk	65	wird.	
Zu Ridderst	76	3) Für die Berechtigung	
Zu Süräni	88	Salz zu gewinnen, zu	
2) Accise von inländischem		leistende Zahlung für 1 Pud.:	
Salz.		a) aus den Kronsalzquellen:	
Für alles inländische, sowol		Aus dem Krimischen, Astrachan-	
aus Kron- als auch aus Pri-		ischen und dem Elton-See zu	1
vatsalzquellen gewonnene und			

	Per Pud. Kopeken.		Per Pud. Kopeken.
b) in den Salzfiedereien: in der Dedjuchinschen in der Ledengschen	1 1/2 3	erlaubt ist, ein gleichmäßiger Zoll erhoben, im Betrage per Pud von	35
4) Zollgefälle: Von ausländischem Salz wird in allen Häfen des Kaiserreichs in denen der Import desselben		mit Ausnahme der Häfen der Archangelschen Gouvernements, in welchen zu erheben sind per Pud	20

Betreffend das Verzeichniß der Verkaufspreise  
für Salz, sowie der Accise und Zollge-  
fälle von demselben pro 1867.

Aus dem 1. Departement vom  
7. Februar 1867 Nr. 12002.

**Nr. 61.** Ukaß Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das nachstehende,  
am 28. December 1866 Allerhöchst bestätigte Verzeichniß der Verkaufspreise für  
Salz in Transkaukasien und im Stavropolschen Gouvernement für das Jahr 1867  
publicirt wird.

Betreffend das Verzeichniß der Verkaufspreise  
für Salz in Transkaukasien und im Stav-  
ropolschen Gouvernement.

Aus dem 1. Departement vom  
24. Januar 1867 Nr. 6560.

Dieses Verzeichniß ist auf den Beschluß des Kaukasischen Comité's in St.  
Petersburg am 28. December 1866 Allerhöchst bestätigt worden.

Unterscriben: Geschäftsführer des Comité's Staatssecretair N. Gulkewitsch.

## Verzeichniß

der Verkaufspreise für Salz in Transkaukasien und im Stavropolschen  
Gouvernement für das Jahr 1867.

	Per Pud. Kopeken.		Per Pud. Kopeken.
<b>In Transkaukasien.</b>		In den Lagern und Magazinen bei den Seen für grobkörniges Salz	15
A) Bei den Salzwerken: Dem Kulpinschen und Nachit- schenwanschen.		B. In den Magazinen:	
In Steinen	15	Für den en-gros Verkauf in, Pirusa für grobkörniges	25
Für feines	8	Für den örtlichen Bedarf:	
Dem Bakuschen und Schir- wanschen.		In Baku, für den innern Ver- brauch, für grobkörniges und in Quadern	17
Bei dem Süchafschen Salzsee für Salz in Quadern	12		

	Per Pud. Ropeken.		Per Pud. Ropeken.
In Erivan, für Kulpinsches in Stangen	23	Für Süchasesches Salz in Quatern zum Export nach Persien aus dem Bakuschen Magazin und aus den Lagern und Magazinen bei den Salzseen	6
In Schemacha } für Salz in Quatern	25		
	30		
In Alexandropol für Kulpinsches in Stangen	28	<b>II. Im Stawropolschen Gouvernement.</b>	
In Kuba } für grobkörniges	35	An allen Orten des Salzverkaufs:	
In Nucha } für grobkörniges	50		
In Tiflis für Kulpinsches in Stangen	53	Für alle Käufer	51

Anmerkung 1. Die in diesem Verzeichniß festgesetzten Salzpreise für Transkaffien können von der Oberverwaltung dieses Landstrichs im Laufe des Jahres abgeändert werden, wenn solches unumgänglich nothwendig ist, unter Beobachtung der durch das am 26. Februar 1845 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths festgestellten Regeln.

Anmerkung 2. Der allgemeine Verkaufspreis für Salz in den Magazinen des Stawropolschen Gouvernements wird bis dahin festgesetzt, daß in Betreff der Organisation des Salzbetriebes in diesem Gouvernement auf neuen Grundlagen eine besondere Anordnung erfolgt.

Unterschieden: Finanzminister, Staatssecretair **R e u t e r n.**

**Art. 62.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Kriegsministers hinsichtlich der Frage in Betreff der Streichung von Nachrechnungen kraft der Verjährung, für gut erachtet zu verordnen: 1) In Ergänzung des Art. 1405 Buch V Thl. IV des Cod. der Militairgesetze: „Die zehnjährige Verjährung erstreckt sich auch auf Kronsz-Beitreibungen, die in Folge von Nachrechnungen verfügt worden sind, wenn der Lauf der Verjährung seit dem Tage der Feststellung der Nachrechnung, nicht durch eine in der gesetzlich dafür bestimmten Ordnung geführte Correspondenz wegen Ermittlung des Schuldners oder seines Vermögens unterbrochen worden war. Die Beitreibungen, welche gemäß der zehnjährigen Verjährung denjenigen Personen, die den Nachrechnungen unterlagen, erlassen werden, sind gegen diejenigen Behörden und Personen zu richten, die schuldig sind, nicht die gesetzlichen Maßregeln zur Ausführung der Beitreibungen ergriffen zu haben“ Und 2) In Ergänzung des Art. 369 Bd. VIII Thl. II des allgemeinen Rechnungs-Codex: „Die zehnjährige Verjährung erstreckt sich gleichermaßen auf Sachen betreffend Nachrechnungen, die durch eine Revision allendlich festgestellt sind, wenn seit dem Tage der Feststellung der Nachrechnung die

Sache wegen Beitreibung derselben 10 Jahre lang ganz ruhen geblieben ist, wobei die Beitreibung anstatt gegen die Personen, welche der ursprünglichen Nachrechnung unterlagen, nunmehr gegen diejenigen Behörden und Personen zu richten ist, welche durch Verabsäumung der für die Beitreibung festgesetzten Frist es dahin haben kommen lassen, daß die Krone ihrer Beitreibungsrechte verlustig gegangen ist.

Betreffend die Streichung von Nachrechnungen  
kraft der Verjährung.

Aus dem 1. Departement vom  
17. März 1867, Nr. 24819.

**Nr. 63.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern betreffend die Erlaubniß, hebräische Aerzte zum Medicinal-Dienst im Ressort des Ministeriums des Innern überall, außer in den Residenzen St. Petersburg und Moskau und deren Gouvernements, anzunehmen, für gut erachtet, in Ergänzung der betreffenden Artikel des Cod. der Reichsgeseze zu verordnen: den hebräischen Aerzten, auch wenn sie nicht den in der Anmerkung 2 zum Art. 59 Bd. III, Verordnung über den Staatsdienst verlangten höchsten gelehrten Grad haben, ist es gestattet, an allen Orten des Reichs, außer in den Residenzen St. Petersburg und Moskau und deren Gouvernements in den Medicinal-Dienst im Ressort des Ministeriums des Innern zu treten.

Betreffend die Erlaubniß, hebräische Aerzte zum  
Medicinal-Dienst im Ressort des Ministeriums des Innern überall, mit Ausnahme  
der beiden Residenzen, anzunehmen.

Aus dem 1. Departement vom  
21. Februar 1867, Nr. 15898.

**Nr. 64.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 11. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths folgenden Inhalts publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern wegen Uebergabe der Krepst- und Hypothekensachen aus der Estländischen Gouvernements-Regierung an die Verwaltung des örtlichen Oberlandgerichts und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers-Sentiment für gut erachtet: 1) Die Corroborations- und Ingrossationsachen hinsichtlich der Immobilien, welche sich in den Städten Wesenberg, Weißenstein und Baltischport auf dem Dom zu Reval und im Jurisdictionsbzirk des Schloßvogtei-Gerichts des Doms befinden; aus der Estländischen Gouvernements-Regierung an die Verwaltung des örtlichen Oberlandgerichts zu übergeben und letzterem anheimzustellen, falls in solcher Veranlassung eine Verstärkung seiner Kanzlei nothwendig wird, in der desfalls für gedachtes Oberlandgericht festgesetzten Ordnung zu verfahren. 2) Die Anmerkung zum Punkt 41 des Art. 716, Bd. II Thl. I der allgemeinen Gouvernements-Verordnung, betreffend die Verhandlung der erwähnten Angelegenheiten bei der Estländischen Gouvernements-Regierung, aufzuheben.

Betreffend die Uebergabe der Krepst und Hypothekensachen aus der Estländischen Gouvernements-Regierung an die Verwaltung des örtlichen Oberlandgerichts.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Februar 1867, Nr. 26253.

**Nr. 65.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths darüber, daß diejenigen Personen, welche gegen Gehalt aus den Summen der allgemeinen Fürsorge dienen, die von ihnen durch den früheren Dienst erdienten Pensionen behalten, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern in dieser Angelegenheit und in voller Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment über die Nothwendigkeit, allen Personen überhaupt, welche gegen Gehalt aus den Summen der allgemeinen Fürsorge dienen, das Recht zu gewähren, die durch ihren früheren Dienst erworbenen Pensionen beizubehalten, für gut erachtet: den Punkt 7 des Art. 12 des Reglements über Pensionen und einmalige Unterstützungen, Bd. III des Cod. der Reichsgeseze, durch folgende Worte zu ergänzen: „wie auch die in Aemtern mit Gehalt aus den Summen der allgemeinen Fürsorge Dienenden.“

In Betreff dessen, daß diejenigen Personen, welche gegen Gehalt aus den Summen der allgemeinen Fürsorge dienen, die von ihnen durch den früheren Dienst erdienten Pensionen beibehalten.

Aus dem 1. Departement vom  
20. Februar 1867 Nr. 15405.

**Nr. 66.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft der am 27 Januar 1867 unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Majestät Einem Dirigirenden Senat ertheilte Namentliche Allerhöchste Befehl publicirt wird, in welchem es heißt: „In Grundlage des § 27 des Statuts der Kaiserlichen Familie ernennen Wir zum Curator bei Sr. Kaiserlichen Hoheit, Unserem geliebten Neffen, dem Fürsten Eugen Maximilianowitsch Romanowski, Herzog von Leuchtenberg, den Commandeuren des Lehrbataillons der Infanterie, General-Major Unserer Suite von Nothbeck.“

Betreffend die Ernennung des General-Majors von der Suite Sr. Kaiserlichen Majestät von Nothbeck zum Curator bei Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Fürsten Eugen Maximilianowitsch Romanowski, Herzog von Leuchtenburg.

Aus dem 1. Departement vom  
7. Februar 1867 Nr. 13870.

**Nr. 67.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes, am 27. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Betreff dessen, daß dem Departement der innern Beziehungen und dem Moskauischen Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die Verpflichtung, Uebersetzungen verschiedener Documente aus fremden Sprachen in die Russische und umgekehrt anzufertigen, abgenommen werden möge, für gut erachtet: „I. Die Art. 2348 und 2349 des Cod. der Reichsgeseze Bd. 1, Verfassung der Ministerien, durch folgende zu ersetzen: 1) Zu den Geschäfts-Gegenständen des De-

partements der innern Beziehungen gehört die Durchsicht, auf Requisition der Gerichtsbehörden (sowol der früheren, als auch der nach den Reglements vom 20. November 1864 organisirten), russischer Uebersetzungen von Akten, die in fremden europäischen Sprachen geschrieben sind. 2) Die Wirksamkeit des Artikels 540 der Civil-Proceßordnung vom 20. November 1864 hinsichtlich der Ordnung der Durchsicht der Uebersetzungen von Documenten, erstreckt sich auch auf Sachen, die bei Gerichts-Institutionen verhandelt werden, welche nach den vor Erlaß der Gerichts-Ordnungen vom 20. November 1864 in Geltung gewesenen Regeln organisiert sind. 3) In demselben Departement der innern Beziehungen werden beglaubigt: erstens, die Attestationen der russischen Gesandtschaften, Missionen und Consulate, welche sich in Europa und Amerika befinden, auf Akten und Documenten, die bei russischen Behörden vorzuweisen sind; zweitens, die Attestationen der russischen Behörden und obrigkeitlichen Personen auf denjenigen Akten und Documenten, welche der Abfertigung an in Europa und Amerika befindliche Behörden unterliegen; drittens, die auf Ansuchen von Privatpersonen ausgefertigten Attestationen der Unterschriften der Börsen-Notaire, Makler und anderer durch das Gesetz autorisirter Personen auf von ihnen aus der russischen in fremde europäische Sprachen angefertigten Uebersetzungen von Akten, welche von diesen Personen an Gerichts- und Regierungsbehörden fremder Staaten abzufertigen sind. 4) Die von den obgedachten Personen ausgefertigten Attestationen der Uebersetzungen von Akten werden vom Departement der innern Beziehungen in Grundlage der Bescheinigungen der betreffenden Instanzen oder officiellen Personen über die Authenticität jener Unterschriften beglaubigt. II. Den Artikel 2362 desselben I. Bandes, Verfassung der Minist., folgendermaßen zu fassen: das Moskausche Haupt-Archiv besteht unter der Verwaltung eines Directors aus zwei Abtheilungen; die erste derselben beschäftigt sich mit der Verhandlung der ökonomischen Angelegenheiten des Archivs und die zweite mit dem Sortiren und Ordnen der in demselben bewahrten alten Acten."

In Betreff dessen, daß dem Departement der innern Beziehungen und dem Moskauschen Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die Verpflichtung, Uebersetzungen verschiedener Documente aus fremden Sprachen in die russische und umgekehrt anzufertigen, abgenommen worden ist.

Aus dem 1. Departement vom  
28. März 1867 Nr. 30535.

Riga-Schloß, den 3. Mai 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältester Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 68.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 18. April 1867 Nr. 34828, desmittelst das am 17. April c. erlassene Allerhöchste Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät, betreffend die Volljährigkeit Seiner Kaiserlichen Hoheit des Herrn und Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch und den von Demselben geleisteten feierlichen Eid, Seiner Kaiserlichen Majestät und dem Staate zu dienen, publicirt wird:

## Wir Alexander der Zweite,

von Gottes hilfreicher Gnade

### Kaiser und Selbstherrscher aller Ruessen,

König von Polen, Großfürst von Finnland

u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

Thun allen Unsern getreuen Unterthanen kund:

Am 10. d. Mts. hat Unser vielgeliebter Sohn, der Großfürst Wladimir Alexandrowitsch, das durch die Reichsgrundgesetze für die Volljährigkeit der Glieder Unseres Kaiserlichen Hauses festgesetzte Alter erreicht und am heutigen Tage vor dem Angesicht der heiligen Kirche und unter dem Banner der Ehre, in Unserer Gegenwart, feierlich den Eid, Uns und dem Staate zu dienen, geleistet.

Indem Wir mit dem Gefühle väterlicher Bärtlichkeit Ihn zu der Ihn von nun an vorliegenden so wichtigen und ausgedehnten Laufbahn segnen, erheben Wir zugleich mit unerschütterlichem Glauben inbrünstige Gebete zu dem Höchsten: daß er Ihn auf allen Wegen des Lebens durch die Gabe der Weisheit und Gerechtigkeit segnen und kräftigen möge, zur Erhöhung der Macht und des Ruhmes Unseres Thrones und des Vaterlandes. Wir sind fest überzeugt, daß Unsere geliebten getreuen Unterthanen sich einmütig mit diesen Unseren Gebeten für Ihn mit der Innigkeit und Ergebenheit vereinigen werden, welche stets Unser Herz mit aufrichtiger Freude erfüllt haben.

Gegeben zu St. Petersburg am 17 April im Jahre nach Christi Geburt achtzehnhundert sieben und sechzig, Unserer Regierung aber im dreizehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterzeichnet.

(L. S.)

„Alexander.“

Gedruckt in St. Petersburg bei dem Senat den 18. April 1867.

**Mr. 69.** Ufas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 6. März 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung der Minister des Innern und der Finanzen und des Reichs-Controleurs betreffend die Ordnung der Verwaltung des allgemeinen Versorgungs-Capitals des Ministeriums des Innern, für gut erachtet: 1) Das allgemeine Versorgungs-Capital bildet ein Specialmittel des Ministeriums des Innern behufs Ertheilung von Vorschüssen, zur Versorgung und zum Besäen der Felder in den äußersten Fällen, nachdem in irgend einem Gouvernement oder einer Provinz sowohl die ländlichen Getreidevorräthe, als auch des Gouvernements Versorgungs-Capitals vollständig erschöpft sind, und behufs Deckung der Ausgaben für den Unterhalt der Verwaltung der unter die Administration des Ministeriums gestellten Central-Vorraths-Magazine des Domainen-Ministeriums. 2) Alle Summen des allgemeinen Versorgungs-Capitals werden verzinslich in der Reichsbank oder in Werthpapieren angelegt und die bezüglichlichen Documente in der Haupt-Kentei aufbewahrt. 3) Zum Bestande dieses Capitals werden die Zahlungen geschlagen, welche einfließen: a) auf die Steuer-Rückstände für die frühere Zeit von allen Ständen, welche die Steuer zu erlegen, dieselbe jedoch nicht rechtzeitig eingezahlt haben; b) auf den gegenwärtigen Oflad von denjenigen Ständen, von denen die Versorgungssteuer noch nicht in dem festgesetzten Betrage eingeflossen ist; c) als Abtrag auf die zum Zweck der Versorgung sowohl aus dem Reichsschatz und den Collegien der allgemeinen Fürsorge, als auch aus den Versorgungs-Capitalien aller Ressorts (der Ministerien des Innern, der Reichs-Domainen und Apanagen) ausgereichten Vorschüsse. 4) Ueber alle, dem allgemeinen Versorgungs-Capitale zukommenden jährlichen Zahlungen (Art. 3, a, b, c) haben die Versorgungs-Commissionen oder Tische, oder wo keine solche vorhanden sind, die Gouvernements-Regierungen jährlich zum 1. November des den Zahlungen vorhergehenden Jahres, dem Kameralhofe Vorschläge mit der Angabe, von wem namentlich und in welchem Betrage diese Zahlungen zu leisten sind, zu übersenden, behufs Eintragung dieser Zahlungen in die verordneten Oflad-bogen. Nach Ablauf des Zahlungsjahres retradirt der Kameralhof die Vorschläge mit Bemerkungen über den Betrag der von jeder Gemeinde oder Person zur Abtragung der Vorschüsse und Rückstände eingeflossenen Zahlungen. 5) Auf Anordnung des Kameralhofs werden alle gedachten Zahlungen (Art. 3) von den Kreisrenteien (welche verpflichtet sind, über solche Zahlungen eine von den Summen des Reichsschatzes abgeforderte Rechnung zu führen) unmittelbar von den Zahlern entgegengenommen und den örtlichen Versorgungs-Commissionen oder Tischen, oder wo solche nicht vorhanden den Gouvernements-Regierungen Talons der Quittungen übersandt, in welchen bemerkt wird: von wem, für welchen Gegenstand und wieviel empfangen worden ist. Diese Talons dienen als Documente für die Verzeichnung dieser Summe in den Buchhalterebüchern der genannten Institutionen. 6) Die Ordnung der Lieberendung der Summen des allgemeinen Versorgungs-Capitals aus den Kreis-Renteien an die Haupt-Kentei für laufende Rechnung des Deconomie-Departements wird im Einvernehmen der Ministerien des Innern und der Finanzen bestimmt, wobei die betreffenden Renteien von jeder stattgehabten Sendung das Deconomie-Departement zu benachrichtigen haben. 7) In Grundlage der im vorhergehenden § erwähnten Benachrichtigungen verhandelt das Deconomie-Departement mit der Haupt-Kentei wegen verzinslicher Anlegung dieser

Summen in der Reichsbank oder in Werthpapieren, von denen die Haupt-Kentei dem Deconomie-Departement ein Verzeichniß zu seiner Kenntniß übersendet. 8) Die Haupt-Kentei empfängt die Zinsen der in Documenten der Reichsbank oder in Werthpapieren bestehenden Summen des allgemeinen Versorgungs-Capitals und legt das baare Geld in gedachten Papieren oder in der Reichsbank verzinslich an, auf jedesmalige besondere Forderung des Deconomie-Departements, in Grundlage der. dafür bestehenden Regeln. 9) Zur Bewerksstelligung von Ausgaben aus dem allgemeinen Versorgungs-Capital erbittet das Ministerium des Innern sich in der festgesetzten Ordnung in dem Jahresvoranschlage seiner Specialmittel einen Credit für die Summe, die nach seinem näheren Ermessen sich als nothwendig herausstellt. 10) Die Verabfolgung von Vorschüssen aus der nach dem Voranschlage assignirten Summe auf die Zeit von 2 bis 3 Jahre wird auf Vorstellung der Gouverneure, welche auf den Verfügungen der Gouvernements-Landschaftsverwaltung oder der Versorgungs-Commissionen gegründet sind, vom Ministerium des Innern genehmigt, jedoch mit der Bedingung, daß das Ministerium für ein Gouvernement nicht mehr als 50,000 Rbl. an Vorschüssen für ein Jahr bewilligen darf, und zu Ausgaben, die diese Summe übersteigen, die Allerhöchste Genehmigung durch den Minister-Comité einholen muß. 11) Ueber die zur Ausgabe bewilligte Summe setzt das Deconomie-Departement die Haupt-Kentei in Kenntniß unter namentlicher Bezeichnung desjenigen Documents, auf welches dieselbe in Abrechnung und auf die laufende Rechnung des Reichsschatzes gebracht werden soll, wobei die Haupt-Kentei das Deconomie-Departement vom Tage der Ueberführung gedachter Summe benachrichtigt. 12) Die Assignirung der Summen aus der Haupt-Kentei auf die Gouvernements- und Kreiskassen des Finanz-Ministeriums geschieht auf Relation des Deconomie-Departements mit dem Departement der Reichs-Kentei. 13) Die zur Ausreichung bewilligten Summen werden in Rechnung gestellt: in den Gouvernements, in denen die Landes-Institutionen eingeführt sind, — der örtlichen Gouvernements-Landschafts-Verwaltung als eine unverzinsliche Schuld auf drei Jahre, und hat diese Verwaltung sowohl in Betreff der Vorschußertheilung an die Nothleidenden, als auch in Betreff der Rückzahlung der Vorschüsse an das allgemeine Versorgungs-Capital zum festgesetzten Termin (Art. 10) das Erforderliche anzuordnen. Dabei werden die als Abtrag auf die Vorschüsse einfließenden Zahlungen auf Anordnung besagter Verwaltung an die Haupt-Kentei für laufende Rechnung des Deconomie-Departements gesandt, welches letztere von jeder solchen Sendung zu benachrichtigen ist, behufs der seinerseits gemäß Art. 7 und 8 zu treffenden weiteren Anordnungen. 14) In denjenigen Gouvernements, in denen die Landschafts-Institutionen nicht eingeführt sind, wird der vom Ministerium des Innern aus dem allgemeinen Versorgungs-Capital bewilligte Vorschuß unter die Nothleidenden auf Anordnung der Volks-Versorgungs-Commission, oder wo keine solche vorhanden ist, auf Anordnung der Gouverneure vermittelt der örtlichen Gemeinde-Verwaltungen vertheilt und als eine unverzinsliche Schuld auf drei Jahre den betreffenden Land- oder Stadt-Gemeinden in Rechnung gestellt. Ueber den Betrag der Schuld einer jeden Gemeinde wird den örtlichen Kreis-Kenteien, zur gehörigen Anordnung hinsichtlich der Beitreibung derselben in der zur Rückzahlung des Vorschusses festgesetzten Frist, Mittheilungen gemacht, mit den eingeflossenen Zahlungen aber wird auf den, in den Artikeln 5 und 8 dieser Regeln angegebenen Grundlagen verfahren. 15) Falls nach Verlauf von drei Jahren, von der Zeit der Ausreichung

des Vorschusses aus dem allgemeinen Versorgungs-Capital (Art. 13 und 14), dieser Vorschuß nicht zurückgezahlt worden ist, so werden mit Eintritt des vierten Jahres, vom Tage der Ausreichung des Vorschusses an, von derjenigen Person, die denselben nicht zurückgezahlt hat, bis zur Tilgung desselben Zinsen beigetrieben, und zwar zu  $\frac{1}{4}\%$  monatlich oder zu 30% jährlich vom ganzen Betrage des zum Beginn des vierten Jahres unbezahlt verbliebenen Vorschusses. 16) Die Rechnungsführung über das allgemeine Versorgungs-Capital unterliegt denselben Bedingungen, welche überhaupt für die Rechnungsführung über die Special-Mittel der Ministerien und der Ober-Verwaltungen festgesetzt sind, mit denjenigen Abänderungen in den Formen der Buchhalterei-Bücher, welche nach Uebereinkommen des Ministeriums des Innern mit der Reichs-Controle für nothwendig erachtet werden. 17) Die Rechenschaftsablegung über die zum allgemeinen Versorgungs-Capital geflossenen Einnahmen und über die aus diesem Capitale bewerkstelligten Ausgaben wird von den betreffenden Cassen des Finanzministeriums in der allgemeinen festgesetzten Ordnung den Institutionen der Reichs-Controle übersandt. 18) Die dem allgemeinen Versorgungs-Capitale zukommenden Rückstände der für dasselbe festgesetzten Steuer können nur in den Fällen als inezigibel erachtet werden, wenn bei der Zahlungsunfähigkeit denjenigen Personen, von denen sie erhoben werden sollten, das Einfließen derselben nicht durch eine solidarische Caution sicher gestellt worden war, wobei hinsichtlich der Ordnung der Excludirung dieser Rückstände die für die Excludirung von Kronz-Rückständen allgemein festgesetzten Regeln zu beobachten sind.

Betreffend die Ordnung der Verwaltung des  
allgemeinen Versorgungs-Capitals des Mi-  
nisteriums des Innern.

Aus dem 1. Departement vom  
28. März 1867, Nr. 30240.

**Nr. 70.** Ukas Eines Dirigirenden Senats desmittelfst folgendes am 20. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Bepriifung der Vorstellung des Ministers des Innern wegen Aufhebung der Einsendung von Tertial- und Halbjahrs-Verschlügen über unentschiedene Sachen Seitens der Unterbehörden und der Gerichte zweiter Instanz an die Gouvernements-Regierungen, und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers Sentiment für gut erachtet: die im Art. 909 Bd. II Thl. 1 des Cod. der Reichsgesetze, Gouvernements-Verfassung festgesetzten Regeln mit den Anmerkungen zu diesem Artikel, betreffend die von den Behörden, sowie von den Gerichten zweiter Instanz tertialiter und halbjährlich an die Gouvernements-Regierung einzusendenden namentlichen Verschlüge über unentschiedene Sachen aufzuheben.

Betreffend die Aufhebung der Einsendung der  
Tertial- und Halbjahrs-Verschlüge über  
unentschiedene Sachen Seitens der Unter-  
behörden und der Gerichte zweiter In-  
stanz an die Gouvernements-Regierungen.

Aus dem 1. Departement vom  
20. März 1867 Nr. 27631.

Riga-Schloß, den 5. Mai 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 71.** Ukase Eines Dirigirenden Senats desmittelft die am 7 Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Verordnung in Betreff der Zuschreibung der zur Sestroreksischen Gewehr- und zur Raimolowschen Eisenschmiedefabrik verzeichneten Leute zum Civil-Resort, nebst dem am 11. Februar 1867 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ordnung der Ausführung dieser Verordnung, publicirt wird.

Betreffend die Verordnung über die Zuschreibung der zur Sestroreksischen Gewehr- und zur Raimolowschen Eisenschmiedefabrik verzeichneten Leute zum Civil-Resort.

Aus dem 1. Departement vom  
17. März 1867, Nr. 25354.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:  
„Dem sei also.“

St. Petersburg, den 7. Februar 1867.

## **B e r o r d n u n g**

über die

Zuschreibung der zur Sestroreksischen Gewehr- und zur Raimolowschen Eisenschmiedefabrik verzeichneten Waffenschmiede und Handwerker zum Civil-Resort und über die Regelung ihrer Lebensstellung.

1) Die Waffenschmiede und Handwerker jeglicher Benennung der Sestroreksischen und Raimolowschen Kronsfabriken, sowol die bei den Fabriken selbst befindlichen, als auch die anders wohin abcommandirten, werden für immer von den obligatorischen Arbeiten entlassen und aus dem Militair-Resort aus- und zu den Landbewohnern, nach den in den nachfolgenden Artikeln enthaltenen Grundlagen, umgeschrieben.

1. Von den persönlichen Standes- und Vermögensrechten, welche den zur Sestroreksischen und zur Raimolowschen Fabrik verzeichneten Personen gewährt und von den Verpflichtungen, die ihnen auferlegt werden.

2) Mit der Entlassung der Fabrikleute aus dem Militair-Resort erhalten die Waffenschmiede und Handwerker alle persönlichen Standes und Vermögensrechte der Landbewohner, und unterliegen zugleich allen Verpflichtungen dieses Standes, in Grundlage der am 19. Februar 1861 Allerhöchst bestätigten allgemeinen Bauerverordnung, mit den unten festgesetzten Ausnahmen und Freiheiten.

3) Die von Waffenschmieden und Handwerkern abstammenden Ingenieur-Technologen, technologischen Praktikanten, Architekten-Gehilfen und Lehrer der Fabriksschule, welche ihre Bildung in Lehranstalten erlangt, wie auch solche, die sich nicht in Lehranstalten befunden, jedoch die Prüfung für die obgenannten Grade bestanden haben, erlangen alle Rechte und Vorzüge, die durch das Gesetz hinsichtlich der Erziehung gewährt werden, wobei ihnen die Zeit ihres obligatorischen Dienstes bei den Fabriken als wirklicher Dienst angerechnet wird.

4) Den Feldscherern und den Arzt- und Apotheker-Discipeln aus der Zahl der Waffenschmiede und Handwerker wird ihr obligatorischer Dienst bei den Fabrik-Krankenhäusern und dem Hospitale als wirklicher Dienst, mit den den niedern Medicinal- und pharmaceutischen Beamten gewährten Rechten, angerechnet.

5) Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, welche auf Anordnung der Fabrikobrigkeit zu den schriftlichen Arbeiten bei der Fabrik zugelassen worden sind, sowie die Zeichner oder Conductore, die Artillerie-Aufseher und die Lehrer der Fabriksschule, welche keine Attestate haben, erhalten das Recht zum Eintritt in den Dienst als Kanzelleibeamte der 3. Kategorie, wobei ihnen die Zeit ihres obligatorischen Dienstes zur Beförderung zum Classen-Ränge angerechnet wird.

Anmerkung. Diejenigen der in diesem Artikel benannten Personen aus dem Stande der Waffenschmiede und Handwerker, welche mit dem Range von Unteroffizieren im Dienst stehen, behalten das Recht, nach untadelhafter 12-jähriger Dienstzeit zum ersten Classenrang befördert zu werden, wenn sie nach Absolvirung eines Examens nach dem Allerhöchst bestätigten, dem Tagesbefehl des Kriegsministers vom 21. Mai 1866 sub Nr. 149 beigefügten Programm, dessen würdig erachtet werden. Einem Examen nach diesem Programm unterliegen auch alle übrigen in diesem Artikel benannten Personen, die nicht den Rang eines Unteroffiziers haben, wenn sie, nachdem sie den Kanzelleibeamten der 3. Kategorie zugezählt worden, die im Art. 615 Bd. III des Cod. der Reichsgesetze über den Civildienst festgesetzte 16-jährige Dienstzeit bei untadelhafter Führung ausgedient haben.

6) Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, die von ihrem 18. Lebensjahre an bei den Fabriken sich in Arbeit befunden haben, oder wenigstens 20 Jahre abcommandirt gewesen sind, wie auch diejenigen, welche bei dem Uebergange aus dem Militair- in das Civil-Resort als bejahrt, siech und verstümmelt zählen, werden für ihre Lebenszeit von den persönlichen Kron- und Landes-Abgaben und Prästanden, sowie von der Rekrutenpflichtigkeit befreit und solchem nach aus der Rechnung bei der Repartition dieser Abgaben und Prästanden ausgeschlossen.

7) Alle übrigen Waffenschmiede und Handwerker werden auf 6 Jahre, vom Tage der Bestätigung dieser Verordnung an, von den Kron-Abgaben und Reichs-Landesprästanden, sowie von der Rekrutenpflichtigkeit befreit und während dieser Freizeit nicht in die Rechnung für die Repartition eingeschlossen. Nach Ablauf dieser Freizeit sind sie aber verpflichtet, die bezeichneten Abgaben und Prästanden in der allgemeinen für die Landbewohner bestehenden Grundlage zu leisten.

Anmerkung. Hinsichtlich der Abgaben zum Volksverpflegungs-Capital unterliegen die zu entlassenden Waffenschmiede und Handwerker schon jetzt den allgemeinen, diesbezüglich für die Landbewohner bestehenden Verordnungen.

8) Den in dem vorstehenden Artikel 7 bezeichneten Waffenschmieden und Handwerkern wird, wenn sie nach Ablauf der Freizeit bei einer Rekrutenaushebung in den Militairdienst treten, ihr Dienst im Fabrik-Resort, von dem Alter von 18 Jahren an, als wirklicher Dienst angerechnet.

9) Bei Waisen, welche am Tage der Publication dieser Verordnung noch nicht das Alter von 21 Jahren erreicht haben, wird die im Art. 7 angegebene Freizeit in Bezug auf die Rekrutenpflichtigkeit, die Kron-Abgaben und die Reichs-Landesprästanden von der Zeit der erlangten Volljährigkeit gerechnet.

10) Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, welche am Tage der Publication dieser Verordnung die für die Zuerkennung von Belohnungen oder für die Bewilligung von Pensionen festgesetzte Zeit ausgedient haben, wie auch diejenigen, die wegen Schwäche oder in Folge einer Verstümmelung, wenn solches gesetzlich constatirt ist, als arbeitsunfähig anerkannt worden sind, genießen das Recht auf Erhalt von Belohnungen oder Pensionen und lebenslänglichen Unterstützungen in Grundlage der früheren, bis hiezu bestandenen Regeln.

Anmerkung 1. Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, wie auch deren Familien und Waisen, welche schon Pensionen und lebenslängliche oder temporäre Unterstützungen, in Grundlage der bis zur Bestätigung dieser Verordnung in Geltung gewesenen Regeln genießen, behalten ihr gegenwärtiges Recht auf den Erhalt dieser Pensionen und Unterstützungen von der Krone.

Anmerkung 2. Den vater- und mutterlosen Waisen, sowie den vaterlosen Kindern wird aus der Kronskasse zu ihrem Unterhalt eine Geldunterstützung verabsolgt und zwar bis zum Alter von 7 Jahren für ein Pud, und im Alter von 7 bis 16 Jahren für zwei Pud Roggenmehl monatlich, nach den örtlichen Marktpreisen.

Anmerkung 3. Den Bejahrten und Verstümmelten, welche keine Pensionen bezogen haben, aber von den Fabriken eine Unterstützung in Geld oder Proviant aus der Armensumme erhalten, wird diese Unterstützung bis zu ihrem Tode verabsolgt; anstatt des Proviantes jedoch wird ihnen Geld nach dem örtlichen Marktpreise gezahlt.

11) Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, welche die Fabrik-Verwaltung nicht als miethweise Handwerker behält, weil sie ihrer nicht bedarf, erhalten aus dem Kronsmagazine, sowol für sich selbst, als auch für ihre Familien, Proviant: für die ersten zwei Monate nach ihrer Entlassung — unentgeltlich, für die folgenden 10 Monate jedoch gegen Zahlung nach dem früheren Taxationspreise, und zwar Mehl zu 3 Rbl. 71½ Kop. per Sack und Grütze zu 4 Rbl. per Tschetwert.

12) Was die Waffenschmiede und Handwerker der Fabrik für Eisen, Vorräthe, Material und Proviant schulden, wird von den Rechnungen gestrichen und von ihnen nicht begetrieben.

13) das Gemeinde-Vermögen der Waffenschmiede und Handwerker, bestehend: in Geldcapitalien (Gemeinde-Capital aus dem Verkauf der Fabrikate und des Eisens, aus der Arrende der Ziegelbrennerei und aus der Proviant-Abgabe; Gemeinde-Capital für kirchliche Zwecke; Gemeinde-Summe für Waffen-Ablieferung; Gemeinde-Summe zum Unterhalt des Asyls für Töchter der Waffenschmiede und Gemeinde-Summe der Raiwolowschen Handwerker), in der Kinderbewahranstalt, und in der Ziegelbrennerei, wird den entlassenen Waffenschmieden und Handwerkern als Gemeinde-Eigenthum überlassen. Dieses Gemeinde-Vermögen der entlassenen Waffenschmiede und Handwerker wird ihnen, sobald ihre Gemeinde-Verwaltung organisirt ist, übergeben.

## II. Von der Gemeinde-Organisation.

14) Aus den entlassenen Waffenschmieden und Handwerkern wird eine Landgemeinde gebildet, deren Verwaltung in genauer Grundlage der Regeln der am 19. Februar 1861 Allerhöchst bestätigten allgemeinen Bauer-Verordnung und der Ergänzungsbestimmungen zu derselben organisirt wird.

Anmerkung 1. Diejenigen Waffenschmiede und Handwerker, welche bei ihrer Entlassung aus dem obligatorischen Verhältniß zur Fabrik den Wunsch äußern, sich zu andern Stadt- oder Landgemeinden verzeichnen zu lassen, können sich zu denselben in Grundlage der allgemeinen diesbezüglich bestehenden Regeln anschreiben lassen. Die Verhandlungen über ihre Anschreibung zu diesen Gemeinden werden auf gewöhnlichem Papier geführt, ohne Beitreibung von Stempelpapiergeldern.

Anmerkung 2. Diejenigen Handwerker, welche im Dorfe Raimolowa ansässig sind, bleiben, nach ihrer Zuzählung zu den Landbewohnern des St. Petersburger Gouvernements, wobei sie zum Bestande der Sestroreksischen Landgemeinde gerechnet werden, an dem gegenwärtigen Orte ihrer Ansiedlung, d. h. in Raimolowa auf Pässen wohnen, die ihnen unentgeltlich auf gewöhnlichem Papier ausgereicht werden. Diese im Dorfe Raimolowa wohnenden Personen unterliegen, in allgemeiner Grundlage, den örtlichen Polizei- und Gerichts-Autoritäten. In Angelegenheiten aber, die die Verhältnisse dieser Handwerker in der Sestroreksischen Gemeinde betreffen, ressortiren sie, wie die übrigen Glieder dieser Gemeinde, unter die Gemeinde-Verwaltung und die örtlichen Institutionen des St. Petersburger Gouvernements für Bauerangelegenheiten.

15) Die Gemeinde der entlassenen Waffenschmiede und Handwerker ressortirt unter die allgemeinen Gouvernements- und Kreis-Institutionen, sowie unter die örtlichen Institutionen für Bauer-Angelegenheiten in gleicher Grundlage mit den übrigen Landbewohnern. Solchem nach behält die örtliche Fabrikobrigkeit, ohne sich in die innere Verwaltung der Gemeinden zu mischen, nur das Recht der Aufsicht über die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in den Fabriken und ist sie in Fällen, die keinen Aufschub leiden, autorisirt, unverzüglich alle Maßregeln zur Unterdrückung von Unordnungen, die die Sicherheit der Fabrik gefährden könnten, zu ergreifen. In diesen Fällen benachrichtigt die Fabrikobrigkeit, nachdem sie die von ihr abhängigen Maßregeln ergriffen, nach der Hingehörigkeit, den Friedensvermittler oder die Polizei, behufs der seitens derselben zur Ergreifung der gesetzlichen Maßregeln zu treffenden Anordnungen.

Anmerkung 1. Die Fabrik behält die polizeiliche Autorität über die entlassenen Waffenschmiede und Handwerker bis dahin, daß aus denselben Gemeinden gebildet worden sind und ihre Gemeinde-Verwaltung eröffnet worden ist.

Anmerkung 2. Diejenigen Sachen, betreffend von Waffenschmieden und Handwerkern verübte Verbrechen, welche vor Entlassung dieser Leute aus dem obligatorischen Dienste zur Aburtheilung an die bei der Fabrik bestehenden kriegsgerichtlichen Institutionen gelangt sind, werden in den Kriegsgerichten in früherer Grundlage erledigt.

### III. Von der Agrar-Organisation.

16) Die von den Waffenschmieden und Handwerkern in Sestroreksk und Raimolowa auf Krons-Ländereien, mit eigenen Mitteln oder mit Unterstützung von der Krone, erbauten Häuser, nebst den zu diesen gehörigen Gesindes-Ländereien und Gemüsegärten und dem Rechte der allgemeinen Benützung der Tränken und Weiden, verbleiben den gegenwärtigen Besitzern unentgeltlich als Eigenthum. Ueber solche



Gesinde werden den Wirthen derselben die Besitzurkunden vom Fabrik-Resort unentgeltlich ausgestellt.

Anmerkung. Im Dorfe Raimolowa, woselbst kein unbenutztes Land zur Weide vorhanden ist, verbleibt den entlassenen Handwerkern die Weideberechtigung in den Kronsförsten, die sie bis hiezu benutzt haben.

17) Den Waffenschmieden und Handwerkern wird zum Neubau und zur Reparatur von Wohnhäusern und Nebengebäuden nach Ermessen des Kriegsministeriums, unentgeltlich Bauholz aus den Fabrikförsten, solange diese Försten unter der Verwaltung des Kriegsministeriums stehen, verabsolgt, und eine nicht zurückzahlende Geldunterstützung aus den Revenüen der Fabrik-Güter ausgereicht.

18) Die bis hiezu den Sestroreksischen Waffenschmieden und Handwerkern zur Benutzung überlassen gewesenen 815 Dessätinen Heuschlag werden ihnen als Gemeinde-Eigenthum unentgeltlich überlassen. Außerdem werden ihnen noch, bis zum Betrage von einer Dessätine auf die männliche Seele, 1441 Dessätinen von den disponiblen Fabrik-Ländereien, ebenfalls unentgeltlich, zugetheilt. Ueber diese Ländereien, im Betrage von 2256 Dessätinen, wird der Gemeinde vom Fabrik-Resort die Besitzurkunde unentgeltlich ausgestellt.

19) Für den Bedarf der entlassenen Waffenschmiede und Handwerker an Brennholz wird von den der Sestroreksischen Gemehrfabrik gehörenden Kronsförsten, nach Möglichkeit, ein besonderes Stück eingemessen, welches zur gemeinsamen Benutzung der Gemeinde gegen dieselbe Zahlung, welche die Reichsbauern für Benutzung des Waldes zu entrichten haben, überlassen wird. Bis zur Einweisung dieses Waldstücks wird ihnen Feuerungsmaterial in der Quantität abgelassen, die sie bis jetzt auf Anordnung der Fabrikobrigkeit erhalten haben.

20) Den Waffenschmieden und Handwerkern der Sestroreksischen und Raimolowschen Fabrik wird es freigestellt, auf ihren Wunsch, einen Antheil Ackerland von den im St. Petersburger Kreise befindlichen und zur freien Verfügung der Fabrik stehenden Ländereien zu erhalten. Denjenigen, welche einen solchen Wunsch aussprechen, wird dieser Antheil in der Quantität, die sich als möglich erweist, abgelassen, jedoch nicht mehr, als der für die Reichsbauern des St. Petersburger Kreises gesetzlich bestimmte Antheil und zwar zu 8 Dessätinen per Seele, eingerechnet die Gesinde und Heuschläge. Für das in dieser Grundlage eingewiesene Land wird zum Besten der Krone eine Obrofabgabe nach denjenigen Regeln festgesetzt, welche für die Erhebung einer solchen Abgabe von den Reichsbauern normirt sind. Für die ersten 12 Jahre, nachdem ihnen der Antheil eingewiesen ist, sind die Waffenschmiede und Handwerker von dieser Obrozahlung befreit.

21) Ueber den nach dem vorhergehenden Art. 20 eingewiesenen Antheil werden denjenigen, die ihn erhalten haben, Besitz-Urkunden in der durch den Allerhöchsten Befehl vom 24. November 1866 betreffend die Agrar-Organisation der Reichsbauern festgesetzten Ordnung ausgestellt. Die Rechte und Verpflichtungen in Bezug auf den Besitz dieses Antheils werden durch die in demselben Befehle enthaltenen Regeln bestimmt.

22) Denjenigen Waffenschmieden und Handwerkern, welche keine Arbeit auf den Fabriken finden, wird das Recht gewährt, auf Kronsländereien, nach Anweisung des Ministeriums der Domainen, mit denjenigen Freiheiten und Unterstützungen überzusiedeln, welche für die Uebersiedler aus der Zahl der Reichsbauern festgesetzt sind. Diese Uebersiedlung darf jedoch nicht anders zugelassen werden, als nachdem

die vom Domainen-Ministerium bestimmte Vertlichkeit zuvor von denjenigen, die überzufiedeln wünfchen, oder von ihren Bevollmächtigten in Augenfchein genommen worden ift.

Unterschieden: Borfiger des Reichsraths C o n f t a n t i n.

Seine Kaiſerliche Majeſtät hat das in der allgemeinen Verſammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten hiñſichtlich des Projectſ einer Verordnung über die Zuſchreibung der Waffensmiede und Handwerker der Seſtroreßkiſchen Gewehr- und der Raimolowſchen Eiſenſchmiedefabrik zum Civil-Reſſort und über die Regelung ihrer Lebensſtellung, Allerhöchſt zu beſtätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschieden: Borfiger des Reichsraths C o n f t a n t i n.

Den 11. Februar 1867

### Gutachten des Reichsraths.

Der Reichsrath hat in der allgemeinen Verſammlung, nach Beprüfung der Beſchlüſſe des Ober-Comités zur Organisation des Bauerſtandes hiñſichtlich des vom Kriegsminiſter eingebrachten Projectſ einer Verordnung über die Zuſchreibung der Waffensmiede und Handwerker der Seſtroreßkiſchen Gewehr- und der Raimolowſchen Eiſenſchmiedefabrik zum Civil-Reſſort und über die Regelung ihrer Lebensſtellung, für gut erachtet.

I. Das nach den Beſchlüſſen des Ober-Comités zur Organisation des Bauerſtandes verbesserte Project der Verordnung über die Zuſchreibung der Waffensmiede und Handwerker der Seſtroreßkiſchen Gewehr- und der Raimolowſchen Eiſenſchmiedefabrik zum Civil-Reſſort und über die Regelung ihrer Lebensſtellung, der Allerhöchſten Beſtätigung Seiner Kaiſerlichen Majeſtät zu unterlegen.

II. Nach erfolgter Allerhöchſter Beſtätigung dieſes Projectſ, dem Kriegsminiſter und dem Miniſter des Innern anheim zu ſtellen, nach gegenseitiger Ueber-einkunft die gehörige Anordnung zur unverzüglichen Inkraftſetzung dieſer Verordnung zu treffen.

Das Original-Gutachten iſt in den Journälen von dem Borfiger und den Gliedern unterſchieden.

**Nr. 72.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgender, die Aufhebung des Reichsraths im Königreich Polen betreffende Namentliche Allerhöchſte Befehl Seiner Kaiſerlichen Majeſtät, welcher am 10. März c. unter Eigenhändiger Unterſchrift Seiner Majeſtät an den Dirigirenden Senat erlaſſen worden, publicirt wird:

### Ukas an den Dirigirenden Senat.

Nachdem Wir die den allgemeinen Interellen des Reichs und dem Wohle der Bevölkerung Unſeres Königreichs Polen entſprechenden Umgeſtaltungen in verſchiedenen Zweigen der Civil-Organisation und der Institutionen dieſes Landes unternommen, hatten Wir für nöthig erachtet, bis zur innigeren Verſchmelzung deſſelben in der Ordnung der Verwaltung mit dem Kaiſerreiche, die Verhandlung und allendliche Beprüfung der legiſlatoriſchen Angelegenheiten, welche ſich auf das Königreich beziehen, unter Unſerer unmittelbaren Leitung in Unſerer Eigenen

Kanzlei und im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs Polen zu concentriren und dieselben der Verwaltung des in Warschau eingesetzten Reichsraths des Königreichs Polen zu entziehen.

Nachdem Wir gegenwärtig in Erwägung gezogen, daß die dem gedachten Reichsrathe demnächst verbliebene Obliegenheit, die jährlichen Veranschlagungen der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungen des Königreichs zu bepröfen, nachdem diese Veranschlagungen mit dem gegenwärtigen Jahre 1867 in das allgemeine Reichs-Budget aufgenommen worden, aufgehört hat und damit zugleich das weitere Bestehen des gedachten Reichsraths sich als überflüssig erweist, befehlen Wir auf Vorstellung Unseres Statthalters im Königreich Polen, welche vom Comité für die Angelegenheiten des Königreichs bepröft worden ist:

- 1) Den Reichsrath des Königreichs Polen nunmehr aufzuheben.
- 2) Desgleichen die bei gedachtem Reichsrathe bestehende Kanzlei aufzuheben.
- 3) Die Bepröfung und Entscheidung der den Adel und die Ehrentitel betreffenden Sachen, welche dem gegenwärtig aufgehobenen Reichsrath competirten, der Verwaltung des Departements der Heroldie des Dirigirenden Senats zu übergeben. Die Ordnung für die Verhandlung dieser Sachen wird durch eine besondere Verordnung bestimmt werden.

- 4) Die Amtsvergehen der im Königreich Polen dienenden von Uns ernannt werdenden Beamten betreffenden Sachen, welche der Bepröfung des gegenwärtig aufgehobenen Reichsraths unterlagen, fortan in der allgemeinen für Sachen dieser Art im Reiche festgesetzten Ordnung zu dirigiren und zu entscheiden.

- 5) Die Bepröfung der Rechenschaftsberichte der im Königreiche noch verbliebenen Central-Institutionen bis zu ihrer allendlichen Aufhebung und die Zusammenstellung eines allgemeinen Rechenschaftsberichts aus diesen Rechenschaftsberichten, dem Organisations-Comité im Königreiche zu übertragen.

- 6) Den Gliedern des Reichsraths des Königreichs Polen, sowie den Beamten der Kanzlei desselben, welche über den Etat verbleiben, den Genuß der durch das Reglement für den Civildienst in jenem Lande bei ähnlichen Entlassungen verliehenen Rechte vorzubehalten.

- 7) Die Anordnungen zur Ausführung Unseres gegenwärtigen Befehls, welcher unverzüglich in das Journal der Gesetze des Königreichs einzutragen ist, Unserem Statthalter und dem Organisations-Comité im Königreiche zu übertragen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, die zur Erfüllung dieses Unseres Befehls erforderliche Anordnung zu treffen.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:

„Alexander“.

St. Petersburg, den 10. März 1867.

Betreffend die Aufhebung des Reichsraths im  
Königreich Polen.

Aus dem 1. Departement vom  
14. März 1867 Nr. 27921.

**Nr. 73.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: I. den Bericht des Finanzministers vom 9. März 1867 sub Nr. 2129 folgenden Inhalts: Bei dem Ukas Eines Dirigirenden Senats vom 24. November 1859 sei eine Beschreibung der 4% ununterbrochen Renten tragenden Staatsbillete publicirt worden. Da

er, der Finanzminister, es für nöthig erachtet habe, in der Form dieser Billete einige Abänderungen zu treffen, sei er bei dem Minister-Comité mit einer desfallsigen Vorstellung eingekommen, in welcher er, unter Anderem vorgeschlagen habe: 1) Die au porteur gestellten 4% ununterbrochen Renten tragenden Staatsbillette auf Blanquete, welche mit für jeden Werth der Billets in der Farbe verschiedenen Verzierungen anzufertigen seien, zu drucken, den Capitalbetrag aber durch ein inneres Zeichen anzugeben, und außerdem den Betrag des Capitals und der Rente mit Worten auf der Vorderseite des Billets, auf dazu im Texte leer gelassenen Stellen, und auf derselben Seite des Billets oben mit Zahlen in guillockirten Verzierungen zu drucken. 2) Für die auf Namen lautenden 4% ununterbrochen Renten tragenden Billete, Blanquete von einer, von den ohne Namen ausgestellten Billete verschiedenen Farbe, mit einem guillockirt gedruckten Grunde auf der Vorderseite, anzufertigen. Gegenwärtig habe der Verwaltende der Geschäfte des Minister-Comités ihn, den Finanzminister, benachrichtigt, daß der Herr und Kaiser am 26. Februar 1867, gemäß dem Beschlusse des Minister-Comités, seinen, des Finanzministers, Vorschlag Allerhöchst zu genehmigen geruht habe. Hierüber berichtet er, der Minister, Einem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung. Und II. Die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß der am 13. März 1859 an den Dirigirenden Senat erlassene Namentliche Allerhöchste Befehl betreffend die Emittirung ununterbrochen Renten tragender Staats-Billette mittelst Ukase des Dirigirenden Senats vom 22. März 1859 publicirt, und die vom Finanzminister vorgestellten Muster und die Beschreibung dieser Billete bei den Ukasen des Dirigirenden Senats vom 24. November 1859 versandt worden sind. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend Abänderungen in der Form der 4%  
ununterbrochen Renten tragenden Staats-  
billette.

Aus dem 1. Departement vom  
28. März 1867, Nr. 31232.

**Nr. 74.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 20. Februar 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Organisation der Session der Waisengerichte in denjenigen städtischen Ansiedlungen, in denen sich diese Institutionen bei der Gemeinde-Verwaltung befinden müssen, für gut erachtet: In denjenigen städtischen Ansiedlungen, in denen, nach Aufhebung der Magisträte und Rathshäuser, in Grundlage des Allerhöchsten Befehls vom 13. April 1866 vereinfachte Gemeinde-Verwaltungen constituirt sind, wird die Session der Waisengerichte unter dem Vorsitz des Stadt-Altesten aus zwei, von der Stadt-Gemeinde besonders dazu erwählten Gliedern gebildet.

Betreffend die Zusammensetzung der Sessionen  
der Waisengerichte in denjenigen städtischen  
Ansiedlungen, in denen diese Institutionen  
sich bei der vereinfachten Gemeinde-Ver-  
waltung befinden müssen.

Aus dem 1. Departement vom  
13. März 1867, Nr. 33305.

Riga-Schloß, den 15. Mai 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältester Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 75.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers sub Nr. 3022 folgenden Inhalts: Der Vorsitzende des Kaukasischen Comités habe bei einem Schreiben vom 11. März 1866 zur Vorlegung im Dirigirenden Senat den Namentlichen, am 10. März desselben Jahres an den Dirigirenden Senat erlassenen Allerhöchsten Befehl, betreffend die Bildung eines Tschernomorischen Bezirks auf dem nordöstlichen Ufer des schwarzen Meeres und die solchem Befehl annectirte Verordnung über die Ansiedlung dieses Bezirks und die Verwaltung desselben, sowie den Etat dieser Verwaltung übersandt. Dabei habe der wirkliche Geheimrath Fürst Gagarin mitgetheilt, daß der Herr und Kaiser Allerhöchst zu befehlen geruht habe: 1) die allgemeine Publication der gegenwärtig bestätigten Verordnung zu der Zeit und in der Weise zu bewerkstelligen, welche von Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Statthalter von Kaukasien im Einvernehmen mit dem Minister des Innern als die geeignetesten erkannt werden, und 2) Sr. Hoheit anheimzustellen, auch die Zeit und den Modus für den Aufruf zur Ansiedlung an der Küste des schwarzen Meeres, sowie die Ausfindigmachung und Ergreifung aller Maßregeln zur Inkrastsetzung der gedachten Verordnung zu bestimmen. Dieser Allerhöchste Befehl sei nebst den erwähnten Beilagen: a) dem Allerhöchsten Ukas, b) der Verordnung und c) dem Etat am 14. März des verfloffenen Jahres sub Nr. 2207 dem Dirigirenden Senat vorgelegt worden. Gegenwärtig habe der Verwaltende der Angelegenheiten des Kaukasischen Comités mitgetheilt, daß es nach Uebereinkunft des Statthalters von Kaukasien mit dem Minister des Innern für möglich erkannt worden sei, gegenwärtig nur die zum Tschernomorischen Bezirk gehörigen Städte Noworossiisk und Anapa zu eröffnen (welche auch, erstere am 27. September und letztere am 13. October bereits eröffnet seien) und hinzugefügt, daß Seine Kaiserliche Hoheit darum ersuche, daß die gedachte am 10. März 1866 Allerhöchst bestätigte Verordnung lediglich in denjenigen ihrer Theile, welche sich auf die Organisation der genannten Städte beziehen, in der gesetzlich festgestellten Ordnung publicirt werden möge. Solches beantrage er, der Justizminister, bei dem Dirigirenden Senat und lege zugleich den ihm von Seiner Hoheit dem Statthalter zur Publication übersandten Auszug aus der am 10. März 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung über den Tschernomorischen Bezirk bei; 2) den gedachten Auszug, und 3) die Sprawka. Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren gedachten Auszuges aus der am 10. März 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung über den Tschernomorischen Bezirk abzu drucken und sie bei Ukasen zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, zu versenden.

Betreffend die am 10. März 1866 Allerhöchst bestätigte Verordnung über den Tschernomorischen Bezirk nebst Auszug aus derselben.

Aus dem 1. Departement vom  
9. März 1867, Nr. 29520.

## **A n s z u g**

aus der am 10. März 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung über den  
Tschernomorischen Bezirk.

I. Auf dem nordöstlichen Ufer des schwarzen Meeres werden die Hafenstädte Anapa und Noworossiisk auf derselben Stelle gegründet, auf welcher in früherer Zeit Städte dieses Namens bestanden haben (§ 1).

II. Die zu gründenden Städte werden bis zur Entwicklung der Bevölkerung und des Handels in denselben zur 5. Classe der Handelsortschaften gezählt. Diesem gemäß werden von den Personen, welche in diesen Städten, ohne sich daselbst niederzulassen, Handel und Gewerbe betreiben, die Abgaben für Scheine und Bilette nach den in dem Handels- und Gewerbesteuer-Reglement vom 9. Februar 1865 enthaltenen Regeln erhoben (§ 2).

III. Den zu gründenden Städten wird zur Errichtung verschiedener Regierungs-, Communal-, Handels- und überhaupt aller Privathäuser und Etablissements in ihrem Bezirk, sowie zu Weideplätzen, nach Ermessen des Statthalters von Kaukasien, ein genügendes Landareal zum Eigenthum eingewiesen (§ 3).

IV. Allen, die sich in den zu gründenden Städten anzusiedeln wünschen, steht es frei, sich zu diesen Städten auf Grundlage der in dieser Verordnung enthaltenen Regel verzeichnen zu lassen (§ 5).

V. Die zu gründenden Städte werden beziehentlich der Ordnung der allgemeinen Civil-Verwaltung einem besondern Chef unterstellt, unter der örtlichen Aufsicht des Chefs der Kubanischen Provinz bis zu ihrer Organisation. Diese Städte bilden in administrativer Hinsicht einen besonderen Bezirk, welcher der Tschernomorische genannt wird, und werden zum Bestande der Länder des transkaukasischen Gebiets gezählt.

Anmerkung. Die Art und Weise der Unterordnung des Chefs des Tschernomorischen Bezirks unter dem Chef der Kubanischen Provinz, wird durch eine besondere Instruction des Statthalters von Kaukasien festgestellt (§ 6).

VI. In den Complex der Einwohner von Anapa und Noworossiisk können eintreten (§ 8):

- 1) Personen aller Stände des Kaiserreichs, welche nach den allgemeinen Bestimmungen das Recht haben, sich zu Stadt-Gemeinden verzeichnen zu lassen, und
- 2) Ausländer auf jedesmalige besondere Genehmigung des Statthalters von Kaukasien.

VII. Von der allgemeinen im vorhergehenden Punkte festgesetzten Regel werden ausgenommen (§ 9):

- 1) Personen, welche durch Gemeindebeschluß aus der Mitte ihrer Gemeinden ausgeschlossen sind.
- 2) Personen, welche durch gerichtliches Urtheil eines böswilligen Bankerotts überwiesen sind.
- 3) Personen, welche in Folge gerichtlicher Erkenntnisse durch das Gesetz festgesetzte Criminal- oder Correctionsstrafen, mit denen Verlust aller Standesrechte oder aber Verlust aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach den Verurtheilten zugeeigneten Rechte und Vorzüge verbunden ist, erlitten haben (Art. 19 und 54 des Cod. der Criminal- und Correctionsstrafen, Cod. der Reichsgesetze Bd. XV Ausgabe vom Jahre 1857).

- 4) Alle Personen, welche in Untersuchung, unter Gericht oder polizeilicher Aufsicht wegen politischer Angelegenheiten stehen.
- 5) Alle, die überhaupt in Criminalsachen in Untersuchung und unter Gericht stehen.
- 6) Alle, die der Sekte der Skopzen und Begünen angehören.
- 7) Personen, auf denen in ihrer Gemeinde Kronsz- oder Gemeinde-Rückstände haften, so lange diese Rückstände nicht liquidirt oder von der Rechnung gestrichen worden sind.
- 8) Personen, welche durch in festgesetzter Ordnung zu Stande gekommene Acte sich als Arbeiter oder Handwerker auf Fabriken und andern industriellen Anstalten verdingen haben, und überhaupt Miethslinge, welche sich durch Contracte verpflichtet haben, bis zum Ablauf des Termins ihrer Verpflichtungen oder bis zur Aufhebung derselben in gesetzlicher Grundlage.
- 9) Reichsbauern, welche zur Zahl der auf Kosten der Staatsregierung nach Gouvernements, die Ueberfluß an Land haben, Uebergesiedelten gehören und an ihrem gegenwärtigen Wohnorte ein hinreichendes Landareal benutzen, wenn die Gemeinden, zu deren Gliedern sie gezählt werden, aus irgend einem Grunde nicht in ihren Uebergang willigen.
- 10) Personen, welche an der Reihenfolge bei der Rekrutirung stehen, wenn die Gemeinden, zu denen sie gehören, die auf den Uebersiedelnden ruhende Rekrutenprästation auf sich zu nehmen nicht gesonnen sind.
- 11) Die zeitweilig verpflichteten und überhaupt die Apanagebauern, so lange sie nicht in Grundlage der in Betreff ihrer bestehenden Verordnungen die zu ihrer Uebersiedlung erforderliche Einwilligung der Gemeinde erhalten, welche am früheren Orte ihrer Niederlassung verbleiben, für die zeitweilig verpflichteten Bauern aber bedarf es auch noch der Zustimmung der Gutzbefitzer in denjenigen Fällen, welche in den Verordnungen vom 19. Februar 1861 und deren Ergänzungen angegeben sind.

Den in den Punkten 1 bis 6 aufgeführten Personen ist es unbedingt verboten, sich in den Städten Anapa und Noworossii k niederzulassen, die in den übrigen Punkten (7 bis 11) genannten Personen können sich zwar zu diesen Städten verzeichnen lassen, jedoch nur unter Beobachtung der festgesetzten Bedingungen.

VIII. . Diejenigen, welche sich zu den zu gründenden Städten anschreiben zu lassen wünschen, haben ihre desfallsigen Gesuche bei dem Chef des Tschernomorischen Bezirks einzureichen und zugleich Entlassungsscheine darüber, daß ihrer Uebersiedlung keine gesetzlichen Hindernisse entgegenstehen oder andere Legitimationen zur Wahl eines Lebensstandes vorzustellen. Diese letzteren Documente werden nur in den Fällen vorgestellt, wenn die Inhaber derselben noch zu keiner Gemeinde verzeichnet waren (§ 12).

IX. Der Chef des Tschernomorischen Bezirks ist ermächtigt, auch nur Gesuche allein, ohne Entlassungsscheine entgegenzunehmen und mit den betreffenden Obrigkeiten der Uebersiedelnden unmittelbar darüber in Relation zu treten, ob dem Uebertritt derselben zu den Gemeinden der zu gründenden Städte keine Hindernisse entgegen stehen. Dieses ist jedoch nur in den Fällen gestattet, wenn die um die Anschreibung bittenden Personen sich innerhalb der Grenzen des Tschernomorischen Bezirks in Handels- oder Gewerbe-Angelegenheiten aufhalten, und wenn, falls diese Personen sich an oen Orten ihres beständigen Wohnsitzes direct

wegen Erhalts der Entlassungsscheine bemühen müßten, dadurch ihre Geschäfte eine Unterbrechung erleiden könnten (§ 13).

X. Die Entlassungsscheine behufs Zuschreibung zu den Gemeinden der zu gründenden Städte werden unter Beobachtung der allgemeinen für die Ausreichung dieser Scheine festgesetzten Regeln ausgestellt (§ 14).

XI. In den Entlassungsscheinen, sowie in den Antwortschreiben der Obrigkeiten ist anzuführen, daß dem Uebertritt der Uebersiedelnden keinerlei Hindernisse entgegenstehen, wofern nur die die Uebersiedelung unternehmenden Personen nicht zur Kategorie der oben im Art. VII (§ 9 der Verordnung) aufgezählten Leute gehören. Dabei werden außer den im Art. VII (i. e. im § 9 der Verordnung) angeführten Hindernissen, keinerlei andere Einwendungen gegen die Uebersiedelung der resp. Personen nach den Städten Anapa und Noworossiisk entgegengenommen (§ 15).

XII. Sobald die Entlassungsscheine oder die Legitimationen zur Wahl eines Lebensstandes oder aber die Antwortschreiben der betreffenden Institutionen darüber, daß der Umschreibung keine Hindernisse entgegenstehen, nebst Abschriften der Revisionslisten, mit einer Anmerkung bei Personen abgabepflichtigen Standes darüber, ob in ihren Familien die Seelenzahl zu- oder abgenommen hat, — eingegangen sind, verzeichnet der Chef des Tchernomorisken Bezirks die Uebersiedler bei den Stadtgemeinden, ohne dabei Aufnahmescheine zu verlangen, von deren Beschaffung die Uebersiedler befreit werden. Diese Verzeichnung besteht in der Eintragung der Uebersiedler in besondere Einwohnerbücher, je nach dem von ihnen zur Niederlassung erwählten Wohnorte (§ 16).

XIII. Nachdem die Uebergesiedelten in die Einwohnerbücher eingetragen worden sind, benachrichtigt der Bezirkschef davon die ihm untergeordneten Institutionen und macht zugleich über die von ihm getroffene Anordnung denjenigen Obrigkeiten, unter deren Ressort die Uebergesiedelten bis dahin gestanden haben, Mittheilung behufs der ihrerseits zu treffenden Anordnungen zur Ausschließung der Uebersiedler aus ihrem früheren Stande und Oskad (§ 17).

XIV. Die Personen abgabepflichtigen Standes, denen es durch die gegenwärtige Verordnung nicht untersagt ist, sich in Anapa und Noworossiisk anzusiedeln, werden bei ihrer Niederlassung in diesen Städten, in den von ihnen verlassenen Gemeinden von den zum Besten des Unterstützungsfonds für verabschiedete Unter-militairs, im Art. 446 des Cod. der Reichsgesetze über die Stände, Bd. IX, und im Art. 145 der Verordnung über die Wohleinrichtung in den Kronsdörfern, Cod. der Reichsgesetze Bd. XII in der Fortsetzung vom Jahre 1863 festgesetzten Geldzahlungen befreit (§ 19).

XV. Denjenigen, welche sich in den gedachten Städten niederlassen, werden Plätze zu verschiedenen Bauten unentgeltlich angewiesen. Wenn dabei von verschiedenen Uebersiedlern Bitten um Einweisung derselben disponiblen Grundstücke angebracht werden, und sich unter ihnen auch Personen befinden, welche, gezwungen durch die Macht der Ereignisse des letzten orientalischen Krieges, diese Grundstücke, welche ihr Eigenthum bildeten, verlassen haben, so wird in diesen Fällen dem Ansuchen dieser letzteren Bittsteller der Vorzug gegeben, wofern sie nur ihre alten Grundstücke, nicht um sie zu verkaufen oder in anderer Weise zu alieniren, sondern zur eigenen Niederlassung, in Grundlage der gegenwärtigen Verordnung, verlangen. Die genaueren Regeln für die Einweisung von Plätzen zu Privatbauten in den zu gründenden Städten, sowie die Frist, in welcher Ländereien unentgeltlich angewiesen werden können, setzt der Statthalter von Kaukasien fest (§ 20).



XVI. Mit Eisen, Zink oder Dachziegeln gedeckte steinerne Gebäude, als: Wohnhäuser, Magazine und Buden, welche sich in gutem Zustande befinden und versichert sind, können, nachdem sie gesetzlich tagirt worden, als Unterpfand zur Sicherstellung von Kronspodráben und Lieferungen für die örtlichen Bedürfnisse des Kaukasischen und Transkaukasischen Gebiets, auf Scheine der örtlichen Polizei, welche vom Gericht bestätigt und ausgereicht sind, angenommen werden. Die Ordnung für die Bestätigung und Ausreichung dieser Scheine, sowie die Form derselben wird durch die allgemeinen Gesetze bestimmt (§ 21).

XVII. Die Häuser der Bewohner der zu gründenden Städte werden nicht zu beständigen Quartieren für das Militair eingewiesen und nicht mit einer Quartiersteuer zu diesem Zwecke belastet. Hiervon sind nur die Fälle ausgenommen, wenn Militair, weil die Umstände es verlangen, sich in den Städten lediglich für das Bedürfnis dieser Städte befinden sollte. In diesen Fällen werden die Stadtbewohner nicht von der in allgemeiner Grundlage zu tragenden Einquartierungspflicht befreit (§ 22).

XVIII. Die Bewohner der zu gründenden Städte werden von Krepost-, Kanzelei- und Stempel-Steuern und von der Benutzung des Stempelpapiers sowol bei dem Gerichtsverfahren in den Regierungs-Institutionen des Tschernomorischen Bezirks, als auch in Sachen und Acten jeder Art befreit, wenn diese Acte über Immobilien, die sich innerhalb der Grenzen des Bezirks befinden, vollzogen werden (§ 23).

XIX. Den Bewohnern der zu gründenden Städte wird das Recht zugestanden, frei, ohne jegliche Acclisezahlung, die Fischerei in den Gewässern des schwarzen Meeres längs der ganzen Ausdehnung der Küste, in den Grenzen des Bezirks auszuüben, unter Beobachtung der festgesetzten Regeln und mit der Bedingung, daß die dieses Gewerbe treibenden Personen a) ihre Anstalten auf dem Küstenstriche nur mit Genehmigung der betreffenden Obergkeiten einrichten, und b) die vorgeschriebenen Regeln hinsichtlich der Erhaltung der möglichsten Reinlichkeit in den angelegten Fetttschmelzereien auf's genaueste erfüllen (§ 24).

XX. Diejenigen, welche sich in den zu gründenden Städten niedergelassen haben, können Handel und Gewerbe nicht nur im Tschernomorischen Bezirk, sondern auch innerhalb der Grenzen der ganzen Kubanischen Provinz treiben. Außerdem steht es diesen Personen frei, Waaren aller Art in's Ausland zu senden und von dort Waaren, deren Einfuhr erlaubt ist, kommen zu lassen, Niederlagen für den Engros-Handel mit Import- oder Export-Waaren oder für den Detail- und Kleinhandel zu halten, Comptoire und Niederlagen auch außerhalb ihrer Etablissemments für den Exporthandel mit Fabrik- und Handwerks-Erzeugnissen zu halten, und endlich Comptoire und Niederlagen zum Betriebe des Exporthandels mit jeglichen Producten ihrer eigenen Landwirthschaft zu errichten. Alle diese Operationen können von denen, die sich in Anapa und Noworossiisk niedergelassen haben, auf bloße Freischeine ausgeübt werden, ohne Lösung der durch die Regeln vom 9. Februar 1865 festgesetzten Scheine und Billets, und ohne Zahlung von Abgaben, mit Ausnahme nur: a) der durch die Zollverordnungen festgesetzten Zölle, und b) derjenigen Steuern, welche die Stadtbewohner zur Stadtcasse zu entrichten haben. Wenn aber von diesen Personen Jemand Handel und Gewerbe an andern in diesem Punkte nicht benannten Orten zu treiben wünscht, so unterliegt er der Wirksamkeit der allgemeinen Gesetze (§ 25).

XXI. Die Bewohner der zu gründenden Städte können, mit Genehmigung

der betreffenden Autoritäten, in der Ausdehnung des ganzen Bezirks, auf Privat-, Stadt-, Heeres- und Kronsländereien Manufacturen, Fabriken und Betriebsanstalten errichten, ohne daß sie dafür irgend welchen Geldabgaben an die Krone unterliegen, jedoch haben sie sich den allgemeinen Verordnungen hinsichtlich des Abschlusses von Contracten mit den Eigenthümern und den Gemeinden derjenigen Ländereien, auf denen die Manufactur-, Fabrik- und andere Anstalten errichtet werden, zu unterwerfen (§ 26).

XXII. Außer den oben aufgezählten Freiheiten werden Diejenigen, welche sich zum Bürgerstande in Anapa und Noworossiisk verzeichnen lassen und alle Verpflichtungen erfüllt haben, während der Freijahre von der Zahlung der Abgaben und der Rekrutenprästation in Geld und in natura dispensirt. Nach Ablauf der Freijahre aber zahlen sie die Abgaben in allgemeiner Grundlage und leisten die Rekrutenprästation nach den Regeln des Rekruten-Reglements (§ 27).

XXIII. Die in den zu gründenden Städten sich ansiedelnden Ausländer genießen nach Erhalt der Freischeine ungehindert alle im Punkte XX näher aufgeführten Privilegien in Bezug auf Handel und Gewerbe, auch wenn sie nicht in die russische Unterthanschaft getreten sind. Außerdem können sie im Tschernomorischen Bezirk und in der Kubanischen Provinz, mit Genehmigung der betreffenden Autoritäten und Behörden Buden, Magazine, Manufacturen, Fabriken, Betriebsanstalten und Häuser errichten und unterliegen dafür während der Freijahre, ebenso wie die Stadtbewohner von Anapa und Noworossiisk, keinerlei Steuern, außer denen, die oben im Punkte XX, b bestimmt sind (§ 28).

XXIV. Alle in den Art. XVII bis XXII aufgezählten Befreiungen genießen die Personen, welche sich in Anapa und Noworossiisk angesiedelt haben, sowie die Ausländer die ihnen im Art. XXIII gewährten Vorzüge während 15 Jahre vom Tage der Bestätigung der gegenwärtigen Verordnung an; nach Ablauf dieser Frist aber unterliegen sie den allgemeinen Gesetzen (§ 29).

XXV. Alle Personen überhaupt, welche sich zum Bürger- oder Kaufmannsstande in Anapa oder Noworossiisk haben verzeichnen lassen, sind verpflichtet, sich in diesen Städten niederzulassen und auf dem dazu erwählten Plage Häuser mit Wirthschaftsgebäuden, Magazine oder Buden zu errichten. Der Werth dieser Gebäude darf für diejenigen Bewohner dieser Städte (Art. XX) und die in ihnen lebenden Ausländer (Art. XXIII), welche die durch das Reglement vom 9. Februar 1865 den auf Scheine erster Gilde handelnden Personen gestattete Handels- und Gewerthätigkeit ausüben, nicht weniger als 3000 Rbl. für Bürger und die übrigen Personen, welche Handel und Gewerbe treiben, aber nicht weniger als 250 Rbl. betragen.

Anmerkung. Die vorangeführte Regel bezieht sich nicht: a) auf Personen des Kaufmanns- und Bürgerstandes, welche in den zu gründenden Städten keine Befreiungen genießen wollen, und b) auf die Personen aller übrigen Stände. Diese und jene können in diesen Städten Gebäude nach ihrem Ermessen und ihren Mitteln errichten (§ 38).

XXVI. Diejenigen, welche sich in den zu gründenden Städten niederlassen, sind verpflichtet, die im vorhergehenden Artikel angeführten Bauten innerhalb der Zeit von drei Jahren, gerechnet von der Zeit ihrer Anschreibung, zu beendigen. In Berücksichtigung besonderer Gründe kann diese Frist, mit Genehmigung des Hofs des Tschernomorischen Bezirks, verlängert werden, jedoch auf nicht mehr als 2 Jahre (§ 39).

**XXVII.** Die angefangenen, aber zum Termin nicht beendigten Bauwerke haben deren Besitzer im Verlauf eines Jahres zu ihrem Besten niederzureißen oder sie mittelst Verkaufs, nach freiwilligem Uebereinkommen, zur Abtragung oder zur Beendigung, Andern zu überlassen. Die Plätze, welche durch die zur Abtragung verkauften Gebäude frei werden, fallen an die Stadt-Verwaltung zurück und werden von Neuem nach den Regeln dieser Verordnung an Personen vergeben, welche sich zur Stadtgemeinde verzeichnen lassen. Die Käufer der Plätze sind ihrerseits wiederum verpflichtet, innerhalb einer Zeit von drei Jahren Gebäude auf denselben zu errichten (§ 40).

**XXVIII.** Wenn die Besitzer ihre unbeendigten Bauwerke weder selbst abreißen, noch Anderen in der vorgeschriebenen Zeit verkaufen, so werden diese Bauwerke sofort von der Ortspolizei mit Genehmigung des Bezirks-Chefs durch vereidigte Tagatöre abgeschätzt und subhastirt. Das aus diesem Verkauf gelöste Geld wird den Besitzern der verkauften Gebäude übergeben, doch werden von der ganzen gelösten Summe 10% als Pön zur Stadtcasse und die mit der Versteigerung verbundenen Ausgaben in Abzug gebracht (§ 41).

**XXIX.** Diejenigen Personen, welche die bei ihrer Verzeichnung zu den Gemeinden der zu gründenden Städte übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt haben, d. h. welche in der festgesetzten Zeit keine Wohngebäude und die ihrem Beruf- und ihrer Beschäftigungsart entsprechenden Etablissemments errichtet und sich nicht in diesen Städten niedergelassen haben, verlieren das Recht auf die Befreiungen. Darnach haben von diesen Personen die Bürger bis zum Ablauf der Freijahre die Rekrutenprästation in Geld zu leisten, indem sie der Krone für jeden, nach dem Manifeste von tausend Seelen bestimmten Rekruten, bei der Publication in der östlichen Hälfte des Kaiserreichs 300 Rbl. zahlen; nach Ablauf der Freijahre haben sie die Rekrutenprästation in allgemeiner Grundlage zu leisten (§ 42).

**XXX.** Denjenigen Personen, welche in irgend einer Stadt des Kaiserreichs Befreiungen genossen haben, werden bei ihrer Verzeichnung zu den Stadtgemeinden von Anapa und Noworossisk keine Befreiungen gewährt. In dieser Grundlage sind diese Personen verpflichtet, wohin gehörig, die festgesetzten Geldsteuern zu zahlen und die verschiedenen Prästationen auf den allgemeinen, für das transkaukasische Gebiet geltenden Grundlagen zu leisten.

Unterscriben: Chef der Oberverwaltung, Senateur, Staatssecretair  
Baron A. Nicolai.

**Nr. 76.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 20. März 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung nach verbundener Beprüfung sowol der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Abänderung des Verfahrens bei dem Verkauf von bäuerlichen Gebäuden von geringem Werth, als auch derjenigen des Justizministers, betreffend die Uebertragung einiger Obliegenheiten der Kreisgerichte auf die örtlichen Polizeiverwaltungen, in Betracht gezogen, daß die gedachten Vorstellungen ein und denselben Zweck haben, nämlich, solche Obliegenheiten der gegenwärtig aufgehobenen Kreisgerichte, welche keinen judiciären Charakter haben, den örtlichen Verwaltungen zu übertragen. Im Wesentlichen mit diesen Vorstellungen übereinstimmend und bei dem, in mehrfachen, der Allerhöchsten Bestätigung gewürdigten Gutachten des Reichsraths ausgesprochenen Beschlusse, daß die Ergänzungen zu den Gesezen

des Civil- und Criminal-Gerichtsverfahrens nur die Entwicklung des Reichsraths-Gutachtens vom 11. October 1865 bilden und überhaupt nur eine temporaire Bedeutung haben dürfen, verbleibend, hat der Reichsrath für gut erachtet zu verordnen: 1) In Abänderung des Artikels 1985 Bd. X Thl 1 Civilgesetze. Bescheinigungen über gesetzliche Ursachen, welche es verhindert haben, einen Vertrag überhaupt oder zum festgesetzten Termin zu erfüllen, werden bei See-Transporten, von der Polizei desjenigen Ortes ausgestellt, wo das Schiff, nach dem ihm aufgestoßenen Hinderniß, oder im Falle des Untergangs des Schiffes, der Schiffer ankommt. 2) In Abänderung der Ergänzung zum Art. 4027 Bd. II allgemeine Gouvernements-Verfassung, in der Fortsetzung vom Jahre 1863. Die Erfüllung der Obliegenheiten der Kreisgerichte in Betreff der Vertheilung von Gesetzbüchern wird den örtlichen Polizei-Verwaltungen übertragen. 3) In Ergänzung des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths. In denjenigen Gouvernements, in denen die Gerichts-Ordnungen noch nicht in Wirksamkeit gesetzt sind, wird die Erfüllung der Obliegenheiten der Kreisgerichte bei dem Verkauf von Vermögensobjecten, mit Aufhebung dieser Gerichte, den örtlichen Polizei-Verwaltungen übertragen.

Betreffend die Uebertragung einiger Obliegenheiten der Kreisgerichte auf die örtlichen Polizei-Verwaltungen.

Aus dem 1. Departement vom  
14. April 1867, Nr. 37737.

**Nr. 77.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst folgendes am 3. April 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend das Verbot mit Thee, von welchem bereits ein Aufguß gemacht worden ist, und mit Koporschem Thee zu handeln und solchen Thee zu bereiten, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriifung der Vorstellung des Finanzministers betreffend das Verbot mit Thee, von welchem bereits ein Aufguß gemacht worden ist, und mit Koporschem Thee zu handeln und solchen Thee zu bereiten, für gut erachtet: An Stelle des Art. 875 des Cod. der Reichsgesetze Bd. XIII, Verordnung über die Medicinal-Polizei, zu verordnen: 1) der Handel mit Thee, von dem bereits ein Aufguß gemacht worden ist, und mit Koporschem Thee (Iwan-Thee genannt), sowie auch die Bereitung von solchem Thee zum Verkauf, als Gewerbe, ist verboten. Diejenigen, die sich eines solchen Handels oder der Bereitung solchen Thees zum Verkauf schuldig machen, unterliegen der Verantwortung nach Art. 115 der Verordnung über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen. 2) Falls Thee, von dem bereits ein Aufguß gemacht worden ist, oder Koporscher Thee als echter verkauft wird, muß dieser wie jener unbedingt vernichtet werden; diejenigen aber, die sich eines solchen Verkaufs schuldig machen, werden außerdem nach den Art. 173 bis 176 derselben Verordnung, oder aber nach dem Artikel 1666 des Straf-codex, je nach der Hingehörigkeit, zur Strafe gezogen.

Betreffend das Verbot mit Thee, von dem bereits ein Aufguß gemacht worden ist, und mit Koporschem Thee zu handeln und solchen Thee zu bereiten.

Aus dem 1. Departement vom  
20. April 1867, Nr. 38509.

Riga-Schloß, den 29. Mai 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Enbe.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 78.** Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes am 27. März 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Civil- und geistlichen Angelegenheiten und in der allgemeinen Versammlung, nach Überprüfung der Vorstellung des Oberverwaltenden der zweiten Abtheilung Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Kanzellei, betreffend gesezwidrige Gesellschaften, für gut erachtet: I. Die Artikel 166—169 Bd. XIV, Verordn. über Verhütung und Unterdrückung von Verbrechen, durch folgende zu ersetzen: 1) Es werden alle und jede gesezwidrige Gesellschaften, bei Strafe des Gerichts und der Verantwortlichkeit nach der ganzen Strenge der Geseze, verboten, weshalb allen Obrigkeiten und der Polizei zur Pflicht gemacht wird, unablässig darüber zu wachen, daß nirgendwo und unter keinem Vorwande sich solche Gesellschaften bilden. 2) Unter gesezwidrigen Gesellschaften werden verstanden: a) alle geheimen Gesellschaften, zu welchem Zwecke sie auch gegründet sein mögen; b) alle einen schädlichen Zweck verfolgenden Verbindungen, Versammlungen, Zusammenkünfte, Genossenschaften, Kreise, Artele u. s. w., unter welchem Namen sie auch bestehen mögen, die sich in Folge einer Uebereinkunft mehrerer Personen unter einander gebildet haben oder in Wirksamkeit getreten sind; und c) alle diejenigen Gesellschaften, welche, nachdem für sie die Genehmigung erwirkt worden, von dem Zwecke ihrer Gründung abweichen, oder durch scheinbar rechtliche Handlungen eine Richtung zu verdecken suchen, die in irgend einer Beziehung der Staats-Ordnung oder der allgemeinen Sittlichkeit schädlich ist. II. In Stelle der Artikel 318—324 des Strafcodex (Titel IV., Hauptstück VI., von geheimen Gesellschaften und verbotenen Zusammenkünften,) folgende Regeln in Bezug auf gesezwidrige Gesellschaften festzusetzen: 1) Die Begründer, Stifter, Häupter und Hauptleiter irgend welcher gesezwidriger Gesellschaften unterliegen, wenn ihre Handlungen oder die von ihnen verbreiteten Lehren darauf gerichtet sind, durch irgend welche Mittel den Umsturz oder eine Aenderung der Ordnung der Staatsverfassung herbeizuführen, hiefür, wenn sie nicht andere Verbrechen, die eine strengere Strafe nach sich ziehen (Art. 242 und 249), begangen haben, dem Verluste aller Standesrechte und der Verschickung zu schweren Zwangsarbeiten in den Bergwerken auf zwölf bis fünfzehn Jahre. 2) Die Theilnehmer an gesezwidrigen Gesellschaften, welche sich nicht unter der Zahl der Begründer, Stifter, Häupter oder Hauptleiter derselben befinden oder befunden haben, unterliegen nach dem Maße ihres Antheils an den verbrecherischen Handlungen oder an der Verbreitung von Lehren, die der Ordnung der Staatsverfassung entgegen sind, dem Verluste aller Standesrechte und der Verschickung zu schweren Zwangsarbeiten in Fabriken auf sechs bis acht Jahre; oder dem Verluste aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Verschickung nach Sibirien zum Wohnen oder der Abgabe in die Corrections-Arrestanten-Compagnie nach Grad 3, Art. 31

des Straf-Codex oder der Einsperrung ins Gefängniß auf acht Monate bis zu einem Jahr und vier Monaten, wobei sie nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse fünf Jahre lang unter strenger polizeilicher Aufsicht bleiben. 3) Die Begründer, Stifter, Häupter und Hauptleiter gesetzwidriger Gesellschaften, welche in einer den Wahrheiten und Grundsätzen der christlichen Religion widerstreitenden Richtung wirken, oder die allgemeine Sittlichkeit verletzen, oder Lehren vortragen, die der Gottesfurcht und Sittlichkeit zuwiderlaufen, unterliegen hiefür, falls sie nicht andere Verbrechen begangen haben, welche eine strengere Strafe nach sich ziehen, (Art. 176—178, 181, 183, 184, 186, 187, 189, 995—1000 des Straf-Codex) dem Verluste aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Verschickung zum Wohnen in entfernte, außersibirische Gouvernements, oder der Abgabe ins Arbeitshaus nach Grad 4, Art. 33 des Straf-Codex. 4) Die Theilnehmer der im vorhergehenden 3. Artikel bezeichneten Gesellschaften unterliegen hiefür, falls sie nicht zur Zahl der Begründer, Stifter, Häupter oder Hauptleiter derselben gehören oder gehört haben, der Einsperrung ins Gefängniß auf eine Zeit von vier bis acht Monaten oder von zwei bis vier Monaten, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse bleiben sie drei Jahre lang jedoch unter strenger polizeilicher Aufsicht. 5) Allen denjenigen, welche, bevor ihr Verbrechen oder die gesetzwidrigen Handlungen derjenigen Gesellschaft, zu welcher sie gehören, entdeckt worden, ihre Verirrungen bereuend, der Staatsregierung darüber mit voller Aufrichtigkeit, vor Entdeckung dieser Gesellschaft, Anzeige machen, kann die Strafe um einen oder mehrere Grade, in Grundlage des Art. 135 des Straf-Codex, gemildert, oder sie können, je nach den Umständen, sogar von jeder Strafe befreit werden, wobei sie jedoch ein Jahr lang unter polizeilicher Aufsicht bleiben. 6) Diejenigen, die in Grundlage des vorhergehenden Artikels von der Strafe befreit worden sind, unterliegen, falls sie wiederum eine neue oder die frühere gesetzwidrige Gesellschaft bilden, oder in eine solche eintreten, oder bei derselben mitwirken, den oben in den Artikeln 1—4 festgesetzten Strafen, jedoch in dem höchsten Maße derselben. 7) Diejenigen Personen, welche den verbrecherischen Zweck einer gesetzwidrigen Gesellschaft durch Geldbeiträge oder durch irgend welche andere Handlungen befördert haben, unterliegen, falls ihnen dieser Zweck nicht bekannt war, ihrerseits jedoch bei dem Eintritt in die Gesellschaft oder während der Dauer ihres Bestehens nicht die gehörige Vorsichtigkeit beobachtet worden war, einer Geldbuße von fünfundzwanzig bis dreihundert Rubeln. 8) Diejenigen Personen, welche sich des Versuchs zur Bildung gesetzwidriger Gesellschaften schuldig gemacht haben, unterliegen hiefür: das erste Mal der Einsperrung ins Gefängniß auf acht Monate bis zu einem Jahre und vier Monaten, und bleiben nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse drei Jahre lang unter strenger polizeilicher Aufsicht; das zweite Mal dem Verluste aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Verschickung nach Sibirien zum Wohnen oder der Abgabe in die Corrections-Arrestanten-Compagnie nach Grad 2, Art. 31 des Straf-Codex. 9) Alle Diejenigen, welche um die Existenz gesetzwidriger Gesellschaften, die eine Richtung verfolgen, welche den Zweck hat, die Ordnung der Staatsverfassung abzuändern, oder durch irgend welche Mittel dahin abzielt, wissen und darüber der Staatsregierung keine Anzeige machen, unterliegen hiefür, falls sie nicht der Bestrafung nach den Artikeln 243 und 249 des Straf-Codex zu unterziehen sind, der Einsperrung ins Gefängniß auf vier bis acht Monate oder einer Geldbuße von einhundert bis fünfhundert Rubeln.

10) Diejenigen, die schuldig sind, der Staats-Regierung keine Anzeige von der Existenz oder Bildung einer gesetzwidrigen Gesellschaft, wenn dieselbe auch nicht zum Zweck hat, die Ordnung der Staatsverfassung abzuändern, gemacht zu haben, unterliegen einer Geldbuße von fünf bis fünfzig Rubeln. 11) Diejenigen, welche in ihren Wohnungen oder aber in Häusern und anderen Orten, die ihnen gehören oder unter ihrer Verwaltung stehen, wissentlich Versammlungen gesetzwidriger Gesellschaften zulassen, unterliegen den in den vorhergehenden Artikeln für die Theilnehmer dieser Gesellschaften festgesetzten Strafen.

Betreffend gesetzwidrige Gesellschaften.

Aus dem 1. Departement vom 14. April 1867, Nr. 40461.

**Nr. 79.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: die Vorstellung des Herrn Justizministers, wirklichen Geheimraths und Ritters Dmitri Nikolajewitsch Samätnin, vom 27 März 1867, sub Nr. 4927, folgenden Inhalts: In Folge des Allerhöchsten Befehls Seiner Kaiserlichen Majestät, daß die von den Beamten des Meßcorps beabsichtigte jährliche Darbringung von einem Viertel-Procent des Unterhalts, den sie beziehen, und von einem Procent der für Feldarbeiten einkommenden Zahlung zur Unterstützung der ärmsten Wittwen und Waisen der im Meß-Resort gedient habenden Beamten, in Ausführung zu bringen sei, habe er, der Herr Minister, bei dem Minister-Comité einen Entwurf von Regeln für die Bildung, Aufbewahrung und Verausgabung der gedachten Summe eingebracht. Der Comité habe beschlossen: die projectirten Regeln über die Unterstützungs-Kasse der Beamten des Meß-Resorts zu bestätigen, und habe der Herr und Kaiser am 17 März 1867 den Beschluß des Comité's Allerhöchst zu bestätigen geruht. Solchen, ihm vom Staats-Secretair Kornilow mitgetheilten Allerhöchsten Befehl lege er, der Herr Justizminister, dem Dirigirenden Senat vor, indem er zugleich die Regeln für die Bildung, Aufbewahrung und Verausgabung der zur Unterstützung für Waisen und Wittwen von Beamten des Meß-Resorts bestimmten Summe beifüge. Befohlen: Wegen schuldiger Erfüllung des gedachten, am 17. März 1867 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comité's dem Herrn Dirigirenden des Meß-Corps und der Meß-Kanzellei mittelst Ukase Vorschrift zu ertheilen und zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Unterstützungs-Kasse der Beamten des Meß-Resorts.

Aus dem Meß-Departement vom 10. April 1867, Nr. 692.

## Regeln

**für die Bildung, Aufbewahrung und Verausgabung der zur Unterstützung der Waisen und Wittwen von Beamten des Meß-Resorts bestimmten Summe.**

1) Die zur Unterstützung der Waisen und Wittwen von Beamten des Meß-Resorts bestimmte Summe wird gebildet:

a) Aus dem Abzuge von  $\frac{1}{4}$  Procent von der Gage und den Taselgeldern, welche die im Dienste dieses Resorts stehenden Beamten jährlich beziehen

und von 1 Procent von den Gratifications-Geldern und von der für Feldarbeiten einkommenden Zahlung.

b) Aus den Procenten des sich in der Folge etwa bildenden Ueberschusses der jährlichen Einnahme.

c) Aus der Zahlung selbst, die für Feldarbeiten einkommt, wenn dieselbe aus irgend welchen Ursachen länger als 10 Jahre nach ihrer Vertheilung unausgezahlt verblieben ist.

Anmerkung. Der Meß-Kanzellei wird fortan die Verpflichtung übertragen, nach dem Einfließen der von den Landbesitzern beigetriebenen Zahlung die Anordnung zu treffen, daß dieselbe auf die Meßbeamten, welche die Feldarbeiten ausgeführt haben, verhältnißmäßig vertheilt werde und demnächst in ihren Tagesbefehlen den Betrag der einem jeden der im Dienst stehenden Beamten zukommenden Summe zu publiciren. In Betreff der Zahlung aber, welche Personen, die den Dienst aufgegeben haben oder aus dem Meß-Resort ausgetreten sind, zukommt, wird eine Publication in der Moskauschen Zeitung erlassen. Wenn die Personen, welchen diese Zahlung zukommt, sich im Verlauf von 10 Jahren, von dieser Zeit der Publication an, zum Empfang derselben nicht melden oder ihre Ansprüche nicht geltend machen, so wird dieses Geld als zum Besten der Wittwen und Waisen dargebracht angesehen und zur obgedachten Summe geschlagen.

d) Aus freiwilligen Beiträgen.

2) Die gedachte Summe, welche das specielle Eigenthum der im Meß-Resort dienenden Personen bildet, wird bei der Meß-Kanzellei aufbewahrt und steht unter der unmittelbaren Controle des Dirigirenden des Meß-Corps; die aus derselben zur Auszahlung gelangenden Unterstützungen unterliegen keinerlei Abzügen.

3) Aus dieser Summe werden nur einmalige Unterstützungen verabsolgt, welche zu jeder Zeit nach Maßgabe der Mittel und der Nothwendigkeit ausbezahlt werden.

4) Auf den Empfang einer Unterstützung haben in gleichem Grade nur die Familien von Personen Anspruch, welche im wirklichen Dienst gestorben oder wegen Krankheit aus dem Dienste entlassen sind.

5) Der Betrag der Unterstützung wird nach den Verdiensten des Verstorbenen, den Bedürfnissen seiner Familie, dem Betrage der eingeflossenen Summe und der Zahl der einer Unterstützung bedürftigen Personen bestimmt, ganz unabhängig von dem Unterhalt, den die resp. Person, so lange sie im Dienste stand, bezogen hat.

6) Die Gesuche um Bewilligung einer Unterstützung werden auf gewöhnlichem Papier bei der Stelle, wo der Verstorbene gedient hat, eingereicht, durch Nachweisung und die nöthigen Auskünfte vervollständigt und mit der erforderlichen Begutachtung dem Dirigirenden des Meß-Corps vorgestellt, welchem die Bewilligung wie der Unterstützung selbst, so auch des Betrages derselben, anheimgestellt wird.

7) Wenn sich am Schlusse des Jahres, nachdem alle für berücksichtigungswerth anerkannten Gesuche befriedigt worden sind, ein Ueberschuß der gedachten Summe bildet, so unterliegt derselbe, als Privateigenthum, nicht den Budgetregeln, sondern wird auf das nächste Jahr übertragen und bildet ein besonderes Capital, welches die Bestimmung hat: I. Die Ertheilung von temporairen Darlehen gegen sichere Bürgschaft und gegen gesetzliche Zinsen, sowohl an Familien verstorbener Meßbeamten, als auch an Personen, welche in diesem Resort im Dienst stehen, und II. die Verstärkung der zu einmaligen Unterstützungen jährlich bestimmten



Summe, indem die für die Darlehen einfließenden Zinsen zu den jährlichen Einnahmen geschlagen werden.

8) Am Schlusse eines jeden Jahres wird auf Anordnung des Dirigirenden des Meß-Corps ein vollständiger Rechenschaftsbericht über Einnahme und Ausgabe der gedachten Summe publicirt, unter Angabe, wem namentlich und in welchem Betrage eine Unterstützung verabsolgt worden ist.

Unterschrieben: Justizminister D. Samätin.

**Nr. 80.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 26. April 1867 Nr. 41602, desmittelst der Namentliche Allerhöchste Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät, betreffend die Emission einer neuen Kupferscheidemünze, welcher unter Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändiger Unterschrift dem Dirigirenden Senat am 21. März 1867 ertheilt worden ist, publicirt wird.

### Ukas an den Dirigirenden Senat.

In Erwägung dessen, daß die gegenwärtige Kupfermünze, welche kraft des am 7. Februar 1849 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths im Betrage von 32 Rbl. aus einem Pud geschlagen wird, bei ihrem Gewicht und Umfang nicht die für den Verkehr erforderliche Bequemlichkeit hat, befehlen Wir zur Beseitigung dessen, gemäß der im Reichsrath beprüften Vorstellung des Finanz-Ministers:

1) Die Kupferscheidemünze künftighin im Betrage von 50 Rbl. aus einem Pud Kupfer zu schlagen, so daß ein Fünfskopekenstück 3 Solotnik  $80,640$  Doli, ein Dreiskopekenstück 2 Solotnik  $29,184$  Doli, ein Zweiskopekenstück 1 Solotnik  $51,456$  Doli, ein Einkopekenstück  $73,728$  Doli, ein Halbskopekenstück  $36,864$  Doli und ein Viertelskopekenstück  $18,432$  Doli im Gewicht enthält.

2) Die neue Kupferscheidemünze nach der beiliegenden, von Uns bestätigten Zeichnung mit einem gezahnten Rande im Betrage von drei Millionen Rubel zu emittiren.

3) Die obligatorische Annahme der Kupfermünze bei Zahlungen unter Privatpersonen auf drei Rubel zu beschränken, diese Beschränkung jedoch nicht auf die Rentien zu erstrecken, sondern bei Zahlungen von Abgaben und anderen Steuern die Kupferscheidemünze nach dem Nominalwerthe für jede Summe anzunehmen.

4) Wenn in der Folge die Nothwendigkeit eintreten sollte, die Menge der Kupferscheidemünze zu vermehren, so hat der Finanzminister betreffs einer jeden neuen Emission bei dem Reichsrath mit einer besonderen Vorstellung in der festgesetzten Ordnung einzukommen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung des Obigen die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Das Original ist von Sr. Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

**„Alexander“.**

St. Petersburg, den 21. März 1867

Auf dem Original steht von der Hand des Finanzministers geschrieben:

„Allerhöchst gebilligt.“

St. Petersburg, den 10. Mai 1867.

## Beschreibung der Zeichnung der Kupfermünze.

Die Kupfermünze hat vom Einkopeken= bis zum Fünfkopekenstück incl. ein gleiches Gepräge. Auf der Vorderseite ist das russische Reichswappen abgebildet, umgeben von einer doppelten Einfassung, zwischen welcher sich zwei Inschriften befinden: eine in erhabener Schrift „Russische Kupfermünze“ (мѣдная Россійская монета), die andere in vertiefter Schrift, den Nominalwerth der Münze, d. h. 5, 3, 2, 1 Kopeken bezeichnend. Auf der Rückseite, in dem inneren Kreise, ist eine Inschrift angebracht, welche den Nominalwerth der Münze, deren Werth durch eine zwischen zwei Sternchen stehenden Zahl angegeben ist, bezeichnet; unter dem Theilungsstriche befinden sich die Anfangsbuchstaben des Münzortes und zwischen dem inneren Kreise und dem Umkreise der Münze sind zwei unter einander verbundene Zweige, ein Lorbeer= und ein Eichenzweig, angebracht, und die Worte, welche das Prägungsjahr bezeichnen, angegeben; die Inschrift in dem innern Kreise besteht aus erhabenen, die Jahreszahl aber aus vertieften Buchstaben.

Die  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{4}$  Kopekenstücke zeigen auf der Vorderseite unter einer Krone den Namenszug des Herrn und Kaisers in Slawonischer Schrift, über zwei unter einander verbundenen Zweigen, einem Lorbeer= und einem Eichenzweige; auf der Rückseite befindet sich eine Inschrift, welche den Nominalwerth der Münze, das Jahr und den Ort der Prägung bezeichnet.

Auf den beiden letzten Münzsorten ist das ganze Gepräge ein erhabenes.

Der Rand aller sechs Münzsorten ist gezahnt.

**Nr. 81.** Ufas Gines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Heroldieministers vom 6. Februar sub Nr. 459, in welchem es heißt, daß der Reichsrath im Departement der Staats=Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers der Volksaufklärung betreffend die Uebergabe des Adreß-Kalenders aus der Verwaltung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften an das Ressort des Justizministeriums, folgendes, am 16. Januar 1867 der Allerhöchsten Bestätigung gewürdigtes Gutachten abgegeben habe: 1) Die Herausgabe des Adreß-Kalenders ist aus der Verwaltung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften dem Ressort des Justizministeriums und zwar dem Heroldie-Departement des Dirigirenden Senats zu übertragen. 2) In Uebereinstimmung hiermit sind in den Artikeln 1489, 1490, 1491 und 1492, Verordnung über den Staatsdienst (Cod. der Reichsgesetze Bd. III Ausgabe vom Jahre 1857) die Worte: „die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften“ durch die Worte: „das Heroldie-Departement des Dirigirenden Senats“ zu ersetzen. 3) Dem Finanzminister wird es anheimgestellt, bei der Balancirung des Reichsbudgets für das Jahr 1867, die in der Veranschlagung des Ministeriums der Volksaufklärung für dieses Jahr als Einnahme und Ausgabe für die Herausgabe des Adreß-Kalenders ausgeworfene Summe auf die Veranschlagung des Justizministeriums zu übertragen, und zwar die Einnahmen auf den § 1 (von den Senats=Typographien) und die Ausgabe auf den § 4 (Unterhalt der Senats=Typographie). Der Minister der Volksaufklärung hat diesen Allerhöchsten Befehl dem Justizminister mitgetheilt und zugleich hinzugefügt, daß er bei der Akademie der Wissenschaften dahin Anordnung getroffen habe, daß die ganze laufende Correspondenz in Betreff der Herausgabe des Adreß-Ka-

lenders, sowie das in der Akademie etwa bereits gesammelte Material zur Zusammenstellung des Adreß-Kalenders für dieses Jahr, aus derselben schon jetzt dem Heroldie-Departement, nach gegenseitiger Uebereinkunft dieser Institutionen, übergeben werde. Er, der Heroldie-Minister, notificire solches dem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung. Befohlen: Wegen Erfüllung des obgedachten, Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths, bezüglich der Einsendung der zur Herausgabe des Adreß-Kalenders erforderlichen Auskünfte zu den festgesetzten Terminen an das Heroldie-Departement des Dirigirenden Senats, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Uebertragung der Herausgabe  
des Adreß-Kalenders auf das Heroldie-  
Departement.

Aus dem Heroldie-Departement  
vom 8. April 1867 Nr. 2580.

**Nr. 82.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 1043, folgenden Inhalts: Unter dem 1. Juni 1862 sub Nr. 1367 sei der Allerhöchste Befehl, daß alle diejenigen, die sich der Brandstiftung in der hiesigen Residenz schuldig machen und verdächtig erweisen, dem Kriegsgericht nach dem Feldgesetz zu übergeben seien, zur Kenntniß eines Dirigirenden Senats gebracht worden; am 6. Juni desselben Jahres habe der Herr und Kaiser Allerhöchst zu befehlen beliebt, diese Maßregel auf alle Gouvernements auszu-dehnen. Gegenwärtig habe Seine Kaiserliche Majestät auf seine, des Ministers des Innern allerunterthänigste Unterlegung, daß die Feuersbrünste in gegenwärtiger Zeit den Charakter, den sie im Jahre 1862 sowie auch 1864 hatten, verloren haben, und daß in den Gouvernements, in welchen die Gerichts-Ordnungen eingeführt sind, die Sachen über Brandstifter bereits in den neuen Gerichts-Institutionen bepruft werden, am 17. März dieses Jahres Allerhöchst zu befehlen geruht: „auch in denjenigen Gouvernements, in denen die neuen Gerichts-Ordnungen noch nicht in Wirksamkeit gesetzt sind, den General-Gouverneuren und Gouverneuren anheimzustellen, dem Kriegsgerichte, nach den Feld-Criminal-Gesetzen, nur diejenigen Brandstifter zu übergeben, die dieses Verbrechen zu politischen Zwecken begehen und bei der Untersuchung dessen hinlänglich überführt worden; alle übrigen aber, sowie auch die Verdächtigen, dem Gerichte in der früheren Grundlage — im Wege des Civil-Criminal-Verfahrens, zu übergeben.“ Hierüber berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senat in Ergänzung des Berichts vom 1. Juni 1862 sub Nr. 1367. Und 2) Die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Ordnung der Verhandlung der  
Sachen über Brandstifter.

Aus dem 1. Departement vom  
10. April 1867 Nr. 39792.

**Nr. 83.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. April 1867 Nr. 40888, desmittelft publicirt wird, daß der XXXIX Band der vollständigen Sammlung der Gesetze, enthaltend die Gesetzesbestimmungen für das Jahr 1864, erschienen sei.

**Nr. 84.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen die Sache, betreffend die von einer Gouvernements-Regierung angeregte Frage, ob Personen, welche wegen schlechter Führung aus ihrer Gemeinde entfernt worden sind, nach ihrer Verzeichnung zu neuen Gemeinden in ihrer Heimath leben dürfen. Befohlen: Nachdem Ein Dirigirender Senat die gegenwärtige Frage mit dem genauen Sinne des am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths, betreffend die Ordnung der Vorstellung lasterhafter Personen seitens ihrer Gemeinden zur Disposition der Staatsregierung, verglichen hat, findet er, daß das Verbot, daß Personen, welche wegen schlechter Führung aus ihren Gemeinden entfernt worden sind, sich zu neuen Gemeinden nicht innerhalb einer Entfernung von 60 Werst von ihrer früheren Gemeinde anschreiben lassen dürfen, durch das gedachte Gutachten des Reichsraths sowol zu dem Zwecke erlassen worden ist, um diese letztere Gemeinde vor der Rache und Feindschaft der aus ihrer Mitte Entfernten zu bewahren, als auch um den von ihr auf Grund des ihr durch das Gesetz gewährten Rechts, ausgesprochenen Wunsch, Personen, welche sich durch schlechte Führung bekannt gemacht haben, oder durch ihren Verbleib der ganzen Gemeinde Schaden bringen, nicht in ihrer Mitte zu haben, zu befriedigen, und daß mithin, wenn solchen Personen erlaubt würde, auf von den neuen Gemeinden ertheilte Billete in der Heimath zu leben, dies nichts anders heißen würde, als die Entfernten in Bezug auf ihre früheren Gemeinden nicht nur in dieselbe Lage, deren Beseitigung das Gesetz im Auge hatte, als es eine Entfernung von 60 Werst als Bedingung der neuen Verzeichnung festsetzte, sondern sogar in eine noch vortheilhaftere zu bringen, indem diese Gemeinde der Möglichkeit beraubt wäre, gegen diese Personen, als zu einer anderen Gemeinde gehörend, correctionelle Strafmaßregeln in Anwendung zu bringen. Indem der Dirigirende Senat auf diesen Grundlagen dafür erkennt, daß wenn es den Personen, die aus der Gemeinde entfernt worden sind und sechsmonatliche Billete zur Anschreibung zu einer neuen Gemeinde erhalten haben, verboten ist, sich zu Gemeinden, die sich in einer Entfernung von 60 Werst von derjenigen, aus welcher sie entfernt worden sind, befinden, anschreiben zu lassen, sie eben dadurch auch das Recht verlieren, beständig oder zeitweilig innerhalb dieser Entfernung zu leben, und hat in Erwägung dessen, daß ein ähnlicher Fall auch an vielen anderen Orten eintreten kann, verfügt: über Obiges zur Richtschnur derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Frage darüber, ob Personen, welche wegen schlechter Führung aus einer Gemeinde entfernt worden sind, in der Heimath leben dürfen.

Aus dem 1. Departement vom  
25. April 1867, Nr. 39595.

Riga-Schloß, den 31. Mai 1867

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältesterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

**Nr. 85.** Ukase Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers ließ Ein Dirigirender Senat sich den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 10. April sub Nr. 3031 folgenden Inhalts vortragen: Der Herr und Kaiser habe auf Beschluß des Minister-Comités, in Folge der Vorstellung des Finanzministers, am 31. März 1867 Allerhöchst zu befehlen geruht, daß die Pfandbriefe der gegenseitigen Boden-Credit-Gesellschaft als Pfand (залогъ) bei Krons-Podrádden und Lieferungen, sowie als Sicherheit für die Zahlung der befristeten Brannntweins-Accise, zu 90% des mittleren Börsenpreises dieser Papiere für das vergangene Halbjahr angenommen werden sollen, wobei für das erste Mal dieser Pfandpreis auf 90% des mittleren Durchschnittspreises der in Rede stehenden Papiere für den Februar und März dieses Jahres festzustellen sei. In Grundlage dieses Allerhöchsten Befehls seien vom Finanzministerium für die Annahme der Pfandbriefe der gegenseitigen Boden-Credit-Gesellschaft als Pfand bei Krons-podrádden und Lieferungen für die Zeit bis zum 1. Juli 1867 folgende Preise festgesetzt worden:

Für einen Pfandbriefe von	100 Rbl. des Nominalcapitals	81 Rbl.
" " " "	125 " " "	101 "
" " " "	500 " " "	405 "
" " " "	1000 " " "	810 "
" " " "	5000 " " "	4050 "
" " " "	10000 " " "	8100 "

Worüber er, der College des Finanzministers Einem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung berichte. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Collegen des Finanzministers, zur allgemeinen Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Preise, zu welchen die Pfandbriefe der gegenseitigen Boden-Credit-Gesellschaft von der Krone als Pfand (Salog) angenommen werden.

Aus dem 1. Departement vom  
21. April 1867, Nr. 42352.

**Nr. 86.** Ukase Cines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 6. März 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Opferstöcke zur Aufnahme milder Gaben zum Besten der allgemeinen Fürsorge, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Opferstöcke zur Aufnahme milder Gaben zum Besten der allgemeinen Fürsorge, für gut erachtet: 1. Die Artikel 285, 286, 287, 288, 290, 291, 292, 293, 295, 296, 297 und 332 des Codex der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, Bd. XIII., Verordnung über allgemeine Fürsorge, fol-

gengermaßen zu fassen: Art. 285. Zur Aufnahme milder Gaben der freiwilligen Wohlthätigkeit ist es den Gouvernements-Landschafts-Institutionen und den Collegien der allgemeinen Fürsorge gestattet, zweierlei Arten von Opferstöcken zu haben: 1) für Arme und Dürftige und 2) für die Wohlthätigkeitsanstalten. Das Geld, welches aus den Opferstöcken der ersten Kategorie ausgestürzt wird, ist seiner Bestimmung gemäß an Arme, die sich außerhalb der Anstalten der allgemeinen Fürsorge befinden, zu vertheilen, das aus den Opferstöcken der zweiten Kategorie erhaltene Geld aber ist den Credit-Institutionen zu übersenden, und sind nur die Zinsen dieses Geldes zur Verstärkung der Mittel der Anstalten der allgemeinen Fürsorge zu verwenden. Anmerkung. Hinsichtlich der Opferstock-Einnahmen zum Besten der Wohlthätigkeits-Anstalten in Odeßa ersetzen der dortige allgemeine und der administrative Stadtrath die Gouvernements-Versammlung und das Gouvernements-Landschafts-Amt. Art. 286. Diese wie jene Opferstöcke werden sowohl in den Gouvernements-, als auch in den Kreis- und anderen Städten bei den Kathedralen und anderen bedeutenderen Kirchen im Vestibulum (паперть) an einer freien Stelle gleich bei dem Eingange zur Kirche aufgestellt. Anmerk. Im Terekischen Kosakenheere gelten für die Opferstöcke zur Aufnahme milder Gaben für die Armen die hier beigefügten Regeln. Art. 287. Die Gouvernements-Chefs bestimmen, im Einvernehmen mit den örtlichen Eparchial-Bischöfen und den Gouvernements-Landschafts-Aemtern (wo diese eröffnet sind), bei welchen Kirchen namentlich in den Städten des einem Jeden anvertrauten Gouvernements es am geeignetsten und für das Einfließen der Gaben am zweckmäßigsten ist, Opferstöcke einzurichten, und übersenden, Jeder für sein Gouvernement, den Gouvernements-Landschafts-Aemtern oder den Collegien, Verzeichnisse dieser Kirchen zur Wissenschaft. Art. 288. Beide Arten von Opferstöcken werden, wenigstens für jedes Gouvernement, von gleicher Gestalt angefertigt für Rechnung der Summen der allgemeinen Fürsorge und unterscheiden sich nur durch ihre Aufschriften, welche bei den einen zu lauten haben: „Für Arme und Dürftige“ („для нищих и убогих“) und bei den andern: „Für die Wohlthätigkeits-Anstalten“ („для богоугодныхъ заведений“), und werden diese Opferstöcke nach ihrer Aufstellung an Ort und Stelle unter Schloß und Siegel gehalten. In den Gouvernements-Städten werden hiezu das Siegel des Gouvernements-Landschafts-Amtes oder das des Collegiums der allgemeinen Fürsorge, in den Kreis- und andern Städten aber die Siegel der Landschafts-Aemter, oder wo diese nicht vorhanden sind, die der Stadt-Gemeinde-Verwaltungen benutzt und werden dem entsprechend die Schlüssel zu den Opferstöcken bei den Landschafts-Aemtern, den Collegien oder den Stadt-Gemeinde-Verwaltungen aufbewahrt. Art. 290. Das Ausstürzen des Geldes aus den Opferstöcken findet in den Vorkirchen (трапезахъ церковныхъ) allmonatlich oder in dem Maße, als sich die Gaben angesammelt haben, statt, und zwar in den Kirchen der Gouvernementsstädte — in Gegenwart eines Gliedes des Gouvernements-Landschafts-Amtes oder des Collegiums und in denen der Kreisstädte — in Gegenwart eines Gliedes des örtlichen Landschafts-Amtes oder der Stadt-Gemeinde-Verwaltung, und im Beisein des ältesten oder des der Reihe nach folgenden Geistlichen und des Kirchen-Altesten. Art. 291. Die aus den Opferstöcken beider Kategorien ausgestürzten Summen werden, nachdem sie gezählt worden, zur selben Zeit und gleich an Ort und Stelle in für die einen und die anderen besonders eingerichtete Bücher eingetragen und jeder Posten über den Betrag des ausgestürzten Geldes wird von sämmtlichen bei dem Ausstürzen zugegen

gewesenen Personen, bevor sie die Kirche verlassen, unterschrieben, das Geld selbst aber wird nebst den Büchern dem Gliede des Landschafts-Amtes, des Collegiums oder der Stadt-Gemeinde-Verwaltung zur Zustellung an diese Institutionen behändigt. Art. 292. In den Kreis- und anderen Städten senden die Kreis-Landschafts-Aemter oder die Stadt-Gemeinde-Verwaltung, nach Empfang des aus den Opferstöcken ausgestürzten Geldes, dasselbe mit der ersten Post an das Gouvernements-Landschafts-Amt oder an das Collegium der allgemeinen Fürsorge mit der Angabe, bei welcher Kirche und wieviel Geld aus dem einen und dem anderen Opferstock ausgestürzt worden ist. Art. 293. Ueber dieses Geld (Art. 291 und 292) führen die Gouvernements-Landschafts-Aemter und die Collegien besondere Rechnung, zu welchem Zweck sie besondere Bücher zur Eintragung der Einnahme und Ausgabe beider Arten von Opferstockgeldern haben. Art. 295. Aus den Summen der Opferstock-Einnahme theilen die Gouvernements-Landschafts-Aemter und Collegien Unterstüzungen auch für die Kreisstädte ab, sowohl zur Ausreichung an arme und Dürftige, als auch zur Verstärkung der Mittel der dortigen Anstalten der allgemeinen Fürsorge, nach Maßgabe dieser Einnahme und des tatsächlichen Unterstüzungs-Bedürfnisses. Art. 296. Wenn sich in irgend einem Gouvernement die Summe der Opferstock-Einnahmen für die Wohlthätigkeits-Anstalten bedeutend vergrößert und es möglich und nothwendig erscheint, zur Ver- ausgabung des Capitals, zum Zweck der Erbauung eines neuen oder der Reparatur eines bestehenden Gebäudes und überhaupt für Gegenstände, welche sich auf die Unterhaltung der Wohlthätigkeits-Anstalten beziehen, zu schreiten, so haben in einem solchen Falle die Gouvernements-Landschafts-Aemter dazu die Zustimmung der Gouvernements-Versammlungen und die Collegien die Genehmigung des Ministeriums des Innern einzuholen. Art. 297. Die Rechenschaft über Einnahme und Ausgabe beider Arten von Opferstockgeldern und der Zinsen derselben haben die Gouvernements-Landschafts-Aemter und die Collegien wem gehörig, nach den allgemeinen, für jede dieser Institutionen vorgeschriebenen Regeln über die Rechenschaftsablegung, abzulegen. Art. 332. Die zu den Summen der allgemeinen Fürsorge einfließenden Darbringungen für bestimmte Wohlthätigkeitszwecke werden ihrer Bestimmung gemäß verwandt; und II. den Artikel 294 desselben Bandes des Code der Reichsgesetze, in welchem die in den Artikel 285 übergegangenen Regeln über die Verwendung der Zinsen der Opferstock-Summen enthalten sind, sowie die Anmerkung 2 zum Artikel 286, in der Fortsetzung des Cod. der Reichsgesetze vom Jahre 1863, Thl. IV, in welcher von den im Jahre 1812 organisirten und gegenwärtig abgeschafften Opferstöcken zur Aufnahme milder Gaben die Rede ist, aufzuheben.

Betreffend die Opferstöcke für milde Gaben  
zum Besten der allgemeinen Fürsorge.

Aus dem 1. Departement vom  
28. März 1867, Nr. 31926.

**Nr. 87.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 18. April 1867 Nr. 38053, desmittelt der am 21. März 1867 unter Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändiger Unterschrift an den Dirigirenden Senat erlassene Kammentliche Allerhöchste Befehl, betreffend die Emission einer silbernen Scheidemünze von der achtundvierzigsten Probe, publicirt wird.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Durch Unfern am 22. März 1860 an den Dirigirenden Senat erlassenen Ukas befehlen Wir, zur Beseitigung des Umschmelzens der silbernen Scheidemünze zum Verarbeiten und der Ausfuhr derselben ins Ausland, eine neue silberne Scheidemünze in 20, 15, 10 und 5 Kopekenstücken von der zweiundsteibzigsten Probe mit Verringerung des innern Werths dieser Münze um fünfzehn Procent gegen den Nominalwerth derselben zu emittiren; die Grund-Einheit der Silbermünze aber und deren größeren Unterabtheilungen — die Halben- und Viertelrubel in Probe und Gewicht unverändert zu lassen.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß auch bei dieser Verringerung des innern Werths der silbernen Scheidemünze die Ausfuhr derselben ins Ausland fortbauert, woher sich, ungeachtet der verstärkten Emissionen dieser Münze, wiederum ein Mangel derselben im Volksverkehr fühlbar macht, der auf die inländische Gewerthätigkeit und den Handel ungünstig zu wirken fortfährt.

In Folge dessen befehlen Wir, in Uebereinstimmung mit der im Reichsrath beprüften Vorstellung des Finanzministers:

1) Die Grund-Einheit der Silbermünze, den Rubel und dessen größeren Unterabtheilungen, die Halben- und Viertelrubel in Probe und Gewicht unverändert zu lassen, dagegen aber künftighin eine silberne Scheidemünze in 20, 15, 10 und 5 Kopekenstücken der achtundvierzigsten Probe, mit Verringerung des innern Werths dieser Münze um fünfzig Procent gegen den Nominalwerth derselben zu emittiren.

2) Von der neuen silbernen Scheidemünze nach den früheren Zeichnungen, jedoch mit einem gezahnten Rande, fürs Erste sechs Millionen Rubel zu emittiren.

3) Die obligatorische Annahme der silbernen Scheidemünze bei Zahlungen zwischen Privatpersonen auf drei Rubel bei jeder Zahlung zu beschränken, diese Beschränkung jedoch nicht auf die Renteien auszudehnen, indem bei Zahlungen von Abgaben und anderen Steuern die silberne Scheidemünze zu ihrem Nominalwerth für den Betrag jeglicher Summe anzunehmen ist.

4) Falls sich in der Folge die Nothwendigkeit herausstellen sollte, das Quantum der silbernen Scheidemünze zu vergrößern, hat der Finanzminister wegen jeder neuen Emission, in festgesetzter Ordnung mit einer besonderen Vorstellung bei dem Reichsrathe einzukommen.

Ein Dirigirender Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung des Obigen die erforderliche Anordnung zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

„Alexander.“

St. Petersburg den 21. März 1867.

**Nr. 88.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgender, am 10. April 1867, unter Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändiger Unterschrift an den Dirigirenden Senat erlassene Namentliche Allerhöchste Befehl publicirt wird: In Grundlage des § 27 des Statuts der Kaiserlichen Familie ernennen Wir



zum Curator bei Seiner Kaiserlichen Hoheit, Unserm vielgeliebten Sohn, dem Herrn und Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch, Unsern General-Adjutanten, General-Lieutenant Grafen Boris Perowskii.

Betreffend die Ernennung des General-Adjutanten, General-Lieutenants Grafen Boris Perowskii zum Curator bei Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch.

Aus dem 1. Departement vom  
14. April 1867, Nr. 34612.

**Nr. 89.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 20. März 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Rechte der Söhne von Dolmetschern und Uebersetzern, die aus dem Kosakenstande ausgeschlossen worden sind, zum Eintritt in den Civildienst, wie folgt publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung des desfallsigen Beschlusses der allgemeinen Versammlung des Dirigirenden Senats und in Uebereinstimmung mit demselben für gut erachtet: in Ergänzung der betreffenden Artikel des Cod. der Reichsgeseze, Bd. III., Reglmt. über den Dienst in Folge Anstellung von Seiten der Staats-Regierung, zu verordnen: 1) Die Kinder von Personen, welche aus dem Kosakenstande ausgeschlossen worden sind, werden als Kanzelleibeamte im Civildienst angenommen, wobei sie in Kategorien getheilt werden: zur ersten Kategorie gehören diejenigen Personen, welche ihre Erziehung in höheren oder mittleren Lehranstalten genossen haben, ohne Unterschied der Geburt; zur zweiten solche, die ihre Ausbildung nicht in höheren oder mittleren Lehranstalten erhalten haben, deren Väter jedoch einen Klassenrang besaßen; und zur dritten Kategorie, Kinder, die geboren sind, bevor ihre Väter einen Klassenrang erhalten hatten. 2) Dieser Eintheilung gemäß werden folgende Termine für die Beförderung der Kinder von Dolmetschern und Uebersetzern, die aus dem Kosakenstande ausgeschlossen worden sind, zum ersten Klassenrange festgesetzt: denjenigen, welche einen wissenschaftlichen Cursus in mittleren Lehranstalten beendigt haben, wird das Recht der Beförderung nach zwei Jahren gewährt, falls diese Personen zu einer Zeit geboren worden sind, wo ihre Väter bereits einen Klassenrang besaßen, und nach vier Jahren, falls die Väter zu der Zeit keinen Rang besaßen; denjenigen, welche ihre Ausbildung nicht in mittleren Lehranstalten erhalten haben, deren Väter aber zur Zeit ihrer Geburt einen Klassenrang besaßen, wird das Recht auf Beförderung zum ersten Klassenrange nach vier Jahren gewährt, wenn sie zugleich Attestate von Kreis- und denen gleichen Schulen haben, und nach sechs Jahren, wenn sie solche Attestate nicht besitzen; denjenigen, die geboren worden sind, bevor ihre Väter einen Klassenrang erhalten hatten, und die dabei keine Attestate von Kreis- und denen gleichen Schulen besitzen, wird das Recht zur Beförderung zum ersten Klassenrange nach acht Jahren gewährt. 3) Diejenigen, welche den wissenschaftlichen Cursus in der besonderen Abtheilung der Dmzischen Militärschule beendigt haben, genießen bei ihrem Eintritt in den Civildienst das Recht auf Beförderung zum ersten Klassenrange, ohne Unterschied ihrer Geburt.

Betreffend die Rechte der Söhne von Dolmetschern und Uebersetzern, die aus dem Kosakenstande ausgeschlossen worden sind, zum Eintritt in den Civildienst:

Aus der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements und des Heroldsie-Departements des Dirigirenden Senats vom  
5. Mai 1867, Nr. 848.

**Nr. 90.** Ufſas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiſerlichen Majeſtät ließ Ein Dirigirender Senat ſich vortragen: die Specialſache, betreffend die Frage bezüglich der Ordnung des Criminalverfahrens in Sachen wider minderjährige Inquiſiten. Befohlen: Nach Vergleichung dieſer Frage mit den gegenwärtig geltenden Geſetzesbeſtimmungen findet Ein Dirigirender Senat, daß Sachen betreffend minderjährige Verbrecher, die zur Zeit des begangenen Verbrechens älter als 14, aber jünger als 21 Jahre waren, durch das am 13. November 1850 Allerhöchſt beſtätigte Gutachten des Reichsraths aus dem Reſſort der Gewiſſensgerichte, denen dieſe Sachen bis dahin competirten, ausgeſchloſſen worden ſind, und die Beprüfung derartiger Sachen den Gerichtsbehörden, je nach der Hingehörigkeit, in Grundlage der allgemeinen Geſetze über das Gerichtsverfahren in Criminalſachen überlaſſen worden iſt. Dabei iſt aber im Punkt 5 des am 13. November 1850 Allerhöchſt beſtätigten Gutachtens des Reichsraths verordnet: 1) daß Sachen Minderjähriger; welche zur Zeit der Begehung des Verbrechens zwiſchen 14 und 21 Jahre alt waren und zu Criminalſtrafen, mit denen der Verluſt aller Standesrechte verbunden iſt, nachdem vom Criminal-Gerichtshofe das Urtheil gefällt worden, dem Dirigirenden Senat zur Reviſion vorzuſtellen ſind, und 2) daß die Criminal-Gerichtshöfe in allen übrigen Sachen ihre Endurtheile den minderjährigen Verbrechern mit dem Rechte der Appellation zu eröffnen haben. Dieſe beiden Beſtimmungen des Punkt 5 des am 13. November 1850 Allerhöchſt beſtätigten Gutachtens des Reichsraths ſind in den Codex der Reichsgeſetze übergegangen; die erſte von ihnen iſt im Pkt. 6 des Art. 438 und die zweite im Art. 467 Bd. XV Buch 2 der Criminal-Geſetze enthalten. Darauf iſt durch das am 8. Juli 1863 Allerhöchſt beſtätigte Gutachten des Reichsraths in der erſten dieſer Beſtimmungen, nämlich der in den Punkt 6 des Artikels 438 Buch 2 Bd. XV übergegangenen, eine Ausnahme gemacht worden, nach welcher Sachen, betreffend Perſonen von 17 bis 21 Jahren, der Wirkſamkeit des allgemeinen Geſetzes unterliegen. Nach Emanirung des am 11 October 1865 Allerhöchſt beſtätigten Gutachtens des Reichsraths, betreffend Abänderungen und Ergänzungen derjenigen Artikel des Codex der Reichsgeſetze, welche ſich auf das Gerichtsverfahren und die Geſchäftsverhandlung in den gegenwärtigen Gerichtsbehörden beziehen, haben nun aber die obangeführten Beſtimmungen ihre Kraft nur für diejenigen Gouvernements, die nach einer beſondern Verfaſſung verwaltet werden, und auf welche ſich die Wirkſamkeit des am 11 October 1865 Allerhöchſt beſtätigten Gutachtens des Reichsraths nicht erſtreckt, behalten. Demnach unterliegen in denjenigen Dertlichkeiten, auf welche ſich die Wirkſamkeit des am 11. October 1865 Allerhöchſt beſtätigten Gutachtens des Reichsraths nicht erſtreckt, die Sachen betreffend minderjährige Verbrecher, welche das Verbrechen in einem Alter von 17 bis 21 Jahren verübt haben, der Wirkſamkeit des allgemeinen Geſetzes, die Sachen betreffend Minderjährige, welche das Verbrechen in einem Alter von 14 bis 17 Jahren verübt haben, aber werden von den Gerichtsbehörden der unterſten Inſtanz beginnend, in allgemeiner Ordnung, zur Beprüfung an die Behörden mittlerer Inſtanz gebracht, deren Urtheile in dieſen Sachen entweder direct zur Reviſion an den Dirigirenden Senat gelangen oder auf den Wuſch der minderjährigen Verbrecher, mittelſt Appellation wider die Endurtheile, an denſelben zur Beprüfung gebracht werden. Eine ſolche Ordnung des Verfahrens in Sachen betreffend minderjährige Inquiſiten im Alter von 14 bis 17 Jahren ſtimmt auch vollſtändig mit den Regeln überein, welche in den Art. 734 und 737 Buch 2 Bd. XV (Ausgabe vom Jahre 1857) urſprüng-

lich für die Beprüfung der Sachen in Betreff minderjähriger Verbrecher, welche zur Zeit der Begehung des Verbrechens das Alter von 14 Jahren noch nicht erreicht hatten, bei den Gewissensgerichten festgestellt waren und gegenwärtig, nach Aufhebung der Gewissensgerichte, ihre Kraft für die Criminalgerichte in denjenigen Vertlichkeiten behalten haben, auf die sich die Wirksamkeit der Regeln vom 11. October 1865 nicht erstreckt. Was jedoch die Gouvernements, welche nach der allgemeinen Verfassung verwaltet werden, und die Provinz Bessarabien betrifft, so ist durch das für alle diese Vertlichkeiten obligatorische, am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths unter Anderem verordnet worden: a) daß alle Sachen betreffend Verbrechen, auf welche eine Strafe steht, mit der Entziehung oder Verlust von Rechten verbunden ist, unmittelbar von den Untersuchungsrichtern an die Criminal-Gerichtshöfe gelangen und bei diesen in erster Instanz verhandelt werden (Art. 1 und 2); b) daß Sachen, betreffend Minderjährige, welche zur Zeit der Begehung des Verbrechens älter als 14 aber jünger als 17 Jahre waren und zur Entziehung aller Standesrechte verurtheilt worden sind, im Wege der Revision an den Dirigirenden Senat zur Beprüfung gebracht werden, wenn auch die Inquisiten dem niederen Stande angehören (Punkt 2 Art. 44). In der Aufzählung der Sachen aber, welche auf Appellation der Inquisiten an den Dirigirenden Senat gelangen, geschieht der Sachen betreffend diejenigen Minderjährigen, welche zu Strafen, mit denen eine Beschränkung der Rechte verbunden ist, verurtheilt werden, (Art. 45) keine Erwähnung; mithin unterliegen Sachen dieser Art der Wirksamkeit der Art. 47 und 48 der Regeln vom 11. October 1865. Auf diese Weise ergibt sich aus den angeführten Gesezbestimmungen des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths, daß alle Criminalsachen überhaupt, welche minderjährige Inquisiten im Alter von 17 bis 21 Jahren und Sachen, welche Inquisiten im Alter von 14 bis 17 Jahren betreffen, wenn diese Inquisiten nicht zu Strafen verurtheilt sind, die Verlust oder Beschränkung der Rechte nach sich ziehen, den allgemeinen, für Sachen, betreffend Volljährige, festgesetzten Regeln unterliegen. Folglich werden Sachen, betreffend Minderjährige im Alter von 14 bis 17 Jahren, die solcher Verbrechen angeklagt sind, auf welche eine Strafe steht, mit welcher Verlust oder Beschränkung der Rechte verbunden ist, in den Gouvernements, welche nach der allgemeinen Verfassung verwaltet werden, und in der Provinz Bessarabien bei den Criminal-Gerichtshöfen und dem Provinzial-Gerichte verhandelt und gelangen an dieselben unmittelbar von den Untersuchungsrichtern, und werden diejenigen von diesen Sachen, in welchen die minderjährigen Inquisiten zum Verlust aller Standesrechte verurtheilt worden sind, von den Criminal-Gerichtshöfen und dem Provinzial-Gerichte an den Dirigirenden Senat zur Beprüfung gebracht; in denjenigen aber, in welchen die Inquisiten zu Strafen verurtheilt worden, mit denen Verlust aller oder einiger besonderer, persönlich und dem Stande nach zugeeigneter Rechte und Vorzüge verbunden ist, ist die Entscheidung eine definitive, wider welche nur in der in den Art. 47 und 48 des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths festgesetzten Ordnung Beschwerde erhoben werden kann. In der Erwägung, daß die gegenwärtige Frage, betreffend die Ordnung des Criminalverfahrens in Sachen wider minderjährige Inquisiten, in denjenigen Vertlichkeiten, welche der Wirksamkeit des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths unterliegen, durch die in demselben enthaltenen Regeln, in den übrigen Vertlichkeiten aber durch den stricten Sinn der oben angeführten Gesezbestimmungen

des Buch 2 Bd. XV und der am 13. November 1850 und 8. Juli 1863 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths vollständig entschieden wird, hat Ein Dirigirender Senat verfügt: Hierüber zur Wissenschaft und Richtschnur derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Ordnung des Criminalverfahrens  
in Sachen wider minderjährige Inquisiten.

Aus der 2. Abtheilung des 6.  
Departements vom 5. Mai 1867,  
Nr. 1757.

Riga=Schloß, den 9. Juni 1867.

Livländischer Vice=Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 91.** Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 17. April 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Abänderung einiger Regeln hinsichtlich der Weinbereitung und des Weinhandels publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Revision einiger Bestimmungen hinsichtlich der Weinbereitung und des Weinhandels, für gut erachtet: I. Die Art. 152 und 153 Bd. XII der Verordnung über städtische und ländliche Deconomie, sowie den Art. 41 Bd. XI des Gewerbe-Reglements und den Art. 1349 des Strafcodex (Ausgabe vom Jahre 1866) durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: 1) Diejenigen, welche überführt worden sind, wissentlich und betrüglich russische oder auch künstliche Weine für ausländische und echte verkauft zu haben, werden nach den Artikeln 173 bis 176 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen, in den im Art. 181 desselben Reglements angeführten Fällen aber, nach den Artikeln 1666 bis 1675 des Strafcodex (vom Jahre 1866) bestraft. 2) Auf den Flaschen mit in Rußland zubereiteten Weinen müssen sich Etiquetten mit der Angabe der Firma und des Familiennamens des Weinhändlers befinden, wobei es nicht verboten ist auch die Firma oder den Familiennamen des Weinfabrikanten darauf zu setzen. 3) Die Einfuhr von ausländischen Korken aus dem Auslande mit Stempeln ausländischer Handelshäuser, gesondert von den Flaschen, ist verboten. II. Den Artikel 873 der Verordnung über die Medicinal-Polizei folgendermaßen zu fassen: Es ist verboten den Weinen (bei ihrer Bereitung und Zurichtung) sowie allen andern Getränken etwas der Gesundheit Schädliches beizumischen, insbesondere aber metallische und andere streng wirkende Substanzen, welche in den Verzeichnissen die vom Medicinalrathe in Grundlage des Art. 879 dieses Reglements herausgegeben werden, aufgeführt sind, bei Gefahr der im Gesetz über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen Art. 115, und im Strafcodex, Ausgabe vom Jahre 1866 Art. 865 festgesetzten Verantwortlichkeit. III. Dem Finanzminister wird es anheimgestellt, in dem entsprechenden Artikel der letzten Ausgabe des allgemeinen Zolltarifs für den europäischen Handel eine Anmerkung darüber zu machen, daß es verboten ist, aus dem Auslande ausländische Korken mit Stempeln ausländischer Handelshäuser, gesondert von den Flaschen, einzuführen.

Betreffend die Abänderung einiger Regeln hinsichtlich der Weinbereitung und des Weinhandels.

Aus dem 1. Departement vom  
16. Mai 1867, Nr. 44292.

**Nr 92.** Ukas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 8. Mai 1867 Nr. 1818, folgenden Inhalts: Der

Finanzminister sei bei dem Minister-Comité mit einer Vorststellung wegen Verlängerung der Wirksamkeit der zum Zwecke der Aufmunterung des Exports von Spiritus ins Ausland festgesetzten Regeln eingekommen, in welcher er sich dafür ausgesprochen, daß die durch den im Mai 1865 Allerhöchst bestätigten Beschluß des Minister-Comités festgesetzten Regeln zur Aufmunterung des Exports von Spiritus ins Ausland noch für 2 Jahre (1867 und 1868) in Kraft zu lassen wären. Gegenwärtig sei dem Finanzminister mittelst Extracts aus den Journälen des Minister-Comités vom 18. April und 2. Mai 1867 mitgetheilt worden, daß der Comité beschlossen, sein Gutachten in dieser Sache zu bestätigen und daß der Herr und Kaiser den Beschluß des Comité's am 29. April 1867 Allerhöchst zu genehmigen geruht habe. Ueber solchen Allerhöchst bestätigten Beschluß des Minister-Comités berichte er, der Colleague des Finanzministers Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Anordnung. Und 2) die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß der vom Collegen des Finanzministers erwähnte, im Mai 1865 Allerhöchst bestätigte Beschluß des Minister Comité's, betreffend die Maßregeln zur Aufmunterung des Exports von russischem Spiritus ins Ausland, von Einem Dirigirenden Senate durch die Ukase vom 10. Mai 1865 publicirt worden sind. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit der zum Zwecke der Aufmunterung des Exports von Spiritus ins Ausland festgesetzten Regeln auf weitere zwei Jahre, 1867 und 1868.

Aus dem 1. Departement vom 22. Mai 1867, Nr. 48207.

**Nr. 93.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst folgendes, am 1. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Erlaubniß, Stengel-Thee einzuführen, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorststellung des Finanzministers, betreffend die Erlaubniß zur Einfuhr von Stengel-Thee für gut erachtet: diese Vorststellung zu bestätigen und demzufolge den Stengel-Thee den Theesorten zuzuzählen, deren Einfuhr nach Rußland über die europäische Grenze mit einem dem dem schwarzen Thee gleichen Zoll, d. h. von 35 Kop. per Pfund, erlaubt ist, und zu diesem Zwecke den Punkt b des Artikels 101 des allgemeinen Parifs in Bezug auf den europäischen Handel für die Zollämter des russischen Kaiserreichs und des Königreichs Polen, Ausgabe vom 23. Mai 1865, folgendermaßen zu fassen: „der Handels-thee, schwarzer, Biegel- und Stengel-Thee“

Betreffend die Erlaubniß der Einfuhr von Stengel-Thee.

Aus dem 1. Departement vom 23. Mai 1867, Nr. 47329.

Riga-Schloß, den 23. Juni 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

**Nr. 94.** Mitteltst Ukases vom 9 Februar c. sub Nr. 11339 hat Ein Dirigirender Senat der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zu wissen gegeben, daß auf die Verwendung des ehemaligen General-Gouverneurs von Liv-, Est- und Kurland für die Errichtung eines Adreßtisches in der Stadt Riga nach dem Vorbilde Petersburgs und Moskaus der Minister des Innern mit einer Vorstellung beim Minister-Comité eingekommen ist, dahin gehend, daß ein solcher Tisch in Grundlage besonders zusammengestellter und dem Comité vorgelegter Regeln versuchsweise auf 3 Jahre, vom Januar 1867 an gerechnet, zu errichten und aus der Stadtcasse 1500 Rbl. jährlich und zur ersten Einrichtung des Tisches 400 Rbl. abzulassen seien, welche Ausgaben in der Folge aus den Einkünften des Adreßtisches zu decken wären. Der Minister-Comité hat beschlossen, das Reglement über den Adreßtisch in Riga, gemäß dem Gutachten des Ministers des Innern zu bestätigen. Der Herr und Kaiser hat am 13. Januar c. den Minister-Comité-beschluß zu genehmigen geruht.

Nachdem das Allerhöchst bestätigte Reglement über den Adreßtisch in der Stadt Riga in der am 10. März c. erschienenen Nr. 22 der beim Dirigirenden Senate herausgegebenen Sammlung der Gesetze und Anordnungen der Staats-Regierung sub Nr. 215 abgedruckt worden, wird dasselbe von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung in Nachfolgendem zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

## Reglement

### für den Adreßtisch in der Stadt Riga.

1) Der Adreßtisch wird zur Erlangung von Auskünften über den Wohnort aller Einwohner der Stadt Riga, sowol der beständig als auch der zeitweilig sich in dieser Stadt aufhaltenden, eingerichtet.

2) Jeder Hausbesitzer oder Inhaber (хозяинъ) eines Quartiers, der für die Personen verantwortlich ist, die in dem von ihm gemietheten Quartiere wohnen, muß vom Adreßtisch Adreßblankete nach dem hier beigefügten Formular sub Nr. 1 haben, in welche er den Familiennamen, den Vor- und Vatersnamen, den Beruf und wenn er verheirathet ist, auch den Vornamen seiner Frau und Kinder, außerdem seinen früheren und endlich den gegenwärtigen Wohnort mit Angabe des Stadttheils, des Quartals, der Straße und der Nr. des Hauses einträgt. Hierauf fertigt er diese Blätter unter Beifügung der Pässe der Einwohner an den Quartalaufseher ab, welcher über den Empfang der Adreßbillette quittirt, die Adressen der Einwohner in das Quartierbuch einträgt, die Pässe verschreibt, auf die Billette Datum und Jahr des Empfanges verzeichnet, auf denselben das Quartal und die Nummern unter welchen die Einwohner in das Quartierbuch eingetragen sind, vermerkt und die Blätter, nachdem er sie unterschrieben, nicht

später als 2 mal 24 Stunden nach ihrem Empfange dem Adreßtiſch überſendet, wo ſie unverzüglich auf beſonders dazu eingerichteten eiſernen Bogen in alphabetiſcher Ordnung rangirt werden.

3) Falls irgend ein Einwohner ſein Quartier in der Stadt ſelbſt verändert, ſo trägt der Hausbeſitzer oder der Inhaber des Quartiers deſſenigen Hauſes, aus welchem der Bewohner auszieht, ſowol den gegempärtigen als auch den künftigen Wohnort in das Adreßblanket (ſub Nr. 1) ein. Hierauf überſendet er dieſes Blatt dem örtlichen Quartalaufſeher, welcher dieſe Wohnungs-Veränderung im Quartierbuche verzeichnet und nachdem er Jahr und Datum des Empfanges des Billets vermerkt hat, daſſelbe dem Hauswirthen zur Ausreichung an den Umziehenden zurückſtellt, da letzterer ohne dieſes Billet nicht in ſeiner neuen Wohnung gemeldet werden kann. Bei ſeinem Einzug in das neue Quartier übergiebt der Einziehende dieſes Billet dem Hauswirthen, welcher es in der obgedachten Ordnung dem örtlichen Quartalaufſeher, behufs der Verſchreibung und Ueberſendung an den Adreßtiſch, zuſtellt, wo es an die Stelle des früheren Billets gelegt wird, das ſodann vernichtet wird.

4) Wenn ein Einwohner die Stadt verläßt, oder ſtirbt u. ſ. w., ſo iſt der Hausbeſitzer oder Inhaber des Quartiers verpflichtet, darüber ſofort vermitteltſt eines neuen Blankets (ſub Nr. 2) dem betreffenden Quartalaufſeher Anzeige zu machen, welcher den Abgang des Einwohners im Quartierbuch verzeichnet und das Blatt dem Adreßtiſch überſendet, wo das frühere Billet von dem Bogen abgenommen und zuſammen mit dem neu eingekommenen in das Archiv abgegeben wird, in welchem dieſe Billete 10 Jahre lang aufbewahrt und ſodann vernichtet werden.

5) Zur Beſorgung der Geſchäfte bei dem Adreßtiſch werden ein Tiſchvorſteher und drei Gehilfen ernannt, zu deren Unterhalt, ſowie zu den übrigen Ausgaben für den Adreßtiſch die Summe von 1500 Rbl. jährlich aus der Rigaschen Stadt-Caſſe bis zur Erwerbung eigener Mittel beſtimmt wird. Dieſe Perſonen werden nach den Rechten der frei Angemiethten zu den Geſchäften zugelassen und von der übernommenen Verpflichtung entlaſſen, jedoch ſind die Glieder der Polizei-Verwaltung, bei welcher der Adreßtiſch eingerichtet wird, für die Wahl und die Ernennung des Tiſchvorſtehers verantwortlich.

6) Zur directen Verpflichtung des Tiſchvorſtehers des Adreßtiſches gehört: die Aufſicht über die pünktliche Erfüllung aller für den Adreßtiſch feſtgeſetzten Regeln; über die richtige Mittheilung der Auskünſte über die Adreſſen und endlich über das genaue Sortiren der eingegangenen Adreſſen und die Vertheilung derſelben auf die betreffenden Bögen in alphabetiſcher Ordnung.

7) Im Falle der Unrichtigkeit der gedachten Nachrichten oder einer Verzögerung in der Mittheilung derſelben an den Adreßtiſch, unterliegen die Schuldigen der Verantwortlichkeit nach den Artikeln 58 und 59 des Geſetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen; wenn die Nachläſſigkeit aber ſeitens der Beamten der Polizei-Institutionen oder der bei dem Adreßtiſch Dienenden ſtattgehabt hat, ſo unterliegen die Schuldigen der Beandlung nach Art. 254 und folg. Bd. II, allgemeine Gouvernements-Verfaſſung, für böswillige Handlungen aber dem Criminalgerichte in allgemeiner Grundlage.

8) Der Adreßtiſch hat für die Rechenschaftsablegung ein Tiſchregister und ein Buch für die ausgehenden Papiere nach den angenommenen Formen. Die Aufſicht über die richtige Führung dieſer Bücher gehört zu den Verpflichtungen der Glieder der Polizei-Verwaltung, welche zugleich auch darüber wachen, daß die bei



dem Adreßtiſch dienenden Perſonen ihre übernommene Verpflichtung pünktlich erfüllen.

9) Die Abgabe zum Beſten des Adreßtiſches iſt für die beim Tiſche anzufertigenden Adreßblätter auf je 1 Cop. und für Auskünſte auf je 3 Cop. feſtgeſetzt. Dieſes Geld, ſowie das nach Art. 58 und 59 des Geſetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen für der Polizei nicht gemachte Anzeige über Ankommende und Abreiſende beizutreibende, gelangt gemäß Art. 58 Pkt. 6 Cod. der Reichsgeſetze Bd. XII Verordnung über ſtädtiſche Deconomie; von der Polizei-Verwaltung an die Stadt-Duma zur Deckung der Ausgaben der Stadt für die Errichtung und Unterhaltung des Adreßtiſches. Die Rechenſchaftsablegung über dieſes Geld wird nach Ablauf des Jahres dem General-Gouverneur vorgeſtellt.

10) Der General-Gouverneur kann alle diejenigen Abänderungen geſtatten, welche ſich bei der Ausführung des Reglements über den Adreßtiſch zur leichteren Erreichung des beabſichtigten Zwecks als nothwendig erweiſen.

Wo die Perſon in Riga gewohnt hat.		Wohin ſie aus Riga abgereiſt iſt.		Familienname.	
				Mutter- name.	Vater's- name.
Zeit der Meldung im Quartal über die Abreiſe.				Beruf oder Stand mit genauer Angabe.	
Quartalauffeher.					

## Regeln.

1) Jede Perſon iſt bei ihrer Abreiſe aus Riga verpflichtet, dem Beſitzer oder Verwalter, oder wo dieſe nicht vorhanden ſind, dem Hausknechte des Hauſes oder Gebäudes, aus welchem ſie abreiſet, Nachrichten über ſich zu geben, und zwar nur auf dieſem Blatte mit richtiger und genauer Angabe über ſich ſelbſt und mit Anführung des Stadttheils, des Quartals und der Nr. des Hauſes, aus welchem ſie abreiſt, ſowie des Ortes, wohin ſie ſich begiebt. \*)

2) Wenn ſich bei dem Abreiſenden noch mehrere Perſonen befinden, ſo müſſen über dieſenigen unter ihnen, welche verpflichtet ſind beſondere Aufenthaltsscheine zu haben, die gedachten Nachrichten auf eben ſolchen Blättern, für jede einzelne Perſon beſonders, gege-

\*) In Betreff derjenigen Perſonen, welche wegen Krankheit in Krankenhäuſer gelangen, oder unter Wache oder in Arreſt genommen ſind, ſowie in Betreff ſolcher, die in den Quartieren im Dienſt und auf Arbeit, auf beſondere Schemen leben und die zu ihren Männern und Aeltern zurückgekehrt ſind, muß hier hinzugefügt werden: zur Cur in's Krankenhaus, unter Wache oder in Arreſt genommen, oder zu ihrem Manne und zu den Aeltern zurückgekehrt.

ben werden, über diejenigen aber, welche nicht verpflichtet sind Scheine zu besitzen, müssen diese, der Polizei nöthigen Auskünfte auf besonderen Zetteln beigefügt werden. \*)

3) Die in den Blättern verzeichneten Auskünfte müssen richtig, sauber und leserlich geschrieben sein, besonders die Familiennamen der Personen, die Blätter selbst aber dürfen nicht zerknüllt, beschmutzt und verdorben sein.

Wohnort der Person.		Familiennamen.	
Der frühere oder an einem andern Orte.	Der neue, mit Bezeichnung des Stadttheils, Quartals, des Besitzers und der Nr. des Hauses, sowie der Straße.		
		vor-	name.
		name.	name.
Zeit der Meldung im Quartal über den neuen Wohnort in Riga.			
Quartalaufsesser.		Beruf oder Stand mit genauer Angabe.	

## Regeln.

1) Jeder in Riga Angereiste ist verpflichtet, dem Besitzer oder Verwalter, oder wo diese nicht vorhanden sind, dem Hausknecht des Hauses oder Gebäudes, in welchem er absteigt, zugleich mit seinem Aufenthaltsschein die Nachricht von seiner Ankunft zu übergeben und zwar nur auf diesem Blatte, mit richtiger und genauer Angabe in den betreffenden Rubriken über seine Person und mit Bezeichnung sowohl seines früheren Wohnorts, d. h. desjenigen, von wo er angekommen ist (\*\*), als auch des neuen in Riga d. h. des Stadttheils, Quartals, der Straße, des Besitzers und der Nr. des Hauses, in welches er abgestiegen ist.

2) Ein Jeder ist bei seinem Umzuge in Riga aus einem Hause oder Gebäude in ein

anderes verpflichtet: a) dem Besitzer oder Verwalter des Hauses, aus welchem

\*) Hierher gehören: Frauen, welche mit ihren Männern zusammenleben (sofern sie nicht etwa gesetzlich verpflichtet sind, besondere Scheine, abgesehen von denen der Männer, zu haben); Kinder, welche bei ihren Aeltern leben (wenn sie nicht einen selbstständigen Beruf haben); doch können diese Personen, wenn der Raum es gestattet, auf demselben Blatte verzeichnet werden, unterhalb der Stelle, wo der Beruf oder der Stand der Person, bei welcher sie sich befinden, angegeben wird, und sind in diesem Falle dann keine besondere Zettel über sie vorzustellen nöthig.

\*\*) Die Personen, welche aus Krankenhäusern, in denen sie sich zur Cur befunden haben, aus der Haft oder dem Arreste, sowie von ihren Herren Männern und Aeltern in einem Quartiere zum Dienst oder zur Arbeit mit besonderen Scheinen eingetroffen sind, müssen unabwieglich hier hinzufügen: aus dem Krankenhause als genesen, aus der Haft oder dem Arrest, oder auch vom Herren, vom Manne oder von den Aeltern.

er auszieht, auf diesem Blatte in den betreffenden Rubriken desselben Nachricht über seine Person sowie auch über seine frühere Wohnung, d. h. aus welcher und über die neue, d. h. in welche er umzieht, unter Bezeichnung der Stadttheile, Quartale, Straßen, Besitzer und Nr. beider Wohnungen zu geben und darnach dieses Blatt zurückzuempfangen, nach Beendigung des Umzugs aber dasselbe nebst seinem Aufenthaltsschein dem Hausbesitzer oder Verwalter desjenigen Hauses, in welches er umgezogen ist, zu übergeben; und b) wenn der Umzug aus irgend einer Ursache nicht im Laufe dreier Tage von der Zeit, welche auf diesem Blatte im Quartale vermerkt worden ist, erfolgt, dieses Blatt wiederum dem Besitzer oder Verwalter des Hauses, zur Meldung im Quartale, daß die Person sich noch in der früheren Wohnung befindet, zu übergeben und sodann im Falle des Umzuges von Neuem die angegebene Ordnung zu erfüllen. Bei Nichtbeobachtung dieser Regel verfällt der Schuldige in die gesetzliche Geldstrafe.

3) Wenn sich bei der angereisten oder umziehenden Person noch andere Personen befinden, so müssen über diejenigen unter ihnen, welche verpflichtet sind, besondere Aufenthaltsscheine zu haben, die gedachten Nachrichten auf eben diesen Blättern, für jede einzelne Person, gegeben, über diejenigen aber, welche nicht verpflichtet sind, Scheine zu haben, müssen diese der Polizei nöthigen Nachrichten auf besonderenzetteln beigelegt werden. \*)

4) Die in den Blättern verzeichneten Auskünfte müssen richtig, sauber und leserlich geschrieben sein, besonders die Familiennamen der Personen, die Blätter selbst aber dürfen nicht zerknüllt, beschmutzt und verdorben sein.

Betreffend das Reglement für den Adreßstich  
in der Stadt Riga.

Aus dem 1. Departement vom  
9. Februar 1867, Nr. 11339.

**Nr. 95.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird desmittels zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die im Dörptschen Kreise und Dörptschen und Eckschen Kirchspielen belegenen Güter Weßlershof und Hava zu einem Rittergute unter dem Namen „Weßlershof“ vereinigt worden sind und daß das Gut Weßlershof hinfort bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen mit  $9\frac{7}{10}$  Haken zu berücksichtigen ist.

Betreffend die Vereinigung der Güter Weßlershof  
und Hava zu einem Rittergute unter dem  
Namen „Weßlershof“

**Nr. 96.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf desfallige Requisition der Commission in Livländischen Bauer-Sachen, zur Erfüllung eines derselben zugegangenen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-

\*) Hierher gehören: Frauen, welche mit ihren Männern zusammen leben (wenn sie nicht etwa gesetzlich verpflichtet sind, besondere Scheine, abgesehen von denen der Männer, zu haben); Kinder, welche bei ihren Aeltern leben (wenn sie nicht einen selbstständigen Beruf haben); zuweisen können sie jedoch, wenn der Raum es gestattet, auf demselben Blatte unterhalb der Stelle, wo der Beruf oder der Stand der Person, bei welcher sie sich befinden, angegeben wird, verzeichnet werden, und sind in diesem Falle über sie keine besondere Zettel vorzustellen nöthig.

Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, „daß unter dem im § 36 der Landgemeinde-Ordnung vom 19. Februar 1866 vorkommenden Ausdruck „Gutsherr“ nicht nur die Gutseigenthümer, sondern auch die Arrende- und Pfandbesitzer zu verstehen sind, und daß somit auch diesen Letzteren eo ipso das Recht, die Ausübung der Gutspolizei auf andere Personen zu übertragen zusteht, es sei denn, daß der Eigenthümer in seinem bezüglichen Arrende- oder Pfand-Contract eine andere Bestimmung getroffen hat.

Betreffend die Interpretation des Ausdrucks „Gutsherr“ im § 36 der Landgemeindeordnung vom 19. Februar 1866 und das Recht der Ausübung der Gutspolizei.

Riga-Schloß, den 23. Juni 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 97.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: die Sache in Betreff der Frage, ob Gemeinden, die die Rekrutenprästation leisten, das Recht haben, durch Verkauf erworbene Rekruten-Abrechnungsquittungen zu verkaufen. Befohlen: Nach Bepriifung der Umstände der vorliegenden Sache findet Ein Dirigirender Senat, daß das Recht der Gemeinden und einzelner Personen, welche die Rekrutenprästation leisten, Rekruten-Abrechnungsquittungen zu erwerben und zu veräußern, auf den im Geseze hierüber festgesetzten Regeln gegründet ist, welche Regeln sowol alle diejenigen Fälle, in welchen die Uebertragung gedachter Quittungen gestattet ist, als auch die Ordnung selbst der Uebertragung festsetzen, die auf diese Weise eine solche Art von Uebereinkunft bildet, welche vom Geseze in den von ihm bezeichneten Fällen erlaubt ist, und folglich können sowol Gemeinden als auch einzelne Personen sich der ihnen in dieser Hinsicht gewährten Rechte, gleich eines jeden anderen, durch das Gesez verliehenen Rechts oder Vorzugs nicht unbedingt, sondern nur in dem Maße, in dem es vom Geseze gestattet ist, bedienen. Hinsichtlich des Rechts der Gemeinden, Familien und einzelner Personen, welche die Rekrutenprästation in natura leisten, Rekruten-Abrechnungsquittungen zu verkaufen und durch Kauf zu erwerben, sind im Rekruten-Reglement (Ausgabe von 1862) Regeln aufgestellt, die in den Art. 473, 523, 524, 525, 526, 527, 528 und 529 enthalten sind. In Grundlage dieser Artikel ist das Recht Abrechnungsquittungen von der Krone zu kaufen, nur denjenigen Bauern aller Benennungen gewährt, welche nicht zu den als schädlich anerkannten Sekten (Art. 473) gehören, das Recht aber von Privatpersonen solche Quittungen zu kaufen, steht allen abgabepflichtigen Ständen zu, jedoch unter der Bedingung, daß sowol der Käufer, als der Verkäufer zu einem und demselben Stande, zu einer und derselben Stadt oder demselben Flecken gehöre (Art. 524 und 526). Der Verkauf von Quittungen: a) welche Privateigenthum sind, sowol an die Krone als auch an einzelnen Personen ist erlaubt, jedoch unter Beobachtung der oben angeführten Regel, daß beide Theile zu einem und demselben Stande und zu den Einwohnern einer und derselben Vertlichkeit gehören, und daß die Familie des Verkäufers bei der ersten bevorstehenden Aushebung nicht an der Reihe steht oder der Loosung unterliegt; b) welche den Familien für Personen ausgereicht worden sind, die als die in der Reihenfolge Nächsten, anstatt derjenigen zu Rekruten genommen worden, welche an der Reihe stehen, sich aber verborgen haben, ist nur an die Krone erlaubt (Art. 527), und endlich können Quittungen, welche ganzen Cantonen ausgereicht sind, weder an die Krone noch an einen andern Canton desselben Standes verkauft werden, sondern dürfen bei der Aushebung nur für diejenigen Cantone, für welche sie verabsolgt sind, vorgestellt werden (Art. 523). Auf diese Weise ist nach dem Rekruten-Reglement nur die Uebertragung von Quittungen, die das Privateigenthum einzelner Personen sind, unter denselben in gewissen Grenzen gestattet, nirgend aber die Erlaubniß enthalten, daß ganze Gemeinden solche Quittungen durch Kauf erwerben können. Diese Regeln bewahren in genauer Grundlage des Art.

70 der Reichs-Grundgesetze ihre obligatorische Kraft, insoweit sie durch nachfolgende Manifeste über Rekrutenaushebungen nicht aufgehoben worden sind. Im Allerhöchsten Manifest vom 23. September 1864 über die Bewerfstellung einer Aushebung im Jahre 1865 ist nun aber im Pft. 15 allen Personen, sowol städtischen als auch ländlichen Standes, gleichwie auch ganzen, der Rekrutenpflichtigkeit unterworfenen Gemeinden das gleiche Recht zum Ankauf der von der Krone verkauft werdenden Rekruten-Abrechnungsquittungen ertheilt. Desgleichen ist es einer Gemeinde gestattet, ungehindert auch von Privatpersonen Quittungen zu kaufen, wenn der Verkäufer das Recht der Verfügung über die Quittung hat, wenngleich er nicht zu demselben Gouvernement und Stande gehört, welchem die die Quittung kaufende Gemeinde angehört, und im Pft. 19 ist das im Rekruten-Reglement für die Anhänger der als schädlich anerkannten Sekten gleichwie für Hebräer bestehende Verbot, Quittungen, die für Personen, welche nicht zu ihren Sekten und zu ihrem Glauben gehören, ertheilt worden sind, zu kaufen, aufgehoben. Aus der Vergleichung dieser Regeln, welche ohne Abänderung auch in die folgenden Manifeste über die Aushebungen vom 14. October 1865 und 18. October 1866 aufgenommen worden sind, mit den oben angeführten Artikeln des Rekruten-Reglements ergibt sich, daß diese Manifeste, welche vorzugsweise Bestimmungen enthalten, die dazu dienen, den abgabepflichtigen Ständen die Leistung der Rekrutenprästation in natura zu erleichtern, den Zweck hatten, dieses durch die Erweiterung des im Rekruten-Reglement festgesetzten Rechts, Rekruten-Abrechnungsquittungen, zur Vorstellung derselben an die Krone in Stelle von Rekruten, zu erwerben, zu erreichen, indem sie die bis dahin in diesem Reglement bestandene Beschränkung des Verkaufs von Quittungen Seitens der Krone nur an Bauern, aufhoben und den Ankauf aller Quittungen überhaupt, die dem Gesetze nach verkauft werden dürfen, sowol ganzen Gemeinden, welchen dieses Recht nach dem Rekruten-Reglement ganz und gar nicht zustand, als auch den Anhängern schädlicher Sekten und desgleichen den Hebräern, welche dieses Recht nur unter bestimmten Beschränkungen hatten, gestatteten, und demnach die allgemeine Regel, daß sowol der Verkäufer, als auch der Käufer der Quittung zu einem und demselben Gouvernement und einem und demselben Stande gehören müsse, abschafften. Auf diese Weise modificiren und ergänzen diese Regeln, sowol ihrem Zwecke, als auch ihrem wörtlichen Inhalte nach, die Regeln des Rekruten-Reglements nur hinsichtlich des Rechts der Gemeinden und einzelnen Personen, Abrechnungsquittungen durch Kauf zu erwerben, enthalten jedoch keine Andeutung darüber, daß die Gemeinden auch das Recht hätten, die ihnen gehörigen Quittungen zu verkaufen; ohne directe, bestimmte Zubilligung dieses, ihnen nach dem Rekruten-Reglement nicht zustehenden Rechts aber kann ein solcher Verkauf nicht zugelassen werden, um so weniger als: 1) dieser Verkauf einerseits direct dem Zwecke entgegengesetzt sein würde, zu welchem der Ankauf der Quittungen durch die Manifeste gestattet ist, nämlich, um sie der Krone anstatt eines Rekruten in natura vorzustellen, andrerseits aber, da die ganze Gemeinde, welche nach den Art. 20 und 884 des Rekruten-Reglements einen besonderen Rekruten-Canton bildet, als eine juristische Person bei jeder Aushebung an der Reihe steht, er auch mit der im Gesetze (Rekruten-Reglement Art. 524, 526 und 530) bereits angenommenen Beschränkung des Rechts zum Verkauf von Quittungen Seitens der Familien und Personen, welche bei der ersten bevorstehenden Aushebung an der Reihe stehen, nicht übereinstimmend sein würde, und 2) die Allerhöchsten Manifeste über die Bewerfstellung von Rekrutenaushebungen, indem sie

den Ankauf von Quittungen durch Gemeinden erlaubten, den Verkauf derselben aber nicht gestatteten, eben dadurch diese Quittungen den Quittungen, welche überhaupt ganzen Cantonen gehören, gleichstellten und sie folglich der Wirksamkeit der nicht aufgehobenen Artikel 523 und 879 des Rekruten-Reglements unterwarfen, kraft deren die einem ganzen Cantone gehörigen Quittungen nur zur Vorstellung bei der Aushebung für diesen selben Canton bestimmt sind, und endlich die Erlaubniß des Verkaufs solcher Quittungen in der Praxis sehr leicht zu Mißbräuchen führen könnte, dadurch, daß aus diesen Quittungen ein Handelsartikel entstände, indem sie an Privatpersonen zu einem höheren Preise, als zu welchen sie von der Krone gekauft worden, verkauft werden könnten. In Anbetracht aller dieser Erwägungen und in Anerkennung dessen, daß nach der genauen Bestimmung der Allerhöchsten Manifeste über die Bewerksstellung der Rekrutenaushebungen des Jahres 1864 und der folgenden Jahre den Gemeinden nur gestattet ist Rekruten-Abrechnungsquittungen zu kaufen, um sie der Krone, statt der Lieferung von Rekruten in natura, vorzustellen, keineswegs aber sie zu verkaufen, und zur Verhütung von Zweifeln, die in Betreff dieses Gegenstandes möglicherweise entstehen könnten, verfügt Ein Dirigirender Senat: über alles Obige zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Frage, ob Gemeinden, welche die Rekrutenprästation leisten, das Recht haben, die von ihnen durch Kauf erworbenen Rekruten-Abrechnungsquittungen zu verkaufen.

Aus dem 1. Departement vom  
19. Mai 1867 Nr. 46752.

**Nr. 98.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 1463 folgenden Inhalts: Der Chef der Gensdarmen habe mitgetheilt, daß der Herr und Kaiser in Wirballen am 17. Mai 1867 Allerhöchst zu befehlen geruht habe: 1) Alle Sachen politischer Natur, welche den letzten Aufstand und die Unordnungen, die zu demselben in Beziehung gestanden, betreffen und deren Verhandlung sowol bei den Untersuchungs-Commissionen, als auch bei den Gerichtsbehörden noch nicht beendet ist, niederzuschlagen — wenn die bei diesen Sachen implicirten Personen nicht außerdem besonderer Criminalverbrechen als Mord, Brandstiftung u. s. w. angeschuldigt werden und alle Angeklagten von der Untersuchung und dem Gerichte zu befreien. 2) Neue Sachen, welche in Folge von Anschuldigungen der Betheiligung an dem stattgehabten Aufstande oder an politischen Unordnungen, die mit demselben in Verbindung gestanden haben, entstehen könnten, nicht aufzunehmen und die solchen Anschuldigungen Unterliegenden, falls sie nicht außerdem besonderer Criminalvergehen angeschuldigt werden, ohne Verfolgung zu lassen. 3) Den Eingeborenen des Königreichs Polen, welche in Folge politischer Unordnungen auf administrativem Wege nach verschiedenen Orten des Kaiserreichs verschickt worden sind, wenn sie von der örtlichen Obrigkeit hinsichtlich ihrer Führung belobt werden, die Rückkehr in die Heimath zu gestatten, ohne jedoch diese allgemeine Erlaubniß auf Personen geistlichen Standes auszudehnen, deren Rückkehr dem eigenen Ermessen des Statthalters von Polen anheimzustellen ist. 4) Den Eingeborenen der westlichen Gouvernements des Reichs, welche auf administrativem Wege von ihrem Heimathsorte

entfernt worden sind, wenn sie von der örtlichen Obrigkeit hinsichtlich ihrer Führung belobt werden und sich nach dem Königreich Polen überzusiedeln wünschen, die Uebersiedelung nach dem Königreich zu gestatten, ohne diese allgemeine Erlaubniß übrigens auf Personen geistlichen Standes auszudehnen, deren Rückkehr dem eigenen Ermessen des Statthalters des Königreichs anheimzustellen ist. Ueber solchen Allerhöchsten Willen berichtet der Minister des Innern Einem Dirigirenden Senat zur Wissenschaft bei dem Hinzufügen, daß zur Erfüllung dieses Allerhöchsten Befehls die Anordnungen in dem ihm anvertrauten Ministerium getroffen worden sind, und II. Die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft Ukase zu erlassen.

Betreffend diejenigen Personen, welche bei den, den letzten polnischen Aufstand betreffenden Sachen implicirt sind.

Aus dem 1. Departement vom  
26. Mai 1867, Nr. 51987.

**Nr. 99.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Kriegsministers vom 23. April 1867, sub Nr. 2514, bei welchem er dem Dirigirenden Senat ein Exemplar des am 17. April 1867 sub Nr. 121 im Militairressort erlassenen Tagesbefehls folgenden Inhalts zur Veröffentlichung vorstellt: der Herr und Kaiser hat Allerhöchst zu befehlen geruht: den § 1 des Allergnädigsten Manifestes vom 28. October 1866 auf diejenigen Gebirgsbewohner des Kaukasischen Gebiets anzuwenden, welche zu verschiedenen Zeiten in Folge Allerhöchster Befehle und auf in administrativem Wege ergangene Anordnungen der Kaukasischen höchsten Obrigkeit, nach Sibirien zur Ansiedelung, in die innern Gouvernements unter polizeiliche Aufsicht und in die Militair-Arrestanten-Compagnien versandt worden sind, und welche sich an den Orten ihrer Verbannung tadellos geführt und keine Verbrechen begangen haben, für welche sie dem Gerichte übergeben worden und in Folge dessen aus der Kategorie der in Folge administrativer Entscheidungen Verschiedten getreten sind.

Die Anwendung der gedachten Allerhöchsten Gnade auf die aus dem Kaukasus verschiedten Gebirgsbewohner ist auf folgenden Grundlagen auszuführen: 1) Auf die für immer nach Sibirien Verschiedten ist der 3. Punkt des § 1 des Manifestes in seiner ganzen Ausdehnung anzuwenden. 2) Für die in die innern Gouvernements des Reichs unter polizeiliche Aufsicht ohne Termin Versandten ist die Zeit, während welcher sie unter der Aufsicht der Polizei zu verbleiben haben, auf zehn Jahre, vom Tage der Aussendung aus dem Kaukasischen Gebiete, zu beschränken; nach Ablauf dieser Zeit können sie, falls sie sich nicht für beständig in Rußland niederzulassen wünschen, in ihre Heimath zurückkehren, wobei in Betreff aller aus politischen Ursachen Exilirten vorher eine Relation mit der Kaukasischen Obrigkeit stattfinden muß. 3) Für die in die Militair-Arrestanten-Compagnien ohne Termin Versandten, gleichviel ob sie noch gegenwärtig sich in diesen Compagnien befinden, oder wegen Unfähigkeit zu den Festungsarbeiten, oder aus andern Ursachen aus denselben ausgeschieden sind und sich in Corrections-Arrestanten-Compagnien des Civil-Ressorts, in Sibirien zur Ansiedelung oder irgendwo in den innern Gouvernements befinden, ist der Termin der Verbannung auf zehn Jahre, vom Tage ihrer Aussendung aus dem Kaukasischen Gebiete, zu beschränken und demnächst ihre Rückkehr unter Beobachtung der im Punkt 2 angeführten Bedin-



gung zu gestatten; und 4) Den in die Militair-Arrestanten-Compagnien, oder zum Dienst in den im Innern des Reichs stationirten Truppen, oder in die innern Gouvernements unter polizeiliche Aufsicht auf bestimmte Zeit Versandten ist diese Zeit um den dritten Theil zu verkürzen. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Anwendung des Allerhöchsten Gnaden-Manifestes vom 28. October 1866 auf die Gebirgsbewohner, welche aus dem Kaukasus in administrativem Wege verschickt worden sind.

Aus dem 1. Departement vom 20. Mai 1867 Nr. 47095.

**Nr. 100.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers sub Nr. 5482 folgenden Inhalts: Kraft des Art. 51 der Allerhöchst bestätigten Verordnung zur Einführung der Gerichts-Ordnungen vom 20. November 1864 sei dem Justizminister anheimgestellt, die gegenwärtigen Gerichte zu vereinigen und zu schließen und ihre Acten nöthigenfalls den nächsten Gerichten gleicher Instanz zu übergeben.

In der Erwägung, daß nachdem gegenwärtig die in Grundlage der Reglements vom 20. November 1864 gebildeten neuen Gerichtsbehörden eröffnet worden, das Bestehen der in St. Petersburg und Moskau bei den Verwaltungen der Stadttheile eingerichteten mündlichen Gerichte (Bd. II allgem. Gouv. Verfassung. Art. 4549—4558) sich als überflüssig erweist, lege er, der Justizminister, Einem Dirigirenden Senate zur Publication in der im Art. 53 der Verordnung vom 19. October 1865 festgesetzten Ordnung, die in Uebereinstimmung mit dem Art. 51 und folg. der gedachten Verordnung zusammengestellten Regeln, betreffend die Aufhebung der gedachten mündlichen Gerichte vor, und 2) die oberwähnten Regeln, betreffend die Aufhebung der in St. Petersburg und Moskau bei den Verwaltungen der Stadttheile eingerichteten mündlichen Gerichte. Befohlen: Ueber die Aufhebung der bei den Verwaltungen der Stadttheile in St. Petersburg und Moskau eingerichteten mündlichen Gerichte, in genauer Grundlage der vom Justizminister zusammengestellten Regeln, unter Beifügung von Exemplaren derselben, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung der in St. Petersburg und Moskau bei den Verwaltungen der Stadttheile eingerichteten Gerichte.

Aus dem 1. Departement vom 14. April 1867 Nr. 43470.

## Regeln

über die Aufhebung der in St. Petersburg und Moskau bei den Verwaltungen der Stadttheile eingerichteten mündlichen Gerichte.

1. Die in St. Petersburg und Moskau bei den Stadttheilen befindlichen mündlichen Gerichte werden aufgehoben.

2. Die bei den mündlichen Gerichten in Verhandlung stehenden Sachen werden in Anleitung der Punkte 22, 23, 25 und 26 der Beilage zum Art. 1230

Bd. X Thl. 2 (in der Fortsetzung vom Jahre 1863) dem St. Petersburger Kreisgerichte übergeben.

3. Die Ausführung der Definitiv-Erkenntnisse der in St. Petersburg und Moskau aufzuhebenden mündlichen Gerichte wird in genauer Grundlage des Art. 1238 Bd. X Thl. 2 den Polizei-Präsidenten, je nach der Hingehörigkeit, übertragen.

4. Die Archive und Bücher der mündlichen Gerichte bleiben, bis zu einer besondern beschließigen Anordnung, unter der Aufsicht der Verwaltungen der Stadttheile.

5. Die Gelder und Gelddocumente, welche sich in den mündlichen Gerichten befinden, werden bei Verschlägen den Kreisrenten übergeben.

6. Die Anordnungen hinsichtlich der Meubel, des Kanzlei- und anderen Zubehörs der aufgehobenen Gerichte werden nach gegenseitiger Uebereinkunft der Gouvernements-Procureure und der Ober-Polizeimeister getroffen.

7. Die Entscheidung aller, bei der Ausführung der gegenwärtigen Regeln etwa entstehenden Zweifel wird den Gouvernements-Procureuren, nach Verständigung mit den Ober-Polizeimeistern, übertragen.

8. Für die allendliche Aufhebung der mündlichen Gerichte wird eine Frist von drei Wochen, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Regeln, festgesetzt.

Unterscriben: Justizminister D. Samätnin.

**Nr. 101.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers sub Nr. 5483 folgenden Inhalts: Kraft des Artikels 51 der Allerhöchst bestätigten Verordnung zur Einführung der Gerichts-Ordnungen vom 20. Novbr. 1864 sei dem Justizminister anheimgestellt, die gegenwärtigen Gerichte zu vereinigen und zu schließen und ihre Acten nöthigenfalls den nächsten Gerichten gleicher Instanz zu übergeben. In der Erwägung, daß nachdem gegenwärtig die in Grundlage der Reglements vom 20. November 1864, in den Gouvernements: Nowgorod, Pskow, Twer, Jaroslaw, Wladimir, Kasan und Kaluga gebildeten neuen Justizbehörden eröffnet worden, das weitere Bestehen der mündlichen Handels-Gerichte daselbst, welche gemäß den Art. 4543—4548 des Cod. der Reichsgesetze Bd. II, allgem. Gouvernements-Versaffung errichtet worden, sowie der in einigen Städten bei den Verwaltungen der Stadttheile bestehenden mündlichen Gerichte (Bd. II, allgem. Gouv. Versaffg. Artt. 4549—4558) sich als gänzlich überflüssig erweist, übergebe er, der Justizminister, Einem Dirigirenden Senat zur Publication in der im Art. 53 der Verordnung vom 19. October 1865 festgesetzten Ordnung die gemäß dem Art. 51 und folg. der gedachten Verordnung zusammengestellten Regeln, betreffend die Aufhebung der in den genannten acht Gouvernements befindlichen mündlichen Gerichte; und 2) die obenwähnten Regeln, betreffend die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den Gouvernements: Nowgorod, Pskow, Twer, Jaroslaw, Wladimir, Kasan, Tula und Kaluga. Befohlen: Ueber die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den obgenannten 8 Gouvernements, in genauer Grundlage der vom Justizminister zusammengestellten Regeln unter Beifügung von Exemplaren derselben, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den Gouvernements: Nowgorod, Pskow, Twer, Jaroslaw, Wladimir, Kasan, Tula und Kaluga.

Aus dem 1. Departement vom  
14. April 1867 Nr. 43900.

# Regeln

über die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den Gouvernements: Nowgorod, Pskow, Twer, Jaroslaw, Wladimir, Kasan, Tula und Kaluga.

1. In den Gouvernements: Nowgorod, Pskow, Twer, Jaroslaw, Wladimir, Kasan, Tula und Kaluga werden alle mündlichen Gerichte, sowol die Handels-Gerichte (Bd. II, allgem. Gouv. Verfassg. Artt. 1543—1548), als auch die in einigen Städten bei den Verwaltungen der Stadttheile befindlichen (Artt. 4549—4558) aufgehoben.

2. Die gegenwärtig bei den mündlichen Handels-Gerichten in Verhandlung stehenden Sachen, welche in der im Art. 1783 des Handels-Reglmt. festgesetzten achttägigen Frist nicht beendet worden, sind den betreffenden Kreisgerichten zu übergeben, in Grundlage des Art. 1784 dieses Reglements und in Anleitung des Art. 12 der Allerhöchst bestätigten Regeln über die Aufhebung der Magistrate und Justiz-Rathhäuser.

3. Mit den Acten werden zugleich auch die Archive und Bücher der aufgehobenen mündlichen Gerichte übergeben.

4. Die Ausführung der Uebergabe der Acten, Archive und Bücher und die Beendigung derselben zu dem dafür festgesetzten Termin (Art. 6. der gegenwärtigen Regeln) wird den Kreisrichtern und Fiscalen aufgelegt, unter unmittelbarer Aufsicht der Gouvernements-Procureure, welchen auch die Entscheidung aller dabei etwa aufstoßenden Zweifel übertragen wird.

5. Die Verfügung hinsichtlich der Meubel, des Kanzellei- und anderen Zubehörs der aufgehobenen mündlichen Gerichte wird nach Uebereinkunft der Gouvernements-Procureure mit den Gouverneuren getroffen.

6. Für die Uebergabe der Acten, Archive, Bücher, des Kanzellei-Zubehörs und überhaupt für die allendliche Aufhebung aller mündlichen Gerichte wird eine Frist von drei Wochen, gerechnet vom Tage des Empfangs der gegenwärtigen Regeln an Ort und Stelle, anberaunt.

Unterschieden: Justizminister D. Samätin.

**Art. 102.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Kammentlichen Allerhöchsten Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät, welcher dem Dirigirenden Senate am 16. April unter Eigenhändiger Unterschrift Sr. Kaiserlichen Majestät ertheilt worden ist und in welchem es heißt: „Durch Unseren, dem Dirigirenden Senate am 16. April 1856 ertheilten Befehl wurde das Amt eines Kutaischen General-Gouverneurs creirt und im September 1857 diesem General-Gouverneur das Gebiet von Mingrelieu untergeordnet und zugleich zeitweilig ein besonderer Administrator für Mingrelieu und ein Conseil eingesetzt.

Zu derselben Zeit wurde das Amt eines Kutaischen Kriegs-Gouverneurs, welcher zugleich auch die Civil-Angelegenheiten zu verwalten hatte, durch des eines Civil-Gouverneurs ersetzt. Gegenwärtig befehlen Wir in Uebereinstimmung mit der Vorstellung Sr. Kaiserlichen Hoheit Unseres Stadthalters im Kaukasus: 1) das Amt eines Kutaischen General-Gouverneurs aufzuheben und statt des Amts

eines Civil-Gouverneurs das bis zum Jahre 1857 bestandene Amt eines Kutaischen Kriegs-Gouverneurs, welcher auch die Civil-Angelegenheiten zu verwalten hat, wiederherzustellen; und 2) Mit Aufhebung der aus einem Administrator und einem Conseil bestehenden Central-Verwaltung von Mingrelieu, dieses Land in den Bestand des Kutaischen Gouvernements aufzunehmen, und die bestehenden 3 Bezirke, den Sugdidschen, den Senafschen und den Letschgumschen in Kreise umzubenennen. Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, die erforderlichen Anordnungen zur Erfüllung dieses Befehls zu treffen. Und 2) die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung des Amtes eines Kutaischen General-Gouverneurs und die Wiederherstellung des Amtes eines Kutaischen Kriegs-Gouverneurs, welcher zugleich die Civil-Angelegenheiten zu verwalten hat.

Aus dem 1. Departement vom  
18. April 1867 Nr. 43022.

**Nr. 103.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 22. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Aufhebung der Ausfuhrzölle für Holzwaaren, wie folgt publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Aufhebung der Ausfuhrzölle für Holzwaaren, für gut erachtet: 1) Mit Aufhebung der am 25. April 1823 Allerhöchst bestätigten Holzwaaren-Tabelle, nach welcher von den in's Ausland gehenden Waaren der Zoll erhoben wird, und mit Aufhebung der betreffenden Artikel des allgemeinen Tarifs für den europäischen Handel (namentlich Art. 5 des Verzeichnisses der einem Ausfuhrzoll unterliegenden Waaren und der Art. 1. und 2 des Verzeichnisses der Waaren, deren Ausfuhr verboten ist) zu verordnen, daß Holzwaaren, Matten, Doppelmaten und Säcke (кули) aus denselben, Theer und jegliche Baumrinde zollfrei ausgeführt werden dürfen. 2) Diese Bestimmung auch auf das Königreich Polen auszudehnen, mit Aufhebung der betreffenden Artikel des daselbst in Bezug auf Holzwaaren bestehenden Tarifs. 3) Dem Finanzminister anheimzustellen, besondere Erwägungen zusammenzustellen hinsichtlich der Anwendung der gegenwärtigen Maßregel auf den asiatischen Handel, auf das kaukasische und transkaukasische Gebiet, und sodann, nach Relation mit dem Statthalter von Kaukasien, mit einer desfallsigen Vorstellung in der festgesetzten Ordnung bei dem Reichsrath einzukommen.

Betreffend die Aufhebung der Ausfuhrzölle für Holzwaaren.

Aus dem 1. Departement vom  
13. Juni 1867, Nr. 55299.

Riga-Schloß, den 14. Juli 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 104.** Ukas Sr. Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Rußen aus dem Dirigirenden Senat an den General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland und den Commandirenden der Truppen des Rigaschen Militair-Bezirks.

Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät hat Ein Dirigirender Senat sich vortragen lassen: den Bericht des Herrn Ministers des Innern v. 24. April a. c. Nr. 3658, mittelst welchem er dem Dirigirenden Senat den Allerhöchsten Befehl in Betreff der Ausführung des vom Reichsrathe bezüglich der Rigaschen Handelsabgaben erfolgten Beschlusses zur entsprechenden Anordnung vorstellt. In dem gedachten Reichsrathsgutachten wird statuiert: Der Reichsrath hat im Departement der Reichs-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Durchsicht der Vorstellung des Ministers des Innern über die Rigaschen Handelsabgaben, sein Gutachten dahin abgegeben:

I. Von den in Riga bestehenden Abgaben vom Handel und der Schifffahrt gegenwärtig folgende aufzuheben:

- 1) von denen, welche zum Besten der Krone erhoben werden: a) die Feuergelder, b) die Armengelder und c) die Hafengelder;
- 2) von denen, welche zum Besten der Stadt Riga erhoben werden: a) die Lastengelder à 5 Kop. per Last (einkommend und ausgehend zusammen) von jedem nach dem Rigaschen Hafen kommenden Fahrzeuge; b) die Brückenanlegegelder pr. Last eines jeden aus dem Rigaschen Hafen ausgehenden Fahrzeugs, c) das Stadt-Kajengeld, d) die Bewilligungsgelder, e) die Uferabgaben für das Anlegen der Fahrzeuge an das Dünaufer und Bollwerk, f) das Brückengeld für das Anlegen an die Düna-Brücke;
- 3) die zum Besten des General-Gouverneurs und seiner Cancellerie erhoben werdenden: a) Rajen- und Stegegelder von allen in den Rigaschen Hafen einkommenden Schiffen, und b) die s. g. Accidenzien;
- 4) die zum Besten des Zollamts, seiner Beamten und Diener erhoben werdende: a) Paßsteuer von den ausgehenden Fahrzeugen, b) die Abgabe von den Meßbriefen eines jeden Schiffes, c) die ersten Zoll-Accidenzien, d) die zweiten Zoll-Accidenzien, und e) die Abgabe zum Besten der Casse der Seefahrer-Wittwen und Waisen.
- 5) von den zur Disposition des Börsen-Comité gelangenden Abgaben: a) die Abgabe von 14 Kop. pr. Schiff, und b) die  $\frac{1}{8}\%$  Steuer vom Umsatz im Handel mit Großbritannien und den anderen auswärtigen Staaten;
- 6) die zum Besten des Portcapitains bestehende Abgabe von 1 Rbl. 34 Kop. pr. Schiff, und
- 7) die Abgaben zum Besten der lutherischen Kirchen und der Wohlthätigkeitsanstalten und namentlich: a) das Kirchengeld, b) die Abgabe zum Besten des Rigaschen Waisenhauses, c) des Georgen-Hospitals, und d) des russischen Armenhauses.

II. Die zum Besten der Stadt Riga bestehende erste  $\frac{1}{4}\%$  Steuer vom Werth aller über den Rigaschen Hafen eingeführten und ausgeführten Waaren, vom Jahre 1868 ab, auf die Hälfte zu reduciren, d. h. vom 1. Januar 1868 nur  $\frac{1}{8}\%$  von allen über den Rigaschen Hafen eingeführten und ausgeführten Waaren zu erheben, mit der Verpflichtung der Stadtcasse: a) die Handelsbehörden und die Polizei in Riga zu unterhalten, und b) den Etat der Stadt-Polizei und des Brandcommandos, dem sich steigenden Bedürfnisse des Handels entsprechend, zu verstärken.

III. Auf der gegenwärtigen Grundlage folgende von den in Riga bestehenden Abgaben vom Handel und der Schifffahrt zu belassen:

- 1) zum Besten der Krone: a) die Lastensteuer à 5 Kop. pr. Last, von den zehnlästigen Fahrzeugen beginnend, b) für das Stempelpapier zu 90 Kop. vom Schiffspañ und zu 15 Kop. von der Schiffer-Declaration, c) die  $\frac{1}{4}\%$  Steuer vom Werth der Waarenladungen, welche auf Flußfahrzeugen die Düna herabgeflößt werden;
- 2) von den zur Disposition des Börsen-Comité gelangenden Abgaben: a) die zweite  $\frac{1}{4}\%$  Steuer vom Werthe der importirten und exportirten Waaren, wobei es jedoch den Ministern des Innern und der Finanzen anheimgestellt wird, darüber zu wachen, daß diese Steuer ausschließlich verwandt werde zur Verzinsung und Tilgung der zum Ausbau des Winterhafens, zum Bau und zur Einrichtung des Börsegebäudes von der Kaufmannschaft gegen Emission von Obligationen contrahirten Anleihen, sowie zu anderen Ausgaben, welche dem Handel und der Schifffahrt direct zum Nutzen gereichen, b) die dritte und vierte  $\frac{1}{4}\%$  Steuer, sowie die  $\frac{1}{8}\%$  Abgabe vom Werthe der eingeführten und ausgeführten Waaren, mit der Bedingung, daß die Localobrigkeit dem Ministerium des Innern ihre Erwägungen über die Aufhebung der dritten und vierten  $\frac{1}{4}\%$  und der  $\frac{1}{8}\%$  Steuer, sobald die Anleihen, zu deren Bezahlung diese Abgaben dienen, getilgt sein werden, oder aber über die Verringerung derselben vorstelle, wenn die Erhaltung des Hafens in einem befriedigenden Zustande die Erhebung einer beständigen Abgabe zu dem Behufe erfordern wird, und c) die Abgabe von 1 Kop. pr. Last von den ausgehenden Fahrzeugen zum Besten des Seehospitals und zur Errichtung eines Hospizes;
- 3) mit dem Character einer freiwilligen Abgabe, die Beisteuer zum Besten der Casse der Seefahrer-Wittwen und Waisen und der Rigaschen Matrosen-Innung; die Bestimmung des Maaßes dieser Abgabe aber dem Ermessen der zum Rigaschen Hafen angeschriebenen Schiffsrheder anheimzugeben, ohne dieselbe für die Rheder anderer Häfen obligatorisch zu machen.

IV Die temporaire Düna-Stromvertiefungs-Abgabe von 15 Kop. pr. Last der von Riga ausgehenden Rauffahrteifahrzeuge in eine Abgabe von 10 Kop. pr. Last umzuwandeln, welche sowohl von den ausgehenden, als auch von den einkommenden Rauffahrteischiffen zu erheben ist, mit der Bedingung jedoch, daß die Einnahme aus dieser Abgabe ausschließlich nur zur Vertiefung des Düna-Fahrwassers und nicht zu anderen Dingen verwandt werde, die ihrer directen Bestimmung fremd sind.

V An Stelle der aufgehobenen Abgaben und namentlich des Lastengeldes (à 5 Kop. pr. Last), der Kraken-Ufer- und Brückenstegegelder, sowie der Bewilligungsgelder zum Besten der Stadt Riga vorläufig eine Lastenabgabe zu 23 Kop. pr. Last von jedem derjenigen einkommenden Schiffe festzusetzen, welche effective

die städtischen Institutionen für die Schifffahrt benutzen, wogegen die Stadt verpflichtet wäre: a) die zur bequemen und gefahrlosen Anlegung der Schiffe erforderlichen Brücken, Rajen und Bollwerke herzustellen und zu erhalten; b) die zur Errichtung der Stege nöthigen Balken und Bretter den Schiffen unentgeltlich zur Nutzung zu liefern; und c) vom Brückengelde und anderen ähnlichen Abgaben die Waaren zu befreien, welche zu den Schiffen und Transportfahrzeugen geführt und von ihnen abgeführt werden.

VI. Desgleichen eine neue Abgabe von den „Prähme“ genannten Flußfahrzeugen zu statuiren à 40 Kop. von jedem ausgehenden und einkommenden Prähm, mit der Bedingung, daß die Localobrigkeit nach Ablauf von 3 Jahren, vom 1. Juli 1867 ab gerechnet, dem Ministerium des Innern ein Gutachten vorstelle, wie diese Abgabe herabzusetzen und auf die Grenzen der äußersten Nothwendigkeit für die Arbeiten zur Vertiefung des Düna-Fahrwassers zu beschränken wäre.

VII. Dem Minister des Innern anheimzustellen: a) darüber zu wachen, daß seitens der Rigaschen Localobrigkeit seinerzeit motivirte Vorstellung gemacht werde über die Reduction oder Aufhebung der temporairen dritten und vierten  $\frac{1}{4}\%$  und der  $\frac{1}{8}\%$  Steuer zur Tilgung der Hafenbau-Anleihen; nach deren Eingang aber, auf Grund einer Relation mit dem Finanzminister, darüber dem Reichsrathe ein Gutachten vorzustellen; — und b) dem Reichsrathe eine Vorstellung zu machen wegen Ablaffung von Summen aus dem Reichsschatze zum Unterhalte der den Hafen verwaltenden Personen, desgleichen des General-Gouverneurs und der Beamten seiner Kanzlei, und zwar nach dem dreijährigen Durchschnitte der Ausgaben aus den bis hiezu zum Besten der genannten Personen erhobenen besonderen Steuern und sodann nach Relation mit dem Finanzminister und dem Verwaltenden des Marine-Ministeriums eine besondere Vorstellung beim Reichsrathe einzubringen, zur Gleichstellung der Oflade der genannten Personen mit den Ofladen anderer Beamten derselben Kategorie im Reiche.

VIII. Der Rigaschen Börsenkaufmannschaft anheimzustellen, die bisher aus den nunmehr aufgehobenen Abgaben (freiwillige Beiträge zum Besten der städtischen Armenanstalten und des Unterstützungsfonds) bestrittenen Ausgaben, falls deren Fortbestehen für nothwendig erkannt werden sollte, durch freiwillige Beisteuern zu decken, mit der Bedingung jedoch, daß diese freiwilligen Beisteuern nicht von den Fahrzeugen oder Waaren, sondern von den Personen erhoben werden, welche zum Rigaschen Börsen-Verein gehören oder als Schiffsrheder zum Rigaschen Hafen angeschrieben sind, ohne jedoch dieselben auf die Rheder anderer Häfen oder auf Personen zu extendiren, die nicht zum Rigaschen Börsen-Verein gehören.

IX. Zur Erleichterung des Handels durch Vereinfachung der Zollproceduren dem Finanzminister anheimzustellen, nach Relation mit dem General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements: a) hinsichtlich der Erhebung der Schiffslastengelder ein Arrangement dahin herbeizuführen, daß alle diese in Riga bestehenden Abgaben, wenngleich sie eine verschiedene Bestimmung haben, zu einer allgemeinen Lasten-Steuer verschmolzen werden und die Behörde, welche diese Abgabe erhebt, die Repartition nach der Hingehörigkeit zwischen der Krone und denjenigen Instituten, für welche sonst die Lastengelder statuiert sind, bewerkstellige; — und b) dieselbe Ordnung auch für die Erhebung der Abgaben vom Werthe der eingeführten und ausgeführten Waaren zu adoptiren.

Auf diesem Gutachten steht geschrieben: Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten über die

Rigaschen Handelsabgaben Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen anbefohlen. Unterschrieben: Präsident des Reichsraths Constantin. Den 10. April 1867.

Befohlen: Die Ausführung dieses Allerhöchst bestätigten Reichsrathsgutachtens vermittelt Ukases den Herren Ministern der Finanzen und des Innern, dem Verwaltenden des Finanzministeriums und dem General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland aufzutragen, zugleich aber das Gutachten in der festgesetzten Ordnung zur allgemeinen Wissenschaft durch den Druck zu veröffentlichen und zu dem Behufe dem Comptoir der Senatstypographie Nachricht zu geben.

Den 28. Juni 1867.

Betreffend die Rigaschen Handelsabgaben.

Aus dem 1. Departement vom  
28. Juni 1867 Nr. 59325.

Riga-Schloß, den 17. Juli 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 105.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 26. Juni 1867 Nr. 58,654, desmittelft das am 26. Juni 1867 erlassene Allerhöchste Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät, betreffend die Verlobung Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großfürstin Olga Konstantinowna mit Seiner Majestät dem Könige der Hellenen Georgios I. wie folgt publicirt wird:

Von Gottes Gnaden

**Wir Alexander der Zweite,**

**Kaiser und Selbstherrscher aller Ruessen,**

König von Polen, Großfürst von Finnland

u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

thun allen Unsern getreuen Unterthanen kund: Unsere vielgeliebte Nichte, die Großfürstin Olga Konstantinowna, tritt mit Einwilligung Ihrer Aeltern, Unseres vielgeliebten Bruders, des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch und Unserer vielgeliebten Schwägerin, der Großfürstin Alexandra Josephowna, in die Ehe mit Seiner Majestät dem Könige der Hellenen Georgios I. Indem Wir auch Unsere vollkommene Einwilligung zu diesem Ehebunde ertheilen und für denselben den göttlichen Segen anrufen, haben Wir heute in der Kirche des Schlosses von Barskoje-Sselo vor einer Versammlung geistlicher und weltlicher Personen dieses Uns theuere Paar nach dem Ritus Unserer rechtgläubigen Kirche feierlich verlobt.

Indem Wir dieses für Unser Herz so freudige Ereigniß öffentlich verkünden, sind Wir vollkommen überzeugt, daß alle Unsere getreuen Unterthanen an demselben mit dem sie stets auszeichnenden Gefühle der unerschütterlichen Anhänglichkeit an Uns und an alle Glieder Unseres Kaiserlichen Hauses Theil nehmen.

Gegeben zu Barskoje-Sselo am 26. Juni im Jahre 1867 von der Geburt Christi, Unserer Regierung aber im dreizehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

(L. S.)

„Alexander.“

Gedruckt in St. Petersburg bei dem Senat, den 26. Juni 1867.

**Nr. 106.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes, am 22. Mai Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths, betreffend die Abänderung der Form der ausländischen Pässe publicirt wird: Der Reichsrath hat im Depar-

tement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Abänderung der Form der ausländischen Pässe für gut erachtet: I. In Abänderung der Artikel 469—472 des XIV Bandes, Paß-Reglement, zu verordnen: 1) Die ausländischen Pässe werden Personen jeglichen Standes in Form eines Büchleins mit zwei Talons verabsolgt, von denen der eine auf dem Zollamte bei der Hinausreise des Passagiers in's Ausland und der andere bei seiner Rückkehr von dort abgeschnitten wird. 2) In jedem Passe wird der Vorname, der Familienname und der Stand des Vorzeigers angegeben, ferner von wem der Paß erteilt worden ist, wann und die Nummer, außerdem aber müssen die über ausländische Pässe geltenden Regeln in der Kürze abgedruckt sein. 3) Der Paß beginnt mit den Worten: „Vorzeiger dieses“, und endigt folgendermaßen: „zur Urkunde dessen und zur ungehinderten Reise ist dieser Paß unter Beidrückung des Siegels erteilt worden. Den....18..“, darauf folgt die Unterschrift. 4) Die Pässe werden in drei Sprachen geschrieben: russisch, französisch und deutsch. II. Die §§ 1, 13 und 14 der Beilage zum Art. 436 (Anmerk.), in der Fortsetzung vom Jahre 1863 desselben Reglements folgendermaßen zu fassen: § 1. Die Ausländer werden nach Rußland durchgelassen sowohl auf Pässe, wie sie in den Artikeln 486 und 498 dieses Reglements festgesetzt sind, als auch auf Nationalpässe und Wanderbücher, die von den russischen Gesandtschaften und Consulaten beglaubigt sind, auch diejenigen nicht ausgenommen, auf denen während des früheren Aufenthaltes der Ausländer in Rußland die Aufschrift gemacht worden war, daß in Grundlage dieses Documents eine besondere russische Legitimation erteilt worden, falls sie nicht abgelaufen sind. Zur Rückkehr eines Ausländers nach Rußland mit einer nicht abgelaufenen Legitimation bedarf es keiner neuen Beglaubigung Seitens unserer Gesandtschaften und Consulate. Die mit besonderen russischen ausländischen Pässen in's Ausland reisenden Ausländer sind, falls sie nach Rußland zurückzukehren wünschen, verpflichtet, sich im Auslande einen Paß von ihrer Staatsregierung und von unseren Gesandtschaften und Consulaten die Beglaubigung derselben zu erbitten. § 13. Ein ins Ausland reisender Ausländer muß, wenn er sich in einer Gouvernementsstadt oder in dem Kreise derselben befindet, sich behufs Erhalts eines ausländischen Passes persönlich in der Canzellei des Gouvernements-Chefs melden und ohne daß er ein schriftliches Gesuch einzureichen braucht, den Paß, auf welchen er im Kaiserreiche lebt, sowie den Nationalpaß, wenn er einen besitzt, ferner das für das Paßblankett zu erlegende Geld, 50 Kop. und ein Zeugniß der Polizei, welches bescheinigt, daß seiner Abreise keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, beibringen. Hierauf wird dem Ausländer ein ausländischer Paß ausgereicht, oder aber auf seinem Nationalpasse eine Aufschrift, daß er ins Ausland passiren kann, gemacht, unter Beobachtung derjenigen Ordnung, welche für die Umwechsellung der Ausländer-Pässe zum Aufenthalte im Kaiserreiche festgesetzt ist. § 14. Den in den Kreisen sich aufhaltenden Ausländern steht es frei, sich behufs Erhalts eines ausländischen Passes, mit einem Gesuche auf ordinärem Papier an die örtliche Kreis- oder Stadt-Polizei zu wenden, unter Beifügung des Passes, auf welchem er im Reiche lebt, sowie des Nationalpasses, wenn er einen besitzt und der für einen ausländischen Paß zu erlegenden 50 Kop. für das Blanket. Darauf wird ihm ein ausländischer Paß erteilt oder der ausländische Nationalpaß mit einer den ausländischen Paß ersetzenden Aufschrift zurückgegeben, unter Beobachtung derselben Ordnung, welche für die Umwechsellung der Pässe zum Aufenthalte im

Kaiserreiche Seitens der im Kreise lebenden Ausländer festgesetzt ist, nur mit dem Unterschiede, daß die Polizei-Verwaltung bei der Vorstellung an den Gouv.-Chef bescheinigen muß, daß der Abreise des Ausländers keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen.

Betreffend die Abänderung der Form der ausländischen Pässe.

Aus dem 1. Departement vom  
23. Juni 1867, Nr. 61,100.

**Nr. 107.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 1. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ansiedelung und Verwaltung der Stadt Iekaterinodar, wie folgt publicirt wird: Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staats-Oekonomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung Sr. Kaiserlichen Hoheit, des Statthalters des Kaukasus, betreffend das Project der Ansiedelung und Verwaltung der Stadt Iekaterinodar, für gut erachtet: 1) Sr. Kaiserliche Hoheit den Statthalter des Kaukasus zu ermächtigen, schon jezt zu den Anordnungen betreffend die Organisation Iekaterinodars zu schreiten und auf diese Stadt die für die Städte Teisk, Temrjuk, Anapa und Noworossiisk bereits festgestellten Regeln mit denjenigen Abweichungen, welche für die gedachte Stadt durch besondere örtliche Bedingungen hervorgerufen werden, anzuwenden, wobei die Ausgaben für die städtische Verwaltung den wirklichen Mitteln der Stadt, ohne Unterstützung aus anderen Quellen, entsprechen müssen. 2) mit Ausdehnung der in den Artikeln 6, 7 und 9 der am 29. November 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Verwaltung der Stadt Temir-Schura enthaltenen Regeln auf Iekaterinodar, den Bewohnern dieser Stadt zugleich das Recht zu gewähren, die im Art. 7 der gedachten Verordnung aufgezählten Freiheiten und Vorrechte während 5 Jahre vom Tage der Zuzählung zur Stadt zu genießen. 3) Hinsichtlich des Besizes von Landparzellen in Iekaterinodar sind folgende Regeln zu beobachten: a) Personen vom Stande der Heeres-Angehörigen, welche gegenwärtig Landparzellen in dieser Stadt besizen, können dieselben als erbliches Eigenthum behalten, mit dem Rechte der Veräußerung sowohl an Heeres-Angehörige, als auch an Fremde, ohne jegliche Zahlung zur Stadtcasse, nur haben sie von der Zeit der Veröffentlichung der gegenwärtigen Regeln in der Stadt Iekaterinodar an, alle verordneten Stadt- und Landesprästanzen zu tragen; b) diejenigen Personen vom Stande der Heeres-Angehörigen, welche bis hiezu in Iekaterinodar nicht sesshaft waren, und sich nach Publication der gegenwärtigen Regeln daselbst niederzulassen wünschen, können in dieser Stadt Landparzellen nach den allgemeinen, für alle sich dort neu Niederlassenden geltenden Regeln, erwerben; c) diejenigen Personen, welche nicht zum Kosakenheere gehören und sich vor Emanirung der gegenwärtigen Regeln in Iekaterinodar niedergelassen haben, können die von Heeres-Angehörigen erworbenen Ländereien auf folgenden Grundlagen als erbliches Eigenthum behalten: 1) Diejenigen, welche Landparzellen von Heeres-Angehörigen, die in Grundlage der am 10. Mai 1862 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Ansiedelung des westlichen Theils der Kaukasischen Bergkette, in die Vorberge des westlichen Kaukasus übergesiedelt sind, sowie auch von aus Iekaterinodar nach anderen Stanizen (Kosakendörfern) in Grundlage des Allerhöchsten Befehls vom 16. Februar 1866 Ubergesiedelten angekauft haben, wie auch neuen Käufer dieser Ländereien (falls sie nicht zum Kosakenstande gehören) sind

verpflichtet, anstatt des durch die Verordnung vom 10. Mai 1862 bestimmten Fadengeldes, das im Jahre 1863 auf  $1\frac{3}{4}$  Cop. für den Quadratsfaden herabgesetzt worden ist, einmalig zur Stadtcasse 25% derjenigen Summe zu zahlen, auf welche die Landparzellen von der besonderen, auf Anordnung des Statthalters des Kaufajus niedergesetzten Commission abgeschätzt werden wird.

Anmerkung: In keinem Falle darf die gedachte Zahlung von 25% diejenige Summe übersteigen, welche die Capitalisirung der ob erwähnten Faden-Zahlung zu 5% bilden würde. 2) Diejenigen, welche Landparzellen von Personen, die nicht zu den im vorhergehenden Punkte genannten gehören, kaufen, zahlen zu den Stadt-Einkünften für das zu den Wohnstellen gehörige Land die volle Summe, auf welche diese Ländereien von der besonderen Commission abgeschätzt werden; d) nach Einzahlung des im Pkt. c festgesetzten Geldes werden den Besitzern der Ländereien die verordneten Besitzurkunden ausgereicht; e) zur Entrichtung des im vorhergehenden Punkte festgesetzten Geldes für die durch fremde Personen von Heeres-Angehörigen gekauften Landparzellen wird eine Frist von einem Jahre, gerechnet vom Tage der Publication der gegenwärtigen Regeln, bestimmt. Denjenigen, welche dieses Geld nicht eingezahlt haben, steht es im Laufe von 6 Monaten nach diesem Termine frei, alle auf den bis dahin von ihnen besessenen Grundstücken befindlichen Gebäude und Einrichtungen abzutragen, wenn sie dieses aber nicht selbst erfüllen, so wird alles auf solchen Grundstücken befindliche Eigenthum auf Anordnung der Ortspolizei für ihre Rechnung abgetragen, das Land aber fällt der Stadt anheim.

Betreffend die Ansiedelung und Verwaltung der  
Stadt Zefaterinodar.

Aus dem 1. Departement vom  
15. Mai 1867, Nr. 50327.

**Nr. 108.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 22. Mai 1867, Nr. 4149 folgenden Inhalts: Der Herr und Kaiser habe gemäß dem auf die Vorstellung des Finanzministers erfolgten Beschluß des Minister-Comités am 12. Mai 1867 Allerhöchst zu befehlen geruht zu verordnen, daß die Actien der Schifffahrts- und Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Delphin“ als Unterpfand bei Kronspodrädnen und Lieferungen, sowie als Sicherstellung der befristeten Branntweins-Accise-Zahlung nach den vom Ministerium zu bestimmenden und für jedes Halbjahr zu publicirenden Preisen, zum Betrage von 50% des mittleren Börsenpreises dieser Actien für das vorhergehende Halbjahr, anzunehmen sind. Auf dieser Grundlage sei der Preis zur Annahme der gedachten Actien als Unterpfand bei Kronspodrädnen und Lieferungen für die Zeit bis zum 1. Januar 1868 vom Finanzministerium auf 34 Rbl. per Actie von 100 Rbl. Nominalwerth festgesetzt worden. Hierüber berichte er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat zur weiteren Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Collegen des Finanzministers zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Annahme der Actien der Schifffahrts und Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Delphin“ als Unterpfand bei Verbindlichkeiten mit der Krone.

Aus dem 1. Departement vom  
6. Juni 1867, Nr. 55531.

**Nr. 109.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern vom 30. Mai 1867, Nr. 156, folgenden Inhalts: in Veranlassung der angeregten Frage über die Veräußerung der zum Bestande der von den Bauern freigekauften Rugungen gehörenden Ländereien zur Anlage von Eisenbahnen sei er, der Minister, mit einer desfallsigen Vorstellung bei dem Haupt-Comité zur Organisation des Bauerstandes eingekommen. Nach Beprüfung dieser Vorstellung habe der Haupt-Comité beschlossen: zur Entscheidung der angeregten Frage über die von bäuerlichen Eigenthümern vorzunehmende Veräußerung der Ländereien ihres Antheils zur Anlage von Eisenbahnen zu verordnen, daß diese Ländereien zur Anlage von Eisenbahnen auch vor Ablauf der Zeitfrist von neun Jahren, von der Emanirung der Verordnung vom 19. Februar, veräußert werden können unter Beobachtung folgender Regeln: 1) Die Kaufbriefe über von den Bauern unter Mitwirkung der Staatsregierung erworbene Ländereien werden, so lange nicht der ganze auf diese Ländereien verabsolgte Loskaufs-Vorschuß bezahlt ist, nur nach vorhergegangener Relation der den Kaufbrief ausfertigen den Behörde mit der örtlichen Gouvernements-Commission in Bauersachen vollzogen. Bei der Ausfertigung selbst der Kaufbriefe muß das für das zu veräußernde Land zuständige Geld vorgestellt werden, welches von der den Kaufbrief ausstellenden Behörde der örtlichen Kentei zur Verrechnung bei der Abzahlung der auf den das Land verkaufenden Bauern lastenden Schuld für den Loskaufs-Vorschuß übersandt wird (Art. 162 der Verordnung für den Loskauf); 2) Die Kaufbriefe über die Veräußerung von zur Anlage von Eisenbahnen erforderlichen Ländereien, welche die Bauern ohne Mitwirkung der Staatsregierung als Eigenthum erworben haben, oder zwar unter Mitwirkung derselben, für welche aber der Loskaufs-Vorschuß schon bezahlt ist, werden in der allgemeinen, in den Gesetzen festgestellten Ordnung vollzogen. Ueber solchen, am 3. Mai 1867 Allerhöchst bestätigten Beschluß des Haupt-Comités berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senat. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchst bestätigten Beschluß des Haupt-Comités zur Organisation des Bauerstandes zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Veräußerung der zum Bestande der von den Bauern freigekauften Rugungen gehörenden Ländereien zur Anlage von Eisenbahnen.

Aus dem 1. Departement vom 20. Juni 1867, Nr. 58348.

**Nr. 110.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst publicirt wird, wie der Minister des Innern dem Senat unter dem 12. Mai 1867, Nr. 3218, Folgendes berichtet habe: in Folge seiner, des Ministers, Vorstellung an den Minister-Comité, betreffend die in den Städten Kiew und Wilna zu concentrirenden öffentlichen Ausbote hinsichtlich des Verkaufs von Gütern in den westlichen Gouvernements an Personen russischer Abkunft, habe der Comité folgende zeitweilige Regeln zu verordnen beschlossen: 1) Die Bewerkstelligung der Ausbote zum Verkauf von Gütern in den Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien concentrirt sich in der Kiowschen Gouvernements-Verwaltung, zum Verkauf von Gütern in den Gouvernements

Wilna, Rowno, Grodno, Minst, Mohilew und Witebsk aber in der Wilnaschen Gouvernements-Verwaltung, ohne Unterschied des Werthes dieser Güter und mit Festsetzung der Termine für die Abhaltung dieser Ausbote vom 1. Januar bis zum 1. Februar und vom 1. Juli bis zum 1. August. 2) Die Ausbote zum Verkauf von Gütern, welche nicht höher als 1000 Rbl. geschätzt worden sind, können nach Ermessen der General-Gouverneure, auch in der übrigen Zeit, außer den oben angegebenen Terminen, bei den örtlichen Kreisgerichten abgehalten werden. 3) Der Verkauf derjenigen Güter, welche bei den Reichs-Credit-Anstalten, sowie bei der Gesellschaft des gegenseitigen Boden-Credits und bei den städtischen Gemeindebanken verpfändet sind, unterliegt nicht diesen Regeln, sondern kann in der in den Reglements dieser Institutionen angegebenen Ordnung vollzogen werden. Der Herr und Kaiser habe am 29. April 1867 den Beschluß des Minister-Comités Allerhöchst zu bestätigen geruht.

Betreffend die in den Städten Kiew und Wilna zu concentrirenden öffentlichen Ausbote hinsichtlich des Verkaufs von Gütern in den westlichen Gouvernements an Personen russischer Abkunft.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Mai 1867, Nr. 58100.

**Nr. 111.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern sub Nr. 17914, desmitteltst er Einem Dirigirenden Senat die Frage über die Ordnung und Form der Correspondenz der Landschafts-Institutionen mit den Regierungs-Behörden und Personen zur Entscheidung vorstellt. Befohlen: Nach Vergleichung der vom Minister des Innern Einem Dirigirenden Senat zur Bepriifung vorgelegten Frage über die Ordnung und Form der Correspondenz der Landschafts-Institutionen mit den Regierungs-Behörden und Personen mit der Verordnung über die Landschafts-Institutionen findet Ein Dirigirender Senat, daß die Landschafts-Institutionen, sowol die Gouvernements-, als auch die Kreis-Institutionen, wie es in den Art. 13 und 50 der gedachten Verordnung angegeben ist, aus den Landschafts-Versammlungen (собрания) und Verwaltungen (управы) bestehen, von welchen die ersteren, d. h. die Landschafts-Versammlungen, nach der Art und der Form ihrer Thätigkeit am allermeisten den ständischen Versammlungen gleich kommen, weshalb auf sie auch die für diese Versammlungen im Art. 115 Bd. III des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857 festgesetzte Regel, nach welcher die Versammlungen durch ihre Vor-sitzer correspondiren, vollkommen zur Anwendung kommen kann; da aber die Landschafts-Versammlungen nicht ununterbrochen in Thätigkeit sind und zugleich in Grundlage der Gesetzesbestimmungen über die Landschafts-Institutionen, die Erfüllung ihrer Beschlüsse den Landschafts-Verwaltungen übertragen können, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diesen Versammlungen das Recht zugestanden werden muß, mit den Gouvernements- und Kreis-Regierungsbehörden und Personen auch durch die Landschafts-Verwaltungen zu correspondiren. Was nun aber die Form selbst der Correspondenz betrifft, so ist Angesichts des Art. 6 der Verordnung über die Landschafts-Institutionen, nach welchem dieselben im Kreise der ihnen anvertrauten Angelegenheiten selbstständig handeln, durchaus kein Grund vor-

handen, für ihre Correspondenz mit den Gouvernements- und Kreis-Regierungsbehörden und Personen irgend welche Form festzusetzen, außer nur die Form „der Requisition“, welche für die von einander unabhängigen Behörden und Personen verordnet ist. Da es aber hiernächst dem Gouvernements-Chef, außer der gewöhnlichen Correspondenz, frei steht, in den durch das Gesetz bestimmten Fällen den Landschafts-Verwaltungen Anweisungen zugehen zu lassen, so muß den Gouverneuren in dergleichen Fällen das Recht zustehen, den Landschafts-Versammlungen von ihrer Person Anträge (Predloshenien) zu machen. In Grundlage des Obigen verfügt Ein Dirigirender Senat: 1) die Landschafts-Versammlungen, sowol die Gouvernements-Versammlungen, als auch die Kreis-Versammlungen, müssen mit den Gouvernements- und Kreis-Regierungsbehörden und Personen entweder durch die Landschafts-Verwaltungen, oder in Anleitung des Art 115 Bd. III des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, durch die Vor- sizer der Versammlungen in der Form von Requisitionen correspondiren, und 2) die Landschafts-Verwaltungen, sowol die Gouvernements- als auch die Kreis-Verwaltungen, sind verpflichtet, mit den gedachten Behörden und Personen gleich- falls in der Form von Requisitionen zu correspondiren, wobei den Gouvernements- Chefs in denjenigen Fällen, wo sie in Grundlage des Gesetzes den Landschafts-Verwaltungen Anweisungen zugehen lassen, frei steht, denselben Anträge zu machen.

Hievon zur Mittheilung an die betreffenden Landschafts-Institutionen die Gouverneure durch Ukase zu benachrichtigen, mittelst ebenmäßiger Ukase, behufs allörtlicher Publication, allen Gouvernements-, Heeres- und Provinzial-Regierungen zu wissen zu geben und den Minister des Innern zu benachrichtigen.

Betreffend die Ordnung der Correspondenz der Landschafts-Institutionen mit den Regierungsbehörden und Personen.

Aus dem 1. Departement vom  
22. Juni 1867, Nr. 59859.

**Nr. 112.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Verwaltenden des Justizministeriums vom 15. Mai 1867 sub Nr. 7351. folgenden Inhalts: auf die Sr. Kaiserlichen Majestät vom Kriegsminister allerunterthänigst unterlegte, im Kriegs-Messort angeregte Frage über den Gerichtsstand der in die Heimath entlassenen Unteroffiziere (Uradniks) und Kosaken der ehemaligen Kleinrussischen Kosaken-Regimenter zu Pferde, habe der Herr und Kaiser Allerhöchst zu befehlen geruht: die Unteroffiziere und Kosaken der ehemaligen Kleinrussischen Kosakenregimenter zu Pferde für Verbrechen, welche sie nach ihrer Entlassung in die Heimath begangen haben und die nicht mit Verletzung der Pflichten des Militärdienstes verbunden sind, durch das allgemeine Criminalgericht des Civil-Messorts zu richten. Solchen Allerhöchsten, ihm vom General-Adjutanten Miljutin mitgetheilten Befehl lege er, der Verwaltende des Justizministeriums, Einem Dirigirenden Senate zur schuldigen Erfüllung vor. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Frage, über den Gerichtsstand der in ihre Heimath entlassenen Unteroffiziere und Kosaken der ehemaligen Kleinrussischen Kosakenregimenter zu Pferde.

Aus dem 1. Departement vom  
6. Juni 1867, Nr. 56630.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller  
Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

**Nr. 113.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen nach erfolgter Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß bei eintretender Amtsuspension des Gemeinde-Ältesten die Aufsichtsbehörde berechtigt ist, den stellvertretenden Gemeinde-Ältesten aus der Zahl der Gemeinde-Vorsteher zu designiren.

In Betreff dessen, daß bei eintretender Amtsuspension des Gemeinde-Ältesten die Aufsichtsbehörde berechtigt ist, den stellvertretenden Gemeinde-Ältesten aus der Zahl der Gemeinde-Vorsteher zu designiren.

**Nr. 114.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfalligen Antrags des Herrn General-Gouverneurs desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß das in dem Patent vom 14. Mai 1865, Nr. 54, enthaltene Verbot des Abschlusses neuer Pacht-Contracte, in denen Frohn- oder gemischte Leistungen ausbedungen werden, sowie des Weiterfortbestehens solcher Contracte nach dem 23. April 1868 sich in Grundlage der §§ 97 und 155 der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860 auch auf das Hofesland resp. die Quote bezieht, daß mithin die Ableistung der Frohne nach dem St. Georgstermin 1868 überall in Livland unstatthaft ist.

Betreffend den Abschluß von Pachtcontracten, in denen Frohn- oder gemischte Leistungen ausbedungen werden.

Riga-Schloß, den 24. Juli 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Russen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

---

**Nr. 115.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfalligen Antrags Sr. Excellenz des H. General-Gouverneurs desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß in Folge der Allerhöchst bestätigten Landgemeinde-Ordnung für die Dstjee-Gouvernements vom 19 Februar 1866 die unten angeführten Artikel der Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860, sowie anderer im Livländischen Gouvernement geltender Gesetze aufgehoben, resp. in nachstehender Weise abgeändert worden:

## I. Emendationen zur Livländischen Bauer-Verordnung vom Jahre 1860.

§ 8. statt — „der Gemeindeggerichte und der Gemeindeältesten“ — des Gemeindeältesten“ Landgemeinde-Ordnung § 20 Pkt. f.

§ 62 Pkt. b, statt — „vom Gemeindeggerichte“ — „vom Gemeindeältesten“ Landgemeinde-Ordnung § 20 Pkt. f.

§ 105. Die Einwilligung der Landgemeinde muß vor dem Kirchspielsgericht ausgesprochen und zu Protocoll verschrieben werden. Die Gemeinde wird in solchen Fällen durch den Gemeinde-Ausschuß vertreten, dessen Beschlüsse im gegebenen Fall mit einer Majorität von zwei Dritttheilen der Stimmen zu Stande kommen müssen. Landgemeinde-Ordnung § 11, Pkt. b und k und § 12.

§ 111. Die Wahrnehmung dessen, daß das Gehorchsland in seinem gesetzlichen Bestande ungeschmälert verbleibe, sowie daß der Grundherr nicht Theile desselben gesetzwidrig benutze, steht dem Gemeinde-Ausschusse zu. Derselbe hat sich nöthigenfalls mit seinen bezüglichlichen Anzeigen und Beschwerden an das örtliche Kirchspielsgericht zu wenden. Landgemeinde-Ordnung § 11, Pkt. k.

§ 244. statt — „am Martini-Tage“ — „zum 2. Februar“ — und statt — „vor dem Gemeindeggerichte“ — „vor dem Gemeindeältesten“ Landgemeinde-Ordnung § 20, Pkt. l.

§ 252. Der ganze Livländische Bauerstand zerfällt nach seinem örtlichen Wohnsitze in Gemeinden. Eine Landgemeinde ist die Gesamtheit der in einem bestimmten Landbezirke wohnhaften, unter Bestätigung der Staatsregierung zu einem Ganzen vereinigten Personen mit gegenseitigen, vom Gesetze festgestellten Rechten und Pflichten. Landgemeinde-Ordnung § 1.

§ 253. Die Landgemeinde wird gebildet aus den zu demselben Landgute, Pastorate oder zu derselben Widme gehörigen, daselbst in die Revisionslisten und Umschreibungslisten verzeichneten, sowie ferner aus denjenigen Personen, die mit Beibehaltung ihrer bisherigen persönlichen und Standesrechte in den Landgemeinde-Verband aufgenommen sind (Landgem.-Ordg. § 1); doch werden die persönlich nicht zum Bauerstande gehörenden Mitglieder der Landgemeinden nicht in die Revisionslisten der Livländischen Bauern eingetragen, sondern nur als Mitglieder

der Landgemeinden bei der Aufsichtsbehörde verzeichnet und in die Gemeinde-rolle eingetragen. Landgemeinde-Ordnung § 1 und Anmerk. § 20, Pft. k.

§ 255. Kleine Landgemeinden können in Grundlage des § 2 der Landgemeinde-Ordnung mit anderen Gemeinden vereinigt werden. Desgleichen steht es auch großen Landgemeinden frei sich in mehrere Gemeinden abzutheilen.

§ 256 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 1 und § 2.

§ 265 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 8.

§ 273 statt „Gutsgemeinde“ — „Landgemeinde“

§ 274 statt „das Gemeindegerecht“ — „der Gemeindeälteste“

§ 275 statt „den Gemeindegerechten“ — „den Gemeindeältesten“

§ 276 statt „der Gemeindegerechte“ — „der Gemeindeälteste“.

§ 286 wird ersetzt durch Landgem.-Ordnung § 6 und Anmerk. 2 zu § 8.

§ 287 wird ersetzt durch § 20 Pft. k.

§ 288 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. k.

§ 289. In der Gemeinderolle ist bei einem jeden der eingetragenen Landgemeindeglieder anzugeben, zu welcher Confession es gehört, und am Schlusse des Jahres zu bemerken, eine wie große Anzahl Individuen von jeder der vorkommenden Confessionen in der Gemeinde vorhanden ist.

§ 290. Die Gemeinde-Ältesten sind verpflichtet, Verzeichnisse der eisernen Inventarien der zur Gemeinde gehörigen Grundeigenthümer und Pächter zu führen. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. k.

§ 292 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 6 und § 8.

§ 293 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 8 und § 10.

§ 294. Wer mit Umgehung des Gemeinde-Ältesten oder der Aufsichtsbehörde eine Gemeinde-Versammlung des Gemeinde-Ausschusses veranstaltet, wird als Ruhestörer angesehen und als solcher zu weiterem gesetzlichen Verfahren an das Ordnungsgericht abgesandt. Landgemeinde-Ordnung § 8 und 10.

§ 295. Bei den Gemeinde-Versammlungen und dem Gemeindeauschusse, welche der Gemeinde-Älteste oder in den bezüglichsten Fällen (Landgem.-Ordg. § 21.) der älteste Vorsteher oder der Vorsteher des Gemeindegerechts leiten, gelten keine Vollmachten zur Abgabe von Stimmen. Wittwen, welche als Wirthinnen den Gefinden vorstehen, erscheinen jedoch nicht persönlich in den Gemeindeversammlungen, sondern nehmen ihre Gerechtsame daselbst durch ihre Curatoren oder von ihnen bestimmte Stellvertreter wahr. Diese Curatoren haben indeß als solche keine besondere Stimme bei Abfassung eines Versammlungsbeschlusses. Landgemeinde-Ordnung §§ 6 und 8.

§ 296 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 12.

§ 297 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 12 und Anmerk. zum § 8.

§ 299 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 12.

§§ 300 und 301 werden ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 12.

§ 302 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 14.

§ 303 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 11 und § 12.

§ 304 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 11, Pft. d, e, i.

§ 310—323 werden ersetzt durch Hauptstück III der Landgemeinde-Ordnung.

§ 324. Auf jedem Gute, jedem Pastorate und jeder Widme, wo eine Landgemeinde besteht, wird ein Gemeindegerecht eingesetzt. Doch kann auch für mehrere benachbarte Gemeinden, ohne sie zu verschmelzen, mit deren Zustimmung und unter Bestätigung der Aufsichtsbehörde (§. § 32 der Landgem.-Ordnung) auf

Grund der Anmerkung 2 zum § 2 der Landgemeinde-Ordnung ein gemeinschaftliches Gemeindegerecht bestellst oder wo dasselbe besteht, beibehalten werden. Der Jurisdiction des Gemeindegerechts in Polizei- sowohl wie in Civil-Sachen sind sämmtliche Glieder der Landgemeinde, sofern dieselben ihrem Stande nach nicht einen besonderen Gerichtsstand haben, auch diejenigen, welche in gutherrlichem Dienste, unterworfen, jedoch sind Strafurtheile, die von dem Gerichte über letztere ausgesprochen werden, vor der Execution der Gutspolizei mitzutheilen, ohne daß sie jedoch hierdurch in ihrer Ausführung gehemmt würden.

§ 325. Das Gemeindegerecht besteht aus einem Vorsitzer und nicht weniger als 2 Beisitzern. Ersteren wählt die Gemeindeversammlung aus der Zahl der der Wirth, letztere aus der ganzen Gemeinde. Landgemeinde-Ordnung § 8.

§ 326 bleibt zufolge Landgemeinde-Ordnung § 28 unverändert, nur daß der letzte Satz jetzt entsprechend dem § 27 der Landgemeinde-Ordnung zu lauten haben wird: Die Aufsichtsbehörde, welche die Wahl bestätigt, hat die Beobachtung solcher Vorschrift zu überwachen. Landgemeinde-Ordnung § 27 und 32.

§ 327 ist durch Landgemeinde-Ordnung § 28 aufgehoben.

§ 329 und 330 werden ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 8 und § 27.

§ 331 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 6.

§ 334 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 29.

§ 338 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 12.

§ 339 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 8.

§ 341—342 werden ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 26.

§ 343 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 37.

§ 344. Das Gemeindegerecht hält seine Sitzungen regelmäßig ein Mal in jeder Woche und außerdem, so oft es erforderlich sein sollte im Gemeindehause. Vollzugs-Instruction zur Allerhöchst bestätigten Landgemeinde-Ordnung vom 19. Februar 1866 § 23 und 24.

§ 345 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 17.

§ 346 fällt weg, Landgemeinde-Ordn. §§ 19, 20 u. 37 Punkt d. mit Ausnahme jedoch des Punktes 6, der nunmehr folgendermaßen zu lauten haben würde: Das Gemeindegerecht kann, wenn das eiserne Inventarium seitens eines Wirths verschleudert oder durch Unglücksfälle incomplet wird, auf Antrag des Gemeinde-Ältesten, erforderlichen Falls die bezügliche Wirthschaft unter Curatel stellen und auf ihre Einnahmen Beschlagnahme legen.

§ 348 fällt weg.

§ 357 statt „Unterhaltung der Gemeindegerechte u. s. w.“ — „dem Unterhalt der Gemeindebeamten u. s. w.“

§ 372 fällt weg.

§ 381 fällt weg.

§ 393 statt „vom Gemeindegerecht“ — „vom Gemeindeältesten“. cfr. Landgemeinde-Ordnung § 19.

§ 395. Außer der dem Gemeindeältesten obliegenden Verpflichtung zur Aufsicht über das Gehorsamsland, das ausschließlich nur durch Mitglieder der Landgemeinde genutzt werden darf, sowie zur Ueberwachung der eisernen Inventarien, die innerhalb der Gemeinde vorhanden sind (Landgemeinde-Ordnung § 20, Pkt. f.) bestehen die Obliegenheiten jeder Landgemeinde in Folgendem: (von hier an unverändert).

§ 397. Der Gemeinde-Älteste erhebt zu solchem Ende von allen zur Landgemeinde angeschriebenen Gliedern den gesetzlichen Abgabebetrag. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. m und k.

§ 401. Die Repartitionsliste bezüglich der Kronsabgaben wird von dem Gemeindeältesten und den Vorstehern unterzeichnet, und steht jedem Gemeindegliede die Durchsicht derselben frei. Bevor zur Einsammlung der Abgabenquoten geschritten wird, ist die Repartitionsliste jedes Jahr dem (Kirchspielsgericht) Kirchspielsrichter zum 1. October zur Bestätigung vorzustellen. Was den Modus der Erhebung der Gemeindeabgaben betrifft, so ist die Bestimmung desselben dem Gemeinde-Ausschuß anheimgestellt. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. k und m und § 11, Pft. f.

§ 403. Falls Gemeindeglieder, welche bereits als säumige Zahler anerkannt sind, für die von ihnen zu berichtenden Kron- und Gemeinde-Abgaben kein hinlängliches Unterpfand gestellt haben, so kann das Gemeindericht, auf Verlangen des Gemeindeältesten, ihnen nicht nur jeden Verkauf des Getreides und Viehes, das dem säumigen Zahler gehört, ohne seine Genehmigung untersagen, sondern auch von sich aus solches Getreide und Vieh unter sicherer Aufsicht auf den Märkten veräußern lassen, soweit ein solcher Verkauf ohne Ruin der Wirthschaft möglich ist, um die Berichtigung aller öffentlichen Abgaben sogleich durch Deponirung einer angemessenen Summe in der Gemeindefasse zu sichern. Hierauf ist die Einschränkung des freien Productenverkaufs sofort wieder zu heben. Landgemeinde-Ordnung § 20 Pft. m § 25.

§ 404 statt „das Gemeindericht“ — „der Gemeinde-Älteste“ Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. m.

§ 405. Sollten demnach Rückstände seitens solcher Gemeindeglieder stattfinden, welche in der Repartitionsliste als zahlungsfähig und verpflichtet aufgenommen sind, so muß der Gemeinde-Älteste die gesetzlich bestimmte solidarische Verbindlichkeit der ganzen Gemeinde auch hier sofort in Effect treten lassen und den Rückstand unter Beobachtung der im § 23 der Landgemeinde-Ordnung, angegebenen Ordnung aus der Gemeindefasse decken, oder ihn auf die zahlungsfähigen Gemeindeglieder in derselben Weise repartiren, wie solches § 399 vorgeschrieben werden. Landgemeinde-Ordnung § 20. Pft. m und 23.

§ 406 statt „Gebietslade“ — „Gemeindefasse“

§ 407 und 408 werden ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 11 Pft. f.

§ 409 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 11, Pft. f und § 20, Pft. c.

§ 410. Zur Einsammlung der Renten, welche die etwa in der Gemeinde vorhandenen Grundeigenthümer an die Bauerrentenbank zu entrichten haben, ist der Gemeinde-Älteste nicht verpflichtet; desgleichen erstreckt sich die solidarische Verpflichtung sämtlicher Glieder der Landgemeinde keineswegs auf die Rentenzahlungen. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. m.

§ 412. Jeder Pächter oder Grundeigenthümer, der die von der Gemeinde getrossene Ordnung in diesen öffentlichen Leistungen zu beobachten unterläßt, und dadurch die Stellvertretung mittelst eines Andern nothwendig macht, hat in Betreff seiner nicht wahrgenommenen Verpflichtung den Stellvertreter zu entschädigen. Diese Entschädigung ist von den Gemeinde-Ältesten zu bestimmen. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. m.

§ 416 statt „das Gemeindericht“ — „der Gemeinde-Älteste“ Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. m.

§ 424. Der Gemeinde = Älteste ist verpflichtet, entweder selbst oder durch einen Vorsteher die von der Gemeinde zu stellenden Rekruten der Rekrutencommission vorzustellen und Alles das zu besorgen, was für ihre Abgabe erforderlich ist. Landgemeinde = Ordnung § 20, Pft. m.

§ 425 statt „das Gemeindegerecht“ — „der Gemeinde = Älteste“ Landgemeinde = Ordnung § 20, Pft. m.

§§ 429—549 fallen weg.

§ 551. Bauergemeindemitglieder, die weder selbstständige Grundeigentümer sind, noch in einem gesellschaftlichen Pacht- oder Dienstverhältnisse zu anderen Gemeindegliedern stehen, werden unter dem gemeinsamen Namen Lostrreiber begriffen und ist mit denselben, falls die Gemeinde sie wiederholt zu unterstützen genötigt war, oder sie ihre Gemeindepflichten nicht erfüllten, nach § 19 der Wohlfahrtsregeln zu verfahren. Regeln, betreffend die Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt in den Landgemeinden der Ostseegouvernements vom 11. Juni 1866 § 19 und Landgemeinde = Ordnung § 6 Anmerk.

§ 568. Diejenigen Gemeindeglieder, welche innerhalb des Gemeindebezirks ein Handwerk oder Gewerbe betreiben, haben sich vom Kirchspielsrichter einen förmlichen Handwerkschein zu erbitten und sich desfalls bei selbigem als kundige Handwerker nachzuweisen.

§§ 569—570 fallen weg.

§ 571 statt „das Gemeindegerecht“ — „der Gemeinde = Älteste“

§ 572 statt „hat die Gemeinde“ — hat der Gemeinde = Älteste“

§§ 577—585 fallen weg.

Zum § 586 den Hinweis auf den § 19 der Wohlfahrtsregeln hinzuzufügen.

§ 596 statt „die Gemeindegerechte“ — „die Gemeinde = Ältesten“

§ 597. Die Beaufsichtigung des häuslichen Unterrichts und des Unterrichts in den Gemeindeschulen evangelisch-lutherischer Confession ist dem Kirchenvorsteher und dem Pastor loci übertragen, ihre Gehilfen bei Wahrnehmung dieser Obliegenheit sind der Küster, die Kirchen = Vormünder und wo diese nicht ausreichen, die Schulältesten, welche aus der Zahl der Gemeindebeamten und Ausschußpersonen durch die locale Schulverwaltung erwählt werden. Der Gemeinde = Älteste hat demnach die ihm durch § 19, Pft. h der Landgemeinde = Ordnung zugewiesene Ueberwachung der guten Ordnung in den Schulen nur insoweit zu extendiren, als sie der bezüglichen Anordnung der Kirchspiels = Schulverwaltung nicht widerstreitet.

§ 601. Die Verwaltung der Polizei und der Aufrechterhaltung der öffentlichen gesellschaftlichen Ordnung steht zuvörderst innerhalb des Gemeindebezirks dem Gemeindeältesten zu (Landgemeinde = Ordnung § 16); sodann innerhalb der Grenzen eines jeden Landgutes, Pastorates und einer jeden Widme, mit Ausschluß jedoch des Gehorchslandes in dem von der Landgemeinde = Ordnung festgestellten Umfange der Gutspolizei (Landgemeinde = Ordnung § 35) und endlich hinsichtlich aller zu dem Jurisdictionsbezirke eines Kirchspiels gehörigen Güter und Landgemeinden dem betreffenden Kirchspielsrichter. Landgemeinde = Ordnung § 37 Pft. b.

§ 602 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 10 Pft. b.

§ 603 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 17.

§ 604 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 19, Pft. c, e, k und § 20, Pft. g, h.

§ 607 Die im Lohn des Hofes stehenden Dienstleute und Arbeiter, Aufseher und Förster oder Buschwächter stehen gleichfalls in allen Polizeisachen unter dem Gemeindeggerichte, jedoch ist der Gutspolizei ein jedes solches Strafurtheil vor der Execution mitzutheilen, ohne daß es dadurch in seiner Ausführung gehemmt würde.

§ 612. Das Gemeindeggerichte ist ermächtigt, und auf Requisition' des Gemeinde = Aeltesten verpflichtet, gegen jedes Mitglied der Gemeinde, welches sich in Erfüllung seiner Verpflichtung säumig oder widerspenstig erweist, Zwangsmaßregeln zu ergreifen und muß nöthigenfalls dem Kirchspielsgericht darüber berichten.

§ 613 fällt weg. Landgemeinde = Ordnung §§ 19, 25 und 35.

§ 614 fällt weg. Landgemeinde = Ordnung § 32.

§ 615 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung §§ 30 und 32.

§ 616 nebst Anmerk. wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 35 und 36.

§ 617 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 41:

§§ 618, 619, 620 werden ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 36.

§ 621 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 42.

§§ 623, 624, 625 werden ersetzt durch Landgemeinde Ordnung § 37

§ 626. Die Gutspolizei ist berechtigt Personen niederen Standes, z. B. Handwerker und Andere, die zum Arbeiterstand gehören, wenn sie nicht zur Gemeinde angeschrieben sind und auf ihrem Grund und Boden sich irgend welche Vergehungen haben zu Schulden kommen lassen, zu verhaften und der betreffenden Polizei-Autorität zur gesetzlichen Wahrnehmung zu übergeben, cfr. Landgemeinde = Ordnung § 37, Pft. b.

§ 627 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 37, Pft. b.

§ 628 wird ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 19, Pft. k § 37 Pft. a.

§ 629 fällt weg. Siehe Landgemeinde = Ordnung § 20, Pft. l.

§ 630 fällt weg. Landgemeinde = Ordnung § 20, Pft. e und §§ 25, 37.

§ 632 statt „die Gutsverwaltung“ — „der Gemeindeälteste“

§§ 633, 634, 635 fallen weg. Landgemeinde = Ordnung § 20, Pft. l.

§ 636 statt „die Gutsverwaltung“ — „die Gutspolizei“

§ 637 Der General-Gouverneur erläßt seine Befehle an das Gemeindeggerichte, die Gutspolizei oder den Gemeinde = Aeltesten durch das Kirchspielsgericht, oder wenn er es für nöthig findet, direct an dieselben, in welchem Falle ihm unmittelbare Berichte über die Erfüllung abgestattet werden müssen.

§§ 645 und 646 werden ersetzt durch Landgemeinde = Ordnung § 42.

§§ 647. Wenn das Hofgericht, resp. der General = Gouverneur oder der Civil = Gouverneur dem bisherigen Inhaber der Gutspolizei die Ausübung derselben zeitweilig oder definitiv untersagen, so geht diese Gewalt ohne Weiteres auf den Gemeinde = Aeltesten über und steht demselben für die ganze Dauer, wo der bisherige Inhaber sie nicht ausübt, zu. Der Letztere hat in solchem Falle nicht das Recht, eine Competenz, die ihm selbst nicht mehr zusteht, auf einen

Stellvertreter zu übertragen. Wenn aber dem Verwalter des Gutes die ihm überlassene polizeiliche Gewalt genommen wird, so steht es Gutsbesitzer frei, entweder selbst diese Gewalt zu übernehmen, oder sie einem Dritten zu übertragen.

§ 648 wird ersetzt durch Landgemeinde-Ordnung § 42.

§ 671. Zeile 9 von oben statt „der Gemeindegerrichte oder der Gutsverwaltungen“ — „der Gemeindegerrichte, der Gutspolizeien oder der Gemeinde-Altesten“ Landgemeinde-Ordnung § 25, 32 und 42.

§ 675 fällt weg. Landgemeinde-Ordnung § 8 und §. 37, Pft. f.

§ 680. Der Kirchspielsrichter wacht darüber, daß in allen Gemeinden seines Bezirks sämmtliche Bestimmungen über die Vorrathsmagazine, die Gemeindefasse, die Gemeinde-Armenfonds und über die Pafsgelder, auf das Strengste beobachtet werden. Er wacht über die Unverletzlichkeit jener gesetzlichen Bestimmungen in der hierfür vorgeschriebenen Ordnung und mittelst zu den vorgeschriebenen Terminen zu bewerkstelligender Revisionen. Landgemeinde-Ordnung §§ 33 und 34 und die besondere Beilage zur Landgemeinde-Ordnung.

§ 681. Beschwerden wider die Gemeinde-Altesten und Vorsteher über Mißbräuche in Bezug auf die Verwaltung des Gemeindevermögens untersucht und entscheidet das Kirchspielsgericht. Landgemeinde-Ordnung § 32.

§ 683. Zeile 5 und 6 statt „von den Gemeindegerrichten“ — „von den Gemeinde-Altesten“ cfr. Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. k und m.

§ 687. Zeile 1 statt „von dem Gemeindegerricht“ — „von dem Gemeinde-Altesten“ und Zeile 3 statt „vom Gemeindegerrichte“ — „vom Gemeinde-Altesten“ Landgemeinde-Ordnung § 20, Pft. k und m.

§ 690 fällt weg.

§ 693. Das Kirchspielsgericht ist berechtigt, den Gemeindegerrichten, den Gemeinde-Altesten und den Gutspolizeien bei Versäumnissen in den vorgeschriebenen Berichterstattungen, Geldpönen in dem vom Gesetze bestimmten Betrage aufzuerlegen. Die von den Gemeindegerrichten und Gemeinde-Altesten erlegten Pönen und Strafgeslder für geringfügige Vergehen fallen dem örtlichen Gemeinde-Armenfond zu, die von den Gutspolizeien erlegten fließen in den Ritterschafts-Armenfond. Ausgenommen hiervon sind besondere Fälle, wo das Gesetz im Voraus die Verwendung der aufzuerlegenden Pön bestimmt. L.=G.=D. § 34 und 42.

§ 699. Die Gerichtsbarkeit des Gemeindegerrichts als Civil-Instanz erstreckt sich über alle Mitglieder der Landgemeinde. L.=G.=D. § 25.

§ 700. Zeile 3 statt — „Auszügen aus der Bauer-Verordnung“ — „Instruktionen.“ L.=G.=D. § 43.

§ 716. Das Kirchspielsgericht entscheidet als Civil-Justizbehörde (nachdem Kläger eine Bescheinigung darüber beigebracht, daß seine Sache bei dem Gemeinde-Gerrichte, falls sie der Beurtheilung desselben erster Instanz unterlag, beprüft worden) nach vorhergegangener Untersuchung über folgende Sachen:

- 1) in allen Streitigkeiten der Bauern unter einander und in Klagen der Gemeinde wider ein einzelnes Mitglied oder auch des letzteren wider die Gemeinde;
- 2) auf Beschwerde der Gemeinde wider das Gemeindegerricht oder den Gemeinde-Altesten oder dieses letzteren wider das Gemeindegerricht;

- 3) in Beschwerdefachen der Gutspolizei wider die Gemeinde, das Gemeinde-Gericht, die Gemeinde-Altesten;
- 4) das Kirchspielsgericht bemüht sich die Klagesachen der Gemeinde, ihrer einzelnen Mitglieder, des Gemeindegerrichts und des Gemeinde-Altesten wider die Gutspolizei in Güte zu vermitteln und eröffnet, falls solcher Versuch fruchtlos bleibt, den Parten aus den Protocollen sein Gutachten in der Sache, welches es erst dann dem Kreisgerichte zur ferneren Verhandlung und Entscheidung unterlegt, wenn eine Einigung unter den Parteien nicht hat zu Stande gebracht werden können. In diesem Falle hat indeß das Kirchspielsgericht die Befugniß, provisorische Maßregeln zu treffen und solche bei für den einen oder andern Parten vorhandener Gefahr im Verzuge sofort in Ausführung zu bringen, es muß jedoch ungesäumt dem Kreisgerichte über solche Maßregeln Bericht abstaten;
- 5) es ertheilt der Gutspolizei, dem Gemeindegerrichte, dem Gemeinde-Altesten auf ihr Ansuchen Protocollauszüge über die unter ihnen gepflogenen Verhandlungen;
- 6) es suspendirt auf Erfordern wegen grober Vergehen im Amte und unsittlichen Lebenswandels die Glieder und Substituten der Gemeindegerrichte, die Gemeinde-Altesten, sowie seine eigenen Beisitzer von weiterer Amtsführung, bis zur nähern Untersuchung und Entscheidung des Kreisgerichts. Wegen kleiner Amtsvergehen schuldig befundene Gemeinde-Beamten bestraft das Kirchspielsgericht nach Befinden durch Auferlegung von Geldpönnen oder Verweise. Widerspenstigkeit im Amte wird mit 4 bis 6 Tagen Arrest bestraft. L.=G.=D. § 30.

§ 779 statt — „die Gutsverwaltung oder das Gemeindegerricht“ — „die Gutspolizei oder den Gemeinde-Altesten.“ L.=G.=D. §§ 19, 37.

§ 790 statt — „des Gemeindegerrichts“ — „des Gemeinde-Altesten.“ L.=G.=D. § 16.

§ 798 statt — „Gutsverwaltung oder des Gemeindegerrichts“ — „Guts-Polizei oder den Gemeinde-Altesten.“ L.=G.=D. §§ 19 und 37

§ 942. Glauben Personen, welche einander ehelichen wollen, sich durch Verweigerung solcher Einwilligung seitens der betreffenden Personen in ihrem Rechte gefährdet, so bitten sie das Gemeindegerricht um desfallige Entscheidung, wider welche bei dem Kirchspielsgericht Beschwerde geführt werden kann. L.=G.=D. § 37.

§ 955. Zeile 3 statt — „Gutsverwaltung“ — „Aufsichtsbehörde.“

§ 979. Findet Jemand eine Sache, deren Eigenthümer unbekannt ist, so darf er sich nicht ohne Weiteres dieselbe zueignen, vielmehr ist Folgendes zu beobachten:

1. Der Finder übergiebt die gefundene Sache, sie bestehe worin sie wolle, falls der Auffindungsort derselben außerhalb der Grenzen der bauerlichen Grundstücke belegen, der Gutspolizei, falls es aber innerhalb derselben belegen, dem Gemeinde-Altesten, damit diese, wenn die Sache nicht mehr als 10 Rbl. S. werth ist, eine Abfindung in der Kirche des Ortes, und ist sie über 10 Rbl. werth, außer dieser Abfindung noch eine Bekanntmachung im Volksanzeiger bewirken. L.=G.=D. § 19 Pkt. b und § 37 Pkt. b.

In Punkt 4 statt — „Gebietslade“ — „Gemeindekasse.“



Die übrigen Punkte unverändert.

§ 1029. Die Gutspolizei und der Gemeinde-Alteste haben hinsichtlich der Krüge und Krüger über die Aufrechterhaltung folgender Vorschriften zu wachen:

- 1) die Gutspolizei außerhalb der Grenzen des Gehorszlandes und der Gemeinde-Alteste innerhalb dieser Grenzen sehen darauf, daß Niemand, der nicht das Recht dazu hat, in eigenem oder fremdem Namen einen Krug anlege und halte oder Schenkerie treibe;
- 2) der Gemeinde-Alteste sieht darauf, daß die Krüge, außer Reisenden Niemandem nächtlichen Aufenthalt oder Nachtlager bei sich gestatten, noch zu geben, daß der Krug ein Sammelplatz der Völlerei und Liederlichkeit werde, und sind daher die Krüger für die dadurch entstehenden Unordnungen, sowie auch dafür verantwortlich, wenn sie verdächtige Leute, welche sich bei ihnen einfänden, nicht ergreifen und der Gutspolizei oder dem Gemeinde-Altesten abliefern. Alle im Kruge Anwesenden haben im Nothfall dem Krüger hilfreiche Hand zu leisten. L.-G.-D. § 19 Pft. f und § 37 Pft. b.

Die Punkte 3—7 bleiben unverändert.

§ 1035. Für jeden Ungehorsam gegen das Gemeindegerecht, die Guts- oder Gemeindepolizei oder gegen obrigkeitliche Befehle unterliegt der Schuldige der im Art. 30 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen angedrohten Strafe. L.-G.-D. § 25.

§ 1047 statt — „der Gutsverwaltung“ — „der Guts- oder Gemeindepolizei.“ L.-G.-D. § 16 und § 37.

§ 1072 statt — „beim Gemeindegerecht“ — „bei der Guts- oder Gemeindepolizei.“ L.-G.-D. §§ 16 und 37.

§ 1077. Wenn Jemand höhere Zinsen nehmen wird, als gesetzlich erlaubt sind, oder den Anleiher verpflichtet, Bedingungen zu erfüllen, welche den Wucher- gesetzen gleich zu achten sind (z. B. wenn er Waaren an Geldesstatt giebt und sie über ihren Werth anschlägt, oder bei dem Ausleihen des Geldes Abzüge macht, oder auf die künftige Ernte Vorschüsse macht und dabei die Erzeugnisse unter ihrem Werthe anschlägt), so werden solche Bedingungen und Abmachungen als ungültig angesehen. Außerdem aber unterliegt der Schuldige der im Art. 1707 des Straf- gesetzbuchs von 1866 angedrohten Strafe. L.-G.-D. § 25.

§ 1084. Zeile 1 statt — „die Gutspolizei hat“ — „die Gutspolizei resp. der Gemeinde-Alteste haben.“ L.-G.-D. § 19 Pft. b und f und § 37 Pft. b.

Weilage sub Litt H.

§ 8. Das Gemeindegerecht, das laut § 344 der Bauerverordnung einmal wöchentlich im Gemeinthaufe seine Sitzungen hält, hat in Anbetracht seiner geringen Canzelleistkräfte bei der von demselben zu beobachtenden Canzelleiordnung die größte Einfachheit und Präcision anzustreben. Deshalb muß das Gemeinde- Gericht in seinem Geschäftsbetriebe folgende allgemeine Ordnung beobachten. L.- G.-D. § 26.

§ 11 fällt weg. L.-G.-D. § 26.

§ 13. Der Gemeinbeschreiber besorgt das Canzelleigenschaft des Gemeindegerechts und ist zunächst für die prompte Beobachtung der in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften verantwortlich. L.-G.-D. § 26.

§ 14. Das Kirchspielsgericht, seiner Organisation nach Justiz (§ 715 bis 722 der Bauerverordnung) Polizei (§ 649 und ff ibid.) und Administrativ-Be- hörde, (§ 649 und ff ibid.) publicirt durch die öffentlichen Blätter (Gouvernement-

Zeitung und Volksanzeiger) seinen vom Kirchspielsdirector zu designirenden Ort der Gerichtspflege, hält seine gewöhnlichen Juridiken (§ 665 ibid.) regelmäßig allmonatlich ab und hat folgende Canzelleiordnung zu beobachten. L.=G.=D. § 25.

## II. Emendationen zu dem am 18. April 1861 Allerhöchst bestätigten Reglement für die Ordnung der Rekrutenprästation in den Gouvernements Liv-, Est- und Kurland.

§ 7. Eine jede Landgemeinde bildet hinfort einen Rekrutencanton. L.=G.=D. § 1 und 2.

§ 10 Pft. b in den Landgemeinden von den Gemeinde=Ältesten unter Aufsicht, im Gouvernement ic. L.=G.=D. Punkt m § 32.

§ 19 Punkt 14. Die den Landgemeinden unentbehrlichen Handwerker, namentlich Töpfer, Zimmerleute, Wagenbauer und Schmiede, welche mit den gehörigen vom Kirchspielsgericht, in Kurland vom Kreisgerichte, ausgestellten Attesten über die wirkliche Ausübung ihres Handwerks versehen sind, wenn sie vor Bekanntmachung des Manifestes über die Aushebung durch einen vom Kirchspielsgerichte, in Kurland vom Kreisgerichte bestätigten Beschluß des Gemeinde=Ausschusses von der Einberufung zur Loosung eximirt sind. Auf dieser Grundlage können eximirt werden: in Gemeinden, welche bis 100. Seelen haben, nicht mehr als eine zu den eben bezeichneten Kategorien der Handwerker gehörende Person, in Gemeinden von 100—300 Seelen nicht mehr als zwei, in Gemeinden von 300—600 Seelen nicht mehr als vier, in Gemeinden von 600—800 Seelen nicht mehr als sechs, und endlich in Gemeinden von über 800 Seelen bis acht Personen. L.=G.=D. § 11 Punkt a und k.

§ 22. Nach Publication des Manifestes über die Bewerfstellung einer Rekrutenaushebung wird in den städtischen Cantons von den Steuerverwaltungen, in den Landcantons aber von dem Gemeindevorstande (den Gemeinde=Ältesten unter Aufsicht der Gutspolizei) auf Grundlage der Revisions- und Umschreibelisten ein genaues Verzeichniß aller zum Canton gehörigen Personen derjenigen Altersklassen angefertigt, welche nach den Bestimmungen des § 18 behufs Erfüllung der Aushebung zur Loosung einzuberufen sind. L.=G.=D. § 20 Punkt m und § 37 Punkt l.

§ 26. Die Versammlung (§ 25) findet statt: in den Städten—in Gegenwart und unter Leitung der den Rekruten=Angelegenheiten vorstehenden Steuer-Verwaltung—resp. des Magistrats oder Vogteigerichts, auf dem Lande, in Gegenwart der Gemeinde=Ältesten und der Gutspolizei unter Leitung im Estländischen Gouvernment des dazu designirten Gliedes des Kirchspielspolizeigerichts, in Kurland des Hauptmanns oder Kreisgerichts, in Livland des Kirchspielsrichters oder seiner Substituten, gemeinschaftlich mit den Kirchenvorstehern. Alle zum Canton Gehörigen können dieser Versammlung beiwohnen, im Falle der Beschränktheit des Locals kommt dieses Recht vorzugsweise denjenigen zu, die in die Einberufungsliste eingetragen sind, sowie ihren Bevollmächtigten, sodann aber ihren Eltern, Erziehern und Vormündern. L.=G.=D. § 20 Punkt m, § 37 Punkt e und § 32.

§ 51 aufgehoben durch den emendirten Art. 424 der Livl. Bauerverordnung.

### III. Emendationen zu den am 9. Juli 1863 Allerhöchst bestätigten Regeln über die zeitweilige Entlassung der Bauermeindeglieder in den Ostsee-Gouvernements und deren Umschreibung zu andern Gemeinden.

§ 1 Zeile 5 statt „in Livland auf der Insel Desel und in Kurland von dem Gemeindegerecht, in Estland von der Gemeindepolizei“ — „vom Gemeinde-Ältesten.“

Anmerk. 1 zu § 1 Zeile 3 und 4 statt — „d. h. des Gemeindegerechts oder in Estland der Gemeindepolizei“ — „d. h. des Gemeinde-Ältesten.“ § 20 Pkt. 1, § 32.

### IV. Emendationen zu den am 1. Mai 1850 Allerhöchst bestätigten Regeln für die rechtgläubigen Schulen im Livländischen Gouvernement.

§ 15 Zeile 1 statt — „das Gemeindegerecht“ — „den Gemeinde-Ältesten“ Zeile 3 statt — „dem Gemeindegerecht“ — „dem Gemeinde-Ältesten“, Zeile 4 statt — „das Gemeindegerecht“ — „der Gemeinde-Älteste.“ L.-G.-D. § 20 Punkt g und § 11 Punkt .:

§ 16 Zeile 1 statt — „dem Gemeindegerecht“ — „dem Gemeinde-Ältesten“ und Zeile 2 statt — „es“ — „er“

Betreffend die Emendationen zur Livl. Bauerverordnung vom Jahre 1860, zu dem Rekruten-Reglement vom Jahre 1861, zu dem Paß-Reglement vom Jahre 1863 und zu dem Reglement für die rechtgläubigen Schulen vom Jahre 1850.

**Nr. 116.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird des- mittelst zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das seither zum Hofeslande des im Wendischen Kreise, Schwaneburgschen Kirchspiele, belegenen Gutes Alt-Schwaneburg gehörige Gefinde Werschefall von diesem Gute ab- und dem eben- falls im Wendischen Kreise, Schwaneburgschen Kirchspiele belegenen Gute Kroppenhof zugetheilt, dagegen das seither zu dem Bauerlande des Gutes Kroppenhof gehörige Gefinde Lanzlau-Krisch-Krewit wiederum von letztgenanntem Gute ab- und dem Gute Alt-Schwaneburg zugetheilt worden ist, und daß demnach fortan bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen das Gut Alt-Schwaneburg mit 19 Haken, das Gut Kroppenhof aber mit  $6\frac{19}{20}$  Haken zu berücksich- tigen ist.

Betreffend die Hakengröße der Güter Alt-Schwaneburg und Kroppenhof.

**Nr. 117.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird des- mittelst zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die bisher zu dem im Pernau- schen Kreise, Oberpahlenschen Kirchspiele belegenen Gute Pajus gehörige und aus den wackenbuchmäßigen Gefinden: Oja Mick, Pichlago Tönno, Andresse Gric, Gricke Mick, Tönno Jago Mick und Saare Jaan bestehende neue Hoflage Toiser

mit dem Saare-Gesinde und den dazu neu angesiedelten Bauern, im Landeswerthe von 144 Thalern, vom Gute Pajus ab- und dem gleichfalls im Pernauschen Kreise, Oberpahlenschen Kirchspiel belegenen Gute Tappick zugetheilt, dagegen das bisher zum Gute Tappick gehörige Hofeswaldstück genannt „Kobri Neg“ und die Buschwächterstelle, genannt „Kirrilane,“ zusammen 596 Kossstellen 4 Rappen groß, wiederum vom Gute Tappick ab- und zum Gute Pajus zugetheilt worden ist, und daß demnach bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen das Gut Pajus hinfort mit  $24\frac{17}{20}$  Haken, das Gut Tappick aber in Zukunft mit  $7\frac{4}{20}$  Haken zu berücksichtigen ist.

Betreffend die Hafengröße der Güter Pajus und Tappick.

**Nr. 118.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird des-  
mittelfst zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die im Dörptschen Kreise und Kannapäschen Kirchspiele belegenen Güter Karrasky und Schwarzhof zu einem Rittergute unter dem Namen „Karrasky,“ sowie die im Dörptschen Kreise und Anzenschen Kirchspiele belegenen Güter Sommerpahlen, Terwen, Lühnen, Mustel und Petrimois ebenfalls zu einem Rittergute unter dem Namen „Sommerpahlen“ derart vereinigt worden sind, daß bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen das Gut Karrasky mit  $7\frac{17}{20}$  Haken und das Gut Sommerpahlen mit  $13\frac{8}{20}$  Haken zu berücksichtigen sind.

Betreffend die Hafengröße der Güter Karrasky und Sommerpahlen.

Riga=Schloß, den 30. August 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

• Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 119.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 27. Juni 1867, Nr. 60887, desmittelft der am 2. November 1865 unterschriebene internationale Act hinsichtlich der Schifffahrt in den Donaumündungen nebst zwei Beilagen und das Sitzungsprotocoll der Pariser Conferenz vom 28. März 1866 publicirt wird.

## Internationaler Act, betreffend die Schifffahrt in den Donaumündungen.

Durch den Artikel 16 des Pariser Tractats vom 30. März 1856 wurde eine europäische Commission niedergesetzt, um den unterhalb Sfatscha belegenen Theil der Donau, deren Mündungen und die angrenzenden Meeresstheile in den für die Schifffahrt günstigsten Stand zu setzen.

Gegenwärtig ist es der gedachten Commission, welche kraft dieser Vollmacht thätig gewesen ist, nach neunjährigen Mühen gelungen wichtige Verbesserungen in der Ordnung der Schifffahrt herzustellen, namentlich durch Auführung zweier Dämme an der Mündung des Sulina-Armes, mittelst welcher Fahrzeugen von großem Tiefgang der Zugang zu dieser Mündung eröffnet worden ist, durch Auführung verschiedener Arbeiten zur Correction und Reinigung des Flußbettes dieses Armes, durch Hebung gesunkener Fahrzeuge und Herstellung eines Bojen-Systems, durch Errichtung eines Leuchtturms an der Mündung des Georg-Armes, durch Einrichtung beständiger Rettungsmittel und durch Gründung eines Seehospitals in Sulina, endlich durch die Aufstellung provisorischer Regeln für verschiedene, die Schifffahrt auf der Strecke zwischen Sfatscha und dem Meere betreffende Gegenstände.

Daher haben die Mächte, welche den gedachten Pariser Tractat vom 30. März 1856 unterzeichnet haben, geleitet von dem Wunsche, zu constatiren, daß die europäische Commission, indem sie auf diese Weise einen wesentlichen Theil der ihr übertragenen Arbeit erfüllt hat, ihren Intentionen gemäß gehandelt habe, und geleitet von dem Wunsche, durch einen internationalen Act die Rechte und Pflichten zu bestimmen, welche aus der für die untere Donau festgestellten neuen Ordnung für alle dabei Interessirten, und namentlich für alle Flaggen, welche die Schifffahrt auf diesem Flusse betreiben, entspringen, zu ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen den Baron Heinrich Offenberg, Seinen Staatsrath und General-Consul in den vereinigten Fürstenthümern, Ritter des Ordens des heil. Wladimir dritter Klasse, der heil. Anna und des heiligen Stanislaus zweiter Klasse, Ritter des Ordens des heil. Johann von Jerusalem und verschiedener ausländischer Orden;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, den Herrn Ritter Alfred v. Kremer, Seinen Consul für das Littorale der unteren Donau, Inhaber des Kaiserlich türkischen Medschidi-Ordens vierter Klasse;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen den Herrn Eduard Engelhardt, Seinen Consul erster Klasse, Ritter des Kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion;

Ihre Majestät die Königin der vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland den Herrn John Stokes, Major des Königlich Ingenieur-Corps, Inhaber des Kaiserlich türkischen Medschidie-Ordens vierter Klasse ic.;

Seine Majestät der König von Italien den Cavalier Hannibal Strambio, Seinen politischen Agenten und General-Consul in den vereinigten Fürstenthümern, Commandeur des Königlich Ordens des heil. Mauritius und des heil. Lazarus;

Seine Majestät der König von Preußen den Hrn. Julius Alexander Aloys Saint-Pierre, Ritter des Königlich Ordens des rothen Adlers dritter Klasse mit der Schleife und des dänischen Dannebrog-Ordens, Offizier des Königlich belgischen Leopold-Ordens, Ritter des Kaiserlich russischen Ordens der heil. Anna zweiter Klasse, Commandeur des Königlich sächsischen Albert-Ordens zweiter Klasse und des sächsischen Ordens der Ernestinischen Linie, Seinen wirklichen Legationsrath, politischen Agenten und General-Consul in den vereinigten Fürstenthümern;

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen Ahmet-Rassim-Pascha, Würdenträger vom Range eines Merimiran, Seinen Gouverneur der Provinz Tultscha, Inhaber des Kaiserlich türkischen Medschidie-Ordens dritter Klasse;

Welche Bevollmächtigte nach gegenseitiger Mittheilung ihrer Vollmachten, welche in gehöriger Form befunden wurden, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

## Titel I.

**Bestimmungen, welche die materiellen Bedingungen der Schifffahrt betreffen.**

### Artikel 1.

Alle in Erfüllung des Artikel 16 des Pariser Tractats vom 30. März 1856 ausgeführten Arbeiten und Einrichtungen mit allen ihren Accessorien und Dependenzen werden fortan ausschließlich den Bedürfnissen der Donauschifffahrt gewidmet bleiben, und kann diese ihre Bestimmung niemals und unter keinem Vorwande abgeändert werden; daher sind sie durch das internationale Recht garantirt und unter dessen Schutz gestellt.

Die europäische Donau-Commission oder diejenige Autorität, welche an ihre Stelle tritt, wird ohne jedwede fremde Gemischung damit betraut sein, zum Nutzen der Schifffahrt diese Arbeiten und Einrichtungen zu verwalten, über ihre Erhaltung und Bewahrung zu wachen und ihnen diejenige Entwicklung zu geben, welche die Erfordernisse der Schifffahrt verlangen können.

### Artikel 2.

Der europäischen Commission oder derjenigen Autorität, welche an ihre Stelle tritt, bleibt das ausschließliche Recht vorbehalten, alle diejenigen Arbeiten zu bestimmen und auszuführen, welche für nothwendig erachtet werden, falls es beschlossen werden sollte, die im Sulina-Arme und in der Sulina-Mündung bisher getroffenen provisorischen Verbesserungen in definitive umzuwandeln, sowie auch die Seitendämme dieser Mündung allmählig zu verlängern, in dem Maße, als der Zustand des Passes solches erfordern wird.

### Artikel 3.

Der gedachten europäischen Commission bleibt es vorbehalten, zur Verbesserung der Mündung und des Arms des heil. Georg zu schreiten, welche nach allgemeiner Uebereinstimmung beschlossen und gegenwärtig nur zeitweilig aufgeschoben ist.

### Artikel 4.

Die hohe Pforte verpflichtet sich, in Zukunft, wie bisher, der europäischen Commission oder derjenigen Autorität, welche an ihre Stelle tritt, jegliche Hilfe und Beistand, deren sie zur Ausführung der technischen Arbeiten bedürfen könnte, und überhaupt in Allem, was die Erledigung des ihr auferlegten Auftrags betreffen wird, zu erweisen. Sie wird darüber wachen, daß die Ufer der Donau von Sfaktscha bis zum Meere von allen Bauten, Dienstbarkeiten und anderen Hindernissen irgend welcher Art befreit bleiben, und wird, wie bisher, der Commission im Hafen von Sulina das linke Ufer, vom Anfange des nördlichen Dammes an in einer Ausdehnung von 760 Metres stromaufwärts und in einer Breite von 150 Metres vom Ufer, unter der Bedingung der Entrichtung der jährlichen Abgaben, denen Ländereien in der Türkei unterliegen, zur Verfügung stellen.

Außerdem willigt sie ein, ein passendes Stück Land auf dem rechten Ufer für diejenigen Bauten abzutreten, welche die gedachte Commission oder die Autorität, welche an ihre Stelle tritt, für die Erfordernisse des Sulina-Hafens, für ein Seehospital und für andere Bedürfnisse der Administration aufzuführen für nützlich erachtet.

### Artikel 5.

Falls die europäische Commission sich des im Artikel 3 angegebenen Rechts bezüglich der Verbesserung der Mündung und des Arms des heil. Georg bedient, willigt die hohe Pforte ein, dieser Commission, sobald die Nothwendigkeit es erfordert, diejenigen zu den Staats-Domänen gehörigen Ländereien und Plätze zur Verfügung zu stellen, welche vorher als zur Ausführung der Bauwerke und zur Placirung der Anstalten, die in Folge oder zur Vervollständigung der gedachten Verbesserung aufgeführt werden müssen, als nöthig bezeichnet und bestimmt worden sind.

### Artikel 6.

Hierbei versteht es sich, daß auf keinem Ufer des Flusses im Sulina- und Georg-Hafen, weder von der Territorial-Autorität, noch von irgend welchen Handels- und Schifffahrts-Compagnien oder Gesellschaften, noch von Privatpersonen irgend welche Landungsplätze, Quais oder andere ähnliche Etablissements errichtet werden können, deren Pläne nicht vorher der europäischen Commission vorgestellt und von ihr als mit dem allgemeinen Project der Quais übereinstimmend und als der Wirksamkeit der zur Verbesserung der Mündungen aufgeführten Bauten in keiner Weise hinderlich erkannt worden sind.

## Titel II.

### Bestimmungen, betreffend die Regelung der Schifffahrts-Verwaltung.

#### § 1.

#### Bestimmungen im Allgemeinen.

#### Artikel 7.

Die Schifffahrt in den Donaumündungen wird nach dem von der europäischen Commission unterm heutigen Datum festgesetzten Reglement über die Schifffahrt und die Polizei, welches dem gegenwärtigen Acte sub Litt. A beigelegt ist und dieselbe Kraft und Wirksamkeit haben soll, als wenn es einen integrierenden Theil dieses Actes ausmache, verwaltet.

Es versteht sich von selbst, daß dieses Reglement Gesetzeskraft hat nicht nur in Allem, was die Flußpolizei betrifft, sondern auch für Entscheidungen von Civilstreitigkeiten, welche aus dem Schifffahrtsgewerbe entstehen.

#### Artikel 8.

Die Schifffahrt auf der unteren Donau steht unter der Verwaltung und Aufsicht des Ober-Inspectors der unteren Donau und des Sulinaschen Portcapitains.

Diese zwei Beamten, welche von der hohen Pforte ernannt werden, müssen sich in allen ihren Handlungen nach dem Reglement richten, dessen Anwendung ihnen übertragen ist, und für dessen genaue Beobachtung sie einen Eid leisten. Die von ihrer Autorität ausgehenden Entscheidungen werden im Namen Seiner Majestät des Sultans gefällt. Falls durch die europäische Commission oder die permanente Ufer-Commission ein Vergehen oder eine Verletzung des Reglements über die Schifffahrt und die Polizei entdeckt wird, das von irgend einem der gedachten Beamten begangen worden ist, hat sie sich an die hohe Pforte wegen Absetzung des Schuldigen von seinem Amte zu wenden.

Wenn die hohe Pforte für nöthig erachtet, eine neue Untersuchung der von der Commission bereits constatirten Umstände zu veranstalten, so hat diese letztere das Recht, sich an dieser neuen Untersuchung durch einen Delegirten zu betheiligen, und wenn darauf die Schuld des Angeklagten in gehöriger Weise erwiesen ist, wird die hohe Pforte unverzüglich Maßregeln zur Ersetzung desselben durch eine andere Person treffen.

Mit Ausnahme des im vorhergehenden Punkte bezeichneten Falles können der Ober-Inspector und der Sulinasche Portcapitain nur auf ihr eigenes Ansuchen oder nach Uebereinkunft der hohen Pforte mit der europäischen Commission von ihren Aemtern entfernt werden.

Diese Beamten werden auf diese Weise beide ihre Aemter unter Aufsicht der europäischen Commission verwalten.

Der Ober-Inspector, der Sulinasche und der Tultschasché Portcapitain und die Aufseher (welche von dem Ober-Inspector abhängen) erhalten Gehalt von der Ottomanischen Regierung.

Sie müssen aus dazu geeigneten Personen gewählt werden.



### Artikel 9.

In Uebereinstimmung mit den in der Wiener Congreßacte ausgedrückten Principien, welche durch den Artikel 15 des Pariser Tractats bestätigt sind, erstreckt sich die Autorität des Ober-Inspectors und des Sulinaschen Portcapitains auf alle Flaggen ohne Unterschied.

Dem Ober-Inspector ist hauptsächlich die Verwaltung der Flusspolizei unterhalb Isaktscha, jedoch nicht im Sulina-Hafen übertragen, ihm sind einige Aufseher, welche auf die einzelnen Flußtheile seines Ressorts vertheilt sind, zur Hilfe beigegeben.

Dem Sulinaschen Portcapitain ist die Polizei im Sulina-Hafen und auf der äußeren Rhede von Sulina anvertraut.

Eine nach allgemeiner Uebereinkunft festgesetzte Special-Instruction wird den Wirkungskreis des Ober-Inspectors und des Sulinaschen Portcapitains in den Details regeln.

### Artikel 10.

Die Capitaine aller Rauffahrteischiffe, ohne Unterschied der Nationalität, sind verpflichtet, sich den ihnen kraft des Reglements über die Schifffahrt und die Polizei vom Ober-Inspector und dem Sulinaschen Portcapitain ertheilten Befehlen zu unterwerfen.

### Artikel 11.

Die Erfüllung des Reglements über die Schifffahrt und die Polizei wird außerdem, gleichwie die Anwendung des Tarifs, von welchem der Artikel 13 und die folgenden Artikel des gegenwärtigen Acts handeln durch die coercitive Mitwirkung der in den Donaumündungen kraft des Artikels 19 des Pariser Tractats stationirten Kriegsfahrzeuge sicher gestellt.

Jede dieser Seestationen hat eine coercitive Gewalt hinsichtlich ihrer nationalen und derjenigen Fahrzeuge, deren Flaggen ihrem Schutze in Grundlage von Tractaten oder Gewohnheiten oder kraft einer allgemeinen oder Special-Vollmacht anvertraut sind.

Falls sich am Orte kein Kriegsfahrzeug befindet, welches das Recht der Intervention hat, können sich die die Flusspolizei verwaltenden Autoritäten an die Kriegsfahrzeuge der Territorial-Herrschaft um Beistand wenden.

### Artikel 12.

Hierbei versteht es sich, daß das dem gegenwärtigen Acte beigefügte Reglement über die Schifffahrt und die Polizei Gesetzeskraft für alle Zeit behält, so lange nicht durch gemeinsames Uebereinkommen die im Artikel 17 des Pariser Tractats vorgesehenen Reglements festgestellt und in Kraft gesetzt worden sind.

In gleicher Weise werden die oben in den Artikeln 8, 9 und 10 enthaltenen Bestimmungen in Kraft bleiben, so weit sie die Rechte und Pflichten des Ober-Inspectors betreffen.

### § 2.

#### Vom Tarif der Schifffahrts-Abgaben.

### Artikel 13.

Durch den Artikel 16 des Pariser Tractats ist der europäischen Commission das Recht ertheilt worden, der Schifffahrt Abgaben in dem zur Deckung der

Ausgaben für die oberwähnten Bauwerke und Anstalten erforderlichen Beträge aufzulegen; und da die Commission sich dieses Rechts bedient hat, indem sie den Tarif vom 25. Juli 1860 aufstellte, welcher am 7. März 1863 revidirt worden ist, und dessen Einnahmen ihr die nothwendigen Mittel zur Beendigung der Sulina-Arbeiten geboten haben, wird durch den gegenwärtigen Act definitiv festgesetzt, daß der oberwähnte Tarif, dessen Bestimmungen jetzt ergänzt worden sind, auch für die Zukunft obligatorisch bleibt.

Zu diesem Behuf ist der gedachte Tarif diesem Act sub Litt. B angehängt worden und soll er dieselbe Kraft und Wirksamkeit haben, als ob er einen integrierenden Theil dieses Acts ausmächte.

#### Artikel 14.

Die Einnahme aus den Abgaben wird bestimmt:

1) Vor Allem und hauptsächlich zur Deckung der von der europäischen Commission schon gemachten Anleihen und derjenigen, die sie in Zukunft zur Beendigung der Arbeiten zur Verbesserung der Donaumündungen noch kontrahiren könnte.

2) Zur Deckung der Ausgaben für die Verwaltung und den Unterhalt der Bauwerke und Anstalten.

3) Zur Tilgung der der Commission von der hohen Pforte gemachten Vorschüsse; diese Tilgung wird gemäß einer besonderen Abmachung, welche am heutigen Datum diesbezüglich zwischen der europäischen Commission und dem Bevollmächtigten Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans getroffen worden ist, stattfinden.

Der Ueberschuß dieser Einnahmen, falls sich ein solcher ergibt, ist zur Deckung derjenigen Ausgaben zu asserviren, welche zur Fortsetzung der Sulina-Dämme und zur Ausführung anderer solcher Arbeiten, welche die europäische Commission oder die an ihre Stelle tretende Autorität in der Folge für nützlich erachtet, erforderlich sein können.

Hierbei wird übrigens ausdrücklich festgesetzt, daß kein Theil der aus der Abgabenerhebung von den Seefahrzeugen oder aus den auf die erwähnten Abgaben gemachten Anleihen gewonnenen Summen zur Deckung der Ausgaben für die Arbeiten oder die Verwaltung, die sich auf irgend einen oberhalb Isaktscha belegenen Theil des Flusses beziehen, verwandt werden kann.

#### Artikel 15.

Nach je fünf Jahren werden, um die der Schifffahrt auferlegten Abgaben, wenn solches möglich, zu vermindern, die Bevollmächtigten der Mächte, die den oberwähnten Tarif festgestellt haben, die Bestimmungen desselben einer Revision unterworfen, und wird der Betrag der Abgaben in soweit als möglich reducirt werden, jedoch unter Conserpirung der als nothwendig erkannten Durchschnittseinnahme.

#### Artikel 16.

In Bezug auf den Modus der Abgabenerhebung und der Verwaltung der Sulina-Schifffahrts-Kasse haben wie bisher die gegenwärtig geltenden Bestimmungen zur Richtschnur zu dienen.

Der der Abgabenerhebung vorstehende Beamte wird von der europäischen Commission oder der Autorität, die an ihre Stelle treten wird, mit absoluter

Stimmenmehrheit erwählt und sein Amt unter unmittelbarer Leitung derselben verwalten.

Die allgemeine Controle der Rassenoperationen wird von einem besonderen Beamten, dessen Ernennung von der Ottomanischen Regierung abhängen wird, ausgeführt.

In den officiellen Zeitungen der verschiedenen an der Sache beteiligten Mächte wird alljährlich die ausführliche Bilanz der Operationen der Schifffahrts-Kasse, sowie ein Verschlag über die Vertheilung und Verwendung der nach dem Tarif erhobenen Abgaben publicirt werden.

#### Artikel 17.

Da die Haupt-Verwaltung der Leuchtthürme des Ottomanischen Reichs es übernommen hat, die Ausgaben für die Beleuchtung, die Verwaltung und die Unterhaltung der Leuchtthürme, welche das System der Beleuchtung der Donau-Mündungen bilden, zu bestreiten, so wird ein den Leuchtthurms-Abgaben entsprechender Theil der allgemeinen Summe der in Sulina erhobenen Abgaben der gedachten Verwaltung übergeben werden; dabei versteht es sich jedoch, daß diese Abgaben hinsichtlich der schon bestehenden Leuchtthürme und derjenigen, deren Errichtung in der Folge für nützlich erachtet werden sollte, durchaus keine andere Bestimmung, als die der Deckung der wirklich gemachten Ausgaben haben können.

#### § 3.

#### Von den Quarantainen.

#### Artikel 18.

Die Quarantaine-Regeln, welche auf die Donaumündungen anzuwenden sind, müssen wie bisher durch den in Constantinopel errichteten obersten Medicinal-Rath, in welchem die verschiedenen bei der hohen Pforte accreditirten auswärtigen Gesandtschaften durch Delegirte vertreten sind, festgesetzt werden.

Diese Regeln müssen der Art festgesetzt sein, daß in ihnen in einem gerechten Maße der Zweck der Erhaltung der öffentlichen Gesundheit mit den Bedürfnissen des Seehandels im Einklange ist; sie müssen sich nach Möglichkeit auf die in den nachfolgenden Artikeln 19 und 20 angegebenen Principien gründen.

#### Artikel 19.

Die die Donau hinuntergehenden Fahrzeuge werden von allen Quarantaine-Maßregeln befreit, desgleichen werden auch die von der See kommenden Fahrzeuge von denselben befreit, so lange im Orient keine Pest herrscht; diese Fahrzeuge sind nur verpflichtet, ihre Gesundheitszeugnisse den Obrigkeiten derjenigen Häfen vorzuweisen, in welche sie einlaufen.

#### Artikel 20.

Wenn sich im Orient die Pest zeigt und es für nothwendig erachtet wird, Quarantaine-Maßregeln auf der unteren Donau zu ergreifen, so kann die Sulina-Quarantaine wiederhergestellt werden; die von der See kommenden Fahrzeuge sind in solchen Fällen verpflichtet, in Sulina die Quarantaine-Formalitäten zu erfüllen, und wenn die Pest nicht in die Provinzen der europäischen Türkei eingebrungen ist, so können sie keinen anderweitigen Quarantaine-Maßregeln bei ihrer weiteren Fahrt stromaufwärts unterworfen werden.

Wenn dagegen aber die Pest in eine oder mehrere der an der Donau gelegenen Provinzen gedungen ist, so werden dort, wo solches nothwendig erscheint, auf dem Theile des Flusses, welcher durch türkisches Gebiet fließt, Quarantaine-Anstalten errichtet werden.

### Titel III.

#### Neutralität.

##### Artikel 21.

Die Bauwerke und Anstalten aller Art, welche von der europäischen Commission oder der Autorität, die an ihre Stelle treten wird, in Erfüllung des Artikels 16 des Pariser Tractats errichtet worden sind, namentlich die Sulinasche Schifffahrts-Kasse — und diejenigen Bauwerke und Anstalten, welche in der Folge von ihr errichtet werden könnten, werden die im Artikel 11 des gedachten Tractats festgesetzte Neutralität genießen und im Kriegsfalle für alle kriegsführenden Theile gleich unverleßlich sein.

Der Genuß dieser Neutralität mit allen aus ihr entspringenden Verpflichtungen erstreckt sich auf die General-Inspection der Schifffahrt, auf die Verwaltung des Sulina-Hafens, auf den Personalbestand der Schifffahrts-Kasse und des Seehospitals und endlich auf die Techniker, denen die Aufsicht über die Bauten anvertraut ist.

##### Artikel 22.

Der gegenwärtige Act wird ratificirt werden; jeder der hohen contrahirenden Theile wird nur ein einziges Exemplar ratificiren und die Ratificationen werden im Laufe zweier Monate oder, wenn möglich, früher der Canzellei des Kaiserlichen Divans in Konstantinopel zur Aufbewahrung übergeben werden.

Zur Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten der contrahirenden Mächte denselben unter Beidrückung ihrer Siegel unterschrieben.

So geschehen zu Galatz, am zweiten Tage des November im Jahre eintausend achthundert fünf und sechzig.

(L. S.) Unterz. Dffenberg.

(L. S.) Unterz. A. v. Kremer.

(L. S.) Unterz. Gd. Engelhardt.

(L. S.) Unterz. J. Stokes.

(L. S.) Unterz. Strambio.

(L. S.) Unterz. Saint-Pierre.

(L. S.) Unterz. Achmet-Rassim.

---

# Reglement

über die Schifffahrt und die Polizei auf der unteren Donau.

## Allgemeine Regeln.

### Artikel 1.

Die Schifffahrt auf der unteren Donau unterhalb Isaktscha steht unter der Verwaltung des Ober-Inspectors der Schifffahrt auf der unteren Donau und des Sulinaschen Portcapitains.

Diese beiden Beamten fungiren unter der Aufsicht der europäischen Donau-Commission; ihre Autorität erstreckt sich über alle Fahrzeuge ohne Unterschied der Flagge.

### Artikel 2.

Die Erfüllung der für die Schifffahrt auf der unteren Donau festgesetzten Regeln wird auch noch durch die coercitive Mitwirkung der in den Mündungen kraft des Artikels 19 des Pariser Tractats stationirten Kriegsfahrzeuge sicher gestellt.

Jede Seestation hat eine Coercitiv-Gewalt in Bezug auf ihre nationalen und diejenigen Fahrzeuge, deren Flagge ihrem Schutze entweder in Grundlage von Tractaten oder Gewohnheiten oder kraft einer allgemeinen oder Special-Vollmacht anvertraut ist.

Falls sich an dem Orte kein Kriegsfahrzeug befindet, welches das Recht der Intervention besitzt, können sich die die Flußpolizei verwaltenden Autoritäten an die Kriegsfahrzeuge der Territorialmacht um Beistand wenden.

### Artikel 3.

Dem Ober-Inspector ist speciell die Verwaltung der Polizei auf der unteren Donau, jedoch nicht im Sulina-Hafen, übertragen.

Ihm sind einige Aufseher zur Hilfe beigegeben, welche sich auf die einzelnen Flußabtheilungen seines Ressorts vertheilen.

### Artikel 4.

Dem Sulinaschen Portcapitain ist die Polizei im Sulina-Hafen und auf der äußeren Rhede von Sulina anvertraut.

### Artikel 5.

Die Capitaine der Rauffahrteischiffe sind ohne Unterschied der Nationalität verpflichtet, sich den ihnen kraft dieses Reglements vom Ober-Inspector und dem Sulinaschen Portcapitain erteilten Befehlen zu unterwerfen.

Desgleichen sind sie verpflichtet denselben, falls sie es verlangen, ihre Namen, Nationalität und die Namen ihrer Fahrzeuge aufzugeben und ihre Schiffsrollen vorzuweisen, unabhängig von der Beobachtung der unten in den Art. 10, 17 und 65 festgesetzten Regeln.

Eine von der Commission entworfene Special-Instruction regelt den Wirkungskreis des Ober-Inspectors und des Capitains in seinen Details.

## Artikel 6.

Unabhängig von den richterlichen Functionen, die ihnen in den Art. 79 und 107 dieses Reglements bestimmten Fällen übertragen sind, untersuchen und entscheiden der Ober-Inspector und der Sulinasche Portcapitain summarisch die Streitigkeiten zwischen den Capitainen und ihren Mannschaften, wobei sie zwei Capitaine der Nationalität der Streitenden oder, falls keine solche vorhanden sind, zwei andere Capitaine zur Assistenz auffordern. Diese Pflicht üben sie jedoch nur in denjenigen Fällen aus, wenn einer der streitenden Theile ihre Vermittelung in Anspruch nimmt und wenn sich am Orte keine andere competente Autorität befindet.

# Titel I.

## Von der Polizei, der Rhede und des Hafens von Sulina.

### Capitel I.

#### Von der Polizei der Sulinaschen Rhede.

##### Artikel 7.

Die Sulinasche Rhede umfaßt die Ausdehnung des Meeres in einem Umkreise von zwei Seemeilen um den Kopf des nördlichen Dammes.

##### Artikel 8.

Jedes auf der Sulinaschen Rhede vom Meere eintreffende Fahrzeug ist verpflichtet seine Nationalflagge aufzuziehen.

##### Artikel 9.

Wenn ein Fahrzeug auf der Rhede bleibt, um seine Ladung einzunehmen oder zu löschen, so hat es sich nichts desto weniger den Anordnungen des Sulinaschen Portcapitains und seiner Unterbeamten in Allem, was die Schifffahrtspolizei betrifft, zu unterwerfen.

Es ist namentlich verpflichtet, sich den in Titel V dieses Reglements enthaltenen Regeln hinsichtlich der Lichterfahrzeuge zu unterwerfen.

##### Artikel 10.

Jedes Fahrzeug ist verpflichtet, auf der ihm vom Sulinaschen Lootsen-Reltesten oder dessen Gehilfen bezeichneten Stelle vor Anker zu legen.

Hierauf muß der Capitain oder dessen Gehilfe sich im Verlauf von 24 Stunden im Comptoir des Portcapitains zur Vorstellung seiner Schiffspapiere melden.

##### Artikel 11.

Den Schaluppen der auf der Schiffrhede ankernden Fahrzeuge ist es verboten, während der Nacht in das Fahrwasser des Hafens zu kommen oder im Hafen ohne eine brennende Laterne umherzufahren.

### Capitel II.

#### Von der Polizei des Sulina-Hafens.

##### Artikel 12.

Der Sulina-Hafen begreift den Sulina-Arm in einer Ausdehnung von drei Seemeilen vom Eingange des Passes in sich, der durch die Köpfe der an der Mündung erbauten Dämme gebildet wird.

### Artikel 13.

Kein Segel- oder Dampfschiff von mehr als sechszig Tonnen, gleichviel ob es vom Meere oder Flusse kommt, kann die Sulina-Durchfahrt passiren, ohne einen von der örtlichen Verwaltung patentirten Lootsen an Bord zu haben.

Diese Regel ist übrigens nicht für die regelmäßige Fahrten machenden Dampfschiffe verpflichtend, denen es gestattet ist, sich ihrer eigenen Lootsen zu bedienen. Die Organisation des Lootsenwesens ist durch besondere im Titel IV dieses Reglements enthaltenen Regeln bestimmt.

### Artikel 14.

Kein Fahrzeug kann in den Sulina-Hafen einlaufen oder denselben verlassen, ohne seine Nationalflagge aufzuhissen.

Die Hafen-Obrigkeit wird keinem Fahrzeuge gestatten, ohne Flagge zu passiren.

### Artikel 15.

Wenn der Portcapitain bei einem Sturme das Fahren im Sulina-Fahrwasser für unmöglich erachtet, so wird eine blaue Flagge auf dem Leuchtturm aufgezogen, welche anzeigt, daß die Lootsen der Verwaltung nicht auf die Rhebe hinausfahren können.

### Artikel 16.

An beiden Eingängen des Hafens ist eine Brandwache stationirt.

Die Schiffer werfen die Anker an die ihnen von den Chefs der Brandwachen bezeichneten Stellen aus.

### Artikel 17.

Darauf müssen sie sich im Verlauf von 24 Stunden im Comptoir des Portcapitains zur Vorweisung ihrer Schiffspapiere melden.

Desgleichen sind sie, mit Ausnahme der Capitaine der Post-Dampfschiffe und derjenigen, welche regelmäßige Fahrten machen, verpflichtet, ihre Papiere dem die Sulina-Schiffahrtskasse verwaltenden Beamten zu präsentiren, welcher auf die Schiffsrolle eines jeden in die Donau einlaufenden Fahrzeugs, welches auch sein Tonnengehalt sein möge, einen Stempel drückt, der die Worte enthält: „Europäische Donau-Commission. Sulina-Schiffahrtskasse“ und das Jahr, den Monat und den Tag, sowie die laufende Nummer angiebt. Vor dem Auslaufen des Fahrzeugs aus dem Hafen wird dieser Stempel durch Aufdrückung eines Löschstempels (griffe) vernichtet.

Wenn Fahrzeuge sich in Sulina nicht länger als 24 Stunden aufhalten, so werden die Schiffspapiere nach Erfüllung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten dem Capitain unverzüglich zurückgegeben; im entgegengesetzten Falle bleiben sie beim Portcapitain, welcher sie, falls nöthig, nach Erlegung der Schiffs-Abgaben und nach Einzahlung oder Deponirung der kraft dieses Reglements auferlegten Geldstrafen, der betreffenden Consular-Autorität übergiebt; mit Ausnahme dieses Falls muß die Schiffsrolle sich beständig am Bord des Fahrzeugs befinden.

### Artikel 18.

Sobald die Fahrzeuge vor Anker gegangen sind, müssen sie sich durch Taue an die längs der beiden Ufer hierzu hergerichteten Pfähle oder an andere schon vor Anker liegende Fahrzeuge befestigen.

#### Artikel 19.

Sie entfernen ihren Fockmast und alle hervorragenden Hölzer, welche in keinem Falle zur Befestigung der Schaluppen dienen sollen.

Während der ganzen Zeit, daß sie vor Anker liegen, müssen die Raaen dem Fahrzeuge entlang gebraßt bleiben.

#### Artikel 20.

Den Fahrzeugen der kleinen Cabotage, sowie den Lichterfahrzeugen ist es verboten, während der Nacht im Hafen umherzufahren.

Die Schaluppen, welche zum Hafen oder zu Rauffahrteischiffen gehören, dürfen nicht ohne brennende Laterne während der Nacht ihren Platz verändern.

#### Artikel 21.

Es ist verboten, innerhalb des Hafens auf den Fahrzeugen Theer oder Pech zu siedeln.

Die Capitaine sind verpflichtet, darauf zu wachen, daß auf ihren Fahrzeugen keine andere Beleuchtung als durch Glaslampen oder Laternen gebraucht werde.

### Capitel III.

#### Allgemeine Bestimmungen für die Rhede und den Hafen von Sulina.

#### Artikel 22.

Der Artikel 164 dieses Reglements, durch welchen es verboten wird Ballast an anderen als an den dazu bestimmten Orten auszuwerfen, bezieht sich namentlich auf die Sulinasche Rhede und den Sulinaschen Hafen im engeren Sinne.

#### Artikel 23.

Ohne Erlaubniß des Portcapitains ist es verboten, im Hafen und auf der äußeren Rhede zurückgelassene Anker, Ketten und andere Gegenstände zu haben.

#### Artikel 24.

Wenn irgend ein Fahrzeug auf den Strand geräth oder Schiffbruch oder Havarie erleidet, so muß der Sulinasche Portcapitain unaufhältliche Hilfe leisten, um Ladung, Fahrzeug und Tafelwerk zu retten und die allgemeinen Interessen der Schifffahrt zu wahren.

Darauf enthält er sich weiterer Anordnungen hinsichtlich der Bergung und übersendet alle von ihm aufgenommenen Acten der nächsten competenten Obrigkeit.

## Titel II.

### Von der Fluß - Polizei.

#### Capitel I.

#### Allgemeine Regel.

#### Artikel 25.

Jeder Capitain oder Patron eines Segel- oder Dampffahrzeuges, welches auf der Fahrt oder vor Anker oder am Ufer befestigt ist, ist verpflichtet, darauf



zu achten, daß sein Fahrzeug weder eine Störung der Schifffahrt, noch eine Beschädigung der übrigen Fahrzeuge oder der Treppen, Bojen, Signale, Leinpfade und anderer der Schifffahrt dienender und sich im Flusse oder an den Ufern befindender Gegenstände verursache; mit gleicher Sorgfalt muß er auch sein eigenes Fahrzeug schützen.

Die im Sulina-Arme fahrenden oder liegenden Fahrzeuge sind verpflichtet, ihre Anker an den Ankerbalken frei hängen zu lassen, ohne sie an den Bord zu befestigen.

Für die Führer von Holzflößen gelten dieselben Vorsichtsmaßregeln, wie für die der Fahrzeuge. Der Tiefgang der Holzflöße, welche den Sulina-Arm herabkommen, muß mindestens einen englischen Fuß weniger betragen, als der Wasserstand auf der flachsten Sandbank des gedachten Arms beträgt, in keinem Falle aber dürfen sie einen Tiefgang von mehr als 12 englische Fuß haben.

## Capitel II.

### Regeln für Fahrzeuge, die sich begegnen oder überholen,

#### Artikel 26.

Im Allgemeinen ist es einem Fahrzeuge verboten, ein anderes, das mit ihm in gleicher Richtung fährt, zu überholen und zweien, die sich begegnen, einander an solchen Stellen, wo das Fahrwasser keine hinreichende Breite hat, vorbei zu fahren.

#### Artikel 27

Kein Fahrzeug darf den Cours eines anderen so durchschneiden, daß es den Lauf desselben hindern könnte.

Wenn einem Fahrzeuge, welches stromauf fährt, ein anderes stromab gehendes an einer Stelle begegnet, die nicht die gehörige Breite zum Ausweichen bietet, so muß das erstere unterhalb der Passage stehen bleiben und warten, bis das andere ihm vorübergegangen ist; wenn ein stromauf gehendes Fahrzeug sich zur Zeit der Begegnung schon auf einer engen Passage befindet, so muß das stromab gehende den Anker, welchen es beständig am Hintertheil zu haben verpflichtet ist, auswerfen und oberhalb der Passage anhalten, bis der Weg frei ist.

#### Artikel 28.

Dampfschiffe dürfen an engen Stellen sich den ihnen voranfahrenden Fahrzeugen nicht allzusehr nähern.

#### Artikel 29.

Wenn zwei Dampf- oder Segelfahrzeuge sich bei günstigem Winde begegnen, indem sie einen entgegengesetzten Cours einhalten, so muß das stromauf fahrende das linke, das stromab fahrende aber das rechte Ufer halten, so daß sie sich gegenseitig Steuerbord, wie es auf der See Brauch ist, vorbeigehen.

Ebenso soll es gehalten werden, wenn ein Dampfer einem Segelfahrzeuge, welches mit günstigem Winde segelt, begegnet.

Der Capitain oder Patron, welcher von diesen Regeln abweicht, muß im Falle einer Havarie beweisen, daß es ihm nicht möglich gewesen ist sie zu beobachten, widrigenfalls er der Verantwortung vor dem competenten Gerichte für vorgekommene Unglücksfälle unterliegt.

Unabhängig davon ist er verpflichtet, die unten, Artikel 31 und 32, vorgeschriebenen Signale zu geben.

Wenn zwei Dampfer zu gleicher Zeit dasselbe Signal geben, so ist das Signal des stromab gehenden Dampfschiffes für das andere bindend.

#### Artikel 30.

Wenn zwei Dampfer, welche einen entgegengesetzten Cours halten, an eine Stelle kommen, wo der Fluß eine Biegung macht, so müssen beide gegenseitig die in den Artikeln 31 und 32 vorgeschriebenen Signale geben; und der Dampfer, welcher sich stromabwärts befindet, muß anhalten und warten, bis der andere passirt ist.

#### Artikel 31.

Wenn ein Dampfer einen andern, der vor ihm fährt und den gleichen Cours hält, überholen will, so muß er, bevor er sich demselben auf eine kurze Distanz nähert, ein desfallsiges Signal durch fünf Glockenschläge oder fünfmaliges Pfeifen und durch Schwenken einer Handflagge auf dem Vorder-Castell geben oder am Tage eine blaue Flagge, Nachts aber eine brennende Laterne mit weißem Glase bis zum halben Maste aufziehen. Auf diese Signale biegt der vorausgehende Dampfer nach links und giebt auf diese Weise dem nachfolgenden, welcher rechts zu halten hat, den Weg frei; sobald der hintere Dampfer sich dem vorderen oder dem Schiffe des von ihm bugirten Convois bis auf eine halbe Schiffslänge nähert, muß der vordere seinen Lauf während der ganzen Zeit, bis der andere vorübergegangen ist, mäßigen.

#### Artikel 32.

Wenn ein Segelfahrzeug, das ein besserer Segler ist, ein anderes einholt und es überholen will, muß es zeitig das desfallsige Signal geben, indem es das vordere anruft, welches verpflichtet ist, es auf der Windseite vorbeizulassen.

Wenn ein Dampfer ein Segelfahrzeug, das mit ihm einen gleichen Cours hält, überholen will, so muß er, bevor er sich ihm auf eine kurze Distanz nähert, die im Artikel 31 vorgeschriebenen Signale geben und dann an der Windseite des Segelfahrzeugs vorbeifahren.

#### Artikel 33.

Dampfer, welche stromab gehen, müssen an den Stellen, wo der Fluß starke Biegungen macht, ihren Lauf mäßigen und so lange mit verminderter Geschwindigkeit fahren, bis es möglich ist, vom Hintertheile des Dampfers die Passage der Länge nach zu übersehen. Wenn ein Dampfer Fahrzeuge erblickt, die schon in die Krümmung eingetreten sind, so muß er sie durch einmaliges Pfeifen von seiner Annäherung benachrichtigen.

#### Artikel 34.

Jeder Dampfer, welcher stromauf oder stromab gehend Fahrzeugen, die abtreiben, begegnet, ist verpflichtet, ihnen auszuweichen.

Das abtreibende Fahrzeug muß seinerseits bei der Begegnung mit anderen Segel- oder Dampfsfahrzeugen sich parallel dem Ufer halten, um so wenig als möglich ihre Passage zu hindern.

### Artikel 35.

Fahrzeuge, welche laviren, müssen darauf achten, in ihren Schwenkungen nicht in den Cours der Dampfer zu treten.

### Artikel 36.

Die Capitaine und Patrone schwer beladener Fahrzeuge oder solcher, die weniger als sechszig Tonnen halten, sind verpflichtet, sich so viel als möglich aus dem Cours der ihnen begegnenden oder sie einholenden Dampfer zu halten.

Die Capitaine der Dampfer müssen ihrerseits, wenn sie in geringer Entfernung den im vorhergehenden Alinea gedachten Fahrzeugen vorüberfahren, den Gang der Maschinen mäßigen oder sogar, im Falle einer Gefahr für die bezeichneten Fahrzeuge, vollständig hemmen, falls sie dies ohne ihr eigenes Schiff oder die von ihnen bugsirten Fahrzeuge zu gefährden, irgend thun können.

### Artikel 37.

Bei Beobachtung der oben in den Artikeln 26 bis 36 enthaltenen Regeln müssen die Fahrzeuge auch den Gefahren der Schifffahrt und den besonderen Umständen Rechnung tragen, welche eine Abweichung von diesen Regeln zur Vermeidung einer unmittelbar drohenden Gefahr erforderlich machen können.

## Capitel III.

### Regeln für das Bugfiredampfen von Fahrzeugen.

### Artikel 38.

Die Capitaine und Führer von Bugfir-Dampfern, dieselben mögen mit einem Convoi am Schlepptau oder ohne ein solches fahren, sind verpflichtet, alle oben angegebenen Regeln zu beobachten, insbesondere aber müssen sie sich den in den Artikeln 31, 32 und 33 vorgeschriebenen Regeln, im Falle ein Convoi einen anderen überholen will, unterwerfen; mit Ausnahme dieses letzten Falls dürfen sich zwei am Schlepptau befindliche Convois niemals neben einander befinden, weder während sie vor Anker liegen, noch während der Fahrt.

Einem Bugfirdampfer, welcher stromauf geht, ist es bei der Begegnung mit Segel- oder Dampffahrzeugen, die den entgegengesetzten Cours verfolgen, gestattet, von den im Artikel 29 vorgeschriebenen Regeln abzuweichen, um sich außerhalb des Courses zu halten, falls er dieses ohne Gefahr für die ihm begegnenden Fahrzeuge thun kann.

Uebrigens muß der Bugfir-Dampfer, wenn er sich dieser Freiheit bedient, die oben in den Artikeln 31 und 32 vorgeschriebenen Signale geben.

### Artikel 39.

Jeder Dampfer überhaupt, der kein Convoi am Schlepptau führt, sowie jedes mit günstigem Winde gehende Segelfahrzeug ist verpflichtet, einem ins Schlepptau genommenen Fahrzeuge auszuweichen.

Wenn der Raum dieses nicht gestattet, müssen die Capitaine und Führer, sowohl der Bugfirdampfer als auch der Fahrzeuge, die sie bugfiredampfen, selbst in dem Falle, wenn die oben Art. 31, 32 und 33 vorgeschriebenen Signale nicht gegeben

worden sind, gemäß den Bestimmungen der besagten Artikel zur Seite gehen und müssen die am Schlepptau befindlichen Fahrzeuge in eine Reihe gebracht werden.

Uebrigens sind die Capitaine und Führer der Bugfirdampfer und der ins Schlepptau genommenen Fahrzeuge überhaupt verpflichtet, bei der Begegnung mit anderen Fahrzeugen die Fahrzeuge, welche den von ihnen am Schlepptau geführten Convoy bilden, so viel als möglich einander zu nähern, um auf diese Weise hinreichenden Raum für die Passage der übrigen Fahrzeuge frei zu lassen.

Raddampfer, welche in der Sulina Fahrzeuge am Schlepptau führen, dürfen sie nicht seitlings ihres Bords befestigen.

Ueberhaupt ist es bei dem Befahren dieses Flußarms verboten, Fahrzeuge in einer größeren Anzahl als zwei, Bord an Bord zu befestigen.

## Capitel IV.

### Regeln für das Ziehen der Fahrzeuge am Seil.

#### Artikel 40.

Der Weg, der an beiden Ufern des Flusses entlang läuft, ist hauptsächlich zum Ziehen der Fahrzeuge am Seil durch Menschen oder Zugthiere bestimmt; den Fußgängern und Equipagen ist es ebenfalls gestattet, diese Wege zu benutzen.

#### Artikel 41.

Die Leinpfade müssen von allen Gegenständen, die ihre Benutzung verhindern können, als Sträuchern, Bäumen, Einzäunungen, Häusern und anderen Bauten frei bleiben.

#### Artikel 42.

Es ist verboten, im Flusse und namentlich an den Ufern, Mühlen auf Böten, Räder zur Bewässerung und andere ähnliche Einrichtungen ohne förmliche Genehmigung des Chefs der Flußpolizei aufzustellen.

#### Artikel 43.

Es ist streng verboten, Gräben quer über die Leinpfade zu ziehen, wenn nicht der Uferbesitzer sich verpflichtet, die Communication mittelst einer Brücke wieder herzustellen.

#### Artikel 44.

Der Sulina entlang sind Pfähle zum Anbinden der Fahrzeuge errichtet, weshalb die Capitaine und Patrone nicht Pfähle zur Befestigung ihrer Fahrzeuge eingraben oder ihre Anker auf dem Leinpfade befestigen dürfen.

#### Artikel 45.

Wenn zwei am Seil gezogene Fahrzeuge, die eine entgegengesetzte Richtung verfolgen, sich auf demselben Ufer begegnen, so muß das stromauf gehende Platz machen, um das andere vorbei zu lassen.

Wenn ein von Zugthieren gezogenes Fahrzeug ein anderes von Menschen gezogenes einholt, so ist dieses letztere verpflichtet, das erstere vorüber zu lassen.

Wenn ein am Seil gezogenes Fahrzeug einem andern am Ufer befestigten begegnet, so ist der Capitain dieses letzteren verpflichtet, den Arbeitern des gezogenen Fahrzeuges zu gestatten, auf das seinige zu gehen, um das Seil hinüberzutragen.

#### Artikel 46.

Niemand darf versuchen, einem am Seil gezogenen Fahrzeuge anders vorbei zu kommen, als wenn er das Ufer hält, das dem, auf welchem das Fahrzeug gezogen wird, gegenüber liegt.

Die am Seil gezogenen Fahrzeuge sind ihrerseits verpflichtet, auf die den Vorschriften der Artikel 31 und 32 gemäß gegebenen Signale sich so nahe als möglich an dem Ufer, längs welchem sie gezogen werden, zu halten.

### Capitel V.

#### Regeln für die Schifffahrt bei Nacht oder bei nebliger Luft.

#### Artikel 47.

Jeder Dampfer, welcher bei Nacht (vom Untergange bis zum Aufgange der Sonne) fährt, muß am Topp des Fockmastes ein weißes Licht, welches wenigstens auf zwei Meilen leicht gesehen werden kann, am Steuerbord aber ein grünes und am Backbord ein rothes Licht haben.

Die Seitenfeuer müssen von der innern Seite mit Längsschirmen versehen sein, so daß das grüne Feuer nicht von der linken und das rothe nicht von der rechten Seite des Vordertheils gesehen werden kann.

Die Segelfahrzeuge führen, wenn sie unter Segel oder am Schlepptau gehen, eben solche Feuer, wie die Dampfer auf der Fahrt, mit Ausnahme des weißen Feuers am Fockmast, welches sie in keinem Falle haben dürfen.

Die Dampfer, welche eins oder mehrere Fahrzeuge am Schlepptau führen, müssen, unabhängig von ihren Seitenfeuern, zum Unterschiede von den übrigen Dampfern, noch zwei weiße Feuer, eins unter dem andern, am Topp des Mastes haben.

Hinsichtlich der Anwendung der in diesem Artikel vorgeschriebenen Regeln wird jeder Dampfer, der nur mit Segeln geht, als Segelschiff, und jedes Fahrzeug, dessen Maschine in Bewegung ist, was es auch für Segelwerk führen mag, als Dampfer angesehen.

Die Holzflöße, welche in der Nacht fahren, müssen auf jeder Ecke ein weißes und am Topp des Mastes drei weiße, eins unter das andere gestellte Feuer haben.

#### Artikel 48.

Den Segelfahrzeugen, den am Schlepptau befindlichen Convois und den Flößen ist es verboten, während eines Nebels zu fahren, der so stark ist, daß nicht gleichzeitig beide Ufer des Flusses gesehen werden können.

#### Artikel 49.

Bei nebliger Luft dürfen Dampfer nur in gemäßigtem Laufe fahren und müssen beständig die Glocke anschlagen und alle fünf Minuten die Pfeife ertönen lassen; sie müssen den Anker auswerfen, sobald der Nebel so stark wird, daß sie nicht das Ufer, welches sie halten, oder auf welches ihr Cours gerichtet ist, sehen können.

### Artikel 50.

Es ist den Fahrzeugen verboten, ihre Kabeltaue während der Nacht oder bei nebliger Luft quer über den Fluß zu ziehen.

## Capitel VI.

### Regeln für die vor Anker liegenden Fahrzeuge.

#### Artikel 51.

Es ist streng verboten, den Anker im Fahrwasser auszuwerfen oder sich in demselben zu befestigen.

Mit Ausnahme des weiter unten im Artikel 66 angeführten Falls ist es den Fahrzeugen ebenfalls verboten, sich in den Biegungen des Flusses zu befestigen oder dort ihre Anker auszuwerfen, selbst längs dem Ufer, bei Gefahr der Verantwortung für jede Havarie, die in Folge ihres dortigen Befindens entstehen könnte.

Außerhalb der Häfen dürfen nicht zwei oder mehrere Fahrzeuge längs dem Leinpfade vor Anker oder Bord an Bord befestigt liegen.

#### Artikel 52.

Wenn in Anlaß eines Rebels ein Fahrzeug oder Floß genöthigt ist, auf einer andern Stelle als den gewöhnlichen Ankerplätzen liegen zu bleiben, so ist es verpflichtet, falls es ein Dampfer ist, an die Glocke zu schlagen, ist es aber ein anderes Fahrzeug oder Floß, durch das Sprachrohr zu rufen. Diese Signale müssen alle fünf Minuten wiederholt werden.

#### Artikel 53.

Ein Fahrzeug, welches während der Nacht im Flusse liegen bleibt, muß eine brennende Laterne am Ende einer der großen Maaen oder an einer anderen bemerkbaren dem Fahrwasser zugekehrten Seite haben, so daß sie sowohl von den stromauf, als auch stromab fahrenden Fahrzeugen gesehen werden kann.

Die während der Nacht vor Anker liegenden Flöße müssen die oben im letzten Punkte des Art. 47 vorgeschriebenen Feuer haben, mit Ausnahme der Feuer auf den beiden dem Ufer zugekehrten Enden, welche ausgemacht werden müssen.

#### Artikel 54.

Wenn ein Fahrzeug sich, um sich zu befestigen oder im Falle einer Strandung, wovon im folgenden Capitel die Rede sein wird, in die Nothwendigkeit versetzt sieht, ein Tau oder eine Kette quer über das Fahrwasser zu ziehen, so muß es, sobald sich ihm ein anderes Fahrzeug, das vorbeipassiren will, nähert, unverzüglich dieselben nachlassen.

## Capitel VII.

### Regeln für den Fall einer Strandung oder eines Schiffbruchs.

#### Artikel 55.

Der Capitain oder Patron eines im Sulina-Arme gestrandeten Fahrzeugs muß auf einer geeigneten Stelle und wenigstens einen Kilometer oberhalb dieses

Fahrzeugs eine Wache ausstellen, welche die stromab kommenden Fahrzeuge und Flöße anzurufen und sie von der Beschaffenheit und der Stelle des stattgehabten Ereignisses zu benachrichtigen hat.

#### Artikel 56.

Die an einer Stelle, wo ein Fahrzeug oder Floß gestrandet oder versunken ist, vorüberfahrenden Dampfer dürfen nur mit halber Kraft gehen.

#### Artikel 57

Jeder Schiffbruch eines Fahrzeugs im Sulina-Flusse wird, mit Ausnahme besonderer Fälle, als verdächtig betrachtet und der Nachlässigkeit oder Gewissenlosigkeit des Capitains oder der Mannschaft zugeschrieben, so lange das Gegentheil nicht erwiesen ist.

Der Lootse des Fahrzeugs ist persönlich für den Schiffbruch verantwortlich, wenn derselbe durch schlechte Führung hervorgerufen ist.

#### Artikel 58.

Wenn gegen alle Wahrscheinlichkeit ein Fahrzeug im Sulina-Flusse Schiffbruch leidet, so muß der Capitain alle Anstrengungen anwenden, um dasselbe unverzüglich an das eine oder andere Ufer zu ziehen, damit es nicht im Fahrwasser bleibe. Der Capitain und die Mannschaft des schiffbrüchigen Fahrzeugs bleiben auf demselben oder am Ufer, nahe dem Orte des Begebnisses, bis zur Aufnahme des im folgenden Artikel 59 erwähnten Protocolls.

Es ist ihnen verboten, gleichviel unter welchem Vorwande es auch sei, etwas von der Ladung, den Geräthen, Ankern, Ketten, Tauen u. zu entfernen.

#### Artikel 59.

Sogleich nach stattgehabtem Schiffbruche läßt der Lootse des Fahrzeugs mit der größtmöglichen Schnelligkeit den Ober-Inspector der Schifffahrt durch die Aufseher der Flußpolizei in Kenntniß setzen.

Der Ober-Inspector erscheint unverzüglich am Orte der Begebenheit und nimmt über die Umstände derselben ein Protocoll auf, welches auf seine Anordnung der competenten Obrigkeit mitgetheilt wird.

#### Artikel 60.

Wenn der Ober-Inspector für nöthig erachtet, sofort Maßregeln im Interesse der Schifffahrt zu ergreifen, so requirirt er zu diesem Zwecke den Capitain des gescheiterten Fahrzeugs, welcher verpflichtet ist, entweder sofort zu erklären, daß er das Fahrzeug aufgibt, oder mit seiner Mannschaft den Befehlen des Ober-Inspectors gemäß zu handeln; dieser letztere ordnet die Rettung bis dahin an, wo sie aufhört, Sache des allgemeinen Nutzens zu sein und Gegenstand des Privatinteresses wird.

Ein Fahrzeug, welches durch die Mitwirkung der Obrigkeit der Flußpolizei gerettet ist, kann verpflichtet werden, die Ausgaben für die Rettung und für die Unterhaltung der Rettungsgeräte zu decken.

#### Artikel 61.

Alle Arbeiten, die zur Rettung schiffbrüchiger Fahrzeuge und ihrer Ladungen von den Schiffseigenthümern, den Asscuranten oder anderen dazu berechtigten Personen unternommen werden, finden unter der Aufsicht des Ober-Inspectors

oder der ihm untergebenen Personen statt und können momentan verboten werden, wenn sie der Art sind, daß sie die Schifffahrt auf irgend eine Weise stören könnten.

#### Artikel 62.

Wenn außer dem im Artikel 60 gedachten Falle der dringenden Nothwendigkeit es für nöthig erachtet wird, den Kumpf oder die Trümmer des gestrandeten Fahrzeugs zu heben, so sind die Schiffs-eigenthümer, die Asscuranten oder andere dazu berechnigte Personen verpflichtet, solches innerhalb eines Monats von der ihnen darüber gemachten Anzeige zu bewerkstelligen, widrigenfalls die Arbeiten durch den Ober-Inspector selbst in den oben im Artikel 60 angegebenen Grenzen ausgeführt werden können; hierbei wird das verunglückte Fahrzeug und seine Ausrüstung oder die Trümmer derselben hauptsächlich zur Deckung der Hebungskosten bestimmt.

#### Artikel 63.

Im Falle einer Havarie, besonders wenn sie durch einen Zusammenstoß veranlaßt worden ist, nimmt der Ober-Inspector, wenn er sich von den Umständen hat überzeugen können und wenn einer der dabei interessirten Theile ihn darum ansucht, gleichfalls ein Protocoll auf, welches der competenten Obrigkeit übersandt wird.

### Capitel VIII.

#### Regeln für das Ballastauswerfen.

#### Artikel 64.

Es ist den Fahrzeugen unbedingt verboten, Ballast im Flußarme oder auf der Sulinaschen Rhede auszuwerfen, desgleichen ist es verboten, denselben in den der Rhede nächstbelegenen Meerestheilen auf einer Tiefe von weniger als sechzig englischen Fuß auszuwerfen.

Die Ballastloschung am Lande außerhalb des Sulinaschen Hafens kann nur an den vom Ober-Inspector der Schifffahrt bestimmten und in den publicirten Bekanntmachungen bezeichneten Uferstellen stattfinden.

Der Sulinasche Portcapitain bestimmt die Stellen, an denen innerhalb des Hafens Ballast ausgeworfen werden kann.

Der ausgeworfene Ballast muß jedenfalls auf eine solche Entfernung abgeführt werden, daß der untere Rand der Böschung wenigstens zwanzig englische Fuß von dem normalen Ufer des Flusses entfernt ist.

Die in diesem Artikel festgesetzten Regeln beziehen sich in gleicher Weise auch auf das Auswerfen von Asche und Kohlenschutt von den Dampfern.

#### Artikel 65.

Um die pünktliche Beobachtung der im vorhergehenden Artikel enthaltenen Regeln möglichst zu sichern, muß jedes Fahrzeug, welches den Hafen von Sulina mit Ballast verläßt, um sich nach einem oberhalb des Flusses belegenen Hafen zu begeben, einen Schein vom Portcapitain über seinen durch den Ballast erzeugten Tiefgang haben.

Dieser Schein muß auf dem Fahrzeuge während seiner ganzen Fahrt stromaufwärts aufbewahrt werden, damit er sogleich, wenn der Ober-Inspector oder die ihm untergebenen Personen es verlangen, vorgewiesen werden kann.



## **Titel III.**

### **Von der Polizei des Hafens von Tultscha.**

#### **Artikel 66.**

Jedes Fahrzeug, das in Tultscha bleiben will, muß an dem rechten Ufer anlegen; dabei ist jedoch darauf zu achten, daß niemals mehr als drei Schiffe Bord an Bord befestigt werden.

#### **Artikel 67**

Kein Fahrzeug darf im Fahrwasser vor Tultscha rechts von den Nothankern und den rothen Bojen, welche längs dem linken Ufer des Flusses ausgelegt sind, und zwischen den Pfählen mit den umgestürzten Ankern auf dem rechten Ufer Anker auswerfen.

#### **Artikel 68.**

Es ist den Fahrzeugen gestattet, um die Krümmung von Tultscha zu umfahren, sich an den Bojen und Nothankern heranzuziehen, in keinem Falle aber dürfen sie sich an dieselben befestigen, um dort liegen zu bleiben.

Diese Regel erstreckt sich selbstverständlich nicht auf die regelmäßige Fahrten machenden Dampfschiffe, welche vor Tultscha nur vorübergehend beilegen.

Desgleichen ist es zweien oder mehreren Fahrzeugen verboten, zu gleicher Zeit sich an derselben Boje heranzuziehen.

## **Titel IV.**

### **Von den Lootsen an der Mündung des Flusses und im Flusse.**

#### **Capitel I.**

#### **Von den Lootsen an der Mündung.**

#### **Artikel 69.**

Nach Artikel 13 dieses Reglements sind alle Fahrzeuge bei ihrem Einlaufen in die Mündung verpflichtet, Lootsen zu nehmen, daher ist in Sulina eine besondere Bunt von patentirten und verantwortlichen Lootsen unter der Direction eines Lootsen-Vorstehers und des Portcapitains errichtet.

Diese Lootsen heißen Lootsen erster Klasse.

#### **Artikel 70.**

Zu jeder Zeit steht ein Boot bereit, um Lootsen auf die aus der See in den Hafen einlaufenden Fahrzeuge zu bringen, sobald die Wache auf dem Leuchthurm ihre Annäherung bemerkt.

Die Lootsen sind verpflichtet, den Fahrzeugen auf eine Meile vom Kopfe des nördlichen Dammes entgegenzufahren.

#### **Artikel 71.**

Auf dem Fahrzeuge angekommen, zeigen die Lootsen den Capitainen die Tiefe des Fahrwassers an und geben diese ihrerseits ihnen den Tiefgang des Fahrzeugs und die Größe ihrer Ladung auf.

Die Lootsen müssen dem Sulinaschen Portcapitain unverzüglich über die Größe der Ladung berichten.

#### Artikel 72.

Jeder auf einem Fahrzeuge, das in das Fahrwasser einlaufen will, befindliche Lootse, der nicht zur Bunft der Sulina-Lootsen gehört, muß sogleich nach Ankunft des örtlichen Lootsen diesem vollständig die Leitung des Fahrzeugs übergeben.

#### Artikel 73.

Bei dem Auslaufen aus dem Flusse muß der örtliche Lootse das Fahrzeug wenigstens eine Viertelmeile östlich vom Kopfe des nördlichen Dammes hinausführen.

#### Artikel 74.

Das Lootsengeld für die Führung, sowohl der ein- als auch der auslaufenden Fahrzeuge, ist in den Schifffahrts-Abgaben, die in Sulina erhoben werden, begriffen, weshalb es den patentirten Lootsen erster Klasse verboten ist, von den Capitainen der von ihnen geführten Fahrzeuge irgend welche Remuneration anzunehmen.

### Capitel II.

#### Von den Flußlootsen.

#### Artikel 75.

Unabhängig von der Bunft der Lootsen erster Klasse, welche, um die Fahrzeuge in das Fahrwasser der Sulina-Mündung zu führen, eingesetzt sind und unter der Direction des Portcapitains stehen, giebt es noch besondere, gleichfalls patentirte und verantwortliche Lootsen, welche Lootsen zweiter Klasse genannt werden, und dazu bestimmt sind, die Handelsfahrzeuge zu führen, welche den Fluß zwischen Sulina und Braila befahren.

Die Fluß-Lootsen stehen unter der Aufsicht des Ober-Inspectors der Schifffahrt und unter der directen Leitung eines Lootsen-Altesten, welcher drei Comp- toire, in Galatz, in Braila und in Tultscha hat, und eines Gehilfen des Lootsen-Altesten, welcher sich in Sulina aufhält.

#### Artikel 76.

Die Capitaine der Handelsfahrzeuge, welche stromaufwärts gehen, sind, wenn sie sich persönlich auf diesen Fahrzeugen befinden, nicht verpflichtet, patentirte Lootsen zu nehmen; jedoch ist der Gehilfe des Lootsen-Altesten in Sulina, welcher dem Lootsenwesen im Flusse vorsteht, gehalten, ihnen, sobald sie es verlangen, einen Lootsen zu geben.

Bei der Fahrt stromabwärts muß jedes Handelsfahrzeug, welches mehr als sechszig Tonnen hält, sowie jedes Holzfloß einen patentirten Lootsen zweiter Klasse nehmen. Diese Regel bezieht sich auch auf die stromaufwärts fahrenden Handelsfahrzeuge, welche mehr als sechszig Tonnen halten, wenn der Capitain oder der Patron sich nicht persönlich auf ihnen befindet.

#### Artikel 77

Die Fahrt stromaufwärts beginnt mit dem Moment, wo das Fahrzeug den Sulinaschen Hafen verläßt, um den Fluß hinauf zu gehen und endigt mit der

Ankunft desselben im Hafen seiner Bestimmung oder in Braila, wenn es für einen oberhalb dieses letzteren belegenen Hafen oder für Matschin bestimmt ist.

Die Fahrt stromabwärts beginnt in Braila oder mit dem Auslaufen aus dem Hafen, in welchem das Fahrzeug seine Ladung eingenommen, oder, falls es unbeladen geht, seine Reisepapiere erhalten hat, wenn dieser Hafen unterhalb Braila gelegen ist, und endigt mit dem Moment, wo das Fahrzeug im Hafen von Sulina vor Anker geht.

Die aus Matschin, Getschid oder einem anderen oberhalb Braila gelegenen Hafen auslaufenden Fahrzeuge müssen für ihre Fahrt stromabwärts unterwegs in Braila einen Lootsen nehmen; die aus dem Hafen von Reni oder Ismail auslaufenden Fahrzeuge können unterwegs in Tultscha einen Lootsen nehmen.

#### Artikel 78.

Die Zahlung an die Lootsen für die Führung der Fahrzeuge stromaufwärts wird durch gegenseitige Vereinbarung zwischen ihnen und den Capitainen bestimmt.

Im Falle eines desfallsigen Streites aber läßt die Hafensobrigkeit keine Forderung Seitens der Lootsen gelten, die außer der Beföstigung am Bord mehr als einen halben holländischen Ducaten für jeden Fahrtag beträgt.

Was die Zahlung für die Führung der Fahrzeuge stromabwärts betrifft, so ist dieselbe in den Schiffsfahrtsabgaben, die in Sulina erhoben werden, einbegriffen.

Von der Summe, welche von jedem Fahrzeuge für die Führung stromabwärts gezahlt wird, werden vier Francs zum Besten des Ältesten der Flußlootsen abgezogen; das übrige erhält der Lootse.

Diese Zahlung kann gesetzlich nur dem die Sulina-Schiffsfahrtskasse verwaltenden Beamten geleistet werden.

### Capitel III.

#### Allgemeine Regeln für die Lootsen in der Mündung und auf dem Flusse.

#### Artikel 79.

Der Ober-Inspector und der Sulinasche Portcapitain entscheiden, jeder in den Grenzen seines Ressorts, die zwischen den patentirten Lootsen und den Capitainen der Handelsfahrzeuge entstehenden Streitigkeiten in denjenigen Fällen, wenn diese letzteren ihre Vermittelung in Anspruch nehmen.

#### Artikel 80.

Die patentirten Lootsen müssen dem Ober-Inspector oder dem Sulinaschen Portcapitain über in ihrer Gegenwart vorgekommene Gesetzesverletzungen berichten.

Es ist ihnen untersagt, sich direct oder indirect an irgend welchen Operationen oder Unternehmungen hinsichtlich des Umladens der Waaren in Lichterfahrzeuge zu betheiligen.

#### Artikel 81.

Lootsen, welche durch ihre Unfähigkeit oder Nachlässigkeit Ursache eines Zusammenstoßes von Fahrzeugen, eines Schiffbruchs oder einer Strandung gewesen sind, werden, unabhängig von der Civilklage, welche die Betroffenen gegen sie bei den competenten Gerichten erheben können, ihres Amtes entsezt.

Wenn die Umstände, welche das Unglück veranlaßt haben, der Art sind, daß sie eine Criminalstrafe nach sich ziehen können, so wird der Lootse der competenten Obrigkeit zur gesetzlichen Aburtheilung übergeben.

## **Titel V.**

### **Von den Lichterfahrzeugen.**

#### **Capitel I.**

##### **Allgemeine Regeln.**

###### **Artikel 82.**

Die Lichterfahrzeuge auf der unteren Donau werden in zwei Klassen eingetheilt, nämlich: in Lichter, die ausschließlich für den örtlichen Dienst in der Sulina-Mündung oder in irgend einer Passage im Flusse bestimmt sind, und in Lichter, die sich mit der Cabotage beschäftigen, indem sie in einem der inneren Häfen Ladung einnehmen, um dieselbe in Sulina oder auf der äußeren Rheide auszuladen.

###### **Artikel 83.**

Niemand hat das Recht, irgend welche Operationen bezüglich des Verladens von Waaren in örtliche Lichterfahrzeuge auszuführen, bevor er die Fahrzeuge, welche er als Lichter zu benutzen wünscht, im Comptoir des Sulinaschen Port-Capitains hat einschreiben lassen und vom Port-Capitain ein Patent empfangen hat. Vor der Ausreichung des Patents ordnet der Portcapitain die Besichtigung der zum Lichterdienst bestimmten Fahrzeuge durch eine besondere Commission an, welche über die Solidität derselben entscheidet und sich von ihrer Ladungsfähigkeit in englischen Register-Tonnen und konstantinopolitanischen Kilos überzeugt.

Diese Besichtigung wird jährlich erneuert. Das vom Portcapitain ausgereichte Patent muß sich beständig auf dem Lichter befinden.

Fahrzeuge, welche richtige Papiere besitzen, können gelegentlich als Lichter zur Entlastung anderer Fahrzeuge benutzt werden, jedoch unter der Bedingung, daß ihre Capitaine verpflichtet sind, darüber jedes Mal eine besondere Anzeige, und zwar wenn das zu entlastende Fahrzeug sich in der Mündung befindet, im Comptoir des Sulinaschen Portcapitains, wenn es sich aber im Flusse befindet — im Comptoir des Ober-Inspectors einzureichen und ihre Papiere, darunter auch die Schiffsrolle, daselbst zu deponiren.

#### **Capitel II.**

##### **Von den örtlichen Lichtern.**

###### **Artikel 84.**

In den Lichtern, sowohl den Segel- als auch den Dampffahrzeugen, dürfen sich im Raume keine leeren Räumlichkeiten, außer den vom Portcapitain bei der Ausreichung der Patente in gesetzlicher Ordnung anerkannten, befinden.

### Artikel 85.

Den Lichtern ist es, sobald sie an die Fahrzeuge, von welchen sie die Ladung empfangen sollen, angelegt haben, verboten, sich von ihnen zu entfernen, bevor diese Fahrzeuge nicht selbst die Anker gelichtet haben.

Der Capitain des zu entlastenden Fahrzeugs hat das Recht, auf seine Kosten und nach seiner Auswahl eine Wache auf den von ihm benutzten Lichter zu stellen.

Den auf die Rhede hinausfahrenden Lichtern ist es verboten, irgend welche Ladung auf das Deck zu legen.

### Artikel 86.

Kein Lichter darf den Sulinaschen Hafen ohne einen Passirschein des Port-Capitains verlassen; dieser Schein ist der gemäß Art. 16 dieses Reglements am Eingange des Hafens auf der Seeseite stationirten Brandwacht vorzuweisen.

### Artikel 87.

Im Allgemeinen müssen die Lichter zu gleicher Zeit mit den Fahrzeugen, von welchen sie die Ladung empfangen haben, aus dem Sulina-Hafen auslaufen.

In den Fällen jedoch, wo ein Fahrzeug mehrere Lichter benutzt hat, bestimmt der Portcapitain die Ordnung des Abgehens der letzteren in der Weise, daß sie nicht gar zu lange auf der Rhede zu liegen brauchen, ohne die Möglichkeit zu haben, Rückladung aufzunehmen.

### Artikel 88.

Ein Lichter, welcher aufs Neue auf der Rhede bei dem durch ihn entlasteten Fahrzeug angelegt hat, darf unter keinem Vorwande, mit Ausnahme der Fälle, wo Unwetter ihn dazu nöthigt, sich von demselben entfernen, bevor er ihm die Ladung zurückgegeben hat.

Für die örtlichen Umladungs-Operationen, welche auf dem innern Lauf des Flusses vorgenommen werden, fahren die Capitaine zugleich mit den von ihnen benutzten Fahrzeugen.

Nach Beendigung der Rückladung der Waaren auf das entlastete Fahrzeug muß der Capitain dieses letzteren darüber eine Quittung ausstellen.

### Artikel 89.

Die in den Hafen von Sulina nach Entlastung eines Fahrzeugs zurückkehrenden Lichter haben ihren Passirschein der Brandwacht vorzuweisen, welche das Recht hat, sie zu besichtigen.

Die Lichter, welche am Abend oder in der Nacht die Rhede verlassen, nachdem sie ein aus dem Flusse ausgelaufenes Fahrzeug entlastet haben, müssen an einer ihnen besonders angewiesenen Stelle vor Anker gehen, und können nicht vor Einbruch des folgenden Tages den Fluß weiter hinauffahren.

### Artikel 90.

Die Aufsicht über die in der Mündung durch Lichterfahrzeuge stattfindenden örtlichen Umlade Operationen ist dem Sulinaschen Portcapitain übertragen; die Aufsicht über die Umlade-Operationen im Flusse aber — dem Ober-Inspector oder den ihm untergebenen Personen.

## Capitel III.

### Von den Cabotage-Lichterfahrzeugen.

#### Artikel 91.

Als Cabotage-Lichterfahrzeuge können alle Transport-Dampfer, Bugfir-Barken, Segelfahrzeuge oder Lichter, welche richtige Documente besitzen, fungiren, unter der Bedingung, daß die Capitaine oder Führer für jede Fahrt einen Schein, welcher den Gegenstand und die Bedingungen der Operation enthält, von den betreffenden Consular- oder örtlichen Autoritäten derjenigen Häfen, in welchen sie die Ladung einnehmen, erbitten.

#### Artikel 92.

Sobald ein Cabotage-Lichterfahrzeug im Hafen von Sulina angekommen ist, muß der Führer desselben sich sofort im Comptoir des Portcapitains melden und den gedachten Schein vorweisen.

Wenn der Lichter die ganze Ladung innerhalb des Sulinaschen Hafens abzuliefern hat, so muß er sich seitlängs des Fahrzeugs legen, welches die Waaren zu empfangen hat, und darf sich von diesem letzteren nicht eher entfernen, als bis er die ganze Ladung abgeliefert hat.

Wenn die ganze Ladung des Lichters oder ein Theil derselben auf der Sulinaschen Rhede abgeliefert werden soll, so muß der Patron des Lichters den im Art. 91 verordneten Schein dem Portcapitain übergeben, von welchem er statt dessen einen Passirschein erhält.

#### Artikel 93.

Die in diesem Titel enthaltenen Regeln hinsichtlich der örtlichen Lichter beziehen sich auch auf die Cabotage-Lichterfahrzeuge während der ganzen Dauer ihres Aufenthalts im Sulinaschen Hafen oder auf der Sulinaschen Rhede.

Die Transport-Dampfer und die Bugfir-Barken unterliegen jedoch bei ihrer Rückkehr nicht der oben im Artikel 89 gedachten Besichtigung, falls nicht einer der theilgenommenen Theile dieselbe im Falle des Verdachts eines Betruges verlangt.

## Capitel IV.

### Besondere Regeln für den Fall von Unwetter.

#### Artikel 94.

Wenn ein Fahrzeug durch stürmisches Wetter gezwungen ist, sich von der Sulinaschen Rhede zu entfernen und seine ganze Ladung oder einen Theil derselben auf dem Lichter zurückzulassen, so kehrt der Capitain dieses letzteren in den Hafen zurück und behält die Ladung zeitweilig auf seinem Lichter.

#### Artikel 95.

Wenn in dem im vorhergehenden Artikel gedachten Falle das entlastete Fahrzeug im Laufe von zwölf Tagen nicht zurückkehrt, so steht es dem Capitain des Lichters frei, bei dem Portcapitain um die Erlaubniß zum Löschen und zur Ablieferung der Ladung, an wen gehörig, nachzusuchen, und kann er die Zahlung

der ausbedungenen Fracht ebenso verlangen, als ob die Ladung dem entlasteten Fahrzeuge zurückgeliefert worden wäre, jedoch ohne jede Zulage.

Wenn das Fahrzeug vor Ablauf der gedachten Frist auf die Rhebe zurückkehrt, sich darauf aber aufs Neue entfernt, so werden die seit der ersten Entfernung verfloffenen Tage nicht gerechnet und es beginnt eine neue Frist vom Tage seiner Rückkehr ab.

## Capitel V

### Besondere Regeln für den Fall eines Betruges.

#### Artikel 96.

Im Falle des Verdachts einer ungenauen oder falschen Angabe der Ladungsfähigkeit des Lichters hat der Capitain des Handelsfahrzeugs das Recht, eine Verification des Tonnengehalts durch eine besondere Commission, welche je nach der Vertlichkeit von dem Sulinaschen Portcapitain oder dem Ober-Inspector der Schifffahrt ernannt wird, zu verlangen.

Die Kosten der Expertise hat der sie verlangt habende Capitain zu tragen, wird jedoch eine wirkliche Ungenauigkeit oder Falschheit der Angabe constatirt, so hat sie der Lichter zu zahlen.

#### Artikel 97.

Wenn der Capitain eines durch einen Lichter entlasteten Fahrzeugs Grund hat zu vermuthen, daß der von ihm angenommene Lichter einen Theil seiner Ladung veruntreut hat, so muß er darüber dem Sulinaschen Portcapitain oder dem Ober-Inspector Anzeige machen, welche die ihnen durch ihre Special-Instructionen vorgeschriebenen Maßregeln ergreifen.

Wenn der Verdacht sich als ungegründet erweist, so fallen die Untersuchungskosten auf den Capitain, der die Untersuchung verlangt hatte.

## Titel VI.

### Von der Verletzung dieses Reglements.

#### Capitel I.

#### Festsetzung des Betrages der Geldstrafen

§. 1. Verletzung der Bestimmungen des Titel I. über die Polizei auf der Rhebe und im Hafen von Sulina.

#### Artikel 98.

Für jede Verletzung der Bestimmungen, welche im zweiten Alinea des Art. 5 und in den Artikeln 8, 10, 11, 14, 16, 19, 20, 21 und 23 dieses Reglements enthalten sind, unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von nicht weniger als einem und höchstens fünf holländischen Ducaten.

Wenn sich auf der Schiffsrolle irgend eines Seefahrzeugs, das sich in der Donau befindet, der Postdampfer ausgenommen, nicht der im Artikel 17 dieses

Reglements gedachte Stempel befindet, oder nur ein oder mehrere schon vernichtete Stempel vorhanden sind, so unterliegt der Capitain desselben einer Geldstrafe von nicht weniger als zehn und nicht mehr als fünfzig Ducaten.

## § 2. Verletzung der Bestimmungen des Titel II. über die Fluß-Polizei.

### Artikel 99.

Für jede Verletzung der im ersten oder zweiten Alinea des Artikel 25 und in den Artikeln 27, 29, 31, 32, 33, 34, 36, 38, 39, 41—54 incl., 56, 60 und 65 enthaltenen Regeln unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von nicht weniger als drei und nicht mehr als zehn Ducaten.

Der Führer jedes Holzflusses, das im Sulina-Arme fährt und einen das im dritten Alinea des Artikel 25 dieses Reglements vorgeschriebene Maß überschreitenden Tiefgang hat, unterliegt einer Geldstrafe von nicht weniger als zehn und nicht mehr als fünfzig Ducaten.

Für jede Verletzung der im Art. 64 enthaltenen Regeln verfällt der Schuldige gleichfalls in eine Geldstrafe von nicht weniger als zehn und nicht mehr als fünfzig Ducaten, wenn Ballast ungesetzlich ausgeladen oder ausgeworfen worden ist, und von fünf Ducaten, wenn Asche oder Kohlenschutt im Sulina-Arme, auf der Rhede oder in den angrenzenden Meerestheilen, welche eine Tiefe von weniger als 60 englische Fuß haben, ausgeworfen worden ist.

## § 3. Verletzung der Bestimmungen des Titel III. über die Polizei im Hafen von Tultscha.

### Artikel 100.

Für die Verletzung der in den Artikeln 66, 67 und 68 festgesetzten Regeln unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von einem bis zu fünf Ducaten.

## § 4. Verletzung der Bestimmungen des Titel IV über die Lootsen.

### Artikel 101.

Für jede Verletzung der im ersten Alinea des Artikel 13 oder im zweiten Alinea des Artikel 76 vorgeschriebenen Regeln unterliegt der Schuldige einer Strafe von nicht weniger als fünfzehn und nicht mehr als dreißig Ducaten.

Für jede Verweigerung der im Artikel 71 vorgeschriebenen Angaben oder für absichtliche Ungenauigkeit in diesen Angaben, sowohl Seitens des Capitains als auch Seitens des Lootsen, sowie für jede Verletzung der im Artikel 72 festgesetzten Regeln unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von nicht weniger als fünf und nicht mehr als zehn Ducaten.

Für jede Seitens der patentirten Lootsen erster oder zweiter Klasse, des Lootsen-Altesten oder seiner Gehilfen geschehene Verletzung der Bestimmungen dieses Reglements oder der ihnen erteilten Instructionen, wenn dafür nicht eine besondere Strafe bestimmt ist, unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe, deren Maximum nicht dreißig Ducaten übersteigen darf.



§. 5. Von den Verletzungen der Bestimmungen des Titel V  
über die Lichterfahrzeuge.

Artikel 102.

Für die Verletzung der in den Artikeln 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92 und 94 festgesetzten Regeln unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von fünf bis zu zehn Ducaten.

§ 6. Beleidigungen und Gewaltthätigkeiten.

Artikel 103.

Für jede den Beamten, welchen die Handhabung der Schifffahrtspolizei anvertraut ist, zugefügte Beleidigung bei der Ausübung ihrer Functionen, sowie für jede Beleidigung der Obrigkeit, von der die gedachten Personen ernannt sind, unterliegt der Schuldige einer Geldstrafe von nicht weniger als einem und nicht mehr als fünf Ducaten.

Für Gewaltthätigkeiten, die gegen Polizeibeamte bei der Ausübung ihrer Dienstpflicht ausgeübt worden sind, kann das Maximum der Geldstrafe bis auf dreißig Ducaten erhöht werden.

Capitel II.

Regeln hinsichtlich der Anwendung der Strafen.

Artikel 104.

Im Falle einer wiederholten Contravention kann das Maximum der Strafe verdoppelt werden.

Die Contravention wird als eine wiederholte angesehen für Capitaine von Seefahrzeugen, wenn das Fahrzeug in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Contravention die Donau nicht verlassen hatte.

Für die Patrone der Lichterfahrzeuge und für die Lootsen wird die Contravention als eine wiederholte angesehen, wenn sie sich in einem und demselben Jahre erneuert hat.

Artikel 105.

Unfreiwillige, in Folge von Unwetter stattgefundene Contraventionen werden nicht gestraft.

Artikel 106.

Unabhängig von den den Schuldigen auferlegten Geldstrafen, können gegen sie bei den competenten Gerichtsbehörden Civilklagen auf Entschädigung der durch sie geurjachten Verluste erhoben werden.

Artikel 107.

Der Capitain verantwortet persönlich für Contraventionen, die von Personen aus der Mannschaft seines Fahrzeugs begangen worden sind.

Artikel 108.

Der Ober-Inspector der Schifffahrt und der Sulinasche Portcapitain erkennen über Verletzungen der Regeln dieses Reglements, welche in den Grenzen ihres

Refforts begangen worden sind, und verurtheilen in erster Instanz zu den auf die Contravention stehenden Geldstrafen.

Wenn die Contravention bei der Fahrt stromabwärts stattgefunden hat, so wird das Erkenntniß des Ober-Inspectors der Schifffahrt oder des Sulinaschen Portcapitains der Kanzlei des Consulats oder der örtlichen Obrigkeit in Sulina, unter die der Verurtheilte ressortirt, mitgetheilt; wenn die Contravention aber bei der Fahrt stromaufwärts begangen worden ist, wird das Erkenntniß derselben Obrigkeit in dem Hafen, wohin das Fahrzeug bestimmt ist, mitgetheilt; das Urtheil kann auch dem Schuldigen persönlich eröffnet werden.

#### Artikel 109.

Ein Theil der aus den Geldstrafen gebildeten Summe bis zum Belauf von hundert Ducaten jährlich wird zum Besten der für nothleidende Lootsen errichteten Unterstützungskasse abgeschrieben; der übrigbleibende Theil fließt in die Kasse der Schifffahrtsabgaben und wird zur Unterhaltung des in Sulina errichteten See-Hospitals verwandt.

#### Artikel 110.

Gegen ein verurtheilendes Erkenntniß kann während dreier Monate, vom Tage der Eröffnung desselben, entweder bei der europäischen Commission oder bei dem gemischten Gericht, falls ein solches in Sulina eingerichtet wird, appellirt werden.

Im Falle der Appellation muß die Geldstrafe bei der Schifffahrtskasse eingezahlt und in derselben bis zur allendlichen Entscheidung der Sache aufbewahrt werden.

Das auf die Appellation erfolgte Urtheil ist ein definitives und ist gegen dasselbe weiterer Recurs nicht zulässig.

Nach Ablauf von drei Monaten, vom Tage der Eröffnung des Erkenntnisses, wird keine Appellation mehr angenommen und die Strafe verbleibt definitiv der Schifffahrtskasse.

#### Artikel 111.

Dieses Reglement tritt in Kraft nach der Ratification des internationalen Acts, dessen Beilage es bildet, und mit dem Tage, welcher dessfalls durch eine neue diesbezügliche Publication der europäischen Commission bestimmt werden wird.

Mit demselben Tage hört die Wirksamkeit der provisorischen Regeln für die Schifffahrt und die Polizei vom 21. November 1866 auf.

### Schlußbestimmung.

#### Artikel 112.

Dieses Reglement, welches eine Beilage zum internationalen Act von diesem Datum bildet, kann nöthigenfalls von der europäischen Commission oder derjenigen internationalen Autorität, welche kraft des Artikels 17 des Pariser Tractats an ihre Stelle tritt, abgeändert werden.

So geschehen zu Galatz am zweiten November des Jahres eintausend achthundert fünf und sechszig.

(Unterz.) Dffenberg. A. v. Kremer. A. Engelhardt. J. Stokes.  
Strambio. Saint-Pierre. Achmet Rassin.

---

# Tarif

der in der Donaumündung zu erhebenden Schiffahrts-Abgaben.

## Einleitung.

In Erwägung des Artikels 16 des Pariser Tractats vom 30. März 1856, durch welchen bestimmt worden, daß die Kosten der zur Reinigung der Mündung der Donau und der angrenzenden Meerestheile von den die Passage hemmenden Hindernissen ausgeführten Arbeiten, sowie der die Sicherheit und Erleichterung der Schiffahrt bezweckenden Etablissements durch Erhebung bestimmter von der Commission festgestellten Abgaben gedeckt werden sollen, — und des in Folge dessen festgesetzten provisorischen Tarifs vom 25. Juli 1860 und des revidirten Tarifs vom 7. März 1863; —

In Anbetracht ferner, daß die im Sulina=Arme unternommenen Arbeiten beendet und in Folge der durch sie erzielten Vertiefung des Fahrwassers die Hindernisse, welchen die Fahrzeuge an dieser Stelle begegneten, beseitigt worden sind;

Daß die im Flußbett zur Correction und Reinigung desselben ausgeführten Arbeiten, die Errichtung eines Leuchthurms an der St. Georg=Mündung, die Verbesserungen, welche in den im Tractate gedachten Etablissements eingeführt worden sind, die Errichtung eines Seehospitals in Sulina, in welchem franke und schiffbrüchige Seeleute unentgeltlich aufgenommen werden, ebenfalls der Schiffahrt bedeutende Vortheile sichern;

Daß unter solchen Umständen zur Deckung sowohl der auf die Arbeiten verwandten Summen, als auch der Kosten, welche zur Unterhaltung und eventuellen Erweiterung derselben erforderlich werden können, wie auch zur Unterhaltung der gedachten Etablissements es nothwendig ist, die provisorischen Bestimmungen des gegenwärtig geltenden Tarifs durch definitive zu ersetzen;

Daß die Erfahrung gezeigt hat, wie es für die Schiffahrt vortheilhafter ist, wenn die Abgaben, welche für die Arbeiten zur Verbesserung des Fahrwassers erhoben werden, mit den Leuchthurm= und Lootsengeldern zu einer festen Abgabe vereinigt werden:

Setzt die europäische Donau=Commission einen Tarif folgenden Inhalts fest:

## Artikel 1.

Jedes Segelfahrzeug, welches mehr als 30 Tonnen hält, aus dem Sulina=Hafen ausläuft, um in See zu gehen, und laut der Declaration mehr als ein Drittel seiner vollen Ladung hat, muß für jede Tonne seiner Ladungsfähigkeit eine feste Schiffahrts=Abgabe zahlen, deren Betrag nachfolgend mit Rücksicht auf den vollen Tonnengehalt des Fahrzeugs und die Tiefe des Fahrwassers in der Mündung des Sulina=Armes festgesetzt wird.

Fahrzeuge, die stromaufwärts gehen, um ihre Ladung in irgend einem innern Hafen einzunehmen, müssen die in der hier folgenden Tabelle festgesetzten Abgaben zahlen:

Fahrzeuge.	Betrag der Abgaben per Tonne bei einer Wassertiefe in der Mündung von:													
	weniger als 10 Fuß		nicht weniger als 10 und nicht mehr als 11 Fuß		mehr als 11 bis 12 Fuß		mehr als 12 bis 13 Fuß		mehr als 13 bis 14 Fuß		mehr als 14 bis 15 Fuß		mehr als 15 bis 16 Fuß	
	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.
Von mehr als 30 und weniger als 100 Tonnen	0	80	0	80	0	80	0	80	0	80	0	80	0	80
Von nicht weniger als 100 u. nicht mehr als 150 Tonnen	1	05	1	55	2	05	2	05	2	05	2	05	2	05
Von mehr als 150 aber nicht mehr als 200 Tonnen	1	05	1	55	2	05	2	55	2	55	2	55	2	55
Von mehr als 200 aber nicht mehr als 250 Tonnen	1	05	1	55	2	05	2	55	2	80	2	80	2	80
Von mehr als 250 aber nicht mehr als 300 Tonnen	1	05	1	55	2	05	2	55	2	80	3	05	3	05
Von mehr als 300 Tonnen	1	05	1	55	2	05	2	55	2	80	3	05	2	30

Fahrzeuge, welche die Ladung im Sulina-Hafen einnehmen, ohne weiter stromaufwärts zu gehen, zahlen nur die in der folgenden Tabelle festgesetzten Abgaben:

Fahrzeuge.	Betrag der Abgaben per Tonne bei einer Wassertiefe in der Mündung von:													
	weniger als 10 Fuß		nicht weniger als 10 und nicht mehr als 11 Fuß		mehr als 11 bis 12 Fuß		mehr als 12 bis 13 Fuß		mehr als 13 bis 14 Fuß		mehr als 14 bis 15 Fuß		mehr als 15 Fuß	
	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.	Fr.	G.
Von mehr als 30 und weniger als 100 Tonnen	—	50	—	50	—	50	—	50	—	50	—	50	—	50
Von nicht weniger als 100 u. nicht mehr als 150 Tonnen	—	90	1	30	1	80	1	80	1	80	1	80	1	80
Von nicht mehr als 150 aber nicht mehr als 200 Tonnen	—	90	1	30	1	80	2	15	2	15	2	15	2	15
Von mehr als 200 aber nicht mehr als 250 Tonnen	—	90	1	30	1	80	2	15	2	35	2	35	2	35
Von mehr als 250 aber nicht mehr als 300 Tonnen	—	90	1	30	1	80	2	15	2	35	2	55	2	55
Von mehr als 300 Tonnen	—	90	1	30	1	80	2	15	2	35	2	55	2	80
Fahrzeuge von 300 und mehr Tonnen, welche wegen unzureichender Tiefe des Fahrwassers im Hafen nicht ihre volle Ladung einnehmen konnten	—	90	1	30	1	50	1	70	1	80	1	90	2	—

## Artikel 2.

Dampfschiffe, welche irgend einer öffentlichen Institution gehören, speciell zur Beförderung von Passagiren bestimmt sind und regelmäßige Fahrten nach einem vorher festgestellten Programm machen, zahlen bei ihrem Auslaufen aus dem Fluß eine feste Abgabe von 60 Cent. per Tonne ihrer Ladungsfähigkeit, ohne Unterschied, ob sie die volle Ladung haben oder nicht.

Diese Abgabe wird von dem Netto-Tonnenmaß des Fahrzeugs, welches in den Schiffspapieren angegeben ist, erhoben, d. h. nach Abzug des Gewichts der Maschine und des Heizmaterials von der vollen Ziffer ihres Tonnengehalts.

Wenn in den Schiffspapieren die Anzahl der Tonnen, welche auf den Motor fallen, nicht angegeben ist, so werden von der vollen Tonnenzahl bei den Raddampfern 37 % und bei Schraubendampfern 32 % abgezogen; dieser Abzug geschieht nach vorhergegangener Uebertragung des Tonnengehalts des Fahrzeugs in englische Registertonnen, welche Uebertragung gemäß der unten im Artikel 14 enthaltenen Bestimmungen bewerkstelligt wird.

Diese Fahrzeuge sind bei der Einfahrt in den Fluß von jeder Abgabe befreit.

### Artikel 3.

Von allen Handels-Dampfern, mit Ausnahme der im vorhergehenden Artikel erwähnten, werden ebensolche feste Abgaben erhoben, wie von den Segelfahrzeugen, nur mit Abzug des Gewichts der Maschine und des Heizmaterials; dieser Abzug geschieht von der allgemeinen Tonnenzahl nach den im vorhergehenden Artikel festgesetzten Regeln.

Der Betrag der festen Abgabe, welche diese Fahrzeuge von jeder Tonne ihrer Ladungsfähigkeit zu zahlen haben, wird den obigen Tabellen gemäß bestimmt, je nachdem, ob sie über den Sulina'schen Hafen hinaus weiter stromaufwärts gefahren sind, oder nicht, und nachdem der ihnen im ersten Alinea dieses Artikels gewährte Abzug stattgefunden.

Den Dampfern, welche nicht in die durch den Artikel 2 festgesetzte Kategorie fallen und mehr als zwei Mal in einem und demselben Jahre die Fahrt auf der Donau hin und zurück machen, wird ein Abschlag von vierzig Procent der Eingangs- und Ausgangs-Abgaben für jede von den acht Fahrten, welche sie nach den zwei ersten bis zum Ende des Jahres machen; wenn aber die Anzahl der Fahrten im Jahre mehr als zehn beträgt, so werden für jede Fahrt in demselben Jahre nach der zehnten sechszig Procent von den Abgaben nachgelassen.

Die Fahrten, welche Dampfer sowohl einkommend als ausgehend mit weniger als einem Drittel der vollen Ladung machen, werden nicht in die Zahl der Reisen eingerechnet, welche erforderlich sind, um den gedachten Nachlaß der Abgaben zu beanspruchen.

### Artikel 4.

Die Segelfahrzeuge und Dampfer, mit Ausnahme der im Artikel 2 angeführten, welche von der See kommend in den Hafen von Sulina einlaufen und nach ihrer Ladungs-Declaration mehr als ein Drittel der vollen Ladung haben, zahlen für das Einlaufen in den Fluß ein Viertel der Abgaben, die ihnen bei dem Auslaufen durch die Artikel 1 und 3 auferlegt sind.

Die Abgabe für das Einlaufen in den Fluß wird von den Fahrzeugen erst bei dem Auslaufen auf der Rückfahrt entrichtet. Von den gedachten Fahrzeugen wird die volle in den Artikeln 1 und 3 bestimmte Eingangs-Abgabe erhoben, wenn sie bei der Rückfahrt mit weniger als einem Drittel der Ladung aus dem Fluße auslaufen.

### Artikel 5.

Die Lichter, welche für die Passage durch die Sulina-Mündung von den Fahrzeugen, die die in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten Abgaben bezahlt

haben, angenommen werden, zahlen für jede mit voller oder nicht voller Ladung gemachte Fahrt nur die nachstehende Abgabe, nämlich:

Lichter von 10 bis 50 Tonnen . . . . .	6 Fr.
Von mehr als 50, aber nicht mehr als 100 Tonnen . . . . .	8 "
Von mehr als 100 Tonnen . . . . .	12 "

#### Artikel 6.

Die Fahrzeuge, welche auf der Sulinaschen Rhebe vor Anker gehen, um ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben durch Lichterfahrzeuge zu löschen oder einzunehmen, und nicht in den Hafen einlaufen, unterliegen nicht der Zahlung der oben in den Artikeln 1, 3 und 4 festgesetzten Abgaben. Sie haben, um an den Unkosten der Einrichtungen, von denen sie Nutzen ziehen, Theil zu nehmen, nur eine gleichmäßige Abgabe von hundert Francs für jedes Fahrzeug zu entrichten.

Diejenigen der gedachten Fahrzeuge, welche zwar in den Hafen eingelaufen sind, jedoch in demselben keine Handelsoperationen von der Art vorgenommen haben, daß sie dadurch zur Zahlung der oben in den Artikeln 1, 3 und 4 festgesetzten Abgaben verpflichtet würden, zahlen außer der im vorigen Punkte festgesetzten festen Abgabe von 100 Francs noch eine Abgabe von fünfzig Centims per Tonne an Leuchthurm- und Lootsengeldern. Diese Abgabe wird nur ein Mal bei dem Auslaufen aus dem Hafen erhoben.

Die Lichter, welche gemiethet werden, um die Ladung derjenigen Fahrzeuge, die keine anderen Abgaben als die durch gegenwärtigen Artikel festgesetzten, entrichten, durch die Mündung zu transportiren, zahlen für jede Fahrt durch die Mündung mit voller oder nicht voller Ladung eine feste Abgabe von einem Franc per Tonne der vollen Ladung.

Die Lichter, welche zum Ballastlöschten benutzt werden, sind von jeder Abgabe befreit,

Die Abgaben von 50 Centimes und einem Franc per Tonne, die durch diesen Artikel den Seefahrzeugen und Lichtern auferlegt sind, werden für die Dampfer von ihrem Netto-Tonnengehalt berechnet gemäß den im Artikel 2 festgesetzten Regeln.

#### Artikel 7.

Holzflöße von nicht mehr als 100 englischen Fuß Länge und 40 Fuß Breite, die auf dem Sulina-Arme stromabwärts bugfirt werden, zahlen, wenn sie die Mündung verlassen, eine feste Abgabe von 100 Francs.

Von allen Holzflößen, welche den Sulina-Arm nicht am Schlepptau hinunterfahren, sowie von denen, welche mehr als 100 englische Fuß lang oder 40 Fuß breit sind, wird eine Abgabe von dreihundert Francs erhoben.

#### Artikel 8.

Kriegsfahrzeuge sind sowohl bei ihrem Einlaufen in die Sulina-Mündung, als auch bei ihrem Auslaufen aus derselben von jeder Abgabe befreit.

Desgleichen sind die Bugfirtfahrzeuge von den Abgaben befreit, wenn sie nicht als Lichter zum Transport eines Theils der Ladung der von ihnen bugfirtten Fahrzeuge benutzt werden.

#### Artikel 9.

Fahrzeuge von mehr als 60 Tonnen, welche in den Sulinaschen Hafen einlaufen, und mit weniger als einem Drittel ihrer vollen Ladung wieder aus demselben

auslaufen, und daher von den in den Artikeln 1, 3 und 4 festgesetzten Abgaben befreit sind, zahlen bei dem Auslaufen eine Abgabe von 50 Centimes per Tonne an Leuchtturm- und Lootsengeldern.

Dieselbe Abgabe, unabhängig von der im dritten Alinea des Artikels 6 festgesetzten Abgabe von einem Franc per Tonne, zahlen diejenigen Seefahrzeuge, welche ausnahmsweise als Lichter benutzt werden.

Seefahrzeuge und Lichter, welche in den Hafen von Sulina einlaufen, um gegen Unwetter Schutz zu suchen, oder welche daselbst einlaufen, um erlittene Schäden auszubessern, oder welche in Folge irgend eines Unglücksfalls genöthigt sind, sich in den Hafen zu flüchten und nicht im Stande sind ihre Seereise fortzusetzen, sind von jeder Abgabe befreit, sofern sie wieder in See gehen, ohne irgend eine Handelsoperation ausgeführt zu haben.

### Artikel 10.

Alle Segelfahrzeuge und Dampfer ohne Ausnahme, welche von der See mit mehr als einem Drittel ihrer vollen Ladung in den Hafen von Sulina einlaufen, um dort nur einen Theil ihrer Ladung zu löschen und dann wieder in See gehen, um ihre Reise nach einem andern Hafen fortzusetzen, zahlen für jede Tonne ihrer der Abgabenzahlung unterliegenden Ladungsfähigkeit eine feste Abgabe von zwei Franken, wenn die Tiefe der Mündung 15 englische Fuß übersteigt; beträgt die Tiefe jedoch nur 15 Fuß oder weniger, so wird diese Abgabe für die mehr als 300 Tonnen haltenden Fahrzeuge, welche nicht stromauf gehen, und denen die unzureichende Tiefe des Durchgangs nicht gestattet, ihre volle Ladung innerhalb des Sulinaschen Hafens einzunehmen, in dem im Artikel 1 dieses Tarifs festgesetzten Verhältniß verringert.

Diese feste Abgabe wird von einem Drittel des der Abgabenzahlung unterliegenden Tonnenmaßes des Fahrzeugs erhoben, wenn das Quantum der in Sulina ausgeladenen Waaren nicht ein Drittel seines vollen, der Abgabenzahlung unterliegenden Tonnenmaßes übersteigt, und von zwei Dritteln des Tonnenmaßes, wenn das ausgeladene Quantum mehr als ein Drittel beträgt, indessen zwei Drittel nicht übersteigt.

Übersteigt es jedoch zwei Drittel, so werden die Abgaben gemäß den in den Artikeln 1 und 3 angegebenen Grundlagen erhoben.

Wenn ein Fahrzeug, welches in dem in diesem Artikel vorgesehenen Falle in Sulina weniger als zwei Drittel seiner Ladung ausgeladen hat, in diesem selben Hafen wieder Waaren einnimmt, so zahlt es außer der von ihm für das Ausladen zu entrichtenden Abgabe noch ein Viertel dieser Abgabe, welches Viertel von einem oder von zwei Dritteln des der Abgabenzahlung unterliegenden Tonnenmaßes erhoben wird, je nachdem, ob das von ihm eingenommene Waarenquantum nicht mehr als ein Drittel oder mehr als ein, aber nicht mehr als zwei Drittel des Tonnenmaßes des Fahrzeugs beträgt.

### Artikel 11.

Die in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten Abgaben begreifen in sich:

Die Abgabe, welche den Fahrzeugen zur Deckung der Kosten der von der europäischen Commission ausgeführten Arbeiten und Verbesserungen auferlegt ist;

Die gegenwärtig bestehenden Abgaben zur Unterhaltung der Leuchttürme, welche das System der Erleuchtung der Donaumündung bilden;

Die Abgaben, welche zur Deckung der zur Unterhaltung des Lootsenwesens im Sulina-Passe erforderlichen Ausgaben, sowie der Ausgaben für andere zur Erleichterung der Schifffahrt bestehenden Einrichtungen bestimmt sind.

Außer diesen Abgaben werden von den Fahrzeugen keinerlei anderweitige Abgaben oder Steuern erhoben, mit Ausnahme der Zahlung an die Flußlootsen, welche bei der Fahrt stromabwärts dem folgenden Artikel gemäß zu entrichten sind.

#### Artikel 12.

Segelfahrzeuge von mehr als 60 Tonnen, welche vom Sulina-Hafen hinauf gegangen sind, sowie Holzflöße, zahlen bei ihrem Auslaufen aus dem Flusse für die Führung durch einen Lootsen, welche bei der Fahrt stromabwärts obligatorisch ist, eine feste Abgabe, die folgendermaßen bestimmt wird:

Für den Traject von Galatz oder einem oberhalb dieses Punktes belegenen Hafen nach Sulina 120 Francs.

Für den Traject von Reni oder Ismail nach Sulina 100 Francs.

Für den Traject von Tultscha nach Sulina 72 Francs.

Diese Abgabe wird für Dampfer auf die Hälfte reducirt.

Die oben im Artikel 2 erwähnten Dampfer können von dieser Abgabe befreit werden, wenn der an Bord befindliche Lootse mit einem Lootsenpatent zweiter Klasse versehen ist.

Was die Führung durch einen Lootsen bei der Fahrt stromaufwärts anbelangt, die rein facultativ ist, so kann die dafür dem Lootsen zu leistende Zahlung nach gegenseitigem Uebereinkommen bestimmt, und muß sie ihm unmittelbar vom Capitain des geführten Fahrzeugs entrichtet werden.

#### Artikel 13.

Die Abgaben müssen bei dem Beamten eingezahlt werden, welchem die Verwaltung der Schifffahrtskasse des Sulina-Hafens übertragen ist, und der darüber Quittungen ausstellen wird.

Im Comptoir der Abgabenerhebung wird jeder Zeit eine Tabelle für die Umrechnung der an der unteren Donau gebräuchlichen Münzen in Francs ausgehängt sein.

Diese Tabelle wird periodisch revidirt werden.

Diejenigen Abgaben, deren Rechtfertigkeit oder deren Richtigkeit bezüglich der Berechnung von den Zahlern bestritten wird, müssen bei der Schifffahrtskasse zur Aufbewahrung eingezahlt werden.

Die Forderungen auf Zurückgabe der vollen oder eines Theils der bezahlten Abgabe müssen bei der europäischen Commission oder derjenigen internationalen Autorität, welche an ihre Stelle tritt, angebracht werden; sie müssen schriftlich innerhalb dreier Monate nach der Entrichtung oder Deponirung der Abgaben eingereicht werden, widrigenfalls das Forderungsrecht verloren geht.

#### Artikel 14.

Unter der Bezeichnung „Tonne der Ladungsfähigkeit“ wird eine englische Register-Tonne verstanden.

Der Tonnengehalt eines Fahrzeugs wird nach seinen Schiffspapieren bestimmt.

Die Reduction der in den verschiedenen Staaten gebräuchlichen Tonnen auf englische geschieht in Grundlage der diesem Tarife beigefügten Tabelle.



### Artikel 15.

Fahrzeuge, welche in die Donau ohne Papiere, die ihren Tonnengehalt angeben, einlaufen, unterliegen, lediglich zum Zwecke der Festsetzung des Betrages der von ihnen nach dem gegenwärtigen Tarife zu zahlenden Schifffahrts-Abgaben, einer annähernden Schätzung durch zwei Experten unter Aufsicht des Portcapitains und mit Bezugung der competenten Consular-Autorität. Dem die Schifffahrtskasse verwaltenden Beamten steht es frei, persönlich dabei zugegen zu sein oder anstatt seiner einen Bevollmächtigten zu schicken.

In derselben Weise wird in denjenigen Fällen verfahren, wo der in den Schifffspapieren angegebene Tonnengehalt offenbar unrichtig ist, oder wenn hinsichtlich der Schätzung des Betrages der Ladung des Fahrzeugs in den oben in den Artikeln 1 und 4 gedachten Fällen Streit entsteht.

Die Ausmessung der Ladungsfähigkeit eines Fahrzeugs wegen mangelnder Schifffspapiere geschieht für Rechnung des resp. Fahrzeugs; desgleichen in den Fällen, wo sich bei der Controle durch die Experten ein Ueberschuß von mehr als 5 Tonnen über die in den Schifffspapieren angegebene Ladungsfähigkeit ergibt, oder wenn es sich im Gegensatz zu der Angabe des Capitains oder des Patrons erweist, daß das Fahrzeug mehr als ein Drittel seiner vollen Ladung hat; im entgegengesetzten Falle trägt die Schifffahrtskasse die Kosten. In keinem Falle ist eine Appellation oder Beschwerde wider die bewerkstelligte Schätzung zulässig.

### Artikel 16.

Die Tiefe, nach welcher die durch den gegenwärtigen Tarif festgesetzten Abgaben bestimmt werden, wird auf der Sulina-Barre in englischen Fußes gemessen.

Die Sondirungen werden unter Leitung und Verantwortlichkeit des die Arbeiten zur Verbesserung der Mündung vorstehenden Ingenieurs bewerkstelligt und die erhaltenen Resultate im Comptoir der Schifffahrtskasse und in der Canzellei des Portcapitains angeschlagen. Wenn der Zustand des Meeres keine Sondirungen gestattet, so wird der Betrag der zu erhebenden Abgaben nach der durch die zuletzt vorgenommene Sondirung constatirte Tiefe bestimmt.

Es darf von den Fahrzeugen keine Nachtragszahlung zu den Ausgangs-Abgaben erhoben werden, ebensowenig kann, mit Ausnahme des Falls eines in den Sondirungen gebührend nachgewiesenen Fehlers, von der Schifffahrtskasse die Rückzahlung weder der ganzen Abgabe, noch eines Theils derselben, aus Anlaß einer Differenz, wie groß dieselbe auch sein möge, zwischen der Tiefe der Mündung zur Zeit des Ausganges des Fahrzeugs aus derselben und derjenigen, welche bei der Berechnung der gezahlten Abgaben zu Grunde gelegen hat, verlangt werden.

### Artikel 17

Jedes Fahrzeug und jedes Holzfloß, das auf irgend eine Weise versucht hat, sich der Zahlung der durch den gegenwärtigen Tarif festgesetzten Abgaben vollständig oder theilweise zu entziehen, unterliegt außer dem, daß es die nach dem Vorhergehenden von ihm zu entrichtenden Abgaben erlegen muß, noch einer Geldstrafe im Betrage des Vierfachen dieser Abgaben.

Wenn die Angabe des Tonnengehalts eines Fahrzeugs in den Schifffspapieren oder die Declaration hinsichtlich des in Sulina eingenommenen oder ausgeladenen Waarenquantums in dem oben im Artikel 10 angegebenen Falle sich als falsch erweist, so kann in der im Artikel 15 bestimmten Ordnung zur Verification der

Ladungsfähigkeit des Fahrzeugs oder des Quantums der eingenommenen oder ausgeladenen Waaren, im Vergleich zu seinem vollen Tonnengehalt, vorgenommen werden.

Das Erkenntniß über die Beitreibung der Geldstrafe wird in erster Instanz vom Sulinaschen Portcapitain gefällt und dem Verurtheilten persönlich oder in der Canzellei derjenigen in Sulina ihren Sitz habenden Consular- oder örtlichen Autorität, unter welche er ressortirt, eröffnet.

Appellationen gegen solche Erkenntnisse müssen bei der europäischen Commission oder bei der an ihre Stelle tretenden internationalen Autorität angebracht werden. Sie müssen innerhalb dreier Monate vom Tage der Eröffnung eingereicht werden, widrigenfalls sie ungiltig sind.

Die Ordnung des Verfahrens soll später durch besondere Bestimmungen festgesetzt werden. Gegen Erkenntnisse, die auf Appellation erfolgt sind, ist keine weitere Beschwerde gestattet.

Die Erkenntnisse des Portcapitains über Beitreibung von Geldstrafen müssen ohne Rücksicht auf die eingereichte Appellation erfüllt werden; im Falle der Appellation aber wird die eingezahlte Strassumme der Schifffahrtskasse zur Aufbewahrung übergeben.

Der Betrag der allendlich bestätigten Geldstrafen wird der gedachten Kasse überwiesen und zur Deckung der Ausgaben des Seehospitals bestimmt.

#### Artikel 18.

Die Commandeure der gemäß dem Artikel 19 des Pariser-Tractats in den Donaumündungen stationirten Kriegsfahrzeuge sind berufen, bei der Beitreibung der nach diesem Tarif zu zahlenden Abgaben und der definitiv bestätigten Geldstrafen von den Fahrzeugen ihrer Nation und von denjenigen, deren Flaggen entweder in Kraft von Tractaten, oder der bestehenden Gebräuche, oder einer allgemeinen oder besonderen Vollmacht ihrem Schutze anvertraut sind, Beihilfe zu leisten.

Die Kriegsfahrzeuge müssen zur Beihilfe durch Vermittelung des Sulinaschen Portcapitains auf Requisition des Beamten, welchem die Verwaltung der Schifffahrtskasse übertragen ist, aufgefordert werden. Falls sich am Orte kein Kriegsfahrzeug befindet, welches eine coercitive Gewalt gegen das einer Contravention schuldige Fahrzeug auszuüben berechtigt ist, so muß der Portcapitain die Intervention des in Sulina stationirten türkischen Kriegsfahrzeuges in Anspruch nehmen.

#### Artikel 19.

Die Anwendung des provisorischen Tarifs vom 7. März 1863 wird aufgehoben und tritt der gegenwärtige Tarif in Kraft, sobald die Ratification des internationalen Acts, dessen Beilage er bildet, stattgefunden hat, und zwar von dem Tage an, welcher durch eine besondere Publikation, die diesbezüglich von der europäischen Commission erlassen werden soll, bestimmt werden wird.

So geschehen zu Galatz, am 2. November 1865.

(Unterz.) Offenbergh. A. v. Kremer. Ed. Engelhardt. S. Stokes.  
Strambio. Saint-Pierre. Achmet-Rassim.

---

## Tabelle

des Verhältnisses der englischen Register-Tonne zu den in den übrigen Staaten zur Ausmessung der Ladungsfähigkeit der Seefahrzeuge gebräuchlichen Maße.

Fahrzeuge.	Multiplier, mit welchem die Einheit des Maßes eines jeden Staates multiplicirt werden muß.		Anmerkungen.
	Tonnen.	Lasten.	
Oesterreichische	0. 82	— —	eine englische Tonne = 61 <sup>53</sup> / <sub>200</sub> Konstantinopoli- tanischer Kilos.
Französische	1. —	— —	
Italienische	0. 89	— —	
Türkische	— —	— —	
Preussische	0. 89	1. 50	
Russische	1. 08	1. 89	1 engl. { 4 <sup>82</sup> / <sub>100</sub> Galatz. Kil. Tonne { 3 <sup>1</sup> / <sub>100</sub> Brail. „
Amerikanische (Vereinigte Staaten)	1. —	— —	
Belgische	0. 95	1. 81	
Bremensche	— —	1. 89	
Dänische	1. 02	1. 96	
Spanische	1. —	— —	
Griechische	0. 76	— —	
Hamburgische	— —	2. 77	
Hannoversche	0. 98	2. 25	
Holländische	0. 89	2. 75	
Lübeckische	— —	1. 89	
Mecklenburgische	1. 09	2. 44	
Norwegische	0. 98	2. 08	
Oldenburgische	0. 96	1. 50	
Der vereinigten Fürstenthümer Schwedische	1. —	— —	
	1. 02	1. 98	

Galatz, den 2. November 1865.

## Conferenz von 1866.

Sitzung vom 28. März.

Gegenwärtig waren die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Preußen, Rußland, der Türkei und der Secrétaire der Conferenz.

Da die durch den Artikel 16 des zu Paris am 30. März 1856 abgeschlossenen Tractats niedergelegte europäische Commission dahin gelangt ist, durch verschiedene wichtige Arbeiten die Schifffahrt auf der unteren Donau zu verbessern und für die verschiedenen diesbezüglichen Gegenstände Regeln aufgestellt hat, so haben die Mächte, welche den gedachten Tractat unterzeichnet haben, ihre Vertreter in der besagten Commission mit der Vollmacht versehen, durch einen internationalen Act die Rechte und Pflichten zu bestimmen, welche aus der neuen Lage der Dinge hervorgehen.

In Folge dessen ist von ihnen in Galatz am 2. November 1865 ein internationaler Act in acht Original-Exemplaren unterzeichnet worden, von denen eins im Archiv der europäischen Commission deponirt ist, die übrigen aber durch die Commissionsglieder ihren resp. Regierungen übersandt worden sind.

Der Herr französische Bevollmächtigte präsentierte der Conferenz ein Original-Exemplar des gedachten internationalen Actes.

Nachdem die Conferenz von diesem Act und von dessen zwei Beilagen sub Litt A und B, welche einen integrirenden Theil desselben bilden, sowie von der demselben desgleichen beigefügten Uebereinkunft hinsichtlich der der europäischen Commission von der hohen Pforte gemachten Geldvorschüsse Kenntniß genommen, giebt sie ihre Zustimmung zu den in denselben enthaltenen Bestimmungen und bestätigt sie.

Dabei wird jedoch, um eine unwillkürlich vorgekommene Auslassung zu repariren, bestimmt, daß der Artikel 5 des Reglements vom 5. November 1864 (Beilage A) folgendermaßen redigirt werden soll:

„Die Capitaine der Handelsschiffe aller Nationen ohne Unterschied sind verpflichtet, sich den Befehlen, welche ihnen kraft dieses Reglements vom Ober-Inspector und dem Sulinaschen Portcapitain ertheilt werden, zu unterwerfen.

Desgleichen sind sie verpflichtet, denselben, falls sie es verlangen, ihre Namen, die Nationalität und die Namen ihrer Fahrzeuge aufzugeben und ihnen ihre Schiffsrollen zu präsentieren, unabhängig von der Beobachtung der unten in den Artikeln 10, 17 und 65 festgesetzten Regeln.

Eine von der Commission verfaßte Special-Instruction bestimmt ausführlich den Wirkungskreis des Ober-Inspectors und des Port-Capitains.“

Außerdem wird bestimmt, daß im § 1 des Artikels 98 desselben Reglements die Worte „(Artikel 4)“ durch die Worte (Artikel 5)“ zu ersetzen sind.

Die contrahirenden Mächte werden bei der officiellen Publication des internationalen Actes und der beiden Beilagen zu demselben, jede insoweit es sie betrifft, den obgedachten Abänderungen Rechnung tragen.

Dieses Protocoll ist abgefaßt und unterschrieben in zwei Original-Exemplaren, von denen eins, gleich den übrigen Protocollen, bei den Acten der Conferenz zurückbehalten, das andere aber in der Sitzung der Conferenz dem Bevollmächtigten Seiner Majestät des Sultans officiell behändigt wird und von ihm nach Konstantinopel gesandt werden wird, damit es anstatt der im Artikel 22 des internationalen Actes gedachten europäischen Ratification diene.

So geschehen zu Paris, den 28. März 1866.

(Unterz.) Drouyn de Lhuys. Cowley. Budberg. Fürst Metternich.  
Nigra. Golz. Sosoet.

Mit dem Original gleichlautend:

Secretair der Conferenz:

Unterschrieben Faugère.

Riga-Schloß, den 8. September 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 120.** Ukas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: die Sache betreffend die vom Ministerium des Innern angeregte Frage darüber, wer in den Kreis-Rekruten-Empfangs-Commissionen, im Fall der Krankheit oder Abwesenheit des Kreis-Adelsmarschalls, an den Orten, wo die Kreisgerichte geschlossen sind, den Vorsitz haben soll. Befohlen: Nach Beprüfung der vom Ministerium des Innern angeregten Frage darüber, wer in den Kreis-Rekruten-Empfangs-Commissionen, im Fall der Krankheit oder Abwesenheit des Kreis-Adelsmarschalls, an den Orten, wo die Kreisgerichte geschlossen sind, den Vorsitz haben soll? findet Ein Dirigirender Senat: 1) daß in Grundlage des Art. 2 des am 18. October 1866 erlassenen Allerhöchsten Manifestes über die Bewerfstellung einer Rekrutenausbildung in diesem Jahre, 1867, die Glieder der Rekruten-Empfangs-Commissionen, im Fall ihrer Erkrankung oder Abwesenheit, durch diejenigen Personen ersetzt werden sollen, welche nach der allgemeinen Dienstordnung in ihr Amt stellvertretend einzutreten haben, und 2) daß kraft des Art. 279 des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, Bd. III., Reglement über den Wahldienst, das Amt des Kreis-Adelsmarschalls, im Fall seiner Beurlaubung und der Krankheit des Kreisrichters, oder anderer Ursachen, wegen deren er nicht das Amt des Adelsmarschalls vertreten kann, einem Deputirten des Adels stellvertretend übertragen wird. Demnach dafür erkennend, daß die gegenwärtige Frage durch die bestehenden Regeln entschieden wird, und daß in Grundlage dieser Regeln der Vorsitz in den nach dem Manifeste vom 18. October 1866 gebildeten Kreis-Rekruten-Empfangs-Commissionen, im Fall der Krankheit, Beurlaubung oder irgend welcher anderer Ursachen, wegen deren der Kreis-Adelsmarschall in den gedachten Commissionen nicht den Vorsitz führen kann, an den Orten, wo die Kreisgerichte aufgehoben sind, einem Deputirten des Adels, in den Fällen aber, in denen es aus eben diesen Ursachen unmöglich ist, den Vorsitz einem Deputirten zu übertragen, wie auch in denjenigen Gouvernements und Kreisen, in denen gar keine Adelsrepräsentation existirt, derselbe dem nach der Ordnung ältesten Gliede der Commission gebühren muß — hat Ein Dirigirender Senat verfügt: von allem Obigen zur Wissenschaft und erforderlichen Richtschnur den Generalgouverneuren, Kriegsgouverneuren, Gouverneuren, Gouvernements-Provinzial- und Heeres-Regierungen mittelst Ukase zu wissen zu geben und mittelst ebenmäßiger Ukase die Minister des Krieges und des Innern zu benachrichtigen.

Betreffend die Frage darüber, wer in den Kreis-Rekruten-Empfangs-Commissionen im Fall der Krankheit oder Abwesenheit des Kreis-Adelsmarschalls an den Orten, wo die Kreisgerichte geschlossen sind, den Vorsitz haben soll.

Aus dem 1. Departement vom  
30. Juni 1867, Nr. 61732.

**Nr. 121.** Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelft der am 3. (15.) Juni 1867 unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Kaiserlichen Majestät an den Dirigirenden Senat erlassene namentliche Allerhöchste Befehl Sr. Kaiserl. Majestät,

betreffend die Aufhebung des Verwaltungsraths des Königreichs Polen unter Beifügung eines zeitweiligen Stats des Archivs der alten Sachen publicirt wird.

Betreffend die Aufhebung des Verwaltungsraths  
des Königreichs Polen unter Beifügung eines  
zeitweiligen Stats des Archivs der alten Sachen.

Aus dem 1. Departement vom  
14. Juni 1867, Nr. 58891.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Indem Wir die im Organisations-Comité des Königreichs Polen entworfenen und im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs beprüften Vorschläge, betreffend die Aufhebung des Verwaltungsraths des Königreichs, für gut befinden, befehlen Wir:

- 1) Den Verwaltungsrath des Königreichs und die bei diesem Rathe bestehende Kanzlei gegenwärtig aufzuheben.
- 2) Die bis hiezu übrig gebliebenen Gegenstände des Ressorts des aufzuhebenden Verwaltungsraths zeitweilig bis zur allendlichen Reorganisation aller Central-Verwaltungen im Königreiche dem Organisations-Comité im Königreiche zu überweisen, welcher die diese Gegenstände betreffenden Angelegenheiten in der für diesen Comité festgesetzten Ordnung zu verhandeln hat.
- 3) Die Verhandlung und die Correspondenz in denjenigen Sachen, welche an die Kanzlei des Verwaltungsraths gelangten, um dem Statthalter persönlich vorgetragen zu werden, und nicht der collegialischen Beurtheilung des Rathes unterlagen, der eigenen Kanzlei des Statthalters zu übertragen.
- 4) Aus den abgemachten Sachen des aufzuhebenden Verwaltungsraths und des ehemaligen Reichsraths des Königreichs ein Archiv der alten Sachen zu bilden, welches dem Organisations-Comité unterstellt wird und für dessen Verwaltung die nöthige Anzahl von Beamten nach dem von Uns bestätigten hier beigefügten zeitweiligen Stat anzustellen ist.
- 5) Die Ausführung Unseres gegenwärtigen Ukases Unserem Statthalter und dem Organisations-Comité im Königreiche zu übertragen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung dessen die erforderliche Anordnung zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserl. Majestät Eigener Hand unterschrieben:  
Darmstadt, den 3. (15.) Juni 1867. „Alexander.“

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserl. Majestät Eigener Hand geschrieben:  
„Dem sei also.“

Darmstadt, den 3. (15.) Juni 1867.

## Zeitweiliger Stat des Archivs der alten Sachen.

Benennung der Aemter.	Anzahl der Personen.	Unterhalt im Jahre.		Klassen u. Kategorien		
		für Einen.	für Alle.	des Amts.	der Uniform.	der Pension.
Chef des Archivs	1	1200	1200	VI.	VI.	III. <sup>2.</sup> Gr.
Archivare	2	750	1500	VII.	VII.	IV.
Älterer Archivarsgehilfe	1	620	620	VIII.	VIII.	IV
Jüngerer Archivarsgehilfe	1	600	600	IX.	IX.	VII.
Beamter für das Kanzelleigeschäft	1	450	450	X.	X.	VII.
Summa	6		4370			

### Anmerkungen.

1) Die im Archiv Dienenden werden nach den für die Beamten des Organisations-Comités festgesetzten Regeln angestellt und entlassen; in Betreff der Beförderung im Range genießen sie die denselben Beamten gewährten Rechte.

2) Der durch die im Königreiche Polen geltenden Gesetze festgestellten Ordnung für die Abzüge zur Emeritalkasse und für die Bewilligung von Pensionen unterliegen die im Archiv Dienenden nur in dem Falle, wenn sie selbst damit einverstanden sind.

3) Der Chef des Archivs erhält ein Krons-Quartier.

Unterschrieben: Vorsitzender im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs Polen Fürst Paul Wagarin.

**Nr. 122.** Ukas eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 19. Juni 1867 bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend das den Kirgisen zu gewährende Recht, in die innere Linie hinüberzugehen, um sich bei Landbewohnern zur Arbeit zu verdingen, publicirt wird. Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend das den Kirgisen zu gewährende Recht, in die innere Linie hinüberzugehen, um sich bei Landbewohnern zur Arbeit zu verdingen, und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: in Ergänzung des Art. 239 Bd. II. Thl. II. der Organisation der Verwaltung der sibirischen Fremdvölker in der neuen durch das Gutachten des Reichsraths vom 21. November 1866 Allerhöchst bestätigten Fassung zu verordnen: Diese Regel erstreckt sich nicht auf die bei Landbewohnern sich zur Arbeit verdingenden Kirgisen, welche nach Vorweisung von Beschlüssen der Landgemeinden darüber, daß die Bauern sie zur Arbeit anzumietzen wünschen, mit Genehmigung des General-Gouverneurs in die innere Linie hinübergehen können, ohne den in diesem Artikel angegebenen Beschränkungen zu unterliegen, nur daß sie nach der im Art. 403 festgesetzten Ordnung mit Billeten versehen sein müssen.

Betreffend das den Kirgisen gewährte Recht, in die innere Linie hinüberzugehen, um sich bei Landbewohnern zur Arbeit zu verdingen.

Aus dem 1. Departement vom 11. Juli 1867, Nr. 67118.

**Nr. 123.** Ukas eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 16. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Erhöhung der Accise für Sandzucker inländischer Production, publicirt wird; Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Erhöhung der Accise für Sandzucker inländischer Production für gut erachtet: I. In Abänderung und Ergänzung des Art. 20 des Reglements über die Accise vom Sandzucker inländischer Production, Bd. V des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, in der Fortsetzung vom Jahre 1864 zu verordnen: 1) von dem in Grundlage des Art. 19 des Reglements berechneten Quantum Sandzucker

Sandzucker werden jährlich erhoben: bis zum 1. August 1867 30 Kop. und vom 1. August 1867 bis zum 1. August 1870 50 Kop. vom Pud. Wenn die Staatseinnahme vom importirten und inländischen Zucker zusammen für die Jahre 1868 und 1869 nach dem mittleren Durchschnitt dieser zwei Jahre die Summe von 6,500,000 Rbl. erreicht, so wird der letztgenannte Betrag der Accise (50 Kop.) bis zum 1. August 1872 beibehalten. Wenn dagegen die Einnahme niedriger als die gedachte Ziffer sein sollte, so werden vom 1. August 1870 bis zum 1. August 1872 70 Kop. vom Pud erhoben; 2) die in den Artikeln 21, 22, 23 und 24 des Reglements festgesetzten Normen für die Berechnung der Accise bleiben bis zum 1. August 1872 unverändert, wosern nicht etwa in der Einrichtung der Fabrik-Apparate solche Vervollkommnungen eintreten sollten, welche auf den Ertrag des Sandzuckers Einfluß ausüben; 3) der gegenwärtig bestehende Betrag des Zolls für Colonial-Rohzucker und Raffinade bleibt ebenfalls bis zum 1. August 1872 unverändert. II. Dem Finanzminister anheimzustellen, um die Mitte des Jahres 1871 seine Vorschläge in Betreff der weiteren Maßregeln bezüglich der Abgabenerhebung sowohl von inländischem, als auch von aus dem Auslande importirten Zucker bei dem Reichsrath einzubringen.

Betreffend die Erhöhung der Accise für Sandzucker inländischer Production.

Aus dem 1. Departement vom 10. Juli 1867, Nr. 64473.

**Nr. 124.** Ukas eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 17. Juni 1867 sub Nr. 842 folgenden Inhalts: der Finanzminister sei bei dem Minister-Comité mit einer Vorstellung, betreffend die Befristung der Salz-Accise und die Annahme von Unterpfändern dafür, eingekommen, indem er beantragt habe, als zeitweilige Maßregel bis zur Bepriifung des neuen Entwurfs des Salz-Reglements in legislatorischer Ordnung hinsichtlich der Befristung der Accisezahlung für Salz folgende Regeln festzusetzen: 1) in Anleitung des Artikel 509 des Salzreglements bei der Ausfuhr von Salz in einem Betrage von wenigstens 10,000 Pud von allen Kronz- und Privat-Salzquellen, überhaupt für die Entrichtung der Salz-Accise eine Frist von acht Monaten gegen Unterpfänder Rubel für Rubel zu gewähren, ohne Zahlung der im Art. 514 festgesetzten Procente zum Besten der Krone, gleichwie solches für die Getränksteuer festgesetzt ist; 2) Privatbesitzer von Salzfiedereien behalten in der früheren Grundlage gemäß dem Artikel 398 des Salzreglements das Recht, auf eine Befristung der Accisezahlung für Salz bis zu 4 Monaten ohne Vorstellung von besondern Unterpfändern; gleichermaßen bleibt die in der Anmerkung zum Artikel 730 des Salz-Reglements festgesetzte Ordnung für die Entrichtung und Befristung der Accise für Salz, welches nach Häfen des schwarzen und Asowschen Meeres ausgeführt wird, in Kraft; 3) bei der Befristung der Salz-Accise gegen Unterpfänder sind hinsichtlich der Annahme der Unterpfänder die in der Beilage zum Art. 268 Bd. V des Cod. der Reichsgesetze, Getränksteuer-Reglement, in der Fortsetzung vom Jahre 1863 festgesetzten Regeln zur Richtschnur zu nehmen. Gegenwärtig sei dem Finanzminister mittelst Extracts aus dem Journal des Minister-Comités vom 7 Juni 1867 Nr. 749 mitgetheilt worden, daß der Comité sein desfalliges Sentiment zu bestätigen beschloffen, und daß der Herr und Kaiser den Beschluß des Comité's am 30. Mai 1867 Allerhöchst zu genehmigen geruht habe. Ueber solchen Allerhöchsten



Befehl berichte er, der Colleege des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur allgemeinen Kenntnißnahme und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Befristung der Salz=Accise und die Annahme von Unterpfänden für dieselbe.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Juni 1867, Nr. 66210.

**Nr. 125.** Ukas Eines Dirigirenden Senats desmittelst das folgende am 22. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ausdehnung der allgemeinen Gesetze über Beahndungen und Strafen für Verletzung der Reglements über die Kronswälder — auf die Ostsee=Gouvernements und die Aufhebung der Artikel 990—993, 997, 1011, 1012, 1477, 1488 und 1534—1589 des Cod. der Reichsgesetze, Bd. VIII., Forst=Reglement, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der desfalligen Vorstellung des Domainenministers und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: 1) die Artikel 990—993, 997, 1011, 1012, 1477, 1488 und 1534—1589 des Cod. der Reichsgesetze, Bd. VIII., Forst=Reglement, aufzuheben und 2) die allgemeinen Gesetze über Beahndungen und Strafen für Verletzung der Reglements über die Kronswälder in ihrer Wirksamkeit auch auf die Ostsee=Gouvernements auszu dehnen.

Betreffend die Ausdehnung der allgemeinen Gesetze über Beahndungen und Strafen für Verletzung der Reglements über die Kronswälder auf die Ostsee=Gouvernements und die Aufhebung der Artikel 990—993, 997, 1011, 1012, 1477, 1488, 1534—1589 des Cod. der Reichsgesetze, Bd. VIII., Forst=Reglement.

Aus dem 1. Departement vom  
26. Juni 1867, Nr. 65100.

**Nr. 126.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 29. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staats=Oekonomie und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers betreffend die Maßregeln zur Entwicklung der Platina=Gewinnung für gut erachtet: I. die Wirksamkeit der Art. 154 bis 162 des Münz=Reglements, Bd. VII. des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, außer der Anmerkung zum Art. 160 dieses Reglements, aufzuheben. II. In Abänderung und Ergänzung des Art. 534 des Bergreglements, Bd. VII. des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, zu verordnen: 1) die Reinigung der rohen Platina auf dem St. Petersburgs Münzhofe ist für private Platinasucher nicht obligatorisch. 2) Es wird dem Finanzminister anheimgestellt, Privatpersonen zu gestatten, Laboratorien und Anstalten zum Reinigen der rohen Platina zu errichten. 3) Die Abgabe von der Platina wird in St. Petersburg bezahlt; sie wird in natura in der rohen Gestalt dieses Metalls, ohne Ausschluß der gediegenen Stufen, im Verhältniß der Abgabe vom Golde erhoben. 4) Die privaten Platinasucher sind verpflichtet, alle von ihnen in den Fundgruben gewonnene rohe Platina an den St. Petersburgs Münzhof

zu senden, sowohl zur Erhebung der im vorhergehenden Punkte festgesetzten Abgabe von derselben, als auch zur Untersuchung, ob in der Platina nicht als Beimischung Schlichgold enthalten ist; nach Erhebung der Abgaben und nach der Untersuchung wird die Platina, nach der Hingehörigkeit, retradirt, mit der gehörigen Bescheinigung Seitens des Münzhofes über die Reinheit derselben. III. Die bereits an den St. Petersburger Münzhof gelangte Privat-Platina ist daselbst der Reinigung zu unterziehen und die Zahlung für dieselbe zu leisten, gemäß den bis hiezu bestandenen Gesetzesvorschriften, in Grundlage deren diese Platina angenommen worden ist, für die Zukunft aber ist dem Finanzminister anheimzustellen, falls Privatbesitzer ihre Platina im St. Petersburger Münzhofe reinigen zu lassen wünschen, für diese Reinigung eine Zahlung nach Maßgabe der wirklichen Kosten derselben festzustellen.

Betreffend Maßregeln zur Entwicklung der Platina-  
Gewinnung.

Aus dem 1. Departement vom  
26 Juni 1867, Nr. 65456.

**Nr. 127.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft folgendes am 12. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staatsökonomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers betreffend die Gebühren für Diplome und Urkunden, die über Güter und Würden (на имѣнія и достоинства) verliehen werden, für gut erachtet: I. In Ergänzung und Abänderung der betreffenden Artikel des Cod. der Reichsgesetze zu verordnen: 1) Unabhängig von den gegenwärtig ertheilt werdenden Diplomen über die Fürsten- und Grafenwürde ist auch die Ertheilung ähnlicher Diplome über den Baronstitel gestattet. 2) Ist die Ausreichung Allerhöchst bestätigter Wappen getrennt von den Diplomen, sowie von Copien Allerhöchst bestätigter Diplome gestattet. 3) Ist es erlaubt, die gegenwärtig ertheilt werdenden Urkunden über den erblichen Ehrenbürgerstand und die (die Urkunden vertretenden) Attestate über das persönliche Ehrenbürgerrecht mit künstlerischer Ausarbeitung auszufertigen. Desgleichen ist die Ausreichung von Attestaten über Ehrentitel, über den Adel und den erblichen Ehrenbürgerstand mit künstlerischen Verzierungen gestattet. 4) Für Diplome, Wappen, Urkunden, Attestate über Ehrentitel und Würden und andere ähnliche Documente sind folgende Gebühren zur Staatscasse zu entrichten: a) für Urkunden für Fürsten, welche den Titel Durchlaucht erhalten — 1000 Rbl.; b) für Urkunden für Fürsten, welche den Titel Erlaucht erhalten — 900 Rbl.; c) für Urkunden für Grafen — 800 Rbl.; d) für Urkunden für Barone — 700 Rbl.; e) für Diplome für Personen, welchen durch die Allerhöchste Gewalt die erbliche Adelswürde verliehen wird — 500 Rbl.; f) für Diplome für erbliche Edelleute, welche den Erbadel durch den Dienst (Ranglossen oder Orden) erlangt haben, sowie für Edelleute, die im Adel bereits anerkannt sind — 50 Rbl., g) für Urkunden für erbliche Ehrenbürger, welche diese Würde dadurch, daß sie sich in Kaufmannsgilden befinden, erlangen (außer den nach Art. 592 Bd. IX des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, zu entrichtenden Abgaben, nämlich: a) für Wohlthätigkeitsanstalten 60 Rbl. und b) zum Besten der Handels- und Industrieanstalten 240) — 300 Rbl.; h) für Urkunden für erbliche Ehrenbürger aus der Zahl der Gelehrten, Künstler, Techniker und Artisten, welche diese Würde nicht dadurch, daß sie sich in Gilden befinden, erhalten (ohne Erhebung besonderer Abgaben für Wohlthätigkeits-

Handels- und Industrieanstalten) — 50 Rbl. und i) für Attestate (welche die Urkunden vertreten) für persönliche Ehrenbürger aus der Zahl der Kaufleute (außer den halben Abgaben nach Art. 592 Bd. IX. des Cod. der Reichsgesetze) — 30 Rbl.; k) für Attestate (welche die Urkunden vertreten) für persönliche Ehrenbürger aus der Zahl der Gelehrten, Künstler, Techniker und Artisten (ohne Erhebung besonderer Abgaben für Wohlthätigkeits-, Handels- und Industrieanstalten) — 15 Rbl.; l) für Attestate (welche nur die Bescheinigung bereits anerkannter Rechte enthalten) über Ehrentitel — 5 Rbl., über den Adel — 5 Rbl., über den Ehrenbürgerstand (für Kaufleute und Nichtkaufleute) — 5 Rbl.; m) für Copien von Wappen, welche getrennt von den Urkunden und Diplomen ausgereicht werden, — 15 Rbl.; n) für Copien von Stammbäumen — 15 Rbl.; o) für Copien von Wappen und Stammbäumen zusammen — 25 Rbl. Anmerkung: Copien von Urkunden und Diplomen unterliegen keiner besondern Gebühr zum Besten der Krone. 5) Unabhängig von den obgedachten Kronsabgaben haben diejenigen Personen, welche Wappen, Diplome, Urkunden und andere Documente erhalten, eine besondere Zahlung für die künstlerischen Arbeiten bei der Ausfertigung dieser Acten und Documente zu entrichten. Zu diesem Behuf wird es dem Justizminister anheimgestellt, für jede Art von Acten und Documente, welche vom Heroldie-Departement ausgereicht werden, von Zeit zu Zeit Taxen über die Kosten der künstlerischen Verzierungen dieser Acten und Documente zu entwerfen und zu veröffentlichen, wobei die bestehenden Preise für künstlerische Arbeiten und für die dazu erforderlichen Materialien leitend sein müssen und die Bedürfnisse der Wappenabtheilung des Heroldie-Departements zur Verstärkung der Mittel zur Ausführung dieser Arbeiten zu berücksichtigen sind. II. Die auf diese Weise erhobene Zahlung für künstlerische Verzierungen auf den Acten und Documenten sind den Specialsummen des Justizministeriums zuzuzählen, und ist der Abschnitt III., Art. 8, des den am 22. Mai 1862 Allerhöchst bestätigten Veranschlagungs-Regeln beigefügten Verzeichnisses der für verschiedene Verwaltungen bestehenden Abgaben und Einnahmen, welche der Eintragung in die Finanzanschläge nicht unterliegen, durch einen Punkt e, mit der Bezeichnung: „Summen, welche als Zahlung für künstlerische Verzierungen der vom Heroldie-Departement ausgereichten Acten erhoben werden,“ zu ergänzen. III. Die im Ausgaben-Budget des Justizministeriums für das Jahr 1867 (Art. 7 § 13) für Ausfertigung von Wappen, Diplomen, Urkunden und Copien von Wappen und Stammbäumen berechnete Summe (4969 R. 68 K.) auf 1800 R. zu vermindern, indem von diesem Credit 3169 Rbl. 86 Kop. ausgeschlossen werden, vom nächsten Jahre 1868 ab aber den gedachten Credit gar nicht mehr in den Finanz-Anschlag des Justizministeriums aufzunehmen.

Betreffend die Gebühren für Diplome und Urkunden, die über Güter und Würden verliehen werden und für andere Acten.

Aus dem Heroldie-Departement vom  
15. Juli 1867, Nr. 4719.

**Nr. 128.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Ministers des Innern vom 30. Juni 1867, Nr. 4538, folgenden Inhalts: in Grundlage der im Ministerium des Innern aus verschiedenen Orten des Reichs eingegangenen Nachrichten darüber, daß das Bestehen der am 1. Juni und 19.

August 1865 festgesetzten Regeln über die Ertheilung von sechsmonatlichen Billeten an der Staatsregierung zur Disposition gestellte Personen aus den niedern Ständen, damit sie sich eine sie aufzunehmen geneigte Gemeinde suchen, mit schädlichen Folgen für die öffentliche Sicherheit verbunden ist, hat er, der Minister des Innern, für nöthig erachtet, die Wirksamkeit der gedachten Regeln vom 1. Juni und 19. August 1865 unverzüglich einzustellen, mit der Festsetzung, daß gemäß den bis dahin in Geltung gewesenen Gesetzesbestimmungen die wegen schlechter Führung aus den abgabepflichtigen Gemeinden ausgeschlossenen und der Staatsregierung zur Disposition gestellten Personen direct nach Sibirien verschickt werden; worüber er auch bei dem Minister-Comité mit einer Vorstellung eingekommen sei. De. Minister-Comité hat sein, des Ministers des Innern, Sentiment zu bestätigen beschlossen. Der Herr und Kaiser hat am 23. Juni 1867 den Beschluß des Comité's Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Ueber solchen Allerhöchsten Befehl berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senat zur betreffenden Anordnung. Und die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Verschickung der aus den abgabepflichtigen Gemeinden wegen schlechter Führung ausgeschlossenen und der Staats-Regierung zur Verfügung gestellten Personen nach Sibirien.

Aus dem 1. Departement vom  
18. Juli 1867, Nr. 69222.

**Nr. 129.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft das folgende am 12. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Kriegsministers, betreffend die Einstellung der Abgabe von Minderjährigen, die sich Staatsverbrechen schuldig gemacht haben, in den Militairdienst und im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment übereinstimmend, für gut erachtet: in Ergänzung des Punktes 2 des Artikels 140 des Codex der Criminal- und Correctionsstrafen (Ausgabe vom Jahre 1866) zu verordnen: „Minderjährige Personen des Civil-Resorts, welche sich Staatsverbrechen schuldig gemacht haben, unterliegen nicht der Abgabe in den Militairdienst.“

Betreffend die Einstellung der Abgabe von Minderjährigen, die sich Staatsverbrechen schuldig gemacht haben, in den Militairdienst.

Aus dem 1. Departement vom  
17. Juli 1867, Nr. 75457.

Riga-Schloß, den 11. September 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 130.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: I. Die Vorstellung des Verwaltenden des Domainenministeriums vom 15. Juli, Nr. 12, folgenden Inhalts: Auf seinen, des Verwaltenden des Domainenministeriums, allerunterthänigsten Bericht, betreffend die Uebergabe der beim Forst-Auditoriate anhängigen Sachen an das Kriegsministerium gemäß dem Punkte 6 des Namentlichen Allerhöchsten Befehls an den Dirigirenden Senat vom 22. December 1866, habe der Herr und Kaiser am 10. Juli 1867 Allerhöchst zu befehlen geruht: 1) das Forst-Auditoriat aufzuheben und die bei demselben bestehende Canzellei bis zur Erledigung der Sachen mit der Ober-Kriegsgerichts-Verwaltung als temporaire Abtheilung zu vereinigen, wobei alle bei dem Forst-Auditoriat anhängigen Sachen derselben zur Erledigung, gemäß der im Militair = Ressort festgesetzten Ordnung, zu übergeben sind. 2) Die gegenwärtig bei den Kriegsgerichts-Commissionen in Verhandlung stehenden Sachen, betreffend dem Kriegsgerichte vor Emanirung des Gesetzes vom 27. Juni 1866 wegen Verbrechen, die sich nicht auf die Verletzung der Pflichten des Militairdienstes beziehen, übergebene Forstbeamte, müssen in ihrer weiteren Verhandlung der im Punkte 3 des angeführten Gesetzes festgesetzten Regel folgen, mit Ausnahme nur derjenigen Sachen, bei denen das Interesse der Krone verfährt. Diese letzte Art Sachen müssen zugleich mit den Urtheilen der Kriegsgerichts-Commissionen von diesen den örtlichen Domainen-Verwaltungen zur Begutachtung übersandt werden, welche verpflichtet sind, in ihren Rückäußerungen auf die Urtheile der Commissionen ihre Ansicht hinsichtlich der von den Schuldigen in der Sache zu erlegenden Geldstrafen und überhaupt hinsichtlich der Entschädigung der Krone für ihr erwachsene Verluste darzulegen, ohne die Fragen über das Maß der persönlichen Bestrafung der Verurtheilten zu berühren. 3) Den gegenwärtigen Beamten der Auditoriats-Canzellei das Recht zu gewähren, wenn sie es wünschen, über den Etat in allgemeiner Grundlage zu verbleiben. 4) Zur rascheren Erledigung der dem Kriegsministerium übergebenen und dorthin aus den Kriegsgerichts-Commissionen gelangenden Sachen betreffend Forstbeamte, die vor Emanirung des Gesetzes vom 27. Juni 1866 dem Kriegsgericht übergeben worden sind, die bei der Ober-Kriegsgerichts-Verwaltung zu bildende temporaire Abtheilung durch zwei Auditore mit denselben Dienstrechten und Emolumenten, welche dem Auditor des aufgehobenen Forst-Auditorats gewährt sind (428 Rbl. 88 Kop. Wage und 214 Rbl. Tafelgelder), was für zwei Auditore 1285 Rbl. 76 Kop. im Jahr ausmacht, zu verstärken und außerdem die im Budget der Canzellei des Forst-Auditorats zur Anmietzung von Schreibern bestimmte Summe um das Doppelte zu erhöhen, indem statt 534 Rbl. 1068 Rbl. jährlich, im Ganzen aber 1819 Rbl. 76 Kop. bestimmt werden. Die aus dieser Summe zu bestreitenden Ausgaben zur Verstärkung der Mittel der temporären Abtheilung im laufenden Jahre aus den Ueberschüssen der nach den §§ 1 und 2 des Budget des Forst-Departements zum Unterhalte der Beamten des Förstercorps festgesetzten Summe zu bestreiten. 5) Dem General-Auditorate das Recht zu gewähren, zu seinen Sitzungen in Sachen betreffend Forstbeamte einen General des Förstercorps nach Bestimmung des Domainenministers mit Stimmrecht hinzuzuziehen. Ueber solchen

Allerhöchsten Befehl mache er, der Verwaltende des Domainenministeriums, Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Anordnung Vorstellung. Und II. die Sprawa, nach welcher sich ergeben, daß der Einem Dirigirenden Senat am 22. December 1866 erteilte Namentliche Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, betreffend die Abänderung und Verminderung des Bestandes des Ministeriums der Reichsdomainen und der unter dasselbe ressortirenden localen Institutionen in den Gouvernements, am 29. December 1866 mittelst Senatsukase publicirt worden ist. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Uebergabe der im Forst-Auditoriate anhängigen Sachen an das Kriegs-Ministerium.

Aus dem 1. Departement vom  
8. Aug. 1867, Nr. 77926.

**Nr 131.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 3. Juli 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Aufhebung der indirecten und der Stempelpapier-Steuern im Forstwesen publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Aufhebung der indirecten und Stempelpapier-Steuern im Forstwesen, für gut erachtet: in Ergänzung und Abänderung der betreffenden Artikel des Forst-Reglements (Cod. der Reichsgesetze Bd. VIII.) Folgendes zu verordnen. 1) Die indirecten Forstabgaben, welche gegenwärtig erhoben werden, und zwar: a) die einprocentige Steuer für die Anfertigung von Billeten und Billetbüchern, b) die einproc. Steuer zur Bildung eines Hilfs Capitals für die Forstwache, c) die zwei-procentige Steuer zur Forst-Communal-Kasse des Grodnoschen Gouvernements und d) die Abgabe für die den Fahrzeugen aufgedruckten Stempel — sind vom 1. Januar 1868 an aufgehoben. 2) Die Stempelpapier-Steuern: 1) für Billete: a) zum Holzfällen und zur Bereitung von Fabrikaten aus den Kronsförsten, b) zum Landtransport der Forstfabrikate, c) zur Flößung der Forstfabrikate, d) zur Flößung der Hölzer und zur Ueberführung von einem Fluß zu einem andern, und 2) für Scheine über Wasserfahrzeuge, die in den Wäldern erbaut sind, — werden ebenfalls vom 1. Januar 1868 an aufgehoben, wobei zur Zeit noch die frühere Ordnung der Ertheilung aller genannten Billete und Scheine, jedoch nicht auf Stempelpapier, sondern auf gewöhnlichem Papiere, ohne Erhebung von Abgaben, bestehen bleibt. 3) Zur Ersetzung der durch die Aufhebung der in den Punkten 1 und 2 dieses Gutachtens benannten Steuern entstehende Verminderung der Forsteinkünfte ist die Forsttage verhältnißmäßig zu erhöhen. 4) Die Frachtbriefe für den Transport der Hölzer und Forstfabrikate zu Wasser und zu Lande, bis zur Revision des Reglements über die Stempelpapiersteuer, auf Stempelpapier vom niedrigsten Werthe zu schreiben.

Betreffend die Aufhebung der indirecten und Stempelpapiersteuern im Forstwesen.

Aus dem 1. Departement vom  
26. Juli 1867, Nr. 77272.

**Nr. 132.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst der Namentliche Allerhöchste Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät publicirt wird, welcher am 11. Juli 1867 unter Seiner Majestät Eigenhändiger Unterschrift dem Dirigirenden

Senat ertheilt worden ist, und in welchem es heißt: „Indem Wir es für nützlich befinden, die Civil- und Militair-Organisation der an China und die mittelasiatischen Chanate grenzenden Länder, welche zu den General-Gouvernements von Orenburg und von West-Sibirien gehören, abzuändern, befehlen Wir: 1) Gegenwärtig ein Turkestanisches General-Gouvernement aus dem Turkestanischen Gebiet, dem Taschkendschen Rayon, den im Jahre 1866 hinter dem Syr-Darja besetzten Ländereien und dem im Süden der Tarbagataischen Gebirgskette liegenden Theile der Provinz Semipalatinst zu bilden. 2) Als Grenzen des Turkestanischen General-Gouvernements festzusetzen: a) gegen das Westsibirische General-Gouvernement — die Tarbagataische Gebirgskette und ihre Ausläufer bis zur gegenwärtigen Grenze zwischen der Provinz Semipalatinst und dem Gebiete der Sibirischen Kirgisen, diese Grenze bis zum See Balchasch einhaltend; sodann weiter in einem Bogen durch die Mitte dieses Sees und von demselben in gerader Linie bis zum Flusse Tschu und diesem letzteren bis zu seinem Zusammenfluß mit dem Flusse Sary-Su; und b) gegen das Orenburgsche General-Gouvernement — von der Mitte des Perowskischen Meerbusens — im Ural-See bis zum Berge Termembes, von hier bis zur Grenzmarke Terekli, weiter bis zum Berge Kalmas, der Grenzmarke Musbil, den Bergen Ak-Kum und Tschubar-Tjubja, dem südlichen Ende der Sandberge Muin-Kum und der Grenzmarke Mün-Bulak bis zum Zusammenfluß der Flüsse Sary-Su und Tschu. 3) Das neue General-Gouvernement in zwei Provinzen einzutheilen: in die Provinz Syr-Darja und die Provinz Semiretschensk, wobei zwischen ihnen der Fluß Kurogota als Grenze bestimmt wird. 4) Die Ober-Verwaltung des neugebildeten Territoriums dem General-Gouverneur und die Verwaltung der Provinzen Syr-Darja und Semiretschensk den Kriegs-Gouverneuren zu übertragen; für die örtliche Verwaltung, der Militairkräfte und Institutionen aber aus diesen Provinzen einen Turkestanischen Militairbezirk zu bilden und den Oberbefehl über die in demselben stationirten Truppen dem General-Gouverneur mit der Benennung eines Commandirenden der Truppen des Bezirks und den Kriegs-Gouverneuren mit der Benennung von Commandirenden der Truppen der Provinzen zu übertragen. 5) Mit der Eröffnung der Provinzen Syr-Darja und Semiretschensk, die in denselben bestehenden Civil-Verwaltungen, bis zur Bestätigung einer allgemeinen Verordnung über die örtliche Verwaltung des Territoriums in bisheriger Grundlage den Kriegs-Gouverneuren dieser Provinzen, je nach der Hingehörigkeit, zu unterstellen. Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung dessen die erforderliche Anordnung zu treffen.“

Betreffend die veränderte Civil- und Militair-Organisation der an China und die mittelasiatischen Chanate grenzenden Ländereien, welche zu den General-Gouvernements von Orenburg und Westsibirien gehören.

Aus dem 1. Departement vom  
20. Juli 1867, Nr. 75946.

**Nr. 133.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelfst das folgende am 12. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Abänderung des Punkt 1 der Beilage zum Artikel 80 des Cod. der Reichs-

Gesetze Bd. II. Thl. I. und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: in Abänderung des Punktes 1 der Beilage zum Art. 80 des Cod. der Reichsgesetze Bd. II., allgem. Gouvern.-Institut., zu verordnen: die Vernichtung der unnöthigen Archivacten wird von der Gouvernements-Obrigkeit genehmigt.

Betreffend das der Gouvernements-Obrigkeit gewährte Recht, die Vernichtung der unnöthigen Archivacten zu gestatten.

Aus dem 1. Departement vom  
3. Juli 1867, Nr. 70983.

**Nr. 134.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 10. Juli 1867, Nr. 2605, folgenden Inhalts: Actien, Obligationen und Antheilscheine verschiedener industrieller Gesellschaften und Compagnien, sowohl die im Artikel 2 der Beilage zum Artikel 268 des Reglements über die Getränksteuer, Ausgabe vom Jahre 1863, genannten, als auch andere, deren Annahme als Unterpfand bei Kronspodbräden und Lieferungen gestattet ist, werden in Grundlage des Artikel 9 der Beilage zu demselben Artikel 268 als Unterpfand bei Verfristung der Accisezahlung für Branntwein, zu den von dem Finanzministerium festgesetzten Preisen, angenommen. Behufs Bestimmung dieser Preise werde nach der Anmerkung 1 zum Art. 9 der Beilage zum Art. 268 des Getränksteuer-Reglements der durchschnittliche mittlere Börsenpreis für das vorhergehende Halbjahr in Betracht gezogen und zugleich darauf geachtet, daß der Verpfändungspreis der Actien, Obligationen und Antheilscheine der Gesellschaften, welche die Garantie der Staatsregierung genießen, nicht 75 pCt., der keine solche Garantie genießenden aber nicht 50 pCt. des mittleren Durchschnittspreises derselben für das vergangene Halbjahr übersteige. Das auf dieser Grundlage vom Finanzminister bestätigte Verzeichniß der Preise, zu welchen Actien, Obligationen und Antheilscheine industrieller Gesellschaften und Compagnien und andere zinstragende Papiere als Unterpfand zur Sicherstellung der befristeten Accisezahlung für Branntwein für das zweite Halbjahr 1867 angenommen werden, stelle er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat mit der Bitte vor, die gehörigen Anordnungen treffen zu wollen, daß dasselbe zur allgemeinen Kenntniß publicirt werde; und 2) das bei diesem Bericht vorgestellte Verzeichniß. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Collegen des Finanzministers nebst beigegefügttem Verzeichniß über die Preise, zu welchen Actien, Obligationen und Antheilscheine industrieller Gesellschaften, Vereine und Compagnien und andere zinstragende Papiere als Unterpfand zur Sicherstellung der befristeten Accisezahlung für Branntwein im Kaiserreiche und im Königreiche Polen für das zweite Halbjahr 1867 angenommen werden, zur allgemeinen Wissenschaft Ukase zu erlassen.

Betreffend die Preise, zu welchen Actien, Obligationen u. als Unterpfand bei Accise-Verfristungen im Kaiserreiche und Königreiche Polen für das zweite Halbjahr 1867 angenommen werden.

Aus dem 1. Departement vom  
20. Juli 1867, Nr. 75053.





	P r e i s e.	
	Rbl.	Kop.
20) Actien der Dampffschiffahrt auf dem Don und dem Asowschen Meere	21	50
21) Actien der Moskau-Jaroslauer Eisenbahn Gesellschaft	75	
22) 5 1/2% Obligationen der Rigaschen Stadtkasse, deren Emission durch die Allerhöchsten Befehle vom 8. März 1861 und 14. Juni 1863 gestattet worden, (Litt. A. und C.) für 1000 Rbl.	727	—
23) Pfandbriefe der Gesellschaft des gegenseitigen Bodencredits, für 100 Rbl.	78	50

**Mr. 135.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 29. Mai 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die accisefreie Verabfolgung von Salz zur Fabrikation von Soda und Glaubersalz, publicirt wird: Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriifung der Vorstellung des Finanz-Ministers, betreffend die accisefreie Verabfolgung von Salz zur Fabrikation von Soda und Glaubersalz, für gut erachtet: diese Vorstellung zu bestätigen und demgemäß: 1. Für die accise- und zollfreie Verabfolgung von Salz zur Sodafabrikation folgende Ordnung festzusetzen: 1) Das auf Sodafabriken zur Fabrikation von Soda, Glaubersalz, Salzsäure, Chlorkalk und anderen zur Sodafabrikation gehörenden Producten zur Verwendung kommende Koch-, See- und Steinsalz wird, das inländische von der Accise, das ausländische von der Zollgebühr, befreit; ebenso wird die natürliche Soda und das Glaubersalz, die sich in einigen inländischen Salzquellen finden, ohne Accise verabfolgt. Anmerkung. Diejenigen Fabriken, welche nur zur Fabrikation von Glaubersalz, Salzsäure und Chlorkalk eingerichtet sind, genießen die in diesem Punkte angegebene Befreiung nicht. 2) Sodafabriken können in allgemeiner Grundlage von Personen angelegt werden, welche das Recht haben, Fabriken und Betriebsanstalten zu besitzen, ausgenommen von Beamten der Accise-Verwaltung desjenigen Gouvernements, in welchem sich die Fabrik befindet oder des angrenzenden. 3) Es ist verboten, Sodafabriken näher als 100 Faden von einer Salzquelle und von Landungsplätzen, wo unveraccistes Salz gelagert wird, zu eröffnen. 4) Jede Sodafabrik muß in einer solchen Ausdehnung angelegt sein, daß sie jährlich wenigstens 50,000 Pud Salz verarbeiten kann; der Fabrikant aber, der dieses Quantum Salz nicht verarbeitet hat, muß für das ganze Salzquantum, das der Fabrik im Laufe des Jahres accise- oder zollfrei verabfolgt worden ist, die Accise entrichten, und wird die Thätigkeit der Fabrik auf so lange suspendirt, bis diese Zahlung erlegt worden ist. 5) Die accise- oder zollfreie Verabfolgung von Salz können nur diejenigen Soda-Fabriken genießen, deren Inhaber bei der Accise-Verwaltung eine Bescheinigung der örtlichen Gouvernements-Obriegkeit darüber vorweisen, daß die Fabrik in Grundlage der bestehenden Regeln eingerichtet ist und die im vorhergehenden Punkte angegebene Größe hat. 6) Auf jeder Sodafabrik, welche accise- oder zollfreies Salz benutzt, muß sich beständig ein Aufseher (смотритель, или надсмотрщикъ,) von

Seiten der Accise-Verwaltung befinden, weshalb jeder Sodafabrikant, der Salz ohne Entrichtung der Accise oder des Zolls zu erhalten wünscht, verpflichtet ist, vor Eröffnung der Thätigkeit der Fabrik der örtlichen Accise-Verwaltung ein Reversal darüber vorzustellen, daß er bereit ist, jährlich 500 Rbl. zum Unterhalt eines Aufsehers bei der Fabrik zur Kronskasse einzuzahlen und demselben ein helles und warmes Zimmer bei der Fabrik zur Wohnung anzuweisen. Anmerk. Dieses Geld ist halbjährlich pränumerando bei der örtlichen Kreisrentei einzuzahlen und die Quittung bei der örtlichen Accise-Verwaltung vorzuweisen. 7) Zur Verabfolgung des accise- oder zollfreien Salzes, das sich bei den Salzquellen oder in Zoll-Niederlagen befindet, und für das weder Accise noch Zoll entrichtet ist, wird dem Sodafabrikanten die erforderliche Genehmigung von Seiten der örtlichen Accise-Verwaltung erteilt; wenn dagegen für Sodafabriken Salz, für das die Accise oder der Zoll bereits entrichtet ist, gekauft wird, so wird weder die Accise noch der Zoll zurückgezahlt, sondern dem Fabrikanten von der Accise-Verwaltung eine Bescheinigung darüber erteilt, daß er berechtigt ist, ein eben so großes Quantum Salz accise- oder zollfrei zu erhalten, als für welches bereits die Accise oder der Zoll behufs Verwendung zur Sodafabrikation bezahlt ist; wenn aber für das zur Sodafabrikation gekaufte Salz die Accise oder der Zoll noch nicht bezahlt, die prompte Entrichtung dieser Abgaben jedoch durch vorschriftsmäßige Unterpfänder sicher gestellt ist, so wird, nachdem dieses Salz auf die Sodafabrik gelangt ist, von Seiten der Accise-Verwaltung Anordnung zur Befreiung des entsprechenden Betrages an Unterpfändern und Streichung der berechneten Accise getroffen. 8) Das aus den Kronz-Engros-Niederlagen, wo solche noch bestehen, zur Bereitung von Soda und Glauberzsalz gekaufte Salz muß zu dem Preise verabfolgt werden, den die Anschaffung und der Transport des Salzes der Krone gekostet hat. 9) Das an Sodafabriken verabfolgte Salz darf zu nichts Anderem verwandt werden, als zur Fabrikation von Soda und der Nebenproducte, die bei dieser Fabrikation gewonnen werden; die möglicherweise bei Einstellung der Sodafabrikation oder bei Schließung der Sodafabrik übrig gebliebenen Reste an Salz unterliegen in allgemeiner Grundlage der Entrichtung der Accise oder des Zolls. Die Verwendung des zur Sodafabrikation verabfolgten Salzes zu andern Zwecken wird als Schmuggel angesehen und unterliegen die desselben Schuldigen Strafen in Grundlage der desfalls bestehenden Gesetze. 10) Das zur Sodafabrikation erforderliche Salz wird ohne Accise oder Zoll im Betrage von nicht mehr als 140 Pud auf je 100 Pud Soda verabfolgt, ohne Veranschlagung eines etwaigen Eintrocknens, Ausfließens oder einer Verschüttung. Das Quantum Salz, das über das Maß (140 Pud Salz auf 100 Pud Soda) zur Sodafabrikation verbraucht ist, muß voll veraccist oder verzollt werden. 11) Die Accise-Verwaltung führt eine genaue Rechnung sowohl über das Salz, das ohne Accise und ohne Zoll zur Sodafabrikation verabfolgt worden ist, als auch über die Soda selbst und die dabei gewonnenen Nebenproducte; zu dem Zweck haben die Beamten der Accise-Verwaltung das Recht, zu jeder Zeit die Sodafabriken zu besuchen, zu besichtigen und zu controliren, unabhängig von der Aufsicht des beständig sich auf der Fabrik befindenden Aufsehers. 12) Auf jeder Sodafabrik werden Bücher geführt über Einnahme und Ausgabe sowohl der fabricirten Soda und der nebenbei erhaltenen Producte, als auch über das dazu verbrauchte Salz, und sind die Fabrikanten verpflichtet, der Accise-Verwaltung terminliche Nachrichten in Betreff dieses Gegenstandes zuzustellen. Und II. dem Finanzminister anheimzustellen, in weiterer Ent-

wickelung der oben aufgestellten Grundsätze für die Beaufsichtigung des Verbrauchs des accise- und zollfreien Salzes zur Sodafabrikation eine ausführliche Instruction über die bei der Verabfolgung des Salzes an die Sodafabriken, dem Transport und der Aufbewahrung desselben zu beobachtende Ordnung, sowie über den Modus der Berechnung und Controle der Sodafabriken und der dabei nothwendigen Rechnungsablegung zu entwerfen.

Betreffend die accisefreie Verabfolgung von Salz  
zur Fabrikation von Soda und Glauberfalz.

Aus dem 1. Departement vom  
19. Juni 1867, Nr. 66629.

## Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

**Nr. 136.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß von dem im Ermesschen Kirchspiele des Wendischen Kreises belegenen Gute Schloß = Ermes mit Labarrenhof die zu demselben gehörigen nachstehend benannten Grundstücke und Ländereien, nämlich:

- 1) die theils aus ursprünglichem Hofeslande, theils aus zu demselben hinzugezogenen Bauerlande gebildete Hoflage Kurrel;
- 2) die Gehorchsland=Gesinde Leyes-Wihbul, Kalne-Wihbul, Punge, Dühme, Kasse, Beple, Leyes-Smehrte, Kalne-Smehrte, Leyes-Mahre und Kalne-Mahre;
- 3) das auf Hofesland fundirte Gesinde Meschjurrin; und
- 4) ein an dem Sedde-Fluß belegenes Hofes-Henschlagstück nebst dem innerhalb der Grenzen dieser Grundstücke und Ländereien belegenen Salming = Kruge, der diesem Kruge anklebenden Schänkereiberechtigung und sonstigem Zubehör, ab- und dem ebenfalls im Ermesschen Kirchspiele des Wendischen Kreises belegenen Gute Peddeln zugetheilt worden sind, und daß demnach fortan bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen das Gut Schloß = Ermes mit Labarrenhof mit einem Landeswerthe von  $8^8/20$  Haken, das Gut Peddeln aber mit einem Landeswerthe von  $6^{12}/20$  Haken zu berücksichtigen ist.

Riga=Schloß, den 13. September 1867

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **W. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller  
Rußen u. u. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

**Nr. 138.** In Folge desfallsiger Vorstellung des Livländischen Landraths-Collegii hat Se. Excellenz der Herr General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements seine Genehmigung zur Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages in Riga, dahin ertheilt, daß der Zusammentritt desselben und der Glieder der Livländischen adligen Güter-Credit-Societät am 3. November d. J., die Eröffnung des Landtages aber am 4. November d. J. stattfinden.

Indem die Livländische Gouvernements-Verwaltung Solches zur Kenntniß der Livländischen Ritterschaft und Landschaft bringt, fordert sie die Glieder der Ritterschaft zugleich auf, ihre etwaigen auf die Bedürfnisse und Interessen der Adelscorporation bezüglichen Vorstellungen drei Wochen vor Eröffnung dieses außerordentlichen Landtages wo gehörig einzureichen, sich unfehlbar am 3. Nov. d. J. als dem termino conveniendi zeitig in Riga einzufinden, bei dem Herrn Landmarschall zu melden und namentlich von dem Ritterschafts-Notairen verzeichnen zu lassen, auch vor dem Schlusse des Landtages sich nicht anders, als nach eingeholter specieller Erlaubniß, wie solches die Art. 65—70, Thl. II., Prov.-Recht, vorzuschreiben, fortzubegeben.

Wer solche Obliegenheiten verabsäumt und dafür keine gesetzliche Ursache zeitig vor Eröffnung des Landtages der Residirung anzeigen kann, hat im Falle seines gänzlichen Ausbleibens die vorschristmäßige Pön von 100 Rbl. S. zur Ritterschafts-Casse zu erlegen, für den Fall seiner verspäteten Meldung dagegen 2 Rbl. S. für jeden Tag zu entrichten, sowie für jeden Tag seiner Entfernung vor dem Schlusse des Landtags resp. 6 oder 3 Rbl. S. an die Ritterschafts-Casse zu zahlen. Außerdem hat jeder Abwesende alles dasjenige genehm zu halten und zu erfüllen, was von der anwesenden Ritter- und Landschafts-Versammlung beschlossen werden wird. Schließlich ergeht desmittelfst die Weisung, daß jeder Hof eine Bescheinigung über den Empfang dieses Patents dem örtlichen Herrn Kirchspielsprediger zustelle und Letzterer die gesammelten Bescheinigungen an die Ritterschafts-Kanzellei einsende.

Betreffend die Zusammenberufung eines außerordentlichen Landtages am 4. November 1867.

**Nr. 139.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird desmittelfst zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die im Rigaschen Kreise, Segewoldischen Kirchspiele belegenen Güter Schloß-Segewolde, im Landeswerthe von 18<sup>12</sup>/<sub>20</sub> Haken, und Gahlenhof im Landeswerthe von 1<sup>3</sup>/<sub>20</sub> Haken, zu einem Rittergute unter dem Namen „Schloß-Segewolde“ vereinigt worden sind und daß demnach das vereinigte Gut „Schloß-Segewolde“ hinfort bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen mit 19<sup>15</sup>/<sub>20</sub> Haken zu berücksichtigen ist.

Betreffend die Hakengröße des Gutes Schloß-Segewolde.

**Nr. 140.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß von dem im Dörptschen Kreise, Wendauschen Kirchspiele belegenen Gute Sarrakus das zu demselben gehörige Streugesinde Paggast, estnisch genannt Palsi, im Landeswerthe von 27 Thalern  $17^{31/112}$  Groschen, ab und dem in demselben Kreise und Kirchspiele belegenen Gute Heidohof zugetheilt worden ist und daß demnach hinfort das Gut Sarrakus mit  $3^{13/20}$  Haken, das Gut Heidohof aber mit 6 Haken bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen zu berücksichtigen ist.

Betreffend die Hakengröße der Güter Sarrakus und Heidohof.

Riga-Schloß, den 15. September 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **P. Schöpff.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

**Nr. 141.** Ukas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 28. Juli 1867, Nr. 72778, desmittelst das am 27 Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Reorganisation der Lehranstalten für Handelschiffahrt und das unter demselben Datum Allerhöchst bestätigte Reglement für die Navigationsklassen wie folgt publicirt werden.

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Reorganisation der Lehranstalten für Handelschiffahrt, Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschieden: Präsident des Reichsraths Constantin.

Den 27. Juni 1867.

## Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journalen der vereinigten Departements der Gesetze und der Staats-Deconomie vom 18. März und 29. April und der allgemeinen Versammlung vom 29. Mai 1867.

Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Gesetze und der Staats-Deconomie, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Reorganisation der Lehranstalten für Handelschiffahrt, und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet:

1) Den Chef des Landesgebiets oder Gouvernements in Küstengegenden anheimzustellen, gegenwärtig zur Errichtung von Navigationsklassen auf den in dem Allerhöchst bestätigten Reglement für diese Klassen enthaltenen Grundlagen an denjenigen Orten zu schreiten, wo die Gemeinden den Wunsch, solche Klassen zu gründen und die zur Errichtung derselben erforderlichen Opfer zu bringen, entweder schon geäußert haben oder in Zukunft äußern werden.

2) Dem Finanzminister anheimzugeben, die russische Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel auf Grundlage ihres Statuts (Art. II.) aufzufordern, daß sie ihrerseits zur Gründung von Navigationsklassen an der Küste des Schwarzen und Asowschen Meeres thätig mitwirke, sowie auch sich an andere Dampfschiffahrts-Gesellschaften wegen ihrer Mitwirkung bei der Errichtung solcher Klassen auch an andern Orten zu wenden.

3) Mit dem Ende des laufenden Schuljahres die Handels-Schiffahrtsschule in Cherson aufzuheben und dem Finanzminister anheimzustellen, mit einer Vorstellung wegen eines auf die Ersparniß aus den dieser Schule zugewiesenen Summen zu eröffnenden besonderen Credits zur Unterhaltung der neu zu gründenden Navigationsklassen einzukommen.

4) Bis auf weitere Erfahrung die Schiffer-Curse, die gegenwärtig in Archangel und Kem bestehen, sowie die an dem Libauschen Progymnasium errichtete Navigationsklasse unverändert beizubehalten.

5) Ohne das Handelsschiffahrts-Institut (рота торгового мореплавания) in Kronstadt zur Zeit schon zu schließen, diese Anstalt unter der Verwaltung des Marineministeriums zu belassen und diesem anheimzustellen, nach Uebereinkunft mit dem Finanzministerium die Zeit ihrer allendlichen Aufhebung zu bestimmen.

Das Original-Gutachten ist in den Journalen von den Vorsitzenden und den Gliedern unterschrieben.

Auf dem Original steht von St. Kaiserl. Majestät Eigener Hand geschrieben:

„Dem sei also.“

Sarštoje-Selo, den 27. Juni 1867.

## Reglement für die Navigationsklassen.

1) Den kaufmännischen, städtischen und allen anderen Gemeinden wird gestattet, in den Küstengegenden des Reiches Navigationsklassen zu gründen, zu dem Zwecke, um Personen, welche sich der Schifffahrt gewidmet haben, die Erlangung der Kenntnisse zu ermöglichen, welche für ihr Gewerbe und insbesondere, um dem Amte eines Schiffers oder Steuermanns auf Handelsfahrzeugen, sowohl Segel- als Dampfschiffen, vorzustehen nothwendig sind.

2) Die Gemeinde, welche ihre Bereitwilligkeit, für die Errichtung einer Navigationsklasse die erforderliche Darbringung zu machen erklärt hat, erhält nöthigenfalls zur Verstärkung ihrer Mittel eine von der Regierung für diesen Gegenstand festgesetzte Geld-Subvention.

3) Die Darbringung von Seiten der Gemeinde muß entweder in einer bestimmten, jährlich für die Unterhaltung der Klasse zu zahlenden Summe, oder in der Anweisung eines angemessenen Locals nebst Beleuchtung und Beheizung auf Kosten der Gemeinde, oder endlich in einem einmaligen Beitrage zur Einrichtung der Klasse bestehen.

4) Die Subvention von Seiten der Regierung im Betrage von 500 bis 1000 Rbl. jährlich für jede Navigationsklasse wird bestimmt je nach der Bedeutung des Ortes für die Handelsschiffahrt, sowie nach der Kategorie der zu gründenden Klasse und nach der Wichtigkeit der von der örtlichen Gemeinde gemachten Darbringung.

5) Der Eintritt in die Navigationsklassen steht Personen jeden Standes und Alters offen, sofern sie nur Bescheinigungen darüber, daß sie zu lesen und zu schreiben verstehen und schon Fahrten auf Wasserfahrzeugen gemacht haben, sowie Zeugnisse über ihre Person und Herkunft beibringen.

6) Eine Navigationsklasse kann nur mit Genehmigung des Finanzministers errichtet werden, von welchem nach Uebereinkunft mit dem Minister der Volksaufklärung sowohl die Bestätigung des besonderen Reglements für die Klasse, als auch die Festsetzung des Maßes der von der Krone zu ihrer Unterhaltung jährlich zu zahlenden Subvention abhängt.

7) Die Reglements dieser Art, welche für jede Klasse besonders die nothwendigen Details hinsichtlich der Einrichtung und Verwaltung der resp. Navigations-



klasse umfassen, dürfen keine Bestimmungen enthalten, welche mit den gegenwärtigen Regeln und überhaupt mit den bestehenden Gesetzen nicht übereinstimmen.

8) Die Anzeige über die Gründung einer Navigationsklasse und der Entwurf des Reglements für dieselbe werden von der Gemeinde dem Chef des Landesgebietes oder Gouvernements vorgelegt, unter Anschluß des Gemeindebeschlusses, in welchem genau die Darbringung, welche von der Gemeinde zu diesem Zwecke bestimmt ist, angegeben sein muß.

9) Die von der Gemeinde eingegangene Vorstellung wird von dem Chef des Landesgebietes oder Gouvernements dem Finanzminister übersandt mit einem Gutachten sowohl über das Sachliche der eingereichten Papiere, als auch über die Unterstützung, welche von Seiten der Regierung zur Unterhaltung der projectirten Klasse gewährt werden könnte.

10) Die Navigationsklassen werden nach dem Umfange der für sie festgesetzten Lehrgegenstände in drei Kategorien eingetheilt, von denen die erste oder niederste dem Programm der Prüfung auf den Grad eines Steuermanns für die Küstenschiffahrt, die zweite dem Programm der Prüfung auf den Grad eines Schiffers für die Küstenschiffahrt oder eines Steuermanns für weite Fahrten, und die dritte oder höchste Kategorie dem Programme der Prüfung auf den Grad eines Schiffers für weite Fahrten entspricht.

Anmerkung 1. Die in diesem Artikel bezeichneten Programme werden vom Finanzminister nach Uebereinkunft mit dem Minister der Volksaufklärung und dem Verwaltenden des Marineministeriums bestätigt.

Anmerkung 2. Den Unterrichtsgegenständen, welche in dem vom Finanzminister bestätigten Programm aufgeführt sind, können, entsprechend den localen Bedürfnissen und den Mitteln der Anstalt, auch andere, deren Nothwendigkeit anerkannt wird, hinzugefügt werden.

11) Der Unterricht in den Navigationsklassen wird nach Möglichkeit dergestalt vertheilt, daß er nicht mit der Navigationszeit zusammenfalle und vorzugsweise während der Wintermonate stattfinde; demgemäß sind auch die Anfangs- und Endtermine der Unterrichtsperioden anzusetzen.

12) Eine bestimmte Frist für die Beendigung des Lehrcurses in den Navigationsklassen wird nicht festgesetzt, und haben die Personen, welche die Klasse nicht weniger als eine Unterrichtsperiode hindurch ordentlich besucht haben, das Recht, um ihre Zulassung zur Prüfung zu bitten, in welchem Falle ihnen ein Zeugniß über die von ihnen erworbenen Kenntnisse ausgestellt werden kann. Dieses Zeugniß verleiht übrigens demjenigen, der es erhält, keine besonderen Rechte, und wird bei der Prüfung auf den Grad eines Schiffers oder Steuermanns blos in Berücksichtigung gezogen.

13) Navigationsklassen können sowohl besonders, als auch bei den bestehenden Schulen für allgemeine Bildung errichtet werden.

14) Für den Besuch der Navigationsklassen, deren Unterrichtsfächer die Grenzen des von dem Finanzminister bestätigten Programms nicht überschreiten, wird keine Zahlung erhoben; wenn aber neben dem Cursus ein ergänzender Unterricht in Gegenständen, die in das allgemeine Programm nicht aufgenommen sind, (Anmerkung 2 zum Artikel 10) eingeführt ist, so kann für die Benützung dieses Unterrichts ein von den an demselben Theilnehmenden zu entrichtendes besonderes Honorar festgesetzt werden.

15) Die Lehrer an den Navigationsklassen der ersten Kategorie werden in ihren Rechten hinsichtlich der Amtsklasse, der Uniformsklasse und der Pension den Lehrern der Kreisschule gleichgestellt, die Lehrer an den Navigationsklassen der zweiten und dritten Kategorie aber den Lehrern der mittleren Lehranstalten.

16) Die in der oben angegebenen Ordnung gegründeten Navigationsklassen stehen unter der unmittelbaren Verwaltung derjenigen Gemeinde, von welcher die Darbringung zu ihrer Einrichtung und Unterhaltung ausgegangen ist. Dieser Gemeinde wird unter Vermittelung eines aus ihrer Mitte gebildeten besonderen Comités überlassen, die Lehrer und den Director der Klasse zu wählen, ihren Unterhalt zu bestimmen und die übrigen Ausgaben für die Klasse zu bewilligen. Die Anstellung und Entlassung der besagten Personen steht auf Vorstellung des Comités dem Chef des Landesgebietes oder Gouvernements zu.

17) Die directe Leitung jeder Navigationsklasse wird einem der bei ihr angestellten Lehrer übertragen, dem eine Wohnung, womöglich in der Anstalt selbst, angewiesen wird. Unter seiner Verantwortlichkeit steht auch die Aufbewahrung der der Klasse gehörigen Lehrhilfsmittel, nämlich der Bücher, Instrumente, Karten u. s. w.

18) Die Gemeinde, durch deren Darbringung die Navigationsklasse gegründet worden ist, stellt jährlich dem Chef des Landesgebietes oder Gouvernements einen Rechenschaftsbericht über die Zahl derjenigen, welche die Curse besucht, und ebenso über diejenigen von ihnen, welche ein Examen gemacht und Atteste erhalten haben, vor. Auf Grund dieses Rechenschaftsberichtes macht der Chef des Landesgebietes oder Gouvernements jährlich dem Finanzminister über den Gang des Unterrichts in der Klasse Mittheilung.

19) Der Chef des Landesgebietes oder Gouvernements übt seinerseits die nöthige Aufsicht darüber, daß sowohl die von der Krone verabsolgt, als die von der Gemeinde ausgeworfenen Summen auch wirklich und den Bedürfnissen entsprechend für die Einrichtung und Erhaltung der Navigationsklassen verwendet werden.

20) In administrativer Beziehung stehen die Navigationsklassen unter der Oberverwaltung des Finanzministeriums im Departement für Handel und Manufacturen, hinsichtlich des Unterrichts aber sind sie in allgemeiner Grundlage dem Ministerium der Volksaufklärung untergeordnet.

Unterscriben: Präsident des Reichsraths Constantin.

**Nr. 142.** *Ukaz Cines Dirigirenden Senats.* Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Verwaltenden des Justizministeriums vom 17 Mai 1867 sub Nr. 7462 folgenden Inhalts: Gemäß der Verfügung Cines Dirigirenden Senats (aus dem 1. Departement), betreffend die Ausdehnung des am 6. Mai 1866 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités hinsichtlich der Verschickung von bestraften oder in Verdacht belassenen Personen nach Sibirien zur Niederlassung, — auch auf Personen des ackerbautreibenden Standes und anderer abgabepflichtiger Stände, welche im Verlauf einer sechsmonatlichen Frist keine in ihre Aufnahme willigende Gemeinde finden, sei er, der Verwaltende des Justizministeriums, mit einer Vorstellung bei dem Minister-Comité eingekommen. Der Comité habe beschlossen, die Aller-

höchste Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät dazu zu erbitten, daß die Verfügung des Dirigirenden Senats in Ausführung gebracht werde. Der Herr und Kaiser habe am 5. Mai 1867 solches Allerhöchst zu genehmigen geruht. Ueber solchen Allerhöchsten mittelst Extracts aus den Journalen des Minister-Comités mitgetheilten Befehl trage er, der Verwaltende des Justizministeriums, bei Einem Dirigirenden Senat zur schuldigen Erfüllung an. Und die Spranke, bei welcher sich ergeben, daß Ein Dirigirender Senat nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Abfertigung von Personen, welche von den Gemeinden nicht aufgenommen und der Staatsregierung zur Verfügung gestellt worden sind, an den Tobolskischen Prikas für Versichete und nach Vergleichung des in derselben enthaltenen Vorschlages — wegen Verschiebung aller der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Personen in die Sibirischen Gouvernements — mit dem genauen Sinne sowohl des am 1. Juni Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths, als auch des gegenwärtig erfolgten, am 6. Mai 1866 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités (publicirt in den Akten eines Dirigirenden Senats vom 9. Juni desselben Jahres) — befunden hat, daß in Anbetracht der Vorstellung des Ministers des Innern über die in der Praxis sich ergeben habenden für die öffentliche Sicherheit höchst ungünstigen Folgen der durch das am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths und durch den am 19. August 1865 Allerhöchst bestätigten Beschluß des Ober-Comités zur Organisation des Bauernstandes festgesetzten Regeln über die Ertheilung von sechsmonatlichen Billeten an Personen der niederen Stände, welche von der Gemeinde wegen schlechter Führung nicht aufgenommen worden sind, und in Folge der Erklärung des Domainenministers, daß in den entfernten Gouvernements des europäischen Rußlands kein genügendes Maß disponibler Ländereien zur Niederlassung der von den Gemeinden nicht aufgenommenen lasterhaften Personen vorhanden ist — der Minister-Comité durch seinen am 6. Mai 1866 Allerhöchst bestätigten Beschluß bestimmt hat: bis zur definitiven Einführung der neuen Gerichtsordnungen, sogleich jezt die bis zum Juni und August 1865 bestanden habenden Regeln betreffs der Abfertigung nach Sibirien zur Niederlassung aller Personen, welche nach ihrer Rückkehr aus den Arrestanten-Compagnien oder Arbeitshäusern, sowie auch, nachdem sie durch gerichtliche Urtheile wegen wichtigerer Verbrechen, die den Verlust aller Standesrechte oder aller besonderen persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge, und zugleich die Verschiebung zu Zwangsarbeit oder zur Ansiedelung, oder die Abgabe in die Arrestanten Compagnien oder Arbeitshäuser nach sich ziehen, in Verdacht belassen worden, von ihren Gemeinden nicht zurückgenommen werden, — wiederherzustellen. Angesichts dessen erweist sich die vom Minister des Innern beabsichtigte Maßregel, betreffend die Verschiebung der der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Personen in die Sibirischen und nicht in andere entfernte Gouvernements, vollkommen übereinstimmend mit diesem Beschluß hinsichtlich derjenigen unter ihnen, welche wegen der obgedachten Ursachen, d. h. wegen Verurtheilung zu den höchsten Correctionsstrafen und Belassung in Verdacht von ihren Gemeinden nicht wieder aufgenommen worden sind, und bedarf es daher zur Ausführung dieser Absicht des Ministers des Innern nur der Einschärfung an alle betreffenden Obrigkeiten, daß sie sich in diesem Falle genau nach dem oben angeführten Beschluß des Minister-Comités zu richten haben, welcher durchaus keinen Unterschied zwischen den städtischen und ländlichen Ständen macht, und mithin

in dem angegebenen Falle die Verschickung nach Sibirien ohne Unterschied für beide Stände festgesetzt hat. Was jedoch diejenigen Personen betrifft, welche, ohne unter Gerichte zu stehen, auf Beschluß der Gemeinde wegen Erfolglosigkeit der gegen sie angewandten correctionellen Strafmaßregeln, der Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden, so ist die Verschickung solcher Personen ebenfalls in die Sibirischen und nicht in entfernte Gouvernements des europäischen Rußlands weder durch den obgedachten Beschluß des Minister-Comités entschieden, durch welchen festgesetzt ist, daß die seit dem Jahre 1865 zugelassene Aufhebung der Verschickung lasterhafter Personen nach Sibirien ihre volle Kraft für diejenigen bewahrt hat, welche aus den Gemeinden wegen irgend welcher anderer Ursachen, nicht aber in Folge ihrer Belassung in Verdacht und ihrer Verurtheilung zu den höchsten Correctionstrafen ausgeschlossen worden sind, — noch in dem wörtlichen Sinn des hinsichtlich der obgedachten Kategorie von Personen, in voller Kraft verbliebenen Gutachtens des Reichsraths vom 1. Juni 1865 enthalten, in welchem (Punkt 3) positiv ausgesprochen ist, daß die der Staatsregierung wegen schlechter Führung zur Disposition gestellten Personen, welche innerhalb eines halben Jahres auf die ihnen erteilten Bilette keine andere zu ihrer Aufnahme willige Gemeinde gefunden haben, in entfernte Gouvernements, nicht aber nach Sibirien überzusiedeln sind. In Erwägung jedoch der bei dem Vortrage dieser Sache im Dirigirenden Senat von dem Minister des Innern und dem Collegen des Domainen-Ministers abgegebenen Erklärungen: 1) daß die Verschickung von Bürgern (мѣщанъ) und Personen anderer nicht ackerbautreibender Stände nach den entfernten Gouvernements, die gesetzlich (Vd. XIV. Verordnung über die Verschieden Art 8 u. 9) vorzugsweise zur Verschickung von Verbrechern aus den privilegierten Ständen und von Minderjährigen zum Aufenthalte bestimmt sind, viele Schwierigkeiten im Gefolge hat, wegen der Anhäufung von Verbrechern der letzten Kategorie, die eine besondere Beaufsichtigung Seitens der örtlichen Polizei erfordert, in den Städten der gedachten Gouvernements; 2) daß wegen der Nothwendigkeit in den Gouvernements des europäischen Rußlands Ländereien zur Befriedigung der verschiedenartigen Staatsbedürfnisse und um sie verschiedenen Personen, die eine Landzuteilung begehren, zu ihrer Niederlassung abgeben zu können, disponibel zu haben, — sich keine Möglichkeit bietet, Kronsländereien in diesen letzten Gouvernements zur Ansiedelung der der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Personen des ackerbautreibenden Standes zu bestimmen, und daß der Mangel an diesen Ländereien bereits Ursache zu bedeutenden Ausgaben für die Translocirung der am Aufstande beteiligten polnischen Eingeborenen aus einigen Gouvernements des europäischen Rußlands nach Sibirien gewesen ist; und 3) daß die nördlichen Gouvernements des europäischen Rußlands, welche als entfernte gerechnet werden, an und für sich wegen der oft wiederkehrenden Mangeln der Unterstützung von Seiten der Staatsregierung bedürfen, und die Ansiedelung einer noch größeren Anzahl von Personen in ihnen demnach eine Vermehrung der Ausgaben der Krone für ihren Unterhalt nach sich ziehen würde, die Gouvernements Wjatka, Perm und Drenburg aber schon bis aufs Äußerste mit in Folge richterlichen Urtheils und in administrativer Ordnung zum Aufenthalte Verschieden angefüllt sind, findet Ein Dirigirender Senat, daß bei einer solchen Sachlage die Beobachtung der gegenwärtig geltenden Regel hinsichtlich der Abfertigung von Personen des ackerbautreibenden Standes, welche wegen schlechter Führung der Staatsregierung zur Verfügung gestellt worden sind, (Punkt 3 des am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten

Gutachtens des Reichsraths) in entfernte Gouvernements zur Ansiedelung auf disponiblen Kronsländereien, sich in der Praxis als unmöglich erweist, und diese Personen nothwendigerweise ebenfalls nach Sibirien zur Niederlassung verschickt werden müssen. In Erwägung zugleich aber, daß die Verschickung von Personen dieser letzteren Kategorie, die nicht dem Stande der Ackerbauer angehören, in entfernte Gouvernements, sich laut der Erklärung des Ministers des Innern ebenfalls als äußerst schwierig erweist, wegen der übermäßigen Anhäufung von Verbrechern aus dem privilegierten Stande und aus der Zahl der Minderjährigen in den Städten dieser Gouvernements, und daß es unabhängig davon nicht vollkommen gerecht wäre, Personen nichtackerbautreibenden Standes in entfernte Gouvernements zu verschicken, während ebensolche Personen, die sich derselben Vergehen schuldig gemacht haben, nur weil sie zum ackerbautreibenden Stande gehören, wegen Mangels an Land für sie in Rußland, einer im Vergleich schwereren Strafe, der Verschickung nach Sibirien, unterworfen werden, — hat Ein Dirigirender Senat seinerseits, übereinstimmend mit dem Sentiment des Ministers des Innern und des Domainenministers, durch Verfügung vom 12. Mai, 30. Juni und 16 November 1866 beschlossen, für die Zukunft festzusetzen, daß die Wirksamkeit des am 6. Mai 1866 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités hinsichtlich der Verschickung der der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Personen, welche bestraft oder vom Gericht in Verdacht gelassen worden sind, nach Sibirien zur Niederlassung, so lange dieser Beschluß bei Kraft bleibt, auch auf diejenigen unter ihnen, sowohl aus dem ackerbautreibenden Stande, als auch aus anderen abgabepflichtigen Ständen ausgedehnt werde, welche, ohne unter Gericht gestanden zu haben, der Staatsregierung wegen schlechter Führung zur Verfügung gestellt werden, und innerhalb der festgesetzten Zeit von sechs Monaten keine andere Gemeinde gefunden haben, die in ihre Aufnahme willigte. Da aber diese Regel nicht vollständig mit den gegenwärtig bestehenden Gesetzesbestimmungen übereinstimmt, so ist zur Ausführung des gegenwärtigen Vorschlages in festgesetzter Ordnung die Allerhöchste Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät zu erbitten. Befohlen: Ueber solche Allerhöchst bestätigte Verfügung Eines Dirigirenden Senats zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Ausdehnung des am 6. Mai 1866 Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités hinsichtlich der Verschickung von bestraften oder in Verdacht belassenen Personen nach Sibirien zur Niederlassung auch auf Personen des ackerbautreibenden Standes und anderer abgabepflichtiger Stände, welche innerhalb der sechsmonatlichen Frist keine Gemeinde ausfindig machen, die in ihre Aufnahme willigt.

Aus dem 1. Departement vom  
26. Juni 1867, Nr. 61948

**Nr. 143.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 28. Juli 1867, Nr. 73703, desmittelt das am 27. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Abänderung des Artikel 853, Bt. XI., Handels Reglement, bezüglich der Ordnung für die Anerkennung der Schiffer und Steuerleute in diesen Graden und die unter demselben Datum

Allerhöchst bestätigten Regeln für die Abhaltung der Prüfungen auf den Grad eines Schiffers und Steuermanns wie folgt publicirt wird.

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Abänderung des Art. 853, Bd. XI., Handels-Reglement, bezüglich der Ordnung für die Anerkennung der Schiffer und Steuerleute in diesen Graden Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschrieben: Präsident des Reichsraths Constantin.

Den 27. Juni 1867.

## Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journalen der vereinigten Departements der Geseze und der Staats-Deconomie vom 18. März und 29. April und der allgemeinen Versammlung vom 29. Mai 1867.

Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staats-Deconomie nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Abänderung des Artikel 853, Bd. XI., Handels-Reglement, bezüglich der Ordnung für die Anerkennung der Schiffer und Steuerleute in diesen Gra-

den für gut erachtet:

Den Artikel 853, Bd. XI., Handels-Reglement, folgendermaßen zu fassen:

„Die russischen Schiffer und Steuerleute können in diesen Graden nur anerkannt werden und das Commando oder die Führung von Seefahrzeugen übernehmen, nachdem sie eine Prüfung in den hierzu erforderlichen Kenntnissen bestanden und hierüber das gehörige Attestat oder Zeugniß erhalten haben; die Bescheinigung ihrer sittlichen Führung dagegen bleibt der Attestation der Schiffsrheder überlassen.

Anmerkung 1. Die Regeln für die Abhaltung der Prüfungen auf den Grad eines Schiffers oder Steuermanns sind in einer besonderen Beilage zu diesem Artikel enthalten.

Anmerkung 2. Der Wirksamkeit der erwähnten Regeln unterliegen nicht diejenigen Schiffer und Steuerleute, welche schon vor Emanirung derselben Seefahrzeuge unter ihrem Befehl gehabt und ihre Charge entweder auf Grund einer Prüfung und des Vertrauens von Seiten der Schiffsrheder selbst oder auf Grund der für die Erlangung dieser Grade bisher geltend gewesenen besonderen Bestimmungen bekleidet haben.“

Das Original = Gutachten ist in den Journalen von den Vorsitzern und Gliedern unterschrieben.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben;

„Dem sei also.“

Sanktoje-Selo, den 27. Juni 1867.

# Regeln

## für die Abhaltungen der Prüfungen auf den Grad eines Schiffers oder Steuermanns.

(Beilage zu Art. 853. Bd. XI., Handels-Reglement.)

1) Jeder, der die Befehligung oder die Führung von Seefahrzeugen, gleichviel ob von Segel- oder Dampfschiffen, von solchen, die weite Fahrten machen, oder von Küstenfahrzeugen übernehmen will, ist verpflichtet, vorher eine Prüfung in den hierzu erforderlichen Kenntnissen zu bestehen und das für den Grad eines Schiffers oder Steuermanns vorgeschriebene Diplom zu erwerben.

2) Die Prüfungen auf den Grad eines Schiffers oder Steuermanns werden mündlich und schriftlich von besonderen Prüfungs-Commissionen abgehalten, die von dem Chef des Gebietes oder Gouvernements in den wichtigsten Hafenstädten gebildet werden.

3) Jede Prüfungs-Commission steht unter dem Vorsitz eines Offiziers der russischen Kriegsflotte, wegen dessen Abkommandirung der Chef des Gebiets oder Gouvernements sich zeitig mit dem Marine-Resort in Relation setzt. Zu Gliedern der Commission werden ernannt: a) der Docent der Mathematik an dem örtlichen Gymnasium oder, wenn ein solches nicht vorhanden ist, einer anderen Schule; b) ein Lehrer der Navigationsklasse, wenn eine solche in der Hafenstadt oder in der Nähe derselben errichtet ist; c) zwei Glieder aus der Zahl der Kaufleute und Schiffsrheder, nach Bestimmung der Stadtgemeinde; d) zwei Glieder aus der Zahl der Schiffer, welche Diplome über diesen Grad erhalten haben. Außer den obgenannten Personen steht es dem Vorsitz der Commission frei, zur Theilnahme an der Prüfung auch andere sachkundige Personen aus dem Militär-, Seemanns-, Gelehrten- und Handelsstande hinzuzuziehen.

4) Für die Abhaltung der Prüfungen werden die Termine vor Eröffnung der Navigation festgesetzt, worüber zeitig in den Zeitungen Publicationen erlassen werden.

5) Der Umfang der theoretischen und practischen Kenntnisse, die von dem Candidaten gefordert werden, ist verschieden, je nach dem Amte, welchem vorzuziehen er das Recht erlangen will. Die Programme der obligatorischen Kenntnisse für den Grad 1) eines Steuermanns für die Küstenschiffahrt, 2) eines Schiffers für die Küstenschiffahrt oder eines Steuermanns für weite Fahrten, und 3) eines Schiffers für weite Fahrten — werden von dem Finanzminister nach Uebereinkunft mit dem Minister der Volksaufklärung und dem Verwaltungenden des Marineministeriums bestätigt.

6) Um den Grad eines Steuermanns oder Schiffers zu erlangen, muß der Aspirant, abgesehen von den geforderten Kenntnissen, welche in dem vom Finanzminister bestätigten Programm angegeben sind, das 21. Jahr zurückgelegt haben, und außerdem wird verlangt: a) von dem Steuermann für die Küstenschiffahrt, daß er wenigstens 16 Monate activ der Schifffahrt auf offener See obgelegen; b) von dem Schiffer für die Küstenschiffahrt und dem Steuermann für weite Fahrten, daß sie activ 24 Monate auf offener See gefahren sind; und c) von

dem Schiffer für weite Fahrten, daß er nicht weniger als 12 Monate als Steuermann für weite Fahrten fungirt habe.

7) Wer einer Prüfung auf den Grad eines Schiffers oder Steuermanns unterzogen zu werden wünscht, reicht deshalb dem Vorſitzer der Prüfungs-Commission eine Bittſchrift auf gewöhnlichem Papier ein und bringt zugleich ein kirchliches Zeugniß (метрическое свидѣтельство) über ſeine Perſon bei, ſowie ſchriftliche in gehöriger Weiſe beglaubigte Beſcheinigungen der Schiffsrheber oder Schiffer über die von ihm gemachten Seefahrten. Atteſtate der Navigationsklaſſen können ebenfalls beigebracht werden, befreien aber keineswegs von der Prüfung. Die Candidaten, welche die oben aufgezählten Documente beigebracht haben, werden von dem Vorſitzer der Prüfungs-Commission in die Examinationsliſte eingetragen und nach der Reihenfolge der Prüfung unterworfen.

8) Den Candidaten, welche auf Grund des vorhergehenden Art. 7 in die Examinationsliſten eingetragen ſind, werden, wenn bei der Prüfung ihre Kenntniſſe für genügend erkannt worden, Diplome über den reſp. Grad eines Schiffers oder Steuermanns mit der Unterſchrift des Vorſitzers und der Glieder der Prüfungs-Commission ausgefertigt.

9) Ein Candidat, deſſen Kenntniſſe von der Commission für ungenügend befunden worden, kann einer abermaligen Prüfung nicht früher als nach Ablauf eines Jahres unterzogen werden, und muß überdies ein ergänzendes Zeugniß über die aufs Neue von ihm gemachten Seereifen beibringen.

10) Perſonen, welche auf Grund der Prüfung des Grades eines Schiffers oder Steuermanns gewürdigt worden ſind, und Diplome für den bezeichneten Grad erhalten haben, werden für die ganze Zeit ihres activen Dienſtes auf Handelsfahrzeugen von der örtlichen Obrigkeit mit Pässen ohne Termine verſehen, von der Rekrutenpflichtigkeit eximirt und von der Kopfſteuer befreit. Jemand, der den Beruf als Seemann ohne genügende Urfachen vor Erreichung des 50. Lebensjahres aufgegeben hat, muß in ſeinen früheren Stand wieder zurück verſetzt und ihm der Paß ohne Termin abgenommen werden, worüber die örtlichen Obrigkeiten zu machen haben.

Unterschieden: Präſident des Reichsraths Conſtantin.

**Nr. 144.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiſerlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat ſich vortragen: 1) Den Bericht des Miniſters des Innern sub Nr. 2287 folgenden Inhalts: Der Herr und Kaiſer hat auf den Beſchluß des Comité's der Herren Miniſter am 6. Juni 1867 Allerhöchſt zu befehlen geruht, verſuchsweiſe auf drei Jahre Regeln hiñſichtlich der Einrichtung der Lagerräume und des Verkaufs von mineraliſchem Leuchtöl und Petroleum, Kerofin, Naphta und anderen ähnlichen Subſtanzen ſeſtzufegen, mit der Beſtimmung, daß die Wirkſamkeit dieſer Regeln nicht nur auf die Städte des Kaiſerreichs, ſondern überhaupt auf alle bewölkerten Gegenden, in denen in Folge der Ausbreitung der Erleuchtung durch mineraliſche Oele ſich der Handel mit denſelben entwickeln wird, ausgedehnt werde. Ueber ſolchen Allerhöchſten Befehl berichtet der Miniſter des Innern Einem Dirigirenden Senate unter Beiſügung der gedachten Regeln. Und 2) die Regeln ſelbſt. Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Allerhöchſt beſtätigten Regeln abzudrucken und



sie bei Ufasen zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, zu versenden.

Betreffend die Festsetzung zeitweiliger Regeln hinsichtlich der Einrichtung der Lagerräume und des Verkaufs von mineralischem Leuchtöl und Petroleum, Kerosin, Naphtha und anderen ähnlichen Substanzen.

Aus dem 1. Departement vom  
10. Juli 1867, Nr. 67335.

Allerhöchst am 6. Juni 1867 auf Beschluß des Comités der Herren Minister bestätigte zeitweilige Regeln hinsichtlich der Einrichtung der Lagerräume und des Verkaufs von mineralischem Leuchtöl und Petroleum, Kerosin, Naphtha und anderen ähnlichen Substanzen.

1) Als abgesonderte große Lagerräume für mineralisches Leuchtmaterial sind solche anzusehen, in denen davon 150 und mehr Pud und in Fässern von 6 Pud Gewicht mehr als 25 Faß gespeichert sind, als kleine abgesonderte Lagerräume aber solche von 30 bis 150 Pud, oder von 5 bis 25 Faß, unter diesem Quantum aber sind Lagerräume für den Detailverkauf zulässig.

2) Die abgesonderten Lagerräume müssen wenigstens 25 Faden von einander entfernt sein, und werden nur jeder in einem besonderen Locale gestattet; die großen Lagerräume unter ihnen sind nur außerhalb der Stadt oder des Dorfes in einer Entfernung von nicht unter 50 Faden von den Gebäuden zulässig, die kleinen Lagerräume sind in Städten und Dörfern in einer Entfernung von nicht unter 20 Faden von Gebäuden und Niederlagen von Brennholz, Bauholz, Hanf und anderen angehäuften entzündlichen Gegenständen gestattet; Lagerräume für den Detailverkauf sind bei Buden erlaubt, ausgenommen bei Kaufhöfen und Budenreihen, und unter der Bedingung, daß daselbst nicht zugleich auch ein Verkauf entzündlicher und brennbarer Substanzen, als: Pulver, Bündhölzchen, Terpentin u. s. w. stattfindet. In den großen und kleinen abgesonderten Lagerräumen dürfen keinerlei andere Waaren gehalten werden. Ueberhaupt ist die Stelle zur Errichtung von Lagerräumen unter Anweisung der örtlichen Polizei auszuwählen.

3) Die Stellen zur Reinigung von Naphtha und überhaupt von brennbarem Mineralöl unterliegen den Bedingungen über die großen Lagerräume.

4) Das Rauchen von Tabak, das Anmachen von Feuer und das Aufstellen von Theemaschinen ist in den Localen der abgesonderten Lagerräume und für den Detailverkauf verboten. Eine Wärmeleitung ist nur in Lagerräumen bei Buden erlaubt und auch nur so, daß die Defen nicht aus den Localen der Lagerräume selbst geheizt, sondern diese entweder durch Wandöfen oder durch Röhren von Eisenblech oder Gußeisen erwärmt werden.

Anmerkung. Die Erwärmung der Locale ist ausschließlich nur für die Leute, die mit dem Mineralöl zu thun haben, erforderlich, da letzteres selbst erst bei 15 Grad Réaumur gefriert.

5) Die Eröffnung von Niederlagen und der Handel mit dem gedachten Mineralöl, wie auch die Reinigung desselben ist nur nach vorgängiger Besichtigung und mit Genehmigung der örtlichen Polizei gestattet, und müssen die Stellen der Lagerräume des Handels und der Reinigung durch Schilder bezeichnet sein.

6. Die großen und kleinen abgesonderten Lagerräume müssen in abgesonderten Stein- oder Erdgebäuden eingerichtet werden, wobei letztere in Gestalt von hölzernen Schuppen über der Erde sein können, die mit einer Schicht Erde oder Rasen bedeckt sind, so wie die Keller angelegt werden, — oder auch in Gestalt von Gruben mit eben solchen Bedachungen und mit gegitterten Wänden, so jedoch, daß der Zugang zum Lagerraum nur durch die Thür möglich sei; der Fußboden in den Lagerräumen darf durchaus nicht aus Holz bestehen, sondern muß von Stein oder Erde sein, und muß ihm eine Neigung nach der Mitte zu gegeben werden, woselbst sich ein Recipient für das abfließende Del befinden muß. Für den Abzug der Ausdünstungen des Dels müssen im Dache der Lagerräume eiserne Abzugsröhren und in den Wänden Luftlöcher mit eisernen Regnen versehen, angebracht sein.

Für den Detailverkauf von Mineralöl in allen Gestalten in den Buden muß dasselbe ausschließlich in steinernen, gewölbten und mit einem Eisendach versehenen Vorrathskammern aufbewahrt werden, die keine hölzernen Dielen haben dürfen, sondern deren Fußboden von Stein oder Erde sein muß; die Thüren, wie auch die Neze an den Fenstern müssen von Eisen sein, auch muß das Gebäude für die Ausdünstungen eiserne Abzugsröhren haben, die seitab von den angrenzenden Schornsteinen gezogen werden müssen; die Luftlöcher in den Wänden dürfen nicht niedriger als ein Faden vom Boden angebracht und müssen mit eisernen Regnen versehen sein.

7) Das Verabfolgen der obgedachten Leuchtmaterialien aus den abgesonderten Lagerräumen und den Buden, wie auch das Abfüllen an Ort und Stelle, darf nur bei Tage stattfinden; in die Lagerräume sämmtlicher Art mit einem Licht, einer Lampe oder einer anderweitigen Leuchte hineinzugehen, ist verboten; im Falle einer besonderen Nothwendigkeit jedoch ist es erlaubt, am Abend in die Lagerräume bei Buden, wo sich noch andere Waaren befinden, hineinzugehen, aber nur mit einer von einem eisernen Neg umgebenen Laterne.

8) In den abgesonderten Lagerräumen darf Del und Naphtha in jeder Gestalt in fest verspundeten und starken hölzernen Fässern und in metallenen Gefäßen gehalten werden, in den Lagerräumen bei Buden zum Detailverkauf und in den Buden selbst darf aber Mineralöl u. s. w. nur in metallenen Gefäßen, die ein Fud und weniger fassen, gehalten und auch nur in solchen Gefäßen aus dem Lagerraum in die Bude gebracht werden; in gläsernen und irdenen Gefäßen dagegen darf das Del weder in den Lagerräumen gehalten, noch aus der Bude verabfolgt werden. Die eigenen Gefäße der Käufer, mit denen sie nach Del kommen, müssen ebenfalls von Metall, ohne Leck und verspundet sein.

9) Die leeren Fässer, in denen sich die gedachten Substanzen befunden haben, dürfen wegen des üblen Geruchs, den sie verbreiten, nicht bei den Buden und Lagerräumen in der Stadt oder dem Dorfe aufbewahrt, sondern müssen unverzüglich abgeführt werden. Diese Fässer dürfen bei großen beständigen Niederlagen nicht eines neben das andere zusammengeschoben, sondern müssen in einem Abstände von wenigstens fünf Faden abgelegt werden.

10) Mineralöl darf durchaus nicht mit Terpentin vermischt werden, wodurch es nur noch flüchtiger und entzündlicher wird; die schlechte Beschaffenheit des Dels in dieser Beziehung muß außerhalb der Lagerräume untersucht werden, indem man es in ein flaches Geschirr gießt und ein brennendes Papier demselben nähert, jedoch ohne das Papier mit dem Del selbst in Berührung zu bringen,

wobei, wenn das Del schlecht ist, der flüchtige Dunst desselben sich entzündet. In den Lagerräumen, und insbesondere an den Reinigungsstellen, muß das verschüttete Del aufgewischt werden und darf der Fußboden keine Spalten haben.

11) Die Uebertreter der obenthalteneu Regeln unterliegen, je nach der Wichtigkeit der Umstände, Geldstrafen, das erste Mal in Anwendung der Art. 89, 90 und 91 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen i. a Betrage von zehn bis zu fünfundzwanzig Rubeln, das zweite Mal im Betrage des Doppelten, das dritte Mal wird den der Uebertretung dieser Regeln Ueberwiesenen auf Anordnung der Polizei die Fortsetzung des Handels untersagt und die sie betreffende Sache der betreffenden Gerichtsbehörde übergeben, behufs Bestimmung nach Maßgabe ihrer Schuld, für welche bestimmte Zeit sie des Rechts, diesen Handel zu betreiben, verlustig gehen. Falls durch die Uebertretung der Regeln ein Unglück, als: eine Feuersbrunst, Explosion u. s. w. entsteht, wird die Verantwortlichkeit dafür, unabhängig von der Geldstrafe, jedes Mal vom Gerichte bestimmt, in Anwendung des Artikel 98 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen, mit Verpflichtung der Schuldigen zum Ersatz aller stattgehabten Verluste.

Anmerkung. Dort, wo die neuen Gerichtsordnungen noch nicht eingeführt sind, ist es zeitweilig den örtlichen Polizeiverwaltungen anheimgestellt, die in diesem § festgesetzten Geldstrafen zu verhängen, mit dem Recht der Beschwerde über ihre Verfügungen bei den Gouvernements-Regierungen binnen einer vierwöchentlichen Frist.

Unterschieden: Minister des Innern Staatssecretair Walujew.

**Nr. 145.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern vom 20. Juni 1867, Nr. 11634, folgenden Inhalts: Der Reichsrath habe im Departement der Gesetze und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung seiner, des Ministers, Vorstellung, betreffend den Entwurf von Regeln bezüglich der Ordnung der Geschäftsverhandlung in ständischen und Gemeinde-Versammlungen für gut erachtet: An Stelle des Art. 100 der Verordnung über die Landschafts-Institutionen vom 1. Januar 1864, sowie in Ergänzung und Abänderung der betreffenden Artikel des Cod. der Reichsgesetze folgende Regeln über die Ordnung der Geschäftsverhandlung in den Landschafts-, Adels- und städtischen Gemeinde- und Stände-Versammlungen festzusetzen: 1. Von den Rechten und Pflichten der Präsidenten der Versammlung. 1) Jede Sitzung der Versammlung wird von ihrem Vorsitzer eröffnet und geschlossen, und bestimmt dieser auch die Reihenfolge ihrer Geschäfte, jedoch kann im Falle von Bemerkungen der Glieder der Versammlung oder auf Verlangen der Staatsregierung, sowie aus anderen berücksichtigenswerthen Ursachen die vorherbestimmte Reihenfolge vom Präsidenten abgeändert werden. Anmerkung. Die bestehenden Regeln über die Eröffnung und Schließung der Gouvernements-Landschafts- und Adels-Versammlungen durch den Gouvernements-Chef bleiben auch für die Zukunft in Kraft. 2) Der Präsident ist verpflichtet, die Thätigkeit der Versammlung auf die gehörige Prüfung der vor dieselbe ressortirenden Sachen und auf die ordnungsmäßige Entscheidung der mit diesen Sachen verbundenen oder bei ihrer Beprüfung entstehenden Fragen zu richten. 3) Alle Meinungsäußerungen

der Glieder in der Versammlung werden an die Person des Präsidenten gerichtet, welcher eine Frage nach der andern vorlegend, die gehörige Ordnung und die Einheit des Gegenstandes wahrt, im Fall einer Verschiedenheit der Meinungen aber zur Ausgleichung derselben das Wesen und den Schwerpunkt der Frage wiederholt und näher erläutert. 4) Der Präsident achtet darauf, daß die mündlichen Meinungsäußerungen von jedem Gliede einzeln verlautbart werden, und daß Einer nicht vom andern unterbrochen werde. 5) Erörterungen, die von der Frage und dem Wesen der Sache abschweifen, werden vom Präsidenten zu derselben zurückgeführt, welcher bei Wiederholung dieser Abschweifungen die Debatte selbst abbricht und zum folgenden Gegenstande übergeht. 6) Der Präsident ruft dasjenige Glied der Versammlung, welches sich von der Beobachtung der Ordnung oder von der Achtung vor dem Gesetze entfernt, zur Ordnung, und entzieht, im Falle der Erfolglosigkeit einer zweimaligen desfallsigen Erinnerung diesem Gliede das Recht der Rede in der Frage, in welcher es die Ordnung verletzt hat. 7) Jeder Antrag eines oder mehrerer Glieder, welchen der Präsident als einen nicht den Gesetzen gemäßen oder den Kreis der vor die Versammlung ressortirenden Gegenstände überschreitenden erachtet, unterliegt keiner weiteren Beprüfung. 8) Diejenigen Glieder der Versammlung, welche mit der Entscheidung des Präsidenten in Betreff des im vorhergehenden Artikel angegebenen Gegenstandes unzufrieden sind, haben das Recht, ihre Meinung darüber schriftlich abzugeben und sie dem Journale der Sitzung beizufügen. 9) Bei Verletzung der Ordnung durch die Glieder der Versammlung und bei Erfolglosigkeit der Erinnerungen des Präsidenten zur Wiederherstellung derselben, ist er verpflichtet, die Sitzung aufzuheben. 10) Die Abweisung der Gegenwart fremder Personen bei den Berathungen der Versammlung ist dem Ermessen des Präsidenten überlassen. Falls die Gouvernements-Obrigkeit es verlangt, ist der Präsident zur Fernhaltung dieser Personen verpflichtet. 11) Alle in der Versammlung Anwesenden sind verpflichtet, Anstand, Ordnung und Ruhe zu beobachten und den Anordnungen des Präsidenten in dieser Beziehung unweigerlich Folge zu leisten. 12) Fremde Personen, welche in irgend welchen Stücken die Vorschrift des vorhergehenden Artikels verletzen, können auf Anordnung des Präsidenten aus der Sitzung entfernt werden; die sich dieser Anordnung nicht fügen, befiehlt er hinauszuführen. 13) Falls es unmöglich sein sollte, die Störer der Ordnung zu unterscheiden und bei Erfolglosigkeit der Verwarnung, entfernt der Präsident alle Fremden aus der Sitzung. II. Von den als ungiltig zu erachtenden Beschlüssen der Versammlungen. 14) Ein Beschluß einer ständischen oder Gemeinde-Versammlung, welcher den Gesetzen zuwiderläuft, unterliegt als ein ungiltiger weder der Erfüllung, noch der weiteren Verhandlung. 15) Beschlüsse, die sich auf Gegenstände beziehen, welche nicht vor die Versammlung ressortiren, oder ihrem Inhalte nach die derselben zustehenden Rechte überschreiten, unterliegen ebenfalls als gesetzwidrige, und daher ungiltige, weder der Erfüllung noch der weiteren Verhandlung. 16) Beschlüsse, betreffend eine Relation oder Vereinbarung mit anderen Versammlungen in Sachen, die sich auf allgemeine Anordnungen der Staatsregierung oder auf Fragen über die durch das Gesetz bestimmten Grenzen der Competenz der Versammlungen beziehen, können nur mit Genehmigung des Gouvernements-Chefs in Kraft treten und erfüllt werden. III. Von der Verantwortung für Verletzung der für ständische und Gemeinde-Versammlungen festgesetzten Regeln. 17) Glieder, welche, nachdem der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärt hat, sich noch erlauben,

die Debatten fortzusetzen oder irgend einen Beschluß zu fassen, unterliegen einer Geldstrafe im Betrage von 25 bis 100 Rbl. von jeder Person, diejenigen aber, die eine solche Verletzung in Vorschlag gebracht haben, werden aus den Gemeinde- und ständischen Versammlungen auf die Zeit von drei bis zu neun Jahren ausgeschlossen, falls nicht, sowohl diese als jene, dem Inhalte der Debatten oder Beschlüsse nach, einer höheren Strafe unterliegen; der auf diese Weise gefaßte Beschluß aber wird als ungiltig angesehen. 18) Glieder der Versammlung, welche sich in anderen außer den obangeführten Fällen den gesetzlichen Forderungen oder Anordnungen des Präsidenten widersetzen, unterliegen außerdem, daß ihnen das Recht der Rede entzogen wird, (Art. 6) auf Beschluß der Versammlung einem Verweise, der Entfernung aus der Versammlung oder der Ausschließung aus derselben auf die Zeit von drei bis zu sieben Tagen. 19) Der Präsident der Versammlung, welcher eine Sitzung, in der ein die Grenzen der Rechtsbefugnisse der Versammlung verletzender Beschluß beantragt und gefaßt wurde, nicht geschlossen, oder die Forderung der Gouvernements-Obrigkeit hinsichtlich der Ausschließung der Gegenwart fremder Personen nicht erfüllt, oder irgend eine andere wesentliche Verletzung der gesetzlichen Ordnung in der Versammlung zugelassen hat, unterliegt, je nach dem Grade seiner Schuld, einer der im Art. 65 des Strafgesetzbuches festgesetzten Strafmaßregeln. 20) Wegen Nichterfüllung anderer dem Präsidenten der Versammlung obliegender Verpflichtungen unterliegt er Bemerkungen und Verweisen in administrativer Ordnung nach Ermessen des Dirigirenden Senats. 21) Eine fremde Person, welche die Forderung des Präsidenten in Betreff ihrer Entfernung aus der Versammlung nicht erfüllt, oder auf andere Weise die gesetzlich vorgeschriebene Ordnung in der Versammlung verletzt, unterliegt einer Geldbuße im Betrage von 10 bis 100 Rbl. 22) Die in den Art. 17, 19 und 21 angeführten Strafen werden durch Erkenntniß des Gerichts verhängt, wobei in den im Art. 19 angegebenen Fällen der Präsident zugleich mit seiner Uebergabe an das Gericht, vom Amte entfernt wird. An den Orten, auf die die Wirksamkeit der Gerichts Ordnungen vom 20 November 1864 ausgedehnt ist, unterliegen die in den Art. 17 und 19 angegebenen Contraventionen der Gerichtbarkeit der allgemeinen Gerichte, die im Art. 21 angeführten aber der Competenz der Friedensrichter. — Seine Kaiserliche Majestät habe das Gutachten des Reichsraths am 13. Juni 1867 Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl berichtet er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senat. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Geschäftsverhandlung in den Land-  
schafts-, Adels- und städtischen Gemeinde-  
und Stände-Versammlungen.

Aus dem 1. Departement vom  
4. Juli 1867, Nr. 63952.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller  
Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

**Nr. 146.** Von der Livländischen Gouvernementsverwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfallsigen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß der § 8 der mittelft Patents vom Jahre 1866, Nr. 76, in lettischer Uebersetzung publicirten Vollzugs-Instruction der Bauergemeinde-Ordnung vom 19. Februar 1866 nach Burechtstellung der in demselben enthaltenen Druckfehler also lautet:

**§ 8.**

Kad pagasta rullis gattaws, tad pagasta teefai un preefschneekem (Iggau-  
nusemmē pagasta wezzakam, wiinna palihgeem un pagasta preefschneekem) un  
muischas palizejai to waijaga apstiprinaht, ka riftigs, un nosubtiht usraugu teefai,  
kas pahrluhkohs, — ja waijadsehs, pahrlabbohs un bes nekahdas kaweschanas  
pagasta waldbai atstellehs, lai fahf zelt tohs zekamohs pagasta rullis pehz' katru  
reisi, kad pagasta ammata wihri, pagasta weetneeki un to pagasta lohzecku, kas  
grunti neturr nei us dsiantu, nei us nohmu (renti), (to lohzecku) runnataji no  
jauna zekami, pagasta wezzakam japahrluhko, waj riftigs pehz pagasta lohzecku  
fkaitta un fahrtas, un fur waijaga, ja-pahrraksta un japilda. Waj tas notizzis,  
to lai labbi eewehro usraugu teefa katru gabdu fawā rewisionē (pag. liff. § 33).

Riga-Schloß, den 22. September 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Bwingmann.**

Älterer Secretair **P. Schöpff.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 147.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Verwaltenden des Justizministeriums vom 11. Mai 1867 sub Nr. 7259, bei welchem derselbe Einem Dirigirenden Senat die vom Collegen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilten Abschriften nebst russischen Uebersetzungen: 1) der auf Allerhöchsten Befehl zwischen Rußland und Frankreich ausgewechselten Declaration hinsichtlich der Aufnahme Sibiriens in die zu Paris am 5. (17.) Mai 1865 abgeschlossene internationale Telegraphen-Convention, und 2) der in Paris am 8. April neuen Styls unterzeichneten Ergänzungsartikel zu dieser Convention, betreffend die Aufnahme von Algier und Tunis in dieselbe. Zugleich wurden die gedachten Abschriften vorgetragen. Und die Sprawka. Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Declaration und der Ergänzungs-Artikel zu derselben drucken zu lassen und dieselben zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, zu versenden.

Betreffend die auf Allerhöchsten Befehl ausgewechselte Declaration über die Aufnahme Sibiriens in die am 5. (17.) Mai 1865 zu Paris abgeschlossene Telegraphen-Convention.

Aus dem 1. Departement vom  
20. Juni 1867, Nr. 57448.

## Declaration.

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen ist durch die Declaration vom 12. (24.) Januar 1867 hinsichtlich Sibiriens der zu Paris am 17. Mai 1865 abgeschlossenen internationalen Telegraphen-Convention beigetreten. — Der Inhalt der gedachten Declaration ist folgender:

(Folgt der Text der gedachten Declaration.)

Demnach erklärt der Minister, Staatssecretair der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, mit gehöriger Autorisation, daß der obgedachte Beitritt förmlich angenommen worden ist, und daß er vollkommen beobachtet werden wird.

Zur Urkunde dessen hat der Endesunterzeichnete die gegenwärtige Declaration abgefaßt und ihr sein Siegel beigeschloßen.

So geschehen zu Paris, am 7 März 1867.

(L. S.)

(Unterzeichnet) Moustier.

## Declaration.

Der endesunterzeichnete russische Reichs-Vice-Kanzler erklärt, daß Seine Majestät der Kaiser aller Rußen in dem Wunsche, auf die Sibirische internationale Correspondenz die Vortheile, welche aus der zu Paris am 5. (17.) Mai 1865 abgeschlossenen Telegraphen-Convention hervorgehen, zu erstrecken, und in Benutzung des im Artikel 60 dieser Convention vorbehaltenen Rechtes hinsichtlich des bezeich-

neten Theils des russischen Kaiserreichs der überbähnten internationalen Telegraphen-Convention, welche als von Wort zu Wort in die gegenwärtige Declaration aufgenommen betrachtet werden soll, beitrith und sich gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen und den übrigen Hohen contrahirenden Theilen förmlich verpflichtet, Seinerseits dahin zu wirken, daß die in der besagten Telegraphen-Convention enthaltenen Stipulationen in Sibirien erfüllt werden; Er erklärt dabei, daß die Endzahlung auf dreizehn Franken für eine einfache Depesche für die ganze Ausdehnung von der westlichen Grenze Rußlands bis zum Meridian von Tomsk und auf einundzwanzig Franken bis zum Meridian von Werchne-Ubinsk festgesetzt ist.

Zur Urkunde dessen hat der Endesunterzeichnete mit gehöriger Autorisation, unter Beidrückung seines Siegels die gegenwärtige Declaration unterzeichnet.

So geschehen zu St. Petersburg am 12. (24.) Januar 1867.

(L. S.)

(Unterzeichnet) Gortschakow.

## Ergänzungs-Artikel

zur internationalen Telegraphen-Convention vom 17. Mai 1865.

Die hohen Mächte, welche die zu Paris am 17. Mai 1865 abgeschlossene internationale Telegraphen-Convention unterzeichnet haben, haben in gemeinsamer Uebereinstimmung für nützlich erachtet, die Bestimmungen derselben auf die Depeschen, welche mit Algier und der Provinz Tunis gewechselt werden, anzuwenden, und sind deshalb ihre Bevollmächtigten mit gehöriger Autorisation über Nachfolgendes übereingekommen:

### Artikel 1.

Alle durch die zu Paris am 17. Mai 1865 unterschriebene internationale Telegraphen-Convention festgestellten Regeln hinsichtlich der telegraphischen Correspondenz sollen auf die Correspondenz Anwendung finden, welche von den hohen contrahirenden Theilen mit Algier und der Provinz Tunis gewechselt wird.

### Artikel 2.

Der Tarif für diese Correspondenz wird gemäß der nachstehenden Tabelle festgesetzt:

Zum Besten Frankreichs	{	Die Endzahlung für	für die Correspondenz,		
		den Durchgang durch	welche mit Italien		
		Algier oder die Pro-	gewechselt wird	4 Fr.	} inclusive der event. Zahlung für den Transit durch Frankreich.
vinz Tunis	für alle übrigen	5 "			
Zum Besten Italiens	{	Die Endzahlung für die Correspondenz, welche mit			2 Fr.
		Algier und der Provinz Tunis gewechselt wird			
		Die Transitzahlung für die Correspondenz, welche zwischen			2 "
		Frankreich einerseits und Algier und der Provinz			
		Tunis andererseits gewechselt wird			
Die Transitzahlung für die Correspondenz, welche			3 "		
zwischen allen übrigen Staaten einerseits und Al-					
gier und der Provinz Tunis andererseits ge-					
wechselt wird					



Zum Besten der übrigen Staaten { Die End- und Transitzahlung nach den der Pariser Convention beigefügten Tabellen A und B oder nach den besonderen zwischen diesen Staaten und Frankreich abgeschlossenen Conventionen.

### • Artikel 3.

Die gegenwärtigen Ergänzungs-Artikel, obgleich sie nicht werden ratificirt werden, sollen nichtsdestoweniger dieselbe Kraft und Wirksamkeit haben und eben so lange in Wirksamkeit bleiben, wie die internationale Telegraphen-Convention und sollen so angesehen werden, als ob sie einen integrirenden Theil derselben ausmachen.

Zur Urkunde dessen haben die gegenseitigen Bevollmächtigten unter Beidrückung ihrer Siegel die besagten Ergänzungs-Artikel unterzeichnet.

So geschehen in neunzehn Exemplaren zu Paris am 8. April 1867.

(L. S.) (Unterz.) Budberg. — Metternich. — Baron v. Schweizer. — Baron Perglas. — Eug. Benes. — Moltke Wittfeld. — Mon. — Moustier. — F. G. Geran. — Theodor P. Delyanni. — Nigra. — von Bornemann. — Lightenvell. — Paiva. — Goltz. — Baron Adelswörb. — Kern. — Djemil — Wächter.

**Nr. 148.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Ministers des Innern vom 13. Mai 1867, Nr. 9020, folgenden Inhalts: Der Bevollmächtigte der Stifter der zu bildenden Gesellschaft zur Fürsorge für verwundete und kranke Krieger in Kriegszeiten, General-Adjutant Selenoi, habe ihm, dem Minister des Innern, behufs der Bestätigung in der festgesetzten Ordnung, den Statutenentwurf der gedachten Gesellschaft übersandt. Der Minister-Comité, dem dieser Entwurf zur Durchsicht vorgestellt worden, habe beschlossen: die Stiftung der gedachten Gesellschaft auf Grundlage des für dieselbe ausgearbeiteten Statutenentwurfs zu genehmigen und den Statutenentwurf Seiner Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Einsichtnahme zu unterbreiten. Auf dem Journal des Comités sei die Eigenhändige Resolution Seiner Kaiserlichen Majestät erfolgt: „zu erfüllen,“ und sei der Statutenentwurf am 3. Mai 1867 der Durchsicht und Bestätigung Seiner Majestät gewürdigt worden. Von solchem, ihm von dem Verwaltenden der Angelegenheiten des Minister-Comités, Staatssecretair Kornilow, mitgetheilten Allerhöchsten Willen, habe er, der Minister des Innern, den General-Adjutanten Selenoi benachrichtigt und berichte darüber Einem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung, indem er zugleich eine Abschrift des Allerhöchst bestätigten Statuts der Gesellschaft zur Fürsorge für verwundete und kranke Krieger anfüge. Zugleich wurde auch die Abschrift des Statuts vorgetragen. Befohlen: Von dem erwähnten Allerhöchst bestätigten Statut die erforderliche Anzahl von Exemplaren abdrucken zu lassen und solche bei Ukasen zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es angeht, zu versenden. Am 23. Mai

1867, Nr. 46579. Aus dem 1. Departement. Betreffend das Allerhöchst bestätigte Statut der Gesellschaft zur Fürsorge für verwundete und kranke Krieger.

Betreffend das Allerhöchst bestätigte Statut der Gesellschaft zur Fürsorge für verwundete und kranke Krieger.

Aus dem 1. Departement vom 23. Mai 1867, Nr. 46579.

Auf dem Original steht geschrieben: „Der Herr und Kaiser hat dieses Statut am 3. Mai 1867 durchzusehen und Allerhöchst zu bestätigen geruht.“

Unterscriben: Verwaltender der Angelegenheiten des Minister-Comités, Staatssecretair Kornilow.

## Statut

der unter dem Allerhöchsten Schutze Ihrer Majestät der Kaiserin stehenden Gesellschaft zur Fürsorge für verwundete und kranke Krieger.

### Zweck und Mittel der Gesellschaft.

§ 1. Hauptzweck der Gesellschaft ist, die Militairverwaltung während eines Krieges in der Pflege verwundeter und kranker Krieger zu unterstützen und derselben nach Maßgabe der Gesellschaftsmittel sowohl ärztliche als jede andere Art von Hilfe angedeihen zu lassen.

§ 2. Zur Erreichung dieses Zwecks ergreift die Gesellschaft durch ihre unten genannten Verwaltungen alle gesetzlich erlaubten Maßregeln zur Vergrößerung ihrer Geld- und materiellen Mittel, sorgt dafür, daß für die Kriegszeit Seelsorger der verschiedenen Confessionen zu religiösem Beistande und zur Tröstung der Leidenden aufgefordert werden, ergreift Maßregeln zur Vorbereitung eines Sanitätsdienstes und zur Ausbildung von barmherzigen Schwestern und Brüdern, sammelt und besorgt alle Arten von Lazareth- und Verbandgegenständen und liefert Alles, was zur Unterbringung, Behandlung und überhaupt zur Erleichterung der Lage der leidenden Krieger dienen kann.

§ 3. Die Mittel der Gesellschaft werden gebildet:

- a) aus den jährlichen Geldbeiträgen von Personen aller Stände, welche sich an der Gesellschaft betheiligen wollen, und
- b) aus einmaligen Darbringungen an Geld, Sachen und Vermögen aller Art.

### Rechte der Gesellschaft.

§ 4. Die Gesellschaft genießt die Mitwirkung aller Regierungsbehörden und Beamten, welche die Entwicklung ihrer Mittel zur Erreichung des Zwecks der Gesellschaft durch alle von ihnen abhängenden Maßregeln fördern.

§ 5. Die Gesellschaft ist für alle ihre Angelegenheiten vom Gebrauch des Stempelpapiers und von der Einzahlung der festgesetzten Abgaben bei Abschluß von Contracten und anderen gesetzlichen Acten befreit.

§ 6. Zum Zweck der Aufforderung zur Privatwohlthätigkeit in den Kirchen durch die Geistlichen tritt die Gesellschaft mit der Eparchial-Obrigkeit in Relation und kann, unabhängig davon, Opferstöcke zum Sammeln von Geld bei den

Kirchen, nach Uebereinkunft mit dem geistlichen Ressort, und an anderen Orten mit Wissen der Polizei aufstellen.

§ 7 Die Gesellschaft hat: a) ein besonderes Siegel und einen besonderen Stempel für ihre Correspondenz; b) eine besondere Flagge zur Bezeichnung ihrer Niederlagen, Transporte und Lazarethe während des Krieges, und c) eine besondere Binde, welche von den zum Bestande der Gesellschaft gehörenden oder ihr dienenden Personen während des Krieges am linken Arm getragen wird.

Anmerkung. Für die Flagge und die Armbinde der Gesellschaft gilt das international-vereinbarte Muster.

### **Bestand der Gesellschaft.**

§ 8. Zunächst wird die Gesellschaft von den Stiftern gebildet, welche zum Besten derselben jährlich wenigstens 10 Rbl. oder eine einmalige Zahlung von wenigstens 200 Rbl. beitragen.

Unabhängig von den Stiftern gehören zum Bestande der Gesellschaft:

- a) Ehren-Mitglieder,
- b) Wohlthätigkeits-Mitglieder,
- c) active Mitglieder,
- d) Macheiferer.

Anmerkung. Alle diese Qualifikationen können Personen beiderlei Geschlechts verliehen werden.

§ 9. Ehrenmitglieder der Gesellschaft sind: a) diejenigen Glieder der Kaiserlichen Familie, welche solches anzunehmen geruhen, und b) geistliche und weltliche Personen, welche die gedeihliche Entwicklung der Wirksamkeit der Gesellschaft fördern.

§ 10. Zu Wohlthätigkeitsmitgliedern werden diejenigen Personen gezählt, welche durch bedeutende Darbringungen zum Besten der Gesellschaft das Recht auf die besondere Erkenntlichkeit derselben erwerben.

Die Ehrenmitglieder und die Wohlthätigkeitsmitglieder werden als solche von Ihrer Kaiserlichen Majestät bestätigt.

§ 11. Active Mitglieder sind diejenigen Personen, welche sich verpflichten, jährlich zum Besten der Gesellschaft wenigstens 3 Rbl. zu zahlen, oder welche eine einmalige Zahlung von wenigstens 50 Rbl. gemacht haben.

§ 12. Personen, welche sowohl jährlich, als auch einmalig eine Summe in geringerem Betrage einzahlen, werden Macheiferer genannt.

§ 13. Die Stifter und diejenigen Mitglieder, welche sich verpflichtet haben, jährliche Beiträge zum Besten der Gesellschaft zu leisten, zahlen diese: im ersten Jahre im Laufe von 4 Monaten nach Publication dieses Statuts, in der Folge aber im Laufe der ersten 2 Monate eines jeden Jahres. Die Ordnung des Einfließens sowohl der jährlichen als auch der einmaligen Beiträge und Darbringungen ist im § 51 und in der Anmerkung zu demselben bestimmt.

### **Administration der Gesellschaft.**

§ 14. Die Verwaltung der Angelegenheiten der Gesellschaft ist der Haupt-Verwaltung und den örtlichen Verwaltungen übertragen. Die Haupt-Verwaltung befindet sich in St. Petersburg. Örtliche Verwaltungen werden in den Residenz- und allen Gouvernementsstädten eingerichtet.

§ 15. Außer diesen Verwaltungen werden zur erfolgreicherer Erreichung des Zwecks der Gesellschaft und um den Personen weiblichen Geschlechts die Möglichkeit zu bieten, die Sorgen der örtlichen Verwaltungen zu theilen, an den Orten, wo diese eingerichtet sind, Damen-Comités gebildet.

§ 16. Die örtlichen Verwaltungen und die Damen-Comités können zum Zweck der Erweiterung des Wirkungskreises der Gesellschaft, nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse, besondere Abtheilungen in den Kreisen ihres Gouvernements bilden. Damen-Abtheilungen werden auch in den Residenzstädten in der Anzahl, welche nach dem Ermessen der Comités als nothwendig erkannt wird, errichtet.

§ 17. Die örtlichen Verwaltungen und die Damen-Comités constituiren sich, sobald die Anzahl der Stifter in den Residenzen auf 120, in den Gouvernementsstädten aber auf 30 gestiegen ist und sie die Genehmigung der Gouverneure zur Eröffnung ihrer Thätigkeit erhalten. Die Abtheilungen werden aber nur mit vorübergehender Bewilligung der betreffenden Gouvernements-Obrigkeit eröffnet.

§ 18. Die örtlichen Verwaltungen und die Damen-Comités machen, nach erfolgter Genehmigung der Gouverneure, über ihre Constituirung der Haupt-Verwaltung Mittheilung, welche solches zur Allerhöchsten Kenntniß Ihrer Kaiserlichen Majestät bringt. Unabhängig davon machen die örtlichen Verwaltungen und die Damen-Comités die Eröffnung ihrer Thätigkeit durch die Zeitungen bekannt. In gleicher Weise publiciren diese Verwaltungen auch die Eröffnung einer jeden ihrer Abtheilungen, mit der Angabe, wann namentlich die Bewilligung dazu von der betreffenden Gouvernements-Obrigkeit erfolgt ist, und aus welchen Personen die Abtheilungen bestehen.

§ 19. Alle Mitglieder der örtlichen Verwaltungen und der Damen-Comités erfüllen ihre Obliegenheiten unentgeltlich.

§ 20. Die Hauptverpflichtung aller Organe der Gesellschaft besteht in der Entwicklung ihrer Thätigkeit, in der Vermehrung der Mittel und der möglichsten Ersparung derselben bei Vermeidung aller unnützen Ausgaben. Der Bestand dieser Organe und ihr Geschäftskreis ist in den folgenden Paragraphen angegeben..

### **Die Haupt-Verwaltung.**

§ 21. Die Haupt-Verwaltung verwaltet alle Angelegenheiten der Gesellschaft unter dem unmittelbaren Patronat Ihrer Majestät der Kaiserin.

§ 22. Die Haupt-Verwaltung besteht aus 25 Mitgliedern, welche aus ihrer Mitte auf 2 Jahre einen Präsidenten, zwei Collegen desselben, einen Cassirer und einen Substituten desselben erwählen.

Außerdem hat die Haupt-Verwaltung einen Geschäftsführer und die nöthige Anzahl von Schreibern.

Anmerkung 1. Die Wahl der Mitglieder der Haupt-Verwaltung für die erste Periode, sowie die Erwählung der Ehrenmitglieder wird bis zur Zusammenberufung der ersten allgemeinen Versammlung in einer Privat-Versammlung der ersten Stifter vorgenommen.

Anmerkung 2. An den Sitzungen der Haupt-Verwaltung können die Mitglieder der örtlichen Verwaltungen während ihrer Anwesenheit in St. Petersburg mit Stimmrecht Theil nehmen. Ebenso nehmen auch die Mitglieder der Haupt-Verwaltung an den Sitzungen der örtlichen Verwaltungen mit Stimmrecht Theil, wenn sie sich an dem Orte der letzteren anwesend befinden.

§ 23. Der Präsident und seine Collegen werden von Ihrer Kaiserlichen Majestät bestätigt.

§ 24. Der Geschäftsführer wird vom Präsidenten der Haupt-Verwaltung erwählt, die Bestimmung des Honorars der in der Canzellei dienenden Personen und die Bestätigung der anderweitigen Ausgaben zum Unterhalt derselben ist der Haupt-Verwaltung vorbehalten.

§ 25. Jährlich scheidet der vierte Theil der Mitglieder der Haupt-Verwaltung durch das Loos aus und wird durch in der allgemeinen Versammlung neu erwählte Personen aus der Zahl der anwesenden Mitglieder ersetzt. In die Zahl der durch das Loos Ausscheidenden werden auch diejenigen Mitglieder der Verwaltung eingeschlossen, welche aus irgend welchen Ursachen von der allgemeinen Versammlung ausgeschieden sind.

Anmerkung. Die ausgeschiedenen Mitglieder der Haupt-Verwaltung können mit ihrer Zustimmung aufs Neue gewählt werden.

§ 26. Die Haupt-Verwaltung, als die Central-Institution der ganzen Gesellschaft, leitet deren Gesamthätigkeit auf das einheitliche, dem Zwecke ihrer Bestimmungen entsprechende Ziel.

§ 27. Die Haupt-Verwaltung concentrirt in sich alle Einkünfte über die Capitalien und die anderweitigen Mittel der örtlichen Verwaltungen und überweist nöthigenfalls sowohl Summen, als auch sachliches Vermögen von einer Verwaltung auf eine andere.

§ 28. Die Haupt-Verwaltung trifft mittelst der örtlichen Verwaltungen Anordnung zur Ausführung aller nothwendigen Anschaffungen; unmittelbar führt sie die Anschaffung nur in Ausnahmefällen aus.

§ 29. Die Haupt-Verwaltung ist ermächtigt:

- a) mit Genehmigung der allgemeinen Versammlung unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern;
- b) Verträge und Contracte aller Art abzuschließen;
- c) wo nöthig, in Sachen der Gesellschaft Forderungsklagen anhängig zu machen und die Interessen derselben durch betraute Personen zu vertheidigen, wozu sie letztere mit besonderen Vollmachten versieht.

§ 30. Die Haupt-Verwaltung setzt sich in Sachen der Gesellschaft mit allen Regierungs-, Landschafts- und Communal-Institutionen in Relation.

§ 31. Die Haupt-Verwaltung versammelt sich wenigstens einmal im Monat und außerdem so oft der Präsident es für nothwendig erachtet, oder wenn wenigstens der vierte Theil ihrer Mitglieder es wünscht.

§ 32. Zur Gültigkeit der Beschlüsse in den Sitzungen der Haupt-Verwaltung ist die Anwesenheit von wenigstens 5 Mitgliedern, darunter des Präsidenten oder des seine Stelle vertretenden Collegen desselben erforderlich.

§ 33. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten oder des seine Stelle vertretenden Collegen den Ausschlag.

§ 34. Alle Circulair- wie Special-Anträge der Haupt-Verwaltung an die örtlichen Verwaltungen, die Correspondenzen mit den verschiedenen Behörden und Personen und überhaupt alle Papiere, außer den in den folgenden §§ angegebenen, gehen unter der Unterschrift des Präsidenten oder des seine Stelle vertretenden Collegen und der Contrasignatur des Geschäftsführers aus.

§ 35. Alle Acten und Verbindungsschriften in Sachen der Gesellschaft müssen vom Präsidenten oder dem seine Stelle vertretenden Collegen und von zweien Mitgliedern der Verwaltung unterzeichnet und vom Geschäftsführer contrasignirt sein.

§ 36. Alle Forderungen von Summen aus den Credit-Anstalten und überhaupt von Behörden und Personen, denen möglicherweise die Aufbewahrung von Capitalien der Gesellschaft anvertraut worden ist, Uebertragungen von Summen, Empfangsbescheinigungen oder Aufschriften wegen Ueberführung irgend welcher der Gesellschaft gehöriger Summen, müssen vom Präsidenten oder dem seine Stelle vertretenden Collegen und zweien Mitgliedern der Gesellschaft unterschrieben und vom Geschäftsführer contrasignirt sein.

§ 37. Die Haupt-Verwaltung bestimmt die Ordnung ihrer Geschäftsführung. Sie vertheilt die Geschäfte unter die Mitglieder und wählt zur Entscheidung von Special-Fragen besondere Commissionen aus ihrer Mitte.

§ 38. Die Haupt-Verwaltung hat ein Siegel mit ihrem Namen und versteht die örtlichen Verwaltungen mit Modellen für die Siegel und Schematen zu den Büchern für die Eintragung:

- a) der Geldbeiträge,
- b) der Opferstock-Einnahmen, und
- c) der Darbringungen an Materialien.

§ 39. Jährlich, nach Empfang der Rechenschaftsberichte der örtlichen Verwaltungen, stellt die Haupt-Verwaltung zu Ende des Märzmonats einen allgemeinen Rechenschaftsbericht über ihre Wirksamkeit überhaupt, über die Einnahmen und Ausgaben der Summen der Gesellschaft und über den Bestand des Vermögens zusammen. Sodann legt sie diesen Rechenschaftsbericht der allgemeinen Versammlung zur Durchsicht vor.

### Die allgemeinen Versammlungen.

§ 40. Die allgemeinen Versammlungen bestehen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Haupt-Verwaltung

- a) aus den Mitgliedern der Haupt-Verwaltung,
- b) aus den Stiftern der Gesellschaft,
- c) aus den Wohlthätigkeitsmitgliedern,
- d) aus den in St. Petersburg anwesenden Mitgliedern der örtlichen Verwaltungen, und
- e) aus den activen Mitgliedern der Gesellschaft, welche drei Tage vor der allgemeinen Versammlung den Wunsch, derselben beizuwohnen, angezeigt haben.

§ 41. Die allgemeinen Versammlungen werden in St. Petersburg durch Publication in den Zeitungen ein Mal im Jahre zusammenberufen; außerdem aber beruft die Haupt-Verwaltung außerordentliche Versammlungen, sobald sie es für nothwendig erkennt, zusammen.

§ 42. Zum Geschäftskreise der allgemeinen Versammlung gehört:

- a) die Beprüfung des allgemeinen Rechenschaftsberichts der Haupt-Verwaltung. Dabei wird zur Revision der Einnahme und Ausgabe der Summen bei der Haupt-Verwaltung und überhaupt des Bestandes der unter ihrer Verwaltung stehenden Capitalien, aus der Mitte

der Versammlung eine Revisions-Commission aus wenigstens 3 nicht zum Bestande der Haupt-Verwaltung gehörenden Personen gewählt.

- b) die Bepfückung der verschiedenen, von der Haupt- und den örtlichen Verwaltungen beantragten Fragen und Maßregeln,
- c) die Wahl der Ehrenmitglieder,
- d) die Aufnahme in die Zahl der Wohlthätigkeitsmitglieder in Grundlage des § 10, und
- e) die Wahl der Mitglieder der Haupt-Verwaltung,

§ 43. In der allgemeinen Versammlung werden alle Angelegenheiten durch Stimmenmehrheit entschieden; bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

§ 44. Der allgemeine Rechenschaftsbericht der Haupt-Verwaltung wird mit dem Befund und Gutachten der Revisions-Commission vom Präsidenten der Haupt-Verwaltung Ihrer Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Einsicht unterbreitet und sodann zur allgemeinen Kenntniß publicirt.

### Die örtlichen Verwaltungen.

§ 45. Die örtlichen Verwaltungen verwalten alle Angelegenheiten der Gesellschaft in den Grenzen ihres Gouvernements.

§ 46. Die örtlichen Verwaltungen bestehen aus 8—16 Mitgliedern, welche aus ihrer Mitte auf 2 Jahre einen Präsidenten, einen Collegen desselben, einen Cassirer und einen Substituten desselben wählen.

Anmerkung. Für die erste Periode werden die Mitglieder der örtlichen Verwaltungen gleich den Mitgliedern der Hauptverwaltung, von einer Privat-Versammlung der Stifter ihres Orts gewählt.

§ 47. Die örtlichen Verwaltungen können nöthigenfalls einen Geschäftsführer und die nothwendige Anzahl Schreiber haben. Die Bestimmung der Höhe der Remuneration für diese Personen, sowie die Bestätigung der Ausgaben für den Unterhalt der Canzellei ist den örtlichen Verwaltungen anheimgestellt.

§ 48. Hinsichtlich der Neuwahl der Mitglieder, der Correspondenz mit den Regierungs-, Landschafts- und Communal-Institutionen, der Zusammenberufung von Versammlungen, der Beschlussfassung, der Stimmzählung, der Unterschrift der Papiere, Acten und Verbindungsschriften, der Einforderung und Uebertragung von Summen und Ausstellung von Quittungen über dieselben, sowie hinsichtlich der Feststellung der Ordnung für die Geschäftsführung und der Ernennung besonderer Commissionen zur Entscheidung von Specialfragen — richten sich die örtlichen Verwaltungen nach den in den §§ 25, 30—37 für die Haupt-Verwaltung festgesetzten Regeln. In gleicher Weise genießen diese Verwaltungen die im § 29 dieses Statuts aufgeführten Rechte der Haupt-Verwaltung, mit Ausnahme des Punktes a.

§ 49. Die örtlichen Verwaltungen tragen hauptsächlich dafür Sorge, in den Grenzen ihres Bezirks so viel als möglich Maßnahmen zur Vergrößerung der Mittel der Gesellschaft ausfindig zu machen. Sie nehmen Darbringungen sowohl in Geld, als in Vermögensgegenständen entgegen und bringen alle Anträge der Haupt-Verwaltung in Ausführung.

§ 50. Die örtlichen Verwaltungen sorgen auf Antrag der Haupt-Verwaltungen für die Einrichtung eines Sanitätsdienstes und bewerkstelligen die noth-

wendigen Anschaffungen entweder unmittelbar oder durch die örtlichen Kreis-Abtheilungen.

§ 51. Die Beiträge der Mitglieder und die Gelddarbringungen von wenigstens einem Rubel, sowie die materiellen Darbringungen, werden in den Verwaltungen selbst oder an von ihnen bezeichneten Stellen entgegengenommen und in die im § 38 erwähnten besonderen Bücher eingetragen, gegen Ertheilung einer aus dem Buche ausgeschnittenen und von einem Mitgliede der Verwaltung unterschriebenen Quittung.

Anmerkung. Alle Darbringungen, sowie die Beiträge der Mitglieder, fließen mit der Eröffnung der Thätigkeit der örtlichen Verwaltungen in den Residenzen bei diesen ein, nach der Bildung von örtlichen Verwaltungen in den übrigen Gouvernementsstädten ist es dem Willen der Darbringer und Mitglieder überlassen, ihre Darbringungen und Beiträge entweder an die Residenz- oder an ihre örtlichen Verwaltungen abzuliefern. In gleicher Weise können die Darbringungen auch bei den Damen-Comités abgeliefert werden.

§ 52. Ueber alle zum Besten der Gesellschaft erworbenen Mittel erlassen die örtlichen Verwaltungen womöglich unverzüglich Publicationen in den Zeitungen, über bedeutendere Darbringungen aber benachrichtigen sie die Haupt-Verwaltung, welche, wenn sie es für nöthig erachtet, dieselben zur Allerhöchsten Kenntniß der erhabenen Beschützerin der Gesellschaft bringt.

§ 53. Darbringungen unter 1 Rbl. werden in die Opferstöcke gelegt, die von den örtlichen Verwaltungen überall, wo sie es für nöthig halten, in Anleitung des § 6 aufgestellt werden.

§ 54. Aus den Opferstöcken wird das Geld, nach Ermessen der örtlichen Verwaltung, im Beisein von wenigstens drei Mitgliedern derselben ausgeschüttet, welche durch ihre Unterschrift im Buche den Betrag der sich ergebenden Summe bestätigen.

§ 55. Bei den örtlichen Verwaltungen concentrirt sich die Administration aller sowohl von ihnen selbst, als auch von den Damen-Comités und den Abtheilungen gesammelten Summen.

§ 56. In dem Maße, wie sich diese Summen ansammeln, legen die örtlichen Verwaltungen dieselben in der Reichsbank, deren Comptoiren und Abtheilungen, in den Sparkassen oder in den städtischen Gemeindebanken als Einlagen bis zur Rückforderung oder für laufende Rechnung der Gesellschaft, je nach dem, was sie für vortheilhafter halten, nieder, indem sie, soviel als möglich, die Aufbewahrung einer größeren Summe als 100 Rbl. bei den Verwaltungen vermeiden.

§ 57. Hinsichtlich der Aufbewahrung der Materialien können die örtlichen Verwaltungen mit den betreffenden Landschafts- und anderen Institutionen, welche die Krankenhäuser und Wohlthätigkeits-Anstalten verwalten, hinsichtlich der unentgeltlichen Ablassung von Localitäten für dieselben in Relation treten.

§ 58. Die örtlichen Verwaltungen haben ihr Siegel und versehen die Damen-Comités mit solchen.

§ 59. Zu Anfang eines jeden Jahres stellen die örtlichen Verwaltungen einen Rechenschaftsbericht sowohl über ihre Wirksamkeit überhaupt, als auch über Einnahme und Ausgabe der Summen und über den Bestand des Vermögens an ihrem Orte zusammen, und im Februar berufen sie örtliche allgemeine Versammlungen ein, um denselben diesen Rechenschaftsbericht vorzulegen.



### Die örtlichen allgemeinen Versammlungen.

§ 60. Die örtlichen allgemeinen Versammlungen bestehen unter dem Vorsitz des Präsidenten der örtlichen Verwaltung:

- a) aus den Mitgliedern der örtlichen Verwaltungen,
- b) aus den Stiftern der Gesellschaft,
- c) aus den Wohlthätigkeitsmitgliedern, und
- d) aus den activen Mitgliedern der Gesellschaft, die drei Tage vor der Versammlung den Wunsch, derselben beizuwohnen, angezeigt haben.

§ 61. Zum Geschäftskreise der örtlichen allgemeinen Versammlungen gehört:

- a) die Beprüfung des Rechenschaftsberichts der örtlichen Verwaltung und die Revision desselben durch eine aus ihrer Mitte gewählte Revisions-Commission von wenigstens drei nicht zum Bestande der Verwaltung gehörenden Personen
- b) die Revision der bei der Verwaltung sich befindenden Niederlagen durch die Revisions-Commission,
- c) die Beprüfung der verschiedenen, sowohl von der Hauptverwaltung, als auch von den örtlichen Verwaltungen beantragten Fragen und Maßregeln, und
- d) die Wahl der Mitglieder der örtlichen Verwaltung.

§ 62. Außer der jährlichen allgemeinen Versammlung berufen die örtlichen Verwaltungen außerordentliche Versammlungen in allen den Fällen zusammen, in denen sie es für nothwendig halten.

§ 63. Hinsichtlich der Entscheidung der Sachen richten sich die örtlichen Versammlungen nach den im § 43 für die allgemeine Versammlung festgesetzten Regeln.

§ 64. Der Rechenschaftsbericht wird mit dem Befund und dem Gutachten der Revisions-Commission der Haupt-Verwaltung übersandt und zugleich in den Zeitungen publicirt.

### Die Damen-Comités und die Abtheilungen überhaupt.

§ 65. Die Damen-Comités, die in Grundlage des § 17 eröffnet werden, bestimmen selbst die Anzahl ihrer Mitglieder.

§ 66. Jeder Comité wählt aus seiner Mitte auf 2 Jahre eine Präsidentin und einen Collegen derselben, und wenn es nöthig ist, einen Geschäftsführer und einen Cassirer.

§ 67. Im Falle des Austritts einer oder mehrerer Damen aus dem Comité, werden sie durch andere mittelst Aufforderung der Präsidentin des Comité ersetzt.

§ 68. Die Mitglieder des Comité versammeln sich zu ihren Sitzungen nach Ermessen der Präsidentin. Alle Angelegenheiten werden in denselben durch Stimmenmehrheit entschieden, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme der Präsidentin oder in ihrer Abwesenheit die ihres Collegen den Ausschlag.

§ 69. Die Damen-Comités richten ihre Thätigkeit vorzüglich auf die Vergrößerung der Mittel der Gesellschaft. Unabhängig davon unterstützen sie die örtlichen Verwaltungen: a) in der Ausbildung von barmherzigen Schwestern und b) in der Anschaffung verschiedener für die Verwundeten und Kranken nothwendigen Gegenstände.

§ 70. Die Präsidentinnen der Damen-Comités setzen sich, nach Maßgabe der Nothwendigkeit, mit den örtlichen Verwaltungen in Relation und berathen sich überhaupt mit denselben über die für die gedeiblichere Entwicklung der Mittel der Gesellschaft nothwendigen Maßregeln. Die örtlichen Verwaltungen theilen ihrerseits den Damen-Comités Alles, was sich auf ihren Wirkungskreis beziehen könnte, mit.

§ 71. Zum Eintragen der Geld- und anderer zum Besten der Gesellschaft erworbener Mittel führen die Damen-Comités Bücher.

§ 72. Die zum Besten der Gesellschaft gesammelten Geldmittel übergeben die Damen-Comités durch die entsprechenden örtlichen Verwaltungen den im § 56 angegebenen Institutionen, indem sie sich soviel als möglich nach der sowohl in eben demselben §, als auch im § 52 angegebenen Ordnung richten.

§ 73. Ohne sich allein auf die Erwerbung materieller Mittel und auf die Unterstützung der örtlichen Verwaltungen, worin solche nothwendig, zu beschränken, können die Damen-Comités ihren Wirkungskreis erweitern: durch die unmittelbare Theilnahme an der Ausbildung von barmherzigen Schwestern und durch Errichtung von Werkstätten zur Anfertigung von Wäsche, Charpie, Binden und anderen Erfordernissen. In diesem Falle aber realisiren die Comités, behufs Erhaltung der Einheit in den Handlungen der Gesellschaft, ihre Absichten erst nach vorgängiger Uebereinkunft mit den örtlichen Verwaltungen, welche, sich nach dem Grade der Nothwendigkeit und den Mitteln der Gesellschaft richtend, den Comités die nöthigen Unterstützungen aus den Mitteln der Gesellschaft zur Verfügung stellen.

§ 74. Nach Ablauf des Jahres stellen die Damen-Comités einen Rechenschaftsbericht über ihre Wirksamkeit und über die Einnahme und Ausgabe der Summen zusammen und übergeben denselben der örtlichen Verwaltung, damit er dem Rechenschaftsbericht dieser letzteren beigelegt und der örtlichen allgemeinen Versammlung vorgelegt werde.

§ 75. Die Kreis-Abtheilungen der örtlichen Verwaltungen und der Damen-Comités haben nicht die Bedeutung besonderer Verwaltungen und bestehen aus wenigstens 3 Personen, welche aus Selbsteifer für den Zweck der Gesellschaft oder auf Antrag der Präsidenten und Präsidentinnen die Sorge für Vergrößerung der materiellen Mittel der Gesellschaft auf sich nehmen. Der Kreis ihrer Thätigkeit, die Ordnung der Uebergabe der Darbringungen und die Rechenschaftsablegung wird durch die örtlichen Verhältnisse und durch Uebereinkunft mit den Verwaltungen und Comités in Anleitung der allgemeinen Regeln dieses Statuts bedingt.

### **Thätigkeit der Gesellschaft zur Zeit eines Krieges.**

§ 76. Sobald die Armee auf den Kriegsfuß gesetzt wird, trifft die Haupt-Verwaltung, auf Grundlage der durch Correspondenz mit dem Kriegsministerium gesammelten Nachrichten, ihre Veranstaltungen zur Anschaffung der für die Kranken und Verwundeten nothwendigen Sachen und Erfordernisse und zur Bildung des Personalbestandes für den administrativen und den Sanitätsdienst, wie solcher zum Zwecke der Thätigkeit der Gesellschaft auf dem Kriegsschauplatz ihrer Bestimmung gemäß erforderlich ist. Zugleich beruft sie eine außerordentliche allgemeine Versammlung zusammen, wovon sie alle Institutionen der Gesellschaft in Kenntniß setzt.

§ 77. Die Haupt-Verwaltung benachrichtigt die örtlichen Verwaltungen, welche Gegenstände aus den Fonds der Gesellschaft anzuschaffen und auf welchen

Punkten sie zu concentriren sind, sowie in welcher Anzahl und wohin der Personalbestand zu dirigiren ist.

§ 78. Sobald der Schauplatz der Kriegs-Operationen bestimmt ist, commandirt die Haupt-Verwaltung, nach Uebereinkunft mit dem Kriegsministerium und mit Allerhöchster Genehmigung, die nöthige Anzahl von durch die allgemeine Versammlung bestätigten Bevollmächtigten nach dem Hauptquartier oder zu dem getrennt operirenden Detachement ab. Diese Bevollmächtigten werden mit ausführlichen Nachrichten über die Mittel der Gesellschaft, welche, um den Verwundeten und Kranken Hilfe zu leisten, geboten werden können, versehen. Den Bevollmächtigten wird der ganze von der Gesellschaft zur Thätigkeit während des Krieges ernannte Personalbestand untergeordnet.

§ 79. Die Bevollmächtigten der Gesellschaft sind dem Obercommandirenden oder dem Chef des abgetheilten Detachements attachirt und richten sich bezüglich der den Verwundeten und Kranken zu gewährenden Hilfsleistungen nach der ihnen von der Haupt-Verwaltung der Gesellschaft erteilten Instruction, wobei sie sich mit der Militair-Obrigkeit in näheres Einvernehmen zu setzen haben.

§ 80. Die Bevollmächtigten machen der Haupt-Verwaltung über alle Maßregeln und Anschaffungen, welche sich als nothwendig erweisen, Vorstellung. Zu größerem Erfolg ihrer Thätigkeit treten sie in unmittelbare Relation mit den dem Kriegsschauplatze zunächst befindlichen örtlichen Verwaltungen.

§ 81. Damit die Mittel der Gesellschaft entsprechend den wirklichen Bedürfnissen der Armee oder des abgetheilten Detachements verwandt werden, setzen sich die Bevollmächtigten mit den Feldobrigkeiten, der Intendantur, des Hospital- und des Medicinalwesens in Relation.

§ 82. Die Hauptthätigkeit der Bevollmächtigten der Gesellschaft besteht:

- a) in der Errichtung von Niederlagen an bestimmten Punkten für verschiedene Gegenstände unter der Direction der durch die Verwaltung dazu ernannten Personen. Dort, wo sich örtliche Verwaltungen befinden, wird die Verwaltung der Niederlagen diesen letzteren übertragen,
- b) in der Anmietzung von Localitäten und Dienstpersonal und in der Einrichtung von Transportmitteln; ferner in der Eröffnung nach Maßgabe der Möglichkeit von besonderen Lazarethen der Gesellschaft, von Krankensälen bei den temporären Kriegs-Hospitälern, sowie von besonderen Abtheilungen bei den bestehenden Heilanstalten aller Ressorts, nach Uebereinkunft mit den sie verwaltenden Institutionen.
- c) in der Abfertigung nach Maßgabe der Möglichkeit der Verwundeten und Kranken nach vom Kriegsschauplatz entfernter liegenden Orten, um den Regierungs-Institutionen die Möglichkeit zu gewähren, alle ihre Mittel an dem Orte der Kriegs-Operationen zu concentriren,
- d) in der Ernennung von Ärzten, barmherzigen Schwestern und Brüdern und Krankenbedienung bei den Kriegs-Hospitälern und den Verbandorten zur Hilfsleistung und Pflege der Verwundeten und Kranken,
- e) in dem den Verwundeten und Kranken zu gewährenden Beistande bei der Absendung und dem Empfange von Briefen und Paketen,
- f) in der Versorgung derselben mit Allem, was zur Erleichterung der Lage und überhaupt zur Beruhigung der Verwundeten und Kranken

dienen kann, darunter auch mit Büchern geistlichen und sittlichen Inhalts, mit periodischen Sournälen und Zeitungen.

Die specielleren Verpflichtungen der Bevollmächtigten und der übrigen ihnen zur Hilfe beigegebenen Personen werden in einer besonderen Instruction der Haupt-Verwaltung der Gesellschaft, nach jedesmaliger Uebereinkunft mit dem Kriegsministerium, auseinandergesetzt.

§ 83. Zur Ausführung der von der Gesellschaft ihnen ertheilten Aufträge schließen die Bevollmächtigten in ihrem Wirkungskreise, wo es nöthig erscheint, im Namen der Gesellschaft Verträge und Bedingungen ab.

§ 84. Diejenigen, welche die Niederlagen der Gesellschaft verwalten, sind verpflichtet, den Bevollmächtigten Berichte über den Bestand der unter ihrer Administration stehenden Vorräthe abzustatten und durch sie sowohl eine Ergänzung derselben als auch die Anschaffung solcher neuen Gegenstände, die sich als nothwendig erweisen, zu erbitten.

§ 85. Nach Beendigung des Krieges stellen die Bevollmächtigten der Haupt-Verwaltung einen Rechenschaftsbericht über ihre Thätigkeit überhaupt und über die von ihnen gemachten Ausgaben vor.

§ 86. Nach Empfang der Rechenschaftsberichte von den Bevollmächtigten und denjenigen Verwaltungen, denen die Anschaffungen übertragen waren, stellt die Haupt-Verwaltung einen allgemeinen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Gesellschaft zur Zeit des Krieges zusammen und unterbreitet denselben, nachdem er in der allgemeinen Versammlung beprüft worden, durch den Präsidenten Ihrer Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Einsicht.

In Betreff aller Abänderungen und Ergänzungen dieses Statuts der Gesellschaft, welche sich in der Folge als nothwendig erweisen sollten, erbittet sich die Haupt-Verwaltung, nach vorhergegangener Billigung ihrer Vorschläge in der allgemeinen Versammlung und mit Allerhöchster Zustimmung Ihrer Kaiserlichen Majestät, die Genehmigung in der festgesetzten Ordnung.

Unterscriben: Minister des Innern, Staatssecretair Walujew.

**Nr. 149.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 19. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriüfung der Vorstellung des Kriegsministers, betreffend die Anwendung der Art. 338, 339, 387 und 395 des Reglements über die Landes-Prästanden auf die Einrichtung von Carcern bei den Truppen und auf die Verabfolgung von Holz und Licht für dieselben, für gut erachtet: die Wirksamkeit der Art. 338, 339, 387 und 395 des Reglements über die Landesprästanden als zeitweilige Maßregel bis zur Revision dieses Reglements, auf die Errichtung von Carcern bei den Truppen, welche bei den Einwohnern und in dem Civil-Ressort gehörenden Kasernen bequartirt sind, sowie auf die Verabfolgung von Heiz- und Leuchtmaterial für diese Carcer anzuwenden.

Betreffend die Anwendung der Art. 338, 339, 387, und 395 des Reglements über die Landes-Prästanden auf die Einrichtung von Carcern bei den Truppen und auf die Verabfolgung von Holz und Licht für dieselben.

Aus dem 1. Departement vom  
4. August 1867, Nr. 78676.

**Nr. 150.** Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende am 13. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern hinsichtlich des Drucks von Beschlüssen, Berichten über Sitzungen, sowie von Verhandlungen, Debatten und Reden, die in den Landes-, Adels- und Stadt-, Gemeinde- und Stände-Versammlungen stattgehabt haben, für gut erachtet: in Ergänzung des Gesetzes über die Presse vom 6. April 1865 zu verordnen, daß die in den gedachten Versammlungen erfolgten Beschlüsse, Berichte über Sitzungen u. s. w., sowie die ihnen vorausgegangenen Verhandlungen, Debatten und Reden nur mit Genehmigung der örtlichen Gouvernements-Obrigkeit gedruckt werden dürfen.

Betreffend den Druck von Beschlüssen, Berichten über Sitzungen, sowie von Verhandlungen, Debatten und Reden, die in den Landes-, Adels- und Stadt-, Gemeinde- und Stände-Versammlungen stattgehabt haben.

Aus dem 1. Departement vom  
29. Juli 1867, Nr. 79634.

**Nr. 151.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Antrag des Verwaltenden des Justizministeriums vom 8. Juli 1867, Nr. 10592, folgenden Inhalts: der Minister des Innern habe dem Justizminister mitgetheilt, daß der Medicinalrath bei Beprüfung der vom Physicat angeregten Frage bezüglich der Norm für die Zahlungen für chemisch-mikroskopische Untersuchungen verschiedener Gegenstände, von Lebensmitteln, verdächtigen Flecken und andern Untersuchungen in gerichtlichen Angelegenheiten für möglich erachtet habe, für solche Untersuchungen folgende Tage festzusetzen: 1) Für die Untersuchung verdächtiger Lebensmittel, als Mehl, Grütze, Thee (in Blättern), Fleisch, Schinken, Wurst und Aehnliches — drei Rubel. 2) Für die Untersuchung verdächtiger Flecken, welche aus verschiedenen Gegenständen ausgeschnitten und eingesandt worden — fünf Rubel. 3) Für die Untersuchung verdächtiger Flecken auf eisernen Werkzeugen, sowie verdächtiger, nicht ausgeschnittener Flecken, welche zugleich mit der Wäsche, der Kleidung, der Fußbekleidung oder hölzernen Gegenständen eingesandt worden und eine vorläufige Befichtigung der Gegenstände, auf denen sie sich befinden, Seitens des Experten erfordern — sieben Rubel. Solchen vom Minister des Innern bestätigten Beschluß des Medicinalraths übergebe er, der Verwaltende des Justizministeriums, Einem Dirigirenden Senat behufs der Veröffentlichung zur allgemeinen Wissenschaft, im Verfolg des Antrages vom 9. März 1866, Nr. 2637. Und die Sprawka. Befohlen: Ueber solchen Beschluß des Medicinalraths zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Größe der Zahlung für chemisch-mikroskopische Untersuchungen an verschiedenen Gegenständen, Lebensmitteln, verdächtigen Flecken und andern Untersuchungen in gerichtlichen Angelegenheiten.

Aus dem 1. Departement vom  
5. August 1867, Nr. 80715.

**Nr. 152.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 27 Juni 1867, Nr. 5113, folgenden Inhalts: In Grundlage der Allerhöchst bestätigten Beschlüsse des Minister-Comités vom 12. August und 18. November 1866 und 31. März und 12. Mai 1867 seien vom Finanzministerium folgende Preise für die Annahme der nachbenannten Papiere als Pfand bei Kronspodrádden und Lieferungen während des zweiten Halbjahrs 1867 festgesetzt worden:

Actien der St. Petersburger privaten Handelsbank (im Nominalwerth von 250 Rbl.)	zu 130 Rbl.,
Actien der Warschau-Lerespöler Eisenbahn-Gesellschaft (im Nominalwerth von 100 Rbl.)	" 65 "
Pfandbriefe der gegenseitigen Boden-Credit-Gesellschaft:	
im Nominalwerth von 100 Rbl.	" 80 "
" " " 125 "	" 100 "
" " " 500 "	" 400 "
" " " 1000 "	" 800 "
" " " 5000 "	" 4000 "
" " " 10000 "	" 8000 "
Actien der Schiff- u. Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Delphin“ (im Nominalwerth von 100 Rbl.)	" 34 "

Hierüber berichte er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat zur betreffenden Anordnung. Und die Sprawka, aus welcher sich ergeben, daß die obgedachten Allerhöchst bestätigten Beschlüsse des Minister-Comités durch die Ukasen Eines Dirigirenden Senats vom 1. September und 2. December 1866 und 21. April und 6. Juni 1867 publicirt worden sind. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Collegen des Finanzministers zur allgemeinen Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Preise, zu welchen einige zinstragende Papiere als Kronspand im Laufe des 2. Halbjahrs 1867 anzunehmen sind.

Aus dem 1. Departement vom 17. Juli 1867, Nr. 79269.

Riga-Schloß, den 6. October 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Enbe.**

Höflicher Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

---

**Nr. 153.** Ukase Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: die Sache, betreffend den Bericht des Ministers des Innern wegen Erläuterung einiger Fragen, welche bei der Anwendung des am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths über die Ordnung, in welcher lasterhafte Personen von ihren Gemeinden der Staatsregierung zur Disposition gestellt werden sollen, entstanden sind. Befohlen: Nach Beprüfung der Umstände dieser Sache findet Ein Dirigirender Senat, daß nach dem Wesen der einigen Gouvernements-Commissionen für Bauersachen bei der Anwendung des am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths über die Ordnung, in welcher lasterhafte Personen von ihren Gemeinden der Staatsregierung zur Disposition zu stellen sind, aufgestoßenen Zweifel folgende Fragen in dieser Sache der Entscheidung unterliegen: 1) Haben die Gebietsversammlungen (волостные сходы) der aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern das Recht, darüber Beschlüsse zu fassen, daß zu den Gebieten angeschriebene Personen, wenn solche gerichtlich bestraft worden, nicht wieder in das Gebiet aufzunehmen, oder auch, wenn sie schlechter Führung, aus denselben auszuschließen seien. 2) Haben die Gemeinden der zeitweilig verpflichteten Bauern und bäuerlichen Grundbesitzer das Recht, verabschiedete Soldaten, die sich in den Ansiedelungen derselben niedergelassen haben, der Staatsregierung zur Disposition zu stellen; und 3) können aus den Gemeinden Auszuschließende, in der Zeit von der Fassung des desfallsigen Gemeindebeschlusses bis zur gehörigen Bestätigung desselben und Vorstellung der Ausgeschlossenen an die Gouvernementsregierung, in Haft gehalten werden. Hinsichtlich der ersten Frage findet Ein Dirigirender Senat, daß, wenn Personen abgabenspflichtigen Standes, die sich zu irgend einem Gebiet (волость) anschreiben lassen wollen, nach dem Gesetze (Allgem. Bauerverordnung Art. 141, Beilage II., Pkt. 1 in der Fortsetzung vom Jahre 1863) verpflichtet sind, dazu die Einwilligung der Gebietsversammlung (волостный сходъ) zu erbitten, so ist die Einwilligung dieser Versammlung zu der Wiederaufnahme von lasterhaften Personen, oder von solchen, die vom Gericht in Verdacht belassen sind, in das Gebiet um so nothwendiger; in ganz anderer Weise stellt sich dagegen die Frage dar in Betreff des Rechts der Gebietsversammlungen, Personen, die von den Bauern selbst als von schlechter Führung bezeichnet worden, aus dem Gebiete zu entfernen, und wenn ein solches Recht durch das Gesetz den Dorfversammlungen (сельские сходы) zugestanden ist, so kann solches nicht als eine unfehlbare Grundlage zur Ausdehnung desselben auch auf die Gebietsversammlungen angenommen werden, da in der Bedeutung und Organisation beider ein ziemlich großer Unterschied besteht. Ein Dorf (селение) ist eine Gemeinde im engeren Sinne des Worts. Die die Dorfversammlung bildenden Bauern leben an einem und demselben Orte, kennen einander von Jugend auf sehr genau, benutzen größtentheils gemeinschaftlich das Gemeindeland und haften solidarisch für die richtige und erfolgreiche Ableistung der auf dem Dorfe ruhenden Abgaben und Prästationen durch alle Bauern. In Ansehung dieser engen Verbindung aller Gemeindeglieder

unter einander gewährt das Gesetz der Dorfversammlung das Recht, diejenigen Personen, welche von ihr als unzuverlässig oder schädlich anerkannt werden, aus ihrer Mitte auszuschließen. Das Gebiet dagegen bildet nicht sowohl eine Gemeinde, als vielmehr eine Administrativ-Einheit. Die Gebietsversammlung besteht aus Personen, die von den verschiedenen, zuweilen über einem weiten Raum zerstreuten Dörfern gewählt sind, d. h. aus Personen, welche allerdings im Stande sind, Verwaltungsangelegenheiten, welche mehrere Gemeinden betreffen, gehörig zu beurtheilen, jedoch nicht immer mit Sachkenntniß ihre Stimme darüber abzugeben vermögen, ob ein Mensch, den sie häufig nur sehr ungenügend kennen, aus seinem Wohnorte entfernt werden oder im Gebiete bleiben soll. Außerdem darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß in Grundlage der Regeln über die Zuschreibung von Personen abgabepflichtigen Standes zu den Gebieten (Allgem. Bauerverordnung Art. 141, Beilage II., in der Fortsetzung vom Jahre 1863) diese Personen, obgleich sie an der Ableistung der Gemeinde-Prästanzen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gebietsgemeinde theilnehmen (Punkt 5) und der Gebietsverwaltung und den localen Institutionen für Bauersachen unterworfen sind, (Punkt 8) doch nicht zugleich weder das Recht auf Erhalt, noch die Pflicht zur Annahme eines Antheils des Gemeindelandes irgend einer Dorfgemeinde des Gebiets, zu welchem sie sich haben anschreiben lassen, besitzen (Punkt 3). Die zu den Gebieten Angeschriebenen haften persönlich für die richtige Leistung der Kron- und Landesabgaben und Prästanzen (Punkt 4). Solchen Personen ist, so lange sie nicht Landeigenthum erwerben, nicht das Recht gewährt, sich an den Wahlen der Beamten der Bauer-Gemeindeverwaltung zu betheiligen, und überhaupt nehmen sie an der Gebietsverwaltung nur Theil in Sachen, die sie betreffen (Punkt 8). Auf diese Weise können die zum Gebiet angeschriebenen Personen, welche fast nur das Recht des Aufenthalts in demselben genießen, nicht als wirkliche Glieder, weder der Versammlung selbst noch irgend einer der das Gebiet bildenden Gemeinde, angesehen werden. Nach allen diesen Erwägungen erweist sich sowohl der Erfolg, als auch der Nutzen des den Gebietsversammlungen zu gewährenden Rechts, zum Gebiet angeschriebene Personen der Staatsregierung zur Disposition zu stellen, als zweifelhaft. — In Betracht alles Obigen ist kein genügender Grund vorhanden, gegenwärtig die legislatorische Frage hinsichtlich der Gewährung einer solchen Machtvollkommenheit an die Gebietseinheiten in Anregung zu bringen, wenigstens so lange nicht, bis eine größere Anzahl von Gesuchen eingeht, und bis die Ueberzeugung von der wirklichen Nothwendigkeit dieser Maßregel vorliegt. — Zur Entscheidung der zweiten Frage über das Recht der aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern, verabschiedete Untermilitaire aus ihrer Mitte zu entfernen, übergehend, findet Ein Dirigirender Senat, daß diese Frage durch die bestehenden Gesetzesbestimmungen entschieden wird, in Grundlage deren (Anmerk. zum Art. 566 und Art. 647 der Gesetze über die Stände, Bd. IX., nach der Redaction vom 1. Juni 1865) Gemeinden die in ihnen lebenden Untermilitaire, welche wegen Untauglichkeit aus dem Dienst entlassen worden sind, der Staatsregierung nicht zur Disposition stellen dürfen, und erstreckt sich hiernach das Recht der Gemeinden der aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern, die in ihren Dörfern lebenden verabschiedeten Untermilitaire der Staatsregierung in allgemein festgesetzter Ordnung zur Disposition zu stellen, auf diejenigen unter ihnen, welche aus anderen Ursachen, und nicht wegen Untauglichkeit aus dem Dienst entlassen worden sind, indem solche Untermilitaire, wenn sie auch nicht zur Gemeinde ver-



zeichnet sind, doch in gleicher Grundlage wie die Bauern allen Regeln der örtlichen Gemeinde- und Gebietsverwaltung unterworfen sind. (Allgem. Bauerverordnung Punkt 5, Beilage 1 zum Art. 141, in der Fortsetzung vom Jahre 1863.) Was die dritte Frage: wie die aus der Gemeinde auszuschließenden Personen in der Zwischenzeit von der Fassung des desfalligen Gemeindebeschlusses bis zur allendlichen Bestätigung desselben gehalten werden sollen, betrifft, so findet Ein Dirigirender Senat, in Erwägung dessen, daß der Allerhöchste Befehl vom 6. August 1861 (Anmerk. 4 zum Art. 51 der allgem. Verordnung, Bd. IX., Ständegesetze, in der Fortsetzung vom Jahre 1863), durch welchen es dem Willen der Gemeinden überlassen ist, im Nothfalle solche Personen in Haft zu halten, durch die dem Allerhöchsten Befehl vom 1. Juni 1865 beigefügte Redaction der Artikel des Cod. der Reichsgesetze nicht aufgehoben ist — daß der gedachte Allerhöchste Befehl vom 6. August 1861, da er nicht in festgesetzter Ordnung aufgehoben worden, in genauer Grundlage der Art. 72 und 73 der Grundgesetze des Reichs, Bd. I. des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe vom Jahre 1857, als in Kraft stehend betrachtet werden muß, und daß hiernach Personen, welche von den Landgemeinden zur Entfernung aus ihrer Mitte bestimmt worden sind, bis zur Bestätigung der desfalligen gefaßten Beschlüsse zur Verhütung von Schaden, den sie den Mitbewohnern ihres Dorfes aus Rache zufügen könnten, unter der nächsten Aufsicht dieser Gemeinden verbleiben müssen und falls es die Nothwendigkeit erheischt, bei den Dorf- oder Gebietsverwaltungen in Haft gehalten werden können. In Erwägung nun aber, daß alle in dieser Sache gegenwärtig angeregten Fragen an vielen Orten entstehen können, was durch die bei der Entscheidung derselben in einigen Gouvernements bereits aufgestoßenen Schwierigkeiten bewiesen wird, und zum Zweck einer gleichförmigen Anwendung der am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten Regeln über die Entfernung lasterhafter Personen Seitens ihrer Gemeinden, welche diese Schwierigkeiten veranlaßt haben, verfügt Ein Dirigirender Senat: über alles Obige zur Wissenschaft und schuldigen Richtschnur in vorkommenden Fällen Ukase zu erlassen.

Betreffend die Erläuterung einiger Fragen, welche bei der Anwendung des am 1. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths, in Betreff der Ordnung der Vorstellung lasterhafter Personen Seitens ihrer Gemeinden zur Disposition der Staatsregierung, entstanden sind.

Aus dem 1. Departement vom  
17. Juli 1867 Nr. 72533.

**Nr. 154.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) Den Bericht des Ministers der Wege-Communication vom 9. August 1867, Nr. 538, folgenden Inhalts: In der Anmerkung 2 zu dem am 14. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten in dem Ukas Eines Dirigirenden Senats vom 1. Juli desselben Jahres publicirten Gutachten des Reichsraths sei bestimmt, daß auf den Eisenbahnen die Anwendung der in dem gedachten Gutachten enthaltenen Regeln bezüglich des Verbots des Tabakrauchens dem Ermessen der Oberverwaltung der Wege-Communication anheingestellt wird. In dem ihm, dem Minister der Wege-Communication, vom Reichssecretair zugestellten Extract aus den Journalen des Reichs-

raths vom 1. und 17 Mai 1865, in denen derselbe das obgedachte Allerhöchst bestätigte Gutachten beschloß, ist gesagt, daß der Reichsrath für nothwendig erachtet habe, das Verbot des Tabackrauchens auf den Eisenbahnen, falls die Nothwendigkeit zur Ergreifung dieser Maßregel eintreten sollte, sowie die Anwendung der Strafbestimmungen des Gesetzes in diesem Falle der Anordnung der Oberverwaltung der Wege-Communication zu überlassen, sowohl um einer augenscheinlich unangemessenen Einmischung der örtlichen Polizei-Obrikeiten in Anordnungen, die sich auf die Verwaltung der Eisenbahnen beziehen, vorzubeugen, als auch hauptsächlich zu dem Zweck, um die in vieler Hinsicht nothwendige Einheit in der Wirksamkeit der Polizeigewalt auf den Eisenbahnen unter Concentrirung derselben in der Oberverwaltung der Wege-Communication in vollem Maße aufrecht zu erhalten und zu beobachten. Nachdem er, der Minister der Wege-Communication, in Anleitung dessen Regeln bezüglich des Verbots des Tabackrauchens sowohl auf den Staats-, als auch auf den Privat-Eisenbahnen festgestellt und Anordnungen dahin getroffen habe, daß diese Regeln auf den besagten Bahnen zur Ausführung gebracht werden, stelle er ein gedrucktes Exemplar dieser Regeln Einem Dirigirenden Senat vor, behufs des Abdrucks in festgesetzter Ordnung. Und 2) die diesem Bericht beigefügte Verordnung des Ministers der Wege-Communication für die Eisenbahnen vom 3. Juni 1867, sub Nr. 13. Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Verordnung des Ministers der Wege-Communication für die Eisenbahnen abzudrucken und dieselben zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, mittelst Ukase zu versenden.

Betreffend die Anwendung der Regeln bezüglich  
des Verbots des Tabackrauchens auf die  
Eisenbahnen.

Aus dem 1. Departement vom  
22. August 1867, Nr. 82655.

# **Verordnung**

**des Ministers der Wege-Communication für die Eisenbahnen.**

St. Petersburg, den 3. Juni 1867.

Nr. 13.

**Betreffend die Anwendung der Regeln bezüglich des Verbots des Tabackrauchens auf die Eisenbahnen.**

In dem am 14. Juni 1865 Allerhöchst bestätigten und in dem Ukase eines Dirigirenden Senats vom 1. Juli desselben Jahres publicirten Gutachten des Reichsraths ist bestimmt: daß das Verbot des Tabackrauchens auf den Eisenbahnen, falls die Nothwendigkeit zur Ergreifung dieser Maßregel eintreten sollte, sowie die Anwendung der Strafbestimmungen des Gesetzes in diesem Falle der Anordnung der Oberverwaltung der Wege-Communication überlassen ist.

In Grundlage der gedachten Bestimmung werden folgende allgemeine Regeln für alle Staats- und Privat-Eisenbahnen festgesetzt:

1) Das Tabackrauchen auf den Stationen der Eisenbahnen ist verboten in den Damenzimmern, den Büffets und den Sälen, in welchen eine allgemeine Tafel ist, nur während der Zeit, in welcher Züge auf den Stationen halten und in diesen Localen sich Passagiere befinden. Zu jeder Zeit ist das Tabackrauchen

verboten: in den Gepäckfälen, in den von den Telegraphen eingenommenen Localen, auf den Plattformen, wo Waaren und Militair-Effecten in die Waggons ein- und aus denselben ausgeladen werden, auf Höfen, auf denen Waaren, Heizmaterial und überhaupt leicht entzündbare Stoffe, als: Heu, Hobelspäne u. s. w., gelagert sind, in allen Magazinen und Pachthäusern, in den Werkstätten für Waggons und Locomotiven, in den Tischler-, Säge- und Tapezier-Werkstätten.

2) Auf den Zügen ist das Tabakrauchen in denjenigen Abtheilungen der Waggons I. und II. Klasse verboten, welche für Damen und Nichtraucher bestimmt sind.

Anmerkung. Zu diesem Zwecke müssen in allen diesen Waggons auf jeder Bahn, je nachdem es geeignet erscheint, Räume abgetheilt sein mit der Aufschrift: „für Nichtraucher und für Damen.“

3) Ueber die Erfüllung dieser Regeln wacht auf den Stationen die Polizei-Obrigkeit der Eisenbahnen, und wo keine solche vorhanden, oder während der Zeit der Abwesenheit derselben, die Stations-Obrigkeit, auf den Zügen aber die Conducteure und Oberconducteure.

4) Für die Verletzung dieser Regeln unterliegen die Schuldigen:

Für das Tabakrauchen an den im Punkte 1 dieser Verordnung bezeichneten Orten einer Geldbuße gemäß dem Art. 91 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen, im Betrage von nicht über 10 Rbl. für jedes Mal; für das Rauchen in den Zügen gemäß dem Art. 92 desselben Gesetzes einer Geldbuße von höchstens einem Rubel.

5) Diese Geldbußen werden den Schuldigen auferlegt: für das Rauchen auf den Stationen von der Bahn-Polizei-Obrigkeit, oder wenn eine solche nicht vorhanden oder nicht gegenwärtig ist, von der Stations-Obrigkeit; für das Rauchen in den Zügen wird die Geldbuße von denselben Obrigkeiten verhängt, nach Ankunft des Zuges auf der ersten Station, nachdem die Uebertretung der Regeln über das Rauchen stattgefunden, auf Anzeige des Ober-Conducteurs und Einzeugen der von ihm bezeichneten Passagiere, welche die gedachte Uebertretung selbst gesehen haben.

6) Die Polizei- oder örtliche Stations-Obrigkeit verhängt aber die Geldbußen auch über die bei den Eisenbahnen dienenden Personen, wenn dieselben die Regeln über das Rauchen übertreten. Auf den Staatsbahnen unterliegen die Unterbeamten, welche sich dort, wo es verboten ist, zu rauchen erlauben, und sich dabei gegen die Obrigkeit unfolgsam zeigen, nach Ermessen derselben einer Disciplinarstrafe in Grundlage der am 6. Juli 1863 Allerhöchst bestätigten Verordnung über dieselben.

7) Damit die gedachten Geldstrafen richtig zum Landschafts-Capital in jedem Gouvernement einfließen, müssen auf jeder Station von der Polizei- oder örtlichen Obrigkeit der betreffenden Bahn vidimirte Schnurbücher vorhanden sein. Jede Geldstrafe wird von der dieselbe verhängenden Person in diese Bücher eingetragen und von ihr unterschrieben. Die Einzahlung des Geldes selbst wird von derjenigen Person, von der die Geldbuße erhoben worden ist, unterschrieben.

8) Die von den Schuldigen beigetriebenen Gelder stellt die Stations-Obrigkeit monatlich der Bahn-Verwaltung vor zur Absendung derselben zum Landschafts-Capital desjenigen Gouvernements, in welchen die Beitreibungen stattgefunden haben, an das örtliche Gouvernements-Landschaftsamt, oder wo es kein solches giebt, an den Gouverneur behufs Zuzahlung derselben zum Landschaftscapital, in

Grundlage des Artikel 27 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen. Die Bücher aber werden mit allen Beilagen nach Ablauf des Jahres in dasselbe Landschaftsamt und eventuell an den Gouverneur zur Revision der Richtigkeit der Einzahlungen gesandt.

9) Diese Regeln müssen auf jeder Station an sichtbaren Stellen affigirt werden.

Ueber die genaue und unabweichliche Erfüllung dieser Regeln haben die Eisenbahn-Chefs und die Regierungs-Inspectoren unter Mitwirkung der Polizei-Verwaltungen der Eisenbahnen zu wachen.

Unterschieden: Minister der Wege-Communication,  
Ingenieur-General-Lieutenant Melnikow.

**Nr. 155.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 5. August 1867, Nr. 78445, desmittelst der am 24. Juni 1867 im Militair-Messort erlassene Tagesbefehl nebst den denselben beigefügten Allerhöchst bestätigten Regeln über die Strafen für Beleidigung und gewaltsamen Ueberfall der Schild- und Militairwachen publicirt wird.

Auf dem Original steht geschrieben: „Allerhöchst bestätigt.“

Unterschieden: Kriegsminister, General-Adjutant Miljutin.

Sankt-Petersburg, den 22. Juni 1867.

# Regeln

über die Strafen für Beleidigung und gewaltsamen Ueberfall der Schild- und Militair-Wachen.

1) Für Beleidigung einer Schild- oder Militairwache durch Worte oder unanständige Handlungen unterliegen die Schuldigen:

Offiziere und Untermilitairs, welche besondere Standesrechte genießen, aber nicht zu der gesetzlichen Dienstzeit verpflichtet sind — dem Ausschluß aus dem Dienst oder der Festungshaft auf höchstens ein Jahr und vier Monate, die in obligatorischer Dienstzeit miethweise stehenden Untermilitairs — dem gerichtlichen Urtheil oder der Rekrutenreihenfolge, der Einzelhaft im Militairgefängniß auf die Zeit von zwei Monaten und von zwei Wochen bis zu sechs Monaten.

Anmerkung. Eine Schildwache heißt jeder Soldat, der auf irgend einen Posten mit einer Flinte oder einer blanken kalten Waffe gestellt ist. Als Militairwache werden die Militairs eines bewaffneten Militair-Commandos während der Ausübung der Dienstpflichten betrachtet.

2) Für Beleidigung einer Schild- oder Militairwache durch Ertheilung eines Schläges, jedoch ohne sich dabei einer Waffe zu bedienen, unterliegen die Schuldigen:

Offiziere und Untermilitairs, welche besondere Standesrechte genießen, aber nicht zu der gesetzlichen Dienstzeit verpflichtet sind — dem Verluste aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Verschickung in die entfernten Gouvernements, außer den Sibirischen, zum Wohnen; die in obligatorischer Dienstzeit stehenden Untermilitairs — ebenfalls dem Verluste aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Abgabe in die Militair-Corrections-Compagnien auf die Zeit von einem Jahr und sechs Monaten bis zu drei Jahren und sechs Monaten.

3) Für Nichterfüllung der gesetzlichen Forderungen einer Schild- oder Militairwache oder für Widersehung gegen dieselben ohne Gebrauch einer Waffe unterliegen die Schuldigen den oben im Artikel 1 dieser Regeln festgesetzten Strafen.

#### In Kriegszeiten:

Offiziere und Untermilitairs, welche besondere Standesrechte genießen, aber nicht in bestimmter Dienstzeit stehen, — der Festungshaft auf die Zeit von einem Jahr und vier Monaten bis zu vier Jahren oder dem Auszuschuß aus dem Dienste bei Verlust des Ranges;

die in obligatorischer Dienstzeit stehenden Untermilitairs — dem Verlust aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Abgabe in die Militair-Corrections-Compagnien auf die Zeit von einem Jahre und drei Monaten bis zu einem Jahr und sechs Monaten.

#### Angeichts des Feindes:

Offiziere und Untermilitairs, welche besondere Standesrechte genießen, aber nicht zu der gesetzlichen Dienstzeit verpflichtet sind, — dem Verlust aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Verschickung in die entfernten Gouvernements, außer den Sibirischen, zum Wohnen;

die in obligatorischer Dienstzeit stehenden Untermilitairs — dem Verlust aller besonderen, persönlichen und dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge und der Abgabe in die Militair-Corrections-Compagnien auf die Zeit von einem Jahre und sechs Monaten bis zu drei Jahren und sechs Monaten.

4) Für Gewaltthätigkeit gegen eine Schild- oder Militairwache, für einen Ueberfall auf dieselben, sowie für bewaffneten Widerstand wider eine Militairwache unterliegen die Schuldigen — dem Verluste aller Standesrechte und der Verschickung zu Zwangsarbeit in den Bergwerken auf die Zeit von vier bis acht Jahren.

#### In Kriegszeiten:

Dem Verluste aller Standesrechte und der Todesstrafe durch Erschießen, oder der Verschickung zu Zwangsarbeiten in den Bergwerken ohne Termin, oder auf eine Zeit von zwölf bis zu zwanzig Jahren.

#### Angeichts des Feindes:

Dem Verlust aller Standesrechte und der Todesstrafe durch Erschießen.

Die für Friedenszeiten festgesetzte Strafe wird um ein oder zwei Grade für Gewaltthätigkeit oder für Ueberfall mit bewaffneter Hand, sowie auch in denjenigen Fällen erhöht, wenn die in diesem Artikel angeführten Verbrechen von mehreren Personen ausgeführt worden sind.

5) Für Ermordung einer Schildwache unterliegen die Schuldigen:

Dem Verlust aller Standesrechte und der Verschickung zu Zwangsarbeit in den Bergwerken ohne Termin oder auf eine Zeit von fünfzehn bis zu zwanzig Jahren.

**In Kriegszeiten:**

Dem Verlust aller Standesrechte und der Todesstrafe.

6) Die in den vorhergehenden Artikeln für Kriegszeiten Angesichts des Feindes festgesetzten Strafen werden auch in Friedenszeiten auf jede Gewaltthätigkeit wider die innere, die geheiligte Person des Herrn und Kaisers und der Glieder des Kaiserlichen Hauses schützende Wache angewandt.

7) Die Strafen für Verbrechen wider eine Militairwache finden auch Anwendung auf die derselben Verbrechen wider Schutzwachen (защиты) Schuldigen.

Anmerkung. Schutzwachen (защиты) werden diejenigen Untermilitairs genannt, die an den von der Armee eingenommenen Orten zum Schutz irgend welcher Personen oder Stellen in Kriegszeiten zurückgelassen worden sind.

8) Eine Schild- oder Militairwache ist verpflichtet, falls ein Ueberfall auf sie oder ein offener Widerstand gegen sie ausgeübt wird, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Eine Schild- oder Militairwache, welche bei einem gegen sie gerichteten Ueberfall oder in einem andern Falle, wenn es kein anderes Mittel gab, den Widerstand und den gewaltsamen Ueberfall abzuwehren oder die Flucht Inhaftirter zu verhindern, von den Waffen Gebrauch gemacht hat, wird von jeder Verantwortlichkeit für die daraus entstandenen Folgen befreit.

Riga-Schloß, den 11. October 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Ältester Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 156.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 21. August 1867, Nr. 83956, bezimmeltst der an den Dirigirenden Senat am 30. Juli 1867 unter Sr. Majestät Eigenhändiger Unterschrift erlassene Namentliche Allerhöchste Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät nebst beigefügten Regeln über die Dienstvorrechte derjenigen Beamten russischer Abstammung, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen dienen, publicirt wird.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Da Wir es für gerecht erkannten, den russischen Beamten in den Gouvernements des Königreichs Polen einige Dienstvorrechte zu gewähren, übertrugen Wir Unserer Eigenen Kanzlei für die Angelegenheiten des Königreichs die Zusammenstellung gehöriger Regeln zur näheren Bestimmung dieser Vorzüge.

Nach Beprüfung der in Erfüllung dessen vom Verwaltenden der gedachten Kanzlei vorgestellten Regeln haben Wir in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Comités für die Angelegenheiten des Königreichs Polen dieselben bestätigt, und indem Wir sie dem Dirigirenden Senat übersenden, befehlen Wir: die Regeln über die Dienstvorrechte der Beamten russischer Abstammung, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen dienen, nunmehr in Wirksamkeit zu setzen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung dieses Unseres Ukases die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

„Alexander.“

Livadia, den 30. Juli 1867.

„Der Herr und Kaiser hat bei seiner Anwesenheit in Livadia am 30. Juli 1867 zu bestätigen geruht.“

## Regeln

über die Vorrechte derjenigen Beamten russischer Abstammung, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen dienen.

1) Diejenigen Beamten russischer Abstammung, welche in den Dienst in einem Gouvernement des Königreichs Polen treten, erhalten Reise- und Vorspanngelder (подъемные и прогонные деньги) in folgendem Betrage: die Beamten der 4. und 5. Klasse, sowie diejenigen Personen, welche, obgleich sie nicht diesen Rang besitzen, doch in Aemtern der 4. und 5. Klasse angestellt worden sind, 1000 Rbl.; die Beamten der 6., 7. und 8. Klasse und die in diesen Klassen entsprechende Aemter eintretenden Personen 600 Rbl.; die Beamten der 9.—14. Klasse und die Kanzlei-Offizianten 300 Rbl.

Anmerkung 1. Die Bestimmung der Reise- und Vorspanngelder für die Beamten der 3. Klasse hängt vom Allerhöchsten Ermessen ab.

Anmerkung 2. Von denjenigen Beamten, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen weniger als 2 Jahre gedient haben und darauf zum Dienst im Kaiserreiche übergehen oder ganz aus dem Dienst entlassen werden, haben die ihnen verabsfolgten Reise- und Fahrgelder wieder zurückzuzahlen.

2) Diejenigen Beamten, welche in den Dienst in einem Gouvernement des Königreichs Polen übergetreten sind, erhalten die Gage vom Tage ihrer Anstellung im Amte, wenn sie an ihrem Dienstorte in der nach der gesetzlichen Anzahl der Werste bestimmten Frist angelangt sind (Art. 1004 Cod. der Reichsgesetze, Bd. III., Reglement über den Dienst in Folge Anstellung von Seiten der Staatsregierung).

3) Diejenigen Beamten russischer Abstammung, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen dienen, werden im Range für ausgediente Jahre in verkürzter Frist, d. h. ein Jahr früher als die allgemeine drei- und vierjährige Dienstzeit befördert.

Anmerkung. Bei der Ernennung der Beamten zu Aemtern wird der Rang nicht berücksichtigt.

4) Für die Kanzlei-Officianten wird die Zeit zur Beförderung zur 14. Rangklasse auf die Hälfte der nach ihrer Abstammung festgesetzten Zeit verkürzt; wenn sie schon einige Zeit an anderen Orten gedient haben, so wird die noch übrige Zeit der Ausdienung auf die Hälfte verkürzt.

5) Denjenigen Beamten, welche früher im Kaiserreiche in den Gouvernements- und Kreisbehörden für Bauerangelegenheiten gedient, sowie ein Adels-Wahlamt bekleidet haben, wird die Zeit dieses Dienstes in die Dienstzeit zum Erhalt der Pension eingerechnet. Diese Regel erstreckt sich gleichermaßen auch auf diejenigen Beamten, welche in den Jahren 1858 und 1859 Glieder der Gouvernements-Comités für Bauerangelegenheiten waren.

6) Die Dienstzeit zum Erhalt des Ordens des heil. Wladimir 4. Klasse für 35jährigen Dienst wird verkürzt, und zwar werden 3 Jahre untadelhaften Dienstes in den Gouvernements des Königreichs Polen für 4 Jahre im Kaiserreiche gerechnet.

7) Denjenigen Beamten, welche den Dienst im Königreiche untadelhaft fortsetzen und sich durch besondere Fähigkeiten und durch Eifer auszeichnen, kann, auf Vorstellung ihrer örtlichen unmittelbaren Vorgesetzten und mit Genehmigung der betreffenden Minister oder Oberverwaltenden, nach je 5 Jahren des Dienstes in einem und demselben Ressort, eine Zulage zu ihrem Gehalte im Betrage von 15% und den im Mehrfache Dienenden von 25% von demjenigen etatmäßigen Gehalt, das der Beamte am Tage der Ausdienung der festgesetzten Zeit bezieht, zuerkannt werden, mit der Bestimmung, daß diese aufeinander folgenden Zulagen, alle zusammengenommen, das volle doppelte etatmäßige Gehalt nicht übersteigen. Bei der Versetzung von einem Amte zu einem anderen wird die zuerst bestimmte Gehaltszulage bis dahin, daß der Beamte die folgende Dienstzeit ausgedient hat, nicht abgeändert. Nach Ausdienung der neuen Dienstzeit hört die erste Zulage auf und die nach der Berechnung zu zahlende Zulage wird nach demjenigen etatmäßigen Gehalt bestimmt, das der Beamte am Tage der ausgedienten neuen Dienstzeit bezieht.

Anmerkung 1. Durch die Bewilligung der gedachten Gehaltszulagen für die Beamten, wenngleich dieselben als eine Belohnung für besondere dienstliche Auszeichnungen zuerkannt werden, gehen die Beamten nicht des Rechts verlustig, unabhängig davon, in der festgesetzten Ordnung zu anderen Ehrenbelohnungen,



als Rangbeförderung, Verleihung von Orden und Ehrenzeichen u. s. w. vorgestellt zu werden.

Anmerkung 2. Die örtlichen Obrigkeiten achten bei der Vorstellung der Beamten zur Bewilligung der Zulagen von 15 % oder 25 % zu dem etatmäßigen Gehalt derselben darauf, daß die Anzahl der diese Belohnung genießenden Personen in einem und demselben Ressort ein Drittel der Gesamtzahl der in diesem Ressort dienenden Beamten russischer Abstammung, welche im Königreiche 5 und mehr Jahre gedient haben, nicht übersteige.

8) Denjenigen Beamten russischer Abstammung, welche in den Gouvernements des Königreichs Polen nicht weniger als zwei Jahre gedient haben, wird das Recht gewährt, wenn sie kein hinlängliches Vermögen besitzen, ihre Kinder in den Lehranstalten auf Kronskosten zu erziehen; falls aber in diesen Anstalten keine Kronsvacanzen sind, oder die Eltern die Kinder bei sich erziehen wollen, werden ihnen zur Unterstützung bei der Erziehung 100 Rbl. jährlich für ein Kind von 9 bis 13 Jahren, und 150 Rbl. für ein Kind von 13 bis 17 Jahren gezahlt, dergestalt jedoch, daß einem jeden Vater diese Unterstützungen für nicht mehr als 3 Kinder verabsolgt wird.

Anmerkung 1. Das in diesem Artikel angeführte Recht auf Erhalt einer Unterstützung zur Erziehung der Kinder genießen nicht diejenigen Beamten, welche schon eine solche Unterstützung für den Dienst im Kaiserreich erhalten.

Anmerkung 2. Die Verabsolgtung von Unterstützungen zur Erziehung der Kinder, welche bei Lebzeiten des Vaters bewilligt worden sind, wird im Falle seines Todes nicht eingestellt, so lange die Kinder das Alter von 17 Jahren nicht erreicht haben.

9) Diejenigen Civil- und Militairbeamten, welche eine Pension im Kaiserreiche ausgedient haben, behalten dieselbe im Dienste in den Gouvernements des Königreichs Polen neben dem Gehalte, das sie in ihrem Amte beziehen.

10) Allen Beamten russischer Abstammung, welche in den Dienst in einem Gouvernement des Königreichs Polen übergetreten sind, wird es freigestellt, Pension aus dem Emerital-Fonds des Königreichs zu erhalten — und haben sie sich in diesem Falle allen Regeln über die Emeritur zu unterwerfen — oder sich mit der Pension in Grundlage der Artikel 11 und 12 dieser Regeln zu begnügen, welchen Falls sie dann keine Procente zum Emerital-Fonds des Königreichs zu zahlen haben.

Anmerkung. Denjenigen der gedachten Beamten, von denen Procente zum Emerital-Fonds des Königreichs erhoben werden, erhalten das von ihnen zu diesem Fonds decourtirte Geld sofort zurückgezahlt, wenn sie in Grundlage dieser Regeln gegenwärtig erklären, daß sie keine Pension aus diesem Fonds zu erhalten wünschen.

11) Für diejenigen Beamten, welche die Pension nach den Gesetzen des Kaiserreichs zu erhalten wünschen, wird die Zeit zur Ausdienung der vollen Pension auf 25 Dienstjahre in den Gouvernements des Königreichs Polen festgesetzt; diejenigen, welche 20 Jahre gedient haben, erhalten die halbe Pension. Die im Dienste im Kaiserreiche verbrachte Zeit wird ebenfalls in die Anzahl Jahre zur Ausdienung der Pension nach den gegenwärtigen Regeln eingerechnet, wobei sieben Jahre Dienst im Kaiserreiche für 5 Jahre im Königreiche zählen.

Anmerkung. Diejenigen Beamten, welche vor ihrer Ankunft im Königreiche in Gouvernements gedient haben, die besondere Vorrechte bezüglich der Dienstzeit zum Erhalt einer Pension genießen, wird ihr früherer Dienst in Grund-

lage der Vorrechte, welche für ein jedes dieser Gouvernements festgesetzt sind, berechnet.

12) Der Betrag der Pension wird um einen Grad höher als das dem Artikel 53 des Pensions-Reglements, Cod. der Reichsgesetze Bd. III., Ausgabe vom Jahre 1857 beigefügte Verzeichniß bestimmt, festgesetzt.

13) Nur diejenigen in den Dienst in einem Gouvernement des Königreichs Polen übergetretenen Beamten russischer Abstammung können das Recht auf Erhalt der Pension in Grundlage der vorhergehenden Art. 11 und 12 genießen, welche in diesen Gouvernements wenigstens 5 Jahre und in dem letzten Amte 3 Jahre gedient haben; im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn ein Beamter, bevor er 5 Jahre gedient hat, den Dienst in diesen Gouvernements verläßt, wird die Pension in Grundlage des allgemeinen Pensions-Reglements des Kaiserreichs bestimmt, und wird für diejenigen, die nicht 3 Jahre in dem letzten Amte gedient haben, der Betrag der Pension nach der Klasse des von ihm vorher bekleideten Amtes festgesetzt.

14) Die Personen russischer Abstammung, welche in den Dienst in einem Gouvernement des Königreichs Polen im Ressort der Volksaufklärung übergetreten sind, unterliegen hinsichtlich des Rechts auf Pension den in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Regeln. Hierbei wird für die im eigentlichen Lehrfache Dienenden die Zeit zur Ausdienung der vollen Pension auf 20 Jahre und der halben auf 15 Jahre festgesetzt; die im Lehrfache im Kaiserreiche zugebrachte Zeit wird ebenfalls in die Anzahl Jahre zur Ausdienung der Pension eingerechnet, wobei 5 Dienstjahre im Kaiserreiche für 4 Jahre in den Gouvernements des Königreichs zählen; der Betrag der vollen Pension ist gleich der etatmäßigen Jahresunterhaltssumme, der der halben — gleich der halbjährigen.

Anmerkung. Die Pensionen für die Beamten des Ressorts der Volksaufklärung werden nach dem dem Amte zugewiesenen etatmäßigen Gehalte ohne die von den Beamten erdienten Zulagen zum Gehalte bestimmt.

15) Den Wittwen und Kindern verstorbener Beamten werden die Pensionen in Grundlage des Pensions-Reglements des Kaiserreichs und entsprechend dem in den gegenwärtigen Regeln festgesetzten Termin und Betrage bewilligt. Außerdem wird den Wittwen und Kindern von im Dienste in den Gouvernements des Königreichs Polen verstorbenen Beamten der zweimonatliche Unterhalt in dem Betrage, wie ihn der Verstorbene in seinem letzten Amte bezogen hat, als einmalige Unterstützung gezahlt.

16) Von allen Beamten, welche in den Gouvernements des Königreichs im Dienste stehen und sich nicht dem Gesetze über die Emeritalkasse des Königreichs unterwerfen wollen, werden zum Pensions-Fonds des Kaiserreichs jährlich 3 % vom ganzen etatmäßigen Unterhalt, ohne Ausschluß der von ihnen nach dem Artikel 7 erdienten Zulage zum Gehalte, erhoben.

17) Die im Königreiche angekommenen Beamten russischer Abstammung beziehen, wenn sie über den Etat bleiben, sowohl bei den beständigen, als auch bei den temporären Institutionen das Gehalt des letzten Amtes noch während eines Jahres, die Personen aber, welche im Dienste im Ressort des Organisations-Comités des Königreichs Polen gestanden haben, noch während zweier Jahre. Alle über den Etat verbliebenen Beamten werden zeitweilig während zweier Jahre zu demjenigen Ressort, aus welchem sie entlassen worden, gezählt, mit dem Rechte, vorzugsweise vor anderen in eine entsprechende Vacanz einzutreten, und wird ihnen

die zweijährige außer dem Etat verbrachte Zeit als wirklicher Dienst auch für Ausdienung der Pension nach den gegenwärtigen Regeln angerechnet.

18) Den in ein Gouvernement des Königreichs Polen zur Verwendung bei den dort auszuführenden Reorganisationen abcommandirten Beamten russischer Abstammung werden zur Reise nach jenem Lande Reise- und Vorspanngelder in dem im Art. 1 dieser Regeln festgesetzten Betrage verabsolgt.

19) Während der ganzen Zeit der Abcommandirung erhalten sie bis zu ihrer Ernennung zur Verwaltung eines etatmäßigen Amtes den Unterhalt nach den Regeln für die in das Königreich abcommandirten Beamten des ehemaligen Staatssecretariats.

20) Die von diesen Beamten während ihrer Abcommandirung verbrachte Zeit wird für die Ausdienung der Pension reducirt, indem 2 in den Gouvernements des Königreichs Polen verbrachte Jahre für 3 Dienstjahre im Kaiserreiche gezählt werden.

21) Bei dem Uebergange der abcommandirten Beamten in den beständigen Dienst in Gouvernements des Königreichs Polen wird die von ihnen während der Abcommandirung verbrachte Zeit auf die Pension und auf den Erhalt der durch die gegenwärtigen Regeln festgesetzten Gehaltszulage in Anrechnung gebracht.

22) Die durch die gegenwärtigen Regeln verliehenen Vorzüge erstrecken sich nur auf diejenigen Beamten, welche nach dem 1. Januar 1864 zum Dienst nach dem Königreiche gekommen oder dorthin abcommandirt worden sind, und treten für sie vom Tage ihres Eintritts in den Dienst oder ihrer Abcommandirung in Kraft.

Unterscriben: Vorsitzender im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs Polen, Fürst Paul Gagarin.

**Nr. 157.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 6. Juli 1867, Nr. 62912, desmittest der Hamentliche Allerhöchste Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, welcher am 18. Juni 1867 unter Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändiger Unterschrift an den Dirigirenden Senat erlassen worden, und in welchem es heißt: „Um die Mittel des Reichsschatzes zur Befriedigung unaufschiebbarer Ausgaben zu verstärken, haben Wir es für nothwendig befunden, einen Theil dieser Ausgaben durch Erhöhung der von den Landbewohnern zu entrichtenden Kopfsteuer und der Zuschlagsabgabe zu derselben zu decken; gegenwärtig, nachdem die zu diesem Zwecke im Finanzministerium entworfenen Vorschläge im Reichsrath beprüft worden sind, befehlen Wir: 1) An Stelle der gegenwärtigen Beträge der Kopfsteuer und der Zuschlagsabgabe zu derselben die Kopfsteuer in den Beträgen festzusetzen, welche in dem diesem Befehle beigefügten Vorschläge angegeben sind. 2) Mit der Erhebung der Kopfsteuer in diesen Beträgen von der zweiten Hälfte dieses Jahres 1867 an zu beginnen. Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung des Obigen die erforderliche Anordnung zu treffen;“ — publicirt wird, unter Anschluß des Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths über die von der zweiten Hälfte des Jahres 1867 an festgesetzten neuen Kopfsteuerbeträge und des Vorschlags über die Beträge dieser Steuer von den Ständen der Landbewohner.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben:

Auf der Petersburg-Warschauer Eisenbahn, den 18. Juni 1867.

„Dem sei also.“

## Gutachten des Reichsraths.

Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers wegen Festsetzung neuer Beträge (Oklade) der Kopfsteuer von der zweiten Hälfte des Jahres 1867 an, für gut erachtet:

1) Den von dem Finanzministerium zusammengestellten Vorschlag über die von der zweiten Hälfte des Jahres 1867 an von den Ständen der Landbewohner zu entrichtenden Beträge der Kopfsteuer zugleich mit dem Entwurf des Allerhöchsten Ukases an den Dirigirenden Senat über die Festsetzung der neuen Kopfsteuerbeträge bei einem Gutachten des Reichsraths Seiner Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Bestätigung und Unterschrift vorzustellen.

2) Dem Finanzminister zu überlassen, die Anordnung zu treffen, daß die Kopfsteuer von der zweiten Hälfte des Jahres 1867 an in den in dem vorgestellten Vorschlage neu festgesetzten Beträgen der Art erhoben werde, daß an Stelle der Kopfsteuer und der Zuschlagsabgaben zu derselben, welche nach den früheren Beträgen für die zweite Hälfte dieses Jahres einzufließen hatten, die Hälfte des Jahresoklads der Kopfsteuer in den in dem Vorschlage angegebenen Beträgen eingezahlt werde.

3) In denjenigen Gouvernements, in welchen die Beträge der Kopfsteuer nach den Gebieten (по волостямъ) verschieden sind, ist, für den Fall entstehender Zweifel darüber, welchem der für das Gouvernement festgesetzten Beträge diejenigen Gebiete zugezählt werden sollen, die entweder in dem erwähnten Vorschlage nicht genannt sind, oder in ihrem Bestande eine Veränderung erfahren, — die definitive Entscheidung solcher Zweifel dem Finanzminister anheimzustellen auf Vorstellung derjenigen Behörden der Gouvernements-Verwaltung, die in Grundlage des am 15. December 1866 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths sich über die Vertheilung des Zuschlags zur Kopfsteuer zu äußern hatten. Ueber die auf solcher Grundlage in den Gebieten (въ волостяхъ) festgesetzten Beträge wird in der beim Dirigirenden Senate erscheinenden Sammlung der Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung eine Bekanntmachung erlassen.

Unterschieden: Präsident des Reichsraths Constantin.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben;

„Dem sei also.“

Auf der St. Petersburg-Warschauer Eisenbahn, den 18. Juni 1867.

# Verschlag

über die von den Ständen der Landbewohner zu entrichtenden Kopfsteuerbeträge.

	Beträge der Abgaben.	
	Rbl.	Kop.
A. Stände, welche vor Bestätigung des gegenwärtigen Verschlags den allgemeinen Betrag der Kopfsteuer (1 Rbl. von der Seele im europäischen Rußland und 90 Kop. in Sibirien) zu entrichten hatten.		
Gouvernements:		
20. Livland.		
In allen Kreisen . . . . .	1	99
B. Stände, welche vor Bestätigung des gegenwärtigen Verschlags besonderen Beträgen unterlagen.		
Die Jemschitschiks in den Gouvernements:		
Iwer	7	87
Moskau, in den Kreisen:		
Moskau, Jamskische Slobode . . . . .	13	70
Klin . . . . .	6	70
Moskau, Gebiet Dsereßk . . . . .	6	36
St. Petersburg . . . . .	7	31
Nowgorod . . . . .	7	28
Die Kleinrussischen Kosaken in den Gouvernements Poltawa und Tschernigow . . . . .	2	27
Die Menoniten und andern Kolonisten, welche vor der Bestätigung des gegenwärtigen Verschlags 15 Kop. Kopfsteuer und 25 Kop. Zuschlagsabgabe zu derselben zahlten . . . . .	—	90
Die Tartaren im Gouvernement Astrachan (Юртовские и Емешные)	2	25
Die Tartaren in der Krim . . . . .	1	50
Die Einhöfner in den westlichen Gouvernements:		
die auf den eigenen Ländereien leben . . . . .	3	78
die von der Krone und andern Grundbesitzern Land pachten, sowie die in Familien lebenden, nicht ansässigen, wenn sie zusammen wohnen . . . . .	2	52
einzelne Ansässige und Nichtansässige, sowie die Familien der Nichtansässigen, wenn die Glieder getrennt leben und sich gesondert ihren Unterhalt erwerben . . . . .	1	26

	Beträge der Abgaben.	
	Rbl.	Rop.
Anmerkung. Denjenigen Personen männlichen Geschlechts, welche sich von ihren Familien abgetheilt haben, wird eine Steuer von einem Rubel und sechsundzwanzig Kopfen per Person auferlegt, jedoch nicht früher, als nach erreichter Volljährigkeit, d. h. nach dem 21. Jahre.		
Die auf Kronsländereien Angeseßelten in den Gouvernements: Stawropol, Drenburg und Saratow . . . . .	2	40
In Bessarabien:		
Alle Landbewohner, welche eine Kopfsteuer unter dem Namen Bir (биръ), oder unter anderen Benennungen zahlen, mit Ausnahme der unten angegebenen, (per Familie und Seele)	3	60
Die ackerbautreibenden Ebräer, welche per Familie zahlen	3	60
Die Einhöfner, welche eine Kopfsteuer unter dem Namen даждя zahlen, (per Familie und Seele)	3	36
Die ackerbautreibenden Ebräer, welche per Person zahlen	1	20

Anmerkung. Die fremden Volksstämme im Eskalbinschen und Kargolinischen Gebiete und die Bucharen im westlichen Sibirien, die Ansiedler im östlichen Sibirien, die Baschkiren und alle abgabenpflichtigen Stände der Landbewohner, welche in dem gegenwärtigen Verzeichnisse nicht aufgeführt sind, verbleiben bei den Beträgen der Kopfsteuer und der Zuschlagsabgabe zu derselben, welchen sie auf Grundlage der bestehenden Verordnungen unterliegen.

Unterschrieben: Präsident des Reichsraths Constantin.

Riga-Schloß, den 30. October 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# **Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.**

**Nr. 158.** Ukase Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Gehilfen des Finanzministers, bei welchem derselbe Einem Dirigirenden Senate zur seinerseitigen erforderlichen Anordnung eine beglaubigte Copie des Auszugs aus dem am 10. April 1867 Allerhöchst bestätigten Reichsraths-Gutachten über die den Städten Livlands und Estlands als Entschädigung für die denselben entzogenen Getränkesteuereinnahmen von der Krone bewilligte Unterstützung vorstellt.

Das erwähnte Reichsraths-Gutachten ist folgenden Inhalts:

Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers bezüglich der den Städten Liv- und Estlands zu gewährenden Kronsentenschädigung für die entzogenen Acciseeinnahmen, beschlossen:

1) Die Anmerk. 3 zum Art. 323, Getränkesteuerreglement, Bd. V, in der Fortsetzung vom Jahre 1863, folgendermaßen zu redigiren: In den Ostsee-Gouvernements bleibt das Recht des Getränkehandels innerhalb der Gutsterritorien den Inhabern derselben conservirt, in den Städten und Flecken dagegen ist es in allgemeiner Grundlage allen den Personen anheimgestellt, die dazu nach dem Getränkesteuerreglement ein Recht haben.

2) Um den Städten Liv- und Estlands die Mittel zur Wiederherstellung des durch den Wegfall der bisher aus der Getränke-Accise und aus dem Privilegium auf den ausschließlichen Getränkehandel gehabten Einnahmen erschütterten Gleichgewichts in ihren Finanz-Operationen zu erleichtern, denselben eine temporäre Unterstützung Seitens der Krone in nachstehendem Betrage zu gewähren:

Den Städten des Livländischen Gouvernements:

im Jahre 1867	57,600	Rbl.
" " 1868	51,840	"
" " 1869	46,080	"
" " 1870	40,320	"
" " 1871	34,560	"
" " 1872	28,800	"
" " 1873	23,040	"
" " 1874	17,280	"
" " 1875	11,520	"
" " 1876	5,760	"

Den Städten des Estländischen Gouvernements:

im Jahre 1867	19,500	Rbl.
" " 1868	17,550	"
" " 1869	15,600	"
" " 1870	13,650	"
" " 1871	11,700	"
" " 1872	9,750	"
" " 1873	7,800	"

im Jahre 1874 . . .	5,850 Rbl.
" " 1875 . . .	3,900 "
" " 1876 . . .	1,950 "

3) Die Vertheilung dieser 10jährigen Unterstützung unter die Städte des Liv- und Estländischen Gouvernements dem nächsten Ermessen des örtlichen Gouverneurs anheim zu geben.

4) Die zur Bewerksstelligung oben angegebener Unterstützung für das Jahr 1867 erforderliche Summe von 57,600 Rbl. S. für die livländischen und von 19,500 Rbl. für die estländischen Städte, zusammen 77,100 Rbl. aus dem Reichschatz auf Rechnung des Restes der geschlossenen Veranschlagungen durch einen Ergänzungscredit zum Art. 1 § 6 des Ausgabebudgets des Departements der nicht okladmäßigen Steuern für das Jahr 1867 abzulassen, die den genannten Städten in den nachfolgenden Jahren zuständigen Summen aber angeordneterweise in die betreffenden Kategorien der Ausgabeanschlätze des Departements der nichtokladmäßigen Steuern einzutragen.

5) Die Modification und erforderliche Uebereinstimmung der betreffenden Artikel der örtlichen Gesetze der Ostseegouvernements mit dem Obenangeordneten der II. Abtheilung der Höchstkeigenen Kanzellei Seiner Kaiserlichen Majestät, nach Vereinbarung mit dem Minister des Innern und der Finanzen, zu übertragen.

Auf dem Originalgutachten ist verzeichnet:

Seine Kaiserliche Majestät hat die in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Meinung, bezüglich der den Städten Liv- und Estlands Seitens der Krone zu gewährenden Geldunterstützung, zum Ersatz für die denselben entzogenen Getränkesteuereinnahmen, Allerhöchst zu bestätigen und die Erfüllung derselben anzubefehlen geruht.

Auf dem Original ist verzeichnet: „Präsident des Reichsraths Konstantin.“  
Den 10. April 1867.

Befohlen: Von diesem Allerhöchsten Befehl, behufs Erfüllung desselben durch Ukase den General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland und den Finanzminister in Kenntniß zu setzen, wie auch den Minister des Innern zu benachrichtigen, zur allgemeinen Kenntnißnahme aber den Allerhöchsten Befehl in der vorgeschriebenen Ordnung durch den Druck zu veröffentlichen und zu solchem Behufe hierüber dem Comptoir der Senats-Typographie Nachricht zu geben, zur Benachrichtigung des Oberverwaltenden der II. Abtheilung der Höchstkeigenen Kanzellei Seiner Kaiserlichen Majestät aber zu den Acten des Ober-Procureurs eine Abschrift dieser Verfügung zu übergeben.

Betreffend die den Städten Liv- und Estlands zu gewährende Kronschädigung für die entmischten Acciseeinnahmen.

Aus dem 1. Departement vom  
15. Mai 1867, Nr. 43668.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller  
Ruussen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

**Nr. 159.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung werden auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen, zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfallsigen Antrags Seiner Excellenz des Herrn General-



Gouverneurs, nachstehende Bestimmungen, wegen ordnungsmäßiger Durchführung der zum Georgi-Tage 1868 für das Gouvernement Livland vorgeschriebenen Conversion der Frohn- und gemischten Pachten in Geldpachten, desmittelt zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht:

In Analogie der Bestimmungen des Allerhöchst bestätigten Entschädigungsgesetzes vom 22. Mai 1865 sind — behufs Conversion der Frohn- und gemischten Pachten in Geldpachten — diejenigen Gutsverwaltungen, die ihre hier einschläglichen Pachtverhältnisse noch nicht geordnet haben, verpflichtet, nicht später als bis zum 1. December 1867 den bisherigen Inhabern der noch in Frohn- oder gemischter Pacht befindlichen Gesinde ihre Geldpachtbedingungen vor versammeltem Gemeindeggerichte vorzulegen, welches über die stattgehabte Verhandlung ein Protocoll aufzunehmen haben wird.

Diejenigen Gutsverwaltungen, die solcher Vorschrift nicht nachkommen, werden sich dessen zu gewärtigen haben, allen den Gesindesinhabern durch solche Unterlassungen etwa erwachsenden Schaden zu tragen.

Die bisherigen Inhaber der in Frohn- oder gemischter Pacht befindlichen Gesinde haben sich hierauf spätestens innerhalb zweier Wochen vom Tage der Vorlage der Geldpacht-Bedingungen vor dem Gemeindeggerichte darüber zu erklären, ob sie auf die gestellten Bedingungen eingehen oder welche Gegenbedingungen sie stellen, widrigenfalls sie ihren Anspruch auf Beibehaltung ihrer Gesinde einbüßen werden.

Betreffend die Bestimmungen wegen ordnungsmäßiger Durchführung der zum Georgi-Tage 1868 für das Gouvernement Livland vorgeschriebenen Conversion der Frohn- und gemischten Pachten in Geldpachten.

**Nr. 160.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung werden auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen, zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfalligen Antrags Seiner Excellenz des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements, nachstehende Ergänzungen der Landgemeinde-Ordnung desmittelt zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht:

Ergänzung des § 6 der Landgemeinde-Ordnung:

„Den Eigenthümern und Pächtern von Gesinden, auf denen Reallasten ruhen, werden die auf Hofesland situirten Gesindes-Eigenthümer und Pächter unter folgenden Voraussetzungen als ansässige Gemeindeglieder gleichgestellt:

1) Wenn die Pächter langjährige und zwar mindestens 6jährige Contracte besitzen;

2) Wenn darüber, daß solche Gleichstellung statthaben soll, eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Guts- und Gemeinde-Verwaltung erzielt worden ist.

Als Repräsentant der Gemeinde bei solchen Vereinbarungen ist gemäß § 11 Punkt a und k d. L.=G.=D. der Gemeindeauschuß anzusehen, und ist demnach der gefaßte Beschluß nach § 13 der L.=G.=D. in das Protocoll-Schnurbuch einzutragen.

Der Gemeinde-Alteste ist verpflichtet, der Aufsichtsbehörde, sowie der Landpolizei über die durch die Vereinbarung bewirkte Veränderung des Gemeindebezirks zu berichten.“

Ergänzung des § 8 der Landgemeinde-Ordnung, Anmerkung 2, und des § 6 der Vollzugs-Instruction:

„Die auf Hofesland situirten Gefindes-Eigenthümer und Pächter bilden, sofern sie als ansässige Gemeindeglieder den Gefindes-Eigenthümern und Pächtern auf Gehorchtsland gleichgestellt worden sind, eine eigene Klasse, und sind dieselben demnach in der Gemeinderolle unter den ansässigen Mitgliedern und unter der Ueberschrift: „Eigenthümer und Pächter von Hofesland-Gefinden“ zu verzeichnen.“  
Betreffend die Ergänzung der §§ 6 und 8 der  
Landgemeinde-Ordnung und des § 6 der  
Vollzugs-Instruction.

**Nr. 161.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird auf Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen, zur Erfüllung eines derselben zugegangenen desfalligen Antrags Sr. Excellenz des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements, hierdurch zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß in Abänderung des § 8 der mittelst Patents vom Jahre 1866, Nr. 76 publicirten Vollzugs-Instruction zur Landgemeinde-Ordnung für die Ostsee-Gouvernements vom 19. Februar 1866 die Revision der Gemeinderolle nach dem jeweiligen Bestande und den Verhältnissen der Gemeindeglieder unmittelbar nach St. Georgi jeden Jahres vorzunehmen ist.  
Betreffend die Abänderung des § 8 der Landgemeindegemeinde-Ordnung.

**Nr. 162** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird desmittelst zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die zu dem im Bernauschen Kreise und Fellinschen Kirchspiele belegenen Gute Schloß-Fellin gehörigen Bauer-gefinde Pestti Märt, groß 26 Tblr. 37<sup>44</sup>/<sub>112</sub> Gr., Pestti Turri, groß 23 Tblr. 43<sup>8</sup>/<sub>112</sub> Gr., und Raani, groß 38 Tbl. 26<sup>26</sup>/<sub>112</sub> Gr., von dem Gute Schloß Fellin ab- und dem in demselben Kreise und Kirchspiele belegenen Gute Surgefer zugetheilt, die zu dem Gute Surgefer gehörigen Bauer-gefinde: Aufsi Turry, groß 23 Tbl. 48<sup>12</sup>/<sub>112</sub> Gr., und Aufsi Aldo, groß 23 Tblr. 58<sup>86</sup>/<sub>112</sub> Gr., dagegen von dem Gute Surgefer ab- und dem Gute Schloß Fellin zugetheilt worden sind, und daß demnach, bei unalterirter Belassung des gegenwärtigen Hypothekenbestandes genannter Güter, das Gut Schloß Fellin bei allen öffentlichen Zahlungs- und Leistungs-Repartitionen hinfort mit  $37\frac{6}{20}$  Haken, das Gut Surgefer aber mit  $19\frac{5}{20}$  Haken zu berücksichtigen ist.  
Betreffend die Hafengröße der Güter Schloß Fellin und Surgefer.

Riga-Schloß, den 3. November 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur J. v. Cube.

Älterer Secretair P. Schöpff.

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 163.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 11. September 1867, Nr. 84855, desmittelst die am 3. Mai 1867 Allerhöchst ratificirte Convention über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern, welche am 7. (19.) April 1867 zwischen Rußland und den Niederlanden abgeschlossen, und deren Ratification in der festgesetzten Ordnung am 11. Mai 1867 zu St. Petersburg ausgewechselt worden ist, wie folgt publicirt wird.

## Convention

zur gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern,  
abgeschlossen zwischen

Seiner Majestät dem Kaiser aller Rußen

und

Seiner Majestät dem König der Niederlande

am 7. (19.) April 1867.

## Wir Alexander der Zweite,

von Gottes hilfreicher Gnade

### Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Iwer, Sugorien, Perm, Wiätkä, Bulgarien und anderer Länder; Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Kostow, Jaroslaw, Belooferzk, Udorien, Obdorien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen, Grusinischen und Kabardinischen Lande und des Armenischen Gebiets; der Tscherssessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

Thun hierdurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Sr. Majestät dem Könige der Niederlande Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 7. (19.) April 1867 zu St. Petersburg eine Convention abgeschlossen und unterschrieben haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen und Seine Majestät der König der Niederlande haben für nöthig erachtet, mittelst einer Convention Regeln über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern festzusetzen, und zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen — den Fürsten Gortschakow, Seinen Vice Kanzler und wirklichen Geheimrath, welcher Sein Bildniß am Andreaskreuz mit Brillanten verziert besitzt, Ritter der Russischen Orden: des Heil. Apostels Andreas des Erstberufenen mit Brillanten, des Heil. Wladimir 1. Kl., des Heil. Alexander-Newsky, des weißen Adlers, der Heil. Anna 1. Kl., des Heil. Stanislaus 1. Kl., Ritter des Großkreuzes der ausländischen Orden: des Niederländischen Löwen, des Oesterreichischen St. Stephan, der Französischen Ehrenlegion, des Spanischen goldenen Bließes, des Preussischen schwarzen Adlers mit Brillanten und des rothen Adlers und vieler anderer Orden;

und Seine Majestät der König der Niederlande — den Baron Johannes Cornelius Wevers, Seinen Kammerherrn und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Russischen Hofe, Ritter des Niederländischen Löwen-Ordens, des Russischen Ordens der Heil. Anna 1. Kl., Ritter des Großkreuzes des Luxemburger-Ordens der Eichenkrone, des Schwedischen Nordstern-Ordens, des Tunesischen Nischan Iftichar-Ordens, Commandeur des Baprischen und des Württembergischen Ordens der Krone, welche nach gegenseitiger Vorweisung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Artikel festgesetzt und abgeschlossen haben:

#### Artikel 1.

Die Kaiserlich Russische und die Kaiserlich Niederländische Staatsregierung verpflichten sich gegenseitig, in den Fällen und unter Beobachtung der Regeln, welche in den nachfolgenden Artikeln festgesetzt sind, alle diejenigen Personen, mit Ausnahme der eigenen Unterthanen, einander auszuliefern, welche wegen eines der im Artikel 2 aufgezählten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt, in Anklagestand versetzt oder in Untersuchung gezogen worden sind, durch ein Urtheil (arrêt) ein Verweisungserkenntniß (jugement), oder einen Verhaftungsbefehl, die von einer Gerichtsbehörde desjenigen der beiden contrahirenden Länder ausgegangen sind, gegen dessen Gesetze diese verbrecherischen Handlungen verübt worden sind.

Unter der Benennung „eigene Unterthanen“ werden in Bezug auf die Anwendung gegenwärtiger Convention diejenigen Ausländer einbegriffen, welche nach den Gesetzen des Landes, von dem die Auslieferung verlangt wird, den Unterthanen gleichgestellt sind, sowie auch Ausländer, die sich im Lande niedergelassen haben und mit einer Eingeborenen, von der sie ein oder mehrere in dem Lande geborene Kinder haben, verheirathet sind oder waren.

#### Artikel 2.

Die Auslieferung hat nur in dem Falle zu geschehen, wenn der Grund der Verurtheilung, der Anklage oder der gerichtlichen Verfolgung eins der folgenden Verbrechen oder Vergehen ist, das außerhalb des Gebiets desjenigen Staates, von dem die Auslieferung verlangt wird, verübt worden ist:

- 1) Mord, Vergiftung, Vaternord, Kindesmord, Todtschlag, Nothzucht;
- 2) Brandstiftung;
- 3) Fälschung von Schriftstücken, mit Einschluß in diese Kategorien der Nachmachung von Bankbilleten, Papiergeld und öffentlichen Papieren;

- 4) Anfertigung falscher Münze, Verfälschung der Münzen und Verbreitung wissentlich falscher Münze;
- 5) Falsches Zeugniß;
- 6) Diebstahl unter erschwerenden Umständen, unter welcher Benennung alle Arten von Diebstahl verstanden werden, welche von den Gesetzgebungen des einen oder des anderen Landes nicht als einfacher Diebstahl angesehen werden, ohne Unterschied, ob darauf Criminalstrafen, die mit dem Verlust der Ehre verbunden sind, oder nur Correctionsstrafen gesetzt sind, Betrug, unerlaubtes Nehmen von Geschenken (взяточничество — concussion), Bestechung von Personen, die sich im Staatsdienste befinden, Unterschlagung oder Entwendung von Sachen durch Personen, denen die Aufbewahrung derselben anvertraut war oder durch Kronrechnungsbeamte;
- 7) Böswilliger Banquerott.

### Artikel 3.

Beide contrahirenden Staatsregierungen können auch noch vor der Vorweisung des Verhaftungsbefehls die unverzügliche und vorläufige Verhaftung desjenigen Ausländers, dessen Auslieferung verlangt wird, fordern.

Diese vorläufige Verhaftung, welche übrigens durchaus nicht obligatorisch ist, muß unter Beobachtung der von der Gesetzgebung desjenigen Landes, in welchem sie stattfindet, vorgeschriebenen Formen und Regeln vorgenommen werden.

Der Ausländer wird in Freiheit gesetzt, wenn ihm innerhalb zwanzig Tage, vom Tage seiner Verhaftung an, der Verhaftungsbefehl nicht bekannt gemacht wird.

### Artikel 4.

Die Auslieferung findet nicht statt: 1) wenn sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens verlangt wird, wegen dessen die auszuliefernde Person eine Strafe erleidet oder schon erlitten hat, oder wegen dessen sie in demjenigen Lande, von welchem die Auslieferung verlangt wird, gerechtfertigt oder vom Gerichte freigesprochen worden ist;

2) wenn nach den Gesetzen desjenigen Landes, von dem die Auslieferung verlangt wird, die Verjährungsfrist für die Sache oder Strafe verstrichen ist.

### Artikel 5.

Wenn die reclamirte Person wegen eines andern Verbrechens oder Vergehens gegen die Gesetze des Landes, von dem die Auslieferung geschehen soll, verfolgt wird oder arretirt ist, so wird in solchem Falle die Auslieferung so lange hinausgeschoben, bis diese Person gerechtfertigt oder vom Gerichte freigesprochen ist, oder die ihr zuerkannte Strafe erlitten hat.

Wenn diese Person wegen Schulden in Folge eines vor der Requisition wegen ihrer Auslieferung ergangenen gerichtlichen Erkenntnisses inhaftirt ist, so wird die Auslieferung ebenfalls bis zu ihrer Freilassung ausgesetzt.

### Artikel 6.

Politische Vergehen und Verbrechen sind von der gegenwärtigen Convention ausgeschlossen.

Es wird ausdrücklich bestimmt, daß die Person, zu deren Auslieferung die Einwilligung erfolgt ist, in keinem Falle weder für irgend ein der Auslieferung vorhergegangenes politisches Vergehen, noch für irgend eine mit einem Vergehen

dieser Art in Verbindung stehende Handlung verfolgt oder einer Strafe unterzogen werden kann.

Es versteht sich übrigens in Bezug auf die Anwendung des gegenwärtigen Artikels von selbst, daß unter einem politischen Vergehen oder unter einer in Verbindung mit einem solchen Vergehen stehenden Handlung nicht ein Attentat gegen die Person eines ausländischen Herrschers oder gegen die Person irgend eines Gliedes seiner Familie verstanden werden kann, wenn dieses Attentat in einem Morde, einer Vergiftung, oder einem Todtschlage besteht.

#### Artikel 7.

Die Auslieferung muß auf diplomatischem Wege verlangt werden, und kann nur stattfinden auf Vorweisung des Originals oder einer beglaubigten Abschrift des Urtheils oder des Anklageactes oder des Verhaftungsbefehls, wenn dieselben in der durch die Gesetze des die Auslieferung verlangenden Landes vorgeschriebenen Form und unter Angabe des Verbrechens oder Vergehens, das den Grund zur Forderung der Auslieferung bildet, und des auf dasselbe anzuwendenden Strafgesetzes — erlassen sind.

#### Artikel 8.

Die der reclamirten Person abgenommenen Sachen müssen, wenn die Restitution derselben von der betreffenden Autorität des Staates, von dem die Auslieferung verlangt wird, vorgeschrieben wird, gleichzeitig mit der Auslieferung der Person selbst übergeben werden.

#### Artikel 9.

Wenn während des Verlaufs einer Criminal-Untersuchung eine der Regierungen es für nöthig erachtet, Zeugen, die in dem andern der contrahirenden Staaten leben, zu vernehmen, so muß dieserhalb eine schriftliche Requisition auf diplomatischem Wege ergehen, welche unter Beobachtung der Gesetze des Landes, in welchem die Zeugen verhört werden sollen, erfüllt werden wird.

Jede schriftliche Requisition in Betreff einer Zeugenvernehmung muß von einer französischen Uebersetzung begleitet sein.

#### Artikel 10.

Wenn in irgend einer Criminalsache es für nöthig oder wünschenswerth erachtet wird, daß ein Zeuge, der im andern Staate lebt, persönlich erscheine, so ersucht seine Regierung ihn, sich auf die an ihn ergangene Aufforderung zu stellen, und wenn er darin einwilligt, so muß ihm eine Summe für die Reise und den Aufenthalt nach den Regeln und dem Tarife des Landes, in welchem er vernommen werden soll, ausgezahlt werden.

#### Artikel 11.

Wenn in einer Criminalsache eine Confrontation mit Verbrechern, die in dem andern der contrahirenden Staaten detinirt sind, oder die Mittheilung von Beweismitteln oder Documenten, die sich in den Händen einer Autorität des andern Staates befinden, für nöthig oder nützlich befunden werden sollte, so muß dieserhalb eine Requisition auf diplomatischem Wege ergehen, die, falls ihr nicht etwa besondere Rücksichten entgegenstehen, unter der Bedingung der Zurücklieferung der Verbrecher und Documente erfüllt werden wird.

### Artikel 12.

Beide Regierungen verzichten gegenseitig auf jegliche Forderung der Wiedererstattung der Unterhalts-, Transport- und anderer Kosten, die in den Grenzen ihrer respectiven Territorien bezüglich der Auslieferung von Inquisiten, Angeklagten oder Verurtheilten entstehen können, sowie der Ausgaben, die zur Erfüllung gerichtlicher Requisitionen für den Transport von Verbrechern zur Confrontation und deren Rücksendung, sowie für die Uebersendung und Rücksendung von Beweismitteln oder Documenten nothwendig werden.

Die Kosten für den Unterhalt und den Transport von Inquisiten, Angeklagten oder Verurtheilten durch das Gebiet dazwischenliegender Staaten fallen dem die Auslieferung verlangenden Staate zu. Wenn die Abfertigung der auszuliefernden Person über See bequemer sein sollte, so muß die besagte Person in dem von dem diplomatischen oder Consular-Agenten der die Auslieferung verlangenden Regierung bezeichneten Hafen abgeliefert werden, und findet ihre Ueberfahrt auf Kosten dieser Regierung statt.

### Artikel 13.

Durch obige Stipulationen willigen beide Mächte gegenseitig ein, die Geseze der beiden Länder, die sich auf die Organisation einer geregelten Ordnung für die Auslieferung von Verbrechern beziehen oder beziehen werden, zu beobachten.

### Artikel 14.

Die gegenwärtige Convention unterliegt der Erfüllung erst nach Ablauf von zwanzig Tagen, nachdem sie in der durch die Geseze beider Länder vorgeschriebenen Ordnung publicirt worden ist.

Sie bleibt in Kraft bis zum Ablauf von sechs Monaten, nachdem von einer der contrahirenden Regierungen die Erklärung, sie aufzuheben, abgegeben worden ist.

Sie wird ratificirt und werden die Ratificationen im Verlauf von sechs Wochen oder, wenn möglich, früher ausgewechselt werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Convention unterschrieben mit Beidrückung des Insigniels ihres Wappens.

So geschehen zu St. Petersburg, den 7. (19.) April im Jahre nach Christi Geburt 1867

(Unterz.) Gortschakow.

(L. S.)

(Unterz.) G<sup>e</sup>vers.

(L. S.)

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Bepriifung dieser Convention dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserm Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverleßlich beobachtet und erfüllt werden soll.

Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu St. Petersburg, den 3. Mai im Jahre nach Christi Geburt 1867, Unserer Regierung aber im 13. Jahre.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterschrieben:

(L. S.)

(Unterz.) „Alexander.“

Contrasignirt: Vice-Canzler Fürst A. Gortschakow.

**Nr. 164.** Ukas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: Die Vorstellung des Apanagen-Departements, in welcher dasselbe in Ansehung dessen, daß in der Gerichtspraxis Fälle eintreten, in denen das Allerhöchste Gnadenmanifest vom 28. October 1866 bei Sachen betreffend Waldsrevel in den Apanagen-Försten zur Anwendung zu kommen hat, — darum bittet, daß der Ukas Cines Dirigirenden Senats vom 3. Mai 1867, Nr. 40705, betreffend die Erläuterung einiger Punkte des Artikels III. des gedachten Manifestes, zur allgemeinen Wissenschaft und Richtschnur publicirt werden möge, — und die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß Ein Dirigirender Senat, nach Beprüfung der Vorstellung des Präsidenten des Apanagen-Departements sub Nr. 468, betreffend die bei der Anwendung der durch das Allerhöchste Gnaden-Manifest vom 28. October 1866 gewährten Gnaden auf die einer Verletzung der Forstgesetze Schuldigen aufgestoßenen Schwierigkeiten gefunden hat, daß nach dem Wesen dieser Vorstellung der Entscheidung Cines Dirigirenden Senats folgende Fragen unterliegen: a) soll bei dem im Punkt 1 des Artikel III. des Allerhöchsten Gnadenmanifestes auf 15 Rbl. festgesetzten Betrage des Schadens, der der Krone durch eine Verletzung der Forstgesetze geursacht worden ist, nur der Werth des gefälltten Holzes oder aber die ganze dafür heizutreibende Summe, mit Einschluß der Stamm- und der übrigen Strafgeelder, gerechnet werden; b) soll in Grundlage des gedachten Punktes des Manifestes die Verhandlung solcher Sachen niedergeschlagen werden, wo der ganze durch den Waldsrevel geursachte Schaden zwar den dafür festgesetzten Betrag von 15 Rbl. übersteigt, jedoch, wenn er nicht von einer, sondern von mehreren Personen geursacht worden ist, für jede derselben den festgesetzten Betrag nicht übersteigt, und c) wenn der von einer einzigen Person geursachte Schaden oder der Betrag der aberkannten Geldbuße 15 Rbl. übersteigt, unterliegt der Schuldige dann der Beitreibung der ganzen Summe oder nur des diesen Betrag übersteigenden Theils derselben? — Bei Vergleichung dieser Fragen mit dem Sinne des Art. III. des Allerhöchsten Gnadenmanifestes, betreffend die Gnadenerweisungen und Erleichterungen, die denjenigen gewährt sind, welche sich Waldsrevel und anderer Verletzungen der Verordnungen über Wälder, die der Krone, Kronsbauern, dem Gestütswesen, dem Marine-, Apanagen-, Palast-, Militair- und Bergwerk-Ressort gehören, oder auch unter der Verwaltung des Cabinets Seiner Kaiserlichen Majestät stehen, schuldig gemacht haben, befand Ein Dirigirender Senat: 1) daß der Punkt 1 dieses Artikels die Vorschrift enthält, daß die Verhandlungen von Sachen, betreffend vor Erlaß dieses Manifestes verübte Waldsrevel und andere Verletzungen der Verordnungen über Wälder niederzuschlagen ist, wenn der dadurch herbeigeführte Verlust 15 Rbl. nicht übersteigt, und daß folglich aus dem Wortlaut dieses Punktes zu ersehen ist, daß unter dem Ausdruck „Verlust“ nur der Werth des gefälltten oder verdorbenen Holzes zu verstehen ist, da bei noch nicht entschiedenen Sachen einzig und allein nur dieser Schaden in Betracht kommen kann, nicht aber die Stamm- oder anderen Strafgeelder, die nicht eine Entschädigung für den durch die Einbuße des Werthes des Holzes herbeigeführten Verlust, sondern eine Geldbuße bilden, die nach Beendigung der Sache als Strafe für die Vollführung einer durch das Gesetz verbotenen Handlung auferlegt wird. Im Punkte 3 dieses Artikels, durch welchen bereits aberkannte, jedoch vor Erlaß dieses Manifestes noch nicht gezahlte Geldbußen für die gedachten Vergehen im Betrage von 15 Rbl. für eine Person erlassen werden, ist von bereits entschiedenen Sachen



die Rede, und umfaßt in diesem Falle der Betrag von 15 Rbl. deshalb die ganze Summe der Vertheilung mit Einschluß, außer dem Werthe des Holzes, auch der Strafgeelder. Solchergestalt sind in Grundlage des Allerhöchsten Gnaden-Manifestes die noch unerledigten Sachen, betreffend Verletzungen der Forstgesetze, niederzuschlagen, wenn der Werth des gefällten oder verdorbenen Holzes 15 Rbl. nicht übersteigt, wenn auch die Stamm- und anderen Strafgeelder, welche bei Erledigung der Sache hätten beigetrieben werden müssen, 15 Rbl. übersteigen, was aber die vor Erlaß des Manifestes erledigten Sachen betrifft, so werden die Schuldigen von der bereits aberkannten, jedoch noch nicht gezahlten Geldbuße nur in dem Falle befreit, wenn diese ganze Geldbuße in ihrem vollen Umfange, mit Einschluß auch der Strafgeelder, 15 Rbl. nicht übersteigt; 2) daß aus dem Wortlaute des Punktes 1 des Art. III. des Manifestes, welcher die Niederschlagung nur derjenigen Sachen gestattet, in denen der durch die gesetzwidrige Handlung herbeigeführte Verlust 15 Rbl. nicht übersteigt, und welcher somit als Grundlage für die Verzeihung des Vergehens den Betrag des dem Krons-Ressort nicht aus der Handlung eines jeden der Schuldigen, sondern aus dem Factum der Verletzung der Forstgesetze selbst erwachsener Schadens annimmt, sich der Schluß ergibt, daß nach dem angeführten Artikel des Manifestes, Sachen, betreffend einen von mehreren Personen verübten Waldsrevel, bei welchem, wenngleich eine jede dieser Personen des Waldsrevells für eine geringere Summe als 15 Rbl. angeklagt ist, dennoch der durch die Handlungen aller Schuldigen zusammen herbeigeführte Schaden diese Summe übersteigt, nicht niedergeschlagen werden können; und 3) daß desgleichen der durch das Manifest gewährten Gnade auch diejenigen Personen nicht theilhaft werden können, welche sich einer Schädigung im Betrage von mehr als 15 Rbl. schuldig gemacht haben, oder zur Zahlung einer Geldbuße in einem höhern Betrage als 15 Rbl. verurtheilt worden sind, da der im Punkt 1 des Art. III. festgesetzte Betrag des verursachten Schadens eine Veranlassung zur vollständigen Niederschlagung der Sache, nicht aber zur Verringerung des Maßes der den Schuldigen treffenden Beandlung abgibt, und dieser Artikel des Manifestes daher nicht als Grundlage für die theilweise Niederschlagung einer Waldsrevellsache für die Summe von 15 Rbl. dienen kann, der Punkt 3 dieses Artikels auch positiv nur solche aberkannte, jedoch noch nicht gezahlte Geldbußen, deren Betrag 15 Rbl. nicht übersteigt, auführt, aber keinen Hinweis darauf enthält, daß eine eben so große Summe von allen Geldbußen erlassen werden soll, welche für die Verletzung der Forstgesetze in einem Betrage verhängt worden sind, der den Betrag, welcher ein Recht auf die durch das Allergnädigste Manifest verliehene Befreiung gewährt, übersteigt.

In Anleitung der angeführten Erwägungen hatte Ein Dirigirender Senat von allem Oberörtern den Präsidenten des Apanagen-Departements mittelst Ukas vom 3. Mai 1867, Nr. 40705, benachrichtigt. Befohlen: Ueber den in der Sprawka angeführten Ukas eines Dirigirenden Senats sub Nr. 40705 zur Wissenschaft und gleichmäßigen Anwendung im erforderlichen Falle der in demselben erläuterten Artikel des Allerhöchsten Gnadenmanifestes vom 28. October 1866 Ukase zu erlassen.

Betreffend die Anwendung des Allerhöchsten Gnaden-Manifestes vom 28. Oct. 1866 auf Sachen betreffend Waldsrevel.

Aus dem 1. Departement vom 13. September 1867, Nr. 85404.

**Nr. 165.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Verwaltenden des Ministeriums des Innern vom 26. August 1867, Nr. 8346, bei welchem derselbe Einem Dirigirenden Senat eine Abschrift des Extracts aus den Journalen des Minister-Comités vom 18. Juli und 15. August 1867 folgenden Inhalts vorstellt: Vorgetragen das Schreiben des Ministers des Innern vom 30. Juni, Nr. 6253, betreffend die den Arrestanten der Arrestanten-Compagnie des Civil-Resorts, welche sich auf Kronsarbeit befinden und durch gute Führung und Eifer ausgezeichnet haben, zu gewährende Erlaubniß, in ihre Compagnien, die in den Gouvernementsstädten vertheilt sind, ohne Convoi, nur unter der Aufsicht der Compagnie-Obrigkeit zurückzukehren. Der Comité beschloß: die in der gegenwärtigen Vorstellung erbetene Maßregel versuchsweise für das laufende Jahr zu gestatten. Der Herr und Kaiser hat am 2. August 1867 den Beschluß des Comité's Allerhöchst zu bestätigen geruht. Der Comité hat in der Sitzung vom 15. August verfügt: hiervon den Verwaltenden des Ministeriums des Innern mittelst Extracts aus dem Journale zur Erfüllung zu benachrichtigen. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchst bestätigten Beschluß des Minister-Comité's zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die den Arrestanten der Arrestanten-Compagnien des Civil-Resorts, welche sich auf Kronsarbeit befinden, zu gewährende Erlaubniß, in die Compagnien ohne Convoi zurückzukehren.

Aus dem 1. Departement vom  
27. Sept. 1867, Nr. 86937.

Riga-Schloß, den 8. November 1867

Rivländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

**Nr. 166.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 16. October 1867, Nr. 89146, desmittelft das am 15. October 1867 erlassene Allerhöchste Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät, betreffend die vollzogene Vermählung Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großfürstin Olga Konstantinowna mit Seiner Majestät dem Könige der Hellenen, Georgios I., wie folgt publicirt wird:

Von Gottes Gnaden

## Wir Alexander der Zweite,

### Kaiser und Selbstherrscher aller Ruessen,

Zar von Polen, Großfürst von Finnland.

u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

thun allen Unsern getreuen Unterthanen kund:

Durch das Manifest vom 26. Juni dieses Jahres haben Wir die Vollziehung der feierlichen Verlobung Unserer vielgeliebten Nichte, der Großfürstin Olga Konstantinowna mit Seiner Majestät dem Könige der Hellenen, Georgios I., öffentlich verkündet, am heutigen Tage aber ist die Vermählung dieses Uns theuren Paares in unserer Gegenwart und vor einer Versammlung geistlicher und weltlicher Personen in der Kathedralkirche des Winterpalastes, nach dem Ritus Unserer rechtgläubigen Kirche vollzogen worden.

Indem Wir den Höchsten anflehen, Seinen göttlichen Segen auf die Neuvermählten herabzusenden, sind Wir vollkommen überzeugt, daß alle Unsere getreuen Unterthanen auch in ihren Herzen diese Gebete zu Gott dem Allgütigen und Allerhaltenden emporsenden werden.

Gegeben zu St. Petersburg, am 15. October im Jahre 1867 von der Geburt Christi, Unserer Regierung aber im dreizehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

(L. S.)

„Alexander.“

Gedruckt in St. Petersburg bei dem Senat, den 15. October 1867.

**Nr. 167.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 29. September 1867, Nr. 87232, desmittelft die mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät von unserem Gesandten in Bern gegen die

Declaration der Schweizer Regierung ausgewechselte ministerielle Declaration über den Beitritt Rußlands zu der in Genf am 10. (22.) August 1864 abgeschlossenen Convention, betreffend die Erleichterung des Looses der Verwundeten in Kriegszeiten — publicirt wird.

## Declaration.

Der Schweizer Bundesrath hat der Kaiserlich Russischen Staatsregierung die in Genf am 10. (22.) August 1864 zwischen dem Schweizer Bunde, Sr. Königlich Hoheit dem Großherzog von Baden, Seiner Majestät dem Könige der Belgier, Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Ihrer Majestät der Königin von Spanien, Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen, Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog von Hessen, Seiner Majestät dem Könige von Italien, Seiner Majestät dem Könige von Portugal und Algarve, Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Könige von Württemberg — abgeschlossene Convention zur Verbesserung des Looses der verwundeten Krieger in den im Felde befindlichen Heeren mitgetheilt, deren Inhalt von Wort zu Wort also lautet:

### Artikel 1.

Die Feldlazarethe und Kriegshospitäler werden als neutral anerkannt und in dieser Grundlage für unverleßlich erachtet werden und den Schutz der kriegsführenden Theile während der ganzen Zeit genießen, so lange sich in ihnen Kranke oder Verwundete befinden.

Der Genuß des Rechtes der Neutralität hört auf, sobald diese Lazarethe oder Hospitäler von einem Militair-Detachement bewacht werden.

### Artikel 2.

Das Recht der Neutralität wird sich auf den Personalbestand der Hospitäler und Feldlazarethe erstrecken, mit Einschluß der Intendantur, des Medicinalwesens, der Administration und des Transportwesens für die Verwundeten, sowie mit Einschluß der Geistlichen, wenn dieser Bestand in Function ist, und so lange Verwundete vorhanden sind, die aufgenommen werden müssen oder denen Hilfe zu leisten ist.

### Artikel 3.

Den im vorhergehenden Artikel genannten Personen wird gestattet sein, die Ausübung ihrer Functionen im Hospitale oder Lazarethe, bei welchem sie sich befinden, auch nach der Einnahme des Ortes durch den Feind fortzusetzen, oder sich zu entfernen, um sich mit dem Corps, zu welchem sie gehören, zu vereinigen.

In diesen Fällen werden die gedachten Personen, nach Einstellung ihrer Functionen, den feindlichen Vorposten durch die Fürsorge der Armee, die den Ort eingenommen hat, übergeben.

### Artikel 4.

Das bewegliche Eigenthum der Kriegshospitäler bleibt den Kriegsgesetzen unterworfen, daher können die diesen Hospitälern zugetheilten Personen bei ihrer

Entfernung nur diejenigen Sachen mitnehmen, die ihr persönliches Eigenthum bilden.

Das Feldlazareth behält dagegen unter diesen Umständen sein bewegliches Eigenthum.

#### Artikel 5.

Die örtlichen Bewohner, welche den Verwundeten Hilfe leisten, werden Unverletzlichkeit genießen und frei bleiben. Die Militair Befehlshaber der kriegsführenden Mächte sind verpflichtet, die Einwohner von diesem Appell an ihre Menschenliebe und von dem daraus folgenden Rechte der Neutralität vorher zu unterrichten.

Jeder in irgend einem Hause aufgenommene und Pflege genießende Verwundete wird demselben als Schutz dienen. Ein örtlicher Einwohner, welcher Verwundete bei sich aufgenommen hat, wird von der Militair-Einquartirung und von einem Theile der auferlegten Kriegscontribution befreit.

#### Artikel 6.

Die verwundeten oder frankten Militairs werden ohne Unterschied, welcher Nation sie auch angehören, aufgenommen und verspflegt.

Den Obercommandirenden der Truppen wird das Recht gewährt, die in der Schlacht verwundeten Militairs unverzüglich den feindlichen Vorposten zu überliefern, wenn die Umstände es erlauben und beide Parteien darin willigen.

Diejenigen Personen, welche nach ihrer Genesung zur Fortsetzung des Militairdienstes für untauglich erkannt werden, sollen in ihr Vaterland zurückgesandt werden.

Die übrigen können ebenfalls in ihr Vaterland zurückgesandt werden, jedoch mit der Verpflichtung, während der ganzen Dauer des Krieges nicht die Waffen zu tragen.

Die Räumung der Hospitäler und Feldlazarethe und das dieselbe leitende Personal ist durch eine absolute Neutralität geschützt.

#### Artikel 7.

Für die Hospitäler und die Feldlazarethe, sowie bei der Räumung derselben wird eine besondere und für alle gleiche Flagge angenommen. In jedem Falle muß sie zugleich mit der Nationalflagge aufgezogen werden.

In gleicher Weise wird für die unter dem Schutze der Neutralität stehenden Personen der Gebrauch eines besonderen Zeichens am Ärmel gestattet; die Verabfolgung desselben wird aber der Militair-Obrigkeit anheimgestellt.

Die Flagge und das Zeichen am Ärmel werden weiß mit einem rothen Kreuze sein.

#### Artikel 8.

Die Details der Ausführung gegenwärtiger Convention werden von den Obercommandirenden der kriegsführenden Heere nach den Vorschriften ihrer Staats-Regierungen und in Uebereinstimmung mit den in dieser Convention angegebenen allgemeinen Grundsätzen geregelt werden.

### Artikel 9.

Die hohen contrahirenden Mächte sind übereingekommen, die gegenwärtige Convention denjenigen Regierungen mitzutheilen, welche zu der Genfer internationalen Conferenz keine Bevollmächtigten haben schicken können, und sie zum Beitritt aufzufordern; zu diesem Zwecke ist das Protocoll offen gelassen.

### Artikel 10.

Die gegenwärtige Convention wird ratificirt und werden die Ratificationen in Bern im Verlaufe von vier Monaten oder, wenn möglich, früher ausgewechselt werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die Bevollmächtigten der contrahirenden Mächte dieselbe unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen zu Genf, den 22. August 1864.

(L. S.) (Unterz.) General G. H. Dufour. — G. Moynier. — Dr. Lehmann. — Dr. Robert Volz. — Steiner. — Vischers. — Fenger. — J. Heriberto Garcia de Quevedo. — Ch. Jagerschmidt. — E. de Prival. — Boudier. — Brodrick. — Capello. — F. Baroffio. — Westenberg. — José-Antonio Marques. — v. Kampff. Koeffler. — Ritter. — Dr. Hahn.

Zugleich hat sich der Schweizer Bundesrath in Grundlage des Art. 9 der gedachten Convention an die Kaiserlich Russische Regierung mit der Aufforderung gewandt, derselben beizutreten.

In Folge dessen erklärt hierdurch der unterzeichnete Reichs-Vice-Kanzler auf die ihm ertheilte Genehmigung, daß die Kaiserlich Russische Regierung der gedachten Convention beitrith.

Zur Beglaubigung dessen hat er die gegenwärtige Declaration unterschrieben und sie mit dem Insignel seines Wappens versehen.

So geschehen zu St. Petersburg, den 10. (22.) Mai 1867.

(L. S.)

(Unterz.) Gortschakow.

Der Schweizer Bundesrath, nach Bepriifung des Actes über den Beitritt zu der am 22. August 1864 abgeschlossenen Convention, betreffend die Verbesserung des Looses der verwundeten Krieger in den im Felde befindlichen Heeren, welcher Act von Seiner Erlaucht dem Russischen Reichs-Vice-Kanzler unterschrieben worden ist, und dessen Inhalt folgendermaßen lautet:

(Folgt der Text der Declaration.)

erklärt in Grundlage der am Schluß des in Bern am 22. December 1864 unterschriebenen Protocolls über die Auswechsellung der Ratificationen der Convention enthaltenen Bestimmung, daß der obgedachte Beitritt sowohl Namens des Schweizer Bundes, als auch Namens der übrigen contrahirenden Mächte, denen dieses durch die gegenwärtige Declaration mitgetheilt wird, angenommen worden ist.

Zur Beglaubigung dessen ist die gegenwärtige Declaration vom Präsidenten und dem Kanzler des Bundes unterschrieben und mit dem Siegel des Bundesrathes versehen worden.

- So geschehen zu Bern, den 22. Juli 1867.

Im Namen des Schweizer Bundesrathes:

Präsident des Bundes (unterz.) Fornerod.

Kanzler des Bundes (unterz.) Schieff.

**Nr. 168.** Ufaß Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 6. Octbr. 1867, Nr. 88219, desmittelt der in Washington am 18. (30.) April 1867 abgeschlossene Vertrag über die Abtretung der russischen Nordamerikanischen Colonien, welcher am 3. Mai 1867 der Allerhöchsten Ratification Sr. Kaiserlichen Majestät gewürdigt, und dessen Ratification in festgesetzter Ordnung gegen diejenige der Regierung der Nordamerikanischen Vereinigten Staaten ausgetauscht worden, wie folgt publicirt wird:

# Wir Alexander der Zweite,

von Gottes hilfreicher Gnade

## Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Twer, Jugorien, Perm, Wiätkä, Bulgarien und anderer Länder; Herr und Großfürst von Nishni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Kostom, Jaroslaw, Welosersk, Udorien, Otdorien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen, Grusinischen und Kabardinischen Lande und des Armenischen Gebietes; der Tscherskessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

Thun hiermit kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und der Regierung der Nordamerikanischen Vereinigten Staaten Unsere Bevollmächtigten am 18. (30.) April 1867 zu Washington einen Vertrag über die Abtretung Unserer Nordamerikanischen Colonien abgeschlossen und unterschrieben haben, welcher von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen und die Nordamerikanischen Vereinigten Staaten haben in dem Wunsche, das zwischen ihnen bestehende gute Einvernehmen, wenn möglich, zu befestigen, zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen den Geheimrath Eduard v. Stöckl, Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den Vereinigten Staaten, und der Präsident der Vereinigten Staaten den Staats-Secretair William Seward, welche Bevollmächtigten nach gegenseitiger Auswechslung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Artikel festgestellt und unterschrieben haben:

### Artikel I.

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen verpflichtet sich hierdurch, den Nordamerikanischen Vereinigten Staaten unverzüglich nach Auswechslung der Ratificationen das ganze Territorium mit dem Rechte der Souverainetät über dasselbe, welches gegenwärtig von Seiner Majestät auf dem Amerikanischen Continente besessen wird, sowie die an dasselbe anliegenden Inseln abzutreten. Das gedachte Territorium wird von den unten angegebenen geographischen Grenzen eingeschlossen, und zwar: als östliche Grenze dient die Demarcationslinie zwischen den Russischen

und den Britischen Besitzungen, im nördlichen Amerika, wie sie durch die zwischen Rußland und Großbritannien am 16. (28.) Februar 1825 abgeschlossene Convention festgesetzt und in den Artikeln III. und IV. dieser Convention angegeben ist, nämlich:

„Von dem südlichsten Punkte der den Namen Prinz Wallis (Prince of Wales) führenden Insel beginnend, welcher Punkt sich unter dem 54. Grade 40 Minuten nördlicher Breite und zwischen dem 131. und 133. Grade westlicher Länge (vom Meridian von Greenwich gerechnet) befindet, zieht sich die obgedachte Linie nach Norden längs dem Portland-Canal (Portland Channel) genannter Meerenge bis zu dem Punkte des Festlandes, wo sie den 56. Grad nördlicher Breite berührt. Von hier aus folgt die Demarcationslinie dem Ramm der Bergkette, welche sich in paralleler Richtung mit dem Ufer hinzieht, bis zu dem Durchschnittspunkte auf dem 141. Grade westlicher Länge (von demselben Meridian), und endlich bildet von diesem Durchschnittspunkte dieselbe Meridianlinie des 141. Grades in ihrer Fortsetzung bis zum Eismeere die Grenze zwischen den Russischen und Großbritannischen Besitzungen auf dem Festlande des nordwestlichen Amerikas.“

„Art. IV In Bezug auf die im vorhergehenden Artikel bestimmte Demarcationslinie versteht es sich: 1) daß die Prince of Wales genannte Insel in ihrem ganzen Umfange Rußland gehören wird,“ (von diesem Tage an aber kraft dieser Abtretung den Vereinigten Staaten). „2) Daß überall, wo der Ramm des Gebirges, welches sich in paralleler Richtung mit dem Ufer vom 56. Grade nördlicher Breite bis zu dem Durchschnittspunkte unter dem 141. Grade westlicher Länge hinzieht, weiter als 10 Seemeilen vom Ocean entfernt ist, die Grenze zwischen den Großbritannischen Besitzungen und dem obgedachten Ufer, als welches Rußland gehören soll (d. h. die Grenze der durch die gegenwärtige Convention abgetretenen Besitzungen), durch eine parallel mit den Krümmungen der Küste gezogene Linie gebildet werden wird und nicht weiter als 10 Seemeilen von derselben entfernt sein darf.“

Die westliche Grenze der abgetretenen Territorien geht durch einen Punkt in der Behringsstraße unter dem 65. Grade und 30 Minuten nördlicher Breite, wo derselbe durch den Meridian, welcher in gleicher Entfernung die Inseln Krusenstern oder Ignalock von der Insel Ratmanoff oder Noonarbock scheidet, durchschnitten wird, und steigt in gerader Linie unbegrenzt nach Norden, bis sie sich vollständig im Eismeere verliert. Von diesem selben Ausgangspunkte beginnend geht diese westliche Grenze von dort in beinahe südwestlicher Richtung durch die Behringsstraße und das Behringsmeer, so daß sie in gleicher Entfernung zwischen der nordwestlichen Spitze der Insel St. Laurentius und der südöstlichen Spitze des Tschukotskischen Vorgebirges bis zum Meridian vom 172. Grad westlicher Länge durchgeht; von diesem Punkte, von dem Durchschnittspunkte dieses Meridians beginnend, geht die Grenze in südwestlicher Richtung, indem sie in gleicher Entfernung zwischen der Insel Attu und der Insel Cooper, welche in der Gruppe der kleinen Komandoren-Inseln im nördlichen stillen Ocean liegt, bis zum Meridian von 193. Grad westlicher Länge durchgeht und auf diese Weise in das abgetretene Territorium alle Aleuten-Inseln, welche östlich von diesem Meridian liegen, einschließt.



## Artikel II.

Mit dem gemäß dem vorhergehenden Artikel an die Oberherrschaft der Vereinigten Staaten abgetretenen Territorium ist das Eigenthumsrecht an allen öffentlichen Ländereien und Plätzen, an den von Niemandem eingenommenen Ländereien, an allen öffentlichen Gebäuden, Befestigungen, Kasernen und anderen Gebäuden, die nicht Privateigenthum sind, verbunden. Jedoch wird festgesetzt, daß die von der russischen Regierung auf dem abgetretenen Territorium errichteten Kirchen Eigenthum der Mitglieder der rechtgläubigen Kirche bleiben, welche auf diesem Territorium leben und zu dieser Kirche gehören. Alle Acten, Papiere und Documente der Regierung, welche sich auf das obgedachte Territorium beziehen und gegenwärtig daselbst aufbewahrt werden, werden dem Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten übergeben; die Vereinigten Staaten reichen aber zu jeder Zeit, wenn die Nothwendigkeit es erfordert, der russischen Regierung, den russischen Beamten oder den russischen Unterthanen, welche es verlangen, beglaubigte Abschriften von diesen Documenten aus.

## Artikel III.

Die Bewohner des abgetretenen Territoriums können auf ihren Wunsch binnen einer Zeit von drei Jahren nach Rußland zurückkehren und ihre Nationalität bewahren; wenn sie aber vorziehen, in dem abgetretenen Territorium zu bleiben, so müssen sie, mit Ausnahme jedoch der dortigen wilden Volksstämme, zum Genuß aller Rechte, Vorzüge und Immunitäten, welche den Bürgern der Vereinigten Staaten gewährt sind, zugelassen, und muß ihnen Hilfe und Schutz in der vollen Ausübung ihrer Freiheit, des Eigenthumsrechts und ihrer Religion erwiesen werden. Die wilden Volksstämme werden aber den Gesetzen und Regeln, welche von Zeit zu Zeit von den Vereinigten Staaten bezüglich der dortigen Volksstämme dieses Territoriums festgesetzt werden können, unterworfen werden.

## Artikel IV

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen wird in möglichst kurzer Zeit einen Bevollmächtigten oder Bevollmächtigte ernennen zur förmlichen Uebergabe des Territoriums, der Oberherrschaft und des speciellen Eigenthums mit allen Appertinentien an den Bevollmächtigten oder an die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, und zu allen anderen Handlungen, welche sich in Betreff dieses Gegenstandes als nothwendig erweisen. Die Abtretung aber mit dem Rechte der unverzüglichen Besitzergreifung soll nichtsdestoweniger als vollständig und unbedingt vom Zeitpunkte der Auswechselung der Ratificationen gelten, ohne die förmliche Uebergabe abzuwarten.

## Artikel V .

Sofort nach der Auswechselung der Ratificationen dieser Convention werden alle Befestigungen oder Militairposten, welche sich in dem abgetretenen Territorium befinden, dem Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten übergeben, und alle russischen Truppen, die in diesem Territorium stationirt sind, werden in einer beiden Theilen passenden Frist zurückgezogen werden.

## Artikel VI.

In Grundlage der oben festgesetzten Abtretung verpflichten sich die Vereinigten Staaten, bei der Schatzkammer in Washington binnen einer Zeit von zehn Monaten von der Zeit der Auswechselung der Ratificationen dieser Convention an,

dem diplomatischen Vertreter oder einer anderen von Seiner Majestät dem Kaiser aller Reussen gehörig bevollmächtigten Person sieben Millionen zweihundert Tausend Dollar in Gold zu zahlen. Die oben festgesetzte Abtretung des Territoriums und des Rechts der Souverainetät über dasselbe wird hierdurch als frei und ausgenommen von allen Reservationen, Privilegien, Freiheiten oder Besitzrechten russischer oder anderer in gesetzlicher Ordnung oder anderweitig constituirter Compagnien oder Associationen anerkannt, mit alleiniger Ausnahme der Eigenthumsrechte von Privatpersonen, und schließt die hierdurch festgesetzte Abtretung alle Rechte, Freiheiten und Privilegien ein, welche gegenwärtig Rußland in dem gedachten Territorium, dessen Besitzungen und Appertinentien zustehen.

#### Artikel VII.

Nach gehöriger Ratification dieser Convention durch Seine Majestät den Kaiser aller Reussen einerseits und durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit gehöriger Genehmigung des Senats andererseits, werden die Ratificationen in Washington binnen einer Frist von drei Monaten, von diesem Tage an gerechnet, oder, wenn möglich, früher ausgetauscht werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Convention unterschrieben mit Beidrückung des Insigniels ihres Wappens.

So geschehen zu Washington, den 18. (30.) März 1867.

(L. S.)

(Unters.) Eduard von Stoeckl.

(L. S.)

(Unters.) William H. Seward.

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Bepriifung dieses Vertrages denselben für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir ihn hiermit seinem ganzen Inhalte nach für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserm Kaiserlichen Worte für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in dem gedachten Vertrage stipulirt ist, unverleßlich beobachtet und erfüllt werden soll. Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch unser Reichssiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu St. Petersburg, den 3. Mai im Jahre nach Christi Geburt 1867, Unserer Regierung aber im 13. Jahre.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig unterschrieben:

(L. S.)

„Alexander.“

Contraignirt: Vice-Kanzler, Fürst A. Gortschakow.

Riga-Schloß, den 10. November 1867.

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

**Nr. 169.** Ukas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 28. Juli 1867, Nr. 76431, desmittelst das Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1868 nebst dem gleichfalls Allerhöchst bestätigten Verschlage über die Summen, welche im Jahre 1868 in jedem Gouvernement an besagter Immobiliensteuer einfließen müssen — publicirt wird.

Seine Kaiserliche Majestät hat das im Departement der Staatsöconomie des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1868 Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschrieben: Für den Präsidenten des Reichsraths Fürst Paul Gagarin.

Den 10. Juli 1867

## Gutachten des Reichsraths.

Entzihirt aus dem Jour-  
nale des Departements  
der Staats Deconomie  
vom 14. Juni 1867.

Der Reichsrath hat im Departement der Staats-Deconomie nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1868, und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers Sentiment, für gut erachtet: diese Vorstellung zu bestätigen und in Folge dessen:

- 1) Den im Finanzministerium zusammengestellten Verschlage über die Summen, welche im Jahre 1868 in jedem Gouvernement an Immobiliensteuer in Städten und Flecken einfließen müssen, Seiner Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Bestätigung vorzustellen.
- 2) In denjenigen Gouvernements, wo nach Empfang des besagten Verschlags die Gouvernements-Landesversammlungen im Laufe dieses Jahres 1867 einberufen werden, ist die Repartition der Steuersummen auf die Städte und Flecken, gemäß dem Art. 5 des am 4. October 1866 Allerhöchst bestätigten Reglements über die Immobiliensteuer, den gedachten Versammlungen zu übertragen.
- 3) In denjenigen Gouvernements, wo die Landesinstitutionen noch nicht eingeführt sind, oder in denen sie zwar eingeführt sind, wo aber im Laufe dieses Jahres die Gouvernements-Landesversammlungen, welche die Repartition der Steuer auf die Städte und Flecken bewerkstelligen könnten, nicht einberufen werden, ist der besonderen Session für Landespräsidenten zur Pflicht zu machen, solche Repartition anzufertigen und selbige dem Finanzminister nicht später als einen Monat, nachdem der Allerhöchst bestätigte Verschlage über die Repartition der Steuer auf die Gouvernements an Ort und Stelle empfangen worden, zur Bestätigung vorzustellen.

Das Original-Gutachten ist in dem Journale von dem Präsidenten und den Gliedern unterschrieben.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben;

„Dem sei also.“

Sarskoje-Selo, den 4. Juni 1867.

# Verschlag

über die Summen, welche im Jahre 1868 in jedem Gouvernemente an Immobiliensteuer in Städten und Flecken einfließen müssen.

Benennung der Gouvernements.	Betrag der Steuer von jedem Gouvernemente.		Benennung der Gouvernements.	Betrag der Steuer von jedem Gouvernemente.	
	Rubel	Silber.		Rubel	Silber.
Archangel	10,000		Drenburg	11,840	
Astrachan	27,080		Drel	58,120	
Wilna	29,070		Pensa	25,130	
Witebsk	25,700		Podolien	27,060	
Wladimir	21,020		Perm	21,500	
Wologda	10,630		Poltawa	40,020	
Wolhynien	57,580		Pskow	13,600	
Woronesh	29,890		Rajan	25,450	
Wjatka	14,200		Samara	21,050	
Grodno	30,250		St. Petersburg	354,960	
Sekaterinoslaw	80,060		Saratow	68,470	
Rajan	37,910		Simbirsk	10,000	
Kaluga	29,030		Smolensk	18,020	
Kiew	83,330		Stawropol	14,440	
Kowno	23,500		Taurien	27,910	
Kosfoma	16,110		Tambaw	46,610	
Kurland	20,330		Twer	43,740	
Kursk	33,070		Tula	36,620	
Livland	49,360		Ufa	13,230	
Minsk	29,470		Charkow	59,530	
Mohilew	24,350		Cherson	111,070	
Moskau	192,550		Tschernigow	36,180	
Nishegorod	31,580		Estland	13,960	
Nowgorod	19,570		Jaroslau	26,840	
Oloneh	4,540				

in Summa 2,065,530

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths Constantin.

**Nr. 170.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 18. September 1867, Nr. 86095, desmittelsst der am 22. August 1867 an den Dirigirenden Senat erlassene Allerhöchste Befehl nebst den Allerhöchst be-

stättigten Regeln über die Ordnung, in welcher gerichtliche Vorladungen und andere Acten der Justizbehörden der Gouvernements des Königreichs Polen, Personen, die in anderen Theilen des Reiches leben, übergeben werden sollen, — publicirt wird.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

In der Erwägung, daß die gegenwärtig bestehende Ordnung der Uebergabe von Acten der Justizbehörden der Gouvernements des Königreichs Polen an Personen, die in andern Theilen des Reiches leben, so complicirt ist, daß sie den Fortgang der Sachen verzögert, haben Wir für nützlich erachtet, dieselbe durch Regeln zu ersetzen, welche der in den von Uns am 20. November 1864 bestätigten Gerichtsordnung festgesetzten Ordnung entsprechen. In Folge dessen befehlen Wir in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Comités für die Angelegenheiten des Königreichs Polen:

- 1) Die Uebergabe von Citationen (gerichtlichen Vorladungen) und von anderen Acten der Justizbehörden der Gouvernements des Königreichs Polen an Personen, die in anderen Theilen des Reiches leben, nach den hier beigefügten Regeln zu bewerkstelligen.
- 2) Die Anordnungen zur Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen dem Verwaltenden des Justizministeriums zu übertragen.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung dessen die erforderliche Anordnung zu treffen.

Auf dem Original steht von Seiner Kaiserl. Majestät Eigener Hand geschrieben:  
„Alexander.“

Livadia, den 22. August 1867

Auf dem Original steht von Sr. Kaiserl. Majestät Eigener Hand geschrieben:

„Dem sei also.“

Livadia, den 22. August 1867.

## Regeln

betreffend die Ordnung der Uebergabe gerichtlicher Vorladungen und anderer Acten der Gerichtsbehörden der Gouvernements des Königreichs Polen an Personen, die in anderen Theilen des Reichs leben.

- 1) Die Vorladungen (Citationen) zum Erscheinen vor die Gerichte der Gouvernements des Königreichs Polen für Personen, die in anderen Theilen des Reiches leben, werden in russischer Sprache geschrieben und in zwei Exemplaren der Kanzlei des Procureurs der gedachten Gerichte zugestellt.
- 2) In den Citationen muß angegeben sein:
  - 1) Wer citirt wird;
  - 2) auf wessen Ansuchen;
  - 3) in welcher Sache;
  - 4) vor welches Gericht und zu welchem Termin;
  - 5) was der Citation beigefügt ist;
  - 6) die Folgen des Nichterscheinens vor dem Gericht zum Termin, unter Hinweisung auf die entsprechenden Gesetzes-Artikel.

- 3) Die Procureure senden nach Empfang solcher Citationen dieselben spätestens binnen 7 Tagen an dasjenige Bezirksgericht, in dessen Bezirk die vorgeladene Person ihr Domicil hat.
- 4) Das Bezirksgericht theilt nach Empfang der Citation dieselbe der vorgeladenen Person in der in der Civilproceßordnung vom 20. November 1864 angegebenen Ordnung mit.
- 5) Wenn die vorgeladene Person ihren Wohnsitz in einem Gouvernement hat, in welchem die Gerichtsordnungen vom 20. November 1864 nicht eingeführt sind, so sendet der Procureur die Citation an die örtliche Polizeiverwaltung des Wohnorts des Vorgeladenen, welche für die Zustellung der Citation an die vorgeladene Person in Grundlage der Regeln der Civilproceßordnung vom 20. November 1864 Sorge trägt.
- 6) Zum Erscheinen vor den Gerichten der Gouvernements des Königreichs Polen auf die gedachten Citationen wird eine Frist von einem Monat festgesetzt, mit Hinzufügung einer nach der Anzahl der Werste bestimmten Frist.
- 7) Diese Termine werden gemäß dem Artikel 300 der Civilproceßordnung vom Jahre 1864 berechnet.
- 8) Die in den Artikeln 1, 3, 4 und 5 der gegenwärtigen Regeln angegebene Ordnung der Zustellung von Citationen wird auch auf die übrigen Acten der Gerichtsbehörden des Königreichs Polen angewandt, welche Personen, die in den übrigen Theilen des Reichs leben, übersandt werden.

Unterscriben: Vorsitzender im Comité für die Angelegenheiten des Königreichs Polen Fürst Paul Gagarin.

Riga-Schloß, den 13. November 1867

Livländischer Vice-Gouverneur **J. v. Cube.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller  
Russen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung  
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

---

**Nr. 171.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft bekannt gemacht, daß der Herr und Kaiser in Betreff der Aufhebung der Rigaschen Citadelle als solche und der Allerhöchst am 12. Juni 1860 bestätigten Regeln über die Bebauung der Vorstädte der Stadt Riga Allerhöchst am 22. Juni 1867 zu befehlen geruht hat:

1) Die Rigasche Citadelle aufzuheben und demgemäß die Festungswerke nicht weiter zu unterhalten, sondern dieselben bis zu ihrer Uebergabe an die Stadt in ihrem gegenwärtigen Zustande zu belassen.

2) Die Allerhöchst am 12. Juni 1860 bestätigten Regeln darüber, wie die Vorstädte der Stadt Riga bebaut werden sollen, aufzuheben.

3) Den von der Citadelle eingenommenen Flächenraum mit allen daselbst befindlichen Baulichkeiten wie seither bei dem Ingenieur-Resort zu belassen.

4) Den dem Rigaschen Schützenverein im Jahre 1862 zur Benutzung übergebenen Theil der Citadellen-Esplanade nunmehr diesem Verein unentgeltlich zum Eigenthum zu überlassen.

5) Dem Eparchial-Resort gleichfalls unentgeltlich den in der 4. Bastion der Citadelle belegenen Platz zum Bau einer Schule des geistlichen Resorts zu übergeben und

6) Die auf dem linken Ufer der Düna bestehende Kobern-Schanze zu erhalten und bei dem Ingenieur-Resort zu belassen.

Betreffend die Aufhebung der Rigaschen  
Citadelle.

**Nr. 172.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Betreff der seither einigen Städten aus der Kronkasse als Entschädigung für die denselben entzogenen Zolleinnahmen gezahlten Subvention mittelst Allerhöchst am 28. November 1866 bestätigten Reichsrathsgutachtens Folgendes verordnet worden ist:

1) Die Verabfolgung der den Städten Hapsal, Arensburg, Wenden, Wolmar, Walk und Dorpat aus der Kronkasse zusammen mit 757 Rbl. 13 Kop. gezahlten Subvention als Ersatz für die entzogenen Zolleinnahmen mit dem 1. Januar 1867 einzustellen;

2) Die Verabfolgung der den Städten Libau, Riga, Pernau, Reval, Narwa, Taganrog und Kronstadt gewährten Subvention bloß bis zum Jahre 1877 bestehen zu lassen, der Art, daß der Betrag derselben vom Jahre 1867 ab jährlich um 10 pCt. des gegenwärtig bezahlt werdenden Betrages vermindert wird, so daß im Jahre 1867 90 pCt., im Jahre 1868 80 pCt. und so fort zu zahlen sind; und

3) Die den Städten Jeiß und Temrjuk aus der Kronkasse gezahlte Subvention in bisheriger Grundlage bis zum Ablauf des Termins, für welchen sie bewilligt wurde, zu verabfolgen.

Betreffend die einigen Städten als Entschädigung für entzogene Zolleinnahmen gezahlte Subvention.

**Nr. 173.** Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß gemäß dem an den Herrn General-Gouverneur von Liv-, Est- und Kurland gerichteten Schreiben des Herrn Gehilfen des Ministeriums des Innern vom 20. October d. J. in Folge des von den Livländischen Städten ausgesprochenen Verzichtes auf das den Bürgern dieser Städte in Betreff der an Nichtbürger veräußerten städtischen Immobilien zustehende Näherrecht der Herr und Kaiser auf Grund des bezüglichlichen Gutachtens des Reichsraths am 16 October d. J. Allerhöchst zu befehlen geruht hat: die Wirksamkeit des Art. 1675 Band III. Prov.-Cod. außer Kraft zu setzen.

Betreffend den Verzicht der Livländischen Städte auf das denselben in Betreff der an Nichtbürger veräußerten Stadt-Immobilien zustehende Näherrecht.

Riga-Schloß, den 22. November 1867

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **Dr. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**



# Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

---

**Nr 174.** Ukase Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) das Allerhöchste Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät vom 8. November d. J., betreffend die Bewerkstellung einer Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Reichs, und 2) Seiner Kaiserlichen Majestät Namentlichen Allerhöchsten Ukase an den Dirigirenden Senat von demselben Tage, betreffend die gedeihliche Ausführung und Beendigung dieser Aushebung in der festgesetzten Zeit. Befohlen: Gedachtes Allerhöchstes Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät zu Jedermanns Kenntniß zu publiciren und zu dem Ende von demselben und dem erwähnten Allerhöchsten Ukase die erforderliche Anzahl von Exemplaren drucken zu lassen und dieselben zur allgemeinen Bekanntmachung und genauen Erfüllung derer, die es irgendwie betrifft, an alle Gouvernements-, Provinzial- und Heeresregierungen, Kameralhöfe und Gouverneure bei Ukasen zu versenden, wobei den Gouverneuren aufs Strengste vorzuschreiben und sie selbst dafür verantwortlich zu machen, daß die Rekrutenaushebung innerhalb der durch das Allerhöchste Manifest und den Allerhöchsten Ukase bestimmten Frist aufs Genaueste in Grundlage des Rekrutenreglements und des gedachten Allerhöchsten Manifestes begonnen und beendet werde, und daß nach Beendigung alles dessen, was in Obigem vorgeschrieben worden, im Verlauf von sechs Wochen dem Dirigirenden Senate Vorschläge über die ausgehobenen Rekruten eingesandt werden; — zur Wissenschaft aber und erforderlichen Falls zur gebührenden Erfüllung eben solche Exemplare an die Minister und Oberdirigirenden der abgetheilten Zweige zu versenden, resp. bei Ukasen und durch Uebergabe von Abschriften der Senats-Verfügung zu den Acten des Oberprocurators des 1. Departements Cines Dirigirenden Senats, und unter Anschluß einer gleichen Abschrift auch dem Departement des Justizministeriums Mittheilung zu machen; ferner ebensolche Exemplare an Seine Kaiserliche Hoheit den Statthalter von Kaukasien, den Statthalter im Königreiche Polen, die Generalgouverneure, Kriegsgouverneure, den Heeresataman des donischen Kosakenheeres und die sonstigen unter den Dirigirenden Senat ressortirenden Behörden und amtlichen Personen bei Ukasen zu versenden, dem Heiligst Dirigirenden Synod, allen Departements des Dirigirenden Senats und deren allgemeinen Versammlungen bei Communicaten mitzutheilen und zum Behufe des Abdrucks in festgesetzter Ordnung dem Comptoir der Senats-Typographie zu communiciren, demzufolge werden 75 Exemplare von dem erwähnten Allerhöchsten Manifeste und Ukase hier beigefügt.

Betreffend die Bewerkstellung einer Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Reichs im Jahre 1868.

Aus dem 1. Departement vom  
11. Novbr. 1867, Nr. 93829.

Von Gottes Gnaden

# Wir Alexander der Zweite,

Kaiser und Selbstherrscher aller Ruessen,

Zar von Polen, Großfürst von Finnland.

u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

Zur gewöhnlichen Completirung Unserer Armee und Flotte befehlen Wir:

In dem kommenden 1868. Jahre eine Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Kaiserreichs mit vier Mann von jedem Tausend Seelen in Grundlage des besondern gleichzeitig hiemit an den Dirigirenden Senat erlassenen anordnenden Ukases, zu bewerkstelligen.

In dem Gouvernement Archangel, welches bei der Aushebung vom 15. Januar bis zum 15. Februar 1863 von der Rekrutenstellung befreit war, sowie in den Gouvernements, Kiew, Wolhynien, Podolien, Wilna, Grodno, Romno, Minsk, Mohilew und Witebsk, welche bei der Aushebung vom 1. November bis zum 1. December 1863 von der Rekrutenstellung befreit waren, ferner von den Bauern des Stawropolschen Bezirks des Stawropolschen Gouvernements, welche bei der Aushebung vom 15. Januar bis zum 15. Februar 1865 von der Rekrutenstellung befreit waren, — von den Simbirskischen Mestschanins, den Kronsbauern des Ustjussolskschen, Jarenskischen, Solwütschegodskischen und eines Theils des Welskschen Kreises des Wologdaschen Gouvernements, sowie von den Mestschanins und den zeitweilig verpflichteten Bauern des Ustjussolskschen, Jarenskischen und Solwütschegodskischen Kreises desselben Gouvernements, welche bei der Aushebung vom 15. Januar bis zum 15. Februar 1866 von der Rekrutenstellung befreit waren und von den Mestschanins der Stadt Serdobsk im Saratowschen Gouvernement, für welche die vom 15. Januar bis zum 15. Februar 1867 bewerkstelligte Aushebung aufgeschoben wurde, ist zur Verrechnung auf den Rückstand ein Mann von jedem Tausend Seelen auszuheben, unabhängig von der Aushebung in der bezeichneten Anzahl von Seelen.

Diese Aushebung hat mit dem 15. Januar zu beginnen und ist bis zum 15. Februar 1868 zu beendigen.

Bei Bewerkstelligung dieser Aushebung sind folgende erleichternde Regeln zur Richtschnur zu nehmen, welche in Abänderung und Ergänzung des Rekruten-Reglements festgesetzt worden:

1) Für jeden Kreis ist eine besondere Rekrutenempfangs-Commission in der Kreisstadt niederzusetzen. Diese Commission ist auch nach Beendigung der Aushebung für alle die Fälle im Kreise, für welche ohne Unterschied der Kreise, die Gouvernements-Rekrutenempfangs-Commissionen nach dem Art. 179 des Rekruten-Reglements bestehen, zu eröffnen. Die Festsetzung der Tage zur Eröffnung der Commission, nach der Aushebung, ist dem Ermessen des Vorsitzers unter der Bedingung anheimgestellt, daß darüber rechtzeitige Publicationen erlassen werden und daß die Commission wenigstens ein Mal im Laufe der ersten sieben Tage eines jeden Monats eröffnet werde.

Anmerkung. Den Gemeinden der Städte Kertsch und Taganrog ist das Recht zu gewähren, die von ihnen bei der Aushebung zu stellenden Rekruten bei den örtlichen Stadt-Dumen abzuliefern.

2) Die Rekrutenempfangs-Commissionen sind folgendermaßen zusammenzusetzen:

Die Gouvernements-Rekrutenempfangs-  
Commission:

Vorsitzer: der Vice-Gouverneur.

Glieder: Nach Bestimmung des Gouverneurs eins von den Gliedern der Gouvernementsbehörde für Bauersachen, welche sich in derselben aus der Zahl der örtlichen adeligen Gutsbesitzer nach Wahl des Gouvernements-Adelsmarschalls und der Kreis-Adelsmarschälle des Gouvernements befinden.

Der Chef der Revisionsabtheilung des Kameralhofs.

Der Militairempfänger.

Ein Arzt.

Die Kreis-Rekrutenempfangs-Commission.

Vorsitzer: der örtliche Kreis-Adelsmarschall.

Glieder: Einer der Friedens-Vermittler oder deren Substituten, entweder nach der Reihenfolge aus dem Canton, von welchem die Rekruten vorgestellt werden, oder permanent für die ganze Dauer der Aushebung, nach Wahl und Bestimmung der Friedens-Vermittlerversammlung des Kreises.

Der örtliche Kreis-Ispravnik oder Gorodnitschi.

Der Militairempfänger.

Ein Arzt.

Unabhängig von den permanenten Gliedern sind bei dem Empfang von Personen einer Stadtgemeinde als Rekruten, zu den Sitzungen, mit allen Rechten und Pflichten von Gliedern, sowol in den Gouvernements-, als auch in den Kreis-Rekrutenempfangs-Commissionen die Stadthäupter oder die deren Stelle Vertretenden zuzulassen. Für den Fall der Krankheit oder Abwesenheit eines der Glieder der Rekrutenempfangs-Commission ist dasselbe durch diejenige Person zu ersetzen, welche nach der allgemeinen Dienstordnung in dessen Amt stellvertretend einzutreten hat.

Sowol in die Gouvernements-, als auch in die Kreis-Rekrutenempfangs-Commissionen sind auf Requisition der Gouverneure als ärztliche Glieder Militairärzte überall da zu ernennen, wo solches nur Seitens des Militairressorts für möglich erachtet wird; in Ermangelung von Militairärzten aber, wie auch für Consultationsfälle, nach Art. 168 des Rekruten-Reglements, sind örtliche Aerzte, sowol solche, die unmittelbar der Gouvernements-Obrigkeit, als auch solche, die anderen Ressorts untergeordnet sind, abzucommandiren.

In Folge der Vermehrung der Anzahl der Rekrutenempfangs-Commissionen ist der im Art. 169 des Rekruten-Reglements festgesetzte Bestand der Kanzlei derselben zu reduciren und anstatt 2 oder 3 Gehilfen nur ein Gehilfe des Schriftführers zu ernennen.

Gemäß der für die Dauer der Aushebung abgeänderten Zusammensetzung der Gouvernements- und Kreis-Rekrutenempfangs-Commissionen haben dieselben gemäß Art. 179 des Rekruten-Reglements und dem Art. 1 des Manifestes auch nach der Aushebung aus folgenden Personen zu bestehen:

## Die Gouvernements-Rekrutenempfangs-

### Commission:

Vorsitzer: der Vice-Gouverneur.

Glieder: nach Bestimmung des Gouverneurs eines der Glieder der Gouvernementsbehörde für Bauersachen, welche sich in derselben aus der Zahl der örtlichen adligen Gutsbesitzer, nach Wahl des Gouvernements-Adelsmarschalls und der Kreis-Adelsmarschälle befinden, der Chef der Revisionsabtheilung des Kameralhofs, der Gouvernements-Militairchef oder die denselben ersetzende Person, in der Qualität als Militairempfänger und der Gouvernements-Medicinal-Inspector.

### Die Kreis-Rekrutenempfangs-Commission:

Vorsitzender: der örtliche Kreis-Adelsmarschall.

Glieder: einer der Friedensvermittler oder deren Substituten, nach Wahl und Bestimmung der Friedens-Vermittler-Versammlung des Kreises, der örtliche Kreis-Isprawnik oder Gorodnitschi, der Militairempfänger und ein Arzt.

Was die Rekruten-Empfangscommissionen in Transkaukasien und in den Sibirischen Gouvernements (Artt. 164 und 165) anbelangt, so wird die Anwendung der neuen Ordnung auf dieselbe, soweit solches nach den Localverhältnissen möglich erscheint, dem nähern Ermessen der örtlichen Oberbefehlshaber anheimgestellt.

3) Die rekrutenpflichtigen Stände sind sowohl bei Ablieferung der Rekruten für die Aushebung, als auch bei Verhandlungen jeder Art in Rekruten Angelegenheiten mit Behörden und Personen der Staatsverwaltung vom Gebrauch des Stempelpapiers zu befreien, ausgenommen bei der Anmuthung von Rekruten und bei dem Ankauf von Abrechnungsquittungen.

4) Die Rekruten sind nicht nackt, sondern im Hemde in die Rekruten-Empfangs-Commission hineinzuführen.

5) Das nach Artt. 356 und 378 des Rekruten-Reglements bestehende Verbot, daß Adlige und Personen, die einen Offiziers- oder Klassenrang erworben haben, nicht miethweise als Rekruten eintreten dürfen, ist aufzuheben und dieses Verbot nur in Bezug auf Personen in Kraft zu lassen, die einen Militair-Offiziersrang erworben haben.

6) Freiwillige, die für Gemeinden, Familien und Personen, welche ihre Rekrutenpflicht sowohl nach der Reihenfolge, als auch nach dem Loosungs-System ableisten, als Rekruten eintreten, sind nur dann zum Militairdienst anzunehmen, wenn sie das Alter von 21 Jahren erreicht haben; von leiblichen Brüdern darf aber der jüngere für den älteren auch dann angenommen werden, wenn der jüngere nur das 20. Jahr zurückgelegt hat, sobald er für den älteren aus eigenem Antriebe und mit Zustimmung der Aeltern oder der die Stelle derselben Vertretenden eintritt, und sonst als durchaus tauglich für den Militairdienst befunden wird.

Aus den freiwillig sich getheilt habenden Familien sind nur diejenigen Personen zur Reihenfolge als Rekruten herbeizuziehen, welche bereits 20 Jahre alt sind.

Von einem höhern Alter als 30 Jahre darf Niemand als Rekrut angenommen werden, mit alleiniger Ausnahme der sich dem Dienst Entziehenden, der Verschollenen und der Selbstverstümmelter, welche in den in den Punkten 3 und 4 des Art. 194 des Rekruten-Reglements aufgeführten Fällen auch dann zum Dienst anzunehmen sind, wenn sie das oben bezeichnete Alter um ein Jahr überschritten haben, d. h. auch im Alter von 31 Jahren.

7) Für die Annahme der Individuen zu Rekruten ist als allgemeines Minimalmaß der Größe zwei Arschin drei Verschof (2 Arschin 3 Verschof) festzusetzen und sind damit zugleich alle speciellen in das Rekruten-Reglement aufgenommenen Ausnahmen in Bezug auf die Größe aufzuheben, mit Ausnahme der für die Bewohner der Kreise Meseu, Pinega und Kem im Archangelschen, sowie Ust-Jussolst und Tarensk im Wologdaschen Gouvernement festgesetzten, für welche nach den physischen Verhältnissen dieser Kreise die bisher angenommene Größe von zwei Arschin, zwei und einem halben Verschof beizubehalten ist.

Anmerkung. Den Rekruten-Empfangscommissionen wird das Recht gewährt, die als Rekruten obligatorisch eintretenden und völlig gesunden Individuen, wenn sie von allen Gliedern einstimmig als geeignet für den Militairdienst anerkannt werden, als Rekruten anzunehmen, auch wenn ihnen ein halber Verschof an dem festgesetzten Maße der Größe von zwei Arschin drei Verschof fehlt.

8) Diejenigen, welche, als die in der Reihenfolge oder dem Loose nach Nächsten, an Stelle von Individuen, die sich verborgen haben, oder erkrankt sind, oder zur Zeit der Aushebung in Untersuchung und unter Gericht stehen, oder sich absichtlich verstümmelt haben, zu Rekruten genommen werden, sind unbedingt ihrem ursprünglichen Stande in der in den Artt. 718 und 719 des Rekruten-Reglements angegebenen Ordnung wiederzugeben, sobald die nach der Reihenfolge oder durchs Loos bestimmt Gewesenen, an deren Stelle sie in den Militairdienst abgegeben waren, selbst in diesen eintreten, und die ihrem ursprünglichen Stande Zurückgebenden selbst im Militairdienst nicht verbleiben wollen; diejenigen von ihnen aber, welche freiwillig im Militairdienst verbleiben, werden den Gemeinden für künftige Aushebungen angerechnet.

9) Der Austausch eines nicht wegen Vergehen und Verbrechen in den Militairdienst abgegebenen Rekruten gegen einen Freiwilligen soll an keine Fristen gebunden sein, und soll es sowohl den Gemeinden, als auch einzelnen Personen freistehen, den Austausch, wann es ihnen möglich ist und wann sie es wünschen, zu bewerkstelligen.

Zum Behuf des Austausches eines Rekruten gegen einen Freiwilligen soll es freistehen, sich mit einem Gesuche an die Rekruten-Empfangscommission zu wenden, und ist der Freiwillige, falls derselbe sich nach den Bestimmungen des Rekruten-Reglements als tauglich erweist und seiner Annahme keine anderweitigen Hindernisse entgegenstehen, definitiv anzunehmen und der örtlichen Militair-Autorität mit der Angabe zu übergeben, im Austausch gegen welchen Rekruten namentlich derselbe angenommen worden ist.

Nachdem der Freiwillige der Militair-Autorität übergeben worden, ist die Rekruten-Empfangscommission ermächtigt, wegen des seinem ursprünglichen Stande wiederzugebenden Umgewechselten direct von sich aus mit derjenigen Militair-Autorität in Relation zu treten, in deren Ressort derselbe dient, wenn aber der Ort seines Dienstes unbekannt ist, sich unmittelbar an den Hauptstab zu wenden.

Sowohl die früher eingetretenen Rekruten, als auch diejenigen, die künftighin einzutreten haben, können zu jeder Zeit Rekruten-Abrechnungsquittungen zum Austausche für sich vorstellen und sind die gegen Quittungen Ausgetauschten in derselben Ordnung ihrem ursprünglichen Stande wiederzugeben, wie die gegen Freiwillige Ausgetauschten.

Diese Ordnung der Wiedergabe von Rekruten ist auch in Bezug auf diejenigen Rekruten einzuhalten, welche aus dem Militairressort wegen ihrer unfertigen Abgabe in den Militairdienst ausgeschlossen werden.

10) In allen abgabenpflichtigen Familien, dieselben mögen die Rekrutenprästation nach der Reihenfolge oder nach dem Loosungssystem leisten, ist der einzige oder älteste Sohn eines im Militairdienst stehenden, oder in demselben verstorbenen, oder verabschiedeten Soldaten von der Rekrutirung zu befreien, wosern nur dieser Soldat, d. h. der Vater des zu Befreienden, nicht als Freiwilliger für eine fremde Familie und nicht für Vergehen oder Verbrechen, wegen deren die Familie der Rekrutendienste verlustig geht, in den Militairdienst getreten ist.

11) Alle der Rekrutenpflichtigkeit unterliegenden Gemeinden müssen eine Steuer unter sich repartiren, um für die Rekruten die Belohnungsgelder aufzubringen, die für jeden nicht weniger als 3 Rbl., und wenn die Gemeinde es für möglich erachtet, auch mehr zu betragen haben. Außerdem ist es ihnen anheimgestellt, freiwillige Beiträge zu Gunsten der Familien der Rekruten zu veranstalten. Der Betrag, sowie auch die Zubilligung selbst dieser letzteren Unterstützungen ist dem eigenen Ermessen der Gemeinde überlassen, je nach ihren Mitteln und der Lage, in welcher sich die Familien der zu Rekruten Abgegebenen befinden. Sowohl diese, wie jene Unterstützungen werden nur durch Gemeindebeschlüsse bestimmt und öffentlich ausgetheilt.

12) Jeder gegenwärtig in den an Preußen und Oesterreich grenzenden Gouvernements in Bezug auf die Ordnung der Leistung der Rekrutenprästation bestehende Unterschied zwischen den Städten und Dörfern, die in einer Entfernung von 100 Werst von der Grenze liegen, und der übrigen Bevölkerung dieser Gouvernements ist aufzuheben, und sind die erwähnten Städte und Dörfer den allgemeinen in ihren Gouvernements geltenden Bestimmungen des Rekruten-Reglements zu unterwerfen.

13) Alle vor dem 1. Januar 1863 vollzogenen Familienabtheilungen sind, auch wenn die einzelnen sich abgetheilt habenden Theile in den Revisionslisten noch unter einer Nummer verzeichnet sein sollten, für alle Stadt- und Landgemeinden als gesetzlich anzusehen, sobald die wirklich geschehene Abtheilung bescheinigt wird: bei den Stadtgemeinden — nach der Hingehörigkeit von der Ständeverwaltung, der Duma, dem Rathhaus oder Magistrate, bei Landgemeinden aber — von der Gemeindeversammlung. Die Entscheidung der hierbei entstehen können den Streitigkeiten oder Zweifel hinsichtlich der Anrechnung der Rekrutenprästation, welche die Theile der abgetheilten Familie geleistet haben, wird der Gemeinde selbst anheimgestellt.

14) Allen, sowohl Stadt- als auch Landgemeinden und Cantonen, die ihre Rekrutenprästation durch Anmieten ableisten wollen, ist es gestattet, hiezu gemäß den eigenen Gemeindebeschlüssen zu schreiten, ohne dazu auf Grund des Art. 355 des Rekruten-Reglements besonderer Genehmigung zu bedürfen, und ohne die im Art. 358 desselben Reglements festgestellten Beschränkungen, d. h. für eine Gemeinde können alle Personen, zu welcher Stadt, welchem Gouvernement oder Stande sie auch gehören mögen, in den Dienst treten, wenn sie die übrigen diesbezüglichen Bedingungen des Rekruten-Reglements erfüllt haben.

15) Allen Personen, sowohl städtischen, als auch ländlichen Standes, gleichwie auch ganzen, der Rekrutenpflichtigkeit unterworfenen Gemeinden, wird das gleiche Recht zum Ankauf der von der Krone verkauft werdenden Rekruten-Abrechnungs-Quittungen ertheilt.

Bei derartigen Ankäufen ist die Gemeinde als Person zu betrachten, und wenn die Zahl der Käufer die Zahl der zum Verkauf vorhandenen Quittungen

übersteigt, so muß gemäß Art. 475 Pkt.-4 des Rekruten-Reglements das Loos entscheiden, wer der Käufer der Quittung sein soll. Von Privatpersonen aber dürfen die Gemeinden ungehindert Quittungen kaufen, wenn der Verkäufer das Recht der Verfügung über die Quittung hat, wenngleich er, gemäß Art. 524 desselben Reglements, auch nicht zu demselben Gouvernement und Stande gehört, welchem die die Quittung kaufende Gemeinde angehört.

16) Die Vorschrift des Art. 499 des Rekruten-Reglements, daß die Cantone, Familien und Personen alle Abrechnungsquittungen ohne Ausnahme, nach Bekanntmachung des Manifestes über die Aushebung, zu produciren, gleichwie auch dieselben gegen Contraquittungen umzuwechseln haben, wird aufgehoben. Wenn aber von den zur effectiven Anrechnung vorgestellten Quittungen einige aus irgend welchen Gründen bei der angesagten Aushebung unangerechnet bleiben, so sind sie dem Eigenthümer im Original gegen eine gewöhnliche Bescheinigung zu extradiren, damit er dieselben bei künftigen Aushebungen, wenn er solches für nothwendig findet, zur Anrechnung vorstellen könne.

17) Der Art. 292 des Rekruten-Reglements, wonach den Rekruten in der Rekruten-Empfangs-Commission das Haar zu scheeren und der Bart zu rasiren ist, ist nur bei Rekruten in Anwendung zu bringen, welche für Entweichen, Selbstverstümmelung oder andere Vergehen und Verbrechen in den Militairdienst abgegeben werden, und welchen gemäß diesem Artikel der Vorderkopf zu rasiren ist; die Personen dagegen, welche zur Erfüllung der Aushebung der Rekruten-Empfangscommission vorgestellt worden, erklärt der Vorsitz, sofern sie bei der Befichtigung sich als zum Militairdienst tauglich erwiesen haben, für angenommen, und sind sie demnächst in der Rekruten-Empfangscommission weder zu scheeren, noch zu rasiren, sondern so wie sie angekommen sind dem Militairempfänger zu übergeben, nach vorgängiger Notirung ihres Signalements, in der durch das Rekruten-Reglement vorgezeichneten Ordnung.

18) Der Art. 295 des Rekruten-Reglements über das Rasiren des Hinterkopfes bei solchen, die nicht der Annahme als Rekruten gewürdigt worden, ist aufzuheben.

19) Das in den Artt. 361, 473, 529, 1261, 1262 und 1273 des Rekruten-Reglements für Malakannen, Duchoborzen, Skonoborzen, Judäisten, Skopzen und überhaupt für alle Anhänger von als besonders schädlich anerkannten Sekten, gleichwie auch für Hebräer bestehende Verbot, für sich zu Rekruten Personen anzumietthen, welche nicht zu ihrer Sekte und zu ihrem Glauben gehören, sowie Rekruten-Abrechnungsquittungen, welche für solche Personen erteilt worden sind, anzukaufen, — ist aufzuheben und allen Sektirern und Hebräern der Ankauf von Abrechnungsquittungen und die Anmietzung von Freiwilligen, gleich allen übrigen Ständen, zu gestatten.

20) Das Stavropolsche Gouvernement wird hinsichtlich der Ableistung der Rekrutenpflicht den übrigen Gouvernements des Reichs, welche dieses Prästandum in natura leisten, gleichgestellt.

21) Die Aerzte, welche zu den Rekruten-Empfangscommissionen zum Empfang der Rekruten abdelegirt werden, haben sich nach der am 20. August 1863 als temporaire Maßregel Allerhöchst bestätigten bezüglichen Instruction und den Ergänzungen zu derselben zu richten.

22) Als Ersahmänner sind nach den Empfangsorten in Grundlage des Artikel 201 des Rekruten-Reglements nicht mehr als die Hälfte der ganzen von einem

Canton zu stellenden Anzahl Rekruten vorzustellen, wenn der Canton nach der Berechnung mehr als drei Rekruten zu stellen hat; bei drei Rekruten aber sind zwei Ersahmänner, bei einem Rekruten ist ein Ersahmann vorzustellen.

23) In Erläuterung der Anmerkung zum Art. 764 und des Art. 969 des Rekruten-Reglements wird den Gouverneuren das Recht gewährt, allen bei der angekündigten Aushebung der Rekrutenpflichtigkeit unterliegenden und an der Reihe stehenden oder zur Loosung zu ziehenden Personen, wenn sie darum bitten, Fristverlängerungen zu gewähren, die jedoch so zu berechnen sind, daß die nach Ablauf der Fristverlängerung übrig bleibende Zeit, mit Rücksicht auf die bestehenden Communicationsmittel für das Erscheinen im Rekrutencanton zum Beginn der Aushebung ausreichend sei.

24) Alle von ihren Rekrutencantonen auf Grund gesetzlicher Pässe Abwesenden sind, wenn sie an der Reihe stehen, oder zu loosen haben, und wegen körperlicher Mängel oder Krankheiten sich für untauglich zum Militairdienst halten, berechtigt, innerhalb sechs Wochen vom Tage der Publication des Manifestes über die Aushebung an, sich an die ihrem Wohnort zunächst gelegene Rekruten-Empfangscommission mit der Bitte zu wenden, sie bezüglich ihrer Tauglichkeit zum Militairdienst zu besichtigen. Wenn sie bei einer solchen Besichtigung für untauglich befunden werden, so versteht die Rekruten-Empfangscommission sie mit einer Bescheinigung auf gewöhnlichem Papier, in welcher anzugeben ist, worin ihre Untauglichkeit besteht, und kann die Person, welche sich der Besichtigung unterzogen hat, wenn sie es wünscht, statt sich persönlich zu melden, die ihr ertheilte Bescheinigung zum Beginn der Aushebung bei ihrem Rekruten-Canton vorstellig machen.

In denselben Grundlagen ist den Rekruten-Empfangscommissionen zu gestatten, diejenigen an der Reihe stehenden oder zur Loosung zu ziehenden Personen, welche in ihren Rekrutencantons anwesend sind, auf ihre eigenen Bitten bezüglich ihrer Tauglichkeit zum Militairdienst zu besichtigen, und wenn sie bei der Besichtigung für untauglich zum Militairdienst befunden werden, so können sie ungehindert die festgesetzten Pässe zu ihrer Entfernung erhalten.

25) Der Art. 474 des Rekruten Reglements ist aufzuheben und der Verkauf von Quittungen Seitens der Krone, auch nach der Publication des Manifestes über die Aushebung, ungehindert zu bewerkstelligen.

26) Allen, die es wünschen, ist es gestattet, Quittungen, welche Privatpersonen zu eigen gehören und in Grundlage der gegenwärtig bestehenden Verordnungen von denselben an Private verkauft werden können, ungehindert zu kaufen, ohne die in den Artt. 524 und 526 des Rekruten-Reglements angegebenen Beschränkungen hinsichtlich dessen, daß der Käufer und Verkäufer zu demselben Stande und Gouvernement, zu derselben Stadt oder demselben Flecken gehören, und ohne daß hierzu besondere Genehmigungen des Kameralhofes einzuholen sind.

27) Der Art. 501 des Rekruten-Reglements ist aufzuheben und sonach während der Aushebung jede auf gesetzliche Weise erlangte Quittung in Anrechnung für die an der Reihe Stehenden und durchs Loos Bestimmten anzunehmen, wenn sie auch nicht in das nach Art. 41 anzufertigende Verzeichniß des Kameralhofes eingetragen wäre.

28) Die Verantwortlichkeit für die der Rekrutenpflicht sich entzogen habenden tatarischen Bürger (мъщане) wird den Familien derselben auferlegt, gemäß



den in der 7. Anmerkung zum Art. 969 des Rekruten-Reglements angegebenen Grundlagen.

29) Den einzigen Söhnen von Reichsbauern und Bäuerinnen, welche mit Wittwen oder Wittnern verheirathet sind, die aus früheren Ehen Söhne haben, werden bei der Einberufung zur Loosung dieselben Vorrechte gewährt, welche im Punkt 4 § 2 des Art. 912 des Rekruten-Reglements und in der 2. Anmerkung zu denselben hinsichtlich der einzigen bei den Aeltern befindlichen Söhnen festgesetzt sind.

30) Den Gebiets- und Canton-Versammlungen wird das Recht gewährt, auf den im Rekruten-Reglement angegebenen Grundlagen die zur Erfüllung der Aushebung einberufenen jungen Leute aus der 1. Klasse in die 2. und 3., und aus der 2. Klasse in die 3. überzuführen, ohne darüber zur Bestätigung Vorstellung machen zu müssen, jedoch unter der Bedingung, daß die desfallsigen Beschlüsse der Versammlungen, wie solches in dem Art. 935 des Rekruten-Reglements verordnet ist, vor dem Ziehen der Loosungsnummern im Canton gefaßt werden.

31) Wenn in Bürgergemeinden, welche die Rekrutenprästation nach dem Loosungssystem leisten, irgend ein Glied, das nicht unter die im Art. 814 des Rekruten-Reglements angegebenen Ausnahmen fällt, als zur Erhaltung der Familie nothwendig anerkannt wird, so kann ein solches Gemeindeglied auf Verfügung der Bürgergemeinde des Rekruten-Cantons, zu welchem es gehört, von der Einberufung temporair oder für immer befreit werden. Ueber eine solche Verfügung muß die Gemeinde jedesmal besondere Gemeindebeschlüsse fassen und diese gleichzeitig zur Kenntniß der Duma und des Kameralhofes bringen.

Diese Beschlüsse sind aber nur in dem Falle als gültig zu erachten, wenn sie mit einer Majorität von zwei Dritteln der zur Versammlung erschienenen stimmberechtigten Glieder der Bürgergemeinde gefaßt worden sind.

32) Alle im Rekruten-Reglement für Uniformirung, Verpflegung, Hinschaffung und anderweitige bei der Rekrutenabgabe festgesetzten Ausgaben sind in allen die Rekrutenprästation erfüllenden Gemeinden nach Art. 218 des Rekruten-Reglements von den den Rekrutencanton bildenden Gemeinden selbst zu tragen, jedoch ohne Betheiligung derjenigen Familien, welche einen Rekruten in natura stellen und welche, falls ihrerseits irgend welche Unkosten für Ausrüstung, Verpflegung, Hinschaffung und andere Erfordernisse bei der Rekrutenabgabe stattgefunden haben, dafür von der Gemeinde zum Vollen zu entschädigen sind.

33) Die im Art. 327 vorgeschriebene Revision der Ausgabehefte der Abgeber durch die Tiscale ist aufzuheben und diese Revision in der dafür festgesetzten Ordnung den Gemeinden und Dumen oder den Gebietsverwaltungen, je nach der Zugehörigkeit, selbst zu überlassen.

34) Allen denjenigen, welche an der Reihe stehen, oder welche das Loos getroffen hat, ist, wenn sie Rekrutenquittungen besitzen, welche sie gegen sich auszutauschen wünschen, erlaubt, statt nach Art. 187 des Rekruten-Reglements persönlich am Empfangsorte zu erscheinen, von sich aus oder durch ihre Abgeber die in ihrem Besitz befindlichen Rekrutenquittungen bei der betreffenden Rekruten-Empfangscommission zur Anrechnung vorzustellen.

35) Mit Aufhebung der Artt. 351 und 352 des Rekruten-Reglements sind Proteste der Militair-Obrigkeit gegen die Tauglichkeit der angenommenen Rekruten und Freiwilligen nur so lange entgegenzunehmen, als die Rekruten und Frei-

willigen die Grenzen des Gouvernements noch nicht verlassen haben oder bis dieselben zum Dienst zugezählt sind, wenn der Truppentheil, zu welchem sie bestimmt worden sind, sich in den Grenzen desselben Gouvernements befindet. In beiden Fällen ist ein Rekrut oder Freiwilliger nicht für Rechnung derjenigen, die ihn abgegeben haben, umzutauschen, sondern im Militairressort im Dienst zu belassen, die an seiner unrechtfertigen Annahme schuldigen Glieder der Rekruten-Empfangscommission aber sind nach Artt. 781—785 des Rekruten-Reglements zur Verantwortung zu ziehen.

36) Die Kameralhöfe bleiben gemäß den Artt. 122 und 123 des Rekruten-Reglements nur verpflichtet, das im Art. 41 desselben Reglements angegebene Verzeichniß über die Anzahl der von der Bürgergemeinde einer jeden etat- und außeretatmäßigen Stadt, sowie jedes Fleckens zu stellenden Rekruten anzufertigen; hiernächst bleibt, ohne die durch das Rekruten-Reglement festgesetzte Ordnung für die Führung und Revision der Reihenfolge- und Loosungslisten zu alteriren, die definitive Bestätigung dieser wie jener den örtlichen Ständeverwaltungen (сословныя управы), Dumen, Rathhäusern und Magisträten, je nach der Gehörigkeit, überlassen, mit der Bedingung, daß letztere die definitiv revidirten und bestätigten Listen über die an der Reihe stehenden und zu loosen Verpflichteten, zum Beginn der Aushebung von sich aus in gesonderten Exemplaren dem Kameralhofe und der örtlichen Rekruten-Empfangscommission einzusenden haben.

37) In allen Rekruten-Cantonen, sowol in den städtischen, als auch in den ländlichen, in welcher Ordnung die Rekrutenprästation bei ihnen auch erfüllt werden mag, ist der älteste von minderjährigen Waisen, die weder Vater noch Mutter haben, und der einzige bei den Aeltern befindliche Sohn und Arbeiter von der Rekrutirung zu befreien.

38) In Erläuterung des Art. 909 des Rekruten Reglements sind weder bei einer, noch bei verschiedenen Aushebungen einem Vater von den unabgeth eilt lebenden Söhnen und den nach Art. 907 Pft. 5 in den Rechten denselben gleichgestellten Personen, von zweien und dreien mehr als einer, von vierten und fünfen mehr als zwei und von sechsen mehr als drei zum Dienst zu nehmen.

39) In Abänderung des Art. 282 des Rekruten-Reglements sind diejenigen, welche erklären, daß sie lediglich an der fallenden Sucht leiden, ohne vorhergehende Beobachtung in den Krankenhäusern als Rekruten anzunehmen, wosern sie nur in allem Uebrigen tauglich sind, und die Abgeber bezeugen, daß ihre Erklärung eine fälschliche sei. Wenn jedoch der auf Grund der Versicherung des Abgebers Angenommene nach der Uebergabe an das Militair-Resort in der That als mit der fallenden Sucht behaftet sich erweist, welche er der Rekrutenempfangs-Commission angezeigt hatte, so ist die Gemeinde, falls seit seiner Annahme noch nicht zwölf Wochen verstrichen sind, verpflichtet, ihn gegen einen andern Rekruten auszutauschen und alle damit verbundenen Kosten auf sich zu nehmen.

40) Denjenigen Personen, welche zur Zeit der Aushebung oder bei früheren Aushebungen ausbrakirt waren und nach den Artt. 822 und 970 des Rekruten-Reglements der nochmaligen Besichtigung bei jeder neuen Aushebung unterliegen, ist, wenn sie mit Krankheiten oder physischen Mängeln behaftet sind, die sie definitiv untauglich zum Militairdienst machen, darüber besondere Bescheinigungen auf gewöhnlichem Papier von den Rekrutenempfangs-Commissionen mit der Unterschrift aller Glieder auszureichen, in welchen der Zustand ihrer Gesundheit genau beschrieben und hinzugefügt werden muß, daß sie für immer vom Erscheinen zur

abermaligen Besichtigung bei neuen Aushebungen befreit sind. Die Personen, welche solche Bescheinigungen erlangt haben, sind einer neuen nochmaligen Besichtigung nur auf Beschwerden oder an die Gouvernements-Obrigkeit gelangte Nachrichten über die Unrechtmäßigkeit der ersten Besichtigung, zu unterziehen, und ist in solchem Falle die nochmalige Besichtigung nur in der Gouvernements-Rekrutenempfangs-Commission unter dem Vorsitz des Gouverneurs oder desjenigen, der seine Stelle vertritt, vorzunehmen.

41) Der Art. 323 des Rekruten-Reglements ist nebst seinen Anmerkungen aufzuheben und die Ertheilung von Pässen an die Frauen von Rekruten in allgemeiner Grundlage, den Ständeverwaltungen (сословнымъ управамъ), Dumen und Gebietsverwaltungen (волостнымъ правлениямъ), je nach der Zugehörigkeit, zu überlassen.

42) In den Cantons der Reichsbauern, welche die Rekrutenprästation nach dem Loosungssystem erfüllen, sind nach den festgesetzten Regeln diejenigen jungen Leute zur Loosung einzuberufen, welche am 1. Januar 1867 das einundzwanzigste Jahr zurückgelegt hatten.

Die Gesamtzahl der von den Bauern jedes Gouvernements zu stellenden Rekruten ist auf die Rekruten-Cantone derselben in folgenden Grundlagen zu vertheilen:

a) Die Zahl der Rekruten, welche nach dem Manifest von den Reichsbauern eines jeden Gouvernements zu stellen sind, mit Zuschlag der von der letzten Aushebung rückständig verbliebenen Rekrutentheile, ist auf die Rekruten-Cantone derselben nicht nach der Zahl der Revisionsseelen, sondern nach der Anzahl der jungen Leute des angegebenen Alters, welche der Einberufung in der 1. und 2. Classe unterliegen, zu vertheilen.

b) Um zu bestimmen, wie viel Rekruten jeder Rekruten-Canton zu stellen hat, ist die Gesamtzahl der von den Reichsbauern eines jeden Gouvernements zu stellenden Rekruten, mit Zuschlag der Rekrutenschuldtheile, durch die Gesamtzahl der der Einberufung in den zwei ersten Classen unterliegenden Einundzwanzigjährigen im Gouvernement zu dividiren und der Quotient mit der Anzahl dieser Leute in jedem Canton zu multipliciren.

c) Dort, wo zur Bestimmung der vollen Anzahl Rekruten und ihrer Ersatzmänner es blos an Leuten der ersten beiden Classen mangelt, ist der Ausfall auf die Cantone nach der Zahl der in der dritten Classe der Einberufung unterliegenden Leute im Alter von 21 Jahren zu vertheilen, und ist, um diejenigen von diesen Leuten vor der Abgabe zum Dienst zu bewahren, bei denen die Lage der Familien solches erfordert, den Gebietsversammlungen (волостнымъ сходамъ) anheimzustellen, vor Ziehung der Loose zu bestimmen: wer von den der Einberufung in dieser Classe Unterliegenden von der Einberufung zu befreien ist und wer zu loosen hat; hiebei ist jedoch in Grundlage der Anmerkung 2 zum Art. 912 des Rekruten-Reglements darauf zu achten, daß die Zahl der von den Versammlungen zum Loosen in der dritten Classe bestimmten Leute die volle Zahl der Rekruten und Ersatzmänner decke, welche von dem Canton zu stellen ist.

d) In den Cantonen, in welchen die Anzahl der in der ersten Classe Einberufenen die von dem Canton zu stellende Rekrutenzahl nicht übersteigt, sind die aus der ersten Classe ohne Loosung abzugeben; desgleichen sind ohne Loosung auch die aus der zweiten Classe abzugeben, wenn ihre Anzahl mit der der ersten

Classe zusammengenommen, nicht mehr beträgt, als die vom Canton zu stellende Rekrutenzahl.

e) Die durch die Artt. 204, 213, 214 und 215 des Rekruten-Reglements festgesetzten Ausgaben für die Abgabe der Rekruten sind in dem Gouvernement auf Anordnung der Gouvernementsbehörde für Bauersachen, auf die Gebiete und Gemeinden nach ihrer oklamäßigen Seelenzahl zu vertheilen.

f) Behufs genauer Verwendung und gleichdörmiger Erfüllung dieser Regeln sind die Minister des Innern und der Finanzen ermächtigt, von sich aus den subordinirten Behörden und Personen weitere Instructionen, nach ihrem, der Minister, gegenseitigen Uebereinkommen zu ertheilen.

Unabhängig von den obgedachten Regeln, die auch in Unserem Manifeste vom 18. October 1866 für die verslossene Aushebung vorgezeichnet waren, haben Wir es für gut erachtet, für die gegenwärtige Aushebung noch folgende festzusetzen:

43) In Abänderung der Artt. 524 und 526 des Rekruten-Reglements ist es freigestellt, die Uebertragung von Rekruten-Abrechnungsquittungen von einer Person an eine andere ohne Krepostacte zu vollziehen, und muß solchenfalls die Uebertragung auf der Quittung selbst — von der Duma oder der Ständerversammlung (сословная управа) wenn der Verkäufer der Quittung zu einem städtischen Stande gehört, — und von dem Friedensvermittler, wenn der Verkäufer zu einer Landgemeinde gehört, bescheinigt werden.

44) Der Art. 732 des Rekruten-Reglements ist nebst seiner Anmerkung aufzuheben und sind sonach weder die Gemeinden, noch diejenigen Personen, welche einen Gemeindebeschluß bestätigt haben, einer Geldstrafe für die Vorstellung von Personen nicht gesetzlichen Alters, nicht gesetzlicher Größe oder solcher, die mit Krankheiten behaftet sind, zu Rekruten; zu unterziehen.

45) Die im Art. 731 des Rekruten-Reglements festgesetzte Geldbuße ist nicht zum Besten der Kronscasse, sondern zum Besten einer jeden Person, die nach der Reihenfolge, durch das Loos oder durch einen Gemeindebeschluß unrectfertig zur Rekrutirung herangezogen worden ist, zu erheben.

46) Die in dem Art. 731 des Rekruten-Reglements festgesetzten Geldbußen sind aufzuerlegen: in den Landgemeinden — durch die Kreis-Versammlungen der Friedensvermittler für Bauersachen, in den Stadtgemeinden — auf Verfügung der Kameralhöfe, und ist hienach der Art. 734 desselben Reglements als aufgehoben zu betrachten.

47) Der Punkt 19 des Art. 13 des Rekruten-Reglements, auf Grundlage dessen die fremden Volksstämme für Annahme des orthodoxen Glaubens von der Rekrutirung befreit werden, ist aufzuheben.

Alle in diesem Unserem Manifeste enthaltenen Regeln sind sowohl bei Verwerkstelligung der Aushebung selbst, als auch bei dem Empfang der Rekruten, welche aus verschiedenen Ursachen nach Beendigung der Aushebung vorgestellt werden, zur Richtschnur zu nehmen, mit der Ausnahme, daß, nach Beendigung dieser Aushebung, die Annahme von Individuen, die von Privatpersonen, Familien und Gemeinden angemiethet worden sind, nur zum Austausch gegen schon eingetretene Rekruten, gemäß dem Art. 9 dieses Manifestes, zugelassen wird; die Annahme von Freiwilligen, die von Privaten angemiethet worden sind, zur Anrechnung bei künftigen Aushebungen aber ist mit Beendigung dieser Aushebung einzustellen.

Demnächst verbleiben alle übrigen gegenwärtig Geltung habenden Gesetzesbestimmungen bezüglich der Erfüllung der Rekrutenprästation, welche durch dieses Manifest nicht abgeändert worden, in voller Kraft.

Gegeben zu Barskoje-Selo am 8. November im Jahre 1867 nach Christi Geburt, Unserer Regierung aber im dreizehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

(L. S.)

**Alexander.**

Gedruckt in St. Petersburg beim Senat am 11. November 1867.

## Ukas an den Dirigirenden Senat.

Nachdem Wir durch das am heutigen Tage erlassene Manifest eine Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Reiches angeordnet haben, befehlen Wir:

1) Diese Aushebung mit dem 15. Januar des kommenden Jahres 1868 zu beginnen und zum 15. Februar desselben Jahres zu beendigen, und

2) das Geld zur Uniformirung der Rekruten von den Abgebern zu den Preisen zu empfangen, welche diese Uniformirung dem Kriegsministerium zu stehen kommen, nämlich zu je eilf Rubel fünf Kopfen Silber.

Die Anordnungen des Militair-Resorts haben Wir dem Kriegsminister anheimgestellt, die gedeihliche Ausführung und Beendigung dieser Aushebung innerhalb der festgesetzten Frist aber übertragen Wir der Fürsorge des Dirigirenden Senats.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

**„Alexander.“**

Barskoje-Selo, den 8. November 1867

**Nr. 175.** Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 3. November 1867, Nr. 94941, desmittelfst folgendes am 16. October 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Verwaltenden des Ministeriums des Innern, betreffend die Aufhebung des Art. 1675, Thl. III. des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements, für gut erachtet: diese Vorstellung zu bestätigen und demnach die Wirksamkeit des Art. 1675 Thl. III. des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements aufzuheben.

Betreffend die Aufhebung des Art. 1675 Thl. III.  
des Provinzialrechts der Ostsee-Gouvernements.

**Nr. 176.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Verwaltenden des Justizministeriums, Nr. 15703, folgenden Inhalts: Der Comité für Angelegenheiten des Königreichs Polen habe nach Beprüfung der Vorstellung des Organisations-Comités im Königreiche, betreffend die Anwendung der im Kaiserreiche festgesetzten Regeln zur Ermittlung von Personen und Vermögen auf die Gouvernements des Königreichs, mittelst der in der Sitzung vom 5. September beliebten Journalverfügung beschlossen: 1) In Sachen betreffend die Ermittlung von Personen und Vermögen haben sich die Gouvernements-Regierungen des Königreichs Polen nach den desfallsigen für die Gouvernements-Regierungen des Kaiserreichs festgesetzten und im Art. 864 und den folgenden Artikeln des II. Bandes der Gouvernements-Verordnung (Ausgabe vom Jahre 1857) enthaltenen Regeln zu richten. Demgemäß wird den Gouvernements-Regierungen des Königreichs zur Pflicht gemacht: a) den ihnen untergeordneten Behörden und Personen die in den Artikeln 871, 872 und 873 desselben Bandes II der Gouvernements-Verordnung enthaltenen Regeln, sowie die durch die mit ausländischen Mächten bestehenden Conventionen festgesetzten Regeln hinsichtlich der eingefangenen Militair-Deserteure und der Ermittlung von Unterthanen ausländischer Staaten zur Erfüllung vorzuschreiben; und b) die erste Abtheilung der Gouvernements-Zeitungen mit den zu denselben gehörenden Ausmittelungs-Beilagen, unabhängig von der Versendung an die einer jeden Gouvernements-Regierung untergeordneten Behörden und Personen gemäß den Artikeln 875 und 885 Bd. II der Gouvernements-Verordnung an alle Gouvernements-Regierungen des Kaiserreichs und Königreichs in einer solchen Anzahl zu versenden, wie sie für jede derselben zur Versendung an die ihr untergeordneten Behörden und Personen, erforderlich ist. 2) Dem Statthalter im Königreiche Polen anheimzustellen, dahin Anordnung zu treffen, daß in Anleitung des Art. 875 der Gouvernements-Verordnung ein Verzeichniß zusammengestellt werde: wieviel Exemplare von Ausmittelungs-Artikeln für jede Gouvernements-Regierung im Königreiche zur Versendung an die ihr untergeordneten Behörden und Personen ihres Gouvernements erforderlich sind, — worüber auch den Gouvernements-Regierungen sowohl des Kaiserreichs, als des Königreichs Mittheilung zu machen ist. — Der Herr und Kaiser habe in Livadia am 20. September 1867 auf das Journal des Comité's Eigenhändig zu schreiben geruht: „Zu erfüllen.“ Solchen Allerhöchsten Befehl, welcher dem Justizministerium von dem Verwaltenden der Kanzlei für die Angelegenheiten des Königreichs Polen, Senateur Starinkewitsch, mittelst Schreibens sub Nr. 2334 mitgetheilt worden, legt der Verwaltende des Justizministeriums Einem Dirigirenden Senate vor. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät zur allgemeinen Publication und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Anwendung der im Kaiserreiche festgesetzten Regeln zur Ermittlung von Personen und Vermögen auf die Gouvernements des Königreichs Polen.

Aus dem 1. Departement vom  
23. October 1867, Nr. 92208.

**Nr. 177.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des

Oberverwaltenden der II. Abtheilung Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Kanzlei vom 14. October 1867, Nr. 641, bei welchem er Einem Dirigirenden Senat ein Exemplar der am 12. October 1867 der Allerhöchsten Bestätigung gewürdigten neuen Ausgabe des Getränksteuer-Reglements zur Publication in der festgesetzten Ordnung vorstellt. Befohlen: Ueber die Herausgabe des Getränksteuer-Reglements vom Jahre 1867 Ukase zu erlassen.

Betreffend die neue Ausgabe des Getränksteuer-Reglements vom Jahre 1867.

Aus dem 1. Departement vom  
2. Novbr. 1867, Nr. 93222.

**Nr. 178.** Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 16. October 1867, Nr. 3705, folgenden Inhalts: Der Finanzminister sei bei dem Comité der Herren Minister mit einer Vorstellung betreffs der Verlängerung der Wirksamkeit der Regeln für die Eröffnung von Weinkellern ohne Verkauf zum Trinken an Ort und Stelle und von Stofbuden für das Jahr 1868 eingekommen, und habe sich dahin ausgesprochen, daß bis dahin, daß die im Finanzministerium angefertigte allgemeine Vorstellung bezüglich der Ordnung des Betriebes des Getränkhandels im gesetzgebenden Wege beprüft worden, die durch die am 19. September 1865 und 23. September 1866 Allerhöchst bestätigten Beschlüsse des Minister-Comités festgesetzte Ordnung für die Eröffnung von Stofbuden und Weinkellern ohne Verkauf zum Trinken an Ort und Stelle in den Jahren 1866 und 1867, auch für das Jahr 1868 in Kraft zu belassen seien. Gegenwärtig sei mittelst Auszugs aus dem Journal des Minister-Comités vom 10. October 1867 dem Finanzminister mitgetheilt worden, daß der Comité sein Sentiment in dieser Sache zu bestätigen beschlossen, und daß der Herr und Kaiser am 11. October 1867 den Beschluß des Comité's Allerhöchst zu genehmigen geruht habe. — Ueber solchen Allerhöchst bestätigten Beschluß des Minister-Comités berichte er, der College des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchst bestätigten Beschluß des Minister-Comités zur allgemeinen Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit der Regeln für die Eröffnung von Weinkellern ohne Verkauf zum Trinken an Ort und Stelle und von Stofbuden — für das Jahr 1868.

Aus dem 1. Departement vom  
31. Oct. 1867, Nr. 92430.

Miga-Schloß, den 4. December 1867.

In Stelle des Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Bwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**